PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

LENIN

WERKE

19

HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS
DES IX. PARTEITAGES DER KPR(B) UND DES
II. SOWJETKONGRESSES DER UdSSR

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER KPdSU

W. I. LENIN

WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE
WIRD VOM INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED BESORGT

DIETZ VERLAG BERLIN

1977

W. I. LENIN

BAND 19

MÄRZ – DEZEMBER 1913

DIETZ VERLAG BERLIN

1977

Originaltitel:

В. И. ЛЕНИН · СОЧИНЕНИЯ

© Politisdat, Moskau 1950
© Deutsche Übersetzung:
Dietz Verlag Berlin 1962

Mit 5 Faksimiles

6. Auflage 1977
Dietz Verlag Berlin
Lizenznummer 1
LSV 0056
Printed in the German Democratic Republic
Gesamtherstellung: LVZ-Druckerei „Hermann Duncker", Leipzig III/18/138
Fotomechanischer Nachdruck
Best.-Nr.: 735 082 5
DDR 7,50 M

VORWORT

Die in Band 19 enthaltenen Arbeiten schrieb W. I. Lenin von März bis Dezember 1913 unter den Bedingungen des weiteren Aufschwungs der revolutionären Bewegung in Rußland. Den größten Teil des Bandes nehmen Artikel ein, die in der legalen bolschewistischen Presse, in den Zeitungen „Prawda" und „Nasch Put" und der Zeitschrift „Proswe-schtschenije", veröffentlicht wurden.

In den Artikeln „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus", „Zum 25. Todestag Josef Dietzgens", „Über die liberale und die marxistische Auffassung vom Klassenkampf" und „Der Briefwechsel zwischen Marx und Engels" behandelt und entwickelt Lenin Grundfragen der marxistischen Theorie.

Der Ausarbeitung und Begründung des bolschewistischen Programms zur nationalen Frage sind die Artikel „Das nationale Programm der SDAPR", „Die Arbeiterklasse und die nationale Frage" und andere gewidmet.

Einen beträchtlichen Platz nehmen im Band die Artikel ein, die sich gegen die menschewistischen Liquidatoren, die Trotzkisten, Bundisten und Sozialrevolutionäre richten und Fragen des Kampfes um die Festigung der bolschewistischen Partei und der Einheit der Arbeiterklasse gewidmet sind. Hierzu gehören die Artikel „Strittige Fragen", „Über die Arbeitereinheit", „Hat die ‚Prawda' den Separatismus der Bundisten bewiesen?", „Ein Auch-Trudowik" sowie die „Resolutionen der Sommerberatung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären" in Poronin.

In den Arbeiten „Die Maikundgebungen des revolutionären Proletariats", „Die Resultate der Streiks im Jahre 1912, verglichen mit den Vorjahren", „Die Rolle der Stände und Klassen in der Befreiungsbewegung", „Die Liberalen als Verteidiger der IV. Duma" beleuchtet Lenin die Frage des Heranreifens einer politischen Krise in gesamtrussischem Maßstab, zeigt er die führende Rolle des Proletariats in der anwachsenden revolutionären Bewegung und entlarvt das konterrevolutionäre Wesen der liberalen Bourgeoisie.

In den Artikeln „Wird die Bauernschaft wohlhabender oder verarmt sie?", „Flurbereinigung und Dorfarmut", „Die Agrarfrage und die gegenwärtige Lage in Rußland" deckt Lenin die Verelendung und Verarmung der Hauptmasse der Bauern im Ergebnis der Stolypinschen Agrarpolitik auf und stellt der bolschewistischen Partei und der Arbeiterklasse die Aufgabe, die Bauernschaft in den aktiven Kampf gegen die Selbstherrschaft einzubeziehen.

Der Band enthält Dokumente, die die Tätigkeit Lenins bei der Leitung der bolschewistischen Fraktion der IV. Reichsduma charakterisieren: Entwürfe von Reden – „Zur Politik des Ministeriums für Volksbildung", „Zur Frage der (allgemeinen) Agrarpolitik der heutigen Regierung" – und Artikel – „Die Duma-‚Sieben'", „Materialien zur Frage des Kampfes innerhalb der sozialdemokratischen Dumafraktion" und andere.

Eine weitere Gruppe von Artikeln – „Zivilisierte Barbarei", „Ein großer Sieg der Technik", „Rüstungen und Kapitalismus", „Wem nützt es?", „Das Erwachen Asiens", „Entlarvung der englischen Opportunisten" – ist Fragen der Weltwirtschaft und -politik gewidmet. Lenin beleuchtet in ihnen Tatsachen, die die Fäulnis des Kapitalismus, das Anwachsen der Rüstungen und die Vorbereitung eines imperialistischen Krieges, aber auch das Erwachen der Kolonialvölker beweisen, und kritisiert den zunehmenden Opportunismus in der internationalen Arbeiterbewegung.

Neun im vorliegenden Band enthaltene Dokumente werden zum erstenmal in den Werken W. I. Lenins veröffentlicht. In dem Vortrag „Das Rußland von heute und die Arbeiterbewegung" und in den Artikeln „Ein Gespräch", „Den Lesern des ‚Lutsch' und der ‚Prawda' zur Beachtung", „Gar nicht gut!", „Arbeitermasse und Arbeiterintelligenz", „Zu den Beschlüssen des Büros" entlarvt Lenin die Liquidatoren, die bestrebt waren, die illegale sozialdemokratische Partei zu vernichten, als offene Verräter an der Arbeiterklasse. Mit dem Artikel „Zur Spaltung in der russischen sozialdemokratischen Dumafraktion" tritt Lenin in der internationalen sozialistischen Presse gegen die Verleumdungen auf, die von den Liquidatoren und Trotzkisten über die bolschewistische Partei verbreitet wurden. In den Artikeln „Über den ‚Erdölhunger'" und „Eine falsche Einschätzung" deckt Lenin die konterrevolutionäre Rolle der russischen Bourgeoisie auf und zeigt, wie sie im Bunde mit den fronherrlichen Gutsbesitzern die ökonomische Entwicklung Rußlands bremste.

ПРОСВѢЩЕНІЕ

Ежемѣсячный журналъ.

№ 3.

Мартъ.

СПБ. 1913 годъ.

Titelblatt der Zeitschrift „Prosweschtschenije" Nr. 3, März 1913,
in der W. I. Lenins Artikel
„Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus"
veröffentlicht wurde

Verkleinert

DREI QUELLEN UND DREI BESTANDTEILE DES MARXISMUS[1]

Die Lehre von Marx stößt in der ganzen zivilisierten Welt auf die erbittertste Feindschaft und den größten Haß der gesamten bürgerlichen Wissenschaft (der offiziellen wie der liberalen), die im Marxismus eine Art „schädlicher Sekte" erblickt. Ein anderes Verhalten kann man auch nicht erwarten, denn eine „unparteiische" Sozialwissenschaft kann es in einer auf Klassenkampf aufgebauten Gesellschaft nicht geben. Jedenfalls ist es Tatsache, daß die *gesamte* offizielle und liberale Wissenschaft die Lohnsklaverei *verteidigt*, während der Marxismus dieser Sklaverei schonungslosen Kampf angesagt hat. In einer Gesellschaft der Lohnsklaverei eine unparteiische Wissenschaft zu erwarten wäre eine ebenso törichte Naivität, wie etwa von den Fabrikanten Unparteilichkeit zu erwarten in der Frage, ob man nicht den Arbeitern den Lohn erhöhen sollte, indem man den Profit des Kapitals kürzt.

Doch nicht das allein. Die Geschichte der Philosophie und die Geschichte der Sozialwissenschaft zeigen mit aller Deutlichkeit, daß der Marxismus nichts enthält, was einem „Sektierertum" im Sinne irgendeiner abgekapselten, verknöcherten Lehre ähnlich wäre, die *abseits* von der Heerstraße der Entwicklung der Weltzivilisation entstanden ist. Im Gegenteil: Die ganze Genialität Marx' besteht gerade darin, daß er auf die Fragen Antwort gegeben hat, die das fortgeschrittene Denken der Menschheit bereits gestellt hatte. Seine Lehre entstand als direkte und unmittelbare *Fortsetzung* der Lehren der größten Vertreter der Philosophie, der politischen Ökonomie und des Sozialismus.

Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist. Sie ist in sich geschlossen und harmonisch, sie gibt den Menschen eine einheitliche Welt-

anschauung, die sich mit keinerlei Aberglauben, keinerlei Reaktion, keinerlei Verteidigung bürgerlicher Knechtung vereinbaren läßt. Sie ist die rechtmäßige Erbin des Besten, was die Menschheit im 19. Jahrhundert in Gestalt der deutschen Philosophie, der englischen politischen Ökonomie und des französischen Sozialismus hervorgebracht hat.

Auf diese drei Quellen und gleichzeitig Bestandteile des Marxismus wollen wir denn auch kurz eingehen.

I

Die Philosophie des Marxismus ist der *Materialismus*. Im Laufe der gesamten neuesten Geschichte Europas und insbesondere Ende des 18. Jahrhunderts in Frankreich, wo eine entscheidende Schlacht gegen alles mittelalterliche Gerümpel, gegen den Feudalismus in den Einrichtungen und in den Ideen geschlagen wurde, erwies sich der Materialismus als die einzige folgerichtige Philosophie, die allen Lehren der Naturwissenschaften treu bleibt, die dem Aberglauben, der Frömmelei usw. feind ist. Die Feinde der Demokratie waren daher aus allen Kräften bemüht, den Materialismus „zu widerlegen", zu untergraben und zu diffamieren, und nahmen die verschiedenen Formen des philosophischen Idealismus in Schutz, der stets, auf diese oder jene Art, auf eine Verteidigung oder Unterstützung der Religion hinausläuft.

Marx und Engels verfochten mit aller Entschiedenheit den philosophischen Materialismus und legten zu wiederholten Malen dar, wie grundfalsch jede Abweichung von dieser Grundlage ist. Am klarsten und ausführlichsten sind ihre Anschauungen in Engels' Werken „Ludwig Feuerbach" und „Anti-Dühring" niedergelegt, die – wie das „Kommunistische Manifest" – Handbücher jedes klassenbewußten Arbeiters sind.

Aber Marx blieb nicht beim Materialismus des 18. Jahrhunderts stehen, er entwickelte die Philosophie weiter. Er bereicherte sie durch die Errungenschaften der deutschen klassischen Philosophie und besonders des Hegelschen Systems, das seinerseits zum Materialismus Feuerbachs geführt hatte. Die wichtigste dieser Errungenschaften ist die *Dialektik*, d. h. die Lehre von der Entwicklung in ihrer vollständigsten, tiefstgehenden und von Einseitigkeit freiesten Gestalt, die Lehre von der Relativität des menschlichen Wissens, das uns eine Widerspiegelung der sich ewig ent-

wickelnden Materie gibt. Die neuesten Entdeckungen der Naturwissenschaft – das Radium, die Elektronen, die Verwandlung der Elemente – haben den dialektischen Materialismus von Marx glänzend bestätigt, entgegen den Lehren der bürgerlichen Philosophen mit ihrer ständig „neuen" Rückkehr zum alten und faulen Idealismus.

Marx, der den philosophischen Materialismus vertiefte und entwickelte, führte ihn zu Ende und dehnte dessen Erkenntnis der Natur auf die Erkenntnis der *menschlichen Gesellschaft* aus. Der *historische Materialismus* von Marx war eine gewaltige Errungenschaft des wissenschaftlichen Denkens. Das Chaos und die Willkür, die bis dahin in den Anschauungen über Geschichte und Politik geherrscht hatten, wurden von einer erstaunlich einheitlichen und harmonischen wissenschaftlichen Theorie abgelöst, die zeigt, wie sich aus einer Form des gesellschaftlichen Lebens, als Folge des Wachsens der Produktivkräfte, eine andere, höhere Form entwickelt – wie zum Beispiel aus dem Feudalismus der Kapitalismus hervorgeht.

Genauso wie die Erkenntnis des Menschen die von ihm unabhängig existierende Natur, d. h. die sich entwickelnde Materie widerspiegelt, so spiegelt die *gesellschaftliche Erkenntnis* des Menschen (d. h. die verschiedenen philosophischen, religiösen, politischen usw. Anschauungen und Lehren) die *ökonomische Struktur* der Gesellschaft wider. Die politischen Einrichtungen sind ein Überbau auf der ökonomischen Basis. Wir sehen zum Beispiel, wie die verschiedenen politischen Formen der heutigen europäischen Staaten dazu dienen, die Herrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat zu festigen.

Marx' Philosophie ist der vollendete philosophische Materialismus, der der Menschheit – insbesondere aber der Arbeiterklasse – mächtige Mittel der Erkenntnis gegeben hat.

II

Nachdem Marx erkannt hatte, daß die ökonomische Struktur die Basis ist, worauf sich der politische Überbau erhebt, wandte er seine Aufmerksamkeit vor allem dem Studium dieser ökonomischen Struktur zu. Das Hauptwerk von Marx – „Das Kapital" – ist der Erforschung der ökonomischen Struktur der modernen, d. h. der kapitalistischen Gesellschaft gewidmet.

Die vormarxsche klassische politische Ökonomie entstand in England, dem entwickeltsten kapitalistischen Land. Adam Smith und David Ricardo, die die ökonomische Struktur untersuchten, legten den Grundstein der *Arbeitswerttheorie.* Marx setzte ihr Werk fort. Er begründete diese Theorie exakt und entwickelte sie folgerichtig. Er zeigte, daß der Wert einer jeden Ware durch die Menge der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit bestimmt wird, die zur Produktion der Ware erforderlich ist.

Wo die bürgerlichen Ökonomen ein Verhältnis von Dingen sahen (Austausch von Ware gegen Ware), dort enthüllte Marx ein *Verhältnis von Menschen.* Der Austausch von Waren drückt die Verbindung zwischen den einzelnen Produzenten vermittels des Marktes aus. Das *Geld* bedeutet, daß diese Verbindung immer enger wird und das gesamte wirtschaftliche Leben der einzelnen Produzenten untrennbar zu einem Ganzen verknüpft. Das *Kapital* bedeutet eine weitere Entwicklung dieser Verbindung: Die Arbeitskraft des Menschen wird zur Ware. Der Lohnarbeiter verkauft seine Arbeitskraft dem Besitzer des Bodens, der Fabriken, der Arbeitsmittel. Einen Teil des Arbeitstages verwendet der Arbeiter darauf, die zu seinem und seiner Familie Unterhalt notwendigen Ausgaben zu decken (Arbeitslohn), den anderen Teil des Tages jedoch arbeitet der Arbeiter unentgeltlich; er schafft *Mehrwert* für den Kapitalisten, die Quelle des Profits, die Quelle des Reichtums der Kapitalistenklasse.

Die Lehre vom Mehrwert ist der Grundpfeiler der ökonomischen Theorie von Marx.

Das durch die Arbeit des Arbeiters geschaffene Kapital unterdrückt den Arbeiter, ruiniert die Kleinbesitzer und erzeugt eine Armee von Arbeitslosen. In der Industrie ist der Sieg des Großbetriebs auf den ersten Blick sichtbar, aber auch in der Landwirtschaft sehen wir die gleiche Erscheinung: Die Überlegenheit des kapitalistischen landwirtschaftlichen Großbetriebs wächst, die Anwendung von Maschinen nimmt zu, die Bauernwirtschaft gerät in die Schlinge des Geldkapitals, sie verfällt unter der Last ihrer technischen Rückständigkeit dem Niedergang und Ruin. In der Landwirtschaft nimmt der Niedergang des Kleinbetriebs andere Formen an, doch der Niedergang selbst ist eine unbestreitbare Tatsache.

Durch die Zerschlagung der Kleinproduktion bewirkt das Kapital eine Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Schaffung einer Monopolstellung der Vereinigungen der Großkapitalisten. Die Produktion selbst

wird immer mehr zur gesellschaftlichen Produktion – Hunderttausende und Millionen von Arbeitern werden zu einem planmäßigen Wirtschaftsorganismus zusammengefaßt –, das Produkt der gemeinsamen Arbeit aber eignet sich eine Handvoll Kapitalisten an. Es wachsen die Anarchie der Produktion, die Krisen, die tolle Jagd nach Märkten, die Existenzunsicherheit für die Masse der Bevölkerung.

Die kapitalistische Ordnung, die die Abhängigkeit der Arbeiter vom Kapital steigert, schafft gleichzeitig die gewaltige Macht der vereinigten Arbeit.

Von den ersten Anfängen der Warenwirtschaft, vom einfachen Austausch an, verfolgte Marx die Entwicklung des Kapitalismus bis zu seinen höchsten Formen, bis zur Großproduktion.

Und die Erfahrungen aller kapitalistischen Länder, der alten wie der neuen, zeigen einer von Jahr zu Jahr wachsenden Zahl von Arbeitern anschaulich die Richtigkeit dieser Lehre von Marx.

Der Kapitalismus hat in der ganzen Welt gesiegt, aber dieser Sieg ist nur die Vorstufe zum Sieg der Arbeit über das Kapital.

III

Als der Feudalismus gestürzt und die *„freie"* kapitalistische Gesellschaft zur Welt gekommen war, zeigte es sich sogleich, daß diese Freiheit ein neues System der Unterdrückung und Ausbeutung der Werktätigen bedeutet. Alsbald kamen verschiedene sozialistische Lehren auf, als Widerspiegelung dieser Unterdrückung und als Protest gegen sie. Doch der ursprüngliche Sozialismus war ein *utopischer* Sozialismus. Er kritisierte die kapitalistische Gesellschaft, verurteilte und verfluchte sie, träumte von ihrer Vernichtung, phantasierte von einer besseren Ordnung und suchte die Reichen von der Unsittlichkeit der Ausbeutung zu überzeugen.

Der utopische Sozialismus war jedoch nicht imstande, einen wirklichen Ausweg zu zeigen. Er vermochte weder das Wesen der kapitalistischen Lohnsklaverei zu erklären noch die Gesetze der Entwicklung des Kapitalismus zu entdecken, noch jene *gesellschaftliche Kraft* zu finden, die fähig ist, Schöpfer einer neuen Gesellschaft zu werden.

Indessen enthüllten die stürmischen Revolutionen, von denen der Unter-

gang des Feudalismus, der Leibeigenschaft, überall in Europa und besonders in Frankreich begleitet war, immer augenfälliger den *Kampf der Klassen* als Grundlage der gesamten Entwicklung und als ihre treibende Kraft.

Kein einziger Sieg der politischen Freiheit über die Klasse der Feudalherren wurde errungen ohne deren verzweifelten Widerstand. Kein einziges kapitalistisches Land bildete sich auf mehr oder weniger freier, demokratischer Grundlage, ohne daß ein Kampf auf Leben und Tod zwischen den verschiedenen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft stattfand.

Die Genialität Marx' besteht darin, daß er es früher als alle anderen verstand, daraus jene Schlußfolgerung zu ziehen und konsequent zu entwickeln, die uns die Weltgeschichte lehrt. Diese Schlußfolgerung ist die Lehre vom *Klassenkampf*.

Die Menschen waren in der Politik stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die *Interessen* dieser oder jener Klassen zu suchen. Die Anhänger von Reformen und Verbesserungen werden immer von den Verteidigern des Alten übertölpelt werden, solange sie nicht begreifen, daß sich jede alte Einrichtung, wie sinnlos und faul sie auch erscheinen mag, durch die Kräfte dieser oder jener herrschenden Klassen behauptet. Um aber den Widerstand dieser Klassen zu brechen, gibt es *nur ein* Mittel: innerhalb der uns umgebenden Gesellschaft selbst Kräfte zu finden, aufzuklären und zum Kampf zu organisieren, die imstande – und infolge ihrer gesellschaftlichen Lage *genötigt* – sind, die Kraft zu bilden, die das Alte hinwegzufegen und das Neue zu schaffen vermag.

Erst der philosophische Materialismus von Marx hat dem Proletariat den Ausweg aus der geistigen Sklaverei gewiesen, in der alle unterdrückten Klassen bisher ihr Leben fristeten. Erst die ökonomische Theorie von Marx hat die wirkliche Stellung des Proletariats im Gesamtsystem des Kapitalismus erklärt.

In der ganzen Welt, von Amerika bis Japan und von Schweden bis Südafrika, mehren sich die selbständigen Organisationen des Proletariats. Es schreitet in seiner Aufklärung und Erziehung fort, indem es seinen

Klassenkampf führt, es entledigt sich der Vorurteile der bürgerlichen Gesellschaft, schließt sich immer enger zusammen und lernt, an seine Erfolge den richtigen Maßstab anzulegen, stählt seine Kräfte und wächst unaufhaltsam.

„Prosweschtschenije" Nr. 3,
März 1913.
Unterschrift: W. I.

Nach dem Text des
„Prosweschtschenije".

EIN BEDEUTENDER ERFOLG DER CHINESISCHEN REPUBLIK

Bekanntlich hatte die von der fortschrittlichen Demokratie der Volksmassen in Asien unter so großen Opfern geschaffene große chinesische Republik in der letzten Zeit mit den drückendsten Finanzschwierigkeiten zu kämpfen. Sechs „Groß"mächte, die als zivilisiert gelten, in Wirklichkeit aber die denkbar reaktionärste Politik betreiben, hatten ein Finanzkonsortium (Vereinigung) gebildet, das die Gewährung einer Anleihe an China hintertrieb!

Die Revolution in China rief nämlich unter der europäischen Bourgeoisie nicht etwa Begeisterung für die Sache der Freiheit und der Demokratie hervor – solcher Gefühle ist wohl das Proletariat fähig, nicht aber die Ritter des Profits –, sondern das Streben, China *auszurauben*, sich an die Aufteilung Chinas zu machen, China Land abzunehmen. Das „Konsortium" der sechs Mächte (England, Frankreich, Rußland, Deutschland, Japan, Vereinigte Staaten von Amerika) trachtete danach, Chinas Bankrott herbeizuführen, um die Republik zu schwächen und zu untergraben.

Ein bedeutender Erfolg der jungen Republik, die sich der Sympathien der werktätigen Massen in der ganzen Welt erfreut, war der *Zerfall* dieses erzreaktionären Konsortiums. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika erklärte, seine Regierung werde dieses Konsortium nicht mehr unterstützen und in nächster Zukunft die chinesische Republik offiziell *anerkennen*. Jetzt sind die amerikanischen Banken aus dem Konsortium *ausgeschieden*. Amerika wird jetzt China die finanzielle Unterstützung gewähren, die dieses so dringend braucht, es wird den chinesischen Markt für das amerikanische Kapital öffnen und das Zustandekommen von Reformen in China erleichtern.

Unter dem Einfluß Amerikas hat auch Japan seine Politik China gegenüber geändert. Zuerst wollte es Sun Yat-sen nicht einmal die Einreise nach Japan erlauben! Jetzt hat diese Reise stattgefunden, und alle Demokraten in Japan begrüßen begeistert ein Bündnis mit dem republikanischen China; auf der Tagesordnung steht der Abschluß eines *Bündnisses* mit China. Die japanische Bourgeoisie hat, wie die amerikanische, begriffen, daß es für sie vorteilhafter ist, eine Politik des Friedens gegenüber China zu betreiben und nicht eine Politik der Ausraubung und Aufteilung der chinesischen Republik.

Der Zerfall des räuberischen Konsortiums ist selbstverständlich eine bedeutende Niederlage der reaktionären Außenpolitik, wie sie von Rußland betrieben wird.

„Prawda" Nr. 68,
22. März 1913.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE ALTEN AUFGABEN UND DER ALTERSSCHWACHE LIBERALISMUS

Der Abgeordnete Schingarjow, einer der namhaftesten Kadetten, hielt kürzlich in Petersburg eine Vorlesung zum Thema „Die neue Duma und die alten Aufgaben".

Ein aktuelles, interessantes, lebensnahes Thema.

Wie üblich, zog unser Kadett gegen die Oktobristen zu Felde. „Die Oktobristen", rief er aus, „genieren sich, sich dem rechten Flügel anzuschließen, und wagen es nicht, sich den Linken anzuschließen" („Retsch"[2] Nr. 70). Zu den „Linken" zählte unser tapferer (vor einer demokratischen Zuhörerschaft tapferer) Kadett offenbar die Progressisten. Daß diese nächsten Freunde und politischen Kampfgefährten der Kadetten selbst zu drei Vierteln Oktobristen sind, verschwieg Herr Schingarjow.

Er möchte, daß die Demokratie die Kadetten für „Linke" hält, *trotz* des ständigen und sehr engen faktischen Blocks der Kadetten mit den Progressisten, die *in der Mitte* zwischen Kadetten und Oktobristen stehen! Mit anderen Worten: Die Kadetten möchten die Demokratie ködern, obwohl sie selbst in Wirklichkeit Gefangene der offenkundig *anti*demokratischen Progressisten sind.

„Die Langeweile", sagte Herr Schingarjow über die IV. Duma, „erinnert an den Zustand der Fahrgäste eines Zuges, der auf einer einsamen Station steckengeblieben ist. Um sich zu zerstreuen und den Zug von der Stelle zu bewegen, müssen die Fahrgäste bei der Freilegung der Strecke selbst Hand anlegen. Um aber die schwere Maschine der Gesetzgebung in Gang zu bringen, reichen die Kräfte der Fahrgäste allein nicht aus. Unseren Reformen sind drei Riegel vorgeschoben – das Gesetz vom 3. Juni, das Oberhaus und die nieman-

dem Rechenschaft schuldende Exekutivgewalt. Wie sich diese Riegel werden aufmachen lassen – ob still und friedlich oder anders, das wird die Geschichte zeigen. Die Zeitgenossen können nicht völlig teilnahmslos bleiben; sie müssen sich einträchtig in die Riemen legen." („Retsch" Nr. 70.)

Eine bequeme Sache ist das – ein Verweis auf die Geschichte! Herr Schingarjow und die Kadetten verweisen auf die Geschichte *so* wie diejenigen, von denen Marx sagte, sie träten für die Knute ein, weil sie eine historische Knute sei[3].

Natürlich „wird die Geschichte zeigen, *wie* sich diese Riegel werden aufmachen lassen", das ist eine Wahrheit, die nicht zu bestreiten ist, aber auch nichts besagt. Das ist eine Ausrede von Leuten, die an Altersschwäche leiden. Von einem Politiker möchte man wissen, *welche* Klasse die Riegel vorschiebt und *welche* Klassen sie mit *welchen* Mitteln aufmachen müssen.

„Die Geschichte wird zeigen", was sie schon vor 7½ Jahren gezeigt hat: die Fruchtlosigkeit des liberalen Reformismus, der liberalen Träumereien von einem Frieden mit der Klasse, die die „Riegel" vorschiebt.

„Prawda" Nr. 71,
26. März 1913.
Unterschrift: M.

Nach dem Text der „Prawda".

ÜBER DEN „ERDÖLHUNGER"

Die Frage des „Erdölhungers", der maßlosen Verteuerung des Erdöls, der verbrecherischen Vereinbarungen der Erdölmagnaten zur Ausplünderung der Konsumenten hat ein völlig berechtigtes Interesse und eine völlig begreifliche Empörung in der Duma und noch mehr außerhalb der Duma hervorgerufen.

Das Duell zwischen dem Herrn Minister für Handel und Industrie, der in kaum verhüllter Form die im Syndikat vereinigten Erdölkönige *in Schutz nahm*, und Herrn Markow 2, der stürmisch und feurig die beleidigten Gefühle der edlen fronherrlichen Gutsbesitzer zum Ausdruck brachte, dieses Duell (in der Sitzung der Reichsduma vom 22. März) verdient die größte Aufmerksamkeit von seiten der Arbeiterklasse und der gesamten Demokratie. Dieses Duell wirft ein bezeichnendes Licht auf das ganze Wechselverhältnis der beiden in Rußland „regierenden" Klassen, der beiden sogenannten „oberen" (in Wirklichkeit aber sehr niedrigen, niederträchtigen, räuberischen) Klassen, der Klasse der fronherrlichen Gutsbesitzer und der Klasse der Finanzmagnaten.

Die Frage des Erdölsyndikats scheint auf den ersten Blick eine Einzelfrage zu sein. Aber dem ist nicht so. In Wirklichkeit ist sie nur eine Erscheinungsform der allgemeinen und grundlegenden Frage der Verwaltung Rußlands (oder richtiger, der Ausplünderung Rußlands) durch die beiden herrschenden Klassen. Die Rede Markows 2 war eine großartige Antwort an den Verteidiger der Erdöl„könige" vom Standpunkt eines *Raubtiers*, das bei der Verteilung der Beute zu kurz gekommen ist. Kein Wunder, daß Herr Markow 2 sich dabei nicht „sich selbst zuwenden konnte", sich selbst (und seine Gutsbesitzerfreunde) nicht im Spiegel be-

trachten konnte. Ich will Herrn Markow 2 behilflich sein; ich werde ihm den Spiegel vorhalten. Ich werde ihm sein Porträt zeichnen. Ich werde zeigen, daß der „Zwist" Markows 2 und Chwostows mit den Erdölkönigen, den Magnaten des Petroleumsyndikats, den Millionären aus Baku ein *Familienzwist* ist, ein Zwist *zweier* Diebe, die Volksgut plündern. „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich." Der Herr Minister und die Herren Nobel und Co. einerseits und die Herren Chwostow und Markow mit ihren Freunden im Senat, im Reichsrat usw. anderseits sind eine solche *„Familie"*. Es ist nur leider so, daß viele Millionen Arbeiter und ruinierte Bauern in Rußland unter dieser noblen Gesellschaft sehr viel zu leiden haben!

Was ist der Kern der Erdölfrage?

Vor allem das unverschämte Hochtreiben der Erdölpreise durch die Herren Erdölindustriellen bei künstlicher *Drosselung* der Produktivität der Bohrlöcher und Betriebe durch diese „Ritter" des kapitalistischen Profits.

Die wichtigsten Daten über diese Punkte wurden bereits in der Duma angeführt, doch muß ich sie trotzdem kurz wiederholen, um meine weiteren Ausführungen völlig verständlich zu machen. Der Preis eines Puds Erdöl betrug im Jahre 1902 6 Kopeken. Im Jahre 1904 war er schon auf 14 Kopeken angestiegen. Danach wurde der Preis „galopp" noch „lustiger", so daß nach der Revolution von 1905 in den Jahren 1908/1909 der Preis für ein Pud auf 21 Kopeken und 1912 *auf 38 Kopeken* anstieg.

Also in 10 Jahren eine Preissteigerung *auf mehr als das Sechsfache!* Demgegenüber *ging* die Erdölförderung in dieser Zeit von 600–700 Millionen Pud in den Jahren 1900–1902 auf *500–585* Millionen Pud in den Jahren 1908–1912 *zurück*.

Diese Zahlen sollte man sich merken. Man muß sie sich durch den Kopf gehen lassen. Rückgang der Förderung in einem Jahrzehnt, das durch eine außerordentliche, sprunghafte Aufwärtsentwicklung der Produktion in der ganzen Welt gekennzeichnet ist, und Preissteigerung *auf mehr als das Sechsfache*.

Der Herr Minister für Handel und Industrie, der die Clique der Kaufleute und Industriellen in Schutz nahm, führte geradezu unglaublich jämmerliche Argumente ins Feld.

Die Nachfrage nach Brennstoff wächst, sagte er, es wächst die Nach-

frage nach Erdöl in der Automobil- und Flugzeugindustrie, und der Herr Minister tröstete uns und das russische Volk damit, daß das eine „in der ganzen Welt zu beobachtende" Erscheinung sei.

Und wie steht es damit in Amerika? fragen wir. Diese Frage drängt sich von selbst auf, denn jedermann weiß, daß in bezug auf die Erdölgewinnung Amerika der einzige ernst zu nehmende Konkurrent Rußlands ist. Der gemeinsame Anteil Rußlands und Amerikas an der Erdölförderung der Welt betrug im Jahre 1900 über $^{9}/_{10}$ und im Jahre 1910 über $^{8}/_{10}$.

Wenn es sich um eine „in der ganzen Welt zu beobachtende" Erscheinung handelt, Herr Minister, dann muß also *dasselbe* auch auf Amerika zutreffen? Und nun, um die unaufmerksamen Hörer zu *beeindrucken*, machte der Herr Minister, der die Clique der Erdölräuber in Schutz nahm, Zahlenangaben über Amerika ... *aber nur für 2 Jahre!!* In den beiden letzten Jahren sei der Erdölpreis in Amerika auf das Doppelte gestiegen, ebenso in Rumänien.

Sehr schön, Herr Minister! Warum soll man aber den Vergleich nicht zu Ende führen? Wenn schon vergleichen, dann richtig vergleichen. Mit Zahlen soll man nicht spielen. Man muß über Amerika Angaben *für den gleichen Zeitraum* nehmen, für den auch die Angaben über Rußland gemacht wurden. Liegt es denn nicht auf der Hand, daß das die grundlegende, elementarste, primitivste Bedingung für jeglichen gewissenhaften Gebrauch der Statistik ist?!

In Rußland stiegen die Preise in den 10 Jahren auf mehr als das *Sechsfache*, verglichen mit ebendemselben niedrigen Preis des Jahres 1902, den der Herr Minister selbst angegeben hat. Und in Amerika? Dort gab es nichts, was einer *solchen* Preiserhöhung gleichkäme. Von 1900 bis 1910 ist der Preis in Amerika *gesunken*. In den letzten Jahren blieb er stabil.

Was ist also das Fazit? Verdoppelung in Amerika und *Versechsfachung* in Rußland. Dabei wurde in Amerika im Jahre 1900 *weniger* Erdöl gefördert als in Rußland, im Jahre 1910 dagegen *dreimal soviel* wie in Rußland!!

Das wollte der Herr Minister, der die Vereinbarungen der Erdölmillionäre so ungeschickt verteidigte, nicht sagen. Doch die Tatsache liegt auf der Hand. Welche Zahlen man auch nehmen mag, unzweifelhaft bleibt, daß die Preise in Amerika in den letzten 10 Jahren *ungleich ge-*

ringer gestiegen sind als in Rußland, die Erdölgewinnung dagegen sich *gewaltig* erhöht hat, während es in Rußland einen schmählichen Stillstand und sogar einen Rückgang gibt.

Wir sehen jetzt ohne weiteres, wie wenig Wahrheit und wieviel Unwahrheit in der Berufung unseres Ministers auf die „in der ganzen Welt zu beobachtende" Erscheinung der Verteuerung steckt. Jawohl, eine Verteuerung vollzieht sich überall. Jawohl, es gibt allgemeinkapitalistische Ursachen, durch die sie hervorgerufen wird.

Aber in Rußland ist die Lage eben deshalb *unerträglich*, weil die Verteuerung gerade des Erdöls bei uns ungleich größer ist und die Produktivität, statt zuzunehmen, stagniert. In Rußland ist die Lage eben deshalb *ganz und gar unerträglich*, weil statt der breiten, freien, raschen Entwicklung des Kapitalismus Stagnation und Fäulnis herrschen. Deshalb wirkt sich bei uns dieselbe Teuerung hundertmal schlimmer aus.

Rußland hat eine Bevölkerung von 170 Millionen, Amerika von 90, d. h. etwas mehr als die Hälfte. Erdöl aber wird in Amerika jetzt *dreimal* soviel gefördert wie bei uns und Steinkohle *achtzehnmal* soviel. Der Lebensstandard in Amerika ist, nach dem Lohn der Arbeiter zu urteilen, *viermal* so hoch wie in Rußland.

Wird hieraus nicht klar, welch schreiende Unwahrheit die Worte des Herrn Ministers enthalten, das Übel sei eine in der ganzen Welt zu beobachtende Erscheinung? Das Übel lastet viermal, wenn nicht zehnmal *schwerer* auf Rußland.

Geschrieben im März 1913,
nicht vor dem 26. (8. April).

Zuerst veröffentlicht am 21. Januar 1940
in der „Prawda" Nr. 21.

Nach dem Manuskript.

DER ENTWURF DER KADETTEN FÜR EIN VERSAMMLUNGSGESETZ

Unter den in der Reichsduma von den Kadetten eingebrachten Gesetzentwürfen über die Freiheiten befindet sich auch ein Entwurf für ein Versammlungsgesetz.

Die Kadetten halten sich für eine demokratische Partei. Sie müssen also begreifen, daß ein in der IV. Reichsduma eingebrachter Entwurf für ein Versammlungsgesetz ausschließlich propagandistischen Charakter trägt, d. h. daß er eingebracht wird, um die Prinzipien der Versammlungsfreiheit zu propagieren, zu verbreiten und zu erläutern.

Gerade von diesem Standpunkt muß man denn auch den Gesetzentwurf der Kadetten beurteilen: Hilft er, der Bevölkerung Rußlands die Bedeutung der Versammlungsfreiheit, die Wichtigkeit dieser Freiheit und die Bedingungen für ihre Erringung *klarzumachen*?

Nein. Der Gesetzentwurf ist von liberalen Beamten, *nicht* aber von Demokraten abgefaßt worden. Er enthält eine Menge schablonenhafter, unsinniger bürokratischer Maßregeln und nicht das vom Standpunkt der Demokratie Notwendige.

Verboten werden Versammlungen auf Schienenwegen (§ 3), Versammlungen im Umkreis einer Werst vom Tagungsort der Reichsduma usw. (§ 4); vorherige Anmeldung ist erforderlich in den Städten, nicht aber in den Dörfern (§§ 6 und 7) und so weiter – was soll das? Wozu dieser ganze jämmerliche, lächerliche, erbärmliche, bürokratische Plunder?

All das ist aus europäischen *konterrevolutionären* Gesetzen abgeschrieben, all das riecht ganz nach den Zeiten, wo man kein Vertrauen zur Demokratie hatte und sie unterdrückte, all das ist unglaublich veraltet. Gerade in den Städten werden zum Beispiel öffentliche Versammlungen in

den Zeitungen angekündigt – wozu also dieser idiotische Bürokratismus mit den „Anmeldungen"?? Lediglich dazu, ausschließlich dazu, um den Machthabern zu beweisen, daß sie, die Kadetten, doch auf dem Standpunkt des „Staates" stehen, daß sie doch „Leute der Ordnung" (d. h. Feinde der Demokratie) sind, daß sie bürokratische Rechtskniffe „ebenfalls zu schätzen wissen".

Was aber für die moderne Demokratie wichtig und bedeutend ist, fehlt in dem Entwurf. Für die Massen ist es wichtig, einen Raum für Versammlungen zu haben. Sie brauchen ein *Gesetz*, welches bestimmt, daß auf Verlangen, sagen wir, einer bestimmten kleinen Zahl von Bürgern *sämtliche* öffentlichen Gebäude, Schulen usw. abends und überhaupt in freien Stunden unentgeltlich und ohne Einschränkung dem Volk für Versammlungen zur Verfügung gestellt werden *müssen*. In Frankreich ist das so üblich, und außer der Rückschrittlichkeit der Purischkewitsch kann es für diese demokratische Gepflogenheit keine anderen Hindernisse geben.

Aber das ist es ja eben, daß der ganze Geist, der ganze Inhalt des kadettischen Gesetzentwurfs über die Freiheiten *nicht* demokratisch, sondern liberal-bürokratisch ist.

„Prawda" Nr. 72,
27. März 1913.

Nach dem Text der „Prawda".

DER BALKANKRIEG UND DER BÜRGERLICHE CHAUVINISMUS

Der Balkankrieg nähert sich seinem Ende. Mit der Einnahme Adrianopels haben die Bulgaren einen entscheidenden Sieg errungen, und der Schwerpunkt hat sich endgültig vom Schauplatz des Krieges auf den Schauplatz der Zänkereien und Intrigen zwischen den sog. Großmächten verlagert.

Der Balkankrieg ist ein Glied in der Kette der weltpolitischen Ereignisse, die den Zusammenbruch der mittelalterlichen Verhältnisse in Asien und Osteuropa bedeuten. Die Schaffung vereinigter Nationalstaaten auf dem Balkan, die Beseitigung der Macht der örtlichen Feudalherren, die endgültige Befreiung der Balkanbauern aller Nationalitäten vom Joch der Grundherren – das war die historische Aufgabe, die vor den Balkanvölkern stand.

Diese Aufgabe hätten die Balkanvölker zehnmal leichter als jetzt und mit hundertmal geringeren Opfern lösen können, wenn sie eine föderative Balkanrepublik geschaffen hätten. Bei vollem und konsequentem Demokratismus wären weder nationale Unterdrückung und nationaler Hader möglich gewesen, noch hätten die religiösen Zwistigkeiten geschürt werden können. Den Balkanvölkern wäre eine wirklich rasche, allseitige und freie Entwicklung sicher gewesen.

Was ist die historische Ursache dafür, daß die dringlichsten Probleme des Balkans auf dem Wege eines im Interesse der Bourgeoisie und der Dynastien geführten Krieges gelöst wurden? Die wichtigste Ursache dafür ist die Schwäche des Proletariats auf dem Balkan sowie der reaktionäre Einfluß und der Druck von seiten der mächtigen europäischen Bourgeoisie. Diese fürchtet wirkliche Freiheit sowohl in ihren eigenen Ländern als auch

auf dem Balkan, sie will sich nur auf fremde Kosten bereichern, sie schürt Chauvinismus und nationale Feindschaft, um sich ihre Raubpolitik zu erleichtern und um den unterdrückten Klassen auf dem Balkan eine freie Entwicklung zu erschweren.

Der russische Chauvinismus, wie er im Zusammenhang mit den Ereignissen auf dem Balkan auftrat, ist nicht weniger widerlich als der europäische. Und der verschleierte, schöngefärbte, mit liberalen Phrasen verbrämte Chauvinismus der Kadetten ist noch widerlicher und noch schädlicher als der plumpe Chauvinismus der Schwarzhunderterzeitungen. Diese Zeitungen hetzen offen gegen Österreich – in diesem Lande, dem rückständigsten in Europa, sind (nebenbei bemerkt) den Völkern unvergleichlich größere Freiheiten garantiert als in Rußland. Die kadettische „Retsch" jedoch schrieb anläßlich der Einnahme von Adrianopel: „Die neue Situation ermöglicht es der russischen Diplomatie, nachdrücklicher aufzutreten . . ."

Saubere „Demokraten" sind das, die so tun, als verstünden sie nicht, daß es sich nur um ein nachdrückliches Auftreten bei der Verfolgung chauvinistischer Ziele handeln kann! Es wundert uns nicht, daß bei einem Essen, das Rodsjanko am 14. März gab, Miljukow und Jefremow, Gutschkow, Bennigsen, Krupenski und Balaschow einträchtig beisammensaßen. Nationalisten, Oktobristen, Kadetten – das sind nur verschiedene Schattierungen des widerlichen bürgerlichen Nationalismus und Chauvinismus, der der Freiheit unabänderlich feind ist!

„Prawda" Nr. 74,
29. März 1913.
Unterschrift: W. J.

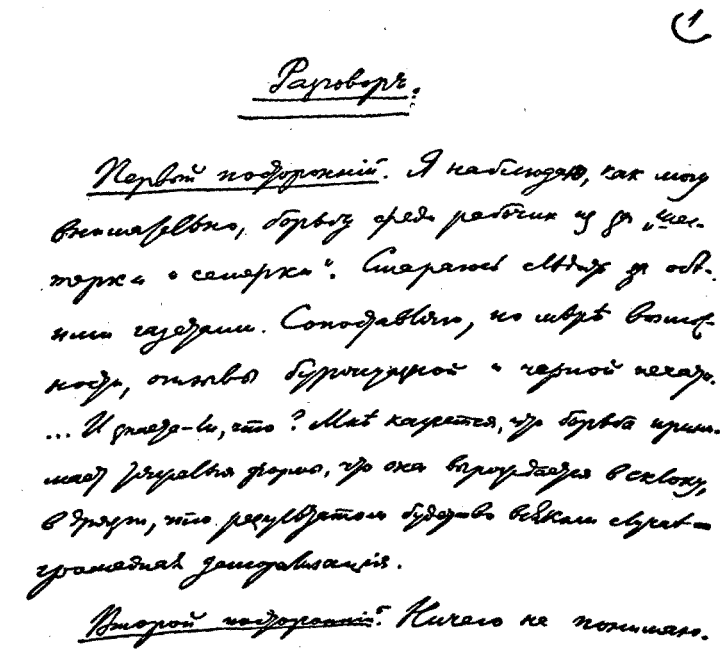
Nach dem Text der „Prawda".

EIN GESPRÄCH

Erster Außenstehender. Ich beobachte, so aufmerksam ich kann, den Kampf unter den Arbeitern wegen „der Sechs und der Sieben". Ich bemühe mich, beide Zeitungen zu verfolgen.[5] Nach Möglichkeit vergleiche ich, wie die bürgerliche und die Schwarzhunderterpresse reagieren... Und wissen Sie, was? Mir scheint, der Kampf nimmt unerfreuliche Formen an, er artet in Klatscherei, in Gezänk aus, und das Ergebnis wird auf jeden Fall eine große Demoralisation sein.

Zweiter Außenstehender. Das begreife ich nicht. Wo in aller Welt hat es jemals einen Kampf um irgend etwas Bedeutendes gegeben, der *keine* unerfreulichen Formen angenommen hätte? Gerade weil der Kampf eine bedeutende Frage löst, ist es hier mit einem „kleinen" „Zwist" nicht getan. Diejenigen, die es sich angewöhnt haben, die Prinzipien des Parteiaufbaus zu negieren und sie weiterhin negieren, werden sich nicht ohne den erbittertsten Widerstand ergeben. Erbitterter Widerstand aber erzeugt überall und immer „unerfreuliche Formen" und führt zu *Versuchen*, den Streit aus dem Bereich der Prinzipien in den Bereich des Gezänks zu verlegen. Was folgt daraus? Soll man deshalb auf den Kampf um die Grundprinzipien des Parteiaufbaus verzichten?

Erster Außenstehender. Sie weichen der von mir gestellten Frage etwas aus und beeilen sich zu sehr, „zum Angriff überzugehen". Jeder Arbeiterzirkel sowohl der einen als auch der anderen Seite hat es eilig, eine Resolution zu „fabrizieren", wobei fast ein Wettbewerb entsteht, wer wen in Kraftausdrücken übertrumpft. Wieviel Geschimpfe gibt es da, das die Massen des Arbeitsvolks, die das sozialistische Licht suchen, von der Arbeiterpresse abstößt, so daß sie vielleicht die Zeitung beiseite legen, sei es



1

Разговоръ.

Первый подпольный. Я наблюдаю, какъ шла внутренняя борьба среди рабочихъ изъ за „черныхъ“ и „синихъ“. Сначала смѣхъ за обычнымъ газетнымъ. Сопоставленіе, не имѣетъ вопросъ, отмѣна буржуйной „черной сотни“. ... И глядь-ка, что? Мнѣ кажется, что борьба принимаетъ угрожающія формы, что она вторгается всюду, вдругъ, что результатомъ будетъ всякая стихійная гражданская дезорганизація.

Второй подпольный. Ничего не понимаю. Что мы видимъ на свѣтѣ борьбы изъ чего-либо серьезнаго, которая бы не принимала угрожающія формы? Конечно потому, что борьбой

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Ein Gespräch“
März–April 1913

Verkleinert

mit einem Gefühl des Befremdens, sei es mit dem Gefühl einer gewissen Scham für den Sozialismus ... Sie sind vielleicht sogar auf lange Zeit vom Sozialismus enttäuscht. Der Wettbewerb im Schimpfen schafft die Atmosphäre einer gewissen „*un*natürlichen Auslese", die die „Box-Experten" auf die ersten Plätze gelangen läßt ... Die zügellose Verunglimpfung des Gegners wird von beiden Seiten gefördert. Soll die sozialistische Partei das Proletariat *so* erziehen? Ergibt sich daraus nicht eine Billigung oder zumindest eine Duldung des Opportunismus? Denn Opportunismus heißt doch, daß man die *Grund*interessen der Arbeiterbewegung einem flüchtigen Erfolg zum Opfer bringt. Die Grundinteressen der Arbeiterbewegung werden von beiden Seiten einem flüchtigen Erfolg geopfert ... Statt an der sozialistischen Arbeit Freude zu haben, von ihr durchdrungen zu sein, eine ernsthafte Einstellung zu ihr zu haben, ergibt es sich, daß die Sozialisten die Massen vom Sozialismus abstoßen. Unwillkürlich fallen einem die bitteren Worte ein, daß das Proletariat zum Sozialismus gelangen wird *trotz* der Sozialisten.

Zweiter Außenstehender. Wir beide sind Außenstehende, d. h., wir nehmen nicht unmittelbar am Kampf teil. Doch können Außenstehende, die sich von dem, was sich vor ihren Augen abspielt, einen Begriff zu machen suchen, auf zweierlei Art zum Kampf Stellung nehmen. Man kann den Kampf beobachten und nur seine sozusagen äußere Seite sehen: man sieht, bildlich gesprochen, nur geballte Fäuste, verzerrte Gesichter, widerwärtige Szenen; man kann alles das verurteilen, darüber weinen und jammern. Man kann ihn aber auch beobachten und den *Sinn* des vor sich gehenden Kampfes begreifen, der, verzeihen Sie mir, ein klein wenig interessanter und historisch bedeutungsvoller ist als die Szenen und Bilder der sogenannten „Exzesse" oder „Extreme" im Kampf. Es gibt keinen Kampf ohne Leidenschaft, und es gibt keine Leidenschaft ohne Extreme; und was mich betrifft, so hasse ich am meisten diejenigen, die im Kampf der Klassen, Parteien, Fraktionen in erster Linie die „Extreme" sehen. Immer drängt es mich – nehmen Sie es mir nicht übel –, diesen Leuten zuzurufen: „Trink' schon lieber wohlgemut, doch mache deine Sache gut."*

Hier geht doch etwas Großes, etwas historisch Großes vor sich. Die Arbeiterpartei formiert sich. Selbständigkeit der Arbeiter, Einflußnahme

* Anspielung auf I. A. Krylows Fabel „Musikanten". *Der Übers.*

der Arbeiter auf *ihre* Fraktion, Entscheidung der Fragen ihrer Partei durch die Arbeiter selbst – darin liegt der große historische Sinn des Geschehens, das wird vor unseren Augen aus einem Wunsch zur *Wirklichkeit*. Sie lassen sich durch „Extreme" einschüchtern und betrüben, ich aber verfolge begeistert den Kampf, in dem die Arbeiterklasse Rußlands in der Tat reifer und stärker wird, ich bin nur deshalb außer mir, weil ich ein Außenstehender bin und mich nicht mitten in diesen Kampf hineinstürzen kann . . .

Erster Außenstehender. Auch mitten hinein in die „Extreme", ja? Und wenn die „Extreme" bis zur Fabrizierung von Resolutionen gehen, werden Sie auch dann den „Haß" gegenüber den Leuten proklamieren, die darauf hinweisen, die sich darüber empören und fordern, daß um jeden Preis damit Schluß gemacht wird?

Zweiter Außenstehender. Bitte, versuchen Sie nicht, mich einzuschüchtern! Das wird Ihnen nicht gelingen! Wahrhaftig, Sie ähneln Leuten, die bereit sind, die Öffentlichkeit zu verdammen, nur weil einmal eine falsche Meldung veröffentlicht wurde. Ich erinnere mich, daß einmal in der „Prawda"[6] eine Mitteilung von der politischen Unehrlichkeit eines Sozialdemokraten gemacht wurde, eine Mitteilung, die erst lange Zeit danach widerrufen wurde. Ich kann mir vorstellen, was dieser Sozialdemokrat von der Veröffentlichung an bis zum Zeitpunkt des Widerrufs durchgemacht hat! Doch die Öffentlichkeit ist ein Schwert, das die von ihm geschlagenen Wunden selbst heilt. Und wenn Resolutionen fabriziert werden? Dann wird man die Fälscher entlarven und davonjagen. Das ist alles. Es gibt keine schweren Kämpfe ohne Lazarette in der Nähe des Schlachtfeldes. Sich aber durch „Lazarett"szenen erschrecken oder entnerven zu lassen ist völlig unverzeihlich. Wer Wölfe fürchtet, der meide den Wald.

Und was den Opportunismus, d. h. das Vergessen der Hauptziele des Sozialismus betrifft, so sind Sie auf dem Holzweg. Offenbar sind Sie der Meinung, daß diese Hauptziele so etwas wie ein „Engelsideal" sind, das mit dem „sündhaften" Kampf zur Erfüllung der Tagesaufgaben, für die Forderungen des gegebenen Zeitpunkts nichts zu tun hat. So zu denken heißt den Sozialismus in eine süßliche Phrase, in zuckersüße Gefühlsduselei zu verwandeln. Jeder Kampf für die jeweiligen Erfordernisse des Tages muß *unlösbar* mit den Hauptzielen *verbunden* sein. Nur wenn man den historischen Sinn des Kampfes so begreift, wenn man den Kampf ver-

tieft und verschärft, ist es möglich, das Schlechte, die „Exzesse", das „Boxen" auszuschalten, das es überall dort gibt, wo die Menge auftritt, wo Lärm, Geschrei und Gedränge ist, das aber unweigerlich im Kampf überwunden wird.

Sie reden von der sozialistischen Partei, die das Proletariat erzieht. Aber die Frage dreht sich in diesem Kampf doch *gerade* darum, die *grundlegenden* Parteiprinzipien zu verteidigen. Jedem Arbeiterzirkel drängt sich in scharfer, unversöhnlicher, eine sofortige und direkte Antwort erheischender Form die Frage auf, *welche* Politik *seiner* Meinung nach in der Duma betrieben werden soll, wie *er* zu einer legalen Partei und zur illegalen Partei steht, ob er der Meinung ist, daß die Dumafraktion *über* der Partei stehen soll oder umgekehrt. Das sind doch Grundfragen der Partei, das ist doch die Frage des Seins oder Nichtseins der Partei.

Der Sozialismus ist kein fertiges System, mit dem man die Menschheit beglückt. Der Sozialismus ist der Klassenkampf des heutigen Proletariats, das *um* seines Hauptzieles *willen* vom Ziel des heutigen Tages zum Ziel des morgigen Tages schreitet und dabei seinem Hauptziel mit jedem Tag *näher kommt*. Der Sozialismus durchläuft heute in einem Land, das Rußland heißt, die Etappe, in der die klassenbewußten Arbeiter selbst den Aufbau der Arbeiterpartei vollenden, trotz der Versuche der liberalen Intelligenz und der „sozialdemokratischen Dumaintelligenz", diese Aufbauarbeit zu *hintertreiben*.

Die Liquidatoren *hintertreiben* den Aufbau der Arbeiterpartei durch die Arbeiter – das ist Sinn und Bedeutung des Kampfes der „Sechs gegen die Sieben". Es wird ihnen jedoch nicht gelingen, diesen Aufbau zu vereiteln. Der Kampf ist schwer, aber der Erfolg ist den Arbeitern gewiß. Mögen Schwache oder Eingeschüchterte bei „Extremen" des Kampfes schwankend werden – morgen schon werden sie selbst erkennen, daß man, ohne diesen harten Kampf durchzustehen, keinen Schritt weiter vorankommen konnte.

Geschrieben im März–April 1913.
Zuerst veröffentlicht am 5. Mai 1932 in der „Prawda" Nr. 123.
Unterschrift: K–w.

Nach dem Manuskript.

DAS RUSSLAND VON HEUTE UND DIE ARBEITERBEWEGUNG[7]

Zeitungsbericht

Vor wenigen Tagen hielt einer der hervorragendsten Führer der russischen Sozialdemokratie, Genosse Lenin, in Krakau einen Vortrag. Wir bringen eine kurze Zusammenfassung des Vortrags, wobei wir für die Leser in Galizien zur Erklärung hinzufügen möchten, daß Lenin der Führer der sogenannten „bolschewistischen", d. h. der radikalsten, unversöhnlichsten Richtung innerhalb der russischen Sozialdemokratie ist.

Die Arbeiterbewegung in Rußland charakterisierend, hob der Redner die große Bedeutung hervor, die sie auch für die Länder des Westens hat, denn zweifelsohne wird es in der Periode der sozialistischen Revolutionen auch dort zu ähnlichen Erscheinungen kommen, wie es sie in Rußland gegeben hat. Als Beispiel führt der Redner den jähen Übergang von einer relativen Ruhe zur Entstehung von Massenbewegungen an. 1895 gab es in Rußland nur 40 000 Streikende, 1905 jedoch allein im Januar 400 000; im Laufe des ganzen Jahres aber erhöhte sich diese Zahl auf 3 Millionen.

Die jetzige politische Situation in Rußland bildete sich auf Grund der Erfahrungen der Revolution, der Klassenkämpfe jener Zeit heraus. Ein Japaner hat die russische Revolution „eine ohnmächtige Revolution angesichts einer unfähigen Regierung" genannt. Doch die Regierung hat die Erfahrungen der Revolution vollauf genutzt. Es genügt, an die Stellung der Regierung zu den Bauern zu erinnern. Zunächst, bei Abfassung des Gesetzes über die Wahlen zur I. Duma, setzte sie ihre Hoffnung auf die Bauern als ein ruhiges, patriarchalisches Element. Als sich aber herausstellte, daß der um den Boden ringende russische Bauer seiner Natur nach zwar kein Sozialist ist, wie einige volkstümlerische Utopisten glaubten, auf

jeden Fall aber Demokrat, da vollzog die Regierung einen Staatsstreich und änderte das Wahlgesetz.[8]

Die jetzige Duma ist kein Spielzeug, sondern das wirkliche Machtorgan der reaktionären Schichten, der mit den fronherrlichen Gutsbesitzern und den Oberschichten der Bourgeoisie verquickten zaristischen Bürokratie.

Welche Rolle spielten die russischen Liberalen? In der I. und II. Duma suchten die Liberalen die Bauernschaft zu beschwichtigen, sie vom revolutionären Weg auf den sogenannten konstitutionellen Weg zu führen. Es lag jedoch auf der Hand, daß der von den Kadetten vorgeschlagene Loskauf eines Teils der Gutsbesitzerländereien nur ein neuer Versuch war, den russischen Bauern auszuplündern und zu betrügen. Das gelang nicht, hauptsächlich dank der Taktik der Sozialdemokraten in der Duma, die die Bauern ständig nach links drängten.

Der Oktoberstreik war ein Wendepunkt für den russischen Liberalismus. Vor der Revolution sagten die Liberalen: „Die Revolution muß zur Macht werden" (Struve); später änderten sie den Ton, angeblich weil sie Ausschreitungen der Revolution befürchteten, obwohl sie recht gut wußten, daß „Ausschreitungen" nur von seiten der Regierung üblich sind. Die Oktobristen trennten sich vom Liberalismus und gingen offen auf die Seite der Regierung über, wurden zu ihren unterwürfigen Dienern. Eben damals schrieb Gutschkow, der Führer der Oktobristen, an den Fürsten Trubezkoi, daß weitere revolutionäre Explosionen bereits das Wohl der Bourgeoisie bedrohen.

So sieht die Klassenbasis der gegenwärtigen Konterrevolution aus. Die Gesetze werden offen verletzt, der Klassencharakter der Regierung ist offenkundig geworden. Gesetzwidrige Handlungen gegenüber revolutionären Elementen werden von der Regierung mit Belobigungen und Orden belohnt. So wurde kürzlich der Abgeordnete Gen. Petrowski während einer bei ihm durchgeführten Haussuchung widerrechtlich in ein Zimmer gesperrt, und auf eine daraufhin erfolgte Anfrage in der Duma antwortete der Minister, daß man der Polizei für solchen Eifer dankbar sein müsse.

Unter Ausnutzung der in den Klassenkämpfen während der Revolution gesammelten Erfahrungen begann Stolypin mit der Durchführung seiner berüchtigten Agrarpolitik, die die Spaltung der Bauernschaft in wohlhabende Kleinbourgeoisie und halbproletarische Elemente zum Inhalt

hatte. Diese neue Politik war ein Hohn auf die alten „patriarchalischen Losungen" Katkows und Pobedonoszews.[9] Doch die Regierung konnte nicht anders handeln.

Die Regierung stützte sich also bei der Einführung des jetzigen konterrevolutionären Systems auf die Gutsbesitzer und die erschreckte Bourgeoisie. Zwar bemühte sich der „vereinigte Adel"[10] schon 1906 eifrig um die Auflösung der Duma, doch zögerte die Regierung damals noch mit dem Staatsstreich, weil sie die Auswirkungen ihrer Agrarpolitik auf die Bauern und einen Wandel in der Haltung der durch die Revolution erschreckten Bourgeoisie abwarten wollte.

Heute hat dieses konterrevolutionäre System *sich selbst*, seine sozialen Kräfte *erschöpft*. Die Verhältnisse im heutigen Rußland sind so, daß keinerlei Reform möglich ist. Die Duma beschäftigt sich mit Kleinkram; faßt sie aber einmal einen Beschluß, so wird er vom Reichsrat und vom Hof aufgehoben oder bis zur Unkenntlichkeit entstellt. *Reformen sind im heutigen Rußland unmöglich.* Hieraus wird deutlich, wie demagogisch die Taktik der Kadetten ist, die in der Duma verschiedene „prinzipielle" Entwürfe für alle möglichen Freiheiten einbringen; sie bringen sie gerade deshalb ein, weil sie wissen, daß die Duma sie auf keinen Fall annehmen kann. „Wir haben, Gott sei Dank, eine Verfassung!" rief Miljukow aus. Doch bei dem bestehenden System kann es keinerlei Reformen geben, obwohl die innere Lage Rußlands so erbärmlich ist, daß seine Rückständigkeit sogar gegenüber Asien auf der Hand liegt. Selbst die Presse der Oktobristen schreibt, daß „man so nicht weiterleben kann".

Hieraus ergeben sich auch die Aufgaben des Proletariats, das *einer neuen Revolution entgegen*geht. Die Stimmung wird kämpferischer. 1910 betrug die Zahl der Streikenden nach der offiziellen Statistik nur 40 000, 1912 aber bereits 680 000; davon haben 500 000 an politischen Streiks teilgenommen.

Hieraus ergibt sich auch die Taktik der russischen Sozialdemokratie. Sie muß ihre Organisation, ihre Presse usw. stärken; das ist das Abc der schon vor langer Zeit im Westen ausgearbeiteten Taktik der Sozialisten, vor allem der deutschen Sozialdemokratie. Doch die erste Aufgabe der SDAPR ist die Erziehung der Massen *für die demokratische Revolution.* Diese Aufgabe ist im Westen schon nicht mehr aktuell, dort steht eine ganz andere Aufgabe auf der Tagesordnung: die Aufgabe der Mobilisie-

rung – der Sammlung, Schulung, Organisierung der breiten Massen zur Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Wenn wir unsere Aufmerksamkeit auf die in Rußland herannahende Revolution und auf die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Revolution konzentrieren, dann werden wir begreifen, worin das Wesen der Auseinandersetzungen mit den sogenannten „Liquidatoren" im Lager der russischen Sozialdemokraten besteht. Das Liquidatorentum ist durchaus keine Erfindung eines Teils der russischen Sozialdemokraten; die ersten Liquidatoren waren die „Volkstümler", die schon 1906 in der Zeitschrift „Russkoje Bogatstwo"[11] die Losung aufstellten: Nieder mit der Illegalität, nieder mit der Republik! Die Liquidatoren möchten die illegale Partei vernichten und eine legale Partei gründen. Das ist lächerlich, besonders wenn man bedenkt, daß nicht einmal die „Progressisten" (ein Mittelding zwischen Oktobristen und Kadetten) es gewagt haben, die Legalisierung zu beantragen. Unter diesen Umständen bedeuten die liquidatorischen Losungen direkten Verrat! Natürlich soll die illegale Partei alle legalen Möglichkeiten ausnutzen – die Presse, die Duma, selbst das Versicherungsgesetz[12], aber lediglich zur Verbreiterung der Agitation und Organisation; der Inhalt der Agitation aber muß revolutionär bleiben. *Man muß die Illusion bekämpfen, daß es in Rußland eine Verfassung gibt, und den reformistischen Losungen muß man die Losung der Revolution, der Republik entgegenstellen!*

Soweit der Vortrag des Gen. Lenin. Auf die Frage eines Zuhörers nach seiner Meinung über die nationale Frage antwortete der Redner, die Sozialdemokratie Rußlands erkenne das Recht jeder Nation auf „Selbstbestimmung", auf die selbständige Entscheidung ihres Schicksals und sogar auf die Lostrennung von Rußland vollauf an. Denn die russische Revolution, die Sache der Demokratie seien keineswegs mit der Vereinigung, mit der Zentralisation verknüpft (wie das in Deutschland der Fall war). Die Demokratisierung Rußlands hänge nicht von der nationalen Frage, sondern von der Agrarfrage ab.

Zugleich betonte Gen. Lenin, wie notwendig es ist, daß die revolutionäre Armee des Proletariats der verschiedenen Nationalitäten im Kampf für die vollständige Demokratisierung des Landes völlig einig ist. Nur auf dieser Basis ist die Lösung der nationalen Frage möglich, wie es das Beispiel Amerikas, Belgiens und der Schweiz zeigt. Der Redner polemisierte

gegen Renners Auffassungen in der nationalen Frage und wandte sich scharf gegen die Losung der national-kulturellen Autonomie. Einige Leute in Rußland behaupten, die weitere Entwicklung in Rußland werde den österreichischen Weg, einen fehlerhaften und langsamen Weg, gehen. Wir müssen uns jedoch vor jeglichem nationalen Kampf innerhalb der Sozialdemokratie hüten, denn er würde die große Aufgabe des revolutionären Kampfes zunichte machen; in dieser Hinsicht muß uns der nationale Kampf in Österreich zur Warnung dienen.[13] Unser Vorbild muß die Sozialdemokratie im Kaukasus sein, die die Propaganda gleichzeitig in georgischer, armenischer, tatarischer und russischer Sprache betrieben hat.[14]

Veröffentlicht am 22. April 1913 in der Zeitung „Naprzód" Nr. 92.
In russischer Sprache zum erstenmal veröffentlicht.

Nach dem Text der Zeitung. Aus dem Polnischen.

GEBILDETE ABGEORDNETE

In der Abendsitzung des 2. April sagte der Oktobrist L. G. Ljuz in seinem Einspruch gegen die Forderung der Arbeiterabgeordneten, die Anfrage über die Lenaereignisse zu erörtern, folgendes:

„In zwei Tagen ist der Jahrestag der Ereignisse an der Lena. Offensichtlich sind die Sozialdemokraten bestrebt, die Gefühle der Arbeiter zu *boudieren*, um sie zu irgendwelchen Exzessen aufzustacheln ..."

Das französische Wort „bouder", das mit dem russischen „budirowat" [boudieren] wiedergegeben wird, bedeutet zürnen, schmollen. Herr Ljuz aber leitet dieses Wort offenbar von „budorashit" [erregen, aufwühlen] oder vielleicht von „wosbudit" [erregen, hervorrufen] ab. Wie haben die Herren bürgerlichen Abgeordneten, wie hat die bürgerliche Presse gehöhnt, als in der I. Duma ein Bauer das Wort „Prärogative" im Sinne von „rogatki" [Hindernisse] gebrauchte! Indessen war der Fehler um so verzeihlicher, als die verschiedenen „Prärogative" (d. h. Ausnahmerechte) der Herrschenden in der Tat Hindernisse für das russische Leben darstellen. Der Bildungsgrad des Herrn Ljuz jedoch hat bei seinen gebildeten Freunden und ihrer Presse kein Gelächter „boudiert".

„Prawda" Nr. 83,
10. April 1913.
Unterschrift: B.

Nach dem Text der „Prawda".

„WEM NÜTZT ES?"

Es gibt einen lateinischen Ausspruch „cui prodest" – „wem nützt es?". Wenn man nicht sofort erkennen kann, welche politischen oder sozialen Gruppen, Kräfte oder Größen bestimmte Vorschläge, Maßnahmen usw. vertreten, sollte man stets die Frage stellen: „Wem nützt es?"

Wichtig ist nicht, *wer* unmittelbar eine bestimmte Politik vertritt, denn zur Verteidigung beliebiger Anschauungen kann im heutigen hochwohllöblichen System des Kapitalismus ein beliebiger Krösus stets eine beliebige Anzahl von Advokaten, Schriftstellern, ja selbst Abgeordneten, Professoren, Pfaffen und so weiter „dingen" oder kaufen oder heranziehen. Wir leben in einer Zeit des Handels, in der die Bourgeoisie sich nicht geniert, auch mit der Ehre und dem Gewissen Handel zu treiben. Es gibt auch einfältige Menschen, die aus Unverstand oder blinder Gewohnheit die in einem bestimmten bürgerlichen Milieu herrschenden Anschauungen verteidigen.

Nein, in der Politik ist es nicht so wichtig, *wer* unmittelbar bestimmte Anschauungen vertritt. Wichtig ist, *wem* diese Anschauungen, diese Vorschläge, diese Maßnahmen *nützen*.

Nehmen wir als Beispiel „Europa": Staaten, die sich „zivilisiert" nennen, veranstalten jetzt ein tolles Hindernisrennen um die Rüstungen. In Tausenden Tonarten, in Tausenden Zeitungen, von Tausenden Kanzeln schreit und zetert man über Patriotismus, Kultur, Heimat, Frieden, Fortschritt – und das alles, um die Ausgabe neuer Millionen und aber Millionen Rubel für alle möglichen Vernichtungswaffen, für Kanonen, für „Dreadnoughts" (Panzerkreuzer neuesten Typs) usw. zu rechtfertigen.

Meine Herrschaften, wertes Publikum! – möchte man sagen, wenn man

all diese Phrasen der „Patrioten" hört – traut nicht ihren Phrasen, schaut lieber nach, *wem es nützt!*

Kürzlich hat die bekannte englische Firma „Armstrong, Whitworth & Co." ihren Jahresbericht veröffentlicht. Die Firma produziert in der Hauptsache Kriegsmaterial aller Art. Bilanz wurde über einen Betrag von 877 000 Pfund Sterling gezogen, das sind *etwa 8 Millionen Rubel*, die Dividende beträgt *12½ Prozent!!* Etwa 900 000 Rubel wurden dem Reservekapital zugeschrieben usw. usf.

Dorthin fließen also die Millionen und Milliarden, die aus den Arbeitern und Bauern für Rüstungen herausgepreßt werden. Dividenden von 12½ Prozent – das bedeutet eine *Verdopplung* des Kapitals in 8 Jahren. Hierbei sind die verschiedenen Entschädigungen für Direktoren usw. noch nicht mitgerechnet. Armstrong in England, Krupp in Deutschland, Creusot in Frankreich, Cockerill in Belgien, und wie viele sind ihrer in allen „zivilisierten" Ländern? Und die Unzahl ihrer Lieferanten?

Sie sind es, denen die Entfachung des Chauvinismus, das Geschwätz über „Patriotismus" (Kanonenpatriotismus), über die Verteidigung der Kultur (mit Mitteln zur Vernichtung der Kultur) und so weiter *nützt!*

„Prawda" Nr. 84,
11. April 1913.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der „Prawda".

IN ENGLAND

(Traurige Auswirkungen des Opportunismus)

Die englische Arbeiterpartei[15] – die man von den *beiden* sozialistischen Parteien Englands unterscheiden muß, von der Britischen Sozialistischen Partei[16] und von der Unabhängigen Arbeiterpartei[17] – ist die am meisten opportunistische und vom Geiste der liberalen Arbeiterpolitik durchdrungene Arbeiterorganisation.

In England herrscht volle politische Freiheit, auch die sozialistischen Parteien existieren völlig legal. Aber die „Arbeiterpartei" ist die parlamentarische Vertretung der teils unpolitischen, teils liberalen Arbeiterorganisationen, ist ein Sammelsurium, wie es sich unsere Liquidatoren wünschen, die gegen die „Illegalität" vom Leder ziehen.

Der Opportunismus der englischen Arbeiterpartei erklärt sich aus den besonderen historischen Bedingungen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in England, als die „Arbeiteraristokratie" bis zu einem gewissen Grad an den besonders hohen Profiten des englischen Kapitals teilhatte. Jetzt gehören diese Bedingungen immer mehr der Vergangenheit an. Selbst die „Unabhängige Arbeiterpartei" – d. h. die *sozialistischen* Opportunisten in England – erkennt, daß die „Arbeiterpartei" in den Sumpf geraten ist.

In der letzten Nummer des „Labour Leader"[18], des Organs der „Unabhängigen Arbeiterpartei", finden wir folgende aufschlußreiche Mitteilung. Das englische Parlament erörtert den Etat des Marineministeriums. Die Sozialisten stellen einen Antrag auf *Kürzung* der Mittel. Die Bourgeoisie bringt ihn natürlich zu Fall, indem sie *für* die Regierung stimmt.

Und die Abgeordneten der „Arbeiterpartei"?

15 stimmen für die Kürzung, d. h. gegen die Regierung; 21 *sind abwesend*; 4 stimmen *für die Regierung*, d. h. gegen die Kürzung!!

Zwei von diesen vier suchen sich damit zu rechtfertigen, daß die Arbeiter in ihren Wahlkreisen gerade in der Rüstungsindustrie beschäftigt sind.

Da haben wir ein anschauliches Beispiel für den *Verrat* am Sozialismus, für den *Verrat* an der Arbeitersache, zu dem der Opportunismus führt. Wie wir schon erwähnten, verurteilen immer mehr Sozialisten in England diesen Verrat. Auch die russischen Arbeiter sollten am Beispiel fremder Fehler lernen, die ganze Verderblichkeit des Opportunismus und der liberalen Arbeiterpolitik zu begreifen.

„Prawda" Nr. 85,
12. April 1913.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE ZIVILISIERTEN EUROPÄER UND DIE WILDEN ASIATEN

Der bekannte englische Sozialdemokrat Rothstein berichtet in der deutschen Arbeiterpresse über einen aufschlußreichen und typischen Vorfall in Britisch-Indien. Besser als alle Theorie zeigt uns dieser Vorfall, warum die Revolution in diesem Lande, das von über 300 Millionen Menschen bewohnt wird, so schnell heranwächst.

Der englische Journalist Arnold, der in Rangun, einer großen Stadt (über 200 000 Einwohner) in einer der Provinzen Indiens, eine Zeitung herausgibt, veröffentlichte einen Artikel unter dem Titel „Ein Hohn auf das britische Gericht". Der Artikel ist eine Entlarvung des dortigen englischen Richters Andrew. Arnold wurde für diesen Artikel zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, doch er ließ die Angelegenheit nicht ruhen und „gelangte", da er in London Beziehungen hatte, bis zur höchsten Instanz in London. Die Regierung Indiens beeilte sich selbst, die Strafe auf 4 Monate zu „verringern", und Arnold kam frei.

Weswegen war der ganze Skandal entstanden?

Der Oberst der englischen Armee MacCormick hatte eine Geliebte, deren Dienerin eine elfjährige Inderin namens Anna war. Der noble Vertreter der zivilisierten Nation lockte Anna in seine Wohnung, vergewaltigte sie und sperrte sie bei sich zu Hause ein.

Nun geschah es, daß Annas Vater im Sterben lag und die Tochter rufen ließ. Da wurde im Dorf die ganze Geschichte bekannt. Die Bevölkerung war außer sich vor Empörung. Die Polizei war gezwungen, gegen MacCormick Haftbefehl zu erlassen.

Doch der Richter Andrew ließ ihn gegen Kaution frei und dann, nach einer Reihe schamlosester Rechtsbrüche, sprach er MacCormick frei! Der

noble Oberst behauptete, wie das in solchen Fällen alle Herren vornehmer Herkunft tun, Anna sei eine Prostituierte, und benannte zum Beweis fünf Zeugen. Die acht Zeugen aber, die von Annas Mutter benannt wurden, geruhte der Richter Andrew nicht einmal zu vernehmen!

Als der Journalist Arnold wegen Verleumdung vor Gericht stand, gestattete der Gerichtsvorsitzende „Sir" („Seine Hochwohlgeboren") Fox Arnold nicht, die Angelegenheit an Hand von Zeugenaussagen nachzuprüfen.

Jedermann weiß, daß sich derartige Geschichten in Indien zu Tausenden und Millionen ereignen. Nur ganz außerordentliche Bedingungen machten es dem „Verleumder" Arnold (dem Sohn eines einflußreichen Londoner Journalisten!) möglich, aus dem Gefängnis freizukommen und die Angelegenheit vor die Öffentlichkeit zu bringen.

Dabei darf man nicht vergessen, daß die englischen Liberalen ihre „besten" Leute an die Spitze der Verwaltung Indiens stellen. Vor kurzem war John Morley, der bekannte radikale Schriftsteller, eine „Leuchte der europäischen Wissenschaft", ein in den Augen jedes europäischen und russischen Liberalen „höchst ehrenwerter Mann", Vizekönig von Indien, Chef der MacCormick, Andrew und Fox.

In Asien ist der *„europäische"* Geist schon erwacht: die Völker Asiens haben demokratisches Bewußtsein erlangt.

„Prawda" Nr. 87,
14. April 1913.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der „Prawda".

KAUFMÄNNISCHE BERECHNUNGEN

Die Herren Millionäre, die Beherrscher unserer Großindustrie, sind im „Kongreßrat der Vertreter von Industrie und Handel" vereinigt. Dieser Kongreßrat gibt ein eigenes periodisch erscheinendes Organ heraus: „Promyschlennost i Torgowlja"[19]. In schwerfälligen, schwülstigen und meist stümperhaften Artikeln verteidigt diese Zeitschrift die Interessen unserer Kit Kitytsch*.

Diese sind besonders unzufrieden mit der ungerechten Zusammensetzung des Semstwos und der ungerechten Semstwosteuer. Der fronherrliche Gutsbesitzer übervorteilt unseren armen Kit Kitytsch, das ist es! Nachstehend eine aufschlußreiche Tabelle über die Zusammensetzung der Abgeordneten in den Semstwoversammlungen der Kreise („Promyschlennost i Torgowlja", 1913, Nr. 3):

	Zahl der Abgeordneten	%
Von der 1. Wählerversammlung (adlige Gutsbesitzer)	5 508	53,4
Von der 2. Wählerversammlung (Handels- und Industrieunternehmer usw.)	1 294	12,6
Von der gemeinsamen (1. und 2.) Wählerversammlung	290	2,8
Von den Dorfgemeinden	3 216	31,2
In den 34 Gouvernements mit Semstwoinstitutionen insgesamt	10 308	100,0

* Gestalt aus der Komödie A. Ostrowskis „Der bittre Rest beim fremden Fest". *Der Übers.*

Die Ungerechtigkeit in der Zusammensetzung der Semstwovertretung ist wirklich unerhört. Es ergibt sich daraus eindeutig und unbestritten die Schlußfolgerung: Die Semstwos in Rußland hat man völlig den fronherrlichen Gutsbesitzern in die Hand gegeben.

Jeden denkenden Menschen veranlassen diese interessanten Daten, über die Verhältnisse nachzudenken, die an dieser ungleichmäßigen Vertretung schuld sind.

Doch wäre es natürlich lächerlich, von den Kit Kitytsch und ihren gedungenen Schreiberlingen die Fähigkeit zu erwarten, über allgemeine politische Fragen nachzudenken und sich für politische Erkenntnisse zu interessieren. Kit Kitytsch interessiert nur, daß er „viel" zu zahlen hat und der Adlige „wenig". Der von Kit Kitytsch gedungene Artikelschreiber führt die Summe der Semstwoabgaben an, wie sie einzubringen sind: von der 1. Wählerversammlung – 24½ Mill. Rbl. in den 34 Gouvernements mit Semstwoinstitutionen; von der 2. Wählerversammlung – 49 Mill. Rbl. und von den Dorfgemeinden – 45½ Mill. Rbl. Diese Abgaben dividiert er durch die Zahl der Abgeordneten und bestimmt so den „Wert eines jeden Zensus"!! So „kostet" der Zensus des Adels 4500 Rbl., der der Kaufleute 38 000 Rbl. und der der Bauern 14 000 Rbl.

Das ist die Denkart der gedungenen Verteidiger der Kaufleute: Sie betrachten das Wahlrecht seelenruhig als ein Objekt des Kaufs und Verkaufs. Als ob sich die Zahler der Semstwoabgaben damit das Recht *erkaufen*, Abgeordnete zu delegieren!

Die Ungleichmäßigkeit in der Höhe der Semstwoabgaben ist allerdings wirklich unerhört. Doch die ganze Schwere dieser Ungleichmäßigkeit lastet nicht auf den Industriellen, sondern auf den *Bauern* und auf den Arbeitern. Wenn die Bauern von ihrem schlechten, ausgemergelten, erschöpften Boden 45½ Mill. Rbl. zu zahlen haben, die Gutsbesitzer aber 24½ Mill. Rbl., so bedeutet das direkt, daß dem „Bauernvolk" außer allem übrigen in Form der Semstwoabgaben noch ein *Tribut* von vielen Millionen Rubel abgenommen wird!

Das sehen die Kit Kitytsch nicht. Sie möchten nur, daß nicht allein die Adligen Privilegien haben, sondern „gleichermaßen" auch die Kaufleute.

„Prawda" Nr. 90,
20. April 1913.
Unterschrift: W. F.

Nach dem Text der „Prawda".

EIN GROSSER SIEG DER TECHNIK

Der weltberühmte englische Chemiker William Ramsay hat ein Verfahren zur unmittelbaren Gewinnung von Gas aus Steinkohlenflözen entwickelt. Ramsay führt bereits mit einem Besitzer von Steinkohlengruben Verhandlungen über die Anwendung dieses Verfahrens in der Praxis.

Eine der großen Aufgaben der modernen Technik nähert sich somit ihrer Lösung. Die Umwälzung, die diese Lösung hervorrufen wird, ist gewaltig.

Gegenwärtig wird die Steinkohle, um die in ihr enthaltene Energie nutzbar zu machen, durch das ganze Land transportiert und in zahllosen einzelnen Betrieben und Häusern verbrannt.

Die Erfindung Ramsays bedeutet eine gigantische technische Revolution in diesem nahezu wichtigsten Produktionszweig der kapitalistischen Länder.

Ramsay entwickelte ein Verfahren, die Kohle unmittelbar am Ort ihres Vorkommens in Gas zu verwandeln, ohne sie zutage zu fördern. Ein ähnliches, nur weitaus einfacheres Verfahren wird mitunter bei der Salzgewinnung angewandt: man fördert das Salz nicht direkt zutage, sondern löst es in Wasser auf und befördert dann die Sole durch Rohre nach oben.

Das Verfahren Ramsays verwandelt die Steinkohlengruben gleichsam in gewaltige Destillierapparate zur Erzeugung von Gas. Das Gas setzt Gasmotoren in Bewegung, die die Möglichkeit bieten, *doppelt soviel* von der in der Steinkohle enthaltenen Energie nutzbar zu machen, als das bei Dampfmaschinen der Fall ist. Die Gasmotoren ihrerseits dienen zur Umwandlung dieser Energie in Elektrizität, die die Technik schon heute über gewaltige Entfernungen zu leiten vermag.

Die Kosten des elektrischen Stroms würden bei einer solchen tech-

nischen Umwälzung auf *ein Fünftel*, vielleicht sogar auf *ein Zehntel* der gegenwärtigen Kosten sinken. Eine gewaltige Menge menschlicher Arbeit, die heute für die Gewinnung und den Transport der Steinkohle verwandt wird, würde eingespart werden. Selbst die spärlichsten und heute den Abbau nicht lohnenden Steinkohlenvorkommen könnten nutzbar gemacht werden. Die Ausgaben für Beleuchtung und Heizung der Häuser würden außerordentlich stark sinken.

Die durch diese Erfindung hervorgerufene Umwälzung in der Industrie wird gewaltig sein.

Doch diese Umwälzung wird in der gegenwärtigen kapitalistischen Ordnung keineswegs die Folgen für das gesamte gesellschaftliche Leben haben, wie sie diese Erfindung im Sozialismus hätte.

Unter dem Kapitalismus wird die „Freimachung" der Arbeit von Millionen mit der Gewinnung von Kohle beschäftigter Bergarbeiter unvermeidlich zu Massenarbeitslosigkeit, zu einem gewaltigen Anwachsen des Elends, zur Verschlechterung der Lage der Arbeiter führen. Den Profit aber aus der großen Erfindung werden sich die Morgan, Rockefeller, Rjabuschinski, Morosow und ihr Gefolge an Advokaten, Direktoren, Professoren und anderen Lakaien des Kapitals in die Tasche stecken.

Im Sozialismus wird die Anwendung des Verfahrens von Ramsay, indem es die Arbeit von Millionen Bergarbeitern usw. „frei macht", gestatten, den Arbeitstag *für alle* sofort von 8 Stunden auf beispielsweise 7 Stunden oder sogar noch weniger zu verkürzen. Die „Elektrifizierung" aller Fabriken und Eisenbahnen wird die Arbeitsbedingungen hygienischer gestalten, wird Millionen von Arbeitern davon befreien, in Rauch, Staub und Schmutz arbeiten zu müssen, und wird die Umwandlung der schmutzigen, häßlichen Werkstätten in saubere, helle, menschenwürdige Laboratorien beschleunigen. Die elektrische Beleuchtung und elektrische Heizung in jedem Haus wird die Millionen „Haussklavinnen" davon erlösen, drei Viertel ihres Lebens in einer dunstigen Küche zubringen zu müssen.

Die Technik des Kapitalismus *wächst* mit jedem Tag mehr und mehr über die gesellschaftlichen Bedingungen *hinaus*, die die Werktätigen zur Lohnsklaverei verdammen.

„Prawda" Nr. 91,
21. April 1913.
Unterschrift: J.

Nach dem Text der „Prawda".

EINIGES ÜBER ERGEBNISSE UND TATSACHEN

Der Jahrestag der „Prawda" lenkt unwillkürlich die Gedanken eines jeden klassenbewußten Arbeiters (und darüber hinaus eines jeden bewußten Demokraten) auf die *Ergebnisse* der Arbeit dieser Zeitung der konsequenten Demokraten und Marxisten.

Die Frage nach den Ergebnissen ist natürlich eng mit der Frage verbunden, ob die fortgeschrittenen Arbeiter Rußlands in ihrer Masse auf seiten der „Prawda" stehen. Denn während für die bürgerlichen Subskribenten die Zeitung des Absatzes wegen wichtig ist – ganz gleich, wo sie abgesetzt wird, ganz gleich, ob sie eine bestimmte Klasse und welche Klasse sie zusammenschließt –, so ist die Zeitung für den Marxisten und den konsequenten Demokraten wichtig als Organ der *Aufklärung* und des *Zusammenschlusses* der wirklich fortschrittlichen Klassen.

Uns ist es nicht gleichgültig, wo und wie unsere Zeitung abgesetzt wird. Für uns ist es sehr wichtig zu *wissen*, ob sie wirklich der Aufklärung und dem Zusammenschluß der fortgeschrittensten Klasse Rußlands, d. h. der Arbeiterklasse, dient.

Um das zu *erfahren*, muß man nach *Tatsachen* suchen, die Antwort auf diese Frage geben können.

Verschiedene Menschen denken verschieden über Tatsachen. Die bürgerlichen Journalisten lügen ohne Scham, ohne eine einzige *exakte*, klare, überprüfbare Tatsache anzuführen.

Die liberalen Arbeiterpolitiker, die Liquidatoren, machen es den bürgerlichen Journalisten nach. Einer von ihnen, und zwar nicht einfach „irgendwer", sondern Th. D.[20] selbst, schrieb im „Lutsch"[21] Nr. 57 (143):

„Man kann die Tatsache nicht leugnen, die wir voller Stolz in der täglichen Arbeit empfinden" (was für empfindsame Leute!), „daß unsere Zeitung" (der „Lutsch") „wirklich das Organ von guten neun Zehnteln der fortgeschrittenen, klassenbewußten Arbeiter Rußlands ist."

Dieser Chlestakow* oder Nosdrjow** verdient es, ausgelacht zu werden, und die „Prawda" hat das bereits getan. Doch Spott allein genügt nicht. Die Arbeiter müssen es lernen, *selbst* die Tatsachen zu analysieren und zu überprüfen, damit weder sie noch ihre weniger aufgeklärten Kollegen von den Nosdrjow betrogen werden können.

Wie aber soll man Tatsachen suchen und prüfen? Am besten wäre es festzustellen, wie die „Prawda" und der „Lutsch" unter den *Arbeitern* (nicht aber unter der liberalen Intelligenz, die fast durchweg liquidatorisch gesinnt ist) verbreitet sind. Darüber gibt es jedoch keine Unterlagen.

Suchen wir nach anderen Tatsachen.

Nehmen wir die Daten über die *Arbeitergruppen*, die die „Prawda" und den „Lutsch" freiwillig mit ihren Geldspenden unterstützen. Diese Daten *werden* in beiden Zeitungen *veröffentlicht*. Das sind *Tatsachen*. Jeder kann sie überprüfen, jeder kann, wenn er sie studiert, die Nosdrjow entlarven, deren es so viele bei der Presse gibt.

Die „Prawda" brachte schon einmal (siehe Nr. 80 von 1912***) diese Angaben für den Zeitraum eines halben Jahres, und zwar für das erste Halbjahr 1912, und niemand konnte diese Tatsachen widerlegen. Wir bringen sie jetzt *für das ganze* Jahr 1912 und für Anfang 1913.

Zahl der Sammlungen von Arbeitergruppen für die Zeitungen

	Jahre	„Prawda"	„Lutsch"	Moskauer Arbeiterzeitung[23]
1912	1. Quartal	108	7	—
1912	2. „	396	8	—
1912	3. „	81	9	—
1912	4. „	35	65	5
1913	1. „	309	139	129
1913	10 Apriltage	93	28	43
	Insgesamt	1022	256	177

* Chlestakow – Hauptgestalt in Gogols „Revisor". *Der Übers.*

** Nosdrjow – Gestalt aus Gogols Roman „Die toten Seelen". *Der Übers.*

*** Siehe Werke, Bd. 18, S. 184–188. *Die Red.*

Jeder Leser kann diese Angaben an Hand der „Prawda" und des „Lutsch" überprüfen und die Aufstellung berichtigen, falls er Fehler darin finden sollte.

Das sind wirklich *Tatsachen*, die man von den Prahlereien und Lügen der Herren Th. D. und anderer Leute vom „Lutsch" unterscheiden sollte.

Diese Tatsachen bestätigen doch wunderbar die Nosdrjowsche Berufung des „Lutsch" auf die neun Zehntel, nicht wahr?

Die „neun Zehntel" „Lutsch"-Anhänger, zu denen eingestandenermaßen und offen die Bundisten und die „Spitzen" der Letten gehören, haben *in* reichlich *einem halben Jahr* seit Bestehen des „Lutsch" (4. Quartal 1912 und 1. Quartal 1913 plus zehn Apriltage) nicht einmal *halb soviel* Menschen um sich vereinigt wie die „Prawda" zusammen mit der künftigen Moskauer Zeitung. Nun, ist das vielleicht keine Nosdrjowsche Manier, eine offensichtliche *Minderheit* in „neun Zehntel" zu verwandeln?

Die Arbeiter sind ringsum von einem solchen Meer von Lügen aus den bürgerlichen Zeitungen umgeben, daß sie um jeden Preis für die Wahrheit kämpfen und lernen müssen, die Lügen zu erkennen und zurückzuweisen. Die irrigen Ansichten der Liquidatoren der Arbeiterpartei muß man ruhig *widerlegen*. Aber die Nosdrjowsche, freche Lüge, die die Arbeiter gewissenlos demoralisiert, muß man anprangern und die Lügner aus den Reihen der Arbeiter verjagen.

Die Arbeiter wollen die Einheit ihrer Aktionen. Die Arbeiter haben recht. Ohne Aktionseinheit gibt es für die Arbeiter keinen Erfolg.

Aber man überlege doch, *wie* kann es denn Einheit ohne Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit geben? Jeder wird begreifen, daß ohne diese Unterordnung die Einheit unmöglich ist.

Folglich müssen die Arbeiter, selbst wenn die Liquidatoren keine Liquidatoren der Partei wären, unbedingt wissen, welche *Auffassungen* von der Mehrheit unterstützt werden. Ohne das zu wissen, können die Arbeiter keine *Aktionseinheit* herstellen (denn oft müssen Parteimitglieder und parteilose Arbeiter gemeinsam handeln).

Die Arbeiter können *ihre eigene* Partei nicht aufbauen, ohne schonungslos jede Lüge über sie zu bekämpfen. Um aber die Lügen entlarven zu können, muß man *exakte* Tatsachen suchen, sie überprüfen und darüber nachdenken, welche Bedeutung dem Geprüften zukommt.

Die klassenbewußten Arbeiter, die Gegner des Liquidatorentums, haben bei der Schaffung der Arbeiterpresse unbestreitbar den ersten Platz errungen. Sie haben unleugbar die überwiegende Mehrheit erobert. Sie werden jede Lüge, die in dieser ernsten und wichtigen Frage verbreitet wird, mit Entrüstung und Verachtung quittieren.

„Prawda" Nr. 92,
23. April 1913.
Unterschrift: K. P.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE BEDEUTUNG DER UMSIEDLERFRAGE

Bekanntlich machte die Regierung nach 1905 im Zusammenhang mit ihrer „neuen" Agrarpolitik im Europäischen Rußland besonders große Anstrengungen, um die Umsiedlung von Bauern nach Sibirien zu verstärken. Die Gutsbesitzer betrachteten diese Umsiedlungen sozusagen als Öffnung eines Ventils und als „Entschärfung" der Gegensätze in der Landwirtschaft Zentralrußlands.

Was ist dabei herausgekommen? Eine Abschwächung der Gegensätze oder ihre Verschärfung und gleichzeitige Übertragung auf eine breitere Ebene?

Bringen wir zunächst die zusammenfassenden Daten über die Umsiedlung von Bauern nach Sibirien.

Von 1861 bis 1885 sind etwa 300 000 umgesiedelt, das sind 12 000 im Jahr; von 1886 bis 1905 etwa 1 520 000, das sind rund 76 000 im Jahr; von 1906 bis 1910 etwa 2 516 075, das sind rund 500 000 im Jahr.

Während der Zeit der Konterrevolution haben die Umsiedlungen gewaltig zugenommen. Zweifellos mußte das die Atmosphäre in Zentralrußland *für einige Zeit* „entladen".

Aber für *wie* lange und *um welchen Preis?*

Eine Antwort auf diese Frage geben die Daten über das *Sinken* der Umsiedlerwelle ab 1909 und über das auffallende *Ansteigen* der Zahl der zurückkehrenden Umsiedler. Diese Daten lauten:

Jahre	Zahl der Umsiedler (in 1000)	Prozentsatz der zurückkehrenden Umsiedler
1905	39	10
1906	141	4
1907	427	6
1908	665	6
1909	619	13
1910	316	36
1911*	183	60

Eine Entspannung der Atmosphäre gelang also den Herren offiziellen Förderern der Umsiedlung nur ganze *vier* Jahre lang (1906–1909). Danach begann schon eine *neue Krise*, denn das gewaltige Absinken der Zahl der Umsiedler bei ungeheurem Ansteigen der Zahl der „Zurückkehrenden" – 36% und 60% – bedeutet ohne jeden Zweifel eine Krise, und zwar eine sehr ernste Krise, die eine weit größere Ausdehnung hat.

Sechsunddreißig und sechzig Prozent zurückkehrende Umsiedler, das bedeutet eine Verschärfung der Krise sowohl in Rußland als auch in Sibirien. Nach Rußland kehren die Ärmsten und Unglücklichsten zurück, die alles verloren haben und verbittert sind. In Sibirien mußte sich die Agrarfrage bis zum Äußersten zuspitzen, ehe es sich als unmöglich erwies – trotz größter Anstrengungen der Regierung –, Hunderttausende von Umsiedlern ansässig zu machen.

Die angeführten Daten zeigen somit unwiderlegbar, daß der Kampf gegen die Agrarkrise des Jahres 1905 in Rußland mit Hilfe der Umsiedlungen die Krise lediglich für eine sehr kurze Zeit *hinausgeschoben* hat, und das um den Preis einer unvergleichlich größeren Verschärfung und Ausdehnung der Krise heutigentags.

Eine interessante Bestätigung dieser aus den trockenen Angaben der Regierungsstatistik gezogenen Schlußfolgerung ist das Buch „Die Wahrheit über die Umsiedlerfrage" (St. Petersburg 1913. Preis 60 Kopeken) von Herrn A. I. Komarow, einem ehemaligen Beamten der Forstverwaltung, der 27 Jahre abgedient und sich speziell mit der Umsiedlerfrage in Sibirien vertraut gemacht hat.

Den Inhalt des Buches bilden hauptsächlich Feuilletons, die der Autor (unter einem Pseudonym) in den Jahren 1908–1910 in der Zeitung

* Die Angaben beziehen sich auf 11 Monate.

„Nowaja Rus" [Das Neue Rußland] veröffentlicht hatte und in denen er in „gutmütig-scherzhaftem" Ton über eine „derartige vom Staat betriebene Ausplünderung oder, richtiger gesagt, Verwüstung der sibirischen Ländereien und Waldungen berichtet, gegen die die vor Zeiten betriebene Ausplünderung der baschkirischen Ländereien einfach eine Lappalie war".

Der Autor vertritt den Standpunkt eines dem Staate wohlgesinnten Beamten, den der „Umsiedlungswirrwarr" (so hießen seine Zeitungsfeuilletons), die Plünderungen, der Ruin und die Verelendung der Alteingesessenen und der Umsiedler, die „völlige Zerstörung dessen, was man rationelle Forstwirtschaft nennt", die Flucht der Umsiedler zurück nach Rußland und die Entstehung einer „Hunderttausender"-Armee des „vagabundierenden Rußlands", schließlich der unglaubliche Stumpfsinn, der Bürokratismus und die zum System gewordenen Denunziationen, die Veruntreuung von Staatseigentum sowie das Durcheinander in der Leitung der ganzen Angelegenheit zur Verzweiflung gebracht haben.

Obwohl die Feuilletons in einem „gutmütig-scherzhaften" Ton gehalten sind oder vielmehr *gerade deshalb*, vermittelt ihre Zusammenfassung einen äußerst starken Eindruck, es schlägt einem die beklemmende, stickige, giftige Luft des alten fronherrlichen Bürokratismus entgegen. Die neue, bürgerliche Agrarpolitik, betrieben mit solchen Mitteln und Methoden, gelenkt von solchen sozialen Elementen, in einer solchen Situation, kann nichts anderes als ein Fiasko ergeben.

Da wird die Reise geschildert, die den Ministerpräsidenten Stolypin und Herrn Kriwoschein, den Chef der Verwaltung für Landwirtschaft und Flurbereinigung, im August 1910 nach Sibirien führte. Eine Rede von der Plattform des Wagens des Ministerpräsidenten auf der Station „Taiga": „Alles geht ausgezeichnet und ist daher in bester Ordnung."

„Diese possenhafte Reise", schreibt der alte Beamte, „diese Voyage, die große Ähnlichkeit mit der Reise Katharinas der Großen durch Neurußland hatte, wobei die Rolle Potjomkins auf Weisung Petersburgs von Herrn Schuman übernommen werden mußte, der die Umsiedlung und Flurbereinigung im Gouvernement Tomsk leitet... war für mich der letzte Anstoß, den Dienst zu quittieren und die vorliegende Schrift zu veröffentlichen."

Die arme wohlgesinnte Beamtenseele: Sie hat es nicht ausgehalten!

Hier eine Schilderung des Umsiedlungswirrwarrs zur Zeit des höchsten Anstiegs der Umsiedlerwelle.

„Die Parzellen nicht abgesteckt, die Wege zu ihnen nicht gelegt, die Umsiedlungsbüros noch im Bau... Die Umsiedler begannen sich eigenmächtig an von ihnen selbst ausgesuchten Stellen in den Forstrevieren niederzulassen und sich verpachtete Objekte, Reserveparzellen, die einst zur Einführung von adligem Grundbesitz in Sibirien vorgesehen waren, usw. anzueignen, aber die Folge war natürlich die Ausweisung der eigenmächtigen Ansiedler, begleitet von einer Reihe trauriger und oft grausamer Szenen, die zu beschreiben sinnlos wäre." Die Umsiedlungsbeamten sind gezwungen, „die eben erst eingeteilten staatlichen Forstreviere in Stücke zu reißen". „Sie nahmen einzelne Stücke, nahmen das, was ihnen zuerst in die Augen sprang, nur um die vielen erschöpften, ermatteten Menschen unterzubringen und loszuwerden, die im Umsiedlungsbüro herumstehen und stundenlang auf dem Korridor der Umsiedlungsverwaltung warten, die – kein Mensch weiß, wozu – sich haufenweise in die Gouvernementsverwaltung hineindrängen und keine einzige Amtsstelle unbehelligt lassen."

„Viele hundert Millionen Rubel" werden vergeudet und umsonst ausgegeben. „Eine der Schlußfolgerungen", schreibt der Autor, „nämlich die Notwendigkeit, das Umsiedlungswesen dem künftigen sibirischen Semstwo zu übergeben, drängt sich unwillkürlich von selbst auf." Der naive, „ehrliche" russische Beamte, er glaubt, daß man diesen „Rock Trischkas" flicken kann* durch ein ... Semstwo.

Hier eine Schilderung der Forstwirtschaft: Man erlaubte den Umsiedlern, denen dadurch „ein unerwartetes Glück zuteil wurde", den Verkauf von Wald; 300 Desjatinen uralten Nutzholzes verkauften sie für 17 Rubel die Desjatine. Selbst nach sibirischen Preisen kostet eine Desjatine uralten Nutzholzes mindestens ihre 200 Rubel. Ein anderes Bild: Die Umsiedler verkaufen dem Unternehmer Shogolew 25 000 Eisenbahnschwellen zu 4 Kopeken das Stück. Er zahlt für das Fällen je 5 Kopeken, für das Herausfahren je 25 Kopeken, für den Abtransport per Schiff je 10 Kopeken und erhält vom Staat *80 Kopeken je Schwelle* ... Da haben Sie den oktobristischen Kapitalismus der Epoche der ursprünglichen Akkumulation, der sich mit den Purischkewitsch und dem Purischkewitschgeist des russischen Lebens durchaus gut verträgt!

Dann eine lange Reihe von Streiflichtern über die Flurbereinigung. Der Landkreis Minussinsk ist das „sibirische Italien". Der Minussinsker Alteingesessene hatte 4 Desjatinen erhalten und „die geheiligten Eigentums-

* „Trischkas Rock" – Titel einer Fabel von I. A. Krylow. *Der Übers.*

rechte kennengelernt". Seiner Nutzung wurden Zehntausende Desjatinen besten Bodens entzogen.

„In letzter Zeit wird dieses Italien, infolge des allgemeinen Zustands der staatlichen Wirtschaft ziemlich regelmäßig von ‚Mißernten', wie es in der offiziellen Sprache heißt, heimgesucht...

Im Kreis Jenissejsk liegt der berühmte Ob-Jenissej-Kanal, der in einer ganzen Reihe von Jahren viele Millionen aus der Staatskasse glatt verschlungen hat, davon aber keineswegs für den Güterverkehr tauglich geworden ist, denn man legte ihn gerade dort an, wo man es nicht hätte tun sollen...

Der Umsiedlerdistrikt Kurinsk... ist aus Ländereien der nichtrussischen Bevölkerung bei der Altaischen Salzsiederei gebildet worden. Und wenn das Leben für die Nichtrussen schon schwer war, nachdem man ihnen ihren Boden weggenommen hatte, so war es für die Neusiedler ganz und gar unerträglich – das Wasser erwies sich als völlig ungenießbar. Das Anlegen von Brunnen war ebenfalls erfolglos. Daraufhin ließ die Umsiedlungsverwaltung Bohrungen vornehmen und stieß dabei auf noch salzhaltigeres Wasser. Jetzt holen die Siedler das Wasser aus dem 7–8 Werst vom Dorf entfernten Jenissej, so daß ‚alles aufs beste bestellt ist'..."

... Ein sehr wertvolles Kiefernrevier wurde vom Kiefernspinner völlig vernichtet. Als der Befall einsetzte, mußte der Förster einen Kredit *beantragen*. Während der Schriftwechsel und die Verhandlungen mit Petersburg liefen, ging der Wald zugrunde. „Das Resultat der sogenannten Forstregelung", schreibt der alte Forstmann, „ist gleich Null."

In der Beamtenwelt aber schafft man sich die einigermaßen ehrlichen Elemente durch Denunziationen vom Hals (S. 118), und die „höheren Beamten" schneiden den 35 Jahre tätig gewesenen Förstern, wenn sie es wagen, die Wahrheit zu sagen, das Wort ab und schreien: „Schweigt!" (S. 121.) „Eine Periode der Trivialität und Gemeinheit", empört sich der gute Herr Komarow, der den Beginn dieser „Periode" auf die Ablösung eines „guten" Vorgesetzten durch einen schlechten zurückführt.

Der Autor faßt seine Streiflichter in folgenden Worten zusammen:

„Sieht auch alles, was ich geschildert habe, anekdotenhaft aus, so sind es doch alles Anekdoten aus der Wirklichkeit, die uns das russische, mit Verlaub zu sagen, konstitutionelle Leben beigebracht hat; und ist nicht die ganze echte russische Wirklichkeit eine einzige und noch dazu ziemlich häßliche Anekdote?"

Was die zurückkehrenden Umsiedler betrifft, so gibt Herr Komarow die Behauptung eines gewissen „tapferen" Medikus, ihre Zahl mache nicht mehr als 6 Prozent aus, der Lächerlichkeit preis. Wir haben oben die genauen Zahlen darüber angeführt.

„Die Gutsbesitzer in Rußland", schreibt Herr Komarow, „interessieren sich hierfür (für die Zahl der zurückkehrenden Umsiedler) jedenfalls sehr stark. Und das ist zu verstehen: Kehrt doch ein Element zurück, das in der Zukunft eine furchtbare Rolle zu spielen haben wird. Es kehrt nicht jemand zurück, der sein ganzes Leben lang Knecht war und schon nicht mehr an das gewöhnt ist, was ihm, wie dem sagenhaften Antäus, unglaubliche, riesenhafte Kräfte verliehen hatte. Zurück kehrt jemand, der unlängst noch Besitzer war, jemand, der niemals auch nur daran denken konnte, daß er und der Grund und Boden voneinander getrennt bestehen könnten. Und dieser Mensch, der sich mit Recht tödlich beleidigt fühlt, weil man es nicht verstanden hat, ihn unterzubringen, sondern es nur verstanden hat, ihn zu ruinieren und nicht nur ihn, den gewesenen Besitzer und Landwirt, sondern auch alle seine Angehörigen zu überflüssigen Menschen zu machen – dieser Mensch ist für jede, ganz gleich welche Staatsordnung furchtbar. Und von den besten, nach 1905 sehend gewordenen Köpfen wird das in Rechnung gestellt."

Im Frühjahr 1910 besuchte der Autor im Europäischen Rußland einen Adelsmarschall, einen Mann von sehr konservativer Gesinnung, dem der Autor Achtung und Vertrauen entgegenbringt.

„Oh, wir stellen das in Rechnung, und ob!', sagte er mir. ‚Nicht umsonst hat es uns alle aus den Dörfern in die Stadt getrieben. Der Mushik sieht wie ein wildes Tier drein. Die Jüngeren sind fast durchweg Rowdys, und da kommen noch diese von euch da aus Sibirien zurück, die nichts zu verlieren haben.'

Besonders gut begriff ich aber den lieben Pjotr Fjodorowitsch", fährt der gute Herr Komarow fort, „als unter anderen, die sich bei mir ‚nach dem sibirischen Land' erkundigen kamen, auch ein längst vergessener Freund meiner Kindheit erschien, mit dem ich einst Knöchel- und Wurfspiele gespielt und später auch Faustkämpfe ausgefochten hatte. Jetzt war das allerdings schon nicht mehr mein einstiger Gegner im Faustkampf, sondern ein gesetzter Bauer mit breitem, von Silberfäden durchzogenem Bart und halber Glatze. Wir kamen ins Gespräch, gedachten der Vergangenheit, und ich erwähnte das Jahr 1905. Ich muß dazu bemerken, daß unser Kreis zu denen gehörte, die in jenen Tagen von dem purpurnen Feuerschein der Gutshöfe besonders erhellt waren und wo die Besitzungen des Adels besonders stark der Verwüstung anheimfielen, und es war daher von meiner Seite aus ganz natürlich, daß ich meinem

Freund, soweit ich mich erinnern kann, etwa in der folgenden Form einen Vorwurf machte:

‚Weiß der Teufel, was ihr da 1905 angerichtet habt! Konnte man nicht bedeutend besser ins reine kommen, wenn ...‘

Bei diesen Worten hatte ich natürlich durchaus nicht die Agrartheorie der Herren Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre im Sinn, die für jeden, der auch nur einigermaßen mit der politischen Ökonomie vertraut ist, völlig unannehmbar klingt, und erhielt zur Antwort:

‚Wahr sind deine Worte ... Richtig sagst du es ... Nicht so hätten wir es machen sollen.‘

‚Nun, das ist es ja eben‘, sagte ich beschwichtigend und froh darüber, daß wir einander verstanden hatten.

‚Stimmt, stimmt ... Einen tüchtigen Bock haben wir geschossen ... Keinen hätten wir auslassen sollen ...‘

‚Wie soll ich das verstehen?‘

‚Nun so, daß man reinen Tisch hätte machen sollen ... Allesamt ...‘

Und dabei das freundliche, lächelnde Gesicht und die sympathischen Krähenfüße an den hellen, gutmütigen, kindlich-naiven lächelnden Augen ...

Aber ich bekenne offen, daß es mir kalt über den Rücken lief und sich mir wohl die Haare auf dem Kopfe sträubten: Wenn diese Gutmütigen schon so sind, was hat man dann erst von jenen Rückkehrern zu erwarten, die ihre Anteile verkauft hatten und für immer unglücklich geworden sind?!

Ach, dieses ‚Setzen auf die Starken‘, das der verstorbene Ministerpräsident und die Herren Oktobristen Rußland beschert haben – es kann im Laufe der Zeit im Zusammenhang mit dem Umsiedlerchaos viele Schrecken in unser Leben bringen.“ (S. 75.)

Mit diesem Gespräch zwischen dem friedlich gestimmten gütigen Intellektuellen und dem freundlichen, gutmütigen, naiven, gesetzten und kahlköpfigen Bauern wollen wir schließen.

„Prawda“ Nr. 96 und 99,
27. April und 1. Mai 1913.
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text der „Prawda“.

DIE „WECHI"-LEUTE UND DER NATIONALISMUS

(Bibliographische Notiz)

Eine langweilige Zeitschrift – die „Russkaja Mysl"[23]. Eins nur ist interessant an ihr. Hier schreiben die liberalen *„Wechi"-Leute*, die Mitarbeiter und Anhänger des bekannten Renegatenbuches „Wechi"[24], in dem die einstigen Anhänger der Freiheit den *Kampf der Massen für die Freiheit* besudelten und in den Schmutz zogen, wobei sie die demokratischen Massen der Arbeiter und Bauern als eine von der „Intelligenz" geführte Herde darstellten – eine abgedroschene Manier aller Schwarzhunderter.

Die Wendung der russischen liberalen „gebildeten Gesellschaft" gegen die Revolution, gegen die Demokratie, ist keine zufällige, sondern eine – nach dem Jahr 1905 – unausbleibliche Erscheinung. Die Bourgeoisie erschrak vor der Selbständigkeit der Arbeiter und vor dem Erwachen der Bauern. Die Bourgeoisie, besonders die reichste, die ihre Stellung als Ausbeuter bewahren will, entschied: lieber Reaktion als Revolution.

Diese egoistischen Klasseninteressen des Geldsacks erzeugten denn auch eine breite und tiefe *konterrevolutionäre* Strömung innerhalb des Liberalismus, eine Strömung gegen die Demokratie, zur Verteidigung jeder Art von Imperialismus, Nationalismus und Chauvinismus und jeglichen Dunkelmännertums.

Die klassenbewußten Arbeiter wird diese Abkehr, dieses Renegatentum der Liberalen nicht verwundern, denn die Arbeiter hatten von den Liberalen niemals eine besonders gute Meinung. Doch ist es nützlich zu verfolgen, was die liberalen Renegaten predigen, *mit welchen Ideen* sie gegen die Demokratie im allgemeinen und gegen die Sozialdemokratie im besonderen kämpfen wollen.

„Die russische intellektuelle Gesellschaft", schreibt Herr Isgojew in der „Russkaja Mysl", „war und ist in ihrer Masse auch jetzt noch der Überzeugung, daß die Grundfrage des europäischen Lebens der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie, für den Sozialismus ist..."

Herr Isgojew nennt diesen Gedanken „vorgefaßt und falsch" und weist darauf hin, daß bei den Polen in Deutschland, in ihrem Kampf gegen die Deutschen um ihre nationalen Interessen, ein neuer Mittelstand, eine „demokratische Mittelklasse" entstehe und anwachse.

Wenn Isgojew von „Intellektuellen" spricht, so meint er in Wirklichkeit die Sozialisten und die Demokraten. Dem Liberalen *gefällt es nicht*, daß als die Grundfrage der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie angesehen wird. Die Liberalen bemühen sich, den nationalen Kampf zu entfachen und zu schüren, um *die Aufmerksamkeit von den ernsten* Fragen der Demokratie und des Sozialismus *abzulenken*.

In Wirklichkeit steht von den „Fragen des europäischen Lebens" der Sozialismus an erster Stelle, nicht der nationale Kampf, dabei ist dieser um so schwächer und harmloser, je konsequenter der Demokratismus verwirklicht worden ist. Es ist geradezu lächerlich, den Kampf des Proletariats für den Sozialismus, eine weltweite Erscheinung, mit dem Kampf einer der unterdrückten Nationen Osteuropas gegen die sie unterdrückende reaktionäre Bourgeoisie zu vergleichen (wobei sich die *polnische* Bourgeoisie hier bei jeder günstigen Gelegenheit gern mit der *deutschen* Bourgeoisie gegen das Proletariat verbündet).

„Prosweschtschenije" Nr. 4,
April 1913.
Unterschrift: W.

Nach dem Text des „Prosweschtschenije".

DIE LIBERALEN UND DIE KOALITIONSFREIHEIT

Der Bergbaukongreß hat sich für die Koalitionsfreiheit ausgesprochen. Eine der größten Zeitungen der liberalen Bourgeoisie, die „Kiewskaja Mysl"[25], schreibt hierzu:

„In dieser Proklamation des Rechts der Arbeiter auf Organisierung, in dieser Unterstützung der Forderung nach Koalitionsfreiheit für die Arbeiter besteht eben das wichtigste Verdienst des Kongresses.

Seit die Arbeiterbewegung in Rußland nach der Unterbrechung in den Jahren 1908–1909 wiederauflebte und seit immer schärfere und häufigere Repressalien auf sie niederhageln, wird die Forderung nach Koalitionsfreiheit *immer mehr zur Forderung der Massen der Arbeiterklasse.* Bisher wurde aber nur in Arbeiterkreisen die Forderung nach Koalitionsfreiheit als Losung des Tages anerkannt. Die liberale Gesellschaft stand ihr völlig gleichgültig gegenüber. Jetzt sah sich der Kongreß, an dem nicht wenig Industrielle teilnahmen, genötigt, den Forderungen der Arbeiterklasse moralische Unterstützung zu erweisen."

Wir sehen hier klar, wie die Liberalen ihre weitverbreitete, den Profitinteressen dienende Presse benutzen, um die Forderungen und Losungen der Arbeiterklasse *einzuschränken.* Den Liberalen ist sehr wohl bekannt, daß die Arbeiter andere, unverkürzte *„Losungen des Tages"* haben. Die Liberalen wollen den Arbeitern ihre enge liberale Zielsetzung *aufzwingen* und geben diese für die Meinung der „Massen" der Arbeiter aus: Das ist die alte, abgedroschene Methode, die Verantwortung dafür, daß die liberale Bourgeoisie die Hauptursachen der politischen Privilegien und der politischen Rechtlosigkeit nicht in Betracht ziehen will, auf die angeblich unentwickelten Massen abzuwälzen! Das ist die Methode der „liberalen" Anhänger der Leibeigenschaft, die vor einem halben Jahrhundert sagten, die *völlige* Abschaffung der Privilegien der Gutsbesitzer sei *nicht* die „Losung des Tages" für die „Massen".

Charakteristisch ist, daß die Liberalen sich selbst entlarven. Die Forde-

rung des Kongresses ist unvollständig, sagen sie. Warum? Hören Sie selbst:

„Als sich der Kongreß für das Koalitionsrecht aussprach, mußte er sich darüber im klaren sein, daß die Verwirklichung dieses Rechts unvermeidlich eine ganze Reihe rechtlicher Bedingungen voraussetzt. Man kann den Gewerkschaftsorganisationen dort keine Freiheit gewähren, wo es keine allgemeine Koalitionsfreiheit gibt. Man kann der Arbeiterpresse nur dort Freiheit einräumen, wo die liberale und demokratische Presse frei ist. Die Koalitionsfreiheit kann dort nicht in die Tat umgesetzt werden, wo administrative Willkür herrscht und wo die Massen der Bevölkerung von der Teilnahme an den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften ausgeschlossen sind. Auf die Notwendigkeit der Schaffung dieser Bedingungen hätte der Kongreß hinweisen müssen, wenn er konsequent hätte bleiben wollen."

Also war der Kongreß inkonsequent. Worin besteht nun seine Inkonsequenz? Darin, daß er *einige* Reformen nicht aufzählte – antwortet der Liberale.

Nun, aber Sie, meine Herrschaften, haben Sie *alles* aufgezählt?

Natürlich nicht! Sie sind bis dicht an die *„Bedingungen"* herangekommen, die für die *„Verwirklichung"* der einzelnen Freiheiten „vorausgesetzt" werden, aber Sie haben diese Bedingungen nicht gezeigt. Sie haben vor ihnen haltgemacht. Sie fürchten jetzt die Losung der „Massen der Arbeiterklasse": keine *Reformen*, sondern *„die Reform"*. Im Grunde genommen stehen Sie auf dem Standpunkt Struves. Struve akzeptierte diese Losung im Frühjahr *vor* dem 17. Oktober, aber er akzeptiert sie jetzt nicht mehr, denn die gesamte Bourgeoisie, selbst die liberalste, ist nach rechts geschwenkt.

Eine ähnliche Lage bestand bei der Aufhebung der Leibeigenschaft. Die konsequenten Demokraten Dobroljubow und Tschernyschewski verspotteten die Liberalen mit Recht wegen ihres *Reformismus*, dem stets das Bestreben zugrunde lag, die Aktivität der Massen einzudämmen und ein Stückchen der Privilegien der Gutsbesitzer zu retten, wie den Loskauf usw.

Die Liberalen bemühen sich vergebens, ihren armseligen Reformismus den „Massen der Arbeiterklasse" in die Schuhe zu schieben!

„Prawda" Nr. 101,
4. Mai 1913.

Nach dem Text der „Prawda".

DEN LESERN DES „LUTSCH" UND DER „PRAWDA" ZUR BEACHTUNG

Sowohl der „Lutsch" als auch die „Prawda" haben wiederholt Zuschriften von Arbeitern veröffentlicht, in denen von den Redaktionen dieser Zeitungen eine sachliche und klare Darlegung des Wesens der Meinungsverschiedenheiten gefordert wird. Das war eine berechtigte und natürliche Forderung, und es lohnt sich, zu betrachten, wie beide Redaktionen sie erfüllt haben.

Die geforderten erläuternden Artikel erschienen in der „Prawda" unter der Überschrift „Strittige Fragen"*. Was wird in ihnen gesagt? Diese Artikel legen die *Beschlüsse der Partei* zu den strittigen Fragen dar und erläutern sie. Mit den Worten des Verfassers dieser Artikel erklärt die „Prawda": Um zu entscheiden, wer in dem Streit recht hat, auf wessen Seite die Wahrheit ist, muß man sich Tatsachen und Dokumenten aus der Geschichte der Partei zuwenden, muß man alles Persönliche, alles Unsachliche beiseite schieben und die sozialen Wurzeln des Streits verstehen. Der Streit mit den Liquidatoren, sagt die „Prawda", entspringt „nicht dem bösen Willen einzelner Personen, sondern aus der historischen Situation der Arbeiterbewegung".** Wer den Streit ernstlich begreifen will, muß sich bemühen, diese historische Situation zu verstehen.

„Man muß verstehen", sagt die „Prawda", „von welcher *Klasse* die Zerfahrenheit und der Zerfall ausgehen, welche *Klassen*interessen nichtproletarischer Kreise unter den Freunden des Proletariats Verwirrung stiften."**

Das ist eine ernsthafte Fragestellung. Sie entspricht direkt der Forde-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 133–143. *Die Red.*

** Siehe den vorliegenden Band, S. 141. *Die Red.*

rung der Arbeiter, ihnen zu helfen, den ernsten Streit zwischen „Prawda" und „Lutsch" zu begreifen. Wenn die Arbeiter diesen Weg gehen, werden sie mit den *Tatsachen* des Parteilebens vertraut werden, werden sie es lernen, in diesem Streit das Richtige und Prinzipielle von dem Unbedeutenden und Zufälligen zu unterscheiden, werden sie die *Klassen*wurzeln der Zerfahrenheit suchen.

Vielleicht wird ein Arbeiter, wenn er die Fakten kennengelernt und die Dokumente usw. gelesen hat, am Ende doch nicht der „Prawda" zustimmen – das ist dann schon Sache seiner eigenen Ansichten und Erfahrungen. Doch wird er auf jeden Fall, wenn er den von der „Prawda" gewiesenen Weg einschlägt, vieles lernen und sich über den ganzen Streit Rechenschaft geben.

So antwortet die „Prawda" auf die Forderung der Arbeiter, sie mit den vorhandenen Meinungsverschiedenheiten vertraut zu machen. Was aber macht der „Lutsch"?

Zur gleichen Zeit, da in der „Prawda" die Artikel über die „strittigen Fragen" veröffentlicht werden, erscheint im „Lutsch" ein überaus umfangreiches Feuilleton zu demselben Thema. Keine einzige *Tatsache* wird darin angeführt, an einen sozialen Inhalt des Streits denkt der Verfasser nicht einmal, kein einziges Dokument bringt er dem Leser zur Kenntnis.

Das ganze umfangreiche Feuilleton, das sich über zwei Nummern erstreckt, strotzt von Klatsch und persönlichen Anspielungen. Hier wird dem Arbeiterleser von der „Reizbarkeit" und den „bezaubernd geistreichen Bemerkungen" des einen Marxisten, von den „Übermensch"-Allüren eines anderen und dem „Zynismus" eines dritten berichtet. Der ganze Streit wird mit „persönlichen Feindschaften", „Rangstreitigkeiten", mit dem „Kampf um die Macht" in der Partei erklärt. Und unter der Hand setzt man das Gerücht, das der offiziellen Presse würdig wäre, in Umlauf, daß an allem irgendwelche „Meister der Revolution" schuld seien, die ihren Einfluß zu verlieren fürchten, wenn die breiten Arbeitermassen auf den Plan treten.

Die Köpfe mit Klatsch, Gezänk und persönlichen Anspielungen vollpfropfen und sich auf diese Weise der Notwendigkeit entziehen, den eigenen Standpunkt darzulegen – das ist das Ziel des Verfassers und der Zeitung, die sein Produkt veröffentlichte. Wäre es jedoch einfach Klatscherei, so wäre es halb so schlimm. Es ist aber Klatscherei eines erbosten

Renegaten, das ist es. Lesen Sie, was er am Anfang des zweiten Feuilletons schreibt über „provozierte und provozierende Handlungen", über die „in der Partei herrschende Diktatur von Übermenschen, die eine zynische Einstellung zu den Massen haben", lesen Sie, wie er die ergebenen Parteiarbeiter des Jahres 1905 „Meister des revolutionären Handwerks" schilt, die Handlungen begangen haben, „unzulässig in jedem auch nur einigermaßen kulturvollen Milieu". Das ist doch aus der „Semschtschina"[26], aus den „Wechi"!...

Und alles das steht nicht im „Nowoje Wremja"[27], sondern in einer Zeitung, die sich für eine Arbeiterzeitung hält, alles das wird den Arbeitern angeboten als Antwort auf ihre Forderung, eine ernsthafte Darlegung des eigenen Standpunktes zu geben! Und nach all dem wagt es der „Lutsch" noch, gegen die scharfen Formen der Polemik zu protestieren und sich – im Gegensatz zur „Prawda" – als ein Muster von Anständigkeit hinzustellen.

Denjenigen Arbeitern, die noch daran glauben, daß der „Lutsch", im Gegensatz zur „Prawda", eine Zeitung ist, die für die Vereinigung und für die Einstellung des inneren Zwistes eintritt, raten wir aufs nachdrücklichste, das genannte Feuilleton zu lesen und mit der Art und Weise zu vergleichen, wie dieselben Fragen in der „Prawda" behandelt werden.

„Prawda" Nr. 102,
5. Mai 1913.
Unterschrift: Ein Leser der „Prawda" und des „Lutsch".

Nach dem Text der „Prawda".

ZUM 25. TODESTAG JOSEF DIETZGENS

Vor 25 Jahren, im Jahre 1888, starb der Gerber Josef Dietzgen, ein hervorragender deutscher sozialdemokratischer Schriftsteller und Philosoph.

Von Josef Dietzgen stammen die Werke (die größtenteils auch ins Russische übersetzt wurden): „Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit" (erschienen im Jahre 1869), „Streifzüge eines Sozialisten in das Gebiet der Erkenntnistheorie", „Das Acquisit der Philosophie" u. a. Eine sehr treffende Einschätzung Dietzgens und seines Platzes in der Geschichte der Philosophie und der Arbeiterbewegung gab Marx schon am 5. Dezember 1868 in einem Brief an Kugelmann.

„Vor ziemlich langer Zeit", schrieb Marx, „schickte er mir das Bruchstück eines Manuskripts über das ‚Denkvermögen', was, trotz einer gewissen Konfusion und zu häufiger Wiederholungen, viel Vorzügliches und – als selbständiges Produkt eines Arbeiters – selbst Bewundernswertes enthält."[28]

Darin liegt eben die Bedeutung Dietzgens: Er ist ein Arbeiter, der selbständig zum dialektischen Materialismus, d. h. zur Philosophie von Marx gelangt ist. Überaus wertvoll für die Charakterisierung des Arbeiters Dietzgen ist die Tatsache, daß er sich nicht für den Begründer einer Schule hielt.

Josef Dietzgen sagte schon 1873, daß Marx, der damals von nur wenigen verstanden wurde, der *Wortführer der Richtung* sei. J. Dietzgen hob hervor, daß Marx und Engels „die nötige philosophische Schulung besaßen". Und im Jahre 1886, lange nach dem Erscheinen des „Anti-Dühring "von Engels, eines der philosophischen Hauptwerke des Marxis-

mus, schrieb Dietzgen von Marx und Engels als den „anerkannten Stiftern" der Richtung.

Das muß man berücksichtigen, wenn man all die verschiedenen Anhänger der bürgerlichen Philosophie, d. h. des Idealismus und Agnostizismus (einschließlich des „Machismus"), beurteilen will, die sich gerade an die *„gewisse Konfusion"* bei J. Dietzgen zu klammern versuchen. J. Dietzgen selbst hätte solche Verehrer ausgelacht und abgelehnt.

Um klassenbewußt zu werden, sollen die Arbeiter J. Dietzgen lesen, sie dürfen dabei aber auch *nicht* einen Augenblick *vergessen*, daß er die Lehre von Marx und Engels, bei denen einzig und allein man Philosophie *studieren* kann, *nicht immer richtig* wiedergibt.

J. Dietzgen schrieb in einer Epoche, als der simplifizierte, vulgäre *Materialismus* sehr weit verbreitet war. Deshalb betonte J. Dietzgen besonders die historischen Veränderungen des Materialismus, den *dialektischen* Charakter des Materialismus, das heißt die Notwendigkeit, auf dem Standpunkt der Entwicklung zu stehen, die Relativität jeglicher menschlicher Erkenntnis zu begreifen, den allseitigen Zusammenhang und die wechselseitige Abhängigkeit aller Erscheinungen der Welt zu verstehen und den naturgeschichtlichen Materialismus bis zur materialistischen Geschichtsauffassung zu führen.

Indem J. Dietzgen die Relativität der menschlichen Erkenntnis hervorhebt, gerät er oft in Konfusion und macht dem Idealismus und dem Agnostizismus falsche Zugeständnisse. Der Idealismus in der Philosophie ist eine mehr oder weniger raffinierte Verteidigung des Pfaffentums, einer Lehre, die den Glauben über die Wissenschaft stellt oder ihn der Wissenschaft gleichsetzt oder überhaupt nur dem Glauben Platz läßt. Der Agnostizismus (von dem griechischen „a" – *nicht* und „gnosis" – *Wissen*) ist das Schwanken zwischen Materialismus und Idealismus, d. h. in der Praxis das Schwanken zwischen der materialistischen Wissenschaft und dem Pfaffentum. Zu den Agnostikern gehören die Anhänger Kants (Kantianer), Humes (Positivisten, Realisten u. a.) und die modernen „Machisten". Deshalb versuchten einige der reaktionärsten Philosophen der Bourgeoisie, ausgesprochene Dunkelmänner und direkte Verteidiger des Pfaffentums, die Fehler J. Dietzgens „auszunutzen".

Im großen und ganzen aber ist J. Dietzgen Materialist. Dietzgen ist ein Feind des Pfaffentums und des Agnostizismus. „Mit den ehemaligen

Materialisten", schrieb J. Dietzgen, „haben wir nur gemein, die Materie als Voraussetzung oder Urgrund der Idee zu erkennen." Dieses „nur" aber ist gerade der *Kern* des philosophischen Materialismus.

„Darauf läuft denn die materialistische Erkenntnistheorie hinaus", schrieb J. Dietzgen, „zu konstatieren, daß das menschliche Erkenntnisorgan keine metaphysische Erleuchtung ausstrahlt, sondern ein Naturstück ist, welches andre Naturstücke konterfeit." Das eben ist die materialistische Theorie von der *Widerspiegelung* der sich ewig bewegenden und verändernden Materie im Bewußtsein des Menschen – eine Theorie, die Haß und Furcht, Verleumdungen und Entstellungen auf seiten der ganzen offiziellen Professorenphilosophie hervorruft. Und mit welcher tiefen Leidenschaft eines wahren Revolutionärs geißelte und brandmarkte J. Dietzgen die „diplomierten Lakaien des Pfaffentums", die idealistischen Professoren, die Realisten usw.! „Unter allen Parteien", schrieb J. Dietzgen mit Recht über die philosophischen „Parteien", d. h. über den Materialismus und Idealismus, „ist die Partei der Mitte die abscheulichste."

Zu dieser „abscheulichen Partei" gehört die Redaktion des „Lutsch" und Herr S. Semkowski („Lutsch" Nr. 92). Die Redaktion machte folgenden „Vorbehalt": „Wir teilen nicht den allgemeinen philosophischen Standpunkt", aber Dietzgens Gedanken werden „richtig und klar" wiedergegeben.

Das ist eine himmelschreiende Unwahrheit. Herr Semkowski hat J. Dietzgen gewissenlos verdreht und entstellt, indem er bei ihm *gerade die „Konfusion"* herausgriff und die *Marxsche Einschätzung Dietzgens* verschwieg. Indessen haben sowohl Plechanow, der auf dem Gebiet der marxistischen Philosophie am meisten bewanderte Sozialist, als auch die besten Marxisten in Europa *diese Einschätzung vollauf anerkannt.*

Herr Semkowski entstellt sowohl den philosophischen Materialismus als auch Dietzgen, wenn er ungereimtes Zeug redet zur Frage „eine oder zwei Welten" (das ist angeblich die „Grundfrage"! Studieren Sie, Verehrtester, lesen Sie wenigstens den „Ludwig Feuerbach" von Engels) – wie auch zur Frage Welt und Erscheinungen (Dietzgen habe angeblich die reale Welt auf bloße Erscheinungen reduziert; das ist eine Verleumdung J. Dietzgens, die eines Pfaffen oder Professors würdig wäre).

Doch alle Entstellungen durch Herrn Semkowski kann man nicht aufzählen. Mögen die Arbeiter, die sich für den Marxismus interessieren,

wissen, daß die Redaktion des „Lutsch" ein *Verein von Liquidatoren* des Marxismus ist. Die einen liquidieren die Illegalität, d. h. die Partei des Proletariats (Majewski, Sedow, Th. D. usw.), die nächsten – die Idee der Hegemonie des Proletariats (Potressow, Kolzow u. a.), die dritten – den philosophischen Materialismus von Marx (Herr Semkowski und Co.), die vierten – den Internationalismus des proletarischen Sozialismus (die Bundisten Kossowski, Medem u. a. – die Anhänger der „national-kulturellen Autonomie"), die fünften – die ökonomische Theorie von Marx (Herr Maslow mit seiner Rententheorie und „neuen" Soziologie) und so weiter und so fort.

Die empörende Entstellung des Marxismus durch Herrn Semkowski und die ihn deckende Redaktion ist nur eines der krassesten Beispiele für die „Tätigkeit" dieses Literaten-„Vereins von Liquidatoren".

„Prawda" Nr. 102,
5. Mai 1913.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE BOURGEOISIE UND DER FRIEDEN

Die Konferenz französischer und deutscher Parlamentarier, die am vorigen Sonntag, dem 11. Mai (28 April a. St.), in Bern stattfand, erinnert erneut an die Stellung der europäischen Bourgeoisie zu Krieg und Frieden.

Die Initiative zur Einberufung dieser Konferenz ging von Vertretern Elsaß-Lothringens und der Schweiz aus. Die sozialistischen Abgeordneten Frankreichs und Deutschlands erschienen zahlreich. Von den bürgerlichen Abgeordneten kamen ziemlich viele französische Radikale und „Radikalsozialisten" (kleinbürgerliche Demokraten, die in Wirklichkeit dem Sozialismus völlig fremd und größtenteils feindlich gegenüberstehen). Aus Deutschland waren nur ganz wenige bürgerliche Abgeordnete erschienen. Die Nationalliberalen (ein Mittelding zwischen Kadetten und Oktobristen, etwa in der Art unserer „Progressisten") beschränkten sich darauf, eine Grußadresse zu senden. Von der „Zentrumspartei" (katholische kleinbürgerliche Partei in Deutschland, die sich gern demokratisch aufspielt) hatten *zwei* Abgeordnete ihre Beteiligung zugesagt, aber ... sie zogen es vor, nicht zu erscheinen!

Von bekannten Sozialisten sprachen auf der Konferenz Greulich, ein Veteran der schweizerischen Sozialdemokratie, und August Bebel.

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die den Chauvinismus verurteilt und erklärt, daß die überwältigende Mehrheit beider Völker, des französischen wie des deutschen, den Frieden will und die Beilegung internationaler Konflikte durch Schiedsgerichte fordert.

Zweifellos war die Konferenz eine eindrucksvolle Friedensdemonstration. Es wäre aber ein großer Fehler, wollte man den schönen Reden der wenigen bürgerlichen Abgeordneten glauben, die an der Konferenz teil-

genommen und für die Resolution gestimmt haben. Wenn sie ernsthaft den Frieden wollten, hätten diese bürgerlichen Abgeordneten die verstärkte Aufrüstung in Deutschland offen *verurteilen* müssen (das deutsche Heer wird um 140 000 Mann verstärkt; dieser neuen Regierungsvorlage werden die bürgerlichen Parteien in Deutschland trotz des entschiedenen Protestes der Sozialisten zweifellos zustimmen); ebenso verurteilen müßten sie auch die französische Regierungsvorlage über die Verlängerung der Militärdienstzeit auf drei Jahre.

Dazu haben sich die Herren bürgerlichen Abgeordneten nicht entschließen können. Noch weniger zeigten sie sich fähig, mit der entschiedenen Forderung nach Einführung des Milizsystems aufzutreten, das heißt nach der Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Bewaffnung des Volkes. Einzig und allein diese Maßnahme, die nicht über den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft hinausgeht, ist imstande, das Heer zu demokratisieren und die Sache des Friedens auch nur um einen Schritt *ernsthaft* voranzubringen.

Nein. Aus Angst vor der Arbeiterbewegung klammert sich die europäische Bourgeoisie krampfhaft an Militarismus und Reaktion. Die verschwindend geringe Anzahl kleinbürgerlicher Demokraten hat nicht die Kraft, konsequent den Frieden zu wollen, und noch weniger, ihn zu sichern. Die Macht liegt in den Händen der Banken, der Kartelle und des Großkapitals überhaupt. Die einzige Friedensgarantie ist die organisierte, bewußte Bewegung der Arbeiterklasse.

Geschrieben am 2. (15.) Mai 1913.
Veröffentlicht am 7. Mai 1913 in der „Prawda" Nr. 103.

Nach dem Text der „Prawda".

DAS ERWACHEN ASIENS

Galt China nicht noch vor kurzem als Musterbeispiel eines Landes, das sich seit Jahrhunderten im Zustand völliger Stagnation befindet? Jetzt aber brodelt in China das politische Leben, entfalten sich stürmisch die soziale Bewegung und der demokratische Aufschwung. Nach der russischen Bewegung des Jahres 1905 hat die demokratische Revolution ganz Asien erfaßt: die Türkei, Persien, China. In Britisch-Indien gärt es immer stärker.

Interessant ist, daß die revolutionär-demokratische Bewegung jetzt auch Niederländisch-Indien – die Insel Java und andere niederländische Kolonien – mit einer Bevölkerung von ca. 40 Millionen Menschen erfaßt hat.

Träger dieser demokratischen Bewegung sind erstens die Volksmassen auf Java, unter denen eine nationalistische Bewegung im Zeichen des Islams erwacht ist. Zweitens hat der Kapitalismus eine einheimische Intelligenz aus akklimatisierten Europäern geschaffen, die für die Unabhängigkeit Niederländisch-Indiens eintreten. Drittens hat die ziemlich zahlreiche chinesische Bevölkerung auf Java und den anderen Inseln die revolutionäre Bewegung aus ihrer Heimat hierhergetragen.

Der holländische Marxist van Ravesteyn, der dieses Erwachen Niederländisch-Indiens schildert, weist darauf hin, daß der eingewurzelte Despotismus und die Willkürherrschaft der niederländischen Regierung jetzt bei den Massen der einheimischen Bevölkerung auf entschiedenen Widerstand und Protest stoßen.

Es zeigen sich die üblichen Erscheinungen einer vorrevolutionären Periode: mit erstaunlicher Schnelligkeit entstehen Verbände und Parteien.

Die Regierung verbietet sie und ruft dadurch noch größere Erbitterung und ein neues Anwachsen der Bewegung hervor. So hat die niederländische Regierung vor kurzem die „Indische Partei" aufgelöst, weil im Statut und Programm dieser Partei vom Streben nach *Unabhängigkeit* die Rede war. Die holländischen „Dershimordas"* (die übrigens die volle Zustimmung sowohl der Klerikalen als auch der Liberalen finden: bis auf die Knochen ist der europäische Liberalismus verfault!) erblickten darin das strafwürdige Streben nach einer Lostrennung von den Niederlanden! Die aufgelöste Partei ist natürlich unter anderem Namen wiedererstanden.

Auf Java ist ein nationaler Verband der einheimischen Bevölkerung entstanden, der bereits 80 000 Mitglieder zählt und Massenversammlungen durchführt. Das Wachstum der demokratischen Bewegung ist nicht aufzuhalten.

Der Weltkapitalismus und die russische Bewegung des Jahres 1905 haben Asien endgültig wachgerüttelt. Hunderte Millionen einer eingeschüchterten, in mittelalterlicher Stagnation niedergehaltenen Bevölkerung sind zu neuem Leben und zum Kampf für die elementaren Menschenrechte, für die Demokratie erwacht.

Die Arbeiter der fortgeschrittenen Länder der Welt verfolgen mit Interesse und Begeisterung dieses gewaltige Anwachsen der Befreiungsbewegung in allen ihren Formen und in allen Teilen der Welt. Die europäische Bourgeoisie hat sich, durch die Stärke der Arbeiterbewegung erschreckt, der Reaktion, dem Militarismus, dem Pfaffentum und dem Obskurantismus in die Arme geworfen. Doch an die Stelle dieser bei lebendigem Leibe verfaulenden Bourgeoisie treten bereits das Proletariat der europäischen Länder und die junge, vom Glauben an ihre Kräfte und vom Vertrauen zu den Massen erfüllte Demokratie der asiatischen Länder.

Das Erwachen Asiens und der Beginn des Kampfes des fortgeschrittenen Proletariats Europas um die Macht kennzeichnen die neue Ära der Weltgeschichte, die Anfang des 20. Jahrhunderts angebrochen ist.

„Prawda" Nr. 103,
7. Mai 1913.
Unterschrift: F.

Nach dem Text der „Prawda".

* Dershimorda – Polizist in Gogols „Revisor". *Der Übers.*

DIE SEPARATISTEN IN RUSSLAND UND DIE SEPARATISTEN IN ÖSTERREICH

Von den verschiedenen Vertretern des Marxismus in Rußland betreiben die jüdischen oder, genauer gesagt, ein Teil von ihnen, die sogenannten Bundisten, eine Politik des *Separatismus*, das heißt der Lostrennung oder Absonderung (vom Ganzen). Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung ist bekannt, daß die Bundisten im Jahre 1903 *aus der Partei austraten*, als die Mehrheit der Partei der Arbeiterklasse ihre Forderung, sie als „einzige" Vertreter des jüdischen Proletariats anzuerkennen, ablehnte.

Dieser Austritt aus der Partei war eine für die Arbeiterbewegung äußerst schädliche Erscheinung des Separatismus. In der Praxis kamen und kommen die jüdischen Arbeiter überall zur Partei, ungeachtet des „Bund". Neben den *gesonderten* (isolierten, separaten) Organisationen der Bundisten haben *immer gemeinsame* Organisationen der jüdischen, russischen, polnischen, litauischen, lettischen usw. Arbeiter bestanden.

Aus der Geschichte des Marxismus in Rußland ist ferner bekannt, daß die Partei, als der „Bund" sich ihr 1906 wieder anschloß, die Bedingung stellte, mit dem Separatismus Schluß zu machen, d. h. die marxistischen Arbeiter *ausnahmslos aller* Nationalitäten in den örtlichen Organisationen zusammenzuschließen. Diese Bedingung wurde von den Bundisten *nicht* erfüllt, obwohl sie durch einen besonderen Beschluß der Partei im Dezember 1908 *speziell* bekräftigt wurde.[29]

Das ist kurz die Geschichte des bundistischen Separatismus in Rußland. Leider kennen die Arbeiter diese Geschichte wenig und denken wenig darüber nach. Aus der praktischen Arbeit kennen diese Geschichte näher die polnischen Marxisten, die litauischen (besonders in Wilna 1907), die lettischen (zu derselben Zeit in Riga), die süd- und westrussischen Marxisten. Es ist übrigens bekannt, daß die kaukasischen Marxisten, darunter auch *alle* kaukasischen Menschewiki, bis in die allerletzte Zeit in ihren örtlichen Organisationen die *Einheit* und sogar die Verschmelzung der Arbeiter

aller Nationalitäten durchgeführt haben und den Separatismus der Bundisten verurteilen.

Es sei auch erwähnt, daß der führende Bundist Medem in dem bekannten Buch „Die Formen der nationalen Bewegung" (St. Petersburg 1910) zugegeben hat, daß die Bundisten die Einheit in den örtlichen Organisationen nie verwirklicht haben, d. h., daß sie stets Separatisten waren.

In der internationalen Arbeiterbewegung wurde die Frage des Separatismus besonders lebhaft im Jahre 1910 auf dem Kongreß in Kopenhagen diskutiert. Als Separatisten traten die *Tschechen* aus Österreich auf, die die vorhandene Einheit der tschechischen und deutschen Arbeiter zerstörten. Der Internationale Kongreß in Kopenhagen verurteilte den Separatismus *einstimmig*, aber leider sind die Tschechen bis heute Separatisten geblieben.

Die tschechischen Separatisten, die sich in der Arbeiterinternationale einsam fühlten, suchten lange und erfolglos nach Gleichgesinnten. Erst jetzt haben sie sie gefunden – *in den Bundisten und Liquidatoren.* Die von den Separatisten herausgegebene deutschsprachige Zeitschrift „Der Čechoslavische Sozialdemokrat" brachte in Nr. 3 (Prag, 15. April 1913) einen Artikel unter der Überschrift „Eine Wendung zum Besseren". Diese „Wendung" angeblich zum „Besseren" (in Wirklichkeit aber – zum Separatismus) haben die tschechischen Separatisten ... was meinen Sie, lieber Leser, wo? ... in der *„Nascha Sarja"*[30] der Liquidatoren, in einem Artikel des *Bundisten* W. Kossowski entdeckt!

Endlich sind die tschechischen Separatisten in der Arbeiterinternationale nicht mehr allein! Kein Wunder, daß sie froh sind, sich wenigstens an die Liquidatoren, wenigstens an die Bundisten klammern zu können. Alle klassenbewußten Arbeiter Rußlands aber müssen über diese Tatsache gründlich nachdenken: Die von der Internationale einstimmig verurteilten tschechischen Separatisten klammern sich an die Rockschöße der Liquidatoren und Bundisten.

Den Interessen und Aufgaben der Arbeiterbewegung entspricht nur jene völlige Einheit (in den örtlichen Organisationen, von unten bis oben) der Arbeiter aller Nationen, wie sie so lange und so erfolgreich im Kaukasus verwirklicht wurde.

Geschrieben am 26. April (9. Mai) 1913.

Veröffentlicht am 8. Mai 1913 in der „Prawda" Nr. 104.

Nach dem Text der „Prawda".

NOCH EINMAL ZUR UMSIEDLERFRAGE

In Nr. 300 der „Prawda"* führte ich die wichtigsten Daten über die Umsiedlung in Rußland an. Diese Angaben gingen nur bis zum Jahre 1911, und dieses war nicht einmal vollständig erfaßt (11 Monate). Jetzt bringt Herr Kaufman in der „Retsch" die den kürzlich veröffentlichten offiziellen Statistiken entnommenen Daten für das ganze Jahr 1911 und für das Jahr 1912.

Es stellt sich heraus, daß die Zahl der Umsiedler gestiegen ist, wenn auch geringfügig: von 190000 (1911) auf 196500 im Jahre 1912. Die Zahl der Bittgänger hingegen ist stark angestiegen: von 36000 (1911) auf 58000 (1912).

Die Erklärung dieser Erscheinung macht uns das Fiasko der neuen Agrarpolitik noch deutlicher. Bisher kamen $^3/_4$ bis $^4/_5$ aller Umsiedler aus den Gouvernements Kleinrußlands und des zentralen Schwarzerdegebiets. Das ist das Zentrum Rußlands, wo die Reste der Leibeigenschaft am stärksten sind, wo der Arbeitslohn am niedrigsten ist und die Bauernmassen ein besonders schweres Leben haben.

Die verarmten, verelendeten, ausgehungerten Massen dieses Zentrums, des „Herzens" Rußlands, stürzten sich auf die Umsiedlung (1907–1909) und – stellten schließlich die 60 Prozent Rückkehrer, d. h. wurden noch ärmer und verbitterter.

Jetzt hat eine Welle von Umsiedlungen aus einem anderen Gebiet, nämlich dem Wolgagebiet, eingesetzt, von wo bisher ganz wenige Umsiedler kamen.

Woran liegt das?

* Siehe den vorliegenden Band, S. 48/49. *Die Red.*

An der „Mißernte", an der Hungersnot des Jahres 1911!!... Die Hungersnot hat ein neues Gebiet Rußlands erfaßt. Eine neue Welle vor dem Hunger nach Sibirien Flüchtender hat eingesetzt. Wir wissen schon jetzt, daß Sibirien nach den Bauern Zentralrußlands auch die Bauern des Wolgagebiets noch mehr ruinieren und verbittern wird.

Mit anderen Worten: Die Umsiedlungen nach Sibirien haben zunächst den Bauern Zentralrußlands und jetzt den Wolgabauern in der Praxis gezeigt, daß es auf diesem Wege keine Rettung geben kann.

Die „neue" Agrarpolitik, die einen Landstrich Rußlands nach dem andern, die Bauern eines Bezirks nach dem andern ruiniert, macht allmählich allen Bauern klar, daß die wirkliche Rettung nicht hier liegt.

Geschrieben am 4. (17.) Mai 1913.
Veröffentlicht am 9. Mai 1913 in der „Prawda" Nr. 105.
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE ARBEITERKLASSE UND DIE NATIONALE FRAGE

Rußland ist in nationaler Hinsicht ein buntscheckiges Land. Die Regierungspolitik, die Politik der Gutsbesitzer, die von der Bourgeoisie unterstützt werden, ist ganz und gar vom Nationalismus der Schwarzhunderter durchdrungen.

Diese Politik richtet ihre Spitze gegen die *Mehrzahl* der Völker Rußlands, die die *Mehrheit* seiner Bevölkerung bilden. Daneben aber erhebt der bürgerliche Nationalismus der anderen Nationen (der polnischen, jüdischen, ukrainischen, georgischen usw.) sein Haupt, der bestrebt ist, die Arbeiterklasse durch den nationalen Kampf beziehungsweise durch den Kampf für eine nationale Kultur von ihren großen internationalen Aufgaben *abzulenken*.

Die nationale Frage muß von allen klassenbewußten Arbeitern klar gestellt und entschieden werden.

Als die Bourgeoisie zusammen mit dem Volk, zusammen mit den Werktätigen um die Freiheit kämpfte, trat sie für die volle Freiheit und die volle Gleichberechtigung der Nationen ein. Fortgeschrittene Länder, wie die Schweiz, Belgien, Norwegen und andere, geben uns ein Beispiel, wie freie Nationen unter wirklich demokratischen Verhältnissen friedlich miteinander auskommen oder sich friedlich voneinander trennen.

Jetzt fürchtet die Bourgeoisie die Arbeiter und sucht ein Bündnis mit den Purischkewitsch, mit der Reaktion. Sie verrät den Demokratismus, unterstützt die Unterdrückung der Nationen, tritt gegen ihre Gleichberechtigung auf und demoralisiert die Arbeiter durch *nationalistische* Losungen.

Allein das Proletariat verteidigt heutzutage die wahre Freiheit der Nationen und die Einheit der Arbeiter aller Nationen.

Damit verschiedene Nationen frei und friedlich nebeneinander leben oder (wenn das für sie vorteilhafter ist) auseinandergehen und verschiedene Staaten bilden können, bedarf es eines vollständigen Demokratismus, wie er von der Arbeiterklasse vertreten wird. Keinerlei Privilegien für irgendeine Nation, für irgendeine Sprache! Nicht die geringste Beschränkung, nicht die geringste Ungerechtigkeit gegenüber einer nationalen Minderheit! – das sind die Prinzipien der proletarischen Demokratie.

Die Kapitalisten und Gutsbesitzer wollen um jeden Preis die Arbeiter der verschiedenen Nationen entzweien, aber die Mächtigen dieser Welt selbst kommen als Aktionäre „einträglicher" Millionen„geschäfte" (wie zum Beispiel der Lena-Goldfelder) großartig miteinander aus – Rechtgläubige wie Juden, Russen wie Deutsche, Polen wie Ukrainer, alle, die *Kapital* besitzen, beuten einträchtig die Arbeiter aller Nationen aus.

Die klassenbewußten Arbeiter kämpfen für die *völlige Einheit* der Arbeiter aller Nationen in sämtlichen Bildungs-, Gewerkschafts-, politischen und sonstigen Organisationen der Arbeiter. Überlassen wir es den Herren Kadetten, sich dadurch mit Schande zu bedecken, daß sie die Gleichberechtigung der Ukrainer ablehnen oder schmälern. Überlassen wir es der Bourgeoisie aller Nationen, sich an verlogenen Phrasen über nationale Kultur, über nationale Aufgaben usw. usf. zu ergötzen.

Die Arbeiter lassen sich durch keine wohlklingenden Reden über nationale Kultur oder „national-kulturelle Autonomie" auseinanderbringen. Die Arbeiter aller Nationen verteidigen einmütig, einträchtig, in gemeinsamen Organisationen, die volle Freiheit und die volle Gleichberechtigung – das Unterpfand einer wahrhaften Kultur.

Die Arbeiter schaffen in der ganzen Welt ihre eigene, internationale Kultur, die seit langem von den Kündern der Freiheit und Feinden der Unterdrückung vorbereitet wurde. Der alten Welt, der Welt der nationalen Unterdrückung, des nationalen Haders oder der nationalen Absonderung stellen die Arbeiter eine neue Welt, eine Welt der Einheit der Werktätigen aller Nationen entgegen, in der weder Platz ist für irgendein Privileg noch für die geringste Unterdrückung des Menschen durch den Menschen.

Geschrieben am 3. (16.) Mai 1913.
Veröffentlicht am 10. Mai 1913 in der „Prawda" Nr. 106.

Nach dem Text der „Prawda".

DER PARTEITAG DER „BRITISCHEN SOZIALISTISCHEN PARTEI"

Die „Britische Sozialistische Partei" wurde im Jahre 1911 in Manchester gegründet. Sie entstand aus der ehemaligen „Sozialdemokratischen Partei", die sich früher „Sozialdemokratische Föderation" nannte, und einigen Splittergruppen sowie Einzelpersonen wie Victor Grayson, einem sehr leidenschaftlichen, aber wenig prinzipienfesten und zu Phrasen neigenden Sozialisten.

In der Seestadt Blackpool fand vom 10. bis 12. Mai der zweite Parteitag der Britischen Sozialistischen Partei (BSP) statt. Anwesend waren nur 100 Delegierte, weniger als ein Drittel aller Delegierten, und dieser Umstand, zusammen mit dem erbitterten Kampf der Mehrzahl der Delegierten gegen die alte Parteiführung, machte auf außenstehende Beobachter einen bedrückenden Eindruck. Die bürgerliche Presse Englands aber bemüht sich (genauso wie die bürgerliche Presse Rußlands), Episoden besonders heftiger Auseinandersetzungen zwischen der Partei und ihrer Führung herauszufischen, auszumalen und in alle Welt zu posaunen.

Der bürgerlichen Presse geht es nicht um den *ideellen* Gehalt des Kampfes innerhalb des Sozialismus. Ihr genügt eine Sensation, ein möglichst pikantes Skandälchen . . .

Dabei war der Kampf innerhalb der BSP von sehr ernstem ideologischem Gehalt. An der Spitze der alten Führung stand einer der Begründer der Partei, Hyndman. Schon seit mehreren Jahren traf er in der so wichtigen Frage der Rüstungen und des Krieges Entscheidungen, ohne die Meinung der Partei zu beachten und sogar gegen die Partei. Hyndman hatte es sich in den Kopf gesetzt, daß England von seiten Deutschlands Vernichtung und Versklavung drohe und daß die Sozialisten deshalb die

Forderung nach einer „entsprechenden" (d. h. starken) Flotte zum Schutze Englands verteidigen müßten!

Die Sozialisten als Verfechter einer „starken" Flotte – und das in einem Land, dessen Flotte hilft, in schamlosester, mittelalterlicher Weise *dreihundert Millionen* Menschen in Indien, Dutzende Millionen in Ägypten und anderen Kolonien zu versklaven und auszubeuten.

Man kann verstehen, daß der englischen Bourgeoisie (den Konservativen wie den Liberalen) diese Schrulle Hyndmans gefiel. Man kann aber auch verstehen, daß sich die englischen Sozialdemokraten – das sei zu ihrer Ehre gesagt – mit dieser Schande und Gemeinheit nicht abgefunden, sondern leidenschaftlich dagegen gekämpft haben.

Das war ein langer und hartnäckiger Kampf; es gab Versuche, Kompromisse zu schließen, aber Hyndman war unverbesserlich. Als großes Plus für den englischen Sozialismus muß man die Tatsache werten, daß Hyndman auf dem geschilderten Parteitag aus der Führung ausscheiden mußte und die Parteiführung überhaupt zu $^3/_4$ neu besetzt wurde (von den 8 Mitgliedern wurden nur zwei wiedergewählt: Quelch und Irving).

Der Parteitag nahm eine Entschließung gegen die alte Führung an. Diese Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Der Parteitag beglückwünscht die französischen und deutschen Genossen zu ihrem energischen Kampf gegen die verstärkten Rüstungen in ihren Ländern und verpflichtet die Britische Sozialistische Partei als einen Bestandteil der internationalen sozialistischen Partei, der sich den in Stuttgart und später in Basel im Jahre 1912 angenommenen Resolutionen über den Krieg unterzuordnen hat, eine ebensolche Politik auch in Großbritannien zu betreiben, d. h. mit allen Kräften gegen das Anwachsen der Rüstungen zu kämpfen und die Verringerung der jetzigen ungeheuer hohen Rüstungsausgaben anzustreben."

Eine scharfe Entschließung. Doch man muß die Wahrheit aussprechen können, auch wenn sie hart ist. Die englischen Sozialdemokraten hätten das Recht verwirkt, gegen die Opportunisten der sogenannten „Unabhängigen" (vom Sozialismus unabhängigen, aber von den Liberalen abhängigen) „Arbeiterpartei" zu kämpfen, wenn sie sich nicht scharf gegen die nationalistischen Sünden ihrer eigenen Führung gewandt hätten.

Laßt die bürgerliche Presse über den inneren Kampf unter den Sozialdemokraten Gehässigkeiten und Lügen verbreiten. Die Sozialdemokraten halten sich nicht für Heilige; sie wissen, daß das Proletariat durch die es

umgebende Bourgeoisie nicht selten mit der einen oder anderen häßlichen Krankheit angesteckt wird – das ist unvermeidlich in der schmutzigen, abscheulichen kapitalistischen Gesellschaft. Aber die Sozialdemokraten verstehen es, ihre Partei durch offene und unerschrockene Kritik zu heilen. Und sie werden sie ganz gewiß auch in England auskurieren.

Geschrieben am 5. (18.) Mai 1913.
Veröffentlicht am 14. Mai 1913 in der „Prawda" Nr. 109.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der „Prawda".

WIRD DIE BAUERNSCHAFT WOHLHABENDER ODER VERARMT SIE?

Unter dieser Überschrift veröffentlichte ein beamteter Schreiberling, ein gewisser Herr J. P–w, in der offiziellen „Torgowo-Promyschlennaja Gaseta"[31] (Nr. 100) einen Artikel, in dem er natürlich zu beweisen sucht, daß die Bauernschaft wohlhabender wird und „zweifelsohne... mit jedem Jahr unablässig Fortschritte macht".

Höchst lehrreich ist, daß die vom Verfasser angeführten Daten *gerade das Gegenteil* besagen! Ein bezeichnender Beweis für die schamlosen Lügen der beamteten Schreiber und der offiziellen Zeitungen!

Welcherart sind nun die Daten des Verfassers? Zunächst muß gesagt werden, daß er keine genaue Quelle angibt. Deshalb dürfen wir keinen Augenblick glauben, daß der beamtete Schreiberling eine unbekannte Quelle aus erster Hand zitiert und richtig zitiert.

Nehmen wir aber für einen Augenblick an, daß er richtig zitiert.

„Einige Semstwos", schreibt er, „zum Beispiel das Moskauer, bedienen sich einer Enquete (Umfrage), um festzustellen, ob die Bauernschaft verarmt oder wohlhabender wird. Die örtlichen Semstwokorrespondenten geben summarische Antworten, die dann ausgewertet werden.

Das Ergebnis solcher langjährigen (6 Jahre lang durchgeführten) Untersuchungen", schreibt Herr J. P–w, „war für das zentrale Gebiet eine recht interessante Zusammenstellung, und zwar entfielen von 100 Antworten insgesamt"

auf Antworten, die besagen, daß der wirtschaftliche Wohlstand der Bauern:

im Jahre	steigt	sinkt	auf gleichem Niveau bleibt	insgesamt Antworten
1907	15	44	41	100
1908	8	53	39	100
1909	8	64	28	100
1910	21	34	45	100
1911	32	16	52	100
1912	38	15	47	100

Und da zieht nun der Schreiber der offiziellen Zeitung die Schlußfolgerung: „Die letzten drei Jahre ... zeigen ein unentwegtes Steigen des ökonomischen Niveaus der Bauernschaft, bei entsprechend sinkendem Prozentsatz in den Rubriken ‚sinkt' und ‚auf gleichem Niveau' ".

Schauen Sie sich die Zahlen aufmerksam an. In den ersten drei Jahren ein offensichtliches und starkes *Absinken*. In den letzten drei Jahren ein *Ansteigen*, das aber bedeutend geringer ist als das Absinken in den ersten drei Jahren!!

Herr J. P–w gibt selbst zu, daß diese Schwankungen „mit den Schwankungen der Ernten zusammenfallen".

Weshalb beschränkt er sich dann aber bei der *allgemeinen* Schlußfolgerung auf die drei Jahre mit guter Ernte und *vergißt* die drei Jahre mit schlechter Ernte? Wie würden wir einen Kaufmann nennen, der beim Bilanzziehen nur seinen Gewinn vorweisen, *die Verluste aber verschweigen* würde? Wir würden ihn einen Schwindler nennen, nicht wahr, Herr beamteter Schreiber der offiziellen Presse?

Führen wir diese einfache, aber für alle, außer für Schwindler, obligatorische Berechnung nicht nur der Gewinne, sondern auch der Verluste, nicht nur des Plus, sondern auch des Minus, nicht nur der guten Ernten, sondern auch der „Mißernten" durch. Dazu sind die Angaben über die 6 Jahre zu addieren und die Summe durch 6 zu dividieren (sehr kompliziert, Herr beamteter Publizist, nicht wahr?). Wir erhalten so den *Durchschnitt* aller sechs Jahre der Konterrevolution.

Dieser Durchschnitt sieht folgendermaßen aus. Von 100 Antworten waren: 20 günstig (die Bauern „werden wohlhabender"), 38 ungünstig (die Bauern „verarmen") und 42 mittelmäßig („auf gleichem Niveau").

Das ist das Fazit. Was aber hat es zu bedeuten?

Daß *die Bauernschaft verarmt und dem Ruin entgegengeht*. In den 6 Jahren der Konterrevolution betrug die Zahl der *un*günstigen Antworten im Verhältnis zu den günstigen im Durchschnitt *fast das Doppelte!!*

Diese Schlußfolgerung kann man, wenn man sie auf ganz Rußland anwendet und 20 Millionen Bauernfamilien annimmt, folgendermaßen veranschaulichen:

In den sechs Jahren sind 4 Millionen Bauernfamilien wohlhabender geworden, 7 600 000 Familien sind verarmt und 8 400 000 Familien sind auf dem früheren (d. h. elenden) Niveau stehengeblieben!

Und das in einer Zeit der Preiskonjunktur, wo die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie das Gold scheffelweise einstreichen.

Die Bauern werden sich sicher bei der Gutsbesitzerduma und der Gutsbesitzerregierung bedanken und ihnen ihren Segen erteilen.

Geschrieben am 10. (23.) Mai 1913.
Veröffentlicht am 16. Mai 1913 in der „Prawda" Nr. 111.
Unterschrift: F.

Nach dem Text der „Prawda".

DAS RÜCKSTÄNDIGE EUROPA UND DAS FORTGESCHRITTENE ASIEN

Die Gegenüberstellung dieser Worte scheint paradox. Wer weiß denn nicht, daß Europa fortgeschritten, Asien dagegen rückständig ist? Aber die Worte, die wir als Überschrift für diesen Artikel gewählt haben, enthalten eine bittere Wahrheit.

Im zivilisierten und fortgeschrittenen Europa mit seiner glänzend entwickelten Technik, mit seiner reichen, vielseitigen Kultur und seinen Verfassungen ist ein Zeitpunkt in der Geschichte eingetreten, wo die herrschende Bourgeoisie aus Furcht vor dem wachsenden und erstarkenden Proletariat alles Rückständige, Absterbende, Mittelalterliche unterstützt. Die untergehende Bourgeoisie verbindet sich mit allen überlebten Kräften, um die ins Wanken geratene Lohnsklaverei zu erhalten.

Im fortgeschrittenen Europa herrscht eine Bourgeoisie, die alles Rückständige unterstützt. Europa ist heute nicht *dank* der Bourgeoisie, sondern *trotz* der Bourgeoisie fortgeschritten, denn einzig und allein das Proletariat vergrößert immer mehr das Millionenheer der Kämpfer für eine bessere Zukunft, einzig und allein das Proletariat hält die schonungslose Feindschaft gegen Rückständigkeit, Barbarei, Privilegien, Knechtung und Erniedrigung des Menschen durch den Menschen wach und verbreitet sie.

Im „fortgeschrittenen" Europa ist *nur* das Proletariat eine *fortgeschrittene* Klasse. Die heutige Bourgeoisie aber ist zu jeder Barbarei, zu jeder Bestialität und jedem Verbrechen bereit, um die untergehende kapitalistische Sklaverei zu erhalten.

Und schwerlich kann man ein treffenderes Beispiel für diese Fäulnis der *gesamten* europäischen Bourgeoisie anführen als die Unterstützung, die sie um der eigennützigen Zwecke der Finanzhyänen und der kapitalistischen Gauner willen der *Reaktion* in Asien gewährt.

Überall in Asien wächst, verbreitet sich und erstarkt eine mächtige

demokratische Bewegung. Die Bourgeoisie geht dort *noch* mit dem Volk gegen die Reaktion. *Hunderte* Millionen Menschen erwachen zum Leben, zum Licht, zur Freiheit. Welche Begeisterung löst diese Weltbewegung in den Herzen aller klassenbewußten Arbeiter aus, die wissen, daß der Weg zum Kollektivismus über die Demokratie führt! Von welcher Sympathie für das junge Asien sind alle ehrlichen Demokraten erfüllt!

Und das „fortgeschrittene" Europa? Es raubt China aus und hilft den Feinden der Demokratie, den Feinden der Freiheit in China!

Hier ein einfaches, aber lehrreiches kleines Rechenexempel. Der neue chinesische Anleihevertrag ist *gegen* die chinesische Demokratie abgeschlossen worden: „Europa" ist *für* Yüan Schi-kai, der eine Militärdiktatur vorbereitet. Warum ist es für ihn? Wegen eines vorteilhaften Geschäftchens. Die Anleihe wurde in Höhe von rund 250 Millionen Rubel zum Kurs von 84 Prozent vereinbart. Das bedeutet: Die Bourgeois „Europas" *zahlen* den Chinesen 210 Millionen; vom Publikum aber nehmen sie 225 Millionen Rubel. Das gibt auf einen Schlag, in wenigen Wochen, einen Reingewinn von *15 Millionen Rubel!* Nicht wahr, was ist das doch in der Tat für ein *„reiner"* Gewinn?

Wenn aber das chinesische Volk die Anleihe nicht anerkennt? China ist doch eine Republik, und die Mehrheit des Parlaments ist *gegen* die Anleihe?

Oh, dann wird das „fortgeschrittene" Europa ein Geschrei über „Zivilisation", „Ordnung", „Kultur" und „Vaterland" erheben! Dann wird es *Kanonen* auffahren lassen und die Republik des „rückständigen" Asiens im Bunde mit dem Abenteurer, Verräter und Freund der Reaktion Yüan Schi-kai erdrosseln!

Das ganze herrschende Europa, die gesamte europäische Bourgeoisie steht *im Bunde* mit allen Kräften der Reaktion und des Mittelalters in China.

Dafür besitzt das ganze junge Asien, das heißt die Hunderte Millionen von Werktätigen in Asien, einen zuverlässigen Verbündeten im Proletariat aller zivilisierten Länder. Keine Macht der Welt wird seinen Sieg aufhalten können, der sowohl die Völker Europas als auch die Völker Asiens befreien wird.

Geschrieben am 10. (23.) Mai 1913.
Veröffentlicht am 18. Mai 1913 in der „Prawda" Nr. 113.

Nach dem Text der „Prawda".

GAR NICHT GUT!

(Noch einmal den Lesern des „Lutsch"
und der „Prawda" zur Beachtung)

In Nr. 102 der „Prawda"* lenkte ich die Aufmerksamkeit der Genossen Leser auf das Feuilleton im „Lutsch" Nr. 93 und 94.

Ich verglich dieses Feuilleton mit den *zu gleicher Zeit* in der „Prawda" veröffentlichten Artikeln „Strittige Fragen"**. Ich sagte: Die „Prawda" gibt dem Leser in diesen Artikeln Tatsachen und Dokumente zur Lösung der strittigen organisatorischen und taktischen Fragen in die Hand, während der „Lutsch" in dem genannten Feuilleton Klatsch und persönliche Ausfälle bringt, die den Arbeitern nicht helfen, den Streit zu verstehen, sondern ihnen nur den Kopf verwirren.

Ich sagte, das Feuilleton urteile über die Männer des Jahres 1905 in dem gleichen Ton wie die Presse der erschrockenen Gutsbesitzer und der über die Arbeiter erbosten Liberalen.

Der „Lutsch" schickte gegen mich den Arbeiter German vor. Der Arbeiter German ist ein sehr resoluter Mensch und nicht auf den Mund gefallen. Deshalb beschimpfte er mich sehr heftig. Ich wolle „die Genossen Leser irreführen", ich sage „die offensichtliche Unwahrheit", und nichts von dem, was ich sage, habe es in Wirklichkeit gegeben. Nachdem er mich auf diese Weise einer ganzen Reihe von Verbrechen beschuldigt hat, zählt der Arbeiter German die Titel einer Reihe von Artikeln aus dem „Lutsch" auf und schließt damit seinen Artikel.

Schön und gut! Was ist aber nun mit dem im „Lutsch" erschienenen Feuilleton, von dem ich wirklich sprach und das ich zitierte? Der Arbeiter German *erwähnt* es in seinem ganzen Artikel *mit keinem einzigen Wort,*

* Siehe den vorliegenden Band, S. 59–61. *Die Red.*

** Siehe den vorliegenden Band, S. 133–143. *Die Red.*

er versucht auch nicht, die sachliche Richtigkeit der von mir zitierten Worte zu bestreiten, er setzt der von mir gegebenen Einschätzung, daß dieses Feuilleton für die Arbeiterpresse unzulässig ist, nichts entgegen. Wie ist das zu verstehen? Sie beschimpfen mich, guter Mann, was das Zeug hält, können aber nicht nur kein einziges Wörtchen von dem, was ich über das „Lutsch"-Feuilleton gesagt habe, widerlegen, sondern versuchen es nicht einmal.

War in Nr. 93 und 94 das Feuilleton, von dem ich schrieb? – Jawohl. Mit welchem Recht können Sie also schreiben, daß „es in Wirklichkeit nichts dergleichen gegeben hat"?

Strotzt dieses Feuilleton von Klatsch und Gezänk an Stelle einer sachlichen Analyse der Meinungsverschiedenheiten? Sie haben es nicht gewagt, auch nur ein Wörtchen dagegen zu sagen! Mit welchem Recht also verdächtigen Sie mich, „die Genossen irreführen" zu wollen?

Haben Sie sich überhaupt überlegt, was Sie schreiben? Haben Sie daran gedacht, daß Sie, wenn Sie einen Mitarbeiter einer Arbeiterzeitung der „offensichtlichen Unwahrheit" bezichtigen sowie der Absicht, „die Leser irrezuführen", bereit sein müssen, Rede und Antwort zu stehen – nicht mir, sondern all denen, die für die „Prawda" einstehen, d. h. den Arbeitern, die sie lesen?

Sie haben es übernommen, den „Lutsch" vor der von mir erhobenen Beschuldigung zu schützen, daß das Feuilleton in Nr. 93 und 94 nicht die strittigen Fragen erläutere, sondern den Lesern den Kopf mit Klatsch und „persönlichen Anspielungen" vollpfropfe. Zu diesem Zweck veröffentlichten Sie in den Spalten ebendesselben „Lutsch" eine Reihe unbegründeter Beschuldigungen und offenkundiger Verleumdungen (der „Leser" [d. h. ich] will die Genossen Leser irreführen), d. h., Sie taten gerade das, was ich dem „Lutsch" wegen des Feuilletons in Nr. 94 vorwarf. *Mit Ihrem Artikel haben Sie die von mir gegen den „Lutsch" vorgebrachte Beschuldigung bekräftigt* und nicht widerlegt.

Jetzt werden Sie vielleicht sagen: Alles das kommt von meiner Unerfahrenheit. Schön und gut! Aber Ihren Artikel hat doch die Redaktion durchgesehen. Weshalb hat die Redaktion Sie nicht gewarnt? Weshalb hat sie Ihnen nicht gesagt, daß Sie, wenn Sie mich beschuldigen wollen, in erster Linie meine Worte über die von mir angeführten Tatsachen widerlegen müssen, nicht aber diese Tatsachen durch erneutes Schweigen um-

gehen dürfen? Weshalb? – Offenbar deshalb, weil die Redaktion wußte, daß alles, was ich über das Feuilleton in Nr. 93 und 94 gesagt habe, wahr ist, weil sie wußte, daß man mich nicht widerlegen kann. Und deshalb wurden Sie von ihr vorgeschickt, um einfach zu schimpfen, d. h., die Redaktion wiederholte wiederum ihre Methode, die ich ihr ja gerade im ersten Artikel vorgeworfen habe.

Meinen Sie, der Sie mit „Arbeiter" zeichnen, daß Sie in den Händen der Redaktion des „Lutsch" eine gute Rolle gespielt haben?

„Prawda" Nr. 114,
19. Mai 1913.
Unterschrift: Ein Leser

Nach dem Text der „Prawda".

GUTSHERRLICHE FLURBEREINIGUNG

In der Haushaltsdebatte der IV. Reichsduma gab es, wie immer, unmäßig viel Geschwätz. Sowohl die Bemühungen Markows 2, Kokowzow ein Bein zu stellen, als auch die Bemühungen Kokowzows, den fronherrschaftlichen Charakter „unserer" Politik und unseres Haushalts mit Phrasen zu „zerreden", sowie die Bemühungen der Kadetten, das vertrauensselige Publikum glauben zu machen, Kokowzow habe es „für nötig befunden", in der IV. Duma *gerade mit den Kadetten* „zu rechnen" – all das ist langweiliges, abgedroschenes, heuchlerisches Geschwätz.

Aber in diesem vielen Geschwätz gibt es einzelne Körnchen Wahrheit. Die Markow, Kokowzow und Schingarjow gaben sich alle Mühe, sie möglichst gut zu verstecken. Es lohnt sich, sie ans Tageslicht zu ziehen.

„Ich verweilte so lange bei der Frage der Flurbereinigung", rief Kokowzow am 13. Mai aus, „weil darin wirklich die ganze Lösung des Rätsels über Rußlands Zukunft enthalten ist ..."

Nicht über die „ganze" Lösung und nicht über die „Zukunft" überhaupt soll man reden, sondern über die Zukunft des Systems vom 3. Juni, des Systems der Allmacht der „Bürokratie" und der fronherrlichen Gutsbesitzer. Bei der *alten* Ordnung im Dorf können *wir* die Macht nicht aufrechterhalten – so entschieden diese Gutsbesitzer, durch bittere Erfahrungen belehrt. Um die Macht zu erhalten, müssen wir die Umwandlung des alten Dorfes in ein bürgerliches Dorf auf unsere Art vollziehen. Das ist der Kern und das Wesen der „Frage der Flurbereinigung".

„Ob es der Regierung gelingen wird, das zu tun, ob sie (die Flurbereinigung) all den Nutzen bringen wird, den sowohl die Regierung als auch die gesetzgebenden Körperschaften im Auge haben", fährt der Minister fort, „das wird die Zukunft zeigen ..."

Die Zukunft wird *alles* enthüllen und *alles* zeigen, das steht außer Zweifel. Sie wird die *Ergebnisse* der Anstrengungen der Fronherren und der Anstrengungen des an der Spitze der Demokratie marschierenden Proletariats zeigen. Aber die Zahlen des (nach kadettischem Maßstab)

„ernst zu nehmenden" Herrn Kokowzow zeigen rein gar nichts. Die Zahl der Anträge auf Flurbereinigung nimmt rasch zu – begeistert sich Kokowzow und begeistern sich die Rechten in der Duma. Solche Anträge gab es 1907 – 221 000, 1908 – 385 000, 1909 – 711 000, 1910 – 651 000, 1911 – 683 000, 1912 – 1 183 000, insgesamt – 3 834 000.

Eine „Bereinigung" indes erfolgte für 1 592 000 Höfe.

So sehen die ministeriellen „Beweise" und die Materialien zur Beurteilung der Zukunft aus.

An *demselben* 13. Mai aber brachte das „Nowoje Wremja", ein Organ der *Regierung*, die Daten der 1911 vom Semstwo im Kreis Samara durchgeführten Hofzählung. Die Zahl derjenigen, denen Land überschrieben wurde, erreichte in diesem Kreis fast 40 Prozent – das heißt mehr als den Durchschnitt in ganz Rußland. Also ein für die Regierung höchst „günstiger" Kreis.

Und was stellte sich heraus? Von all diesen Bauern sind *weniger als drei von hundert* (2,9 %) echte Einzelhofbesitzer; nur 1/16 (6,5 %) hat Sonderland erhalten, während *mehr als neun Zehntel* (90,6 %) Streuländereien besitzen!!

Neun Zehntel dieser Bauern wirtschaften wie vorher auf Streuländereien. Die Bedingungen für die Bewirtschaftung haben sich sogar *verschlechtert*, weil die Dorfgemeinde *früher* die Gemengelage durch häufige Neuverteilungen wenigstens etwas „korrigieren" konnte.

In insgesamt 4 Jahren hat bereits *ein Drittel* des in Privateigentum übergegangenen Bodens seinen Besitzer gewechselt. Die Verdrängung von Grund und Boden nimmt zu, noch rascher aber die Verelendung der Bauern, immer größer wird die Vermengung der Bodenstücke. Die unglaubliche Not im Dorf wächst. Die Hungersnöte nehmen zu. Immer größer wird die Zahl der von ihrem Boden verdrängten Bauern, der reinen Proletarier. Immer mehr wächst die Zahl der bettelarmen „Auch-Bauern", die durch die berüchtigte gutsherrliche Flurbereinigung in der alten Knechtschaft und Gemengelage *gefangen* sind.

Offenkundig kann die *gutsherrliche* Flurbereinigung der *bäuerlichen* Ländereien diese Knechtschaft nicht beseitigen. Sie könnte nur durch eine Flurregelung auf breiter demokratischer Grundlage beseitigt werden.

Geschrieben am 16. (29.) Mai 1913.
Veröffentlicht am 21. Mai 1913 in der „Prawda" Nr. 115.

Nach dem Text der „Prawda".

RÜSTUNGEN UND KAPITALISMUS

England ist eines der reichsten, freiesten und fortgeschrittensten Länder der Welt. Schon seit langem hat das Rüstungsfieber die englische „Gesellschaft" und die englische Regierung ergriffen – genauso wie die französische, deutsche usw.

Und nun bringt die englische Presse – besonders die Arbeiterpresse – äußerst interessante Angaben, die den raffinierten kapitalistischen Rüstungs„mechanismus" zeigen. England rüstet besonders stark zur See. Englands Schiffswerften (Vickers, Armstrong, Brown u. a.) haben Weltruf. Hunderte und Tausende Millionen Rubel werden von England und anderen Ländern für Kriegsvorbereitungen ausgegeben – selbstverständlich geschieht das alles ausschließlich im Interesse des Friedens, im Interesse der Erhaltung der Kultur, im Interesse des Vaterlands, der Zivilisation usw.

Als Aktionäre und Direktoren der Schiffswerften, der Pulver-, Dynamit- und Geschützfabriken usw. aber sehen wir Admirale und prominenteste Staatsmänner Englands aus beiden Parteien: der konservativen wie der liberalen. Ein goldener Regen fließt direkt in die Taschen der bürgerlichen Politiker, die eine verschworene internationale Bande bilden, die die Völker zu einem Rüstungswettbewerb aufstachelt und diese vertrauensseligen, törichten, stumpfen und unterwürfigen Völker *schert*, wie man Schafe schert!

Die Rüstungen gelten als nationale Angelegenheit, als patriotische Angelegenheit; man müßte also annehmen, daß alle streng das Geheimnis wahren. Doch die Schiffswerften und Geschützfabriken, die Dynamit- und Gewehrfabriken sind *internationale Unternehmen*, in denen Kapitalisten

verschiedener Länder einträchtig das „Publikum" der verschiedenen Länder betrügen und bis aufs Hemd ausplündern, indem sie Schiffe oder Kanonen gleichermaßen für England gegen Italien und für Italien gegen England bauen.

Ein raffinierter kapitalistischer Mechanismus! Zivilisation, Ordnung, Kultur, Frieden – und Raub von Hunderten Millionen Rubel durch die Geschäftemacher und Industrieritter des Schiffbau-, Dynamit- und sonstigen Kapitals!

England gehört der Tripelentente an, die dem Dreibund feind ist. Italien gehört dem Dreibund an. Die bekannte Firma Vickers (England) hat *Zweigwerke* in Italien. Die Aktionäre und Direktoren dieser Firma wiegeln (durch käufliche Zeitungen und durch käufliche Parlaments-„politiker", ganz gleich ob von den Konservativen oder Liberalen) England gegen Italien auf und umgekehrt. Und den Profit nehmen sie sowohl von den Arbeitern Englands als auch von den Arbeitern Italiens, sie plündern das Volk hier wie dort aus.

Die konservativen und die liberalen Minister und Parlamentsmitglieder sind fast alle Teilhaber dieser Firmen. Eine Hand wäscht die andere. Ein Sohn des „großen" liberalen Ministers Gladstone ist Direktor der Firma Armstrong. Konteradmiral Bacon, ein prominenter Marinefachmann und höher englischer Beamter, tritt bei einer Geschützfabrik in Coventry in Dienst und bekommt ein Gehalt von 7000 Pfund Sterling (über 60 000 Rubel), während der englische Premierminister 5000 Pfund (etwa 45 000 Rubel) erhält.

Das gleiche geschieht selbstverständlich in allen kapitalistischen Ländern. Die Regierungen sind Sachwalter der Kapitalistenklasse. Sachwalter werden gut bezahlt. Die Sachwalter sind selbst Teilhaber. Die Schäfchen aber werden gemeinsam geschoren, während man große Reden über „Patriotismus" schwingt...

Geschrieben am 16. (29.) Mai 1913.
Veröffentlicht am 21. Mai 1913 in der „Prawda" Nr. 115.
Unterschrift: Fr.

Nach dem Text der „Prawda".

HILFLOSIGKEIT UND KONFUSION

(Notiz)

Der Zerfall und die Auflösung unter den heutigen Sozialdemokraten und „Beinahe-Sozialdemokraten" haben nicht nur äußere Ursachen (Verfolgungen usw.), sondern auch *innere*. Sehr viele der alten „namhaften Funktionäre" sind völlig durcheinandergeraten, haben von der neuen Lage der Dinge (dem konterrevolutionären Charakter des Systems vom 3. Juni) rein gar nichts begriffen und stiften durch ihr hilfloses „Hin-und-her-Pendeln", heute nach links, morgen nach rechts, eine heillose Verwirrung in allem, was sie in die Hand nehmen.

Ein Musterbeispiel für diese Konfusion, Hilflosigkeit und Verwirrung ist der Artikel von A. Wlassow in Nr. 109 (195) des „Lutsch".

In A. Wlassows Artikel ist kein einziger durchgehender Gedanke, kein einziges lebendiges Wort zu finden. Er ist ein einziges Durcheinander und ein hilfloses Hinter-den-Liquidatoren-Herhinken bei gleichzeitigen ohnmächtigen Bemühungen, sich von ihnen abzugrenzen. Es stimmt nicht, daß unsere Partei „früher" mancherorts „ohne die Arbeiter" entstand, oder daß „die illegale Arbeit sich meistenteils (!!?) in abstrakter (!?) Propagierung der Ideen des Sozialismus erschöpfte". Die Geschichte der alten „Iskra" (1900–1903), die das Programm und die Grundlagen der Taktik der Partei ausgearbeitet hat, widerlegt das völlig. Es stimmt nicht, daß die Aufgabe der Partei jetzt in „legaler *Arbeit* (!!?), bei geheimer Organisation" besteht. A. Wlassow hat überhaupt nicht begriffen, worin das Liquidatorische der Losung „Kampf für die legale Partei" besteht, obwohl das in der „Prawda" Nr. 108 (312) zum zehntenmal auf sehr populäre Art erläutert worden ist.

Es ist nicht wahr, daß die „Prawda" den Rat gibt, „die Arbeit der alten

Parteiorganisation zum Vorbild zu nehmen". „Man muß, wenn auch kurz, den Charakter der Tätigkeit dieser (neuen) Illegalität, d. h. die Taktik, umreißen", sagt A. Wlassow mit ergötzlicher Wichtigtuerei („wir Praktiker"!). Die Partei hat *bereits* im Dezember 1908[32] *ihre* Taktik und ihre Organisation „umrissen" (und im Jahre 1912[33] und 1913[34] bestätigt und erläutert), indem sie klar als *„Vorbild"* die alten Aufgaben und die *neuen* Formen der Vorbereitung aufzeigte. Wenn A. Wlassow das bisher nicht begriffen hat, so mag er sich selbst die Schuld geben: Ihm ist es beschieden, Bruchstücke der Theorien der Liquidatoren nachzuplappern, mit denen übrigens keineswegs wegen der „Organisationsfrage" der Streit entbrannt ist.

Geschrieben am 16. (29.) Mai 1913.
Veröffentlicht am 21. Mai 1913 in der „Prawda" Nr. 115.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der „Prawda".

ENTWURF EINER PLATTFORM ZUM IV. PARTEITAG DER SOZIALDEMOKRATIE LETTLANDS[35]

Der revolutionäre Aufschwung der Arbeiterbewegung in Rußland, die Verschärfung der politischen Krise im Lande, der in mehr oder weniger ferner Zukunft bevorstehende Ausbruch einer Wirtschaftskrise, die Schwankungen und die Zerfahrenheit in vielen sozialdemokratischen Gruppen und Zirkeln – all das veranlaßt die klassenbewußten lettischen Arbeiter, ihre Genossen aufzufordern, sich gründlich auf den einberufenen IV. Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands vorzubereiten und sorgfältig die Aufgaben zu erörtern, vor denen die revolutionäre Sozialdemokratie gegenwärtig steht.

Eine Gruppe von Mitgliedern verschiedener Organisationen der lettischen Sozialdemokratie unterbreitet allen sozialdemokratischen Organisationen als Diskussionsgrundlage die folgende *Plattform* ihrer Ansichten über die wichtigsten prinzipiellen Fragen, die die Existenz und die ganze Richtung der Tätigkeit unserer sozialdemokratischen Arbeiterpartei betreffen, und insbesondere über jene Fragen, die vom heutigen Zentralkomitee der lettischen Sozialdemokratie hartnäckig ignoriert oder unserer Überzeugung nach falsch entschieden werden.

EINSCHÄTZUNG DER POLITISCHEN LAGE UND DER ALLGEMEINEN TAKTISCHEN AUFGABEN DER SOZIALDEMOKRATIE

Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß die Herrschaft der Konterrevolution unter den Sozialdemokraten einen tiefgehenden ideologischen Verfall und Schwankungen in den Ansichten hervorgerufen hat. Überall

begegnet man Sozialdemokraten, von denen, nach dem treffenden Ausdruck des Gen. An[36] (in Nr. 95 des „Lutsch"), „der eine hierhin, der andere dorthin" treibt. In der sozialdemokratischen Presse werden solche Ansichten laut wie: Die Arbeiter sollen sich nicht auf die Revolution vorbereiten, die Revolution nicht erwarten, die demokratische Revolution sei beendet u. dgl. m. Auf solche Ansichten, die keine einzige verantwortliche Gruppe oder Organisation der SDAPR je bestimmt, genau und formell dargelegt hat, gründen nichtsdestoweniger die sogenannten Liquidatoren („Nascha Sarja" und „Lutsch"), die vom derzeitigen ZK der Sozialdemokratie Lettlands unterstützt werden, stets und ständig alle ihre taktischen Betrachtungen.

In der Presse dieser Richtung stoßen wir bei jedem Schritt bald auf Hinweise auf den prinzipiellen Unterschied zwischen der gegenwärtigen Staatsordnung Rußlands und der Staatsordnung vor dem Oktober (als ob wir bereits keiner Revolution zur Eroberung der Grundlagen der politischen Freiheit mehr bedürften), bald auf Vergleiche der heutigen Taktik der Sozialdemokraten Rußlands mit der Taktik der europäischen Sozialdemokraten unter konstitutionellen Verhältnissen, z. B. der Österreicher und der Deutschen in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts (als ob es in Rußland bereits eine Verfassung gäbe, wie es Miljukows Meinung entspricht), bald auf die Losung einer legalen Arbeiterpartei und der Koalitionsfreiheit (eine nur dann verständliche Losung, wenn im Lande die allgemeinen Grundlagen und Pfeiler der politischen Freiheit und eine bürgerliche Verfassung vorhanden sind) und so weiter und so fort.

Unter solchen Verhältnissen auf eine genaue Festlegung der taktischen Aufgaben der Sozialdemokratie und auf die Einschätzung der politischen Lage zu verzichten oder eine solche Festlegung und Einschätzung aufzuschieben heißt nicht nur, Prinzipienlosigkeit, Verfall, Verzagtheit und Kleingläubigkeit nicht bekämpfen, sondern den Verfall geradezu fördern, heißt indirekt an der Unterstützung von Ansichten teilnehmen, durch welche die alten, revolutionären Parteibeschlüsse der Sozialdemokratie liquidiert werden.

Indessen hat die SDAPR eine genaue parteioffizielle Antwort auf diese aktuellen und grundlegenden Fragen gegeben, und zwar in der Resolution vom Dezember 1908, die für die gesamte Partei bindend und von niemandem aufgehoben worden ist.

Die seit der Annahme dieser Resolution verflossenen Jahre haben ihre Richtigkeit vollauf bestätigt – so ihren Hinweis auf die Veränderungen im Charakter der Selbstherrschaft, auf die konterrevolutionäre Natur des Liberalismus usw. wie auch ihre Schlußfolgerung, daß die Selbstherrschaft, wenn auch in erneuerter Gestalt, weiterhin existiert, daß die Verhältnisse, die die Revolution von 1905 hervorgerufen haben, nach wie vor wirken, daß die sozialdemokratische Partei vor den *alten Aufgaben* steht, die eine revolutionäre Lösung und eine revolutionäre Taktik verlangen. Die in den Beschlüssen derselben Konferenz der SDAPR (Dezember 1908) unbedingt geforderte Ausnutzung der Dumatribüne und *aller* legalen Möglichkeiten muß *vollständig* im Geiste dieser revolutionären Taktik und *um* der alten revolutionären Aufgaben der SDAPR *willen* erfolgen.

Deshalb schlagen wir allen sozialdemokratischen Organisationen vor, diese Resolution, die übrigens von der Januarkonferenz der SDAPR 1912 bestätigt wurde, noch einmal aufmerksam zu erörtern und *vom Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands zu fordern*, daß er *diese Resolution ausdrücklich bestätigt.*

Wir lenken die besondere Aufmerksamkeit aller Genossen auf das nicht parteimäßige Vorgehen der (liquidatorischen) Augustkonferenz „sozialdemokratischer Organisationen" 1912, die die Frage der Einschätzung der gegenwärtigen Lage und der Festlegung der allgemeinen taktischen Aufgaben von der Tagesordnung absetzte und damit (unter dem Vorwand, die „Prognose" der Revolution sei unbewiesen usw.) jeder Art von *Verleugnung der revolutionären Aufgaben* Tür und Tor öffnete.

Wir protestieren insbesondere gegen den „Bund", der auf der Augustkonferenz eine so große Rolle spielte und der auf seiner IX. Konferenz in dieser Verleugnung der revolutionären Aufgaben so weit ging, die Losung der demokratischen Republik und der Konfiskation der Gutsbesitzerländereien aufzuheben!

DIE FRAGE DER EINHEIT DER SDAPR

Je breiter sich der ökonomische und politische Kampf der Arbeiter entfaltet, desto deutlicher spüren diese die Notwendigkeit der Einheit. Ohne Einheit der Arbeiterklasse kann ihr Kampf keinen Erfolg haben.

Worin besteht die Einheit? Offenbar in der *Einheit der sozialdemokratischen Partei.* Alle lettischen sozialdemokratischen Arbeiter gehören der sozialdemokratischen Partei an und wissen sehr gut, daß diese Partei illegal, unterirdisch ist, daß es eine andere Partei nicht gibt und nicht geben kann.

Deshalb kann man sich denn auch eine *andere* Verwirklichung der Einheit *in der Tat* (und nicht in Worten) als ihre Verwirklichung von unten her, durch die Arbeiter selbst, in ihren illegalen Parteiorganisationen, gar nicht vorstellen.

Der Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands muß eben diese Forderung der Einheit, die unter anderem 1913 in der Februarberatung beim Zentralkomitee der SDAPR erhoben wurde, *ausdrücklich anerkennen.*

Wenn der „Lutsch" *einen solchen* Appell zur Einheit mit Spott über die „Leninsche Partei" aufgenommen hat, wenn der „Bund" (in Gestalt der „jüdischen Funktionäre der Arbeiterbewegung") diesen Appell abgelehnt hat, so haben damit sowohl die Leute vom „Lutsch" als auch die Bundisten ihre Zugehörigkeit zu den Liquidatoren *bewiesen.*

Die lettischen sozialdemokratischen Arbeiter, die die illegale Partei nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat anerkennen, werden sich von den legalen Deklamationen für die Einheit nicht betrügen lassen. Wer die Einheit will, der trete der illegalen Partei bei!

DIE STELLUNG ZUM LIQUIDATORENTUM

Die Frage des Liquidatorentums, die zuerst in den Beschlüssen der Partei und in der im Ausland erscheinenden Presse aufgeworfen wurde, ist jetzt allen klassenbewußten Arbeitern Rußlands zur Beurteilung vorgelegt worden. Auch die lettischen sozialdemokratischen Arbeiter müssen dafür sorgen, daß es in dieser Frage keine Ausflüchte und keine Ausreden gibt, daß sie klar gestellt, allseitig erörtert und in bestimmter Weise entschieden wird.

Genug der Märchen, nach denen die Liquidatoren die legale Bewegung organisieren und lenken. Diese Märchen sind durch *Tatsachen* widerlegt,

die bewiesen haben, daß die Parteitreuen, die Antiliquidatoren, die unbedingten Anhänger der Illegalität, auf *allen* Gebieten der legalen Bewegung *unvergleichlich stärker* sind als die Liquidatoren.

Das Liquidatorentum ist die Verneinung oder Herabsetzung der Illegalität, d. h. der illegalen (einzig bestehenden) Partei. Nur die illegale Partei arbeitet eine *revolutionäre* Taktik aus und trägt sie sowohl durch die illegale *als auch durch die legale* Presse in die Massen.

Die von niemandem aufgehobenen, für jedes Parteimitglied bindenden Beschlüsse der SDAPR vom Dezember 1908 und Januar 1910 haben gerade diesen Inhalt des Liquidatorentums ganz klar und exakt bestimmt und es kategorisch verurteilt.

Dennoch fahren die „Nascha Sarja" und der „Lutsch" fort, eine liquidatorische Propaganda zu betreiben. In Nr. 15 (101) des „Lutsch" erklärten sie die wachsende Sympathie der Arbeiter für die Illegalität für *betrüblich*. In Nr. 3 der „Nascha Sarja" (März 1913) hat der Verfasser dieses Artikels (L. Sedow) sein Liquidatorentum *noch mehr* unterstrichen. Das hat *sogar An* im „Lutsch" (Nr. 95) zugegeben!! Die Redaktion des „Lutsch" aber *verteidigt* in ihrer Antwort an An *den Liquidator Sedow*.

Die lettischen sozialdemokratischen Arbeiter müssen um jeden Preis erreichen, daß der Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands *das Liquidatorentum der „Nascha Sarja" und des „Lutsch" entschieden verurteilt*. Die Haltung dieser Organe hat die Richtigkeit der von der Februarberatung beim ZK der SDAPR 1913 angenommenen Resolution über das Liquidatorentum vollauf bestätigt und bestätigt sie jeden Tag aufs neue.

DIE FRAGE DER UNTERSTÜTZUNG DER LIQUIDATORENKONFERENZ UND DES LIQUIDATORISCHEN ORGANISATIONSKOMITEES DURCH DAS ZENTRALKOMITEE DER SOZIALDEMOKRATIE LETTLANDS

Das jetzige ZK der Sozialdemokratie Lettlands behauptet, es unterstütze die Augustkonferenz und das OK *nicht* als Institutionen der Liquidatoren, sondern *um der Einheit* der SDAPR *willen*.

Eine solche Antwort kann jedoch nur Kinder befriedigen, die lettischen sozialdemokratischen Arbeiter aber sind keine Kinder.

Die Veranstalter der Augustkonferenz haben *selbst* sowohl Plechanow als auch die Gruppe „Wperjod"[37] eingeladen. Weder Plechanow noch die Gruppe „Wperjod" haben an der Januarkonferenz teilgenommen, das heißt, sie haben durch die Tat und nicht nur in Worten ihre *Neutralität* im Kampf der Richtungen *bewiesen.*

Und was haben diese neutralen Sozialdemokraten erklärt? Plechanow und Alexinski haben die Augustkonferenz ausdrücklich als liquidatorisch bezeichnet. Die Resolutionen dieser Konferenz beweisen vollauf ihren liquidatorischen Charakter. Der „Lutsch", der erklärt hat, daß er sich den Beschlüssen der Augustkonferenz anschließe, betreibt eine liquidatorische Propaganda.

Wem folgen die sozialdemokratischen Arbeiter Rußlands?

Das haben die Wahlen in der Arbeiterkurie für die Duma und die Daten über die Arbeiterpresse gezeigt.

In der II. Duma hatten die Bolschewiki 47 Prozent der Arbeiterkurie (11 Abgeordnete von 23), in der III. Duma 50 Prozent (4 von 8) und in der IV. Duma 67 Prozent (6 von 9) hinter sich. Die Arbeiterpresse der Antiliquidatoren (die „Prawda" und die Moskauer Zeitung) wurde von 1199 Arbeitergruppen unterstützt, gegenüber 256 Arbeitergruppen, die den „Lutsch" unterstützten.

Das heutige ZK der Sozialdemokratie Lettlands unterstützt also – im Namen der lettischen revolutionären sozialdemokratischen Arbeiter – die Liquidatoren *gegen* die offenkundige Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter Rußlands!

Diesem Zustand muß ein Ende gemacht werden. Wir alle sind für die Illegalität und für eine revolutionäre Taktik. Wir müssen das ZK der SDAPR, das diese Taktik durchführt und hinter dem die überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter Rußlands, *sowohl* in der illegalen *als auch* in der legalen Bewegung, steht, unterstützen.

DIE NATIONALE FRAGE

Diese Frage verlangt sowohl vom allgemein-prinzipiellen Standpunkt des Sozialismus als auch in praktisch-organisatorischer Hinsicht (Aufbau

unserer eigenen Partei) gebieterisch ihre Erörterung und Lösung durch sämtliche sozialdemokratischen Organisationen.

Die Augustkonferenz der Liquidatoren vom Jahre 1912 hat – wie selbst der neutrale Menschewik Plechanow feststellt – das Programm der SDAPR im Sinne einer *„Anpassung des Sozialismus an den Nationalismus" verletzt.*

In der Tat, diese Konferenz hat auf Vorschlag der Bundisten die Losung der „national-kulturellen Autonomie" entgegen dem Beschluß des II. Parteitags für zulässig erklärt.

Diese Losung (die in Rußland *von allen bürgerlichen* Parteien des jüdischen Nationalismus unterstützt wird) widerspricht dem *Internationalismus* der Sozialdemokratie. Als Demokraten sind wir unbedingt gegen jegliche, selbst die geringste Unterdrückung irgendeiner Nationalität, gegen jegliche Privilegien der einen oder anderen Nationalität. Wir fordern als Demokraten die freie Selbstbestimmung der Nationen *in der politischen Bedeutung* dieses Wortes (siehe das Programm der SDAPR), d. h. die Freiheit der Lostrennung. Wir fordern unbedingte *Gleichberechtigung* aller Nationen im Staat und unbedingten Schutz der Rechte jeder nationalen Minderheit. Wir fordern weitgehende Selbstverwaltung und Autonomie der einzelnen Gebiete, die unter anderem auch nach nationalen Merkmalen abzugrenzen sind.

Alle diese Forderungen sind für jeden konsequenten Demokraten und um so mehr für jeden Sozialisten obligatorisch.

Doch die Sozialisten beschränken sich nicht auf allgemein-demokratische Forderungen. Die Sozialisten *kämpfen* gegen alle und jedwede Erscheinungsformen des *bürgerlichen Nationalismus*, gegen die plumpen wie gegen die raffinierten. Gerade eine solche Erscheinungsform ist eben die Losung der „national-kulturellen Autonomie", die das Proletariat und die Bourgeoisie *einer* Nation *vereinigt* und die Proletarier der *verschiedenen* Nationen voneinander *trennt*.

Die Sozialdemokraten standen stets und stehen auf dem Standpunkt des *Internationalismus*. Wenn wir die Gleichberechtigung aller Nationalitäten gegen die Fronherren und den Polizeistaat schützen, so treten wir nicht für die *„nationale Kultur"*, sondern für die *internationale* Kultur ein, in die von jeder nationalen Kultur nur ein Teil eingeht, näm-

lich nur das, was konsequent demokratisch und sozialistisch in einer jeden nationalen Kultur ist.

Die Losung der „national-kulturellen Autonomie" täuscht die Arbeiter mit dem Trugbild der kulturellen Einheit der einzelnen Nationen, während in Wirklichkeit in jeder Nation gegenwärtig die gutsherrliche, bürgerliche oder kleinbürgerliche „Kultur" überwiegt.

Wir sind gegen die nationale Kultur als eine der Losungen des bürgerlichen Nationalismus. *Wir sind für die internationale Kultur des konsequent demokratischen und sozialistischen Proletariats.*

Die Einheit der Arbeiter *aller* Nationalitäten bei vollständiger Gleichberechtigung der Nationalitäten und konsequentestem Demokratismus des Staates – das ist unsere Losung, wie es auch die Losung der gesamten internationalen revolutionären Sozialdemokratie ist. Diese wahrhaft proletarische Losung erzeugt kein verlogenes Trugbild und keine Illusion über die „nationale" Einheit des Proletariats und der Bourgeoisie, während die Losung der „national-kulturellen Autonomie" unvermeidlich ein solches Trugbild erzeugt und unter den Werktätigen eine solche Illusion weckt.

Uns lettischen Sozialdemokraten, die wir in einem Gebiet mit einer national besonders stark gemischten Bevölkerung leben, uns, die wir von den Vertretern des bürgerlichen Nationalismus der Letten, Russen, Esten, Deutschen usw. umgeben sind – uns ist die bürgerliche Verlogenheit der Losung der „national-kulturellen Autonomie" besonders klar. Uns ist die in unserer sozialdemokratischen Organisation praktisch bereits erprobte Losung der *Einheit* aller und jedweder Organisationen der Arbeiter *aller* Nationalitäten besonders teuer.

Die Losung der „national-kulturellen Autonomie" wird nicht selten mit dem Hinweis auf Österreich gerechtfertigt. Demgegenüber muß man im Auge behalten, daß erstens der Standpunkt des führenden österreichischen Theoretikers auf dem Gebiet der nationalen Frage, Otto Bauer (in seinem Buch „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie"), selbst von einem so vorsichtigen Schriftsteller wie K. Kautsky als eine *Überschätzung* des nationalen und *völlige Vernachlässigung* des internationalen Moments bezeichnet worden ist (siehe K. Kautsky: „Nationalität und Internationalität", eine russische Übersetzung liegt vor); zweitens, daß bei uns bis jetzt *nur* die Bundisten im Verein mit sämtlichen bürgerlichen jüdischen

Parteien für die „national-kulturelle Autonomie" eingetreten sind, während *sowohl* Bauer *als auch* Kautsky sich *nicht* für die nationale Autonomie der Juden *aussprechen* und Kautsky (ebenda) direkt erklärt, daß die Juden Osteuropas (Galiziens und Rußlands) eine *Kaste* und keine Nation seien; drittens, daß sich auch das Brünner Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie (1899)[38] *nicht* restlos für die exterritoriale (personelle) nationale Autonomie erklärt, sondern nur bis zur Forderung eines Bundes aller nationalen Gebiete einer Nation innerhalb des ganzen Staates geht (§ 3 des Brünner Programms); viertens, daß auch dieses offenkundig kompromißlerische (und vom Standpunkt des Internationalismus unbefriedigende) Programm in Österreich selbst ein *völliges Fiasko* erlitten hat, denn der Kompromiß führte nicht zum Frieden, sondern zog die Abspaltung der tschechischen Separatisten nach sich; fünftens, daß diese auf dem Kopenhagener Kongreß von der ganzen Internationale einstimmig verurteilten tschechischen Separatisten erklären, daß der Separatismus der Bundisten ihnen nahestehe (siehe „Der Čechoslavische Sozialdemokrat" *Nr.* 3, Organ der Separatisten, das man aus *Prag*, Hybernská 7, gratis beziehen kann); sechstens, daß Bauer selbst die Einheit der politischen sozialdemokratischen *Lokal*organisationen der verschiedenen Nationalitäten fordert. Bauer selbst hält den „nationalen Aufbau" der österreichischen Partei, der sie jetzt zur *völligen* Spaltung geführt hat, für widerspruchsvoll und unhaltbar.

Mit einem Wort, der Hinweis auf Österreich spricht *gegen* die Bundisten und nicht *für* sie.

Die Einheit von unten, die vollständige Einheit und Verschmelzung der sozialdemokratischen Arbeiter aller Nationalitäten in sämtlichen örtlichen Arbeiterorganisationen – das ist unsere Losung. Nieder mit der bürgerlichen, betrügerischen und kompromißlerischen Losung der „national-kulturellen Autonomie"!

Auch beim Aufbau unserer Partei sind wir *gegen* die Föderation, sind wir für die *Einheit* der örtlichen (und nicht nur der zentralen) Organisationen der Sozialdemokraten aller Nationen.

Der Parteitag muß sowohl die Losung der national-kulturellen Autonomie als auch das föderative Prinzip beim Aufbau der Partei ablehnen. Die lettischen Sozialdemokraten müssen, ähnlich wie die polnischen Sozialdemokraten und ähnlich, wie es die Sozialdemokraten des Kauka-

sus während der ganzen Periode von 1898 bis 1912 (während voller 14 Jahre der Parteigeschichte) getan haben, dem sozialdemokratischen Internationalismus die Treue bewahren.

Geschrieben im Mai 1913,
vor dem 25. (7. Juni).

Zuerst veröffentlicht in lettischer Sprache in der Zeitung „Ciņas Biedrs" (Der Kampfgenosse) Nr. 4.

In russischer Sprache zuerst veröffentlicht 1929 in der 2.–3. Ausgabe der Werke W. J. Lenins, Band XVII.

Nach dem Manuskript.

ÜBER DIE LIBERALE UND DIE MARXISTISCHE AUFFASSUNG VOM KLASSENKAMPF

Notiz

Der Liquidator A. Jermanski überschüttet mich in der „Nascha Sarja" mit einem ungeheuren Schwall böser Worte, weil ich an dem Standpunkt, den er (und Guschka) in der Frage der politischen Rolle der großen Industrie- und Handelsbourgeoisie einnimmt, Kritik geübt habe („Proswestschenije" Nr. 5–7).*

Herr Jermanski versucht, durch zänkische Angriffe und Erinnerungen an früher zugefügte „Kränkungen" (einschließlich der „Kränkung", die Herrn Dan und Co. zugefügt wurde, die 1907 vergeblich versucht hatten, die sozialdemokratische Organisation in St. Petersburg zu spalten) den wirklichen Kern der Frage zu *vertuschen*.

Aber wir werden es dennoch nicht zulassen, daß Herr Jermanski den Kern des jetzigen Streits durch Erinnerungen an unverdiente Kränkungen und Niederlagen der Liquidatoren vertuscht. Denn der jetzige Streit betrifft eine sehr wichtige prinzipielle Frage, die bei tausend verschiedenen Anlässen immer wieder von neuem auftaucht.

Es ist dies die Frage der liberalen Verfälschung des Marxismus, der Ersetzung der marxistischen, revolutionären Auffassung vom Klassenkampf durch die liberale Auffassung. Wir werden nicht müde werden, diese ideologische Grundlage aller Auseinandersetzungen der Marxisten mit den Liquidatoren zu erläutern.

Herr A. Jermanski schreibt:

„Der ‚Marxist' Iljin ist auf keinen Fall bereit, in der Tätigkeit der industriellen Organisationen einen Klassenkampf ‚in gesamtnationalem (teilweise sogar internationalem) Maßstab' zu sehen, wie ich (Jermanski) sie in meinem Artikel

* Siehe Werke, Bd. 18, S. 42–59. *Die Red.*

gekennzeichnet habe. Warum? Weil hier ‚das Hauptmerkmal des *Gesamt*nationalen und des *Gesamt*staatlichen fehlt – die Frage der Staatsmacht'..." („Nascha Sarja", S. 55.)

Da haben wir die Darlegung des *Kerns* der Frage durch eben den A. Jermanski, der alles mögliche und unmögliche tut, um diesen Kern zu umgehen! Mag er mich noch so sehr der Entstellung seiner Ansichten und aller Todsünden zeihen, mag er sich noch so sehr winden und sich dabei sogar hinter den Erinnerungen an die Spaltung von 1907 verschanzen – die Wahrheit kommt doch an den Tag.

Meine These ist also klar: Das Hauptmerkmal des Gesamtnationalen ist die Frage der Staatsmacht.

Sie teilen diese Auffassung nicht, mein erzürnter Widersacher? Sie meinen nicht, daß dies die einzige marxistische Auffassung ist?

Warum sagen Sie das dann nicht offen? Warum stellen Sie einer falschen Auffassung nicht die richtige entgegen? Wenn die Behauptung, daß das Hauptmerkmal des Gesamtnationalen die Frage der Staatsmacht ist, Ihrer Meinung nach nur Marxismus in Anführungszeichen ist, weshalb widerlegen Sie dann nicht meinen Fehler, weshalb legen Sie nicht klar und deutlich, ohne Umschweife, *Ihre* Auffassung vom Marxismus dar?

Die Antwort auf diese Frage wird dem Leser klarwerden, wenn wir die Erwägungen des Herrn A. Jermanski anführen, die *unmittelbar* auf die bereits zitierten folgen.

„Iljin möchte, daß die russische Großbourgeoisie ihren Klassenkampf anders führt, daß sie unbedingt eine Veränderung der gesamten Staatsordnung anstrebt. Iljin möchte, aber die Bourgeoisie möchte nicht – und daran ist natürlich der ‚Liquidator' Jermanski schuld, der ‚die Auffassung vom Klassenkampf im Sinne von Marx durch die *liberale* Auffassung vom Klassenkampf ersetzt'."

Da haben Sie vollständig die ganze Tirade des Herrn Jermanski, die uns Gelegenheit gibt, den nach Ausflüchten suchenden Liquidator *auf frischer Tat* zu ertappen.

Die Ausflucht liegt auf der Hand.

Habe ich als „Hauptmerkmal" des Gesamtnationalen das Richtige genannt oder nicht?

Herr A. Jermanski selbst mußte zugeben, daß ich gerade diesen Kern der Sache genannt habe.

Und Herr Jermanski versucht der Antwort auszuweichen, weil er fühlt, daß er ertappt ist!

Der „ertappte" Herr Jermanski, der die Frage nach der Richtigkeit oder Unrichtigkeit des von mir genannten Hauptmerkmals umgeht, springt über diese Frage hinweg zu der Frage, was Iljin und was die Bourgeoisie „möchte". Mögen aber die Sprünge des Herrn Jermanski noch so kühn und noch so verwegen sein, er wird durch sie nicht verheimlichen können, daß er ertappt ist.

Was soll hier das „Mögen", mein werter Opponent, wenn der Streit um die *Auffassung* vom Klassenkampf geht?! Sie selbst mußten zugeben, daß ich Ihnen die Ersetzung der marxistischen *Auffassung* durch die liberale Auffassung vorwerfe und daß ich das „Hauptmerkmal" der *marxistischen* Auffassung genannt habe, die die Frage der Staatsmacht in den gesamtnationalen Klassenkampf mit einbezieht.

Herr A. Jermanski ist ein so ungeschickter, wenn auch aufgebrachter Polemiker, daß er *an Hand seines eigenen Beispiels* anschaulich den Zusammenhang zwischen dem Liquidatorentum im allgemeinen und seinen, Jermanskis, Fehlern im besonderen und der liberalen Auffassung vom Klassenkampf zeigte!

Die Frage des Klassenkampfes ist eine der Grundfragen des Marxismus. Deshalb lohnt es sich, gerade auf den *Begriff* vom Klassenkampf ausführlicher einzugehen.

Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf.[39] Bekanntlich haben die in den Ideen des Liberalismus befangenen Opportunisten diese bedeutsamen Worte von Marx falsch verstanden und verzerrt interpretiert. Zu den Opportunisten gehörten beispielsweise die „Ökonomisten", die älteren Brüder der Liquidatoren. Die „Ökonomisten" meinten, daß jeder beliebige Zusammenstoß zwischen den Klassen schon ein politischer Kampf sei. Die „Ökonomisten" erkannten daher als „Klassenkampf" den Kampf für einen Aufschlag von 5 Kopeken je Rubel an, ohne den höheren, entwickelten, gesamtnationalen *politischen Klassen*kampf sehen zu wollen. Die „Ökonomisten" erkannten also die Keimformen des Klassenkampfes an, verneinten ihn jedoch in seiner entfalteten Form. Die „Ökonomisten" erkannten, anders ausgedrückt, im Klassenkampf nur das an, was vom Standpunkt der liberalen Bourgeoisie am ehesten erträglich war, während sie sich weigerten, weiter zu gehen als die Liberalen, sich weigerten, den

höheren, den für die Liberalen unannehmbaren Klassenkampf anzuerkennen. Die „Ökonomisten" wurden damit zu Vertretern einer liberalen Arbeiterpolitik. Die „Ökonomisten" sagten sich damit von der marxistischen, der revolutionären Auffassung vom Klassenkampf los.

Weiter. Nicht genug damit, daß der Klassenkampf nur dann echt, konsequent, entfaltet ist, wenn er den Bereich der Politik erfaßt. Auch in der Politik kann man sich entweder auf unbedeutende Einzelfragen beschränken oder in die Tiefe gehen, bis auf den Grund. Der Marxismus erkennt den Klassenkampf *erst* dann als voll entfaltet, als „gesamtnational" an, wenn er nicht nur die Politik, sondern in der Politik auch das Wesentlichste: die Frage der Staatsmacht, erfaßt.

Der Liberalismus dagegen wagt es schon nicht mehr, den Klassenkampf zu leugnen, wenn die Arbeiterbewegung etwas stärker geworden ist, sucht aber den Begriff des Klassenkampfes einzuengen, zu stutzen, zu kastrieren. Der Liberalismus ist bereit, den Klassenkampf auch auf dem Gebiet der Politik anzuerkennen, allerdings unter der einen Bedingung, daß die Frage der Staatsmacht *nicht* mit einbezogen wird. Man begreift unschwer, welchen Klasseninteressen der Bourgeoisie diese liberale Entstellung des Begriffs vom Klassenkampf entspringt.

Als sich nun Herr Jermanski bei der Darlegung der Arbeit des gemäßigten und akkuraten Beamten Guschka mit diesem solidarisch erklärte, *ohne* die liberale Kastrierung des Begriffs „Klassenkampf" *zu bemerken* (oder ohne sie bemerken zu wollen?), da wies ich Herrn Jermanski auf diese seine grundlegende theoretische und allgemein-prinzipielle Sünde hin. Herr A. Jermanski wurde ärgerlich und begann zu schimpfen, sich zu drehen und zu wenden, ohne imstande zu sein, meinen Hinweis zu widerlegen.

Dabei war Herr A. Jermanski in der Polemik so täppisch, daß er sich selbst besonders anschaulich entlarvte! „Iljin möchte, aber die Bourgeoisie möchte nicht", schreibt er. Jetzt wissen wir, welche Besonderheiten des proletarischen Standpunkts (des Marxismus) und des bürgerlichen Standpunkts (des Liberalismus) diese Differenzen im „Mögen" hervorrufen.

Die Bourgeoisie „möchte" den Klassenkampf stutzen, die Auffassung von ihm entstellen und einengen, ihm die Spitze *nehmen*. Das Proletariat „möchte", daß dieser Schwindel aufgedeckt wird. Der Marxist möchte, daß derjenige, welcher es unternimmt, im Namen des Marxismus über

den Klassenkampf der Bourgeoisie zu reden, die Beschränktheit, zudem noch *egoistische* Beschränktheit, der bürgerlichen *Auffassung* vom Klassenkampf *entlarvt* und nicht nur Zahlen anführt, sich nicht nur an „hohen" Zahlen begeistert. Der Liberale „möchte" bei der Beurteilung der Bourgeoisie und ihres Klassenkampfes dessen Beschränktheit *verschweigen*, das Nichteinbeziehen des „Grundlegenden" und Wesentlichsten in diesen Kampf *verschweigen*.

Herr A. Jermanski ist dabei ertappt worden, daß er über die interessanten, aber von Herrn Guschka gedankenlos oder sklavisch zusammengetragenen Zahlen *liberale* Erwägungen anstellte. Begreiflicherweise blieb Herrn A. Jermanski, als das aufgedeckt wurde, nichts anderes übrig, als zu schimpfen und Ausflüchte zu machen.

Setzen wir das Zitat aus Herrn A. Jermanskis Artikel noch fort, dort, wo wir es unterbrochen haben:

„Es ist klar, daß es hier in Wirklichkeit ausschließlich Iljin ist, der die Untersuchung der wirklichen Sachlage durch seine Qualifizierungen ersetzt, noch dazu (!!) durch schablonenhafte Schulbeispiele aus der Geschichte der großen französischen Revolution."

Herr A. Jermanski hat sich so sehr verheddert, daß er sich immer erbarmungsloser „zugrunde richtet"! Er merkt nicht, wie sehr er mit diesem boshaften Angriff auf die „Schablonen" der großen französischen Revolution seinen Liberalismus entlarvt und enthüllt!

Lieber Herr Jermanski, begreifen Sie doch (so schwer es einem Liquidator auch fallen mag), daß man „die wirkliche Sachlage" nicht „untersuchen" kann, *ohne* sie entweder auf marxistische oder liberale oder reaktionäre Art u. dgl. m. *zu qualifizieren*, zu beurteilen!

Die „Untersuchung" des guten Beamten Guschka qualifizierten und qualifizieren Sie, Herr Jermanski, auf liberale Weise, ich aber auf marxistische. Das ist des Pudels Kern. Dadurch, daß Sie in Ihrer kritischen Analyse *unmittelbar vor* der Frage der Staatsmacht haltmachten, haben Sie die liberale Beschränktheit *Ihrer* Auffassung vom Klassenkampf *bewiesen*.

Das war es, was es zu beweisen galt.

Ihr Angriff gegen die „Schablone" der großen französischen Revolution verrät Sie ganz und gar. Denn jeder begreift, daß es hier gar nicht um die Schablone und nicht um das französische Muster geht – Streiks von

großem Ausmaß zum Beispiel, besonders politische, gab es *damals*, unter den Bedingungen der „Schablone und des Musters", nicht und konnte es nicht geben.

Es geht darum, daß Sie, seitdem Sie Liquidator geworden sind, es verlernt haben, die gesellschaftlichen Ereignisse vom *revolutionären* Standpunkt aus zu beurteilen. Da liegt der Hund begraben! Marx beschränkte sein Denken keineswegs auf die „Schablonen und Muster" des ausgehenden 18. Jahrhunderts, sondern nahm immer einen revolutionären Standpunkt ein, indem er den Klassenkampf immer so *gründlich* wie möglich *beurteilte* („qualifizierte", wenn Ihnen, werter Herr Jermanski, ein „gelehrtes" Wort besser gefällt!), indem er stets zeigte, ob dieser das „Grundlegende" berührt, indem er stets erbarmungslos jede Zaghaftigkeit des Denkens, jede Verschleierung des unentwickelten, kastrierten, um eigennütziger Zwecke willen entstellten Klassenkampfes geißelte.

Ende des 18. Jahrhunderts zeigte uns der Klassenkampf, wie er zu einem politischen Kampf wird, wie er wirklich „gesamtnationale" Formen annimmt. Seitdem hat sich der Entwicklungsstand sowohl des Kapitalismus als auch des Proletariats gewaltig verändert. Die „Schablonen" des Alten werden niemanden daran hindern können, beispielsweise die neuen *Formen* des Kampfes zu studieren, die ich zum Teil schon oben erwähnte.

Doch der Standpunkt eines Marxisten wird stets eine gründliche, nicht oberflächliche „Beurteilung" verlangen, wird stets die Erbärmlichkeit der *liberalen* Entstellungen, Halbheiten und feigen Verschleierungen aufdecken.

Wir gratulieren Herrn A. Jermanski zu der selbstlosen und famosen Erläuterung dessen, wie die Liquidatoren die marxistische Auffassung vom Klassenkampf durch die liberale ersetzen, da sie es verlernt haben, die gesellschaftlichen Erscheinungen vom revolutionären Standpunkt aus zu betrachten.

„Proswescheschtschenije" Nr. 5,
Mai 1913.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text des
„Proswescheschtschenije".

DIE FABRIKANTEN ÜBER DIE ARBEITERSTREIKS

I

In der Druckerei P. P. Rjabuschinskis in Moskau ist ein interessantes Buch mit dem Titel „Die Vereinigung der Werkbesitzer und Fabrikanten des Moskauer Industriebezirks im Jahre 1912" (Moskau 1913) erschienen. Ein Preis ist nicht angegeben. In den Handel mögen die Herren Fabrikanten ihre Veröffentlichungen nicht geben.

Juli Petrowitsch Goujon, der Präsident der Vereinigung, der am 30. März dieses Jahres die Jahresversammlung der Vereinigung eröffnete, begrüßte die Industriellen „zum Beginn des siebenten Geschäftsjahres" ihrer Organisation und brachte zum Ausdruck, daß die Herren Industriellen „sich durch ihre Einheit eine Vorstellung von der Macht der Industriellenkorporation gemacht haben, mit der man rechnen muß". „Heute muß die Festigung des Prestiges dieser Macht die Hauptaufgabe der neuen Mitglieder der Vereinigung sein", sagte Herr Goujon.

Wie man sieht, keine sehr kluge Rede – so hätte etwa ein Militärschreiber sprechen können –, dafür aber voller Ambitionen.

Schauen wir uns die Abschnitte des Buches an, in denen Fakten angeführt werden. Mehr als ein Drittel des Buches (S. 19–69) nimmt ein den *Streiks* gewidmeter Abschnitt ein. Die Gesamtzahl der Arbeiter, die im Jahre 1912 gestreikt haben, wird von den Herren Industriellen folgendermaßen errechnet:

Arten der Streiks	Zahl der streikenden Arbeiter	
	1912	1911
Wirtschaftliche Streiks	**207 720**	**96 730**
Davon:		
in der Metallindustrie	64 200	17 920
in der Textilindustrie	90 930	51 670
in den sonstigen Industriezweigen	52 590	27 140
Politische Streiks	**855 000**	**8 380**
Davon:		
anläßlich der Lenaereignisse	215 000	
Maifeiern	300 000	
politische Streiks im Herbst	340 000	
Insgesamt	**1 062 720**	**105 110**

Es ist leicht zu erkennen, daß die Angaben der Herren Industriellen zu *niedrig* sind. Doch wir wollen uns vorläufig nicht dabei aufhalten (weggelassen ist der Lenastreik von sechstausend Arbeitern, denn die Lenagoldfelder unterliegen nicht der Beaufsichtigung durch die Fabrikinspektion), sondern uns die Statistik der Fabrikanten näher ansehen.

Die Zahl der Arbeiter, die im Jahre 1912 gestreikt haben, macht *mehr als die Hälfte* aller Arbeiter Rußlands aus, nämlich 51,7%. Davon nahmen an wirtschaftlichen Streiks *ein Zehntel* der Arbeiter (10,1%), an politischen aber *vier Zehntel* (41,6%) teil.

„Charakteristisch für das verflossene Jahr", schreiben die Herren Fabrikanten, „war das ungewöhnliche Anwachsen der Zahl der politischen Streiks, die den normalen Verlauf der Arbeit immer wieder unterbrachen und die gesamte Industrie in gespanntem Zustand hielten." Es folgt eine Aufzählung der bedeutendsten Streiks der zweiten Hälfte des Jahres: im August – in Riga gegen den Entzug des Wahlrechts für die Arbeiter; im September – in Warschau anläßlich der Ereignisse bei den Zwangsarbeitern in Kutomara; im Oktober – in Petersburg anläßlich der Kassation der Bevollmächtigtenwahlen, in Reval zum Gedenken an die Ereignisse des Jahres 1905, in Petersburg anläßlich des berüchtigten Urteils gegen die Matrosen der Kriegsflotte; im November – in Petersburg anläßlich des Sewastopoler Urteils und am Tage der Eröffnung der Duma, ferner ein Streik aus Anlaß des zweiten Jahrestages des Todes von Leo Tolstoi; im

Dezember – in Petersburg anläßlich der Ernennung von Arbeitern für die Versicherungseinrichtungen. Die Herren Fabrikanten ziehen hieraus den Schluß:

„Die Häufigkeit der aufeinanderfolgenden Proteststreiks, die ungewöhnliche Vielfalt und das unterschiedliche spezifische Gewicht der Motive, die die Arbeiter zur Arbeitsniederlegung veranlaßten, zeugen nicht nur von einer starken Verdichtung der politischen Atmosphäre, sondern auch von einem Nachlassen der Fabrik- und Werkdisziplin." Es folgen die üblichen Drohungen mit „strengen Maßnahmen": Geldstrafen, Abschaffung der Prämien, Aussperrungen. „Die Interessen der vaterländischen Produktion", erklären die Fabrikanten, „erfordern dringend die Hebung der Werkdisziplin auf das Niveau, auf dem sie in den westeuropäischen Ländern steht."

Die Herren Fabrikanten möchten die „Disziplin" auf „westliches" Niveau heben, wollen aber von einer ebensolchen Hebung der „politischen Atmosphäre" nichts wissen . . .

Die Angaben darüber, wie sich die Streikenden auf die einzelnen Bezirke und Industriezweige verteilen und welche Erfolge sie errungen haben, lassen wir für die folgenden Artikel.

II

Die Angaben der Moskauer Fabrikantenvereinigung über die Verteilung der 1912 streikenden Arbeiter auf die einzelnen Bezirke und Produktionszweige sind sehr schlecht ausgearbeitet. Überhaupt hätte es unseren Millionären nichts geschadet, wenn sie sich bei der Abfassung des Buches und der Überprüfung der Tabelle wenigstens von einem Gymnasiasten hätten helfen lassen. Rechenfehler und Ungereimtheiten springen in die Augen, vergleicht man z. B. die Angaben auf den Seiten 23, 26 und 48. Über die Kultur und das „Prestige der Macht" der Kaufleute reden sie gern, aber selbst die einfachste Arbeit leidlich auszuführen sind sie nicht imstande.

Nachstehend die von den Fabrikanten veröffentlichte Statistik der Streiks – *nur der wirtschaftlichen Streiks* – für das ganze Jahr 1912 und für die letzten 7 Monate desselben Jahres nach Bezirken:

Bezirke	Im ganzen Jahr 1912		In den letzten 7 Monaten des Jahres 1912	
	Zahl der streikenden Arbeiter	Zahl der ausgefallenen Arbeitstage (in 1000)	Zahl der streikenden Arbeiter	Zahl der ausgefallenen Arbeitstage (in 1000)
Moskau	60 070	799,2	48 140	730,6
St. Petersburg	56 890	704,8	35 390	545,7
Baltikum	18 950	193,5	13 210	153,6
Süden	23 350	430,3	22 195	427,6
Königreich Polen	21 120	295,7	12 690	249,9
Insgesamt	180 380	2 423,5	131 625	2 107,4

Ein Blick auf die den Süden betreffenden Zahlen genügt, um zu sehen, wie untauglich, d. h. äußerst unvollständig die Statistik der Fabrikanten ist. Zuverlässiger sind offenbar die Angaben über die letzten 7 Monate des Jahres 1912, denn hier (und nur hier) wird im einzelnen gesagt, wie sich die Streikenden nach Bezirken, nach den wichtigsten Industriezweigen und den Streikergebnissen verteilen.

Die Angaben nach Bezirken zeigen uns, daß die Petersburger Arbeiter auch im ökonomischen Kampf (ganz zu schweigen vom politischen) allen Arbeitern Rußlands vorangehen. Die Zahl der Streikenden im Bezirk St. Petersburg (35 000 in den letzten 7 Monaten des Jahres 1912) beträgt etwa $^3/_4$ derjenigen im Bezirk Moskau (48 000), wobei in diesem Bezirk die Zahl der Fabrikarbeiter *fast viermal* so hoch ist wie im Bezirk St. Petersburg. Im Königreich Polen gibt es etwas mehr Arbeiter als im Bezirk St. Petersburg, aber die Zahl der Streikenden betrug im Vergleich zu St. Petersburg nur ca. ein Drittel.

In Moskau muß man natürlich die schlechtere Konjunktur (d. h. die Marktverhältnisse) in der Textilindustrie berücksichtigen, aber in Polen waren $^2/_3$ der Teilnehmer an wirtschaftlichen Streiks Textilarbeiter, und wir werden unten sehen, daß diese Textilarbeiterstreiks in Polen besonders erfolgreich waren.

Die Petersburger Arbeiter haben also im Jahre 1912 die Arbeiter des übrigen Rußlands bis zu einem gewissen Grade in die ökonomische Bewegung hineingezogen.

Anderseits stehen in bezug auf die *Hartnäckigkeit* der Streiks der Süden

und Polen an erster Stelle: Hier entfallen auf je einen Streikenden 19 ausgefallene Tage, während es in Petersburg und Moskau 15 (im Baltikum 12) sind. In Rußland insgesamt entfallen auf jeden Streikenden im Durchschnitt 16 Streiktage. Die Herren Verfasser der Fabrikantenstatistik geben für das ganze Jahr 1912 die Zahl von 13,4 Tagen an. Folglich haben in der zweiten Hälfte des Jahres die Beharrlichkeit der Arbeiter und die Hartnäckigkeit ihres Kampfes noch weiter zugenommen.

Die Statistik zeigt ferner die *wachsende Beharrlichkeit* der Arbeiter im Streikkampf. In den Jahren 1895–1904 betrug die durchschnittliche Dauer der Streiks je Arbeiter 4,8 Tage, im Jahre 1909 – 6,5 Tage, im Jahre 1911 – 7,5 Tage (8,2 Tage ohne die politischen Streiks) und im Jahre 1912 – 13,4 Tage.

Somit hat das Jahr 1912 gezeigt, daß die *Beharrlichkeit* der Arbeiter im ökonomischen Kampf *zunimmt* und daß der Zahl der Streikenden nach – verglichen mit der Zahl der Arbeiter – Petersburg an erster Stelle steht.

Im nächsten Artikel werden wir die Angaben über die Streikerfolge untersuchen.

III

Nach der Statistik der Fabrikanten verteilen sich die Arbeiter, die im Jahre 1912 gestreikt haben (wirtschaftliche Streiks), folgendermaßen auf die Produktionszweige:

	Im ganzen Jahr 1912		In den letzten 7 Monaten des Jahres 1912	
Produktionszweige	Zahl der streikenden Arbeiter	Zahl der ausgefallenen Arbeitstage (in 1000)	Zahl der streikenden Arbeiter	Zahl der ausgefallenen Arbeitstage (in 1000)
Metallarbeiter	57 000	807,2	40 475	763,3
Textilarbeiter	85 550	1025,8	66 590	930,6
Sonstige	37 830	590,5	24 560	413,5
Insgesamt	180 380	2423,5	131 625	2107,4

Hier fallen die außerordentliche Unvollständigkeit der Fabrikantenstatistik und die unglaubliche Nachlässigkeit in ihrer Bearbeitung noch mehr ins Auge: Die Summe der Streikenden in den ersten fünf Monaten (79 970) und in den letzten sieben Monaten ergibt 211 595, und nicht 180 000 oder 207 000!

Die Herren Fabrikanten beweisen selber, daß sie die Zahl der Streikenden *zu niedrig angeben.*

Die Metallarbeiter stehen an erster Stelle sowohl in bezug auf das Verhältnis der Zahl der Streikenden zur Gesamtzahl der Arbeiter als auch in bezug auf die Dauer der Streiks: Auf einen streikenden Metallarbeiter entfallen 18 Streiktage, auf einen Textilarbeiter 14 und auf einen Streikenden in den übrigen Zweigen 16 Tage. Wie wir sehen, entheben die besseren Marktverhältnisse in der Metallindustrie die Arbeiter keineswegs der Notwendigkeit, um jeden Pfennig Lohnerhöhung zu kämpfen!

Was die Streikergebnisse betrifft, so erklärt die Statistik der Fabrikanten, daß das Jahr 1912 für die Arbeiter *weniger günstig* gewesen sei als das Jahr 1911. Im Jahre 1911 sollen 49% der streikenden Arbeiter eine Niederlage erlitten haben, im Jahre 1912 aber – 52%. Diese Angaben überzeugen jedoch nicht, denn verglichen werden das *ganze* Jahr 1911 mit 7 *Monaten* des Jahres 1912.

Die Streiks des Jahres 1912 trugen nicht defensiven, sondern offensiven Charakter. Die Arbeiter kämpften nicht *gegen die Verschlechterung* ihrer Arbeitsbedingungen, sondern *für ihre Verbesserung.* Also haben 52% der streikenden Arbeiter keine Verbesserung durchgesetzt, 36% einen vollen oder einen Teilerfolg *errungen* und damit eine Verbesserung durchgesetzt, und für 12% sind die Ergebnisse nicht geklärt. Wahrscheinlicher ist, daß die Fabrikanten in diesen 12% der Fälle ihre Niederlage verbergen, denn jeder Erfolg des Kapitals gegen die Arbeit läßt sie besonders aufmerken und frohlocken.

Vergleichen wir die Streikerfolge der letzten 7 Monate des Jahres 1912 in den einzelnen Bezirken und Industriezweigen miteinander, so erhalten wir folgendes Bild.

Am wenigsten erfolgreich waren die Streiks im Moskauer Bezirk: 75% der Streikenden erlitten eine Niederlage (d. h. setzten keine Verbesserungen durch); es folgen der Petersburger Bezirk mit 63%, der Süden mit 33%, das Baltikum mit 20% und Polen mit 11%. Folglich haben die Arbeiter in den letzten *drei* Bezirken *außerordentlich große* Siege errungen. Von den 48 000 Streikenden dieser drei Bezirke haben 27 000 Verbesserungen durchgesetzt, *gesiegt*; 11 000 haben eine Niederlage erlitten; für 10 000 sind die Ergebnisse nicht geklärt.

Dagegen haben in den ersten zwei Bezirken (Moskau und Petersburg)

von den 83 000 Streikenden nur *20 000* gesiegt, 59 000 erlitten eine Niederlage (d. h. haben keine Verbesserungen durchgesetzt), und für 4000 sind die Ergebnisse nicht geklärt.

Nach Industriezweigen gegliedert beträgt der Prozentsatz der Streikenden, die eine Niederlage erlitten haben, bei den Textilarbeitern 66%, bei den Metallarbeitern 47% und bei den Sonstigen 30%.

Am schlechtesten steht es um die Marktverhältnisse bei den Textilarbeitern. Im Bezirk Moskau haben von den 38 000 streikenden Textilarbeitern nur *6000* gesiegt, 32 000 haben eine Niederlage erlitten; in Petersburg hat es 4000 Sieger und 9000 Besiegte gegeben. Dagegen gab es in Polen 400 besiegte und *8000* siegreiche Textilarbeiter.

Die finanziellen Ergebnisse der Streiks (der wirtschaftlichen) in den letzten beiden Jahren gibt die Statistik der Fabrikanten wie folgt an:

	Direkte Verluste der Industriellen	Lohnausfall der Arbeiter	Verluste des Landes durch Produktionsausfall
	(in 1000 Rubel)		
Metallindustrie	558	1145	4 959
Textilindustrie	479	807	6 010
Sonstige Zweige	328	529	3 818
Insgesamt im Jahre 1912	1365	2481	14 787
" " " 1911	402	716	4 563

Insgesamt betrugen in den zwei Jahren die Verluste der Fabrikanten 1,8 Millionen Rubel, die Verluste der Arbeiter 3 *Millionen Rubel*, die Produktionsverluste 19 Millionen Rubel.

Hier machen die Herren Fabrikanten einen Punkt. Oh, die Schlauköpfe! Und der *Gewinn* der Arbeiter?

In den zwei Jahren haben *125 000 Arbeiter* gesiegt. Ihr jährlicher Verdienst macht 30 Millionen Rubel aus. Sie hatten 10 bis 25%, manchmal bis zu 40% Zuschlag gefordert, wie die Fabrikanten selbst zugeben. 10% von 30 Millionen Rubel sind 3 *Millionen Rubel*. Und die Verkürzung des Arbeitstages?

Und solche *„neuen"* (wie die Fabrikanten sagen) Forderungen wie die, *„keine* Arbeiter ohne Zustimmung ihrer Kollegen zu entlassen"?

Nein, meine Herren Fabrikanten! Selbst in ökonomischer Hinsicht

(ganz zu schweigen von den politischen Streiks) sind die Errungenschaften der Arbeiter *gewaltig*. Die Bourgeoisie begreift weder die Arbeitersolidarität noch die Bedingungen des proletarischen Kampfes.

Rund 300 000 Arbeiter haben in den letzten zwei Jahren 3 Millionen Rubel für den ökonomischen Kampf hergegeben. Einen direkten Gewinn hatten *sofort* 125 000 Arbeiter. Einen Schritt vorwärts aber hat die ganze Arbeiterklasse getan.

Geschrieben 23.–25. Mai (5.–7. Juni) 1913.
Veröffentlicht am 30. Mai, 2., 5. und 9. Juni 1913 in der „Prawda" Nr. 123, 126, 127 und 131.
Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der „Prawda".

EINE FALSCHE EINSCHÄTZUNG

(Der „Lutsch" über Maklakow)

. . .* der Programme und Resolutionen der Liberalen.

Im Leitartikel des „Lutsch" (Nr. 122) finden wir eine völlig falsche Einschätzung dieser wichtigen Rede. „Kadettischen Doktrinarismus" sieht der „Lutsch" in ihr. Der Abgeordnete Maklakow wird mit einem Tier verglichen, das mit seinem Schwanz die eigenen Spuren verwischt. „Durch eine Reihe von Einfügungen in seine Rede machte er ihren oppositionellen Inhalt völlig wertlos" – und der „Lutsch" zitiert Herrn W. Maklakow: „die Reaktion ist ein historisches Gesetz", man müsse es (den Lehren Bismarcks folgend) verstehen, die Zeiten, wo man liberal regieren muß, von denen zu unterscheiden, wo man despotisch regieren muß.

„Solche Reden kann ein Professor halten", schließt der „Lutsch", „aber kein Politiker, der das Recht der Demokratie auf Selbstbestimmung verteidigt" (?).

Nein, Herr W. Maklakow ist durchaus kein Doktrinär, und seine Rede ist keineswegs die eines Professors. Aber von W. Maklakow zu erwarten, daß er die Rechte der Demokratie verteidigt, ist einfach lächerlich. Er ist ein bürgerlich-liberaler Geschäftemacher, der sich nicht scheut, das „innerste Wesen" der Politik seiner Klasse zu enthüllen. Herr W. Maklakow warf der Regierung vor, sie „hätte begreifen können (als die Revolution abgeebbt war), *womit man die Revolution endgültig zerschlagen kann*", habe es aber nicht begriffen.

„Wenn die Regierung die Revolution bekämpft, so tut sie recht, das ist ihre Pflicht", rief Herr W. Maklakow aus und fügte hinzu: „Ebenso wird es mit der Revolution sein; wenn sie siegt, wird sie die Konterrevolution

* Die erste Seite des Manuskripts ist nicht aufgefunden. *Die Red.*

bekämpfen" (hier ist dem „erfahrenen" Redner ein komisches Versehen unterlaufen, indem er aus irgendeinem Grunde ausschließlich die Zukunftsform gebrauchte). Herr W. Maklakow wiederholte einige Male, er werfe der Regierung „nicht den Kampf gegen die Wirren, gegen die Revolution, sondern den Kampf gegen die Ordnung selbst" vor.

Herr W. Maklakow verglich Stolypin mit einem Feuerwehrmann, der die Fensterscheiben in einem lichterloh brennenden Hause einschlägt.

Das läßt deutlich erkennen, daß der Grundton und der Hauptinhalt dieser bedeutsamen Rede keineswegs Professorentum und Doktrinarismus ist, sondern leidenschaftliche, hartnäckige konterrevolutionäre Gesinnung. Das muß man um so mehr betonen, je eifriger die Zeitungen mit ihrem Lärm über die kleinen Details des „Konflikts" den Kern der Sache übertönen. Man kann die Politik des Liberalismus und ihre Klassenwurzeln nicht *begreifen*, ohne dieses ihr charakteristisches Hauptmerkmal erfaßt zu haben.

Der „Lutsch" offenbart ein erstaunliches und ergötzliches Unverständnis für die Sache, wenn er ausruft: „Ist es nicht die schlimmste Art des Doktrinarismus, wenn man der Staatsweisheit Bismarcks huldigt, der, mag man sagen, was man will, immer ein Verfechter der Blut-und-Eisen-Politik blieb?"

Was hat das mit Doktrinarismus zu tun, meine Herren? Der Ausdruck ist hier ganz fehl am Platze. W. Maklakow sagt ganz klar, daß er „den Kampf gegen die Wirren und gegen die Revolution" billigt, daß er den „Feuerwehrmann" billigt, und natürlich begreift W. Maklakow vortrefflich, daß das eben Blut und Eisen bedeutet. W. Maklakow sagt ganz klar, daß er gerade *für eine solche* Politik ist *unter der Bedingung*, daß sie Erfolg hat! Fensterscheiben einschlagen muß man, lehrt er, man soll sich nicht scheuen, Scheiben einzuschlagen, wir sind keine sentimentalen Leute, keine Professoren, keine Doktrinäre, aber zerschlagen muß man so wie Bismarck, d. h. mit Erfolg, indem man das Bündnis der Bourgeoisie mit den Gutsbesitzern *festigt*.

„Sie aber", wendet sich W. Maklakow an die Regierung, „schlagen die Scheiben *unbedacht* ein, wie ein Rowdy, nicht wie ein Feuerwehrmann."

Bismarck war der Vertreter der konterrevolutionären Gutsbesitzer Deutschlands. Er hatte begriffen, daß man diese (für einige Jahrzehnte) *nur* durch ein festes Bündnis mit der konterrevolutionären liberalen Bour-

geoisie retten kann. Ihm ist dieses Bündnis gelungen, denn der Widerstand des Proletariats war schwach, und die erfolgreichen Kriege halfen bei der Lösung der *auf der Tagesordnung* stehenden Aufgabe: der nationalen Einigung Deutschlands.

Bei uns gibt es konterrevolutionäre Gutsbesitzer. Bei uns gibt es konterrevolutionäre liberale Bourgeois. W. Maklakow ist der erste unter ihnen. Er hat mit seiner Rede bewiesen, daß er zu endloser Kriecherei und Unterwürfigkeit vor den Purischkewitsch und Co. bereit ist. Nur reicht das für den Erfolg des „ehelichen Bündnisses" nicht aus. Gelöst werden muß die auf der Tagesordnung stehende historische Aufgabe, die bei uns keineswegs in der nationalen Einigung besteht (diese haben wir im Überfluß . . .), sondern *in der Agrarfrage*,. . . und zwar bei stärkerem Widerstand des Proletariats.

Darüber vermochte der erbärmliche Liberale W. Maklakow, der einen russischen Bismarck herbeisehnt, kein einziges klares Wort zu sagen.

Geschrieben am 4. (17.) Juni 1913.
Zuerst veröffentlicht 1937
im Lenin-Sammelband XXX.
Unterschrift: W.

Nach dem Manuskript.

OFFENE WORTE EINES LIBERALEN

Kürzlich verstarb W. M. Sobolewski, Redakteur der „Russkije Wedomosti"[40]. Die Liberalen ehrten ihn als einen „aufrechten progressiven Menschen". Man redete und schrieb über seine persönlichen Qualitäten. Die Frage nach der politischen Richtung der „Russkije Wedomosti" aber wurde umgangen.

Nichts Bequemeres gibt es für unsere Liberalen als diesen alten, farblosen, allgemeinen Dunst des „Oppositionellen", des „Progressiven". Was sich aber hinter diesen Worten verbirgt, *in welcher Richtung* dieser oder jener Mann oppositionell war, *welcher* Klasse er diente, das untersucht man nicht gern. Das ist den Liberalen unangenehm.

Die Demokratie aber muß danach trachten, die Wahrheit zu ergründen. Ehrt W. M. Sobolewski als einen progressiven Menschen, das ist euer Recht. Wollt ihr aber dem Volk ernsthaft Politik beibringen, so vergeßt nicht die *Richtung* der „Russkije Wedomosti", die auf eigentümliche Art den *rechten* Kadettismus mit einem Schuß Volkstümlerideologie verbinden.

Herr L. Pantelejew, der dem Gedächtnis W. M. Sobolewskis in der „Retsch" einen Artikel widmet, schreibt, er war „ein großer Skeptiker in bezug auf die Kräfte, über die unsere progressive Gesellschaft verfügt".

Hier ist alles unklar: Welcherart war dieser Skeptizismus? Von welcher Gesellschaft ist die Rede? Das Geheimnis wird durch die folgenden, von Herrn Pantelejew zitierten Worte W. M. Sobolewskis gelüftet: „Was kann eine Gesellschaft geben, die in ihrer großen Masse noch bis ins Mark von den Traditionen und Gepflogenheiten der Leibeigenschaft durchdrungen ist? Welche Unterstützung für die neue Ordnung ist von

Millionen Halbsklaven, Elender, Hungriger, Betrunkener und Ungebildeter zu erwarten?"

Herr Pantelejew, der es für angebracht hielt, diese offenen Worte zu veröffentlichen, bemerkte nicht, was für ein Licht sie auf die Einstellung der russischen Liberalen zur Demokratie werfen.

Im Sommer 1905 veröffentlichten die „Russkije Wedomosti" einen Artikel von Herrn Winogradow, einer Leuchte der liberalen Wissenschaft, der nachzuweisen suchte, daß diese Halbsklaven nicht zu weit gehen dürften, daß sie bescheidener und ruhiger sein müßten. Die „Russkije Wedomosti" haben wohl eher als alle übrigen liberalen Zeitungen ihre konterrevolutionäre Einstellung zu den Ereignissen sehr bestimmt zum Ausdruck gebracht.

Es gibt Skeptizismus und Skeptizismus. Bei einem Mann des öffentlichen Lebens muß man fragen: *Welcher* Klasse gegenüber war er skeptisch? Sobolewski war (ebenso wie seine „Russkije Wedomosti") Skeptiker und sogar Pessimist in bezug auf die Bauernschaft. Er war Optimist in bezug auf die Gutsbesitzer: Er stellte sie hin als Menschen, die zu „Reformen" fähig sind, die „aufrichtig mit der neuen Ordnung sympathisieren", als „Menschen mit Kultur" u. dgl. m. Diese Mischung von gutsherrlichem Liberalismus (keines halb sklavischen, sondern eines völlig sklavischen Liberalismus) und Volkstümlerideologie zeugte von der Verfaultheit der „aufgeklärten", wohlhabenden, satten liberalen Gesellschaft, die den erwachenden „Millionen Halbsklaven" Sklavenmoral und Sklavenpolitik *predigte*. Sie, diese liberale Gesellschaft, war „bis ins Mark" sklavisch gegenüber den Gutsbesitzern, und in der Volkstümlerei der „Russkije Wedomosti" widerspiegelt sich in erster Linie das patriarchalische Rußland des unterwürfigen Bauern und des liberalisierenden Gutsherrn.

Geschrieben am 21. Mai (3. Juni) 1913.
Veröffentlicht am 1. Juni 1913 in der „Prawda" Nr. 125.

Nach dem Text der „Prawda".

ZUR POLITIK DES MINISTERIUMS FÜR VOLKSBILDUNG[41]

(Ergänzende Bemerkungen zur Frage der Volksbildung)

Unser Ministerium für Volks„bildung", man entschuldige den Ausdruck, brüstet sich sehr damit, daß seine Ausgaben besonders schnell wachsen. In der erläuternden Denkschrift des Ministerpräsidenten und Finanzministers zum Budget von 1913 finden wir zusammengefaßte Angaben über den Finanzplan des Ministeriums für sogenannte Volksbildung für die Jahre nach der Revolution. Von 46 Millionen Rubel im Jahre 1907 erhöhte sich dieser Finanzplan auf 137 Millionen im Jahre 1913. Eine ungeheure Zunahme: sie erreicht fast das Dreifache in nur sechs Jahren!

Unsere offiziellen Lobpreiser der Polizei„ordnung" oder *-unordnung* in Rußland vergessen allerdings, daß lächerlich kleine Zahlen bei der prozentualen Berechnung ihres Wachstums stets *„ungeheuer"* schnell wachsen. Gibt man einem Bettler, der drei Kopeken sein eigen nennt, einen Fünfer, so nimmt sein „Vermögen" mit einem Schlage „ungeheuer" zu: um volle 167%!

Wenn das Ministerium sich nicht das Ziel gesetzt hatte, das Bewußtsein des Volkes zu *trüben* und die erbärmliche Lage der Volksbildung in Rußland zu *verschleiern*, mußte es da nicht *andere Daten* anführen? Mußte es nicht gerade Daten anführen, die nicht unseren heutigen Fünfer mit unserem gestrigen Dreier vergleichen, sondern Daten, die das, was wir haben, mit dem vergleichen, was ein zivilisierter Staat *unbedingt haben muß*? Jeder, der nicht sich selbst und nicht das Volk betrügen will, muß zugeben, daß das Ministerium *verpflichtet* war, solche Daten anzuführen, daß das Ministerium, da es *solche* Daten nicht beibrachte,

seine Pflicht nicht erfüllt hat. Statt das Volk und die Volksvertreter über unsere staatlichen Nöte *aufzuklären, verschleiert* das Ministerium diese, indem es sich mit dummer bürokratischer Zahlenjonglererei, mit bürokratischem Wiederkäuen alter, nichtssagender Zahlen beschäftigt.

Mir steht natürlich nicht einmal der hundertste Teil jener Mittel und Quellen zur Information über den Stand der Volksbildung zur Verfügung, die das Ministerium besitzt. Immerhin aber habe ich mich bemüht, mir wenigstens *einige* Quellen zu verschaffen. Und ich behaupte kühn, daß ich Ihnen *unbestreitbare*, offizielle Daten anführen kann, welche die Lage unserer staatlichen Volks„verdummung" wirklich *erhellen*.

Ich nehme das offizielle, von der Regierung herausgegebene „Jahrbuch für Rußland" für das Jahr 1910, eine Veröffentlichung des Innenministeriums (St. Petersburg 1911).

Auf Seite 211 lese ich, daß die *Gesamt*zahl der Lernenden im Russischen Reich, die Elementar-, Mittel- und Hochschulen und Lehranstalten aller Arten zusammengenommen, im Jahre 1904 6 200 172 betrug und im Jahre 1908 7 095 351. Die Zahl hat sich also vergrößert. Das Jahr *1905*, das Jahr des großen Erwachens der Volksmassen in Rußland, das Jahr, in dem das Volk unter Führung des Proletariats um die Freiheit kämpfte, dieses Jahr hat selbst unsere staatliche Behörde *gezwungen*, sich vom toten Punkt wegzubewegen.

Doch sehen Sie, zu welcher *Bettelarmut* wir dank der Konservierung des Bürokratismus, dank der Allmacht der fronherrlichen Gutsbesitzer *sogar* unter den Bedingungen des schnellsten „behördlichen" Fortschritts verurteilt sind.

Dasselbe „Jahrbuch für Rußland" rechnet an derselben Stelle aus, daß auf 1000 Einwohner in Rußland im Jahre 1908 46,7 Lernende kamen (1904 betrug die Zahl der Lernenden 44,3 auf 1000 Einwohner).

Was beweist diese Zahl, die das Ministerium für Volksbildung der Duma aus den Veröffentlichungen des Innenministeriums nicht mitzuteilen geruhte? Was besagt diese Proportion: *weniger als 50 Lernende* auf 1000 Einwohner?

Sie beweist, meine Herren Verteidiger der staatlichen Volksverdummung, die *unglaubliche* Rückständigkeit und Barbarei Rußlands, die auf Grund der unumschränkten Herrschaft der fronherrlichen Gutsbesitzer in unserem Staat besteht. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen im schul-

pflichtigen Alter beläuft sich in Rußland auf mehr als 20%, das heißt auf mehr als den *fünften Teil* der gesamten Bevölkerung. Diese Zahl hätten *selbst* die Herren Kasso und Kokowzow durch die Beamten ihres Departements ohne Schwierigkeiten erfahren können.

Die Zahl der Kinder im schulpflichtigen Alter beträgt also 22%, die Zahl der Lernenden aber 4,7%, das heißt *fast nur ein Fünftel!!* Das bedeutet, daß etwa *vier Fünftel* der Kinder und Jugendlichen in Rußland von der Volksbildung *ausgeschlossen* sind!!

Ein so zurückgebliebenes Land, in dem die Massen des Volkes der Bildung, des Lichts und des Wissens derart *beraubt sind* – ein solches Land gibt es in Europa, außer Rußland, nicht wieder. Und diese Verwahrlosung der Volksmassen, insbesondere der Bauern, ist kein Zufall, sie ist *unvermeidlich* unter dem Joch der Gutsbesitzer, die Millionen und aber Millionen Desjatinen Land an sich gerissen haben, die auch die Staatsmacht sowohl in der Duma als auch im Reichsrat, und nicht nur in diesen verhältnismäßig noch *untergeordneten* Institutionen, an sich gerissen haben...

Vier Fünftel der jungen Generation sind durch die fronherrliche Staatsordnung Rußlands zum Analphabetentum verurteilt. Diesem Zustand, in dem das Volk durch die Macht der Gutsbesitzer dem Stumpfsinn ausgeliefert ist, entspricht auch der Stand des Analphabetentums in Rußland. Dasselbe von der Regierung herausgegebene „Jahrbuch für Rußland" errechnet (auf Seite 88), daß in Rußland nur 21% der Bevölkerung lese- und schreibkundig sind, rechnet man jedoch die Kinder im *vor*schulpflichtigen Alter (von der Bevölkerung) ab, d. h. die Kinder bis zu 9 Jahren, so sind es insgesamt 27%.

In den zivilisierten Ländern hingegen gibt es entweder überhaupt keine Analphabeten, wie in Schweden und Dänemark, oder sie betragen insgesamt nur 1–2%, wie in der Schweiz und in Deutschland. Selbst das rückständige Österreich-Ungarn schuf für den slawischen Teil seiner Bevölkerung Lebensbedingungen, die in kultureller Hinsicht *unvergleichlich* besser sind als die im fronherrlichen Rußland: In Österreich gibt es 39% Analphabeten, in Ungarn 50%. Unseren Chauvinisten, Rechten, Nationalisten und Oktobristen müßten diese Ziffern zu *denken geben*, stellten sie es sich nicht zum „Staats"ziel, das Denken sich selbst und auch dem Volk abzugewöhnen. Wenn sie selbst es sich jedoch bereits abgewöhnt

haben – das Volk in Rußland *lernt* es immer mehr, es lernt auch darüber nachzudenken, welche Klasse durch ihre Herrschaft im Staat die russischen Bauern zu materieller und zu geistiger Armut verdammt.

Amerika gehört, was die Zahl der Lese- und Schreibkundigen betrifft, *nicht* zu den fortgeschrittenen Ländern. Dort gibt es fast 11% Analphabeten, unter den Negern sogar 44%. Und doch sind die amerikanischen Neger in bezug auf die „Volksbildung" *mehr als doppelt* so gut daran wie die russischen Bauern. Wie unterdrückt die amerikanischen Neger zur Schande der amerikanischen Republik auch sind, sie sind dennoch glücklicher als die russischen Bauern – glücklicher deshalb, weil das Volk vor genau einem halben Jahrhundert die amerikanischen Sklavenhalter aufs Haupt geschlagen, dieses Schlangengezücht zerdrückt, den Sklavenbesitz und die Sklavenhalterordnung sowie die politischen Privilegien der Sklavenhalter in Amerika hinweggefegt hat.

Auch das russische Volk wird durch die Herren Kasso, Kokowzow und Maklakow lernen, das amerikanische Beispiel nachzuahmen.

In Amerika gab es im Jahre 1908 *17 Millionen* Lernende, das heißt *192 Lernende auf tausend Einwohner – mehr als das Vierfache* gegenüber Rußland. Vor dreiundvierzig Jahren, im Jahre 1870, als Amerika gerade erst *begonnen* hatte, sich sein freies Leben zu gestalten, nachdem das Land von den erzreaktionären Sklavenhaltern *gesäubert* worden war, vor dreiundvierzig Jahren gab es in Amerika 6 871 522 Lernende, d. h. mehr als 1904 in Rußland und *fast* soviel wie 1908 in Rußland. Aber auch damals, im Jahre 1870, kamen in Amerika auf 1000 Einwohner 178 *(einhundertachtundsiebzig)* Lernende, d. h. fast viermal soviel wie im *heutigen* Rußland.

Da, meine Herren, haben Sie einen neuen Beweis dafür, daß Rußland *noch* vor der Aufgabe steht, sich im hartnäckigen, revolutionären Kampf des Volkes *jene Freiheit* zu erkämpfen, welche die Amerikaner vor einem halben Jahrhundert errungen haben.

Der Finanzplan des Ministeriums für Volksverdummung in Rußland beläuft sich für das Jahr 1913 auf 136,7 Millionen Rubel. Das sind je Einwohner (170 Millionen im Jahre 1913) ganze 80 Kopeken. Selbst wenn man die „Summe der Gesamtausgaben des Staatshaushaltes für das Bildungswesen" nimmt, die der Herr Finanzminister auf Seite 109 seiner Denkschrift zum Budget angibt, nämlich 204,9 Millionen Rubel, kommt

man doch nur auf 1,20 Rubel je Einwohner. In Belgien, England, Deutschland beträgt die Höhe der Ausgaben für die Volksbildung 2–3 Rubel, ja sogar 3,50 Rubel je Einwohner. In Amerika wurden 1910 für die Volksbildung 426 Millionen Dollar, d. h. 852 Millionen Rubel, d. h. 9,24 Rubel je Einwohner ausgegeben. Vor dreiundvierzig Jahren, 1870, verausgabte die amerikanische Republik für die Volksbildung 126 Millionen Rubel im Jahr, d. h. 3,30 *Rubel* je Einwohner.

Nun werden uns natürlich die vom Staat besoldeten Schreiberlinge und Lakaien entgegenhalten, daß Rußland arm sei und kein Geld habe. O ja, Rußland ist nicht nur arm, es ist bettelarm, wenn es um die Volksbildung geht. Dafür ist Rußland sehr „reich", wenn es sich um Ausgaben für den von den Gutsbesitzern regierten fronherrlichen Staat handelt, wenn es sich um Ausgaben für die Polizei, das Heer, um Renten und Gehälter in Höhe von Zehntausenden Rubel für die Gutsbesitzer handelt, die sich einen „hohen" Rang erdient haben, oder wenn es um eine Abenteuer- und Raubpolitik geht, wie gestern in Korea oder am Fluß Yalu, heute in der Mongolei oder in Türkisch-Armenien. Was die Ausgaben für die Aufklärung des Volkes betrifft, wird Rußland *ewig* arm, bettelarm bleiben, *solange* das Volk nicht so aufgeklärt ist, daß es das Joch der fronherrlichen Gutsbesitzer abschüttelt.

Rußland ist arm, wenn es um die Gehälter der Volksschullehrer geht. Armselige Groschen zahlt man ihnen. Die Volksschullehrer hungern und frieren in ungeheizten und kaum bewohnbaren Hütten. Die Volksschullehrer leben zusammen mit dem Vieh, das die Bauern im Winter mit in ihre Hütte nehmen. Die Volksschullehrer hetzt jeder x-beliebige Landgendarm, jeder x-beliebige Schwarzhunderter im Dorf und jeder, der sich als Geheimagent oder Geheimpolizist fühlt, schon ganz zu schweigen von den Schikanen und Verfolgungen seitens der vorgesetzten Behörde. Rußland ist zu arm, um die zu bezahlen, die ehrlich für die Volksbildung arbeiten, Rußland ist jedoch sehr reich, wenn es darum geht, Millionen und aber Millionen für die adligen Schmarotzer, für Kriegsabenteuer, für Zuwendungen an die Zuckerfabrikanten, Erdölkönige und dergleichen mehr zu vergeuden.

Noch eine letzte Zahl aus dem amerikanischen Leben, meine Herren, um den von den russischen Gutsbesitzern und *ihrer* Regierung unterdrückten Völkern zu zeigen, *wie* ein Volk lebt, das es verstanden hat, sich in

einem revolutionären Krieg die Freiheit zu erkämpfen. 1870 zählte man in Amerika 200515 Lehrer mit einem Gehalt von 37,8 Millionen Dollar, d. h. mit durchschnittlich 189 Dollar oder 377 *Rubel* im Jahr je Lehrer. Das war vor *vierzig Jahren*! Jetzt gibt es in Amerika 523210 Lehrer, deren Gehalt 253,9 Millionen Dollar beträgt, d. h. jährlich 483 Dollar oder 966 *Rubel* je Lehrer. Auch in Rußland wäre es sogar bei dem jetzigen Stand der Produktivkräfte schon heute durchaus möglich, der Armee der Volksschullehrer, die dem Volk helfen, sich aus Unwissenheit, Finsternis und Geducktheit zu erheben, ein nicht weniger zufriedenstellendes Gehalt zu gewährleisten – wenn ... ja wenn die ganze Staatsordnung in Rußland, von unten bis oben, in eine ebenso demokratische wie die amerikanische umgewandelt würde.

Entweder Armut und Verwahrlosung unter der Allmacht der fronherrlichen Gutsbesitzer, unter der Ordnung oder Unordnung des Systems vom 3. Juni – oder Freiheit und Zivilisation, wenn man *fähig und entschlossen* ist, die Freiheit zu erkämpfen. Das ist die anschauliche *Lektion*, die der Finanzplan des Ministeriums für Volksbildung den russischen Bürgern erteilt.

Bis jetzt habe ich jedoch fast nur die materielle, ja sogar nur die finanzielle Seite der Frage berührt. Noch unvergleichlich trauriger, oder besser gesagt, noch abstoßender ist das Bild, wenn man sieht, wie die Lernenden und Lehrenden in Rußland geistig geduckt, erniedrigt, unterdrückt und rechtlos gemacht werden. Die gesamte Tätigkeit des Ministeriums für Volksbildung ist in dieser Beziehung eine einzige Verhöhnung der Rechte der Bürger, eine Verhöhnung des Volkes. Auf polizeiliche Bespitzelung, polizeiliche Willkür, polizeiliche *Behinderung* der Aufklärung des Volkes im allgemeinen und der Arbeiter im besonderen, auf die polizeiliche *Unterbindung* dessen, was das Volk selbst für seine Aufklärung tut, darauf läuft die *gesamte* Tätigkeit des Ministeriums hinaus, dessen Budget die Herren Gutsbesitzer, von den Rechten bis zu den Oktobristen einschließlich, billigen werden.

Um Ihnen, meine Herren Mitglieder der IV. Duma, die Richtigkeit meiner Worte *zu beweisen*, rufe ich einen Zeugen an, den *sogar* Sie, meine Herren Gutsbesitzer, nicht ablehnen können. Dieser Zeuge ist das Mitglied der III. und der IV. Reichsduma, der Oktobrist Herr *Kljushew*, Mitglied des Kuratoriums im 2. und 3. Mädchengymnasium in Samara,

Mitglied der Schulkommission in der Stadtduma von Samara, Mitglied der Revisionskommission im Gouvernementssemstwo von Samara und ehemaliger Volksschulinspektor. Ich habe (auf Grund des offiziellen Handbuchs der III. Duma) die Ränge und Titel dieses Oktobristen aufgezählt, um Ihnen zu *beweisen*, daß die Regierung *selbst*, die Gutsbesitzer in unserem gutsherrlichen Semstwo *selbst* Herrn Kljushew auf die verantwortlichsten Posten auf dem Gebiet der „Arbeit" (der Spitzel- und Henker„arbeit") unseres Ministeriums für Volksverdummung gestellt haben.

Wenn überhaupt jemand, so hat natürlich Herr Kljushew die ganze Karriere eines gesetzes- und gottesfürchtigen diensteifrigen Beamten durchlaufen. Wenn überhaupt jemand, so hat sich natürlich Herr Kljushew durch seine treuen Dienste in der Provinz das Vertrauen der Herren Adligen und Gutsbesitzer erworben.

Hier haben Sie einige Zitate dieses (vom Standpunkt der Fronherren aus) allerzuverlässigsten Zeugen, die wir seiner Rede zum Finanzplan des Ministeriums für Volksbildung in der *dritten* Duma entnehmen.

Das Semstwo von Samara – erzählte Herr Kljushew in der III. Duma – hat *einstimmig* den Vorschlag des Herrn Kljushew angenommen, darum anzusuchen, daß einige zweiklassige Dorfschulen in vierklassige umgewandelt werden. Der Kurator des Kreises – so teilt der gesetzes- und gottesfürchtige Herr Kljushew mit – *lehnt ab*. Warum? Die offizielle Erklärung: *„im Hinblick auf die zu geringe Anzahl der Kinder im schulpflichtigen Alter"*.

Und nun macht Herr Kljushew folgende Gegenüberstellung: bei *uns* (sagt er von dem durch die Gutsbesitzer unterdrückten Rußland), bei uns gibt es für die 6000 Einwohner der zu Samara gehörenden Dörfer *nicht eine einzige* vierklassige Schule. In der Stadt Serdobol (Finnland) gibt es auf 2800 Einwohner *vier* mittlere (bzw. höhere) Schulen.

Das ist ein Vergleich, den der Herr Oktobrist und verdienstvolle Peredonow*... Entschuldigung, ich habe mich versprochen ... verdienstvolle Herr Kljushew in der III. Duma zog. Denken Sie über diesen Vergleich nach, meine Herren Vertreter, wenn auch nicht Vertreter des Volkes, so doch wenigstens Vertreter der Gutsbesitzer! Wer suchte um die Eröffnung von Schulen an? Vielleicht die Linken? Vielleicht die Bauern?

* Peredonow – Typ eines Lehrers, der ein Spitzel und Dummkopf ist, aus dem Roman von Sologub: „Der kleine Satan".

Vielleicht die Arbeiter? Gott behüte!! Die Bitte wurde *einstimmig* vom Semstwo in Samara vorgebracht, d. h. von den *Gutsbesitzern* von Samara, auch die erzreaktionärsten mit eingeschlossen. Und die Regierung, in der Person des Kurators, lehnt unter dem Vorwand ab, daß die Anzahl der Kinder im schulpflichtigen Alter *„zu gering"* sei!! Nun, hatte ich vielleicht nicht voll und ganz und in allem recht, als ich sagte, daß die Regierung die Volksbildung in Rußland *behindert*? – daß die Regierung der größte Feind der Volksbildung in Rußland ist?

Wenn es in Finnland Kultur, Zivilisation, Freiheit, allgemeine Bildung, gebildete Frauen und so weiter gibt, so *ausschließlich* deshalb, weil Finnland *kein* solch „gesellschaftliches Übel" hat, wie es die russische Regierung ist. Jetzt will man auch Finnland dieses Übel aufzwingen und Finnland zu einem Land der Sklaven machen. Das wird Ihnen nicht gelingen, meine Herren!! Durch Ihre Versuche, in Finnland die politische Sklaverei mit Gewalt einzuführen, werden Sie nur das Erwachen der Völker Rußlands aus der politischen Sklaverei beschleunigen!

Ich möchte noch eine Angabe des oktobristischen Zeugen, Herrn Kljushew, anführen. „Wie werden Pädagogen geworben?" fragte Herr Kljushew in seiner Rede und gab selbst folgende Antwort auf seine Frage:

„Der verstorbene Samaraer Bürger Popow hinterließ eine bedeutende Summe Geldes für die Errichtung eines Lehrerinnenseminars." Und was meinen Sie, wen wohl machte man zur Vorsteherin des Seminars? Dazu schreibt der Testamentsvollstrecker des verstorbenen Popow: „Zur Vorsteherin ernannt wurde die *Witwe eines Gardegenerals*, die nach ihrem eigenen Eingeständnis zum erstenmal davon hörte, daß Lehranstalten existieren, die sich Lehrerinnenseminare nennen"!!

Denken Sie nicht, meine Herren, daß ich diese Tatsache der Fabelsammlung Demjan Bednys entnommen habe, womöglich der Fabel, derentwegen das „Prosweschtschenije" bestraft und sein Redakteur ins Gefängnis geworfen wurde. Nein. Diese Tatsache stammt aus der Rede des Oktobristen Kljushew, der (als gottes- und polizeifürchtiger Mensch) nur Angst davor hat, über die Bedeutung dieser Tatsache *nachzudenken*. Denn diese Tatsache beweist wiederum unzweifelhaft, daß es in Rußland keinen schlimmeren, keinen unversöhnlicheren Feind der Aufklärung des Volkes gibt als die russische Regierung. Und die Herren, die Geld für die Volksbildung spenden, müssen verstehen, daß sie ihr Geld zum Fenster hinaus-

werfen, ja schlimmer noch. Sie haben den Wunsch, für die Bildung des Volkes etwas zu spenden, *in Wirklichkeit* aber kommt ihr Geld *Gardegeneralen* und deren *Witwen* zugute. Solche Spender müssen begreifen, daß sie ihr Geld, wenn sie es nicht zum Fenster hinauswerfen wollen, den Sozialdemokraten spenden müssen, die *allein* imstande sind, dem Volk für diese Gelder *wirkliche* Bildung zu geben, die tatsächlich von „Gardegeneralen" ... und von den ängstlichen und gesetzesfürchtigen Herren Kljushew unabhängig ist.

Noch ein Zitat aus der Rede des Herrn Kljushew:

„Vergebens war unser (der dritten Duma) Wunsch, den Seminaristen Zutritt zu den höheren Lehranstalten zu gewähren. Das Ministerium hat es nicht für möglich erachtet, unserem Wunsch entgegenzukommen." „Übrigens versperrt die Regierung nicht nur den Seminaristen den Weg zu höherer Bildung, sondern überhaupt den Kindern der bäuerlichen und kleinbürgerlichen Stände. Das ist keine schöne Phrase", rief der oktobristische Beamte des Ministeriums für Volksbildung aus, „sondern die Wahrheit. Von 119 000 Personen, die in den Gymnasien lernen, sind nur 18 000 Bauernkinder. Und in allen Lehranstalten des Ministeriums für Volksbildung zusammengenommen machen die Bauernkinder nur insgesamt 15 Prozent aus. In den Priesterseminaren kommen auf 20 500 Schüler insgesamt nur 1300 Bauernkinder. In die Kadettenkorps oder dergleichen Anstalten werden Bauernkinder überhaupt nicht aufgenommen." (Diese Zitate aus Kljushews Rede sind übrigens in einem Artikel K. Dobroserdows angeführt, der in Nr. 6 der „Newskaja Swesda" vom 22. Mai 1912 veröffentlicht ist.)

So sprach Herr Kljushew in der III. Duma. Die Aussagen dieses Zeugen werden auch die Herren Beherrscher der IV. Duma nicht widerlegen. Aber der Zeuge bestätigt, *wider* seinen Willen und *entgegen* seinem Wunsch, voll und ganz die *revolutionäre* Einschätzung der gegenwärtigen Situation in Rußland überhaupt und der Volksbildung im besonderen. Denn, in der Tat, was verdient eine Regierung, die nach den Worten eines prominenten Regierungsbeamten und führenden Mitglieds der Regierungspartei der Oktobristen Kleinbürgern und Bauern *den Weg* zur Bildung *versperrt*?

Überlegen Sie einmal, meine Herren, was eine solche Regierung, vom Standpunkt dieser Kleinbürger und Bauern aus gesehen, verdient!

Und vergessen Sie nicht, daß die Kleinbürger und Bauern in Rußland 88 Prozent der Bevölkerung ausmachen, d. h. beinahe *neun Zehntel* des

Volkes. Adlige aber gibt es alles in allem *anderthalb Prozent.* Und da nimmt die Regierung Gelder für Schulen und Lehranstalten aller Art von neun Zehnteln des Volkes und läßt *für diese Gelder* die Adligen lernen, während sie Kleinbürgern und Bauern den *Weg versperrt!!* Ist wirklich nicht klar, was diese Regierung des Adels verdient? – diese Regierung, die neun Zehntel der Bevölkerung unterdrückt, um *einem Hundertstel* der Bevölkerung seine Privilegien zu erhalten??

Und hier schließlich noch ein letztes Zitat aus der Rede meines Zeugen, des Herrn oktobristischen Beamten des Ministeriums für Volksbildung, des Mitglieds der III. (und IV.) Duma, Kljushew:

„In den fünf Jahren von 1906 bis 1910", sagt Herr Kljushew, „wurden im Kreis Kasan 21 Direktoren mittlerer Lehranstalten und Volksschulen, 32 Volksschulinspektoren, *1054* Lehrer von Stadtschulen vom Dienst dispensiert und insgesamt *870* Personen versetzt. Bedenken Sie bloß", rief Herr Kljushew aus, „wie kann unser Lehrer ruhig schlafen! Wenn er in Astrachan einschläft, kann er nicht sicher sein, daß er sich nicht morgen schon in Wjatka wiederfindet. Versetzen Sie sich in den Seelenzustand dieses wie ein Hase gehetzten Pädagogen!"

Das ist nicht der Ausruf irgendeines „linken" Lehrers, sondern eines Oktobristen. Diese Angaben machte ein diensteifriger Beamter. Das ist *Ihr* Zeuge, meine Herren Rechten, Nationalisten und Oktobristen!! Und dieser „Ihr" Zeuge war gezwungen einzugestehen, daß die Regierung im Umgang mit den Lehrern die hemmungsloseste, unverschämteste, niederträchtigste Willkür ausübt!! Dieser *Ihr* Zeuge, meine Herren Beherrscher der IV. Duma und des Reichsrats, mußte notgedrungen die Tatsache eingestehen, daß in Rußland die Lehrer von der russischen Regierung wie Hasen *„gehetzt werden"!!*

Und gestützt auf diese Tatsache, die eine von Tausenden und aber Tausenden ähnlicher Tatsachen des russischen Lebens ist, fragen wir das russische Volk und alle Völker, die in Rußland leben: Brauchen wir dazu eine Regierung, daß sie den Adligen ihre Privilegien erhält und die Volksschullehrer *„hetzt"*? Verdient diese Regierung es nicht, vom Volk *davongejagt* zu werden?

Ja, die russischen Volksschullehrer werden wie Hasen gehetzt! Ja, neun Zehnteln der Bevölkerung in Rußland versperrt die Regierung den Weg zur Bildung. Ja, unser Ministerium für Volksbildung ist ein Ministerium

für polizeiliche Bespitzelung, für Verhöhnung der Jugend, ein Hohn auf das Streben des Volkes nach Wissen. Aber die russischen Bauern und insbesondere die russischen Arbeiter, meine Herren Mitglieder der IV. Duma, sind nicht alle, bei weitem nicht alle wie die *Hasen*. Die Arbeiterklasse hat das im Jahre 1905 zu beweisen vermocht, und sie wird es verstehen, noch einmal und noch viel überzeugender, noch viel eindringlicher, noch viel energischer zu beweisen, daß sie fähig ist, einen revolutionären Kampf für die wirkliche Freiheit und für die *wirkliche Volks*bildung zu führen, die weder eine Kassosche noch eine adlige sein wird!

Geschrieben am 27. April (10. Mai) 1913.

Zuerst veröffentlicht 1930 in der 2.–3. Ausgabe der Werke W. J. Lenins, Band XVI.

Nach dem Manuskript.

STRITTIGE FRAGEN

Die legale Partei und die Marxisten

„Prawda" Nr. 85, 95, 110, 122, 124 und 126, 12. und 26. April, 15., 29. und 31. Mai und 2. Juni 1913. Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der „Prawda", verglichen mit dem Text des Sammelbandes „Marxismus und Liquidatorentum", Teil II, St. Petersburg 1914.

I. DER BESCHLUSS VOM JAHRE 1908

Vielen Arbeitern erscheint der Kampf zwischen der „Prawda" und dem „Lutsch" unnötig und wenig verständlich. Es ist natürlich, daß polemische Artikel in einzelnen Nummern der Zeitung über einzelne, zuweilen recht spezielle Fragen keine vollständige Vorstellung vom Gegenstand und Inhalt des Kampfes geben. Daher die berechtigte Unzufriedenheit der Arbeiter.

Indessen ist die Frage des Liquidatorentums, um die der Kampf geht, im gegenwärtigen Augenblick eine der allerwichtigsten und brennendsten Fragen der Arbeiterbewegung. Man kann kein bewußter Arbeiter sein, ohne sich mit dieser Frage eingehend bekannt gemacht zu haben, ohne sich eine bestimmte Meinung darüber gebildet zu haben. Der Arbeiter, der selbständig das Geschick *seiner* Partei entscheiden will, wird die Polemik nicht mit einer Handbewegung abtun, auch wenn sie auf den ersten Blick nicht ganz verständlich ist, sondern er wird ernstlich danach trachten, die Wahrheit herauszufinden, und er wird sie herausfinden.

Wie ist die Wahrheit zu finden? Wie soll man sich in den einander widersprechenden Meinungen und Behauptungen zurechtfinden?

Jeder vernünftige Mensch versteht, daß man sich, wenn um irgendeinen Gegenstand ein heißer Kampf im Gange ist, zur Feststellung der Wahrheit keineswegs auf die Erklärungen der Streitenden beschränken darf, sondern daß man selbst die *Tatsachen* und *Dokumente* prüfen und selbst untersuchen muß, ob *Zeugen*aussagen vorhanden und ob diese Aussagen glaubwürdig sind.

Zweifellos ist das nicht immer leicht. Bedeutend „leichter" ist es, das für wahr zu nehmen, was einem zugetragen wird, was einem *zu Ohren*

kommt, worüber am „offensten" geschrien wird und dergleichen mehr. Nur bezeichnet man diejenigen, die sich damit zufriedengeben, als „leichte" und oberflächliche Menschen, und niemand nimmt sie ernst. Ohne eine gewisse *selbständige* Arbeit kann man in keiner einzigen ernsten Frage die Wahrheit finden, und wer die Arbeit scheut, der beraubt sich selbst der Möglichkeit, die Wahrheit zu finden.

Darum wenden wir uns nur an jene Arbeiter, die diese Arbeit nicht scheuen, die sich entschlossen haben, sich *selbständig* Klarheit zu verschaffen und danach zu streben, *Tatsachen, Dokumente und Zeugenaussagen zu ermitteln.*

Vor allem erhebt sich die Frage, was Liquidatorentum ist. Woher kommt dieses Wort, was bedeutet es?

Der „Lutsch" sagt, das Liquidatorentum, das heißt Auflösung, Zerstörung der Partei, Lossage von der Partei, sei einfach eine böswillige Erfindung. Das hätten die bolschewistischen „Fraktionsmacher" gegen die Menschewiki ausgeheckt!

Die „Prawda" sagt, die ganze Partei verurteile und bekämpfe seit mehr als vier Jahren das Liquidatorentum.

Wer hat recht? Wie ist die Wahrheit zu finden?

Offenbar gibt es nur ein einziges Verfahren: Tatsachen und Dokumente aus der *Geschichte* der Partei während der letzten 4 Jahre zu suchen, von 1908 bis zum Jahre 1912, als die Liquidatoren sich *endgültig* von der Partei *abgespalten haben.*

Gerade diese vier Jahre, in denen die jetzigen Liquidatoren *noch* in der Partei *waren*, sind die wichtigste Periode für die *Prüfung* der Frage, woher der Begriff Liquidatorentum stammt und wie er entstanden ist.

Daraus ergibt sich der erste und wichtigste Schluß: Wer vom Liquidatorentum spricht und dabei die Tatsachen und Dokumente der *Partei* aus den Jahren 1908–1911 *übergeht*, der verbirgt vor den Arbeitern die Wahrheit.

Was sind das für Tatsachen und Dokumente der Partei?

Vor allem der *Parteibeschluß*, der im Dezember 1908 gefaßt wurde. Wenn die Arbeiter nicht wollen, daß man sie wie Kinder behandelt, die man mit Märchen und Schnickschnack füttert, so müssen sie sich bei ihren Beratern, Führern oder Vertretern erkundigen, ob im Dezember 1908 ein

Parteibeschluß zur Frage des Liquidatorentums gefaßt worden ist und worin er besteht.

Dieser Beschluß enthält eine *Verurteilung* des Liquidatorentums und eine *Erklärung* seines Inhalts.

Das Liquidatorentum ist der „Versuch eines gewissen Teils der Parteiintellektuellen, die bestehende Organisation der Partei *zu liquidieren*" (d. h. aufzulösen, zu zerstören, aufzuheben, ihre Tätigkeit einzustellen) „und sie durch eine formlose Vereinigung im Rahmen einer Legalität" (d. h. der Gesetzlichkeit, des „offenen" Bestehens) „um jeden Preis zu ersetzen, selbst um den Preis einer *offenkundigen Absage an das Programm, die Taktik* und die Traditionen" (d. h. die frühere Erfahrung) „der Partei".

So lautete der vor mehr als vier Jahren gefaßte *Beschluß* der Partei über das Liquidatorentum.

Aus diesem Beschluß ist klar ersichtlich, worin das Wesen des Liquidatorentums besteht und weshalb es verurteilt wird. Das Wesen liegt in der *Lossagung* von der „illegalen" Organisation, in ihrer Liquidierung, in ihrer *Ersetzung* durch eine formlose Vereinigung im Rahmen der Gesetzlichkeit um jeden Preis. Folglich verurteilt die Partei durchaus *nicht* die legale (gesetzliche) Arbeit, verurteilt sie durchaus nicht, daß ihre Notwendigkeit hervorgehoben wird. Die Partei verurteilt – und verurteilt bedingungslos – die *Ersetzung* der alten Partei durch irgend etwas Formloses, „Legales", das man nicht als Partei bezeichnen kann.

Die Partei kann nicht existieren, wenn sie nicht ihre Existenz verteidigt, nicht bedingungslos diejenigen bekämpft, die sie zu liquidieren, zu vernichten suchen, sie nicht anerkennen, die sich von ihr lossagen. Das versteht sich von selbst.

Wer sich von der bestehenden Partei im Namen irgendeiner neuen lossagt, dem muß gesagt werden: Versucht es nur, gründet eine neue Partei, aber Mitglied der alten, jetzigen, bestehenden Partei könnt ihr nicht sein! Das ist der Sinn des Parteibeschlusses, der im Dezember 1908 angenommen wurde, und es ist offensichtlich, daß es einen anderen Beschluß in der Frage der Existenz der Partei nicht geben konnte.

Das Liquidatorentum *ist* natürlich mit dem *Renegatentum*, mit der *Lossagung vom Programm und der Taktik*, mit dem *Opportunismus* ideo-

logisch *verbunden*. Darauf weist auch der Schluß des oben angeführten Beschlusses hin. Doch das Liquidatorentum ist nicht *nur* Opportunismus. Die Opportunisten führen die Partei auf einen falschen, auf den bürgerlichen Weg, auf den Weg der liberalen Arbeiterpolitik, aber sie *sagen* sich *nicht* von der Partei selbst *los*, sie liquidieren sie nicht. Das Liquidatorentum ist ein *solcher* Opportunismus, der bis zur *Lossagung* von der Partei geht. Es versteht sich von selbst, daß die Partei nicht existieren kann, wenn sie diejenigen *in ihren Reihen hat*, die ihre Existenz nicht anerkennen. Nicht weniger verständlich ist auch, daß die Lossagung von der Illegalität unter den bestehenden Verhältnissen die Lossagung von der alten Partei bedeutet.

Es fragt sich nun, wie sich die Liquidatoren zu diesem Parteibeschluß vom Jahre 1908 verhalten.

Hier liegt der springende Punkt, hier ist die Probe auf die Aufrichtigkeit und politische Ehrlichkeit der Liquidatoren.

Nicht einer von ihnen, wenn er nicht von Sinnen ist, wird die Tatsache bestreiten, daß ein solcher Parteibeschluß gefaßt und nicht aufgehoben worden ist.

Also verlegen sich die Liquidatoren auf Ausflüchte, wobei sie entweder die Frage umgehen und vor den Arbeitern den Parteibeschluß vom Jahre 1908 *verschweigen* oder (nicht selten unter Anwendung von Schimpfworten) ein Geschrei erheben, dieser Beschluß sei von den Bolschewiki durchgesetzt worden.

Aber die Schimpfworte verraten nur die Schwäche der Liquidatoren. Es gibt *Parteibeschlüsse*, die von den *Menschewiki* durchgesetzt worden sind – zum Beispiel der Beschluß über die Munizipalisierung, angenommen in Stockholm im Jahre 1906.[42] Das ist allgemein bekannt. Viele Bolschewiki sind mit diesem Beschluß nicht einverstanden. Doch keiner von ihnen leugnet, daß das ein *Parteibeschluß* ist. Genauso ist auch der Beschluß vom Jahre 1908 über das Liquidatorentum ein *Parteibeschluß*. Alle Ausflüchte in dieser Frage sind nur ein Ausdruck des Wunsches, die Arbeiter irrezuführen.

Wer die Partei nicht nur in Worten anerkennen will, der wird hier keine Ausflüchte dulden und nach Wahrheit über den *Parteibeschluß* zur Frage des Liquidatorentums streben. Diesem Beschluß haben sich im Jahre 1909 *alle parteitreuen Menschewiki* angeschlossen, an ihrer Spitze

Plechanow, der in seiner Zeitschrift „Dnewnik"* und in einer ganzen Reihe anderer marxistischer Publikationen mehrmals und sehr bestimmt erklärte, daß derjenige, der die Partei liquidiert, ihr nicht angehören kann.

Plechanow war und bleibt ein Menschewik. Also sind die üblichen Berufungen der Liquidatoren auf den „bolschewistischen" Charakter des Parteibeschlusses vom Jahre 1908 doppelt unrichtig.

Je mehr Schimpfworte gegen Plechanow wir bei den Liquidatoren im „Lutsch" oder in der „Nascha Sarja" finden, desto klarer wird damit bewiesen, daß die Liquidatoren im Unrecht sind, daß sie versuchen, durch Lärm, Geschrei und Skandal die Wahrheit zu verdunkeln. Es gelingt bisweilen, einen Neuling auf den ersten Schlag mit solchen Methoden zu betören, doch die Arbeiter finden sich trotzdem selbst zurecht und werden bald von diesem Geschimpfe nichts mehr wissen wollen.

Ist die Einheit der Arbeiter notwendig? Unbedingt.

Ist die Einheit der Arbeiter möglich ohne die Einheit der Arbeiterorganisation? Sie ist unmöglich, das ist klar.

Was verhindert die Einheit der Arbeiterpartei? Die Streitigkeiten wegen des Liquidatorentums.

Das bedeutet, daß sich die Arbeiter in diesen Streitigkeiten zurechtfinden müssen, um *selbst* über das Schicksal ihrer Partei zu entscheiden und *sie zu erhalten.*

Der erste Schritt dazu ist, sich mit dem *ersten* Beschluß der *Partei* über das Liquidatorentum bekannt zu machen. Diesen Beschluß müssen die Arbeiter genau kennen und aufmerksam durchdenken, wobei sie alle Versuche von sich weisen müssen, diese Frage zu umgehen oder beiseite zu schieben. Jeder Arbeiter, der diesen Beschluß durchdacht hat, wird zu verstehen beginnen, worin das Wesen der Frage des Liquidatorentums besteht, warum diese Frage so wichtig und so „brennend" ist, warum diese Frage seit mehr als vier Jahren der Reaktion vor der Partei steht.

Im nächsten Artikel wollen wir einen anderen wichtigen Parteibeschluß über das Liquidatorentum untersuchen, der vor ungefähr dreieinhalb Jahren angenommen wurde, und dann zu den Tatsachen und Dokumenten übergehen, welche die gegenwärtige Stellung der Frage bestimmen.

---

* „Dnewnik Sozialdemokrata" – Tagebuch eines Sozialdemokraten. *Der Übers.*

II. DER BESCHLUSS VOM JAHRE 1910

Im ersten Artikel („Prawda" Nr. 289) haben wir das erste und grundlegende Dokument angeführt, mit welchem sich der Arbeiter, der im gegenwärtigen Streit die Wahrheit finden will, bekannt machen muß, den Parteibeschluß vom Dezember 1908 zur Frage des Liquidatorentums.

Jetzt wollen wir einen anderen, nicht weniger wichtigen Parteibeschluß zu derselben Frage, der vor dreieinhalb Jahren, im Januar 1910, angenommen worden ist, anführen und untersuchen. Von besonderer Bedeutung ist dieser Beschluß deshalb, weil er *einstimmig* angenommen worden ist: Ausnahmslos alle Bolschewiki, sodann alle sogenannten „Wperjod"-Leute und schließlich (das ist das wichtigste) ausnahmslos *alle* Menschewiki und nunmehrigen Liquidatoren sowie alle „nationalen" (d. h. jüdischen, polnischen und lettischen) Marxisten haben diesen Beschluß angenommen.

Wir führen die wichtigste Stelle aus diesem Beschluß in vollem Wortlaut an:

„Die historische Situation der sozialdemokratischen Bewegung in der Periode der bürgerlichen Konterrevolution erzeugt unvermeidlich, als Ausdruck des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat, einerseits die Negierung der illegalen sozialdemokratischen Partei, die Herabminderung ihrer Rolle und Bedeutung sowie Versuche, die programmatischen und taktischen Aufgaben und Losungen der konsequenten Sozialdemokratie zu schmälern usw., anderseits die Ablehnung der Dumatätigkeit der Sozialdemokratie und der Ausnutzung der legalen Möglichkeiten, das Nichtverstehen der Wichtigkeit des einen und des anderen, das Unvermögen, die konsequent-sozialdemokratische Taktik den spezifischen historischen Verhältnissen der Gegenwart anzupassen usw.

Ein unabdingbares Element der sozialdemokratischen Taktik unter diesen Verhältnissen ist die Überwindung beider Abweichungen durch Ausdehnung und Vertiefung der sozialdemokratischen Arbeit auf allen Gebieten des Klassenkampfes des Proletariats und die Aufklärung über die Gefährlichkeit dieser Abweichungen."[43]

Aus diesem Beschluß ist klar ersichtlich, daß vor dreieinhalb Jahren alle Marxisten, in Gestalt ausnahmslos aller Richtungen, *einstimmig* zwei *Abweichungen* von der marxistischen Taktik zugeben mußten. Beide Abweichungen wurden als *gefährlich* anerkannt. Beide Abweichungen wur-

den nicht als etwas Zufälliges, nicht als etwas, das dem bösen Willen einzelner Personen entspringt, erklärt, sondern aus der *„historischen Situation"* der Arbeiterbewegung in der Periode, die wir durchleben.

Mehr noch. In dem einstimmigen Parteibeschluß ist auf die *klassenmäßige* Herkunft und Bedeutung dieser Abweichungen hingewiesen worden. Denn die Marxisten beschränken sich nicht auf einen bloßen und inhaltlosen Hinweis auf Auflösung und Zerfall. Alle sehen, daß das Denken vieler Anhänger der Demokratie und des Sozialismus von Zerfall, Unglauben, Verzagtheit und Zweifel beherrscht wird. Es genügt nicht, das festzustellen. Man muß verstehen, von welcher *Klasse* die Zerfahrenheit und der Zerfall ausgehen, welche *Klassen*interessen nichtproletarischer Kreise unter den Freunden des Proletariats „Verwirrung" stiften.

Und der Parteibeschluß von vor dreieinhalb Jahren hat auf diese wichtige Frage die Antwort gegeben: Die *Abweichungen* vom Marxismus werden von der „bürgerlichen Konterrevolution" erzeugt, sie sind ein Ausdruck des *„bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat"*.

Was sind das nun für Abweichungen, die das Proletariat dem Einfluß der Bourgeoisie auszuliefern drohen? Eine dieser Abweichungen, die mit der „Wperjod"-Richtung verbunden ist und in der Ablehnung der Dumatätigkeit der Sozialdemokratie und der Ausnutzung der legalen Möglichkeiten besteht, *ist fast gänzlich verschwunden.* In Rußland propagiert kein Sozialdemokrat mehr diese falschen, unmarxistischen Anschauungen. Die „Wperjod"-Leute (darunter Alexinski u. a.) haben angefangen, in der „Prawda" zu arbeiten, ebenso wie die parteitreuen Menschewiki.

Die andere *Abweichung* nun, auf die im Parteibeschluß hingewiesen wird, ist eben das *Liquidatorentum.* Das geht aus dem Hinweis auf die „Negierung" der illegalen Organisation und auf die „Herabminderung" ihrer Rolle und Bedeutung klar hervor. Schließlich besitzen wir ein sehr genaues Dokument, das vor *drei Jahren* veröffentlicht und von niemandem widerrufen worden ist, ein Dokument, das von *allen* „nationalen" Marxisten und von Trotzki ausgeht (bessere Zeugen können sich die Liquidatoren gar nicht denken); dieses Dokument erklärt direkt, daß „es im Grunde genommen wünschenswert wäre, die in der Resolution genannte Strömung, die *bekämpft werden muß,* als *Liquidatorentum* zu bezeichnen . . ."

Damit haben wir die grundlegende und wichtigste Tatsache, die jedem, der sich in dem gegenwärtigen Streit zurechtfinden will, bekannt sein muß: Vor dreieinhalb Jahren hat die Partei *einstimmig* das *Liquidatorentum* als „gefährliche" Abweichung vom Marxismus anerkannt, als eine Abweichung, die man bekämpfen muß, die den *„bürgerlichen Einfluß auf das Proletariat"* zum Ausdruck bringt.

Die Interessen der Bourgeoisie, die gegen die Demokratie eingestellt und überhaupt konterrevolutionär gesinnt ist, erfordern die *Liquidierung*, die Auflösung der alten Partei des Proletariats. Die Bourgeoisie verbreitet und unterstützt auf jede Weise alle auf die *Liquidierung* der Partei der Arbeiterklasse gerichteten Ideen. Die Bourgeoisie strebt danach, die Saat der Abtrünnigkeit von den alten Aufgaben auszustreuen, diese Aufgaben „zu stutzen", zu kürzen, zu beschneiden, zu kastrieren, die Versöhnung oder Verständigung mit den Purischkewitsch und Co. an die Stelle der entschiedenen Beseitigung der Grundlagen ihrer Macht zu setzen.

Und das Liquidatorentum ist eben das Hineintragen dieser bürgerlichen Ideen der Abtrünnigkeit und des Renegatentums in das Proletariat.

Das eben ist die *klassenmäßige* Bedeutung des Liquidatorentums, wie sie durch den *einstimmig gefaßten* Parteibeschluß vor dreieinhalb Jahren dargelegt worden ist. Darin eben sieht die gesamte Partei die größte Schädlichkeit und Gefährlichkeit des Liquidatorentums, seine verderbliche Wirkung auf die Arbeiterbewegung, auf die Festigung der (in der Tat, nicht nur in Worten) selbständigen Partei der Arbeiterklasse.

Das Liquidatorentum ist nicht nur die Liquidierung (d. h. Auflösung, Zerstörung) der alten Partei der Arbeiterklasse, es ist auch die Zerstörung der *Klassenselbständigkeit* des Proletariats, die Vergiftung seines Bewußtseins mit *bürgerlichen* Ideen.

Wir werden diese Einschätzung des Liquidatorentums im nächsten Artikel anschaulich erläutern und die wichtigsten Betrachtungen des liquidatorischen „Lutsch" vollständig anführen. Jetzt aber wollen wir aus dem Gesagten kurz das Fazit ziehen. Die Versuche der Leute vom „Lutsch" im allgemeinen und der Herren Th. Dan und Potressow im besonderen, die Sache so darzustellen, als ob das ganze „Liquidatorentum" eine Erfindung sei, sind Ausflüchte, die durch ihre Verlogenheit verblüffen und von der Voraussetzung ausgehen, daß die Leser des „Lutsch" absolut nicht im Bilde sind. In Wirklichkeit gibt es außer dem

Parteibeschluß vom Jahre 1908 den *einstimmig gefaßten* Parteibeschluß vom Jahre 1910, der eine umfassende Einschätzung des Liquidatorentums als gefährliche und für die Arbeiterklasse verderbliche bürgerliche Abweichung vom proletarischen Weg gibt. Diese Einschätzung durch die Partei verheimlichen oder übergehen können nur Feinde der Arbeiterklasse.

III. DIE STELLUNG DER LIQUIDATOREN ZU DEN BESCHLÜSSEN VON 1908 UND 1910

In dem vorhergehenden Artikel („Prawda" Nr. 95 [299]) haben wir den genauen Wortlaut des einstimmig gefaßten Parteibeschlusses über das Liquidatorentum als Ausdruck des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat angeführt.

Dieser Beschluß ist, wie wir gezeigt haben, im *Januar 1910* angenommen worden. Betrachten wir also nun die Haltung jener Liquidatoren, welche den Mut haben, jetzt zu beteuern, es habe gar kein Liquidatorentum gegeben und gebe auch keines.

Im Februar 1910, in Nr. 2 der Zeitschrift „Nascha Sarja", die damals eben zu erscheinen begann, schrieb Herr Potressow direkt: *„Eine Partei* als geschlossene und organisierte Hierarchie" (d. h. als Stufenleiter oder System von „Institutionen") *„gibt es nicht"*, und man könne nicht liquidieren, *„was in Wirklichkeit* als organisiertes Ganzes *schon gar nicht mehr besteht"* (siehe S. 61 der „Nascha Sarja" Nr. 2 vom Jahre 1910).

Das wurde vier oder sogar weniger Wochen *nach* dem einstimmig gefaßten Parteibeschluß gesagt!!

Und im März 1910 unterstrich eine andere Liquidatorenzeitschrift, mit denselben Mitarbeitern: Potressow, Dan, Martynow, Jeshow, Martow, Lewizki und Co., nämlich die Zeitschrift „Wosroshdenije"[46], die Worte des Herrn Potressow und erläuterte sie in populärer Weise:

„Es gibt nichts zu liquidieren, und – fügen wir" (d. h. die Redaktion des „Wosroshdenije") „von uns aus hinzu – der Traum, diese Hierarchie in ihrer alten, illegalen Form wiederherzustellen, ist einfach eine schädliche, reaktionäre Utopie, ist ein Zeichen dafür, daß den Vertretern der einst am realsten denkenden Partei jedes politische Fingerspitzengefühl verlorengegangen ist." („Wosroshdenije", 1910, Nr. 5, S. 51.)

Eine Partei gibt es nicht, und sie wiederherstellen zu wollen ist eine schädliche Utopie – das sind klare, bestimmte Worte. Hier haben wir die klare und unumwundene Lossagung von der Partei. Losgesagt haben sich die Leute (und die Arbeiter aufgefordert, sich loszusagen), die die Illegalität aufgegeben und von der legalen Partei „geträumt" haben.

Diese Absage an die Illegalität unterstützte ferner durchaus bestimmt und offen P. B. Axelrod im Jahre 1912 sowohl im „Newski Golos"[45] (1912, Nr. 6) als auch in der „Nascha Sarja" (Nr. 6, 1912).

„Will man bei dieser Sachlage von einem Aufheben jeder Fraktionsspaltung sprechen", schrieb P. B. Axelrod, „so tut man es dem Vogel Strauß gleich, so betrügt man sich selbst und andere." „Die Bildung einer festen Fraktion erscheint als direkte Pflicht und dringende Aufgabe der Freunde einer Parteireform oder, genauer, einer Parteirevolution."

P. B. Axelrod also ist direkt für eine *Parteirevolution*, das heißt für die Vernichtung der alten Partei und für die Gründung einer neuen Partei.

Im Jahre 1913 wurde in Nr. 101 des „Lutsch" in einem nicht gezeichneten redaktionellen Leitartikel offen gesagt, daß „hier und da in den Kreisen der Arbeiterschaft die Sympathien für die Illegalität sogar wieder lebendiger und stärker" werden und daß das *„eine betrübliche Tatsache"* sei. Der Verfasser dieses Artikels, L. Sedow, gab selber zu, daß dieser Artikel sogar unter den Anhängern der Taktik des „Lutsch" „Unzufriedenheit hervorgerufen hat" („Nascha Sarja", 1913, Nr. 3, S. 49). Dabei waren die Erklärungen L. Sedows selbst so geartet, daß sie neuerdings die Unzufriedenheit eines Anhängers des „Lutsch" hervorriefen, nämlich die von An, der in Nr. 181 des „Lutsch" gegen Sedow schreibt. An protestiert gegen die These Sedows, daß „die Illegalität ein Hindernis bildet für die politische Formierung unserer Bewegung, für den Aufbau der sozialdemokratischen Arbeiterpartei". An macht sich über L. Sedow lustig, bei dem es „unbestimmt" bleibe, ob die Illegalität wünschenswert sei.

Die Redaktion des „Lutsch" fügte dem Artikel Ans ein umfangreiches Nachwort bei, in welchem sie sich *für Sedow* ausspricht und feststellt, daß An „mit der Kritik an L. Sedow nicht recht hat".

Wir werden an passender Stelle sowohl die Betrachtungen der Redaktion des „Lutsch" als auch die liquidatorischen Fehler bei An selber untersuchen. Hier geht es nicht darum. Hier kommt es darauf an, daß

wir aufmerksam die grundlegende und wichtigste Schlußfolgerung aus den von uns angeführten Dokumenten einschätzen.*

Die gesamte Partei verurteilt und lehnt das Liquidatorentum sowohl 1908 als auch 1910 ab, wobei sie bis ins einzelne und deutlich erklärt, worin der Klassenursprung und die Gefährlichkeit dieser Strömung bestehen. *Alle* Zeitungen und Zeitschriften der Liquidatoren, sowohl das „Wosroshdenije" (1909/1910) als auch die „Nascha Sarja" (1910–1913), der „Newski Golos" (1912) wie auch der „Lutsch" (1912/1913)**, sie *alle* wiederholen – *nach* den allerbestimmtesten und sogar einstimmig gefaßten Parteibeschlüssen – Gedanken und Überlegungen, welche *offenkundiges* Liquidatorentum enthalten.

Sogar Anhänger des „Lutsch" waren genötigt zu erklären, daß sie mit diesen Betrachtungen, mit dieser Propaganda nicht einverstanden seien.

* Im Sammelband „Marxismus und Liquidatorentum" hat Lenin diesen Absatz bis zu dem Wort „grundlegende" durch den folgenden Text ersetzt (nach dem Manuskript):

„In Nr. 8 der ‚Shiwaja Shisn' (vom 19. Juli 1913) schreibt W. Sassulitsch, wobei sie Dutzende liquidatorischer Betrachtungen wiederholt: ‚Es ist schwer zu sagen, ob die neue Organisation (die Partei der Sozialdemokraten) ... die Arbeit unterstützt oder gehemmt hat.' Diese Worte sind selbstverständlich gleichbedeutend mit der Lossagung von der Partei. W. Sassulitsch rechtfertigt die Flucht aus der Partei, wenn sie sagt: Die Organisationen verödeten, ‚weil es zu jenem Zeitpunkt dort nichts zu tun gab'. W. S. stellt eine rein anarchistische Theorie von der ‚breiten Schicht' *an Stelle* der Partei auf. Die eingehende Analyse dieser Theorie wurde in Nr. 9 des ‚Prosweschtschenije' von 1913 gegeben. (Siehe den vorliegenden Band, S. 385–407. *Die Red.*)

Worin besteht nun die ..." *Die Red.*

** Im Sammelband „Marxismus und Liquidatorentum" ist hinzugefügt: „und die ‚Nowaja Rabotschaja Gaseta' (1913/1914)" mit der folgenden Fußnote:

„Siehe zum Beispiel den Neujahrsleitartikel in Nr. 1 der ‚Nowaja Rabotschaja Gaseta' von 1914: ‚Der Weg zur legalen politischen Partei der Aktion ist gleichzeitig der Weg zur Einheit der Partei' (zur Einheit der Erbauer einer legalen Partei?). Oder in Nr. 5 von 1914: ‚Die Überwindung (aller Hindernisse auf dem Weg zur Organisierung von Arbeiterkongressen) ist eben nichts anderes als der eigentliche Kampf für die Koalitionsfreiheit, d. h. für die Legalität der Arbeiterbewegung, die eng verbunden ist mit dem Kampf für die legale Existenz der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.'" *Die Red.*

Das ist eine Tatsache. Folglich ist das Geschrei über die „Hetze" gegen die Liquidatoren, wie es Trotzki, Semkowski und viele andere Beschützer des Liquidatorentums anstimmen, direkt gewissenlos; denn das ist eine himmelschreiende Verdrehung der Wahrheit.

Die Wahrheit, die durch die von mir angeführten Dokumente aus mehr als *fünf* Jahren (1908–1913) bewiesen worden ist, besteht darin, daß die Liquidatoren allen Parteibeschlüssen zum Hohn fortfahren, die Partei, d. h. die „Illegalität", zu schmähen und gegen sie zu hetzen.

Jeder Arbeiter, der den Willen hat, diese strittigen und brennenden Fragen der Partei *selbst* mit allem Ernst zu untersuchen, diese Fragen *selbst* zu entscheiden, muß sich vor allem diese Wahrheit zu eigen machen, indem er zu diesem Zweck selbständig darangeht, die angeführten Parteibeschlüsse und die Betrachtungen der Liquidatoren zu studieren und zu prüfen. Nur der verdient den Namen Parteimitglied und Erbauer der Arbeiterpartei, der die Probleme und Geschicke seiner Partei aufmerksam studiert, durchdenkt und selbständig entscheidet. Man darf sich nicht gleichgültig zu der Frage verhalten, ob die Partei sich der „Hetze" (d. h. allzu scharfer und unrichtiger Angriffe) gegen die Liquidatoren „schuldig" gemacht hat *oder* ob die Liquidatoren der *direkten Verletzung* der Parteibeschlüsse, der *hartnäckigen Propaganda der Liquidation, d. h. der Zerstörung* der Partei schuldig sind.

Es ist klar, daß die Partei nicht existieren kann, wenn sie nicht aus allen Kräften die Zerstörer der Partei bekämpft.

Nachdem wir zu dieser grundlegenden Frage die Dokumente angeführt haben, wollen wir im nächsten Artikel zur Einschätzung des *ideologischen* Inhalts der Propaganda der *„legalen Partei"* übergehen.

IV. DIE KLASSENMÄSSIGE BEDEUTUNG DES LIQUIDATORENTUMS

Wir haben in den vorhergehenden Artikeln („Prawda" Nr. 289, 299 und 314) gezeigt, daß alle Marxisten sowohl im Jahre 1908 als auch im Jahre 1910 unwiderruflich das Liquidatorentum als Lossagung von der Vergangenheit verurteilt haben. Die Marxisten haben der Arbeiterklasse klargemacht, daß das Liquidatorentum das Hineintragen des bürgerlichen

Einflusses in das Proletariat ist. Aber *alle* liquidatorischen Publikationen von 1909 bis 1913 verstießen und verstoßen in unerhörter Weise gegen die Beschlüsse der Marxisten.

Betrachten wir die Losung „legale Arbeiterpartei" oder „Kampf für die legale Partei", welche die Liquidatoren im „Lutsch" und in der „Nascha Sarja" bis zum heutigen Tag verteidigen.

Ist das eine marxistische, proletarische Losung oder eine liberale, bürgerliche?

Die Antwort auf diese Frage darf man nicht in den Absichten und in den Plänen der Liquidatoren oder anderer Gruppen suchen, sondern muß sie in der Analyse des Verhältnisses der sozialen Kräfte Rußlands in der gegenwärtigen Epoche suchen. Die Bedeutung von Losungen wird nicht durch die Absichten ihrer Verfasser, sondern eben durch das Kräfteverhältnis *aller* Klassen des Landes bestimmt.

Die fronherrlichen Gutsbesitzer und *ihre* „Bürokratie" stehen jedweden Änderungen im Sinne der politischen Freiheit feindlich gegenüber. Das ist verständlich. Die Bourgeoisie kann gemäß ihrer ökonomischen Lage in einem rückständigen und halbfeudalen Land *nicht umhin*, nach Freiheit zu streben. Aber die Bourgeoisie fürchtet die Aktivität des Volkes *mehr* als die Reaktion. Gerade diese Wahrheit hat anschaulich das Jahr 1905 bewiesen; die Arbeiterklasse hat sie trefflich verstanden; nicht verstanden haben sie lediglich die opportunistischen und die halbliberalen Intellektuellen.

Die Bourgeoisie ist liberal und konterrevolutionär. Daher ihr geradezu lächerlich kraftloser und kläglicher *Reformismus*. Träume von Reformen und – Angst, mit den Fronherren ernstlich abzurechnen, die nicht nur keine Reformen gewähren, sondern sogar die schon gewährten zurücknehmen. Propagierung von Reformen und – Angst vor der Volksbewegung. Das Bestreben, die Fronherren zu verdrängen, und – Angst, *ihre* Hilfe zu verlieren; Angst, die *eigenen* Privilegien zu verlieren. Auf diesem Klassenverhältnis ist das System vom 3. Juni aufgebaut, das den Fronherren die gesamte Macht und der Bourgeoisie Privilegien gibt.

Für das Proletariat ist infolge seiner Klassenlage die Möglichkeit völlig ausgeschlossen, Privilegien mit irgend jemandem „zu teilen" oder ihren Verlust durch wen auch immer *zu fürchten*. Darum ist der eigennützig-beschränkte, armselige und stumpfsinnige Reformismus dem Proletariat gänzlich fremd. Die bäuerliche Masse hingegen, die einerseits maßlos

unterdrückt ist und anstatt Privilegien die Hungersnot vor sich sieht, die anderseits aber unbedingt kleinbürgerlich ist, schwankt unvermeidlich zwischen den Liberalen und den Arbeitern.

Das ist die objektive Lage.

Aus dieser Lage ergibt sich ganz augenscheinlich, daß die Losung der legalen Arbeiterpartei ihrer klassenmäßigen Herkunft nach die Losung der konterrevolutionären Liberalen ist. Sie enthält nichts als Reformismus; weder eine Andeutung, daß das Proletariat, die einzige konsequent demokratische Klasse, seine Aufgabe – Kampf gegen die Liberalen um den Einfluß auf die gesamte Demokratie – erkennt; noch einen Gedanken an die Beseitigung der Grundlage jeglicher Privilegien der Fronherren, der „Bürokratie" usw.; noch einen Gedanken an die allgemeinen Grundlagen der politischen Freiheit und die demokratische Verfassung; dafür enthält sie aber eine stillschweigende Absage an das Alte und folglich Renegatentum und Auflösung (Liquidierung) der Arbeiterpartei.

Kurz gesagt: Diese Losung trägt in die Reihen der Arbeiter in der Epoche der Konterrevolution die *Propaganda eben dessen*, was die liberale Bourgeoisie in ihren eigenen Reihen *tut*. Darum *müßten* die klugen bürgerlichen Progressisten, wenn es keine Liquidatoren gäbe, Intellektuelle suchen oder in Sold nehmen, damit sie eine solche Propaganda in die Arbeiterklasse hineintragen!

Nur Leute, die nicht zu denken verstehen, können die *Worte* der Liquidatoren mit den *Motiven* der Liquidatoren vergleichen. Man muß ihre *Worte* mit den *Taten* und der objektiven Lage der liberalen Bourgeoisie vergleichen.

Schauen wir uns diese *Taten* an. Im Jahre 1902 ist die Bourgeoisie *für* die Illegalität. Struve wird von ihr ausgeschickt, um die illegale Zeitschrift „Oswoboshdenije" [Die Befreiung] herauszugeben. Als die Arbeiterbewegung zum 17. Oktober führt, lassen die Liberalen und Kadetten die illegale Arbeit im Stich, und dann sagen sie sich von ihr los, erklären sie für überflüssig, sinnlos, für Sünde und Gottlosigkeit („Wechi")*. *An die*

* Im Sammelband „Marxismus und Liquidatorentum" ist das Wort „Wechi" ausgelassen und die folgende Fußnote eingefügt:

„Es gibt ein bemerkenswertes Buch – ‚Wechi', das eine Menge Auflagen erlebt hat und einen ausgezeichneten Überblick über diese Ideen des konterrevolutionären Liberalismus bietet." *Die Red.*

Stelle der Illegalität tritt bei der liberalen Bourgeoisie *der Kampf für die legale Partei*. Das ist eine geschichtliche Tatsache, die durch die unermüdlichen Versuche der Kadetten (1905–1907) und der Progressisten (1913), ihre Partei zu legalisieren, bestätigt wird.

Bei den Kadetten sehen wir die „legale Arbeit und ihre geheime Organisation"; der gutmütige, d. h. unbewußte Liquidator A. Wlassow hat nur mit „eigenen Worten" die Praxis der Kadetten wiedergegeben.

Warum haben sich denn die Liberalen von der Illegalität losgesagt und die Losung des „Kampfes für die legale Partei" aufgenommen? Doch nicht deshalb, weil Struve ein Verräter ist? Nein. Gerade umgekehrt. Struve ist übergewechselt, weil die ganze Bourgeoisie eine Wendung vollzogen hat. Und sie hat eine Wendung vollzogen, 1. weil sie am 11. Dezember 1905[46] Privilegien bekommen hatte und ihr selbst am 3. Juni 1907 die Stellung einer *geduldeten* Opposition eingeräumt wurde; und 2. weil sie selbst vor der Volksbewegung zu Tode erschrocken war. Die Losung „Kampf für die legale Partei" heißt, aus der „hohen Politik" in eine einfache und verständliche Sprache übersetzt, eben folgendes:

Ihr Herren Gutsbesitzer! Glaubt nicht, daß wir euch verdrängen wollen. Nein. Rückt nur ein bißchen zusammen, damit auch wir, die Bourgeois, sitzen können (die legale Partei); wir werden euch dann fünfmal „klüger", schlauer, „wissenschaftlicher" verteidigen als die Timoschkin und Sablers Popen.[47]

Dem Beispiel der Kadetten folgend, haben die Kleinbürger, die Volkstümler, die Losung des „Kampfes für die legale Partei" aufgegriffen. Im August 1906 sagen sich Herr Peschechonow und Co. vom „Russkoje Bogatstwo" von der Illegalität los, verkünden den „Kampf für die legale Partei" und streichen aus ihrem Programm die konsequent-demokratischen, „illegalen" Losungen.

Im Ergebnis des reformistischen Geschwätzes dieser Kleinbürger über eine „breite und legale Partei" sind sie, wie jedermann sieht, *ohne jede* Partei, *ohne jegliche* Verbindung mit den Massen geblieben; und die Kadetten haben es sogar aufgegeben, an eine solche Verbindung auch nur im Traum zu denken.

So und nur so, durch die Analyse der Klassenlage, durch die allgemeine Geschichte der Konterrevolution kann man *zum Verständnis* des Liquidatorentums kommen. Die Liquidatoren sind kleinbürgerliche Intellek-

tuelle, die von der Bourgeoisie ausgeschickt sind, um die liberale Demoralisation in die Reihen der Arbeiter zu tragen. Die Liquidatoren sind Verräter am Marxismus und Verräter an der Demokratie. Die Losung des „Kampfes für die legale Partei" ist bei ihnen (wie auch bei den Liberalen und bei den Volkstümlern) die Tarnung ihrer Lossagung von der Vergangenheit und ihres *Bruchs mit der Arbeiterklasse*. Das ist eine Tatsache, die sowohl durch die Wahlen in der Arbeiterkurie zur IV. Duma als auch durch die Geschichte des Entstehens der Arbeiterzeitung „Prawda" bewiesen worden ist. Verbindung mit den Massen haben, für alle offenkundig, nur diejenigen, die sich von der Vergangenheit nicht losgesagt und ausschließlich in *ihrem* Geiste, zu ihrer Stärkung, Festigung und Entwicklung, die „legale Arbeit" und alle „Möglichkeiten" auszunutzen verstanden haben.

In der Epoche des Systems vom 3. Juni konnte das auch gar nicht anders sein.

Über die „Beschneidung" des Programms und der Taktik durch die Liquidatoren (d. h. durch die Liberalen) werden wir im nächsten Artikel sprechen.

V. DIE LOSUNG DES „KAMPFES FÜR DIE LEGALE PARTEI"

In dem vorhergehenden Artikel („Prawda" Nr. 122) haben wir die objektive, d. h. durch die Klassenverhältnisse bestimmte Bedeutung der Losung „legale Partei" oder „Kampf für die legale Partei" untersucht. Diese Losung ist die sklavische Wiederholung der Taktik der Bourgeoisie, für die sie der richtige Ausdruck ihrer Absage an die Revolution oder ihres konterrevolutionären Wesens ist.

Betrachten wir nun einige bei den Liquidatoren besonders beliebte Methoden bei dem Versuch, die Losung des „Kampfes für die legale Partei" zu verteidigen. Sowohl Majewski als auch Sedow und Dan sowie alle Leute vom „Lutsch" sind bestrebt, die legale *Partei* und die legale Arbeit oder *Tätigkeit* in einen Topf zu werfen. Eine solche Vermengung ist direkt Sophistik, Gaukelei, Betrug an den Lesern.

Erstens ist die legale Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Periode 1904–1913 eine *Tatsache*. Die legale Partei ist eine *Phrase* von Intellek-

tuellen, die die Lossagung von der Partei bemäntelt. Zweitens hat die Partei wiederholt das Liquidatorentum, d. h. die Losung der legalen Partei, verurteilt. Die legale Tätigkeit jedoch hat die Partei nicht nur nicht verurteilt, sondern sie hat im Gegenteil diejenigen verurteilt, die sie aufgeben oder sie ablehnen. Drittens war in den Jahren 1904–1907 die legale Tätigkeit bei *allen* Sozialdemokraten *besonders* stark entwickelt. Aber *nicht eine einzige* Strömung, *nicht eine einzige* Fraktion der Sozialdemokraten hat damals die Losung des „Kampfes für die legale Partei" aufgestellt!

Das ist eine historische Tatsache. Über sie müssen diejenigen nachdenken, die das Liquidatorentum *verstehen* wollen.

Hat etwa das Fehlen der Losung des „Kampfes für die legale Partei" die legale Tätigkeit in den Jahren 1904–1907 behindert? Nicht im geringsten.

Weshalb ist *damals* bei den Sozialdemokraten eine derartige Losung nicht aufgetaucht? Eben deshalb, weil damals die Konterrevolution noch nicht hemmungslos wütete, die einen Teil der Sozialdemokraten zu einem Opportunismus höchsten Grades verleitet hat. Damals war es *allzu klar*, daß die Losung des „Kampfes für die legale Partei" eine opportunistische Phrase, daß sie die Lossagung von der „Illegalität" ist.

Versuchen Sie doch, meine Herren, in den Sinn dieses historischen Umschwungs einzudringen: In der Epoche von 1905, als sich die legale Tätigkeit glänzend entwickelte, gab es *keine* Losung des „Kampfes für die legale Partei"; in der Epoche der Konterrevolution, da sich die legale Tätigkeit viel schwächer entwickelt, taucht bei einem Teil der Sozialdemokraten (nach dem Vorbild der Bourgeoisie) die Losung auf: Lossagung von der „Illegalität" und „Kampf für die legale Partei".

Kann denn da der Sinn und die klassenmäßige Bedeutung eines solchen Umschwungs noch unklar sein?

Schließlich der vierte und wichtigste Umstand. Legale Tätigkeit ist möglich (und wird auch betrieben) auf *zweierlei* Art, in zwei diametral entgegengesetzten Richtungen: einmal so, daß sie zur Verteidigung des Alten und ganz *in* seinem *Geiste* und *im Namen* seiner Losungen und seiner Taktik betrieben wird, und einmal so, daß sie *gegen* das Alte gerichtet wird im Namen seiner Preisgabe, der Schmälerung seiner Rolle, seiner Losungen und so weiter.

Das Vorhandensein dieser beiden, einander prinzipiell feindlich und unversöhnlich gegenüberstehenden Arten der legalen Tätigkeit ist eine ganz unstrittige historische Tatsache für die Epoche von 1906 (die Kadetten und Herr Peschechonow und Co.) bis 1913 („Lutsch", „Nascha Sarja"). Kann man also, ohne zu lächeln, so einem Einfaltspinsel (oder einem Menschen, der zeitweilig den Einfaltspinsel spielt) zuhören, wenn er sagt: Was gibt es denn da zu streiten, wenn doch sowohl die einen als auch die anderen eine legale Tätigkeit ausüben? Aber gerade darum geht hier der Streit, mein Bester, ob diese Tätigkeit zur Verteidigung der „Illegalität" und in ihrem Geiste oder ob sie im Sinne ihrer Schmälerung, gegen sie und nicht in ihrem Geiste geführt werden soll! Der Streit geht nur – alles in allem „*nur!*" – darum, ob die gegebene legale Arbeit im liberalen oder im konsequent-demokratischen Geiste durchgeführt wird. Der Streit geht „nur" darum, ob es möglich ist, sich auf die legale Arbeit zu *beschränken*: Erinnern Sie sich an den Herrn Liberalen Struve, der sich im Jahre 1902 nicht auf sie beschränkte und sich in den Jahren 1906–1913 völlig darauf „beschränkt" hat!

Unsere Liquidatoren vom „Lutsch" können ganz und gar nicht verstehen, daß die Losung des „Kampfes für die legale Partei" das Hineintragen von liberalen (Struveschen) Ideen in die Arbeiterklasse ist, die mit Fetzen „beinahe-marxistischer" Worte ausstaffiert sind.

Oder man nehme die Betrachtungen der Redaktion des „Lutsch" selbst in ihrer Antwort an An (Nr. 181):

„Die Sozialdemokratische Partei erschöpft sich nicht in jenen wenigen Genossen, welche die Wirklichkeit zwingt, illegal zu arbeiten. Denn wenn *die Partei* in der illegalen Organisation erschöpft wäre, wieviel Mitglieder würde sie dann zählen? Zweihundert, dreihundert? Wohin soll man dann aber die Tausende, wenn nicht Zehntausende von Arbeitern zählen, die faktisch die ganze sozialdemokratische Arbeit auf ihren Schultern tragen?"

Einem denkenden Menschen genügt allein diese Überlegung, um ihre Verfasser als Liberale zu erkennen. Erstens sagen sie wissentlich die Unwahrheit über die „illegale Organisation": es sind keineswegs „Hunderte". Zweitens ist überall in der Welt die Zahl der Parteimitglieder „*eng*" im Vergleich zu der Zahl der Arbeiter, die sozialdemokratische Arbeit leisten. So sind zum Beispiel in Deutschland in der Sozialdemokratischen Partei nur 1 Million Mitglieder, doch stimmen für die Sozial-

demokraten ungefähr 5 Millionen, Proletarier aber gibt es ca. 15 Millionen. Das Verhältnis der Mitgliederzahl der Partei zur Zahl der Sozialdemokraten wird in den verschiedenen Ländern durch die Verschiedenheit der historischen Bedingungen bestimmt. Drittens gibt es bei uns *nichts* anderes, was die „Illegalität" ersetzen könnte. Das heißt, der „Lutsch" beruft sich *gegen* die Partei auf die *parteilosen* oder *außerhalb der Partei stehenden* Arbeiter. Das ist eben die übliche Methode eines Liberalen, der bestrebt ist, die Masse von ihrem *bewußten* Vortrupp abzuspalten. Der „Lutsch" versteht das Verhältnis zwischen *Partei* und *Klasse* nicht, wie es auch die „Ökonomisten" der Jahre 1895–1901 nicht verstanden haben. Viertens ist die „sozialdemokratische Arbeit" bei uns vorläufig nur dann eine wirklich *sozialdemokratische* Arbeit, wenn sie *im Geiste* des Alten, im Sinne seiner Losungen geführt wird.

Die Betrachtungen des „Lutsch" sind die Betrachtungen liberaler Intellektueller, die, weil sie nicht der wirklich existierenden Parteiorganisation angehören wollen, diese Organisation dadurch zu *zerstören* suchen, daß sie die parteilose, zersplitterte, wenig bewußte Menge gegen sie aufhetzen. So gehen auch die deutschen Liberalen vor, die da sagen, die Sozialdemokraten verträten nicht das Proletariat, da „nur" der fünfzehnte Teil in ihrer „Partei" sei!

Man nehme eine noch gebräuchlichere Betrachtung des „Lutsch": „Wir" sind für eine legale Partei „so wie in Europa". Die Liberalen und die Liquidatoren wollen eine Verfassung und eine legale Partei „wie in Europa" *heute*; aber sie wollen den Weg nicht, auf dem Europa zu diesem Heute gelangt ist.

Der Liquidator und Bundist Kossowski belehrt uns im „Lutsch" am Beispiel der Österreicher. Er vergißt nur, daß die Österreicher *seit dem Jahre 1867* eine Verfassung haben und daß diese nicht möglich war 1. ohne die Bewegung des Jahres 1848, 2. ohne die tiefgehende Staatskrise der Jahre 1859–1866, als die *Schwäche* der Arbeiterklasse es Bismarck und Co. gestattete, sich durch die berüchtigte „Revolution von oben" *aus der Affäre zu ziehen*. Was ergibt sich nun aus diesen Belehrungen Kossowskis, Dans, Larins und aller Leute vom „Lutsch"?

Nur das eine, daß sie die Lösung unserer Krise *unbedingt* im Sinne einer „Revolution von oben" unterstützen! Aber eine derartige Arbeit *ist* eben die „Arbeit" einer Stolypinschen Arbeiterpartei.

Wohin wir auch schauen, überall sehen wir bei den Liquidatoren die Lossagung sowohl vom Marxismus als auch von der Demokratie.

Im folgenden Artikel wollen wir im einzelnen ihre Betrachtungen über die Notwendigkeit, unsere sozialdemokratischen Losungen zu beschneiden, untersuchen.

VI

Wir wollen jetzt untersuchen, wie die Liquidatoren die marxistischen Losungen beschneiden. Am besten wäre es, zu diesem Zweck die Beschlüsse ihrer Augustkonferenz zu nehmen, doch ist aus verständlichen Gründen die Behandlung dieser Beschlüsse nur in der im Ausland erscheinenden Presse möglich. Hier muß man eben den „Lutsch" nehmen, der in einem Artikel von L. S.[48] (Nr. 108 [194]) eine bemerkenswert genaue Darlegung des ganzen Wesens und Geistes des Liquidatorentums gibt.

Herr L. S. schreibt:

„Der Abgeordnete Muranow erkennt einstweilen nur drei Teilforderungen an, die drei Grundpfeiler, auf denen bekanntlich die Wahlplattform der Leninisten begründet war: vollständige Demokratisierung der Staatsordnung, Achtstundentag und Übergabe des Grund und Bodens an die Bauern. Auf diesem Standpunkt verharrt auch die ‚Prawda'. Wir indessen, wie auch die gesamte europäische Sozialdemokratie" (lies: „wir wie auch Miljukow, der versichert, es gebe bei uns, Gott sei Dank, eine Verfassung"), „sehen in dem Aufstellen von Teilforderungen ein Agitationsmittel, das nur dann Erfolg haben kann, wenn es mit dem tagtäglichen Kampf der Arbeitermasse in Einklang steht. Nur das, was einerseits prinzipielle Bedeutung für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung hat, anderseits aber für die Massen aktuell werden kann, halten wir für möglich, als eine Teilforderung aufzustellen, die im gegebenen Moment die Aufmerksamkeit der Sozialdemokratie auf sich konzentrieren muß. Von den drei Forderungen, die die ‚Prawda' stellt, spielt nur eine – der Achtstundentag – im Tageskampf der Arbeiter eine Rolle und kann eine Rolle spielen. Die beiden anderen Forderungen können im gegebenen Augenblick als Gegenstand der Propaganda, nicht aber als Gegenstand der Agitation dienen. Über den Unterschied zwischen Propaganda und Agitation siehe die glänzenden Seiten in der Broschüre ‚Der Kampf gegen die Hungersnot' von G. W. Plechanow" (L. S. hat das Falsche erwischt: es „schmerzt" ihn, sich an die Polemik Plechanows in den Jahren 1899–1902 mit den „Ökonomisten" zu erinnern, von denen L. S. abschreibt!)

„Außer dem Achtstundentag ist eine solche Teilforderung, die sowohl durch die Erfordernisse der Arbeiterbewegung als auch durch den ganzen Verlauf des russischen Lebens erhoben wird, die Forderung nach Koalitionsfreiheit, nach Freiheit jeglicher Organisation samt der damit zusammenhängenden Versammlungsfreiheit und der Freiheit des gesprochenen und gedruckten Wortes."

Da haben Sie die Taktik der Liquidatoren. Beachten Sie bitte, „aktuell für die Massen" und „durch die Erfordernisse der Arbeiterbewegung" sowie „durch den ganzen Verlauf des russischen Lebens" notwendig gemacht ist *weder* das, was L. S. mit den Worten „vollständige Demokratisierung usw." umschreibt, *noch* das, was er „Übergabe des Grund und Bodens an die Bauern" nennt!! Wie alt sind diese Betrachtungen und wie bekannt sind sie denjenigen, die sich der *Geschichte* der russischen marxistischen Praxis erinnern, ihres langjährigen Kampfes gegen die „Ökonomisten", welche sich von den Aufgaben der Demokratie lossagten! Wieviel Talent beweist doch der „Lutsch" beim Abschreiben der Anschauungen Prokopowitschs und der Kuskowa, die *damals* versuchten, die Arbeiter auf den liberalen Weg mitzuziehen!

Doch untersuchen wir die Betrachtungen des „Lutsch" aufmerksamer. Vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes sind diese Betrachtungen geradezu etwas Verrücktes. Kann man denn wirklich, ohne von Sinnen zu sein, behaupten, daß die genannte „bäuerliche" (d. h. auf den Vorteil der Bauern abzielende) Forderung „für die Massen" *nicht* „aktuell" sei, daß sie *nicht* „durch die Erfordernisse der Arbeiterbewegung und durch den ganzen Verlauf des russischen Lebens" „erhoben" werde? Das ist nicht bloß eine Unwahrheit, das ist himmelschreiender Unsinn. Die ganze Geschichte des 19. Jahrhunderts in Rußland, der ganze „Verlauf des russischen Lebens" *haben* diese Frage *in den Vordergrund gerückt, haben* sie aktuell und höchst aktuell *gemacht*, und das hat sich auch in der *ganzen* Gesetzgebung Rußlands widergespiegelt. Wie konnte der „Lutsch" zu solch einer ungeheuerlichen Unwahrheit kommen?

Er mußte dahin kommen, denn der „Lutsch" hat sich der *liberalen* Politik unterworfen, die Liberalen aber sind sich selbst treu, wenn sie die bäuerliche Forderung ablehnen (oder sie beiseite schieben – wie es der „Lutsch" tut). Die liberale Bourgeoisie tut das, weil ihre *Klassen*lage sie zwingt, sich bei den Gutsbesitzern lieb Kind zu machen und gegen die Volksbewegung zu sein.

Der „Lutsch" tischt den Arbeitern die Ideen der liberalen Gutsbesitzer auf und begeht Verrat an der demokratischen Bauernschaft.

Weiter. Ist denn nur die Koalitionsfreiheit „aktuell"? Was ist mit der Unantastbarkeit der Person? mit der Beseitigung der Eigenmächtigkeit der Beamten und der Willkür? mit dem allgemeinen usw. Wahlrecht? mit dem Einkammersystem usw.? Jeder denkende Arbeiter, jeder, der die jüngste Vergangenheit kennt, weiß ausgezeichnet, daß das alles aktuell ist. In Tausenden Artikeln und Reden geben alle Liberalen zu, daß all das aktuell ist. Warum aber hat der „Lutsch" nur die *eine*, wenn auch wichtigste *von den Freiheiten* für aktuell erklärt und die Grundbedingungen der politischen Freiheit, der Demokratie und der konstitutionellen Ordnung gestrichen, zurückgestellt, ins „Propaganda"archiv abgelegt, aus der Agitation herausgenommen?

Deshalb und nur deshalb, weil der „Lutsch" nichts annimmt, was *für die Liberalen unannehmbar ist.*

Vom Standpunkt der aktuellen Bedeutung der Erfordernisse der Arbeiterbewegung und des Verlaufs des russischen Lebens für die Massen *gibt es keinen* Unterschied zwischen den drei Forderungen Muranows und der „Prawda" (sagen wir der Kürze halber: Forderungen der konsequenten Marxisten). Sowohl die Forderungen der Arbeiter als auch die der Bauern sowie die allgemein-politischen Forderungen sind für die Massen *gleich* aktuell und werden *gleicherweise* sowohl durch die Erfordernisse der Arbeiterbewegung als auch durch den „ganzen Verlauf des russischen Lebens" gestellt. Vom Standpunkt der bei unserem Anbeter der Mäßigung und Akkuratesse so beliebten „Teilforderungen" sind alle drei Forderungen ebenfalls gleich: sie sind „Teil"forderungen im Hinblick auf das Endziel, doch sind sie sehr hohe Forderungen im Hinblick beispielsweise auf „Europa" überhaupt.

Warum also nimmt der „Lutsch" den Achtstundentag an und lehnt das übrige ab? Warum entschied er *an Stelle* der Arbeiter, daß der Achtstundentag in ihrem Tageskampf eine „Rolle spielt", die allgemein-politische und die bäuerliche Forderung aber *nicht* eine solche Rolle spielen? Die Tatsachen sagen uns einerseits, daß die Arbeiter im täglichen Kampf sowohl die allgemein-politische als auch die bäuerliche Forderung stellen – anderseits aber, daß sie häufig für eine bescheidenere Verkürzung des Arbeitstages *kämpfen.*

Worum handelt es sich also?

Es handelt sich um den Reformismus des „Lutsch", der diese seine liberale Beschränktheit gewohnheitsmäßig auf die „Massen", auf den „Verlauf der Geschichte" usw. *abwälzt.*

Der Reformismus besteht überhaupt darin, daß man sich darauf beschränkt, für Änderungen zu agitieren, die nicht die Beseitigung der Hauptgrundlagen der alten, herrschenden Klasse erfordern – Änderungen, die mit der *Erhaltung* dieser Grundlagen *vereinbar* sind. Der Achtstundentag ist mit der Erhaltung der Macht des Kapitals vereinbar. Die russischen Liberalen sind, um die Arbeiter zu gewinnen, selber bereit, diese Forderung („nach Möglichkeit") zu unterschreiben. Die Forderungen aber, für die der „Lutsch" nicht „agitieren" will, sind *unvereinbar* mit der Erhaltung der Grundlagen der vorkapitalistischen, der leibeigenschaftlichen Epoche.

Der „Lutsch" wirft aus der Agitation gerade das hinaus, was für die Liberalen unannehmbar ist, die nicht die Beseitigung der Macht der Gutsbesitzer, sondern nur die Teilung der Macht und der Privilegien wünschen. Der „Lutsch" wirft gerade das hinaus, was mit dem Standpunkt des Reformismus unvereinbar ist.

Da liegt der Hund begraben.

Weder Muranow noch die „Prawda" noch alle Marxisten lehnen Teilforderungen ab. Das ist Unsinn. Ein Beispiel: die Sozialversicherung. Wir lehnen den *Betrug* ab, der mit dem Geschwätz von Teilforderungen, mit dem *Reformismus,* am Volk begangen wird. Wir lehnen den *liberalen Reformismus* im heutigen Rußland ab, weil er utopisch, eigennützig-verlogen, auf konstitutionellen Illusionen aufgebaut und vom Geist der Kriecherei vor den Gutsbesitzern durchdrungen ist. Darum eben geht es, und das versucht der „Lutsch" durch Phrasen über „Teilforderungen" überhaupt zu entstellen und zu verbergen, obgleich er selbst zugibt, daß sowohl Muranow als auch die „Prawda" gewisse „Teilforderungen" nicht ablehnen.

Der „Lutsch" beschneidet die marxistischen Losungen, zwängt sie in das enge, reformistische, liberale Maß und bringt auf diese Weise bürgerliche Ideen in die Arbeiterschaft.

Der Kampf der Marxisten gegen die Liquidatoren ist nichts anderes als der Ausdruck des Kampfes der fortgeschrittenen Arbeiter gegen die liberalen Bourgeois um den Einfluß auf die Volksmassen, um ihre politische Aufklärung und Erziehung.

AN M. S. OLMINSKI

An Gen. Witimski

Lieber Kollege! Zuerst einmal muß ich Sie zu Ihren beiden meiner Ansicht nach *besonders* gelungenen Artikeln beglückwünschen: über die Liberalen und die Beratung der „Prawda" und des „Lutsch" mit den liberalen Redakteuren sowie in Nr. 123 über die „Prawda".[49]

Was die von Ihnen aufgeworfene Frage bezüglich Ans und Wlassows betrifft, so kann ich Ihnen nicht zustimmen. Meiner Ansicht nach haben Sie nach dem an der *Oberfläche*, auf der Hand Liegenden, sofort Sichtbaren geurteilt und sind im Begriff, das Wichtigere, Grundlegende zu vergessen. Das ist äußerst gefährlich.

An und Wlassow „schießen gegen die Redaktion des ‚Lutsch'", schreiben Sie und konstatieren: „das ist nicht ausgenutzt worden".

Da haben Sie nicht recht. An und Wlassow *akzeptieren* vom „Lutsch" *das Grundlegende*, nämlich die Losung des „Kampfes für die legale Partei" oder die Losung des Friedens (oder der Einheit) mit den Liquidatoren. *Das ist das Grundlegende.* Das ist es auch, was der „Lutsch" braucht. Der „Lutsch" will sich ja gerade als Organ *nicht* der Liquidatoren, sondern *sowohl* der Liquidatoren *als auch* der Parteitreuen hinstellen. Diesen Betrug darf man nicht dulden. Dieser Betrug ist das gefährlichste. Auf diesem Betrug basiert das ganze Abenteuer Trotzkis und Semkowskis.

Ferner stimmt es nicht ganz, daß „das nicht ausgenutzt worden ist". *Wie* ist es auszunutzen? In dem Sinne, daß An und Wlassow gegen „die Redaktion des ‚Lutsch' schießen und die Linie der ‚Prawda' rechtfertigen"?? Das würde nicht stimmen. An und Wlassow rechtfertigen gerade das *Grundlegende* in der Position der „Prawda" nicht, sondern lehnen es entweder ab (An) oder haben es nicht begriffen (Wlassow).

Oder soll man es in dem Sinne ausnutzen, daß *nicht nur die Feinde*, sondern auch die Anhänger des „Lutsch" *die Tatsache* festgestellt haben, daß Sedow Liquidator ist? Das wäre richtig. Aber das ist bereits geschehen, unter anderem auch in meinem Artikel („Strittige Fragen" III, in der „Prawda" Nr. 110)*.

„Die Gegner muß man trennen, nicht vereinigen", schreiben Sie mit einem Vorwurf gegen den taktisch unklugen W. I., der sie angeblich „vereinigt".

Gestatten Sie mir einige Worte zu meiner Verteidigung.

Die Gegner muß man trennen, nicht vereinigen; das steht außer Zweifel. Wie aber, wenn es für die Gegner *von Vorteil ist*, **so zu tun**, als seien sie „getrennt", als gäbe es bei ihnen nicht nur die Liquidatoren, sondern „auch" die Letten „und" Trotzki „und" den „Bund" „und" An?? Diesen *Kern* der Taktik der Liquidatoren haben Sie gar nicht bemerkt – vielleicht deshalb, weil Sie nicht alles über die Augustkonferenz gelesen und gehört haben. Darin liegt doch das *Wesen* und der *Kern* der ganzen Taktik der „Rettung" der Liquidatoren, d. h. der Rettung der *Freiheit* der liquidatorischen Lüge und des Liberalismus, um *von innerhalb* der Partei Einfluß zu gewinnen.

Nur so kann man noch versuchen, die Liquidatoren zu retten. Und der geschickte Diplomat An (dem der Säugling Wlassow nachgekrochen kommt) spielt ein *sehr raffiniertes* Spiel. Sie kennen An nicht! Ich aber habe seine Diplomatie jahrelang studiert und weiß, wie er mit ihr *den ganzen Kaukasus* an der Nase herumführt!! An ist wirklich ein diplomatisches Talent (ich kenne ihn seit 1903), nur leider nach einer üblen Richtung hin. An möchte den Eindruck erwecken, als sei er gegen den „Lutsch", **und damit** den „Lutsch" **retten!!** Das ist klar für jeden, der die Geschichte der Partei gut kennt, besonders was den *Januar* 1910 und den *August* 1912 angeht!! An rügte Dan wegen Kleinigkeiten, um den „Seinigen" zu zeigen, daß doch *auch er* gegen die Liquidatoren ist, in der Hauptsache aber (*Losung* des Kampfes für die legale Partei) ging er mit Dan. Es gibt *keinen* verderblicheren Fehler, als An in diese Falle zu gehen. Sie *kennen nicht* (und das ist verständlich) die Hintergründe der Beziehungen Trotzkis, Ans, des „Bund",

* Siehe den vorliegenden Band, S. 143–146. *Die Red.*

Brauns usw. zum „Lutsch", ich aber kenne sie. Mit nichts kann man den Liquidatoren so *helfen* wie dadurch, daß man *An* als Antiliquidator anerkennt. Das ist eine Tatsache. Und An ist ihre einzige „ernst zu nehmende" *Stütze*. Das ist ebenfalls eine Tatsache. Ich drücke Ihnen fest die Hand und wünsche Ihnen Gesundheit und Frische. Schreiben Sie – ich freue mich immer, mit Ihnen ein bißchen plaudern zu können.

Ihr *W. J.*

PS. Man sagt, in Petersburg gingen viele Gerüchte um, An habe (zusammen mit Tschcheïdse) Dan den „Lutsch" „zu entreißen gesucht" . . ., habe es aber nicht geschafft. Ich meine: Er hat es *zum Schein* getan und den Kampf *mit einem angeblichen Kompromiß*, in Wirklichkeit aber mit der Kapitulation vor Dan beendet!! Dan ist eine schlecht getarnte Batterie des Feindes. An ist ebenfalls eine Batterie desselben Feindes, aber eine geschickt getarnte. Ich versichere Ihnen, daß ich das aus Erfahrung weiß.

Geschrieben am 3. (16.) Juni 1913.
Zuerst veröffentlicht 1930 in der 2.–3. Ausgabe der Werke W. J. Lenins, Band XVI.

Nach dem Manuskript

ZU HERRN BOGDANOW UND DER GRUPPE „WPERJOD“ [50]

(Für das Redaktionskollegium der „Prawda“)

Das Verhalten der Redaktion zur Entstellung der Geschichte der Partei durch Herrn Bogdanow ist so empörend, daß man wirklich nicht weiß, ob man danach noch Mitarbeiter bleiben kann.

Wie war die Sache?

Mein Artikel enthielt *kein Wort* gegen Herrn Bogdanow (der nicht Mitglied der Gruppe „Wperjod“ ist); kein Wort der *Verurteilung* überhaupt.

Ganz vorsichtig habe ich die *Tatsache* festgestellt, daß die *von der ganzen Partei einstimmig* verurteilte Richtung *„mit der ‚Wperjod‘-Richtung verbunden ist“**.

Kein Wort darüber hinaus. Etwas anderes *konnte* auch Herr Bogdanow *nicht* zitieren!

Es fragt sich nun: Kann man diese Tatsache umgehen? Nein, denn die Partei verurteilte *gleichzeitig* sowohl das Liquidatorentum als auch den Otsowismus. Wer diese Tatsache gern umgehen würde, wenn er über die Geschichte der Partei im Zusammenhang mit dem Liquidatorentum spricht, der wäre ein *Betrüger*. Ich wage zu glauben, daß die Redaktion von mir keine Betrügerei verlangt hat. Ich muß das um so eher annehmen, als die Redaktion ihr Einverständnis mit der Nr. 95 erklärt hat!

Stimmt die Tatsache? Die Redaktion gibt zu, daß sie stimmt. Es ist ja auch schwierig, *nicht zuzustimmen*, wenn die „Wperjod“-Leute selbst den Otsowismus eine „berechtigte Schattierung“ genannt haben!!

Wenn aber die Tatsache stimmt, wie kann man dann („als Zeichen der Unvoreingenommenheit“) Herrn Bogdanow erlauben, darüber *Lügen* zu verbreiten?? Ich finde keine andere Erklärung als die, daß die Redaktion die Geschichte der Gruppe *„Wperjod“* nicht kennt (vorausgesetzt, daß nicht irgend jemand eine völlig blinde Vorliebe für jene reaktionäre Abgeschmacktheit hat, die der Philosoph Bogdanow die Arbeiter lehrt).

* Siehe den vorliegenden Band, S. 141. *Die Red.*

Die Redaktion weiß wahrscheinlich nicht, daß die Gruppe „*Wperjod*" in völliger Auflösung begriffen ist. Herr Bogdanow ist längst ausgeschieden – seine „Philosophie" wurde von dem „*Wperjod*"-*Mann* Alexinski in der Presse *verurteilt*. Derselbe Alexinski verurteilte *in der Presse* die „proletarische Kultur" (aus der Plattform der „Wperjod"-Leute). Weiß das die Redaktion nicht?

Aus der Gruppe „Wperjod" sind jetzt sowohl Bogdanow als auch Domow[51], Ljadow, Wolski[52] und Stepinski[53] *ausgeschieden* (auch Lunatscharski steht kurz vor dem Austritt – siehe die *neuen Flugschriften in Paris*). Hat das die Redaktion nicht gewußt?

Die Redaktion unterstützt die schlechtesten (hoffnungslosen) Elemente der bürgerlichen Lügner vom „Wperjod" *gegen* die besten, die (wie Alexinski)mit Herrn Bogdanow *gebrochen haben!!*

Das ist doch, weiß der Teufel, unerhört! Das grenzt an eine Verhöhnung der Wahrheit, *der Partei*.

Ich fordere mit allem Nachdruck, daß die von mir beigefügte Notiz *vollständig* veröffentlicht wird. Ich habe der Redaktion stets freundschaftlich das Recht eingeräumt, Änderungen vorzunehmen, aber bei diesem Artikel, nach dem Brief des Herrn Bogdanow, *erlaube* ich *keine* Änderungen usw. Bringen Sie meine Notiz nicht, so übergeben Sie sie dem „*Prosweschtschenije*", und ich behalte mir die *volle Freiheit* des Kampfes gegen die Entstellung der Parteigeschichte vor. Wir kämpfen gegen das Liquidatorentum und *decken* den Otsowismus – dieses Verhalten ist so maßlos niederträchtig, daß, ich bin überzeugt davon, dieser Fehler nur durch *Unkenntnis der Angelegenheit* erklärt werden kann.

Die Redaktion muß erklären: Wir haben uns überzeugt, daß Herr Bogdanow die Plattform des „Wperjod" *falsch* dargelegt und die *Tatsachen* falsch wiedergegeben hat.

Ich bestehe auf unverzüglicher Antwort. Ich bin außerstande, die fälligen Artikel zu schreiben, solange ich auf Herrn Bogdanows niederträchtige Lügen stoße.

Stets zu Diensten *W. Iljin*

Geschrieben am 3. (16.) Juni 1913.
Zuerst veröffentlicht 1930 in der 2.–3. Ausgabe der Werke W. J. Lenins, Band XVI.

Nach dem Manuskript.

HAT DIE „PRAWDA" DEN SEPARATISMUS DER BUNDISTEN BEWIESEN?

In ihrer Nr. 104 (308) veröffentlichte die „Prawda" den Artikel „Die Separatisten in Rußland und die Separatisten in Österreich"*. Diesen Artikel nimmt jetzt Herr Wl. Kossowski zum Anlaß, in Nr. 119 (205) des „Lutsch" eine Widerlegung, richtiger gesagt, eine Sammlung von Schimpfworten gegen die „Prawda" vorzubringen. Die Arbeiter, die sich für das Schicksal *ihrer* Organisation interessieren, können wir nur hinweisen auf diese zänkischen Angriffe der Herren vom „Lutsch", die die strittigen Fragen *umgehen*.

Womit hat die „Prawda" den Separatismus der Bundisten bewiesen?

1. Damit, daß die Bundisten im Jahre 1903 *aus der Partei ausgeschieden sind*. Die Schimpfworte des Herrn Kossowski haben diese Tatsache nicht im geringsten widerlegt. Die Herren Kossowski schimpfen ja gerade deshalb, weil sie *außerstande sind*, die Tatsachen zu widerlegen.

2. Damit, daß die jüdischen Arbeiter *überall, ungeachtet des „Bund"*, zur Partei kamen und kommen.

Auch dagegen kann der schlechte Verteidiger des „Bund" keinen einzigen Ton sagen!

3. Damit, daß der „Bund" den Beschluß der Partei, in den örtlichen Organisationen die Einheit der Arbeiter *aller Nationen* herzustellen, der im Jahre 1906 angenommen und im Jahre 1908 speziell bekräftigt wurde, offen *verletzte*.

Kein Sterbenswörtchen *konnte* Herr Kossowski dagegen sagen!

4. Damit, daß der Bundist Medem zugegeben hat, daß die Bundisten die Einheit in den örtlichen Organisationen nie verwirklicht haben, d. h., daß sie stets Separatisten waren.

Kein einziger Einwand von seiten des Herrn Kossowski!

Bedenken Sie nur, lieber Leser, wie soll der Herr nicht schimpfen und

* Siehe den vorliegenden Band, S. 70/71. *Die Red.*

toben, wenn er auf *vier* Hauptargumente der „Prawda" *rein gar nichts* erwidern *kann*?

Ferner führte die „Prawda" ein genaues Zitat aus dem Organ der tschechischen Separatisten in Österreich an, die wegen ihres Separatismus von der *ganzen* Internationale einstimmig verurteilt wurden. In diesem Organ wird Herr Kossowski (sein Artikel in der liquidatorischen „Nascha Sarja") wegen der „Wendung zum Besseren" in bezug auf die Separatisten *gelobt*.

Wie denn, Herr Kossowski? Stimmt unser Zitat nicht? Herr Kossowski weiß, daß es stimmt, und in ohnmächtiger Wut schreibt er: „Irgendeine Äußerung in irgendeinem tschechischen Blättchen."

Lügen Sie nicht, Herr Separatist und jüdischer Liberaler! Die Lüge hilft Ihnen nicht, Sie werden trotzdem entlarvt.

Das ist nicht „irgendeine Äußerung" in „irgendeinem tschechischen Blättchen", sondern ein *spezieller* Artikel in dem deutschsprachigen *Organ* der tschechischen Separatisten[54]. Das ist eine Tatsache, die Sie nicht widerlegen konnten.

Ich nehme die Separatisten nicht in Schutz, rechtfertigt sich Herr Kossowski bei der Erläuterung seines Artikels in der „Nascha Sarja".

Was denn? Also haben *die tschechischen Separatisten* Sie *falsch verstanden*?? Arme liberale Führer des „Bund"! Nicht nur die Gegner, sondern auch ihre *Freunde* haben sie *„nicht verstanden"*!

Aber jeder Arbeiter wird sehr gut begreifen, daß der auf frischer Tat ertappte kleine Lügner seine Rettung in Ausflüchten und Geschimpfe sucht. Die Arbeiter werden Sie dadurch nicht einschüchtern, meine Herren.

Die „Prawda" hat nachgewiesen, daß die Bundisten Separatisten sind. Herr Wl. Kossowski war nicht in der Lage, das zu widerlegen.

Die Herren W. Kossowski, Medem und Co. sind eine Gruppe liberaler Intellektueller, die die jüdischen Arbeiter durch bürgerlichen Nationalismus und Separatismus demoralisieren. Deswegen hat die „Prawda" gegen die Bundisten gekämpft und wird auch weiterhin gegen sie kämpfen.

Der Arbeiterpartei treten die jüdischen sozialdemokratischen Arbeiter trotz des „Bund" und gegen den Willen des „Bund" bei.

Geschrieben am 28. Mai (10. Juni) 1913.
Veröffentlicht am 5. Juni 1913 in der „Prawda" Nr. 127.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE LIBERALEN ALS VERTEIDIGER DER IV. DUMA

Ganz zu Beginn der Existenz der III. Duma erklärten die Marxisten – und zwar nicht in einzelnen Artikeln, sondern in einem formellen Beschluß –, daß das System vom 3. Juni bewußt *zwei* Dumamehrheiten geschaffen hat: eine Mehrheit der Rechten und Oktobristen und eine oktobristisch-kadettische*. Beide stehen auf reaktionärem Boden, beide *braucht* die Regierung, so wie der Gutsbesitzer die Unterstützung der Bourgeoisie braucht.

Und nun erleben wir, daß die Liberalen es übernommen haben, systematisch die IV. Duma zu verteidigen und für sie *„die Unterstützung durch das Volk und die Gesellschaft"* zu verlangen.

Das klingt unglaublich, ist aber Tatsache. Diese Worte stehen im Leitartikel der „Retsch" Nr. 139. Dieser Leitartikel verdient weit eher, „historisch" genannt zu werden, als die Abstimmung der IV. Duma über den Etat des Innenministeriums. Er ist fürwahr ein programmatischer Leitartikel. Die Frage der Stellung der Duma zum Lande und des Landes zur Duma wird umfassend gestellt und vortrefflich erläutert – der Demokratie zur Belehrung.

„Überlassen wir es den Sozialdemokraten zu behaupten", schreibt das Zentralorgan der Liberalen, „daß die Duma nur eine Dekoration darstellt, daß die Dumatätigkeit Betrug und Heuchelei ist und daß die Ideologen der Duma das Volk nur hintergehen und mit konstitutionellen Illusionen füttern."

Wir beglückwünschen die neuen *Ideologen* der Duma, der *vierten* Duma! Nur schade, daß sie solche Ignoranten sind. Niemals hat die Partei der Sozialdemokraten erklärt, daß die III. und die IV. Duma nur eine

* Siehe Werke, Bd. 13, S. 138. *Die Red.*

Dekoration seien, sondern sie hat stets den Irrtum der linken Volkstümler, die so dachten und sprachen, aufgeklärt und ständig nachgewiesen, daß die III. und die IV. Duma eine Institution des ernst zu nehmenden und sachlichen Bündnisses der konterrevolutionären Kräfte ist.

„In Erwartung (?) der gesellschaftlichen Kräfte", schreibt die „Retsch", „die vorläufig nur durch ihr Fehlen in der Arena der sozialen Auseinandersetzungen zu bemerken sind, *ist* die Duma eine gesellschaftliche Kraft."

Zweifellos, Ihr Herren Liberalen, ist die Duma eine Kraft. Nur – was für eine? Eine gutsherrliche und bürgerliche konterrevolutionäre Kraft. Und wenn die Kadetten nur das „Fehlen" der demokratischen Kräfte in der Arena „bemerken", so können wir nur an den weisen Ausspruch erinnern, daß schlimmer als jeder Blinde ist, wer *nicht* sehen *will*.

Bringen wir eine kleine historische Parallele: Vor achtzehn Jahren, 1895/1896, wurde die Bewegung der Zehntausende Arbeiter von der liberalen Gesellschaft bemerkt und sogar *sehr* bemerkt. Heute aber bemerkt diese „Gesellschaft" nur das „Fehlen" von Größen, die um das Zehnfache gewachsen sind. Schlimmer als jeder Blinde ist, wer *nicht* sehen *will*.

Doch dieses Nichtsehenwollen erklärt sich durch die Klasseninteressen der kadettischen und oktobristischen Bourgeoisie, die der Demokratie den Rücken gekehrt hat.

„Wir appellieren an die öffentliche Meinung", schreibt die „Retsch", „in der Duma *ihre* Kraft zu sehen ... die unmittelbare Bekundung des öffentlichen Willens, das Interesse für die Duma in der Gesellschaft zu wecken" usw. usf.

Bis zu welch schändlichem Niedergang, welcher Niedertracht und welchem Schmutz mußten die Liberalen und Kadetten gekommen sein, um die Oktobristen und die oktobristische Duma so zu lobpreisen! Da haben wir zum hundertsten und tausendsten Male den Beweis dafür, daß die Kadetten ebensolche Oktobristen sind, nur mit einem rosa Anstrich, um die Vertrauensseligen zu täuschen.

Schließen wir mit einer weiteren historischen Parallele. Vor einem halben Jahrhundert „kämpften" die preußischen Oktobristen und Kadetten[55] nicht nur mit Anträgen, in denen Reformen gefordert wurden, gegen Bismarck, sondern auch mit der Ablehnung von Krediten. Aber was ist dabei herausgekommen? Bis heute herrscht in Preußen das „Dritte-

Duma"-Wahlgesetz. Bis heute ist Preußen das Muster eines Landes, in dem sich die erstaunliche ökonomische Macht der Bourgeoisie mit ihrer erstaunlichen Kriecherei vor den Krautjunkern paart.

Nicht Unterstützung des kadettisch-oktobristischen Blocks in der Duma, sondern Darlegung der inneren Fäulnis dieses Blocks und der selbständigen Aufgaben der Demokratie – das ist es, was die Interessen der Arbeiterklasse und die Interessen der gesamten Demokratie erfordern.

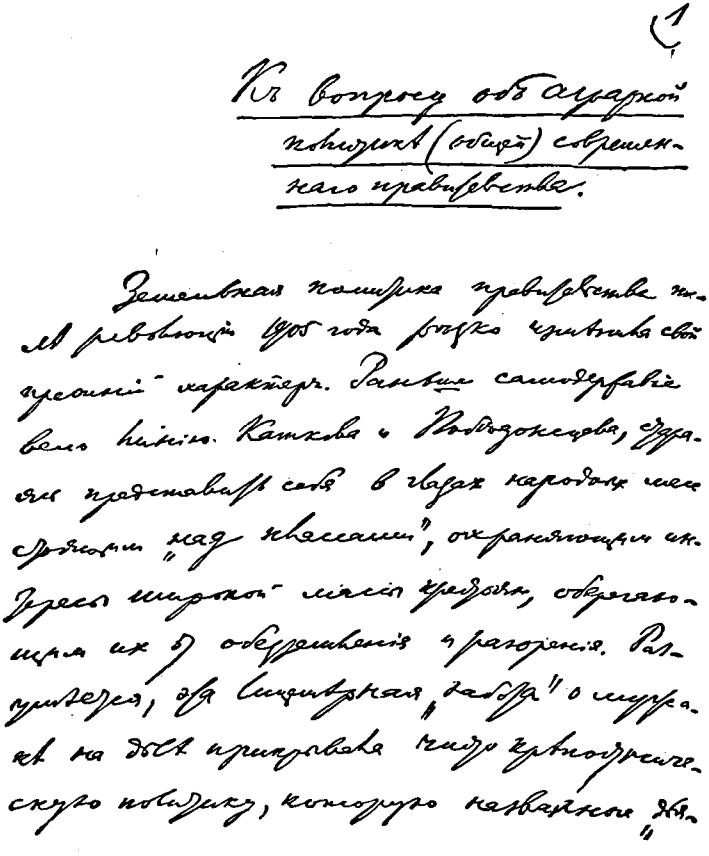
Geschrieben am 28. Mai (10. Juni) 1913.
Veröffentlicht am 6. Juni 1913 in der „Prawda" Nr. 128.

Nach dem Text der „Prawda".

ZUR FRAGE DER (ALLGEMEINEN) AGRARPOLITIK DER HEUTIGEN REGIERUNG[56]

Die Agrarpolitik der Regierung hat nach der Revolution von 1905 ihren früheren Charakter jäh geändert. Früher verfolgte die Selbstherrschaft die Linie Katkows und Pobedonoszews, wobei sie bemüht war, sich in den Augen der Volksmassen so hinzustellen, als stehe sie „über den Klassen", als schütze sie die Interessen der breiten Massen der Bauernschaft und bewahre sie vor der Verdrängung von Grund und Boden und vor dem Ruin. Es versteht sich, daß diese heuchlerische „Sorge" um den Bauern in Wahrheit nur die rein fronherrliche Politik verhüllte, welche von den genannten „Persönlichkeiten" des alten, vorrevolutionären Rußlands mit stupider Geradlinigkeit auf allen Gebieten des sozialen und staatlichen Lebens betrieben wurde. Die Selbstherrschaft verließ sich damals ganz und gar auf die völlige Rückständigkeit, Unwissenheit und Unaufgeklärtheit der bäuerlichen Massen. Die Selbstherrschaft, die sich als Verfechter der „Unveräußerlichkeit" der Bodenanteile, als Anhänger der „Dorfgemeinde" aufspielte, versuchte auf diese Weise in der vorrevolutionären Epoche, sich auf die wirtschaftliche Stagnation Rußlands, auf den tiefen politischen Schlaf der Massen der bäuerlichen Bevölkerung zu stützen. Diese ganze Agrarpolitik war damals durch und durch eine Politik des fronherrlichen Adels.

Jetzt hat die Revolution von 1905 in der gesamten Agrarpolitik der Selbstherrschaft eine Wendung hervorgerufen. Stolypin, der die Befehle des Rats des vereinigten Adels genauestens ausführte, beschloß, wie er selbst sagte, „auf die Starken zu setzen". Das bedeutet, daß unsere Regierung *sich* nach dem machtvollen Erwachen des Proletariats und breiter Schichten der demokratischen Bauernschaft in der Revolution von *1905*



Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript
„Zur Frage der (allgemeinen) Agrarpolitik der heutigen Regierung"
1913

Verkleinert

in Rußland nicht mehr als Beschützer der *Schwachen ausgeben* konnte. Das Volk, das imstande gewesen war, die erste (wenn auch noch ungenügende) Bresche in die alte, fronherrliche Staatsordnung Rußlands zu schlagen, bewies damit, daß es aus dem politischen Schlaf schon so weit erwacht war, daß das Märchen vom Schutz der „Dorfgemeinde" und der „Unveräußerlichkeit der Bodenanteile" durch die Regierung, vom Schutz der Schwachen durch die über den Klassen stehende Regierung – daß dieses Märchen unter der Bauernschaft endgültig jeglichen Kredit verloren hatte.

Bis zum Jahre 1905 konnte die Regierung ihre Hoffnung darauf setzen, eine Stütze in der Geducktheit und Lethargie der gesamten Bauernmasse zu besitzen, die nicht imstande war, sich von den jahrhundertealten politischen Vorurteilen der Sklaverei, des Erduldens und der Unterwürfigkeit zu befreien. Solange die Bauern unterwürfig und eingeschüchtert blieben, *konnte* sich die Regierung den Anschein geben, als ob sie „auf die Schwachen setze", d. h. für die Schwachen sorge, obwohl sie in Wirklichkeit ausschließlich um die fronherrlichen Gutsbesitzer und um die Aufrechterhaltung ihres eigenen Absolutismus besorgt war.

Nach dem Jahre 1905 erwies es sich, daß die alten politischen Vorurteile so gründlich und in so großem Umfang gebrochen waren, daß die Regierung und der sie leitende Rat der vereinigten adligen Fronherren die Unmöglichkeit einsahen, wie früher auf die Unwissenheit und die lammfromme Ergebenheit des Bauern zu spekulieren. Die Regierung erkannte, daß es zwischen ihr und den *Massen* der durch sie ruinierten und bis zu völliger Verelendung, Verarmung und Hungersnot getriebenen bäuerlichen Bevölkerung *keinen Frieden geben kann.* Diese Erkenntnis von der Unmöglichkeit eines „Friedens" mit der Bauernschaft rief denn auch den Wechsel in der Politik des „Rats der vereinigten Fronherren" hervor. Der Rat beschloß, um jeden Preis zu versuchen, die Bauernschaft zu spalten und aus ihr eine Schicht „neuer Gutsbesitzer", wohlhabender bäuerlicher Eigentümer abzusondern, die bereit wären, *„mit Leib und Seele"* die Ruhe und die Unantastbarkeit der ungeheuren Besitzungen der Gutsherren, die unter dem Ansturm der revolutionären Massen im Jahre 1905 immerhin ein bißchen gelitten hatten, *gegen die Massen* zu verteidigen.

Die Wendung in der gesamten Agrarpolitik der Regierung nach der

Revolution ist folglich durchaus kein Zufall. Im Gegenteil, diese Wendung war für die Regierung und für den „Rat der vereinigten Fronherren" *vom Klassenstandpunkt aus eine Notwendigkeit.* Die Regierung hatte keinen anderen Ausweg. Die Regierung erkannte, daß es zwischen ihr und der Masse der Bauernschaft keinen „Frieden" geben kann, daß die Bauernschaft aus dem jahrhundertelangen Schlaf der Leibeigenschaft erwacht ist. Der Regierung blieb nichts anderes übrig als der *Versuch*, durch krampfhafte Anstrengungen, um den Preis maßloser Verelendung des Dorfes die Bauernschaft zu *spalten*, das Dorf den Kulaken und den wohlhabenden Bauern „zur Plünderung und Ausraubung" auszuliefern, um sich auf das *Bündnis* der adligen Fronherren mit den „neuen Gutsbesitzern", d. h. mit den Reichen, den bäuerlichen Eigentümern, der bäuerlichen Bourgeoisie, stützen zu können.

Stolypin, der dem „Rat der vereinigten Fronherren" treu und redlich diente und dessen Politik durchführte, sagte selbst: „Gebt mir 20 Jahre Ruhe, und ich reformiere Rußland." Unter „Ruhe" verstand er die *Ruhe des Kirchhofs*, die Ruhe, mit der das Dorf schweigend und demütig die hereinbrechende unerhörte Verarmung und Verelendung ertragen sollte. Unter „Ruhe" verstand er die Ruhe der *Gutsbesitzer*, die gern gesehen hätten, daß die Bauernschaft völlig lethargisch und verschüchtert bleibt, daß sie sich jeden Protestes enthält und bereit ist, friedlich und freundlich Hungers zu sterben, ihr Land herzugeben, das Dorf zu verlassen, zugrunde zu gehen, nur damit es die Herren Gutsbesitzer recht bequem und angenehm haben. Unter der Reformierung Rußlands verstand Stolypin eine solche Änderung, daß im Dorf nur zufriedene Gutsbesitzer, zufriedene Kulaken und Wucherer blieben und daneben zersplitterte, niedergedrückte, hilflose und ohnmächtige Tagelöhner.

Daß Stolypin von ganzer Seele für Rußland 20 Jahre einer solchen Kirchhofsruhe wünschte, ist vom Standpunkt eines Gutsbesitzers durchaus natürlich und begreiflich. Aber wir wissen heute, wir alle sehen und fühlen heute, was herausgekommen ist: weder „Reformierung" noch „Ruhe", sondern eine Hungersnot, die 30 Millionen Bauern betroffen hat, eine nie dagewesene (selbst in dem leidgeprüften Rußland nie dagewesene) Verschärfung der Armut und des Elends und eine außerordentlich starke Erbitterung und Gärung unter der Bauernschaft.

Um die Ursachen für dieses *Fiasko* der sogenannten „Stolypinschen"

Agrarpolitik der Regierung zu begreifen, die die Reichsduma abermals durch die Bewilligung des Budgets billigen soll (und die von den Gutsbesitzerparteien der Duma natürlich gebilligt werden wird), will ich etwas ausführlicher auf die *zwei* sozusagen wichtigsten *Trümpfe* unserer „neuen" Agrarpolitik eingehen:

erstens auf die Umsiedlungen

und zweitens auf die berüchtigten *Einzelhöfe*.

Was die Umsiedlungen betrifft, so hat die Revolution von 1905 die Gutsbesitzer, denen sie das politische Erwachen der Bauernschaft demonstrierte, gezwungen, das Ventil ein ganz klein wenig zu „öffnen" und, anstatt wie früher die Umsiedlungen zu verhindern, sich zu bemühen, die Atmosphäre in Rußland zu „entladen" und möglichst viele *unruhige* Bauern nach Sibirien *abzuschieben*.

Hat die Regierung einen Erfolg erzielt? Hat sie irgendeine *Beruhigung* der Bauernschaft und eine Verbesserung ihrer Lage in Rußland und in Sibirien erreicht? Ganz im Gegenteil. Die Regierung hat lediglich eine neue Verschärfung und Verschlechterung der Lage der Bauern **sowohl** *in Rußland* **als auch** *in Sibirien* erreicht.

Ich werde Ihnen das sogleich beweisen.

In der erläuternden Denkschrift des Finanzministers zum Entwurf des Staatsbudgets für das Jahr 1913 begegnen wir dem üblichen amtlichen Optimismus und der Beweihräucherung der „Erfolge" der Regierungspolitik.

Die Umsiedler, sagt man uns, verwandeln unbesiedelte Gebiete in „kultivierte Gegenden", die Umsiedler werden reich, verbessern ihre Wirtschaft und so weiter und so fort. Die übliche amtliche Beweihräucherung! Das alte, uralte *„Alles ist in bester Ordnung"*, *„Am Schipkapaß alles ruhig"*.

Schade nur, daß in der erläuternden Denkschrift die Angaben über die zurückgekehrten Umsiedler *völlig* mit Stillschweigen *übergangen werden!!* Ein seltsames und bezeichnendes Verschweigen!

Ja, meine Herren, die Zahl der Umsiedler stieg nach dem Jahre *1905* bis zu einer halben Million im Jahresdurchschnitt. Ja, und um das Jahr 1908 erreichte die Welle der Umsiedlungen ihren Höhepunkt: 665 000 Umsiedler in einem Jahr. Aber dann *fällt* die Welle *rasch*, geht bis auf *189 000* im Jahre 1911 zurück. Ist es nicht klar, daß sich die vielgerühmte

staatliche „Regelung" für die Umsiedler als *Bluff* erwiesen hat? Ist es nicht klar, daß die Regierung schon sechs Jahre nach der Revolution wieder *vor einem Trümmerhaufen* steht?

Und die Angaben über die Zahl der zurückgekehrten Umsiedler – Angaben, die der Herr Finanzminister in seiner „erläuternden" (richtiger aber: verschleiernden) Denkschrift so vorsorglich umgangen hat – zeigen uns ein *ungeheuerliches* Steigen der Zahl der Rückkehrer, bis zu *30 und 40 Prozent im Jahre 1910 und bis zu 60 Prozent im Jahre 1911.* Diese riesenhafte Welle der zurückkehrenden Umsiedler weist auf die schreckliche Not, die Verelendung und die Armut der Bauern hin, die daheim alles verkauften, um nach Sibirien zu ziehen, und jetzt genötigt sind, endgültig ruiniert und verarmt aus Sibirien zurückzukehren.

Dieser ungeheure Strom der vollends ruinierten zurückkehrenden Umsiedler spricht mit unwiderlegbarer Deutlichkeit vom *vollständigen Fiasko* der Umsiedlungspolitik der Regierung. Tabellen über die Hebung der Wirtschaft der Umsiedler anzuführen, die längere Zeit in Sibirien verbleiben (wie dies in der erläuternden Denkschrift zum Budget der Umsiedlungsverwaltung geschieht), und dabei den vollständigen und endgültigen Ruin von *Zehntausenden* zurückkehrender Umsiedler *zu verschweigen*, das bedeutet, die Angaben direkt zu fälschen! Das bedeutet, die Abgeordneten der Duma mit Kartenhäusern und Ammenmärchen über die allgemeine Wohlfahrt abzuspeisen, während wir in Wirklichkeit Verelendung und Verarmung sehen.

Die *Verheimlichung* der Angaben über die Zahl der zurückkehrenden Umsiedler, über ihre verzweifelte, elende Lage, über ihren vollständigen Ruin in der erläuternden Denkschrift des Finanzministers bedeutet, meine Herren, einen *verzweifelten* Versuch der Regierung, die *Wahrheit zu verheimlichen.* Ein vergeblicher Versuch! Die Wahrheit läßt sich nicht verheimlichen! Die Wahrheit erzwingt sich die Anerkennung. Das Elend der ruinierten Bauern, die nach Rußland *zurückgekehrt* sind, das Elend der ruinierten Alteingesessenen in Sibirien *zwingt*, von ihm zu reden.

Um diese meine Schlußfolgerung über das Fiasko der Umsiedlungspolitik der Regierung anschaulich zu erläutern, möchte ich noch das Urteil eines 27 Jahre – *siebenundzwanzig Jahre*, meine Herren! – in Sibirien in der Forstverwaltung tätig gewesenen Beamten anführen, der das Umsiedlungswesen von allen Seiten kennengelernt hat, eines Beamten, der

alle die Mißstände, die bei uns in der Umsiedlungsverwaltung vorkommen, *nicht ertrug.*

Dieser Beamte ist der Staatsrat Herr *A. I. Komarow*, der, nachdem er 27 Jahre abgedient hatte, nicht umhinkonnte zuzugeben, daß die berüchtigte Reise Stolypins und Kriwoscheïns, des Ministerpräsidenten und des Chefs der Verwaltung für Landwirtschaft und Flurbereinigung, im Jahre 1910 nach Sibirien eine „*Posse*" gewesen ist – das ist der eigene Ausdruck eines Staatsrats, der 27 Jahre gedient hat!! – Dieser Beamte *quittierte den Dienst*, da er den Betrug, der durch solche „possenhaften Reisen" an ganz Rußland begangen wird, nicht ertrug, und gab eine spezielle Broschüre heraus, in der er alle die Räubereien, Veruntreuungen von Staatseigentum, die ganze Sinnlosigkeit, Rückständigkeit, bis zum Ruin führende Schädlichkeit unserer Umsiedlungspolitik wahrheitsgetreu darstellte.

Diese Broschüre heißt: „Die Wahrheit über die Umsiedlerfrage"; sie erschien in diesem Jahr, 1913, in St. Petersburg und kostet 60 Kopeken – *nicht teuer angesichts des reichen enthüllenden Materials.* Wie üblich, verheimlicht unsere Regierung wie in allen anderen „Fragen" und „Verwaltungszweigen" auch in der Umsiedlerfrage die Wahrheit mit aller Gewalt und fürchtet sich davor, daß „aus der Schule geplaudert" wird. Der Beamte Komarow mußte sich, solange er noch im Dienst war, *verstecken*, mußte seine enthüllenden Briefe in den Zeitungen unter einem *Pseudonym* schreiben, und die Obrigkeit war bemüht, den Korrespondenten *„zu erwischen"*. Nicht alle Beamten haben die Möglichkeit, den Dienst zu quittieren und enthüllende Broschüren zu schreiben, die die Wahrheit sagen! Doch können wir uns auf Grund auch nur einer solchen Broschüre vorstellen, wieviel Fäulnis und abscheuliche Verwilderung in diesem „finsteren Reich" überhaupt herrscht.

Der Beamte A. I. Komarow ist keineswegs etwa ein Revolutionär. Nichts dergleichen! Er selbst erzählt von seiner regierungstreuen Feindschaft gegenüber den Theorien der Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre. Nein, das ist ein gewöhnlicher, dem Staate überaus wohlgesinnter russischer Beamter, der mit einer elementaren, primitiven Ehrlichkeit und Anständigkeit durchaus zufrieden wäre. Das ist ein Mensch, der der Revolution von 1905 feind ist, der bereit ist, einer konterrevolutionären Regierung zu dienen.

Um so bezeichnender ist es, daß auch ein solcher Mensch gegangen ist, den Dienst verlassen und den Staub von seinen Füßen geschüttelt hat. Er ertrug es nicht, daß unsere Umsiedlungspolitik die *„völlige Zerstörung dessen, was man rationelle Forstwirtschaft nennt"*, bedeutet (S. 138). Er ertrug nicht die *„Expropriation* (d. h. die Wegnahme) *der guten Ländereien der Alteingesessenen"*, die zur *„allmählichen Verarmung der alteingesessenen Bevölkerung"* führt (S. 137 und 138). Er ertrug nicht eine *„derartige* vom Staat betriebene *Ausplünderung* oder, richtiger gesagt, *Verwüstung* der sibirischen Ländereien und Waldungen, gegen die die vor Zeiten betriebene *Ausplünderung der baschkirischen Ländereien einfach eine Lappalie war"* (S. 3).

Hier die Schlußfolgerungen dieses Beamten:

„Völlig mangelhafte Vorbereitung der Hauptumsiedlungsverwaltung auf die Inangriffnahme der Arbeit in großem Umfang", „völliges Fehlen von Planmäßigkeit in der Arbeit und schlechte Qualität der Arbeit", „Zuweisung von Parzellen mit für die Landwirtschaft ungeeignetem Boden, ohne Wasser oder *mit Wasser, das zum Trinken ungeeignet ist"* (S. 137).

Als die Umsiedlerwelle anstieg, wurden die Beamten davon überrascht. Sie „rissen die eben erst eingeteilten staatlichen Forstreviere in Stücke", „nahmen das, was ihnen zuerst in die Augen sprang, nur *um die vielen erschöpften, ermatteten Menschen* unterzubringen und loszuwerden, die im Umsiedlungsbüro herumstehen und stundenlang auf dem Korridor der Umsiedlungsverwaltung warten" (S. 11).

Hier ein paar Beispiele. Man weist den Umsiedlern den Umsiedlerdistrikt *Kurinsk* zu. Er wird aus Ländereien gebildet, die der nichtrussischen Bevölkerung bei der Altaischen Salzsiederei weggenommen worden sind. Die Nichtrussen wurden beraubt. Die Neusiedler aber saßen da mit Salzwasser, das nicht trinkbar ist! Der Fiskus wirft unnütz Geld hinaus für die Anlegung von Brunnen. Ohne Erfolg. Die Neusiedler müssen 7–8 (sieben und acht!) Werst fahren, um Wasser zu holen!! (S. 101.)

Der Distrikt „Wyjesdnoi" am Oberlauf der Mana. Dort wurden 30 Familien angesiedelt. Nach sieben schweren Jahren überzeugten sich die Neusiedler endgültig von der Unmöglichkeit, hier Landwirtschaft zu treiben. *Fast alle sind davongelaufen.* Die wenigen, die zurückgeblieben sind, beschäftigen sich mit Jagd und Fischfang (S. 27).

Die Distrikte des Tschuna-Angara-Gebietes: *Hunderte* von Landanteilen wurden in Aussicht genommen, 900, 460 Anteile usw. Von Umsiedlern keine Spur. Man kann hier nicht leben. Berge, Sümpfe, ungenießbares Wasser.

Und nun sagt der Beamte A. I. Komarow die für die Regierung *unangenehme Wahrheit* über jene zurückkehrenden Umsiedler, von denen der Herr Finanzminister geschwiegen hat.

„Mehrere hunderttausend Seelen" – sagt er von diesen ruinierten und bettelarm zurückkehrenden Umsiedlern. – „Es kehrt ein Element zurück", schreibt der Beamte Komarow, „das in der künftigen Revolution, wenn es eine solche geben wird, eine furchtbare Rolle zu spielen haben wird... Es kehrt nicht jemand zurück, der sein ganzes Leben lang Knecht war... Zurück kehrt jemand, der unlängst noch Besitzer war, jemand, der niemals auch nur daran denken konnte, daß er und der Grund und Boden voneinander getrennt bestehen könnten; und dieser Mensch, der sich mit Recht tödlich beleidigt fühlt, weil man es nicht verstanden hat, ihn unterzubringen, sondern es nur verstanden hat, ihn zu ruinieren – dieser Mensch ist für jede Staatsordnung furchtbar." (S. 74.)

So schreibt der Beamte Herr Komarow, der von Schrecken vor der Revolution erfüllt ist. Zu Unrecht meint Herr Komarow, es seien nur „Staatsordnungen" der *Gutsbesitzer* möglich. In den fortgeschrittensten und zivilisiertesten Staaten kommt man *auch ohne* Gutsbesitzer aus. Auch Rußland würde ohne sie auskommen, und zwar zum Vorteil für das Volk.

Komarow deckt den *Ruin* der alteingesessenen Bevölkerung auf. Die „Mißernte" – in Wahrheit aber der *Hunger* – hat infolge dieser Beraubung der Alteingesessenen bereits begonnen, selbst das „sibirische Italien", d. h. den Kreis Minussinsk, heimzusuchen. Herr Komarow deckt auf, wie der Fiskus von den Unternehmern bestohlen wird, wie völlig fiktive, d. h. erdichtete Abrechnungen und Pläne von den Beamten aufgestellt werden, wie untauglich ihre Arbeiten sind, so etwa der Ob-Jenissej-Kanal, der Millionen verschlungen hat, wie *Hunderte von Millionen Rubel* verschleudert werden.

Alle unsere Umsiedlungen – sagt der gottesfürchtige und bescheidene Beamte – sind *„eine einzige und häßliche Anekdote"* (S. 134).

So sieht die *Wahrheit* über die *zurückgekehrten* Umsiedler aus, über

die der Herr Finanzminister geschwiegen hat! So sieht *in Wirklichkeit* das vollständige *Fiasko* unserer Umsiedlungspolitik aus! Ruin und Verarmung *sowohl* in Rußland *als auch* in Sibirien. Ausplünderung der Ländereien, *Zerstörung* der Forstwirtschaft – gefälschte Abrechnungen und amtliche Lügen und Heuchelei.

Ich gehe nun zur Frage der Einzelhöfe über.

Auch in dieser Frage liefert uns die erläuternde Denkschrift des Herrn Finanzministers ebenso allgemeine, nichtssagende, offiziell-heuchlerische Angaben (richtiger: *Quasi*-Angaben) wie in der Frage der Umsiedlungen.

Man teilt uns mit, daß bis zum Jahre 1912 schon über $1^1/_2$ (anderthalb) Millionen Höfe endgültig aus der Dorfgemeinde ausgeschieden und mehr als eine Million Höfe Einzelhöfe geworden sind.

Wie es aber mit der tatsächlichen Wirtschaft der Einzelhofbesitzer bestellt ist, darüber wird in den Regierungsberichten *nirgends auch nur ein einziges* wahres Wort gesagt!!

Indessen wissen wir jetzt bereits aus den Beschreibungen über die neue Flurbereinigung, wie sie von ehrlichen Beobachtern (wie dem verstorbenen Iwan Andrejewitsch Konowalow) gegeben wurden, wissen wir auch aus eigenen Beobachtungen des Dorfes und des Lebens der Bauern, daß es zwei ganz verschiedene Kategorien von *Einzelhofbesitzern* gibt. Die Regierung betrügt nur das Volk, wenn sie diese Kategorien nicht auseinanderhält und globale Zahlen anführt.

Die eine Kategorie der Einzelhofbesitzer, die verschwindende Minderheit, sind wohlhabende Bauern, Kulaken, denen es auch vor der neuen Flurbereinigung ausgezeichnet gegangen ist. Diese Bauern, die aus der Dorfgemeinde ausscheiden und die Bodenanteile der Dorfarmut aufkaufen, bereichern sich zweifellos auf Kosten anderer und ruinieren und versklaven die Masse der Bevölkerung noch mehr. Aber solcher Einzelhofbesitzer gibt es, ich wiederhole, *ganz wenige*.

Es überwiegt, und zwar in gewaltigem Ausmaß, die andere Kategorie der Einzelhofbesitzer – arme, verelendete Bauern, die aus Not auf die Einzelhöfe gingen, weil sie nicht wußten, wo sie sonst unterkommen sollten. „Ich weiß nicht, wohin, also gehe ich auf den Einzelhof" – so sprechen diese Bauern. Auf einer armseligen Wirtschaft hungernd und sich abquälend, klammerten sie sich an den letzten Strohhalm, um die Unterstützung für die Umsiedlung, um das Darlehen für die Einrichtung

der Wirtschaft zu erhalten. Sie kämpfen auf ihren Einzelhöfen um ihr Leben wie ein aufs Land geworfener Fisch; sie verkaufen das ganze Getreide, um die Zahlungen an die Bank leisten zu können; sie stecken ewig in Schulden; sie leiden entsetzliche Not; sie leben wie Bettler; sie werden von ihren Höfen *vertrieben*, weil sie die *Zahlungen nicht entrichten*, und werden endgültig zu obdachlosen Landstreichern.

Ja, wenn uns die amtliche Statistik, anstatt uns nichtssagende Bilder eines erfundenen Wohlstands vorzugaukeln, wenn uns diese Statistik wahrheitsgemäß über die Zahl dieser *bettelarmen Einzelhofbesitzer* informierte, die in Erdhütten wohnen und das Vieh in demselben Raum halten, wo die Menschen hausen, die unterernährt sind, zerlumpte und kranke Kinder haben – dann würden wir die *„Wahrheit über die Einzelhöfe"* erfahren.

Aber das ist es ja gerade, daß die Regierung diese Wahrheit über die Einzelhöfe mit aller Gewalt verheimlicht. Die selbständigen, unabhängigen Beobachter des Bauernlebens werden verfolgt und aus dem Dorf ausgewiesen. Die Bauern, die an die Zeitungen schreiben, müssen mit einer selbst für Rußland ungewöhnlichen Willkür, mit Scherereien und Verfolgungen durch die Polizei und die Behörden rechnen.

Eine Handvoll reicher Einzelhofbesitzer gibt man als Masse reich werdender Bauern aus! Die amtliche Lüge über die Kulaken gibt man als Wahrheit über das Dorf aus! Aber es wird der Regierung nicht gelingen, die Wahrheit zu verheimlichen. Die Versuche der Regierung, die Wahrheit über das verarmende und hungernde Dorf zu verheimlichen, rufen nur berechtigte *Erbitterung* und *Empörung* unter der Bauernschaft hervor. Wenn wie im letzten und vorletzten Jahr Dutzende Millionen von Bauern hungern, so enthüllt diese Tatsache besser als lange Betrachtungen die Verlogenheit und Heuchelei der Märchen von den segensreichen Auswirkungen der Einzelhöfe. Diese Tatsache zeigt ganz klar, daß das russische Dorf *auch nach* der Änderung der Agrarpolitik der Regierung, *auch nach* den berüchtigten Stolypinschen Reformen ebenso niedergedrückt bleibt durch das Joch, die Ausbeutung, das Elend, die Rechtlosigkeit wie unter der Leibeigenschaft. Die *„neue"* Agrarpolitik des Rats des vereinigten Adels hat die *alten* Fronherren und das Joch ihrer riesigen Besitzungen, die Tausende und Zehntausende von Desjatinen umfassen, unangetastet gelassen. Die „neue" Agrarpolitik hat die *alten* Gutsbesitzer und die Hand-

voll Dorfbourgeoisie bereichert und die Masse der Bauern noch mehr ruiniert.

„Wir setzen auf die Starken" – rief der verstorbene Stolypin zur Erklärung und Rechtfertigung seiner Agrarpolitik aus. Diese Worte sollte man unterstreichen und gut im Gedächtnis behalten, als Worte von seltener Wahrheit, als ausnahmsweise wahre Worte eines Ministers. Die Bauern haben diese wahren Worte sehr gut verstanden und am eigenen Leibe gespürt, denn diese Worte bedeuten, daß auch die *neuen* Gesetze Gesetze *für die Reichen* und *von den Reichen* geschrieben sind und daß die *neue* Agrarpolitik eine Politik *für die Reichen* ist und *von den Reichen* durchgeführt wird. Die Bauern haben jene „*un*komplizierte" Mechanik begriffen, daß die Herrenduma auch Herrengesetze erläßt, daß die Regierung das Organ des Willens und das Organ der Herrschaft der fronherrlichen Gutsbesitzer über Rußland ist.

Wenn Stolypin mit seinem „berühmten" (schändlich berühmten) Ausspruch „wir setzen auf die Starken" die Bauern *das* lehren wollte, so sind wir überzeugt, daß Stolypin unter der Masse der verelendeten und erbitterten Bauern gute Schüler gefunden hat und finden wird, die, wenn sie begriffen haben, *auf wen* die Regierung setzt, um so besser begreifen werden, *auf wen* **sie** setzen müssen: auf die Arbeiterklasse und ihren Kampf für die Freiheit.

Um nicht leere Worte zu reden, führe ich einige Beispiele an, die von einem so sachkundigen und seiner Sache so grenzenlos ergebenen Beobachter wie Iwan Andrejewitsch Konowalow aus dem lebendigen Leben gegriffen worden sind (Iwan Konowalow: „Skizzen aus dem heutigen Dorfe", St. Petersburg 1913, Preis 1,50 Rbl. Die Zitate werden mit Seitenangaben gebracht.)

Im Kreis Liwny, Gouvernement Orjol, sind vier Güter zu Einzelhöfen aufgeteilt worden: das des Großfürsten Andrej Wladimirowitsch – 5000 Desjatinen, das von Poljakow – 900 Desjatinen, von Nabokow – 400 Desjatinen, von Korf – 600 Desjatinen. Insgesamt etwa 7000 Desjatinen. Die Größe der Einzelhöfe ist auf 9 Desjatinen und nur in Ausnahmefällen bis zu 12 Desjatinen festgesetzt, so daß das zusammen mehr als *sechshundert* Einzelhöfe ergibt.

Um die Bedeutung dieser Zahlen anschaulicher zu erklären, führe ich die Angaben der offiziellen Statistik von 1905 für das Gouvernement

Orjol an. *Fünf* Adlige besaßen in diesem Gouvernement *143 446* Desjatinen Land, das heißt, jeder hatte durchschnittlich *28 000 Desjatinen*. Es ist klar, daß so ungeheure Güter nicht vollständig von den Besitzern selbst bewirtschaftet werden, sondern nur zur Unterdrückung und Versklavung der Bauern dienen. Ehemalige Gutsbauern mit einem Bodenanteil bis zu 5 Desjatinen je Hof gab es im Jahre 1905 im Gouvernement Orjol auf 44 500 Höfen mit insgesamt 173 000 Desjatinen Land. Der Gutsbesitzer hatte *28 000 Desjatinen*, der arme *„Guts"*bauer *4 Desjatinen*.

Adlige mit 500 und mehr Desjatinen Land gab es 1905 im Gouvernement Orjol *3 7 8*, die insgesamt *5 9 2 0 0 0* Desjatinen Land besaßen, d. h., auf jeden entfielen im Durchschnitt über *1500 Desjatinen*. Dagegen gab es im Gouvernement Orjol *„ehemalige Guts"*bauern mit einem Bodenanteil bis zu 7 Desjatinen je Hof auf 124 000 Höfen mit *647 000* Desjatinen, d. h. *5 Desjatinen* je Hof.

Danach kann man beurteilen, wie sehr die Bauern aus dem Gouvernement Orjol durch die fronherrlichen Güter erdrückt wurden und was für ein Tropfen im Meer der Not und Armut die *vier* zu Einzelhöfen aufgeteilten Güter des Kreises Liwny waren. Wie aber leben die Einzelhofbesitzer auf ihren Parzellen von je 9 Desjatinen?

Das Land ist auf 220 Rubel je Desjatine geschätzt. Zu zahlen sind jährlich je 118,80 Rbl. (d. h. etwa 20 Rubel für eine Desjatine Anbaufläche). Solche Zahlungen übersteigen die Kraft des armen Bauern. Er verpachtet einen Teil des Bodens für einen Spottpreis, nur um ein wenig Geld in die Hand zu bekommen. Er verkauft das ganze Getreide, um die Zahlungen an die Bank zu entrichten. Für ihn bleibt weder Saatgetreide noch Brotgetreide übrig. Er macht von neuem Schulden und gerät in neue Knechtschaft. Er hat ein einziges Pferd, die Kuh hat er verkauft. Die Arbeitsgeräte sind veraltet. An eine Verbesserung der Wirtschaft ist gar nicht zu denken. „Die Kinder haben schon vergessen, welche Farbe die Milch hat, nicht nur, wie sie schmeckt." (S. 198.) Wenn ein solcher Besitzer die Zahlungen nicht fristgemäß entrichtet, wird er von seiner Parzelle vertrieben, und der Ruin ist vollständig.

Der Herr Finanzminister war bemüht, in seiner erläuternden Denkschrift diese Ruinierung der Bauern durch die neue Flurbereinigung oder, richtiger, Flurverwirrung hübsch säuberlich zu vertuschen.

Auf S. 57 des zweiten Teils der erläuternden Denkschrift führt der

Herr Minister die offiziellen Angaben bis Ende 1911 über die Zahl der Bauern an, die ihr Land verkauft haben Es handelt sich um 385 407 *Familien.*

Und der Herr Minister *„tröstet"*: Die Zahl der Käufer (362 840) *„kommt der Zahl der Verkaufenden sehr nahe"* (385 407). Auf einen Verkaufenden entfallen 3,9 Desjatinen, auf einen Käufer 4,2 Desjatinen (S. 58 der erläuternden Denkschrift).

Was ist das für ein Trost? Erstens zeigen selbst diese offiziellen Angaben, daß die Zahl der Käufer *niedriger* ist als die Zahl der Verkaufenden. Das heißt, der Ruin und die Verelendung des Dorfes nehmen zu. Und zweitens, wer weiß denn nicht, daß die Käufer der Bodenanteile das Gesetz, das den Ankauf von Anteilen über eine begrenzte Zahl hinaus verbietet, umgehen, indem sie auf den Namen der Frau, der Verwandten und durch Strohmänner kaufen?? Wer weiß nicht, daß bei den Bauern notgedrungen das System des Landverkaufs unter dem Vorwand aller möglichen anderen Geschäfte, wie Verpachtung und dergleichen mehr, außerordentlich entwickelt ist? Man sehe sich nur die Artikel des halb bei den Kadetten, halb bei den Oktobristen stehenden Fürsten Obolenski in der „Russkaja Mysl" an, und man wird sehen, daß sogar dieser Gutsbesitzer, der durch und durch gutsherrliche Anschauungen vertritt, die Tatsache des *umfangreichen* Aufkaufs von Bodenanteilen durch die Reichen und die *Maskierung* dieses Aufkaufs durch tausenderlei verschiedene Gesetzesumgehungen zugibt!!

Nein, meine Herren! Die „neue" Agrarpolitik der Regierung und des Adels ist *alles*, was die Herren Adligen tun konnten, um ihren Besitz und ihre Einnahmen unversehrt zu erhalten (wobei sie sogar oft ihre Einkünfte durch *Hochschrauben* der Verkaufspreise für Grund und Boden und durch Tausende kleiner Vergünstigungen der „Bauernbank" für die Adligen *erhöhten*).

Und dieses *„alles"* des Adels erwies sich als *nichts*. Das Dorf ist noch mehr verelendet, noch mehr *erbittert*. Im Dorf herrscht eine furchtbare Erbitterung. Das, was man als Rowdytum bezeichnet, ist hauptsächlich die Folge der unglaublichen Erbitterung der Bauern und eine *Keimform ihres Protestes*. Keine Verfolgungen, keine Verschärfung der Strafen werden diese Erbitterung und diesen Protest von Millionen hungernder Bauern aus der Welt schaffen, die jetzt von den „Flurbereinigern" mit

einer Schnelligkeit, Brutalität und Grausamkeit ohnegleichen ruiniert werden.

Nein, die adlige oder Stolypinsche Agrarpolitik ist kein Ausweg, sondern nur ein besonders qualvoller *Weg* zu einer neuen *Lösung* der Agrarfrage in Rußland. Wie diese Lösung aussehen muß, zeigt indirekt sogar das Schicksal Irlands, wo nach Tausenden von Verzögerungen, Verschleppungen und Hindernissen durch die Grundbesitzer der Boden dennoch in die Hände der Farmer übergegangen ist.

Worin das Wesen der Agrarfrage in Rußland besteht, das zeigen am prägnantesten die Angaben über den Großgrundbesitz. Diese Angaben sind in der offiziellen Statistik der Regierung vom Jahre 1905 enthalten, und jeder, der ernsthaft um das Schicksal der russischen Bauernschaft und um die Lage der Dinge in der ganzen Politik unseres Landes besorgt ist, muß sich mit diesen Angaben aufmerksam befassen.

Sehen wir uns den Großgrundbesitz im Europäischen Rußland an. Über einen Besitz von mehr als 500 Desjatinen verfügen 27 833 Gutsbesitzer, die *62 Millionen Desjatinen Land* ihr eigen nennen!! Rechnet man die Apanageländereien und die Riesengüter der Werkbesitzer im Ural hinzu, so ergeben sich *70 Millionen Desjatinen* in den Händen von weniger als *30 000* Gutsbesitzern. Das ergibt im Durchschnitt mehr als *2 000* Desjatinen auf einen dieser Großgrundbesitzer. Welchen Umfang die Latifundien, das heißt die größten Güter in Rußland, erreichen, geht daraus hervor, daß *699* Gutsbesitzer je über *10 000 Desjatinen* besitzen und alle zusammen 20 798 504 Desjatinen. Auf jeden dieser Magnaten entfallen fast *30 000 Desjatinen* (29 754)!!

Man wird schwerlich in Europa und sogar in der ganzen Welt ein Land finden, wo der fronherrliche Großgrundbesitz in so ungeheuerlichem Ausmaß erhalten geblieben ist.

Und das wichtigste dabei ist, daß auf diesen Ländereien nur zum Teil eine kapitalistische Wirtschaft betrieben wird, d. h. eine Bearbeitung des Bodens durch Lohnarbeiter und mit dem Inventar des Besitzers. Die Wirtschaft wird vielmehr zum größten Teil auf *fronwirtschaftliche* Art und Weise betrieben, das heißt, die Gutsbesitzer knechten die Bauern, wie es auch vor hundert und dreihundert und fünfhundert Jahren der Fall war, indem sie sie zwingen, den Boden der Gutsbesitzer mit dem Pferd des *Bauern*, mit den *Arbeitsgeräten des Bauern* zu bearbeiten.

Das ist nicht Kapitalismus. Das ist nicht die europäische Wirtschaftsweise, meine Herren Rechten und Oktobristen, nehmen Sie das zur Kenntnis, Sie, die Sie damit prahlen, die Landwirtschaft Rußlands „europäisieren" (d. h. auf europäische Art umgestalten) zu wollen! Nein, das ist gar nicht nach europäischer Art. Das ist nach der Art der *alten Chinesen*. Das ist nach der Art der *Türken*. Das ist *fronwirtschaftliche* Art.

Das ist keine vervollkommnete Wirtschaft, sondern Bodenwucher. Das ist die alte, uralte Knechtung. Der bettelarme Bauer, der sogar im günstigsten Jahr bettelarm bleibt und nicht satt zu essen hat, der ein klappriges, hungriges Pferd besitzt, der alte, erbärmliche, elende Geräte besitzt, begibt sich in die Knechtschaft des Gutsbesitzers, des *„Herrn"*, weil ihm keine andere Wahl bleibt.

Der „Herr" verpachtet weder Land noch gewährt er Durchfahrt, noch stellt er Tränke oder Wiesen oder Holz zur Verfügung, ohne daß der Bauer dadurch in Knechtschaft gerät. Man erwischt den Bauern beim Wald„frevel", und was geschieht? Die Forstwächter, Tscherkessen usw. verprügeln ihn, und dann stellt der *„Herr"*, der in der Duma schwungvolle Reden über den Fortschritt unserer Landwirtschaft und über das nacheifernswerte Beispiel Europas hält – dieser Herr stellt den verprügelten Bauern vor die Wahl: entweder du kommst ins Gefängnis oder du bearbeitest, pflügst und besäst zwei oder drei Desjatinen und erntest sie ab! Und dasselbe für Flurschaden. Dasselbe für im Winter geliehenes Getreide. Dasselbe für Wiesen oder die Viehweide und so weiter ohne Ende.

Das ist keine Großwirtschaft der Gutsbesitzer. Das ist eine *Knechtung* der Bauern. Das ist eine *fronwirtschaftliche* Ausbeutung von Millionen pauperisierter Bauern durch die Tausende Desjatinen umfassenden Güter, die Güter der Großgrundbesitzer, die den Bauern von allen Seiten eingezwängt und erdrückt haben!!

Die Einzelhöfe helfen einer Handvoll Reichen. Die Masse aber hungert wie früher. Warum, meine Herren Gutsbesitzer, gibt es in Europa schon seit langem keine Hungersnöte mehr? Warum kamen dort nur unter der Leibeigenschaft solche furchtbaren Hungersnöte vor, wie wir sie bei uns im Jahre 1910/1911 hatten?

Darum, weil es in Europa keine feudale Knechtschaft gibt. In Europa gibt es reiche Bauern und Mittelbauern, gibt es Tagelöhner, aber es gibt

nicht Millionen völlig ruinierter, verelendeter und durch die ewige Plakkerei und Schinderei zum Wahnsinn getriebener, rechtloser, geduckter, vom „Herrn" abhängiger Bauern!

Was ist da zu tun? Wo ist der Ausweg?

Es gibt nur einen Ausweg: Befreiung des Dorfes vom Joch dieser fronherrlichen Latifundien, Übergang dieser *siebzig Millionen* Desjatinen Land von den Gutsbesitzern an die Bauern, und zwar Übergang ohne Entschädigung.

Nur dieser Ausweg würde Rußland tatsächlich einem europäischen Land ähnlich machen. Nur dieser Ausweg würde die Millionen russischer Bauern aufatmen und ihre Lage verbessern lassen. Nur dieser Ausweg würde es ermöglichen, Rußland aus einem Land bettelarmer, durch die gutsherrliche Knechtschaft niedergedrückter und ewig hungernder Bauern in ein Land des „europäischen Fortschritts" zu verwandeln, aus einem Land der Analphabeten in ein gebildetes Land, aus einem Land der Rückständigkeit und des hoffnungslosen Stillstands in ein Land, das sich zu entwickeln und vorwärts zu schreiten imstande ist, aus einem Land der Rechtlosigkeit und der Sklaverei in ein freies Land.

Und in der Erkenntnis, daß es keinen anderen Weg zum Sozialismus gibt und geben kann als den Weg über freie, demokratische Einrichtungen, zeigt die Partei der Arbeiterklasse den Ausweg aus der Sackgasse, in welche die Regierung Rußland mit ihrer Agrarpolitik aufs neue geführt hat: entschädigungsloser Übergang des gesamten gutsherrlichen Grund und Bodens an die Bauern, Eroberung der völligen politischen Freiheit durch eine neue Revolution.

Geschrieben im Juni 1913,
nicht später als am 7. (20.).

Zuerst veröffentlicht 1930
in der 2.–3. Ausgabe der
Werke W. J. Lenins, Band XVI.

Nach dem Manuskript.

KAPITALISMUS UND STEUERN

In der Zeitschrift „Nowy Ekonomist" [Der neue Ökonom] (1913, Nr. 21), die Herr P. Migulin unter Beteiligung der vereinigten Oktobristen und Kadetten herausgibt, finden wir eine interessante Notiz über die Einkommensteuer in den Vereinigten Staaten.

Einer entsprechenden Vorlage zufolge sollen alle Einkommen bis zu 4000 Dollar (8000 Rubel) von dieser Steuer frei sein. Einkommen über 4000 Dollar sollen mit 1% versteuert werden, Einkommen über 20 000 mit 2% und so weiter, wobei bei höherem Einkommen der Prozentsatz nur gering steigt. Vorgesehen ist also eine progressive Einkommensteuer, aber mit sehr langsamer Progression, so daß zum Beispiel jemand, der ein Einkommen von einer Million hat, im allgemeinen weniger als 3% zu zahlen hat.

Die Vorlage rechnet damit, daß diese Steuer bei 425 000 Personen, die ein Einkommen von über 4000 Dollar haben, 70 Millionen Dollar (etwa 140 Mill. Rbl.) ergeben würde, und die oktobristisch-kadettische Redaktion des „Nowy Ekonomist" bemerkt dazu:

„Verglichen mit den 700 Mill. Rbl. Zolleinnahmen und den 500 Mill. Rbl. Akziseeinnahmen ist die zu erwartende Summe von 140 Mill. Rbl. aus der Einkommensteuer geringfügig, sie wird die Bedeutung der indirekten Besteuerung nicht erschüttern."

Schade, daß unsere bürgerlich-liberalen Ökonomen, die bereit sind, die progressive Einkommensteuer in Worten anzuerkennen und sogar in ihr Programm aufzunehmen, nicht klar und deutlich erklären, *welche* Einkommensteuersätze *sie* für obligatorisch halten.

Solche, die die Bedeutung der indirekten Besteuerung nur erschüttern, wobei es sich fragt, in welchem Umfang erschüttern, oder aber solche, die die indirekte Besteuerung ganz unnötig machen?

Die amerikanische Statistik, die der „Nowy Ekonomist" erwähnt, bietet eine aufschlußreiche Illustration zu dieser Frage.

Die Angaben der Vorlage lassen erkennen, daß die Einkünfte der 425 000 Kapitalisten (bei einer Steuer von 70 Mill. Dollar) insgesamt mit 5,413 Md. Dollar veranschlagt werden. Das ist offensichtlich zu niedrig angesetzt: Mit einem Einkommen von mehr als einer Million sind *100 Personen* angegeben, und ihr Einkommen wird mit 150 Mill. Dollar angenommen. Bekanntlich hat ein *Dutzend* amerikanischer Milliardäre ein unvergleichlich höheres Einkommen. Amerikas Finanzminister möchte zu den Milliardären „höflich" sein . . .

Aber auch diese den Kapitalisten gegenüber außerordentlich „höflichen" Angaben zeigen ein bemerkenswertes Bild. In Amerika gibt es laut Statistik insgesamt 16 Millionen Familien. Von ihnen sind also *weniger als eine halbe Million* Kapitalisten. Die übrige Masse sind Lohnsklaven oder vom Kapital geknechtete kleine Landwirte usw.

Die Höhe des Einkommens der werktätigen Massen in Amerika wird von der Statistik für eine ganze Reihe von Personen ziemlich genau angegeben. So erhielten zum Beispiel 6 615 046 Industriearbeiter (im Jahre 1910) 3,427 Md. Dollar, das sind je Arbeiter 518 Dollar (1035 Rbl.). Ferner erhielten 1 699 420 Eisenbahnarbeiter 1,144 Md. Dollar (673 Dollar je Arbeiter). Weiter erhielten 523 210 Volksschullehrer 254 Mill. Dollar (483 Dollar je Lehrer).

Fassen wir diese Masse der Werktätigen zusammen und runden die Zahlen ab, so erhalten wir: 8 800 000 Arbeiter mit einem Einkommen von 4,8 Md. Dollar, das sind 550 Dollar je Arbeiter; 500 000 Kapitalisten mit einem Einkommen von 5,5 Md. Dollar, das sind 11 000 Dollar je Kapitalist.

Eine halbe Million Kapitalistenfamilien haben ein *höheres* Einkommen als fast 9 Millionen Arbeiterfamilien. Es fragt sich nun, welche Rolle die indirekte Besteuerung und die in der Vorlage vorgesehene Einkommensteuer spielen:

Die indirekte Besteuerung bringt 1,2 Md. Rbl., d. h. 600 Mill. Dollar, ein. An indirekten Steuern entfallen in Amerika auf eine Familie 75 Rbl.

($37^1/_2$ Dollar). Vergleichen wir diese Besteuerung mit dem Einkommen der Kapitalisten und der Arbeiter:

	Millionen Familien	Einkommen insgesamt	Indirekte Steuern insgesamt	Prozentsatz der Steuern auf das Einkommen
		(Millionen Dollar)		
Arbeiter	8,8	4800	330	7
Kapitalisten	0,5	5500	19	0,36

Wie wir sehen, zahlen die Arbeiter an indirekten Steuern 7 Kopeken je Rubel, die Kapitalisten aber *eine Drittel* Kopeke. Die Arbeiter zahlen im Verhältnis *20mal* mehr als die Kapitalisten. Das System der indirekten Steuern schafft eine solche „Ordnung" (eine ziemlich unordentliche Ordnung) zwangsläufig in *allen* kapitalistischen Ländern.

Würden die Kapitalisten denselben Prozentsatz ihres Einkommens wie die Arbeiter zahlen, so müßte man den Kapitalisten nicht 19, sondern *385 Millionen Dollar* Steuern abnehmen.

Bringt eine *solche* progressive Einkommensteuer, wie sie in Amerika vorgeschlagen wird, eine wesentliche Änderung? Nein, eine sehr unwesentliche. Die Kapitalisten müßten dann 19 Mill. Dollar indirekte Steuern + 70 Mill. Dollar Einkommensteuern zahlen, d. h. insgesamt 89 Mill. Dollar *oder insgesamt anderthalb Prozent ihres Einkommens!!*

Unterteilen wir die Kapitalisten in mittlere (mit einem Einkommen von 4000 bis 10 000 Dollar, d. h. von 8000 bis 20 000 Rbl.) und reiche (mit einem Einkommen über 20 000 Rbl.), so ergibt das: mittlere Kapitalisten – 304 000 Familien mit einem Einkommen von 1,813 Md. Dollar und reiche Kapitalisten – 121 000 Familien mit einem Einkommen von 3,6 Md. Dollar.

Würden die mittleren Kapitalisten ebensoviel zahlen, wie jetzt die Arbeiter zahlen müssen, d. h. 7% ihres Einkommens, so ergäbe das etwa 130 Mill. Dollar. Und 15% vom Einkommen der reichen Kapitalisten ergäben 540 Mill. Dollar. Die Gesamtsumme *würde sämtliche indirekten Steuern mehr als decken.* Dabei hätte der mittlere Kapitalist, die Einkommensteuer abgerechnet, ein Einkommen von 11 000 Rbl. und der reiche ein Einkommen von 50 000 Rbl.

Wir sehen, die Forderung der Sozialdemokraten – *völlige* Abschaffung aller indirekten Steuern und ihre Ersetzung nicht durch eine vorgetäuschte,

sondern durch eine wirkliche, progressive Einkommensteuer – ist *durchaus* realisierbar. Eine solche Maßnahme würde, ohne die Grundlagen des Kapitalismus anzutasten, sofort neun Zehnteln der Bevölkerung eine ungeheure Erleichterung bringen und zweitens der Entfaltung der Produktivkräfte der Gesellschaft einen gewaltigen Auftrieb geben, da der innere Markt dadurch erweitert und der Staat von den unsinnigen Beschränkungen des Wirtschaftslebens befreit werden würde, die man zur Erhebung der indirekten Steuern eingeführt hat.

Die Verteidiger der Kapitalisten verweisen gewöhnlich auf die Schwierigkeit, die großen Einkommen zu erfassen. In Wirklichkeit aber sind diese Schwierigkeiten bei dem heutigen Entwicklungsstand der Banken, der Sparkassen usw. völlig aus der Luft gegriffen. Die *einzige* Schwierigkeit liegt im Klassenegoismus der Kapitalisten und im Vorhandensein undemokratischer Einrichtungen im politischen System der bürgerlichen Staaten.

Geschrieben am 1. (14.) Juni 1913.
Veröffentlicht am 7. Juni 1913 in der „Prawda" Nr. 129.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE WIRTSCHAFTLICHEN STREIKS IN DEN JAHREN 1912 UND 1905

Die von der Vereinigung der Werkbesitzer und Fabrikanten des Moskauer Bezirks zusammengestellte Statistik der wirtschaftlichen Streiks gibt die Möglichkeit, einige Parallelen zwischen 1912 und 1905 zu ziehen. Wir müssen uns dabei auf drei Gruppen der Produktion beschränken: Metallarbeiter, Textilarbeiter und „sonstige" Arbeiter, denn eine genauere Einteilung gibt die Statistik der Vereinigung der Fabrikanten nicht.

Hier die parallelen Angaben:

	Zahl der streikenden Arbeiter (wirtschaftliche Streiks)		
	1905	1911	1912
Metallarbeiter	230 216	17 920	78 195
Textilarbeiter	559 699	59 950	89 540
Sonstige	230 527	18 880	43 860
Insgesamt	1 020 442	96 750	211 595

Die Angaben für 1905 betreffen nur *rein* wirtschaftliche Streiks; nicht berücksichtigt sind gemischte Streiks, d. h. Streiks, die sowohl politischen als auch wirtschaftlichen Charakter tragen. Die Angaben für 1911 und 1912 sind offenbar sehr unvollständig.

Der Vergleich dieser Zahlen zeigt uns, daß 1911 die Streikenergie der Textilarbeiter *größer* war als die der Metall- und „sonstigen" Arbeiter, wenn man die Bewegung von 1905 zum Ausgangspunkt nimmt. Die Textilarbeiter stellten 1911 bedeutend mehr als die Hälfte der Gesamtzahl der Streikenden und mehr als das Dreifache der Metallarbeiter. 1905 war die Zahl der streikenden Textilarbeiter nur $2^1/_2$mal so groß wie die der streikenden Metallarbeiter.

Was die „Sonstigen" betrifft, so ist die Zahl der Streikenden bei ihnen sowohl 1905 als auch 1911 annähernd die gleiche wie bei den Metallarbeitern.

Im Jahre 1912 dagegen ist bei den Metallarbeitern eine erstaunlich schnelle Entwicklung nach vorn zu verzeichnen, so daß sie die „Sonstigen" weit hinter sich lassen und die Textilarbeiter fast einholen.

Die Zahl der streikenden Metallarbeiter stieg im Jahre 1912 gegenüber 1911 auf mehr als das *Vierfache*. In der gleichen Zeit stieg die Zahl der streikenden Textilarbeiter nur auf das Anderthalbfache (von 60 000 auf 89 000) und die Zahl der Sonstigen auf das Zweieinhalbfache.

Die Metallarbeiter haben also die für sie günstigen Marktverhältnisse des Jahres 1912 ausgezeichnet ausgenutzt. Angespornt durch die Siege von 1911, gingen sie zu einer noch breiteren und entschlosseneren Offensive über.

Die Arbeiter in den „sonstigen" Industriezweigen befanden sich 1912 gleichfalls in einer günstigen Lage. Ihr wirtschaftlicher Kampf war noch erfolgreicher als der der Metallarbeiter. Doch sie nutzten ihre günstige Lage schlechter aus als die Metallarbeiter.

Die Lage der Textilarbeiter im Jahre 1912 war von allen Produktionszweigen die schlechteste; ihr wirtschaftlicher Kampf war am wenigsten erfolgreich. Dementsprechend stieg bei ihnen die Zahl der Streikenden am langsamsten.

Die Fabrikanten des Moskauer Bezirks hoffen, daß im Jahre 1913 die Streikwelle schwächer sein wird. In ihrem Bericht für das Jahr 1912 lesen wir: „In der Textilindustrie ist die Lage bereits genügend klar; bis zum Bekanntwerden der Ergebnisse der neuen Ernte werden die Fabriken in einem verlangsamten Tempo arbeiten, und Streiks der Arbeiter wären unter solchen Verhältnissen völlig sinnlos."

Wir werden sehen, inwieweit sich diese Annahme bestätigt. Jedenfalls hat sowohl das Jahr 1912 als auch der Beginn des Jahres 1913 gezeigt, daß die *wirtschaftlichen* Streiks nur einen geringen Teil der *ganzen* „Streikwelle" bilden.

Geschrieben am 25. Mai (7. Juni) 1913.
Veröffentlicht am 8. Juni 1913 in der „Prawda" Nr. 130.
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE ZUNAHME DES KAPITALISTISCHEN REICHTUMS

Die Kapitalisten lieben keine offenherzigen Gespräche über ihre Einnahmen. Das „Geschäftsgeheimnis" wird streng gewahrt, und für den Uneingeweihten ist es sehr schwer, das „Geheimnis" zu erfahren, wie Reichtümer geschaffen werden. Das Privateigentum ist heilig: Niemand darf sich in die Angelegenheiten des Eigentümers einmischen. So lautet das Prinzip des Kapitalismus.

Doch das Kapital ist schon längst über den Rahmen des Privateigentums hinausgewachsen und hat zur Bildung von Aktiengesellschaften geführt. Hunderte und Tausende einander unbekannter Aktionäre bilden ein einheitliches Unternehmen: und die Herren privaten Eigentümer mußten wiederholt draufzahlen, wenn geschickte Manager unter dem Deckmantel des „Geschäftsgeheimnisses" die Taschen ihrer Geschäftspartner leerten.

Das heilige Privateigentum mußte ein Teilchen seiner Heiligkeit opfern: Man konnte nicht umhin, die Aktiengesellschaften durch Gesetz zu einer ordnungsgemäßen Rechnungsführung und zur Veröffentlichung der wichtigsten Ergebnisse ihrer Rechnungsführung zu verpflichten. Natürlich hörte damit der Betrug am Publikum nicht auf, sondern nahm nur andere Formen an, wurde durchtriebener. Das Großkapital, das sich Stück für Stück die geringeren Kapitalien der in aller Welt verstreuten Aktionäre angliederte, wurde noch mächtiger. Durch die Aktiengesellschaften verfügt der Millionär jetzt nicht nur über seine Million, sondern auch über ein zusätzliches Kapital von, sagen wir, 800 000 Rubel, das vielleicht bei 8000 kleinen Unternehmern zusammengeholt wurde.

Dafür wird aber auch die Widersinnigkeit des Kapitalismus für die Masse der Bevölkerung immer klarer und anschaulicher.

Nehmen wir als Beispiel die Ergebnisse der von den Versicherungsgesellschaften in Rußland veröffentlichten Berichte über die 10 Jahre von 1902 bis 1911.

Im Jahre 1902 betrug das Aktienkapital $31^1/_3$ Millionen Rubel (in 21 Aktiengesellschaften), 1911 aber (ebenfalls 21 Gesellschaften) 34,8 Millionen Rubel. Gewöhnlich ist es so, daß ein großer Teil des Kapitals einem Häuflein Millionäre gehört. 10 oder 20 Großkapitalisten haben vielleicht Aktien im Werte von 18 Millionen Rubel und verfügen, da sie die Mehrheit haben, unkontrolliert über die übrigen 13 oder 16 Millionen der „Klein"aktionäre.

Die Professoren, die den Kapitalismus verteidigen, schwatzen angesichts der zunehmenden Zahl der Kleinaktionäre von einer Erhöhung der Zahl der Eigentümer. In Wirklichkeit aber wächst die Macht (und das Einkommen) der einflußreichsten Millionäre *über* das Kapital der „Kleinen".

Sehen Sie sich nur an, wie sich unsere Versicherungskönige in den zehn Jahren entwickelt haben. Die Dividende vom Aktienkapital betrug in den 10 Jahren *durchschnittlich mehr als* 10 Prozent!! Kein schlechter Profit, nicht wahr? Im schlechtesten Jahr des Jahrzehnts „verdiente" man je Rubel 6 Kopeken und in den besten Jahren 12 Kopeken!

Die Reservekapitalien haben sich verdoppelt: 1902 betrugen sie 152 Millionen Rbl., 1911 327 Millionen. Das Vermögen hat sich fast verdoppelt: 1902 waren es 44 Millionen, 1911 76 Millionen.

Das macht insgesamt 32 Millionen an *neuem* Vermögen in zehn Jahren und in einundzwanzig Gesellschaften!

Wer hat dieses Vermögen „verdient"?

Die, die nicht gearbeitet haben, das heißt die Aktionäre, in erster Linie die einflußreichsten Millionäre, die über die Aktienmehrheit verfügen.

Gearbeitet haben Hunderte Angestellter, die Reisen unternahmen, Versicherungen abschlossen, das Vermögen der Versicherten prüften, Berechnungen durchführten. Diese Angestellten sind Angestellte geblieben. Außer ihrem Arbeitslohn (der bei den meisten bekanntlich nicht einmal ausreicht, um die Familie einigermaßen zu unterhalten) bekommen sie nichts. Sie können keinerlei Vermögen zusammensparen.

Wenn schon einmal einer von den Großkapitalisten „mitgearbeitet"

hat – *als Direktor*, so wurde er dafür durch ein Ministergehalt und Prämien *besonders* belohnt.

Die Herren Aktionäre aber wurden *davon* reicher, daß sie *nicht* arbeiteten. Sie erhielten im Durchschnitt dieser zehn Jahre jeder jährlich drei Millionen Reingewinn für die „Arbeit" des Kuponschneidens und akkumulierten noch ein zusätzliches Sümmchen von 32 Millionen Rubel.

Geschrieben am 19. Mai (1. Juni) 1913.
Veröffentlicht am 9. Juni 1913 in der „Prawda" Nr. 131.
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text der „Prawda".

BAUERNSCHAFT UND ARBEITERKLASSE

In den volkstümlerischen Zeitungen und Zeitschriften stoßen wir oft auf die Behauptung, daß die Arbeiter und die „werktätige" Bauernschaft eine Klasse bilden.

Die völlige Unrichtigkeit dieser Anschauung ist für jeden offensichtlich, der begreift, daß in allen modernen Staaten die mehr oder minder entwickelte kapitalistische Produktion herrscht, d. h., daß das Kapital auf dem Markt die Herrschaft ausübt und die Masse der Werktätigen in Lohnarbeiter verwandelt. Der sogenannte „werktätige" Bauer ist in Wirklichkeit ein *Kleinbesitzer* oder kleiner Bourgeois, der sich fast immer entweder Fremden zur Arbeit verdingt oder selbst Arbeiter dingt. Als Kleinbesitzer schwankt der „werktätige" Bauer auch in der Politik zwischen den großen Besitzern und den Arbeitern, zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat.

Eine überaus anschauliche Bestätigung dieser Besitzer- oder Bourgeoisnatur des „werktätigen" Bauern sind die Angaben über die *Lohnarbeit* in der Landwirtschaft. Die bürgerlichen Ökonomen (darunter die Volkstümler) preisen gewöhnlich die „Lebensfähigkeit" des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs, wobei sie unter Kleinbetrieb eine Wirtschaft verstehen, die ohne Lohnarbeit auskommt. Genaue Angaben über die Lohnarbeit bei den Bauern sind aber bei ihnen nicht beliebt!

Doch sehen wir uns einmal die Angaben an, die zu dieser Frage bei den letzten landwirtschaftlichen Zählungen, und zwar in Österreich 1902 und in Deutschland 1907, gesammelt worden sind.

Je entwickelter ein Land ist, desto größere Anwendung findet die Lohnarbeit in der Landwirtschaft. In Deutschland wurden von insgesamt

15 Millionen in der Landwirtschaft Beschäftigten $4^1/_2$ Millionen Lohnarbeiter, d. h. 30%, gezählt; in Österreich von 9 Millionen $1^1/_4$ Millionen, d. h. ungefähr 14%. Aber auch in Österreich sehen wir, wenn wir die Wirtschaften betrachten, die man gewöhnlich zu den bäuerlichen (oder „auf eigener Arbeit beruhenden") rechnet, nämlich diejenigen mit 2 bis 20 Hektar Land (1 Hektar – $^9/_{10}$ Desjatinen), eine bedeutende Ausbreitung der Lohnarbeit. Von 383 000 Wirtschaften mit 5–10 Hektar beschäftigen 126 000 Lohnarbeiter. Von 242 000 Wirtschaften mit 10 bis 20 Hektar beschäftigen 142 000 (d. h. ungefähr $^3/_5$) Lohnarbeiter.

Somit beutet der bäuerliche („auf eigener Arbeit beruhende") landwirtschaftliche Kleinbetrieb *Hunderttausende* von Lohnarbeitern aus. Je größer die Bauernwirtschaft, desto größer ist die Zahl der Lohnarbeiter neben der ebenfalls bedeutenderen Zahl der mitarbeitenden Familienangehörigen. In Deutschland zum Beispiel entfallen auf 10 Bauernwirtschaften an Arbeitern:

Wirtschaften	Familienangehörige	Lohnarbeiter	Insgesamt
mit 2– 5 Hektar	25	4	29
„ 5–10 „	31	7	38
„ 10–20 „	34	17	51

Die wohlhabenderen Bauern, die mehr Land und eine größere Zahl „eigener" Arbeitskräfte haben, beschäftigen *außerdem* auch eine größere Zahl von *Lohnarbeitern*.

In der ganz vom Markt abhängigen kapitalistischen Gesellschaft ist die Kleinproduktion in der Landwirtschaft (bäuerliche Produktion) in ihrer Masse *unmöglich* ohne massenhafte Anwendung von Lohnarbeit. Das schöne Wörtchen „werktätiger" Bauer betrügt den Arbeiter nur, indem es diese Ausbeutung der Lohnarbeit *verschleiert*.

In Österreich dingen ungefähr 1,5 Millionen Bauernwirtschaften (von 2 bis 20 Hektar) eine *halbe Million* Lohnarbeiter. In Deutschland dingen 2 Millionen Bauernwirtschaften *mehr als 1,5 Millionen* Lohnarbeiter.

Und die kleineren Landwirte? Sie verdingen sich selbst! Sie sind Lohnarbeiter mit einem Stückchen Land. In Deutschland zum Beispiel wurden ungefähr $3^1/_3$ Millionen (3 378 509) Wirtschaften mit weniger als 2 Hektar gezählt. Von ihnen sind *weniger als eine halbe Million* (474 915) *selb-*

ständige Landwirte, während die Zahl der *Lohnarbeiter* etwas weniger als 2 *Millionen* (1 822 792) beträgt!!

Die Lage also, in der sich die kleinen Landwirte in der modernen Gesellschaft befinden, verwandelt sie somit unvermeidlich in kleine Bourgeois. Sie schwanken ewig zwischen Lohnarbeitern und Kapitalisten. Die Mehrzahl der Bauern leidet Not und wird ruiniert, verwandelt sich in Proletarier, während die Minderheit den Kapitalisten nachstrebt und die Abhängigkeit der Masse der Landbevölkerung von den Kapitalisten unterstützt. Darum steht in allen kapitalistischen Ländern die Bauernschaft in ihrer Masse bis jetzt abseits von der sozialistischen Bewegung der Arbeiter und schließt sich den verschiedenen reaktionären und bürgerlichen Parteien an. Nur die selbständige Organisation der Lohnarbeiter, die einen konsequenten Klassenkampf führt, ist imstande, die Bauernschaft dem Einfluß der Bourgeoisie zu entreißen und ihr die völlige Ausweglosigkeit der Lage der Kleinproduzenten in der kapitalistischen Gesellschaft klarzumachen.

In Rußland ist die Lage der Bauern in bezug auf den Kapitalismus völlig gleicher Art wie in Österreich, Deutschland usw. Unsere „Besonderheit" ist unsere Rückständigkeit: Dem Bauern steht noch nicht der kapitalistische, sondern der *fronherrliche* Großgrundbesitzer gegenüber, der die Hauptstütze der ökonomischen wie der politischen Rückständigkeit Rußlands ist.

Geschrieben am 30. Mai (12. Juni) 1913.
Veröffentlicht am 11. Juni 1913 in der „Prawda" Nr. 132.
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE KINDERARBEIT IN DER BAUERNWIRTSCHAFT

Um die Bedingungen, unter denen der landwirtschaftliche Kleinbetrieb im Kapitalismus existiert, richtig zu beurteilen, muß man vor allem nach der Lage des Arbeitenden, seinem Verdienst, der Arbeitsmenge, den Lebensbedingungen, ferner nach der Viehhaltung und Qualität der Viehwartung und schließlich nach den Methoden der Bodenbearbeitung, nach der Bodendüngung, nach dem Raubbau am Boden usw. fragen.

Es ist nicht schwer zu begreifen, daß man, wenn man diese Fragen umgeht (wie das die bürgerliche politische Ökonomie auf Schritt und Tritt tut), eine völlig verzerrte Vorstellung von der Bauernwirtschaft bekommt, denn ihre *wirkliche* „Lebensfähigkeit" hängt gerade von der Lage des Arbeitenden, von den Bedingungen der Viehhaltung und der Bodenbearbeitung ab. Von vornherein anzunehmen, daß der Kleinbetrieb in dieser Beziehung mit dem Großbetrieb gleichgestellt sei, bedeutet, das erst zu Beweisende als bewiesen anzunehmen, bedeutet, sich gleich auf den bürgerlichen Standpunkt zu stellen.

Die Bourgeoisie möchte beweisen, daß der Bauer ein richtiggehender und lebensfähiger „Besitzer" ist, nicht aber ein Sklave des Kapitals, der ebenso wie der Lohnarbeiter niedergedrückt, aber mehr als dieser gebunden und gefesselt ist. Wenn man zur Entscheidung der strittigen Frage ernst und gewissenhaft nach *Unterlagen* sucht, so muß man systematische und objektive Merkmale für die *Lebens- und Arbeitsbedingungen* im Klein- und Großbetrieb ausfindig machen.

Zu den Merkmalen dieser Art – und zwar zu den besonders wichtigen – gehört der Grad der Anwendung von *Kinder*arbeit. Je stärker die Ausbeutung der Kinderarbeit, um so schlechter ist zweifellos die Lage des Arbeitenden, um so schwerer sein Leben.

Die österreichische und die deutsche landwirtschaftliche Zählung geben Aufschluß über den Anteil der Kinder und Halbwüchsigen an der Gesamtzahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen. Hierbei sind in Österreich alle Arbeitenden beiderlei Geschlechts *unter* 16 Jahren gesondert gezählt. Es sind 1,2 Millionen von 9 Millionen, d. h. 13%. In Deutschland dagegen sind nur die Minderjährigen *bis zu 14 Jahren* gesondert gezählt; es sind sechshunderttausend (601 637) von fünfzehn Millionen (15 169 549), d. h. 3,9%.

Es ist klar, daß man die österreichischen und die deutschen Angaben nicht miteinander vergleichen kann. Völlig vergleichbar ist aber das hierbei zutage tretende *Verhältnis* zwischen den proletarischen, den bäuerlichen und den kapitalistischen Wirtschaften.

Zu den proletarischen Wirtschaften rechnen wir die winzigen Landstückchen (bis zu zwei Hektar, d. h. knapp zwei Desjatinen auf eine Wirtschaft), die den Lohnarbeitern zu einem Nebenverdienst verhelfen. Zu den Bauernwirtschaften zählen wir solche, die 2 bis 20 Hektar besitzen; hier überwiegt die Arbeit der Familie die Lohnarbeit. Schließlich die kapitalistischen Wirtschaften, das sind die größeren Wirtschaften, in denen die Lohnarbeit die Arbeit der Familie überwiegt.

Nachfolgend die Angaben über die Kinderarbeit in den Wirtschaften dieser drei Typen:

Wirtschaften:	Gruppen der Wirtschaften	Auf hundert Personen kommen in der Landwirtschaft Kinder: bis zu 16 Jahren in Österreich	bis zu 14 Jahren in Deutschland
Proletarische	Bis zu ½ Hektar	8,8	2,2
	Von ½ bis 2 Hektar	12,2	3,9
Bäuerliche	„ 2 „ 5 „	15,3	4,6
	„ 5 „ 10 „	15,6	4,8
	„ 10 „ 20 „	12,8	4,5
Kapitalistische	„ 20 „ 100 „	11,1	3,4
	„ 100 und mehr „	4,2	3,6
	Insgesamt	13,0	3,9

Wir ersehen hieraus, daß in beiden Ländern die Ausbeutung der Kinderarbeit gerade in den *bäuerlichen* Wirtschaften im allgemeinen, be-

sonders aber in den *mittelbäuerlichen* Wirtschaften (5–10 Hektar, d. h. 4,5–9 Desjatinen Land) *am stärksten* ist.

Also nicht genug damit, daß der Kleinbetrieb schlechter gestellt ist als der Großbetrieb. Wir sehen weiter, daß speziell die bäuerliche Wirtschaft nicht nur schlechter als die kapitalistische, sondern sogar schlechter als die proletarische Wirtschaft gestellt ist.

Wie ist diese Erscheinung zu erklären?

In der proletarischen Wirtschaft wird die Landwirtschaft auf einem so verschwindend kleinen Stückchen Land betrieben, daß man im Ernst eigentlich nicht von einer „Wirtschaft" sprechen kann. Die Landwirtschaft ist hier *Neben*beschäftigung; Hauptbeschäftigung ist die Lohnarbeit in der Landwirtschaft und in der Industrie. Der Einfluß der Industrie hebt im allgemeinen das Lebensniveau des Arbeitenden und verringert im besonderen die Ausbeutung der Kinderarbeit. In Deutschland zum Beispiel wies die Zählung in der Industrie nur 0,3% Arbeitende bis zu 14 Jahren (d. h. ein Zehntel der entsprechenden Zahl in der Landwirtschaft) und nur 8% bis zu 16 Jahren auf.

In der bäuerlichen Wirtschaft hingegen ist der Einfluß der Industrie am schwächsten, die Konkurrenz mit der kapitalistischen Landwirtschaft aber am stärksten. Der Bauer kann sich nicht halten, ohne sich selbst bei der Arbeit halb zu Tode zu plagen und seine Kinder doppelt schwer arbeiten zu lassen. Die Not zwingt den Bauern, den Mangel an Kapital und an technischen Verbesserungen durch schwere Arbeit wettzumachen. Und wenn beim Bauern die Kinder am schwersten arbeiten, so bedeutet das ebenfalls, daß das Vieh des Bauern schwer arbeiten muß und schlecht gefüttert wird: Die Notwendigkeit, alle Kräfte anzustrengen und an allem zu „sparen", äußert sich unvermeidlich überall in der Wirtschaft.

Die deutsche Statistik zeigt, daß unter den Lohnarbeitern der Prozentsatz der Kinder in den kapitalistischen Großbetrieben (100 und mehr Desjatinen) am höchsten (fast 4%, nämlich 3,7%) ist, während unter den mitarbeitenden Familienangehörigen der Anteil der Kinder beim Bauern am größten ist, und zwar rund 5% (4,9–5,2%). Unter den *zeitweilig beschäftigten* Lohnarbeitern erreicht der Anteil der Kinder 9% bei den großen Kapitalisten, während er unter den zeitweilig mitarbeitenden *Familienangehörigen* bei den Bauern auf 16,5–24,4% steigt!!

In der Zeit der dringendsten Arbeit leidet der Bauer Mangel an Arbeits-

kräften; Arbeiter einstellen kann er nur in geringer Zahl; er muß also seine eigenen Kinder auf jede Art und Weise in die Arbeit einspannen. So ergibt sich die Tatsache, daß in der deutschen Landwirtschaft allgemein der Prozentsatz der Kinder unter den mitarbeitenden Familienangehörigen *fast das Anderthalbfache* des Prozentsatzes der Kinder unter den Lohnarbeitern beträgt. Der Anteil der Kinder unter den mitarbeitenden Familienangehörigen beträgt 4,4%, unter den Lohnarbeitern dagegen 3,0%.

Der Bauer muß sich bei der Arbeit *mehr* anstrengen als der Lohnarbeiter. Diese Tatsache, die durch Tausende einzelner Beobachtungen bestätigt wird, ist jetzt durch die Statistik ganzer Länder in vollem Umfang bewiesen worden. Der Kapitalismus verdammt den Bauern zu größter Niedergedrücktheit und zum Untergang. Es gibt für ihn keine andere Rettung, als sich dem Klassenkampf der Lohnarbeiter anzuschließen. Um aber diese Schlußfolgerung zu begreifen, muß der Bauer lange Jahre der Enttäuschung über die betrügerischen bürgerlichen Losungen durchmachen.

Geschrieben am 8. (21.) Juni 1913.
Veröffentlicht am 12. Juni 1913 in der „Prawda" Nr. 133.
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE RESULTATE DER STREIKS IM JAHRE 1912, VERGLICHEN MIT DEN VORJAHREN

Die Vereinigung der Werkbesitzer und Fabrikanten des Moskauer Bezirks hat eine Statistik der Resultate der Streiks der letzten 7 Monate des Jahres 1912 zusammengestellt. Diese Statistik erfaßt 131 625 Arbeiter von insgesamt 211 595 Arbeitern, die (nach den zweifellos zu niedrigen Angaben der Vereinigung) während des ganzen Jahres 1912 an wirtschaftlichen Streiks teilgenommen haben.

Für die vergangenen Jahre besitzen wir eine Statistik der Streikresultate in den amtlichen Veröffentlichungen des Ministeriums für Handel und Industrie für die zehn Jahre vor der Revolution (1895–1904) und für die drei Revolutionsjahre (1905–1907).

Leider sind diese Angaben nicht gleichwertig, und jene, die von der Vereinigung der Fabrikanten zusammengestellt wurden, sind schlechter bearbeitet. Die amtliche Statistik teilt die Streiks zur Feststellung der Streikresultate in drei Gruppen ein: 1. die zugunsten der Arbeiter endeten, 2. die zugunsten der Unternehmer endeten und 3. die mit einem Kompromiß endeten. Die Statistik der Fabrikanten hingegen teilt die Streiks folgendermaßen ein: 1. die mit einer Niederlage der Arbeiter endeten, 2. die mit einer vollständigen oder teilweisen Befriedigung der Forderungen der Arbeiter endeten und 3. Streiks mit ungeklärten Ergebnissen.

Ein (wenn auch nur bedingter) Vergleich der einen und der anderen Angaben ist nur mittels folgender Methode möglich. Die Zahl der Teilnehmer an den Streiks, die mit einem Kompromiß endeten oder deren Ergebnisse nicht geklärt wurden, halbiert man und rechnet die eine Hälfte zu den *gewonnenen* und die andere Hälfte zu den *verlorenen* Streiks hinzu, so daß man im Ergebnis nur diese zwei (natürlich bloß annähernd richtigen) Rubriken erhält. Hier das Ergebnis des Vergleichs:

		Zahl der Streikenden	Davon erfolgreich Streikende (in 1000)	Prozentsatz der erfolgreich Streikenden
In den 10 Jahren vor der Revolution	1895–1904	424	159	37,5
In den drei Jahren der Revolution	1905	1439	705	48,9
	1906	458	233	50,9
	1907	200	59	29,5
Während des ganzen Jahres	1911	96	49	51,0
Während der letzten sieben Monate des Jahres	1912	132	55	41,6

Alle diese Angaben beziehen sich nur auf die wirtschaftlichen Streiks, wobei die Angaben für 1911 und 1912 unvollständig sind. Nimmt man das ganze Jahr 1912, so *überstieg* die Zahl der Streikenden, die an wirtschaftlichen Streiks teilnahmen (212 000), die Zahl des Jahres 1907.

Das Jahr 1911 war somit, was den Erfolg der wirtschaftlichen Streiks betrifft, ein Rekordjahr, das sogar das erfolgreichste Revolutionsjahr – 1906 – übertraf. Damals errangen 50,9% der streikenden Arbeiter einen Sieg, jetzt (1911) – 51,0%.

Der Prozentsatz der im Jahre 1912 erfolgreich beendeten Streiks ist niedriger als der des Jahres *1905* (1905 endeten 48,9% mit einem Sieg, 1912 – 41,6%), aber er übersteigt bedeutend den Durchschnittssatz der erfolgreichen Streiks in dem *Jahrzehnt* von 1895 bis 1904 (37,5%), ganz zu schweigen von dem Jahr 1907 (29,5%).

Interessant ist es, diese Angaben mit den westeuropäischen zu vergleichen. In Deutschland gab es im ganzen ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts (1900–1909) 1 897 000 Streikende (ebensoviel, wie es in Rußland *in zwei Jahren* der Revolution allein bei wirtschaftlichen Streiks gab). Davon gewannen den Streik 698 000 Arbeiter oder 36,8%, das sind etwas weniger als in Rußland in dem Jahrzehnt vor der Revolution. In England betrug im Verlauf von zehn Jahren, 1900–1909, die Zahl der Streikenden 1 884 000. Von 1 234 000 gewannen den Streik 588 000 oder 47,5%, das sind bei weitem mehr als bei uns in dem Jahrzehnt vor der Revolution, aber weniger als 1905, 1906 und 1911. (Die Zahl der erfolgreich streikenden Arbeiter in England und Deutschland wurde mit der gleichen Methode ermittelt wie für Rußland.)

Die Zahl der Arbeiter, die den Streik gewannen, ist in Rußland *allein* im Jahr 1905 *größer* als die Zahl derer, die im Verlauf *von 10 Jahren* in Deutschland oder in England erfolgreich gestreikt haben. Hieraus kann man schließen, welch unermeßliche Kräfte das moderne Proletariat noch in seinem Schoß birgt.

Geschrieben am 25. Mai (7. Juni) 1913.
Veröffentlicht am 12. Juni 1913 in der „Prawda" Nr. 133.
Unterschrift: N.

Nach dem Text der „Prawda".

IN AUSTRALIEN

In Australien gingen vor kurzem die Parlamentswahlen zu Ende. Die Arbeiterpartei, die mit 44 von 75 Abgeordneten im Unterhaus die Mehrheit gehabt hatte, erlitt eine Niederlage. Sie hat jetzt nur 36 der 75 Abgeordnetensitze erhalten. Die Mehrheit haben nun die Liberalen, doch diese Mehrheit ist sehr labil, denn im Oberhaus sind von 36 Abgeordneten 30 Arbeiter.

Was ist das für ein originelles kapitalistisches Land, in dem die Arbeiter im *Ober*haus dominieren und bis vor kurzem auch im Unterhaus die Mehrheit hatten, ohne daß die kapitalistische Ordnung auch nur im geringsten gefährdet ist?

Ein englischer Korrespondent der deutschen Arbeiterpresse erklärte kürzlich diesen Umstand, der bürgerlichen Publizisten sehr häufig Anlaß zu falschen Rückschlüssen gibt.

Die australische Arbeiterpartei ist nicht einmal den Worten nach eine sozialistische Partei. Sie ist in Wirklichkeit eine bürgerlich-liberale Partei, die australischen sogenannten Liberalen aber sind Konservative.

Derlei seltsame und falsche Verwendung von Begriffen zur Bezeichnung von Parteien ist keine Einzelerscheinung. Nennen sich doch in Amerika die gestrigen Sklavenhalter Demokraten oder in Frankreich die Kleinbürger, die Feinde des Sozialismus, „Radikalsozialisten"! Um die wirkliche Bedeutung einer Partei zu begreifen, darf man nicht auf das Aushängeschild sehen, sondern muß ihren Klassencharakter und die historischen Bedingungen jedes einzelnen Landes untersuchen.

Australien ist eine junge Kolonie Englands.

Der Kapitalismus in Australien ist noch sehr jung. Das Land beginnt

eben erst, sich zu einem selbständigen Staat zu formieren. Die Arbeiter sind zum größten Teil Einwanderer aus England. Sie haben England zu einer Zeit verlassen, als dort fast uneingeschränkt eine liberale Arbeiterpolitik herrschte, als die Masse der englischen Arbeiter *liberal* war. In England sind auch heute noch die meisten qualifizierten, gelernten Fabrikarbeiter Liberale und Halbliberale. Das ist das Ergebnis der ungewöhnlich vorteilhaften Stellung, der Monopolstellung Englands in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Erst jetzt wendet sich (aber langsam) die Masse der Arbeiter in England dem Sozialismus zu.

Und wenn in England die sog. „Arbeiterpartei" einen *Block* der nichtsozialistischen Gewerkschaften mit der äußerst opportunistischen „Unabhängigen Arbeiterpartei" darstellt, so ist in Australien die Arbeiterpartei eine *reine* Vertretung *nicht*sozialistischer Arbeitergewerkschaften.

Die Führer der australischen Arbeiterpartei sind Gewerkschaftsbeamte, das Element, das überall am meisten gemäßigt und „kapitalhörig", in Australien aber ganz und gar friedlich, rein liberal eingestellt ist.

Die Bindungen zwischen den einzelnen australischen Staaten und die Ansätze zu einem einheitlichen Australien sind noch sehr schwach. Der Arbeiterpartei fiel die Aufgabe zu, sich um die Entwicklung und Festigung dieser Beziehungen, um die Bildung einer zentralen Regierung zu bekümmern.

Die Arbeiterpartei in Australien führte das durch, was in anderen Ländern die Liberalen besorgten: Einführung eines für den ganzen Staat geltenden Zolltarifs, eines einheitlichen Schulgesetzes, einer einheitlichen Grundsteuer und einer einheitlichen Fabrikgesetzgebung.

Natürlich wird sich mit der endgültigen Entwicklung Australiens zu einem selbständigen kapitalistischen Staat und seiner Konsolidierung die Lage der Arbeiter verändern, wird sich auch die *liberale* „Arbeiterpartei" wandeln und einer *sozialistischen* Arbeiterpartei Platz machen. Das Beispiel Australiens zeigt, unter welchen Bedingungen *Ausnahmen* von der Regel möglich sind. Die Regel ist eine sozialistische Arbeiterpartei in einem kapitalistischen Land; die Ausnahme – eine liberale Arbeiterpartei, die lediglich für eine gewisse Zeit auf Grund besonderer, für den Kapitalismus im allgemeinen nicht normaler Bedingungen entsteht.

Diejenigen Liberalen in Europa und Rußland, die das Volk am Beispiel Australiens „lehren" wollen, daß der Klassenkampf nicht notwendig sei.

betrügen nur sich und die anderen. Es ist lächerlich, an eine Übertragung der australischen Verhältnisse (Verhältnisse einer unentwickelten, jungen Kolonie, besiedelt von liberalen englischen Arbeitern) auf Länder mit längst herausgebildetem Staat und entfaltetem Kapitalismus auch nur zu denken.

Geschrieben am 8. (21.) Juni 1913.
Veröffentlicht am 13. Juni 1913 in der „Prawda" Nr. 134.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE MAIKUNDGEBUNGEN DES REVOLUTIONÄREN PROLETARIATS

Ein Jahr ist vergangen seit den Ereignissen an der Lena und dem ersten, entschiedenen Aufschwung der revolutionären Arbeiterbewegung nach dem Umsturz vom 3. Juni. Der Zar und seine Schwarzhunderter, die Gutsbesitzer, die Meute der Beamten und die Bourgeoisie haben das dreihundertjährige Jubiläum der Plünderung, der Raubzüge und der Schändung Rußlands durch die Romanows gefeiert. Die IV. Duma ist zusammengetreten und hat ihre „Arbeit" aufgenommen, obwohl sie selbst nicht an sie glaubt und ihre frühere konterrevolutionäre Energie verloren hat. Zerfahrenheit und Langeweile haben die liberale Gesellschaft ergriffen, die träge ihre Aufrufe *zu Reformen* wiederkäut und sich dabei völlig im klaren ist, daß nichts getan werden kann, was einer Reform auch nur ähnlich wäre.

Und da haben die Maikundgebungen der Arbeiterklasse in Rußland – die zuerst in Riga ihre Generalprobe abhielt und danach am 1. Mai alten Stils in Petersburg eine machtvolle Demonstration veranstaltete – wie ein Blitz in einer finsteren, trüben, dumpfen Atmosphäre die Luft zerrissen. Vor Hunderten von alten Revolutionären, die die Verfolgungen durch die Schergen und das Renegatentum der Freunde noch nicht haben brechen und zerschlagen können, vor den Millionen Demokraten und Sozialisten einer neuen Generation haben sich erneut in ihrer vollen Größe die Aufgaben der nahenden Revolution erhoben, und die Kräfte der fortschrittlichsten Klasse, die an ihrer Spitze steht, haben sich klar abgezeichnet.

Schon einige Wochen vor dem 1. Mai hatte die Regierung regelrecht den Kopf verloren, und die Herren Fabrikanten führten sich auf wie völlig übergeschnappte Leute. Verhaftungen und Haussuchungen kehrten in

allen Arbeitervierteln der Hauptstadt sozusagen das Unterste zuoberst. Die Provinz blieb nicht hinter der Hauptstadt zurück. Die Fabrikanten fielen von einem Extrem ins andere, beriefen Beratungen ein, gaben einander widersprechende Losungen aus, indem sie einmal mit Strafen und Aussperrungen drohten, um dann wieder von vornherein Zugeständnisse zu machen und sich mit der Schließung der Werke einverstanden zu erklären, indem sie einmal die Regierung zu Bestialitäten aufhetzten, um ihr dann wieder Vorwürfe zu machen und sie zur Anerkennung des 1. Mai als „offiziellen" Feiertag aufzurufen.

Aber wie sehr die Gendarmerie auch wütete, wie sehr sie auch die Fabrikvororte „säuberte" und auf Grund ihrer letzten „Verdächtigenlisten" nach rechts und links zupackte – nichts half. Die Arbeiter lachten über die ohnmächtige Wut der zaristischen Bande und der Kapitalistenklasse und spotteten über die drohenden und kläglichen „Bekanntmachungen" des Stadthauptmanns, verfaßten satirische Verse, die sie schriftlich oder mündlich weitergaben, und beschafften sich, gleichsam aus dem Nichts, immer neue kleine, schlecht gedruckte, kurze und einfache, aber überzeugende „Flugblättchen" mit Aufrufen zu Streiks und Demonstrationen, mit Erinnerungen an die alten, uneingeschränkten revolutionären Losungen der Sozialdemokratie, die im Jahre 1905 den ersten Vorstoß der Massen gegen Selbstherrschaft und Monarchie geleitet hatte.

Hunderttausend Streikende am 1. Mai – schrieb anderntags die Regierungspresse. Hundertfünfundzwanzigtausend – meldeten die bürgerlichen Zeitungen laut ersten telegrafischen Informationen („Kiewskaja Mysl"). Hundertfünfzigtausend – drahtete aus Petersburg der Korrespondent des Zentralorgans der deutschen Sozialdemokratie. Und am nächsten Tag schon wurde in der ganzen bürgerlichen Presse ihre Zahl mit 200 000 bis 220 000 angegeben. In Wirklichkeit aber erreichte die Zahl der Streikenden *250 000!*

Doch neben der Zahl der Streikenden am 1. Mai waren noch viel eindrucksvoller und viel bedeutender die revolutionären Straßendemonstrationen der Arbeiter. Revolutionäre Lieder singend, mit lauten Aufrufen zur Revolution kämpften in allen Vororten der Hauptstadt und überall in der Stadt die Arbeitermassen mit roten Fahnen mehrere Stunden lang gegen die von der Regierung mit verzehnfachter Energie mobilisierten Kräfte der Polizei und der Ochrana. Und die Arbeiter ließen es die eifrigsten

von den zaristischen Leibgardisten spüren, daß es ihnen mit dem Kampf ernst ist, daß die Polizei es nicht mit einer Handvoll slawophiler Drahtpuppen[57] zu tun hat, sondern daß sich tatsächlich die *Massen* der werktätigen Klasse der Hauptstadt erhoben haben.

Die offene Demonstration der revolutionären Bestrebungen des Proletariats – seiner gestählten revolutionären, durch neue Generationen verstärkten Kräfte –, der revolutionären Aufrufe an das Volk und an die Völker Rußlands ist in der Tat glänzend gelungen. Wenn sich im vergangenen Jahr die Regierung und die Fabrikanten damit trösten konnten, daß man die revolutionäre Explosion an der Lena unmöglich voraussehen konnte, daß man sich nicht sogleich auf die Bekämpfung ihrer Folgen vorbereiten konnte, so hatte jetzt die Monarchie alles sehr genau vorausbedacht, die Zeit für die Vorbereitungen war sehr lang, und ergriffen wurden höchst „energische Maßnahmen" – und das Ergebnis: die *Ohnmacht* der Zarenmonarchie gegenüber dem revolutionären Erwachen der Proletariermassen trat ganz deutlich zutage.

Ja, das Jahr des Streikkampfes nach den Ereignissen an der Lena, dieses Jahr hat gezeigt – entgegen dem kläglichen Geschrei der Liberalen und ihrer Nachbeter gegen das „Streikfieber", gegen die „syndikalistischen" Streiks und gegen die Verbindung des wirtschaftlichen Streiks mit dem politischen und umgekehrt –, dieses Jahr hat gezeigt, welch große, unersetzliche Waffe sich das sozialdemokratische Proletariat in der revolutionären Epoche für die Agitation unter den Massen, für die Aufrüttelung der Massen und ihre Einbeziehung in den Kampf geschmiedet hat. Der revolutionäre Massenstreik hat dem Feind weder Rast noch Ruh gegeben. Er hat den Gegner auch finanziell getroffen und vor den Augen der ganzen Welt das politische Prestige der scheinbar „starken" Zarenregierung in den Schmutz getreten. Er hat immer neuen Arbeiterschichten die Möglichkeit gegeben, wenigstens einen kleinen Teil der Errungenschaften des Jahres 1905 zurückzugewinnen, und neue Schichten der Werktätigen in den Kampf einbezogen, wobei er auch die rückständigsten Schichten mitriß. Er hat die Kräfte der Arbeiter nicht erschöpft, da er durchweg eine kurze, demonstrative Aktion war, die aber zugleich neue, noch imposantere und revolutionärere offene Massenaktionen in Form von Straßendemonstrationen vorbereitet hat.

In keinem einzigen Land der Welt war im letzten Jahr eine so große

Zahl von Teilnehmern an politischen Streiks, eine so große Hartnäckigkeit, eine solche Vielfalt der Formen, eine solche Energie der Streiks zu beobachten wie in Rußland. Schon allein dieser Umstand zeigt die ganze Erbärmlichkeit, die ganze verachtungswürdige Stumpfsinnigkeit jener liberalen und liquidatorischen Schlauköpfe, die die Taktik der russischen Arbeiter in den Jahren 1912/1913 nach dem Muster der „europäischen" Verfassungsperioden „korrigieren" wollten – Perioden, in denen hauptsächlich eine vorbereitende sozialistische Aufklärungs- und Erziehungsarbeit unter den Massen zu leisten war.

Denn der gewaltige Vorsprung der russischen Streiks vor den Streiks der europäischen, der fortgeschrittensten Länder ist keineswegs ein Zeichen irgendwelcher besonderen Qualitäten oder besonderen Fähigkeiten der Arbeiter Rußlands, sondern lediglich der *besonderen* Bedingungen des heutigen Rußlands in dem Sinne, daß eine revolutionäre Situation vorhanden ist und eine revolutionäre Krise unmittelbar heranreift. Wenn in Europa eine analoge Situation herannahen wird, wenn dort die Revolution heranreift (dort wird es die sozialistische Revolution sein und nicht die bürgerlich-demokratische wie bei uns), dann wird das Proletariat der höchstentwickelten kapitalistischen Länder bei den revolutionären Streiks und Demonstrationen und beim bewaffneten Kampf gegen die Verteidiger der Lohnsklaverei eine unvergleichlich größere Energie entfalten.

Der Maistreik dieses Jahres trägt wie eine ganze Reihe von Streiks in den letzten anderthalb Jahren in Rußland revolutionären Charakter zum Unterschied nicht nur von gewöhnlichen wirtschaftlichen Streiks, sondern auch von Proteststreiks und den politischen Streiks, die konstitutionelle Reformen forderten, wie zum Beispiel der letzte belgische Streik[58]. Diese Eigenart der russischen Streiks, die vollkommen durch die revolutionäre Situation in Rußland bedingt ist, können Menschen, die in liberalen Anschauungen befangen sind und es verlernt haben, die Dinge vom revolutionären Standpunkt aus zu betrachten, ganz und gar nicht begreifen. Die Epoche der Konterrevolution und der Entfesselung von Renegatenstimmungen hat viele solcher Leute auch unter denen hinterlassen, die sich Sozialdemokraten nennen möchten.

Rußland befindet sich deshalb in einer revolutionären Situation, weil sich die Unterdrückung der riesigen Mehrheit der Bevölkerung, nicht nur des Proletariats, sondern auch von neun Zehnteln der Kleinproduzenten,

besonders der Bauern, maximal verschärft hat. Dabei stehen diese verschärfte Unterdrückung, die Hungersnöte, die Armut, die Rechtlosigkeit und Verhöhnung des Volkes in schreiendem Mißverhältnis sowohl zum Stand der Produktivkräfte in Rußland als auch zum Grad der Bewußtheit und der Ansprüche der durch das Jahr 1905 wachgerüttelten Massen sowie zur Lage der Dinge in allen Nachbarländern, nicht nur den europäischen, sondern auch den asiatischen.

Aber damit noch nicht genug. Die Unterdrückung allein, so groß sie auch sein mag, schafft nicht immer eine revolutionäre Situation im Lande. Meist genügt es für eine Revolution noch nicht, daß die *unteren Schichten nicht* wie früher leben *wollen*. Dazu ist noch erforderlich, daß die *oberen Schichten nicht* wie früher wirtschaften und regieren *können*. Gerade das sehen wir jetzt in Rußland. Die politische Krise reift, für alle sichtbar, heran. Die Bourgeoisie hat *alles* getan, was von ihr abhing, um die Konterrevolution zu unterstützen und auf diesem konterrevolutionären Boden für eine „friedliche Entwicklung" zu sorgen. Die Bourgeoisie hat den Henkern und den Fronherren soviel Geld gegeben, wie sie wollten, die Bourgeoisie hat die Revolution verunglimpft und sich von ihr losgesagt, die Bourgeoisie hat Purischkewitsch die Stiefel und Markow 2 die Knute geleckt und sich in ihre Lakaien verwandelt, die Bourgeoisie hat „europäisch" begründete Theorien geschaffen, die die angebliche „Intellektuellen"revolution des Jahres 1905 verunglimpfen, sie zu einer sündhaften, verbrecherischen, staatsfeindlichen usw. Revolution erklären.

Und trotz aller dieser Opfer an Geld, Ehre und Gewissen gibt die Bourgeoisie, von den Kadetten bis zu den Oktobristen, *selbst* zu, daß die Selbstherrschaft und die Gutsbesitzer die *„friedliche Entwicklung" nicht* gewährleisten *konnten*, daß sie die elementaren Bedingungen für „Ordnung" und „Gesetzlichkeit" nicht garantieren konnten, ohne die im 20. Jahrhundert ein kapitalistisches Land neben Deutschland und dem neuen China nicht leben kann.

In Rußland herrscht eine gesamtnationale politische Krise, und zwar eine Krise, die an die *Grundlagen* der Staatsordnung und keineswegs an irgendwelche Einzelheiten rührt, die das *Fundament* des Gebäudes angreift und nicht diesen oder jenen Anbau, nicht nur dieses oder jenes Stockwerk. Und wie viele Phrasen unsere Liberalen und Liquidatoren auch immer daherschwatzen mögen in dem Stil, daß wir, „Gott sei Dank,

eine Verfassung haben" und daß auf der Tagesordnung diese oder jene politischen *Reformen* stehen (den engen Zusammenhang zwischen dem ersten und dem zweiten Satz verstehen nur sehr beschränkte Leute nicht), wieviel von diesem Reformatorenwässerchen sich auch immer ergießen möge – es bleibt dabei, daß kein einziger Liquidator und kein einziger Liberaler einen Ausweg aus der Lage durch Reformen zeigen kann.

Sowohl die Verhältnisse, in denen sich die Massen der Bevölkerung in Rußland befinden, als auch die Verschlechterung ihrer Lage durch die neue Agrarpolitik (an die sich die fronherrlichen Gutsbesitzer gewissermaßen als letzte Rettung klammern mußten), sowohl die internationale Situation als auch der Charakter der bei uns entstandenen allgemeinen politischen Krise ergeben die Summe objektiver Bedingungen, die in Rußland eine revolutionäre Situation schaffen, da es nicht möglich ist, die Aufgaben der bürgerlichen Umwälzung auf dem gegebenen Wege und mit den (der Regierung und den Ausbeuterklassen) gegebenen Mitteln zu lösen.

Das ist die soziale, ökonomische und politische Basis, das sind die Klassenverhältnisse in Rußland, die bei uns so eigenartige Streiks hervorgebracht haben, wie sie heute in Europa unmöglich sind, von dem allerlei Renegaten nicht das Beispiel der gestrigen bürgerlichen Revolutionen (mit einem Schimmer der proletarischen Revolution von morgen), sondern das Beispiel der heutigen „konstitutionellen" Situation entlehnen möchten. Weder die Unterdrückung der unteren noch die Krise der oberen Schichten bewirken die Revolution – sie versetzen das Land höchstens in einen Zustand der Fäulnis –, wenn es in diesem Lande keine revolutionäre Klasse gibt, die fähig ist, den passiven Zustand der Unterdrückung in den aktiven Zustand der Empörung und des Aufstands umzuwandeln.

Diese Rolle einer Klasse, die wirklich fortschrittlich ist, die die Massen wirklich zur Revolution aufrüttelt und wirklich fähig ist, Rußland vor der Fäulnis zu retten, spielt eben das Industrieproletariat. Diese Aufgabe erfüllt es eben mit seinen revolutionären Streiks. Diese von den Liberalen gehaßten und von den Liquidatoren nicht verstandenen Streiks sind (um mit den Worten der Februarresolution der SDAPR zu sprechen) „eines der wirksamsten Mittel . . ., um die Apathie, Verzweiflung und Zersplitterung des Landproletariats und der Bauernschaft zu überwinden und *sie*

in möglichst einhellige, gleichzeitige und ausgedehnte *revolutionäre Aktionen einzubeziehen"**.

Die Arbeiterklasse zieht die Massen der Werktätigen und Ausgebeuteten, die der elementarsten Rechte beraubt und zur Verzweiflung getrieben worden sind, in die revolutionären Aktionen hinein. Die Arbeiterklasse lehrt sie den revolutionären Kampf, erzieht sie zum revolutionären Handeln, erklärt ihnen, wo und worin Ausweg und Rettung liegen. Die Arbeiterklasse lehrt sie nicht durch Worte, sondern durch Taten, durch das Beispiel, und zwar nicht durch das Beispiel von abenteuerlichen Unternehmungen einzelner Helden, sondern durch das Beispiel der revolutionären *Massen*aktion, die politische und wirtschaftliche Forderungen in sich vereint.

Wie einfach, wie verständlich, wie nahe sind diese Gedanken jedem ehrlichen Arbeiter, der auch nur die Anfangsgründe der Lehre von Sozialismus und Demokratie kennt! Und wie fremd sind sie den intelligenzlerischen Verrätern am Sozialismus und an der Demokratie, die in den Liquidatorenzeitungen die „Illegalität" verunglimpfen oder verlachen und naiven Einfaltspinseln versichern, daß sie „auch Sozialdemokraten" seien.

Die Maikundgebungen des Petersburger Proletariats und danach des gesamten Proletariats in Rußland haben denen, die Augen haben zu sehen und Ohren zu hören, erneut anschaulich die große historische Bedeutung der revolutionären Illegalität im heutigen Rußland gezeigt. Eine einzige Parteiorganisation der SDAPR in Petersburg, das Petersburger Komitee, hat sowohl vor der Maikundgebung als auch vor dem 9. Januar, sowohl vor der 300-Jahrfeier der Romanows als auch am 4. April[59] sogar die bürgerliche Presse gezwungen, die Tatsache zu erwähnen, daß in den Fabriken und Werken immer wieder Flugblätter des Petersburger Komitees erschienen.

Gewaltige Opfer kosten diese Flugblätter. Manchmal sind sie äußerlich unansehnlich. Einige von ihnen, zum Beispiel die Aufrufe zur Demonstration am 4. April, enthalten einfach die Angabe von Zeit und Ort für die Demonstration in sechs Zeilen, die offensichtlich heimlich und in höchster Eile in verschiedenen Druckereien und mit verschiedenen Lettern gesetzt wurden. Es gibt bei uns Leute („Auch-Sozialdemokraten"), die hinsichtlich dieser Arbeitsbedingungen der „Illegalität", boshaft kichernd

* Siehe Werke, Bd. 18, S. 449. *Die Red.*

oder verächtlich die Lippen schürzend, fragen: „Wenn die Partei in der illegalen Organisation erschöpft wäre, wieviel Mitglieder würde sie dann zählen? Zweihundert, dreihundert?" (Siehe Nr. 95 [181] der Renegatenzeitung „Lutsch" in der *redaktionellen* Verteidigung des Herrn Sedow, der den traurigen Mut besitzt, ein offener Liquidator zu sein. Diese Nummer des „Lutsch" kam fünf Tage vor der Maikundgebung heraus, das heißt *gerade zur Zeit* der illegalen Herstellung der Flugblätter!)

Es ist unmöglich, daß die Herren Dan, Potressow und Co., die diese schändlichen Sachen schreiben, nicht wissen, daß schon im Jahre 1903 Tausende Proletarier in der Partei waren, daß es im Jahre 1907 150 000 waren und daß auch jetzt Tausende und Zehntausende Arbeiter als Mitglieder der *illegalen* Zellen der SDAPR *illegale* Flugblätter herausgeben und verbreiten. Aber die Herren Liquidatoren wissen, daß die Stolypinsche „Legalität" sie vor der legalen Widerlegung ihrer gemeinen Lüge und ihrer noch gemeineren „Grimassen" in bezug auf die Illegalität schützt.

Man sehe nur, wie weit sich diese armseligen Kreaturen von der Massenbewegung der Arbeiter, von der revolutionären Tätigkeit überhaupt entfernt haben! Lassen Sie uns sogar einmal ihr den Liberalen zuliebe bewußt verfälschtes Maß anlegen. Lassen Sie uns für einen Augenblick annehmen, daß sich „zweihundert, dreihundert" Arbeiter in Petersburg an der Herstellung und Verteilung dieser illegalen Flugblätter beteiligten.

Was ergibt sich daraus? „Zweihundert, dreihundert" Arbeiter, die Elite des Sankt-Petersburger Proletariats, Menschen, die sich nicht nur Sozialdemokraten nennen, sondern auch wie Sozialdemokraten arbeiten, Menschen, die deswegen von der *ganzen* Arbeiterklasse Rußlands geachtet und geschätzt werden, Menschen, die nicht von einer „breiten Partei" schwafeln, sondern tatsächlich die einzige in Rußland bestehende illegale sozialdemokratische Partei bilden – diese Menschen fertigen illegale Flugblätter an und verteilen sie. Die Liquidatoren des „Lutsch" lachen verächtlich (unter dem Schutz der Stolypinschen Zensoren) über die „Zweihundert, Dreihundert", über die „Illegalität", über die „Überschätzung" ihrer Bedeutung usw.

Und plötzlich, o Wunder! erheben sich auf einen von *fünf bis sieben* Mitgliedern des Vollzugsausschusses des Petersburger Komitees verfaßten

Beschluß hin – auf ein von „zweihundert, dreihundert" Mann verfertigtes und verteiltes Flugblatt hin – in Petersburg *Zweihundertfünfzigtausend* wie ein Mann.

Nicht von einer „legalen Arbeiterpartei", nicht von „Koalitionsfreiheit" und ähnlichen Reformen, deren Trugbilder die Liberalen dem Volk vorgaukeln, sprechen diese Flugblätter, sprechen die revolutionären Reden der Arbeiter auf Kundgebungen und Demonstrationen. Sie sprechen von der Revolution als dem einzigen Ausweg aus der Situation. Sie sprechen von der Republik als der einzigen Losung, die im Gegensatz zu den liberalen Lügen über Reformen auf eine die Freiheit garantierende Veränderung hinweist und die Kräfte zeigt, die fähig sind, bewußt für sie einzutreten.

Das ganze Petersburg mit seinen zwei Millionen Einwohnern sieht und hört diese Aufrufe zur Revolution, die jeder werktätigen und unterdrückten Bevölkerungsschicht tief ins Herz dringen. Ganz Petersburg sieht an einem lebendigen und von breiten Massen gegebenen Beispiel, worin der Ausweg liegt und worin die Verlogenheit des liberalen Gewäschs von Reformen besteht. Über ganz Rußland verbreitet sich durch Tausende Verbindungen der Arbeiter – und Hunderte bürgerlicher Zeitungen, die gezwungen sind, wenigstens bruchstückhaft von den Petersburger Massenkundgebungen zu berichten –, verbreitet sich die Nachricht über den hartnäckigen Streikkampf des hauptstädtischen Proletariats. Auch zu den Bauernmassen und in das bäuerliche Heer wird diese Nachricht über die Streiks, über die revolutionären Forderungen der Arbeiter und ihren Kampf um die Republik und für die Konfiskation der Gutsbesitzerländereien zugunsten der Bauern getragen. Langsam, aber sicher bewegt der revolutionäre Streik die Volksmassen, weckt sie auf, klärt sie auf und organisiert sie *für die Revolution.*

„Zweihundert, dreihundert" „Illegale" bringen die Interessen und Nöte von *Millionen und aber Millionen* zum Ausdruck, indem sie ihnen die Wahrheit über ihre ausweglose Lage sagen, ihnen die Augen für die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes öffnen, ihnen den Glauben daran einflößen, ihnen die richtigen Losungen geben und diese Massen dem Einfluß der marktschreierischen und durch und durch verlogenen reformistischen Losungen der Bourgeoisie entreißen. „Zwei, drei" Dutzend intelligenzlerischer Liquidatoren aber führen für das Geld, das im Ausland und

bei den liberalen Kaufleuten gesammelt wurde, die rückständigen Arbeiter hinters Licht und bringen die Losungen dieser Bourgeoisie unter die Arbeiter.

Wie alle revolutionären Streiks in den Jahren 1912/1913 zeigt uns der Maistreik anschaulich die drei politischen Lager, in die das heutige Rußland geteilt ist. Das Lager der Henker, der Fronherren, der Monarchie und der Ochrana. Es hat in puncto Bestialitäten alles getan, was es konnte. Es ist den Arbeitermassen gegenüber bereits machtlos. Das Lager der Bourgeoisie, die durchweg, von den Kadetten bis zu den Oktobristen, schreit und stöhnt, zu Reformen aufruft und dann wieder sich selbst „Dummkopf" schimpft, weil sie den Gedanken an die Möglichkeit von Reformen in Rußland zugelassen hat. Das Lager der Revolution, das allein die Interessen der unterdrückten Massen zum Ausdruck bringt.

Die gesamte ideologische, die gesamte politische Arbeit in diesem Lager leistet allein die illegale Sozialdemokratie, die es versteht, jede legale Möglichkeit gerade in ihrem Sinne auszunutzen, und die untrennbar mit der führenden Klasse, dem Proletariat, verbunden ist. Niemand kann vorhersagen, ob es dieser führenden Klasse gelingen wird, die Massen bis zur siegreichen Revolution zu führen. Aber ihre Pflicht, die Massen in dieser Richtung zu *führen*, erfüllt diese Klasse trotz aller Schwankungen und allem Verrat der Liberalen und der „Auch-Sozialdemokraten". Alles, was im russischen Sozialismus und in der russischen Demokratie lebendig und lebensfähig ist, alles das wird ausschließlich am Beispiel des revolutionären Kampfes des Proletariats und unter seiner Führung erzogen.

Die Maikundgebungen dieses Jahres haben der ganzen Welt gezeigt, daß das Proletariat Rußlands festen Schrittes seinen revolutionären Weg geht, ohne den es keine Rettung für das erstickende und bei lebendigem Leibe verfaulende Rußland gibt.

„Sozial-Demokrat" Nr. 31,
15. (28.) Juni 1913.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat".

NOTIZEN EINES PUBLIZISTEN

Die politische Ungeschultheit der Russen zeigt sich unter anderem darin, daß sie es nicht verstehen, exakte Beweise zu strittigen und wichtigen historischen Fragen zu suchen, und naiv den Ausrufen und dem Geschrei, den Beteuerungen und Schwüren von Leuten glauben, die ein bestimmtes Interesse an der jeweiligen Frage haben.

Die Frage des Liquidatorentums ist gerade deshalb verworren, weil die solcherart interessierten Leute (d. h. die Liquidatoren selber) nicht müde werden, zu beteuern und zu schwören, das „Publikum" aber die Mühe scheut, nach exakten Beweisen zu suchen.

Worum geht es in dieser Frage? Um die Stellung zur Revolution und zur Illegalität, um das Streben nach einer proletarischen Massenbewegung.

Gibt es etwa keine exakten Beweise, um diese Fragen mit Tatsachen beantworten zu können?

Natürlich gibt es sie. Man muß es sich nur abgewöhnen, den Schreihälsen und den Liberalen aufs Wort zu glauben.

Die „Frage" der Illegalität. Muß nicht derjenige, der sich für diese Frage interessiert, fragen: *Wer* arbeitet in der Illegalität? *Wer* gehört den illegalen Organisationen an? Ist es nicht klar, daß illegale Organisationen, die nicht in Erscheinung treten, gleich Null und nur eine Vorspiegelung sind?

In Petersburg gibt es zwei Zeitungen: Die eine ist antiliquidatorisch, die andere – der „auch-sozialdemokratische", liquidatorische „Lutsch". In anderen Städten gibt es vorläufig keine Arbeiterzeitungen.

Muß man nicht annehmen, daß die Liquidatoren in Petersburg stärker seien als woanders? Wer arbeitet nun in Petersburg *in der Partei*?

Man nehme als Zeugen die bürgerliche Presse. Dort wird man Meldungen finden, daß sowohl vor dem 9. Januar als auch zum 300. Jahrestag der Romanowdynastie, sowohl am Vorabend des 4. April als auch vor dem 1. Mai *Flugblätter des Petersburger Komitees verbreitet worden sind.*

Hat man Grund, der bürgerlichen Presse in einer solchen Frage, wo es um Tatsachen geht, nicht zu glauben?

Kein einziger vernünftiger Mensch wird ein solches Mißtrauen äußern wollen. Wer aber der Sozialdemokratie einigermaßen nahesteht, der *hat* die Flugblätter des PK *gesehen.*

Keine einzige Zeitung berichtete über Flugblätter der liquidatorischen „Initiativgruppe" in Petersburg in Verbindung mit diesen bedeutsamen Daten machtvoller revolutionärer Massenaktionen des Proletariats in Petersburg.

Mögen die Leute vom „Lutsch" ruhig „schwören", daß sie „auch Sozialdemokraten", „auch für die Illegalität" seien, daß die „Leninisten" und Plechanow usw. zu Unrecht gegen sie „hetzten" – wir werden nicht müde werden, auf die *Tatsachen* zu verweisen, die die Märchen und Lügen des „Lutsch" widerlegen.

Man nenne uns Zeitungen der Bourgeoisie mit Berichten über Flugblätter der Liquidatoren in Petersburg vor dem 9. Januar, vor dem 4. April, vor dem 1. Mai. Es gibt keine. *Es hat keine Flugblätter gegeben.* Die Liquidatoren leisten keine illegale Arbeit. Die Liquidatoren bilden *keine* illegalen Parteiorganisationen. Die Liquidatoren gehören nicht dem PK an. Die Liquidatoren stehen *außerhalb der Partei,* denn es *existiert keine* andere Partei als die illegale und in Petersburg keine andere Organisation als die vom PK geleitete.

Wir sprechen absichtlich nicht von den Flugblättern des ZK und des Organisationskomitees[60], denn *ihre* Verbreitung im Lande ist schwieriger zu beweisen, und vom OK haben wir in fast einem ganzen Jahr nur das *Wiener* Flugblatt zum 1. Mai gesehen, das keinerlei Beziehung zur Arbeit in Petersburg und in Rußland hatte.

Die Liquidatoren drücken sich gerade deshalb um direkte Antworten in bezug auf die „Illegalität" herum, weil *sie dort fehlen.* Beteuerungen und Schwüre, Geschimpfe und Geschrei schaffen diese Tatsache nicht aus der Welt.

Trotzki, der den Liquidatoren treue Dienste leistet, redete sich und den naiven „Europäern" (aus der Zahl der Liebhaber asiatischer Klatschsucht) ein, daß die Liquidatoren in der legalen Bewegung „stärker" seien. Auch diese Lüge wird von den *Tatsachen* widerlegt.

Die Dumawahlen. In der II. Duma hatten die Bolschewiki 47% der Arbeiterkurie. In der III. – 50%. In der IV. – 67%. Soll man diesen Tatsachen glauben oder Trotzki und den Liquidatoren?

Die Arbeiterpresse. Im Jahre 1912 entsteht die antiliquidatorische Zeitung bedeutend früher und hat ungleich mehr Arbeitergruppen (nach den öffentlichen Angaben über die Geldsammlungen) hinter sich. Hinter der „Prawda" standen 620 Arbeitergruppen, hinter dem „Lutsch" 89.

Das Jahr 1913. Bei den Parteitreuen wird schon für zwei Zeitungen gesammelt, bei den Liquidatoren weist *eine* Zeitung ein Defizit auf und existiert nur durch ausländische und unbekannte (bürgerliche) Unterstützung. Hinter der „Prawda" stehen 402 Arbeitergruppen, hinter der Moskauer Arbeiterzeitung derselben Richtung 172, hinter dem „Lutsch" 167.

Soll man diesen Tatsachen glauben oder den Schwüren des „Lutsch", Trotzkis, Th. D.s und Co.?

Der Metallarbeiterverband in Petersburg. Die ersten *offenen* Wahlen nach Plattformen.[61] 10 von 14 sind Anhänger der „Prawda". Wie der ertappte Dieb schreit: „Haltet den Dieb", so schreien die Liquidatoren: Hütet euch vor der Spaltung!

Im Mai 1910 wurde den Liquidatoren in aller Öffentlichkeit deutlich erklärt („Diskussionny Listok" Nr. 2[62]), daß sie unabhängige Legalisten sind, die sich von der Partei abgespalten haben.* Seitdem sind *drei Jahre* vergangen, und nur völlig verlogene Menschen oder absolute Ignoranten können die *Tatsachen* leugnen, die diese Worte vollauf bestätigt haben.

Die Liquidatoren sind Parasiten am Organismus der Sozialdemokratie. Vor „Europa" prahlen sie (deutsche Broschüre des OK und Herr Semkowski im „Kampf"[63]) mit Streiks, in Rußland aber schreiben sie im „Lutsch" niederträchtige Artikel *gegen* die Streiks, über „Streikfieber", über den „Syndikalismus" der revolutionären Streiks. Vor Europa sind sie *für* die Illegalität (und vor dem naiven An ebenfalls). *In Wirklichkeit* aber nehmen sie an der illegalen Arbeit nicht teil. Ohnmächtig in der

* Siehe Werke, Bd. 16, S. 239–252. *Die Red.*

Arbeiterklasse, sind sie stark durch die moralische (und natürlich *nicht nur* moralische) Unterstützung von seiten der Bourgeoisie. Man muß schon so naiv sein wie An, über dessen kindliches Gemüt sich die Redaktion des „Lutsch" (siehe Nr. 95) offen lustig macht, um gleichzeitig die Illegalität in Schutz zu nehmen und die Losungen der „legalen Partei" anzuerkennen! Das bedeutet, den Liquidatoren den *Inhalt* preiszugeben und mit ihnen um die *Form* zu streiten. An sollte darüber nachdenken, ob es Zufall ist, daß die Bourgeoisie, die der Illegalität feind ist, die Losung der „legalen Partei" vollauf billigt!

Die Losung der „legalen Partei" ist eine Losung des *„Reformismus"*, eine Losung, die – bei dem vorhandenen Verhältnis der Klassen und politischen Kräfte in Rußland – den *Verzicht* auf die Revolution bedeutet. Die Losung der Illegalität ist die Losung der Revolution.

Die Bourgeoisie kann auf die Arbeiter im heutigen Rußland nicht *direkt* Einfluß nehmen. Das Jahr 1905 hat bewirkt, daß die Arbeiter die Bourgeoisie und ihren Liberalismus verspotten. Das Wort „Kadett" ist in ihrem Munde ein Schimpfwort geworden. Und nun haben die Liquidatoren die Rolle der Bourgeoisie unter den Arbeitern übernommen. Ihre objektive Bedeutung besteht darin, Träger des bürgerlichen Einflusses, des bürgerlichen Reformismus, des bürgerlichen Opportunismus zu sein.

Alle Artikel von Th. D. im „Lutsch", alle taktischen Vorbedingungen der Liquidatoren beruhen auf dem Reformismus, auf der Verneinung der Revolution. Ihr habt die Unvermeidlichkeit der Revolution nicht bewiesen – so antworten uns gewöhnlich die Liquidatoren. Eure „Prognose" in bezug auf die Revolution ist einseitig – plappert Herr Semkowski, vor den Liquidatoren liebedienernd, nach.

Hierauf eine kurze Antwort. Der Beginn der Revolution, meine Herren Liberalen, wird *nur* dadurch bewiesen, daß die Revolution beginnt. Und wenn sie begonnen hat, dann sind auch feige Liberale und sogar ganz zufällige Leute und Abenteurer fähig, zu „Revolutionären" zu werden. Der Oktober und der November 1905 haben das vollauf bewiesen.

Ein Revolutionär ist nicht der, der revolutionär wird beim Ausbruch der Revolution, sondern der, der die Prinzipien und Losungen der Revolution verteidigt, wenn die Reaktion am schlimmsten wütet, wenn die Liberalen und Demokraten am meisten schwanken. Ein Revolutionär ist der, der *die Massen lehrt*, auf revolutionäre Art zu kämpfen, aber die

Ergebnisse dieser „Wissenschaft" vorherzusagen (eine „Prognose" zu stellen) ist kein Mensch imstande.

Die Situation in Rußland ist revolutionär. Das Proletariat, mit dem *nur* die Antiliquidatoren einmütig und einträchtig arbeiten, erzieht die Massen zur Revolution, *bereitet sie* unter Ausnutzung aller und jeglicher legalen Möglichkeiten *für die Revolution vor*. Zur Vorbereitung der Revolution oder, was dasselbe ist, zur konsequent demokratischen Erziehung der Massen, zur Erfüllung unserer *sozialistischen* Pflicht (denn außerhalb der Demokratie gibt es keinen Sozialismus) tragen die revolutionären Sozialdemokraten ein *Plus*, die Liquidatoren aber ein *Minus* bei.

Nur gegen den Reformismus, nur gegen die Liquidatoren ist eine wirklich sozialdemokratische Arbeit in Rußland möglich.

„Sozial-Demokrat" Nr. 31,
15. (28.) Juni 1913.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat".

ZU EINER UNWAHRHEIT

(Brief an die Redaktion)

Das Erscheinen der Artikel von L. Martow im „Lutsch", in denen eine Untersuchung des „taktischen Kerns des gegenwärtigen Streits" versprochen wird, wäre von allen Gesichtspunkten aus zu begrüßen, enthielte nicht gleich der erste Artikel eine himmelschreiende Unwahrheit. Meine Worte, daß der Streit mit den Liquidatoren keineswegs wegen der Organisationsfrage entbrannt ist*, erklärt L. Martow für „überraschend" und schreit „da haben wir's!", „plötzlich, mit Gottes Hilfe, eine Wende" usw.

Indessen weiß L. Martow ausgezeichnet, daß das absolut keine Wende, überhaupt nichts Überraschendes ist. Im Mai 1910, vor mehr als drei Jahren, schrieb ich in einer Pariser Publikation, die Martow sehr gut kennt, *„über eine Gruppe unabhängiger Legalisten"* (die Ideen der „Nascha Sarja" und des „Wosroshdenije") und darüber, daß sie „sich endgültig zusammengeschlossen und endgültig mit der Partei gebrochen hat"**.

Es ist klar, daß der Streit auch hier keineswegs um die Organisationsfrage geht (*wie* die Partei aufzubauen sei), sondern um die *Existenz* der Partei, um die Abspaltung der Liquidatoren von der Partei, um ihren endgültigen Bruch mit der Partei. Martow müßte doch begreifen, daß dies kein Streit um die Organisationsfrage ist.

Im Oktober 1911 stand, ebenfalls von mir unterschrieben, in einer Publikation, die Martow ebensogut bekannt ist, folgendes: „In Wirklichkeit steht jetzt keineswegs die Organisationsfrage im Vordergrund", sondern die Frage der *„Existenz"* der Partei***.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 92. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 16, S. 245. *Die Red.*

*** Siehe Werke, Bd. 17, S. 248. *Die Red.*

Es muß sehr schlecht um die Liquidatoren bestellt sein, wenn Martow, um einer Untersuchung der exakten Beschlüsse der Partei aus dem Wege zu gehen, Märchen erzählt und eine himmelschreiende Unwahrheit veröffentlicht.

Geschrieben am 7. (20.) Juni 1913.
Veröffentlicht am 15. Juni 1913 in der „Prawda" Nr. 136.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der „Prawda".

ARBEITERKLASSE UND NEOMALTHUSIANISMUS

Großes Interesse und ausgedehnte Debatten hat auf dem Pirogow-Ärztekongreß die Frage der Abtreibung, d. h. der künstlichen Herbeiführung einer Fehlgeburt, hervorgerufen. Der Referent Litschkus führte Daten an, die die außerordentlich starke Verbreitung der Fruchtabtreibung in den modernen sogenannten Kulturstaaten zeigen.

In New York betrug die Zahl der künstlichen Fehlgeburten in einem einzigen Jahr 80 000, in Frankreich erreicht sie allmonatlich 36 000. In Petersburg hat sich der Prozentsatz der künstlichen Fehlgeburten in 5 Jahren mehr als verdoppelt.

Der Pirogow-Ärztekongreß nahm eine Entschließung an, die sich gegen jede strafrechtliche Verfolgung der Mutter wegen eines künstlichen Aborts ausspricht, während Ärzte deswegen nur im Fall „eigennütziger Zwecke" bestraft werden sollen.

In der Diskussion sprach sich die Mehrheit für Straflosigkeit des Aborts aus und berührte natürlich auch die Frage des sogenannten Neomalthusianismus (künstliche Maßnahmen zur Empfängnisverhütung)[64], wobei auch über die soziale Seite der Sache gesprochen wurde. So erklärte z. B. laut Bericht des „Russkoje Slowo"[65] Herr Wigdortschik, daß „die empfängnisverhütenden Maßnahmen zu begrüßen sind", und Herr Astrachan rief unter stürmischem Beifall aus:

„Wir sollen die Mütter überreden, Kinder in die Welt zu setzen, damit sie in den Unterrichtsanstalten verdorben werden, damit sie als Rekruten ausgelost werden können, damit sie zum Selbstmord getrieben werden!"

Wenn die Mitteilung zutrifft, daß eine solche Deklamation des Herrn Astrachan stürmischen Beifall auslöste, so ist diese Tatsache für mich nicht

verwunderlich. Die Hörer waren Bourgeois, mittlere und kleine, mit einer kleinbürgerlichen Mentalität. Was kann man von ihnen anderes erwarten als den allerplattesten Liberalismus?

Doch vom Standpunkt der Arbeiterklasse gesehen, läßt sich kaum ein augenfälligerer Ausdruck des ganzen reaktionären Wesens und der ganzen Jämmerlichkeit des „sozialen Neomalthusianismus" finden als der angeführte Satz des Herrn Astrachan.

„Kinder in die Welt setzen, damit sie verdorben werden ..." Nur dazu? Warum nicht dazu, daß sie besser, einmütiger, bewußter, entschlossener als wir den *Kampf führen* gegen die bestehenden, unsere Generation verderbenden und zugrunde richtenden Lebensbedingungen??

Hierin eben liegt der grundlegende Unterschied zwischen der Mentalität des Bauern, des Handwerkers, des Intellektuellen, des Kleinbürgers überhaupt, und der Mentalität des Proletariers. Der Kleinbürger sieht und fühlt, daß er zugrunde geht, daß das Leben immer schwerer, der Existenzkampf immer grausamer, daß seine und seiner Familie Lage immer auswegloser wird. Das ist eine unbestreitbare Tatsache. Und der Kleinbürger protestiert dagegen.

Aber *wie* protestiert er?

Er protestiert wie der Vertreter einer hoffnungslos zugrunde gehenden, an ihrer Zukunft verzweifelnden, eingeschüchterten und feigen Klasse. Man kann nichts machen, da ist es schon besser, weniger Kinder zu haben, die ja doch nur unsere Qualen, unsere Schinderei, unser Elend und unsere Demütigungen miterdulden müssen – das ist der Aufschrei des Kleinbürgers.

Der klassenbewußte Arbeiter ist unendlich weit entfernt von diesem Standpunkt. Er läßt sich von solchem Gejammer, wie aufrichtig und tiefgefühlt es auch sei, nicht das Bewußtsein vernebeln. Jawohl, wir, die Arbeiter, wie auch die Masse der Kleinbesitzer führen ein Leben voller unerträglicher Bedrückung und Leiden. Unsere Generation hat es schwerer als unsere Väter. In einer Beziehung aber sind wir weitaus glücklicher daran als unsere Väter. *Wir haben es gelernt und lernen es schnell, zu kämpfen* – und nicht als einzelne zu kämpfen, wie die Besten unter unseren Vätern gekämpft haben, nicht im Namen von Losungen bürgerlicher Schönredner, die uns im Innern fremd sind, sondern im Namen unserer eigenen Losungen, der Losungen unserer Klasse. Wir kämpfen

besser als unsere Väter. Unsere Kinder werden noch besser kämpfen, und *sie werden siegen.*

Die Arbeiterklasse geht nicht zugrunde, sondern wächst, erstarkt, wird reifer, schließt sich zusammen, schult und stählt sich im Kampf. Wir sind Pessimisten in bezug auf die Leibeigenschaftsordnung, den Kapitalismus und die Kleinproduktion, aber wir sind glühende Optimisten in bezug auf die Arbeiterbewegung und ihre Ziele. Wir legen bereits das Fundament eines neuen Gebäudes, und unsere Kinder werden es zu Ende bauen.

Eben darum – und nur darum – sind wir unbedingte Feinde des Neomalthusianismus, dieser Strömung für das verknöcherte, egoistische Spießerpärchen, das erschreckt murmelt: Wenn wir uns nur selber, mit Gottes Hilfe, irgendwie durchschlagen, auf Kinder verzichten wir aber besser.

Selbstverständlich hindert uns das nicht im geringsten, die unbedingte Aufhebung aller Gesetze zu fordern, die die Abtreibung oder die Verbreitung medizinischer Werke über empfängnisverhütende Mittel usw. unter Strafe stellen. Solche Gesetze sind nichts als eine Heuchelei der herrschenden Klassen. Diese Gesetze kurieren nicht die Schwären des Kapitalismus, sondern machen sie nur besonders bösartig, besonders unerträglich für die unterdrückten Massen. Die Freiheit der medizinischen Propaganda und der Schutz der elementarsten demokratischen Rechte der Bürger und Bürgerinnen – das ist eine Sache. Eine andere Sache ist die soziale Lehre des Neomalthusianismus. Die klassenbewußten Arbeiter werden stets den rücksichtslosesten Kampf führen gegen jeden Versuch, diese reaktionäre und feige Lehre der fortgeschrittensten, stärksten, zu großen Veränderungen am meisten bereiten Klasse der bestehenden Gesellschaft aufzuzwingen.

Geschrieben am 6. (19.) Juni 1913.
Veröffentlicht am 16. Juni 1913 in der „Prawda" Nr. 137.
Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE AUFRUFE DER LIBERALEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER IV. DUMA

Die Stellung der Reichsduma zur Regierung und zum Land wird immer häufiger in der Presse erörtert und erweckt lebhaftes Interesse. Das Wahlgesetz vom 3. Juni hat zwei Mehrheiten hervorgebracht: die Mehrheit der Rechten und Oktobristen und die oktobristisch-kadettische. Diese letztere, die, wenn man so will, „liberale" Mehrheit bildete sich wiederholt auch in der III. Duma.

Jetzt, in der IV. Duma, ergibt sich eine oktobristisch-kadettische Mehrheit noch häufiger. Man darf jedoch nicht vergessen, daß dies nicht nur daher kommt, daß die Oktobristen „nach links schwenkten", sondern auch daher, daß die Kadetten *nach rechts schwenkten*, was sich einerseits in dem Übertritt eines Teils der Kadetten zu den Progressisten und anderseits in den ständigen Abmachungen der Oktobristen mit den Kadetten durch Vermittlung der Progressisten äußert.

Die von der oktobristisch-kadettischen Mehrheit in der IV. Duma immer häufiger gefaßten oppositionellen Beschlüsse beweisen zweifellos das Heranreifen einer politischen Krise in Rußland, sie beweisen, daß das System vom 3. Juni in eine Sackgasse geraten ist, ohne auch nur die Bourgeoisie zufriedengestellt zu haben, die für dieses System, für die Stärkung der Konterrevolution Geld, Ehre und Gewissen zu opfern bereit ist.

Es ist bezeichnend, daß selbst solch ein hartnäckiger und unversöhnlicher Reaktionär wie der deutsche Historiker Schiemann, der der russischen Sprache kundig ist und im Organ der deutschen Purischkewitsch schreibt, zu dem Schluß kommt, daß in Rußland eine Krise heranreift – entweder in Form eines Systems ganz und gar im Geist Plehwes (dieses „System" haben wir doch wohl schon erreicht?) oder in Form von Erschütterungen, wie der deutsche Historiker es nennt.

Es fragt sich nun: Welche Schlußfolgerungen ergeben sich in der praktischen Politik aus der Tatsache, daß die Duma jetzt häufig liberale Beschlüsse faßt?

Die Kadetten haben ihre Schlußfolgerung bereits anläßlich der Verurteilung der Politik des Innenministeriums durch die Oktobristen gezogen: Sie fordern für die IV. Duma „die Unterstützung durch das Volk und die Gesellschaft", appellieren an die „öffentliche Meinung", „in der Duma *ihre* Kraft zu sehen, die unmittelbare Bekundung des öffentlichen Willens" usw. (Siehe „Prawda" Nr. 128.)

Wir haben die völlige Unhaltbarkeit einer solchen Schlußfolgerung bereits gezeigt.* Die Abstimmung über den Etat des Ministeriums für Volksbildung hat unsere Beurteilung höchst anschaulich bestätigt.

Die Duma nahm drei Anträge an: 1. einen nationalistischen, erzreaktionären, der mit den Stimmen der Rechten und der Oktobristen durchkam; 2. einen oktobristischen, der mit den Stimmen der Kadetten durchkam (er enthält den unerhört geheuchelten und für Demokraten, ja sogar für ehrliche Liberale völlig unmöglichen Wunsch, das Ministerium für Volksbildung solle „sich nicht von abseitigen politischen Erwägungen ablenken lassen"); schließlich 3. einen Antrag der Bauerngruppe, der wohl nicht nur mit Hilfe der Kadetten, sondern auch der Demokraten einschließlich der Sozialdemokraten durchkam. Für den Bauernantrag wurden 137 Stimmen abgegeben, bei 134 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen.

Es ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß der Fehler der Sozialdemokraten, wenn sie für den Bauernantrag gestimmt haben, darin bestand, daß sie keine eigene Erklärung oder Deklaration abgegeben haben. Man mußte dafür stimmen, aber nicht ohne den Vorbehalt, daß man z. B. mit Punkt 5 des Bauernantrags nicht einverstanden ist. In diesem Punkt ist von der Muttersprache in den *Grund*schulen die Rede. Die Demokratie könnte sich nicht auf die Grundschulen beschränken. Und überhaupt kann man die Anträge der Bauern nicht als *konsequent* demokratisch bezeichnen.

Man mußte dafür stimmen, denn der Antrag der Bauern enthält keine Punkte zugunsten der Regierung, keine Heuchelei, aber man hätte unbedingt zum Ausdruck bringen müssen, daß man mit der Inkonsequenz und

* Siehe den vorliegenden Band, S. 165–167. *Die Red.*

Zaghaftigkeit des bäuerlichen Demokratismus nicht einverstanden ist. So ist es zum Beispiel für Sozialdemokraten völlig unzulässig, nichts über die Stellung der Schule zur Kirche zu sagen, usw.

Aber das nur nebenbei.

Die Hauptsache ist, daß die IV. Duma, *nachdem* die Kadetten zu ihrer Unterstützung aufgerufen hatten, den Antrag der Nationalisten annahm!

Nur ein Blinder sieht nicht, daß die Unterstützung der IV. Duma eine Unterstützung der *schwankenden Oktobristen* ist.

Die Kadetten prahlen, daß sie durch ihre Unterstützung die Oktobristen zur Opposition drängen. Nehmen wir für einen Augenblick an, daß das stimmt. Aber auf welchem Boden steht diese oktobristische Opposition? Im besten Falle, *wenn* sie oppositionell ist, steht sie unbedingt auf dem Standpunkt eines konterrevolutionären Liberalismus. Daß sie weiterhin von den Ministern *abhängig* und ihnen *zu Diensten* ist, das hat sogar der „Progressist" N. Lwow bewiesen, der zweifellos eine Politik des *Liebedienerns* betrieb, als er Schtschepkin wegen eines Ausdrucks, der hundertmal schwächer war als die üblichen Ausdrücke der Rechten, von zwei Sitzungen ausschloß!

Wenn die Kadetten an das Volk appellieren, die schwankenden Oktobristen zu unterstützen, so kommt darin ihr Bestreben zum Ausdruck, die Demokratie am Gängelband der schlimmsten unter den Liberalen zu führen.

Doch die Demokratie hat Hunderte Male an ernsteren Beispielen gesehen, was unsere Liberalen wert sind. Die Demokratie wäre ihrer Kraft und der Führung beraubt, wenn sie wieder den Liberalen folgte.

Die Zusammenstöße der Bourgeoisie mit der Regierung sind kein Zufall, sondern der Ausdruck der tiefgehenden, auf allen Gebieten heranreifenden Krise. Deshalb muß man diese Zusammenstöße aufmerksam verfolgen. Aber etwas Besseres für Rußland wird die Demokratie nur dann erreichen können, wenn sie keinen Augenblick ihre Pflicht vergißt – der Bevölkerung immer mehr bewußt zu machen, daß die Demokratie zum Unterschied vom Liberalismus, im Gegensatz zu ihm, seinen Schwankungen zum Trotz selbständige Aufgaben hat.

„Prawda" Nr. 139,
20. Juni 1913.
Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der „Prawda".

BÜRGERLICHE GELDLEUTE UND POLITIKER

Die englische Arbeiterpresse setzt ihre Enthüllungen über den Zusammenhang zwischen den Finanz„operationen" und der höheren Politik fort. Diese Enthüllungen verdienen die Beachtung der Arbeiter aller Länder, denn hier wird die eigentliche Grundlage gezeigt, auf der die Lenkung des Staates in der kapitalistischen Gesellschaft beruht. Karl Marx' Worte, daß die Regierung ein Ausschuß ist, der die Geschäfte der Kapitalisten verwaltet[66], finden hier ihre beste Bestätigung.

Der „Labour Leader" Nr. 24 (vom 12. Juni) widmet eine ganze Seite der Aufzählung von Namen englischer Minister (7 Namen), Exminister (3 Namen), Bischöfe und Archidiakone (12 Namen), Peers (47 Namen), Parlamentsmitglieder (18 Namen), Besitzer großer Zeitungen, Finanziers und Bankiers, welche Aktionäre – oder Direktoren – von Aktiengesellschaften sind, die hauptsächlich Rüstungsgeschäfte betreiben.

Walton Newbold, der Verfasser des Artikels, entnimmt diese Angaben offiziellen Nachschlagewerken für Handel und Industrie, für Finanz- und Bankwesen usw., den Berichten patriotischer Gesellschaften (wie der *Flotten-Liga*) usw.

Das entstandene Bild gleicht durchaus dem, das Rubakin einmal nach russischen Angaben entwarf, als er darüber schrieb, wieviel Großgrundbesitzer in Rußland Mitglieder des Reichsrates und höchste Würdenträger sind – jetzt kann man hinzufügen: Mitglieder der Reichsduma, Aktionäre und Direktoren von Aktiengesellschaften usw. Es wäre durchaus an der Zeit, diese Rubakinschen Daten auf Grund der neuesten Nachschlagewerke, besonders in bezug auf Beteiligung an Finanzunternehmen und Industrie- und Handelsunternehmungen, zu ergänzen.

Unseren Liberalen (vor allem den Kadetten) ist die „Theorie" vom Klassenkampf besonders unangenehm, sie beharren besonders fest auf ihrem Standpunkt, daß die Regierung in den modernen Staaten *außerhalb* der Klassen oder *über* den Klassen stehen *könne*. Aber was dann, meine Herren, wenn die Ihnen unangenehme „Theorie" der Wirklichkeit genau entspricht? wenn sämtliche *Grundlagen* der modernen Gesetzgebung und der modernen Politik uns den Klassencharakter des Aufbaus und der Leitung aller modernen Staaten vor Augen führen? wenn sogar die Informationen über die personelle Zusammensetzung bei maßgebenden Politikern, Parlamentsmitgliedern, höchsten Amtspersonen usw., zeigen, daß zwischen der ökonomischen Herrschaft und der politischen Herrschaft ein untrennbarer Zusammenhang besteht?

Den Klassenkampf zu leugnen oder zu verschleiern ist die schlimmste Art der Heuchelei in der Politik, ist Spekulation mit der Unwissenheit und den Vorurteilen der am meisten zurückgebliebenen Volksschichten, der kleinen Besitzer (der Bauern, Handwerker u. a.), die am weitesten vom schärfsten und unmittelbarsten Klassenkampf entfernt sind und nach wie vor, nach alter Gewohnheit an patriarchalischen Ansichten festhalten. Was aber Unwissenheit und Zurückgebliebenheit beim Bauern ist, ist verfeinerte Methode zur Demoralisierung und weiteren Knechtung des Volkes – bei den liberalen Intellektuellen.

Geschrieben am 6. (19.) Juni 1913.
Veröffentlicht am 23. Juni 1913 in der „Prawda" Nr. 142.
Unterschrift: M.

Nach dem Text der „Prawda".

THESEN ZUR NATIONALEN FRAGE[67]

1. Der Paragraph unseres Programms (über die Selbstbestimmung der Nationen) darf nicht anders ausgelegt werden als im Sinne *politischer* Selbstbestimmung, d. h. des Rechts auf Lostrennung und Bildung eines selbständigen Staates.

2. Für die Sozialdemokraten Rußlands ist dieser Punkt des sozialdemokratischen Programms *absolut* unumgänglich

a) sowohl allgemein um der Grundprinzipien der Demokratie willen,

b) als auch deshalb, weil innerhalb der Grenzen Rußlands, *und obendrein in seinen Randgebieten*, eine Reihe von Nationen mit sehr unterschiedlichen Wirtschafts-, Lebens- und sonstigen Bedingungen leben, die zudem (wie überhaupt alle Nationen Rußlands außer den Großrussen) von der Zarenmonarchie unvorstellbar unterdrückt werden;

c) schließlich auch deshalb, weil die bürgerlich-demokratische Umgestaltung der Staaten, die überall in der Welt in mehr oder minder starkem Maße zur Bildung von selbständigen Nationalstaaten oder von solchen Staaten geführt hat, die sich aus einander sehr nahestehenden und verwandten Nationalitäten zusammensetzen – weil diese Umgestaltung in ganz Osteuropa (Österreich und Balkan) und in Asien, d. h. in den an Rußland grenzenden Ländern, entweder nicht abgeschlossen ist oder eben erst begonnen hat.

d) Rußland hat gegenwärtig die rückständigste und reaktionärste Staatsform im Vergleich mit *allen* umliegenden Ländern, angefangen im Westen mit Österreich, wo sich seit 1867 die Grundlagen der politischen Freiheit und der konstitutionellen Ordnung konsolidiert haben und jetzt

auch das allgemeine Wahlrecht eingeführt wurde, bis zum republikanischen China im Osten. Deshalb müssen die Sozialdemokraten Rußlands in ihrer gesamten Propaganda auf dem Recht aller Nationalitäten bestehen, einen eigenen Staat zu bilden oder frei den Staat zu wählen, dem sie anzugehören wünschen.

3. Der Umstand, daß die Sozialdemokratie das Recht aller Nationalitäten auf Selbstbestimmung anerkennt, verlangt von den Sozialdemokraten,

a) daß sie sich energisch gegen jegliche wie auch immer geartete Gewaltanwendung von seiten der herrschenden (oder die Mehrheit der Bevölkerung bildenden) Nation gegenüber einer Nation wenden, die sich in staatlicher Hinsicht loszutrennen wünscht;

b) daß sie fordern, die Frage einer solchen Lostrennung ausschließlich auf Grund einer allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Abstimmung der Bevölkerung des betreffenden Gebiets zu entscheiden;

c) daß sie einen unermüdlichen Kampf führen gegen die Parteien sowohl der Schwarzhunderter und Oktobristen als auch der bürgerlichen Liberalen („Progressisten", Kadetten usw.), wo immer diese allgemein die nationale Unterdrückung in irgendeiner Form verteidigen oder dulden oder insbesondere das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung leugnen.

4. Die Anerkennung des Rechts aller Nationalitäten auf Selbstbestimmung durch die Sozialdemokratie bedeutet keineswegs, daß die Sozialdemokraten darauf verzichten, in jedem einzelnen Fall selbständig einzuschätzen, ob die staatliche Lostrennung dieser oder jener Nation zweckmäßig ist. Im Gegenteil, die Sozialdemokraten sollen gerade eine selbständige Einschätzung geben, wobei sie sowohl die Bedingungen der Entwicklung des Kapitalismus und der Unterdrückung der Proletarier der verschiedenen Nationen durch die vereinigte Bourgeoisie aller Nationalitäten wie auch die allgemeinen Aufgaben der Demokratie, in erster Linie und vor allem aber die Interessen des Klassenkampfes des Proletariats für den Sozialismus berücksichtigen müssen.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist insbesondere dem folgenden Umstand Rechnung zu tragen. In Rußland gibt es zwei Nationen, die kraft einer ganzen Reihe historischer und kulturgeschichtlicher Bedingungen kulturell am weitesten entwickelt und am stärksten emanzipiert sind und daher am leichtesten und am „natürlichsten" ihr Recht auf Lostrennung

verwirklichen könnten. Das sind Finnland und Polen. Die Erfahrungen der Revolution von 1905 haben gezeigt, daß selbst in diesen beiden Nationen die herrschenden Klassen, die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie, auf den revolutionären Kampf für die Freiheit verzichten und eine Annäherung an die herrschenden Klassen in Rußland und an die Zarenmonarchie suchen *aus Furcht* vor dem revolutionären Proletariat Finnlands und Polens.

Deshalb muß die Sozialdemokratie das Proletariat und die werktätigen Klassen aller Nationalitäten aufs energischste davor warnen, sich durch die nationalistischen Losungen „ihrer" Bourgeoisie betrügen zu lassen, die bemüht ist, mit Hilfe von honigsüßen oder feurigen Reden über das „Vaterland" das Proletariat zu *spalten* und *seine Aufmerksamkeit* von den Machenschaften der Bourgeoisie *abzulenken*, die sich sowohl ökonomisch wie auch politisch mit der Bourgeoisie anderer Nationen und mit der Zarenmonarchie verbündet.

Ohne ein enges und festes Bündnis der Arbeiter aller Nationen in ausnahmslos allen Arbeiterorganisationen kann das Proletariat nicht den Kampf für den Sozialismus führen und seine tagtäglichen wirtschaftlichen Interessen verteidigen.

Das Proletariat kann die Freiheit nicht anders erringen als durch den revolutionären Kampf für den Sturz der Zarenmonarchie und für deren Ersetzung durch die demokratische Republik. Die Zarenmonarchie *schließt* Freiheit und Gleichberechtigung der Nationalitäten *aus* und ist darüber hinaus für Europa wie für Asien das Hauptbollwerk der Barbarei, der Bestialität und der Reaktion. Zum Sturz dieser Monarchie ist aber nur das vereinigte Proletariat aller Nationen Rußlands imstande, das sich an die Spitze der konsequent demokratischen und zum revolutionären Kampf fähigen Elemente der werktätigen Massen aus allen Nationen stellt.

Deshalb handelt der Arbeiter, der die politische Einigung mit der Bourgeoisie „seiner" Nation höher stellt als die feste Einheit mit den Proletariern aller Nationen, seinen eigenen Interessen, den Interessen des Sozialismus und den Interessen der Demokratie zuwider.

5. Die Sozialdemokratie, die sich für eine konsequent demokratische Staatsform einsetzt, fordert die unbedingte Gleichberechtigung der Nationalitäten und kämpft gegen jedes wie auch immer geartete Privileg zugunsten einer oder mehrerer Nationalitäten.

Insbesondere lehnt die Sozialdemokratie eine „Staats"sprache ab. In Rußland ist eine solche besonders überflüssig, denn über sieben Zehntel der Bevölkerung Rußlands gehören verwandten slawischen Stämmen an, die beim Vorhandensein einer freien Schule in einem freien Staat, auf Grund der Erfordernisse des Wirtschaftsverkehrs, ohne irgendein „staatliches" Privileg für eine der Sprachen leicht Verständigungsmöglichkeiten fänden.

Die Sozialdemokratie fordert die Ersetzung der alten, von den fronherrlichen Gutsbesitzern und den Beamten des absolutistisch-fronherrschaftlichen Staates vorgenommenen administrativen Einteilung Rußlands durch eine Einteilung, die den Erfordernissen des modernen Wirtschaftslebens gerecht wird und nach Möglichkeit der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung entspricht.

Alle Gebiete des Staates, die sich durch besondere Lebensbedingungen oder durch die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung unterscheiden, müssen eine weitgehende Selbstverwaltung und Autonomie genießen und über Institutionen verfügen, die aus allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen sind.

6. Die Sozialdemokratie fordert den Erlaß eines im ganzen Staat gültigen Gesetzes zum Schutz der Rechte aller nationalen Minderheiten, unabhängig davon, in welchem Teil des Landes sie leben. Nach diesem Gesetz muß jede Maßnahme, mit deren Hilfe eine nationale Mehrheit versuchen sollte, sich nationale Vorrechte zu verschaffen oder die Rechte einer nationalen Minderheit zu schmälern (sei es auf dem Gebiet des Schulwesens, des Gebrauchs dieser oder jener Sprache, in Budgetangelegenheiten usw.), außer Kraft gesetzt und die Durchführung einer solchen Maßnahme bei Strafe verboten werden.

7. Die Sozialdemokratie lehnt die Losung der „national-kulturellen" (oder einfach „nationalen") „Autonomie" und die Projekte zu ihrer Verwirklichung ab, denn 1. widerspricht diese Losung ganz und gar dem Internationalismus des proletarischen Klassenkampfes, 2. erleichtert sie die Einbeziehung des Proletariats und der werktätigen Massen in die Einflußsphäre der Ideen des bürgerlichen Nationalismus, 3. kann sie von der Aufgabe konsequent demokratischer Umgestaltungen des Staates insgesamt ablenken, während allein derartige Umgestaltungen den nationalen Frieden gewährleisten (soweit dies im Kapitalismus überhaupt möglich ist).

Da sich die Frage der national-kulturellen Autonomie unter den Sozialdemokraten besonders zugespitzt hat, geben wir einige Erläuterungen zu dieser These.

a) Vom Standpunkt der Sozialdemokratie ist es unzulässig, direkt oder indirekt die Losung der *nationalen* Kultur aufzustellen. Diese Losung ist nicht richtig, denn das gesamte wirtschaftliche, politische und geistige Leben der Menschheit wird schon im Kapitalismus immer mehr internationalisiert. Der Sozialismus internationalisiert es vollends. Die internationale Kultur, die schon jetzt systematisch vom Proletariat aller Länder geschaffen wird, nimmt nicht die „nationale Kultur" (irgendeiner nationalen Gemeinschaft) als Ganzes in sich auf, sondern entnimmt *jeder* nationalen Kultur *ausschließlich* ihre konsequent demokratischen und sozialistischen Elemente.

b) Das wahrscheinlich einzige Beispiel einer wenn auch zaghaften Annäherung an die Losung der nationalen Kultur in den Programmen der Sozialdemokratie bildet der Paragraph 3 des Brünner Programms der österreichischen Sozialdemokratie. Dieser Paragraph 3 lautet: „Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt."

Das ist eine Kompromißlosung, denn sie enthält nicht die Spur exterritorialer (personaler) nationaler Autonomie. Aber auch diese Losung ist falsch und schädlich, denn es ist keineswegs Sache der Sozialdemokraten Rußlands, die Deutschen in Lodz, Riga, Petersburg und Saratow zu einer Nation zu vereinigen. Unsere Sache ist es, für vollständigen Demokratismus und für die Abschaffung *aller* nationalen Privilegien zu kämpfen, damit sich die deutschen Arbeiter in Rußland mit den Arbeitern aller übrigen Nationen zur Verteidigung und Entwicklung der internationalen Kultur des Sozialismus vereinigen.

Um so fehlerhafter ist die Losung der exterritorialen (personalen) nationalen Autonomie mit (nach dem Plan der konsequenten Verfechter dieser Losung) zu gründenden nationalen Parlamenten und nationalen Staatssekretären (O. Bauer und K. Renner). Derartige, allen wirtschaftlichen Bedingungen der kapitalistischen Länder widersprechende, in keinem demokratischen Staat der Welt erprobte Institutionen sind ein opportunistisches Traumgebilde von Leuten, die die Hoffnung auf Bildung

konsequent demokratischer Institutionen verloren haben und vor dem nationalen Hader der Bourgeoisie darin Rettung suchen, daß sich sowohl das Proletariat als auch die Bourgeoisie jeder Nation in einigen („kulturellen") Fragen künstlich absondern.

Die Verhältnisse zwingen die Sozialdemokraten bisweilen zu einer zeitweisen Unterordnung unter diese oder jene Kompromißlösung, aber von anderen Ländern entlehnen dürfen wir nicht Kompromißlösungen, sondern nur konsequent sozialdemokratische Lösungen. Den mißratenen österreichischen Kompromißversuch gar zu entlehnen, ist um so törichter jetzt, da er auch in Österreich ein vollständiges Fiasko erlitten und zum Separatismus und zur Abspaltung der tschechischen Sozialdemokraten geführt hat.

c) Die Geschichte der Losung der „national-kulturellen Autonomie" in Rußland zeigt, daß sie von ausnahmslos *allen* bürgerlichen jüdischen Parteien, und *nur* von den jüdischen, aufgegriffen wurde, denen kritiklos der „Bund" hinterhertrottete, der jedoch inkonsequenterweise ein national-jüdisches Parlament (Sejm) und national-jüdische Staatssekretäre ablehnte. Indessen geben selbst diejenigen europäischen Sozialdemokraten, die die Kompromißlosung der national-kulturellen Autonomie tolerieren oder verteidigen, zu, daß diese Losung für die Juden völlig unrealisierbar ist (O. Bauer und K. Kautsky). „Die Juden in Galizien und in Rußland sind eher eine Kaste als eine Nation, und die Versuche, das Judentum als Nation aufrechtzuhalten, sind tatsächlich nur Versuche, seine Existenz als besondere Kaste fortzufristen." (K. Kautsky.)

d) In zivilisierten Ländern beobachten wir eine (verhältnismäßig) ziemlich weitgehende Annäherung an den nationalen Frieden im Kapitalismus *nur* dort, wo der Demokratismus in der gesamten staatlichen Organisation und Verwaltung *maximal* verwirklicht ist (Schweiz). Die Losungen des konsequenten Demokratismus (Republik, Miliz, Wählbarkeit der Beamten durch das Volk usw.) vereinigen das Proletariat und die werktätigen Massen und überhaupt alles Fortschrittliche in jeder Nation zum Kampf für Verhältnisse, die auch das geringste nationale Privileg unmöglich machen – während die Losung der „national-kulturellen Autonomie" die Absonderung der Nation im Schulwesen (oder in „kulturellen" Angelegenheiten überhaupt) propagiert, eine Absonderung, die sich mit

der Aufrechterhaltung der Grundlagen aller möglichen (darunter auch nationaler) Privilegien durchaus verträgt.

Die Losungen des konsequenten Demokratismus *schließen* das Proletariat und die fortschrittliche Demokratie aller Nationen *zusammen* (die Elemente, denen nicht Absonderung not tut, sondern Vereinigung der demokratischen Elemente der Nationen in allen Angelegenheiten, darunter auch im Schulwesen) – die Losung der national-kulturellen Autonomie aber *entzweit* das Proletariat der verschiedenen Nationen und bindet es an die reaktionären und bürgerlichen Elemente der einzelnen Nationen.

Die Losungen des konsequenten Demokratismus stoßen bei den Reaktionären wie bei der konterrevolutionären Bourgeoisie aller Nationen auf unversöhnliche Feindschaft – die Losung der national-kulturellen Autonomie aber ist für die Reaktionäre und konterrevolutionären Bourgeois einiger Nationen durchaus annehmbar.

8. Die Gesamtheit der ökonomischen und politischen Verhältnisse Rußlands verlangt also unbedingt von der Sozialdemokratie den *Zusammenschluß* der Arbeiter aller Nationalitäten in ausnahmslos *allen* proletarischen Organisationen (den politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen, den Bildungsorganisationen usw. usf.). Nicht Föderation im Parteiaufbau, nicht Bildung nationaler sozialdemokratischer Gruppen, sondern Einheit der Proletarier aller Nationen in jedem Ort. Dabei soll die Propaganda und Agitation in *allen* Sprachen des in den betreffenden Orten lebenden Proletariats betrieben, der Kampf der Arbeiter aller Nationen gegen nationale Privilegien gleich welcher Art gemeinsam geführt werden, sollen die örtlichen und Gebietsorganisationen der Partei Autonomie genießen.

9. Die mehr als zehnjährigen Erfahrungen der Geschichte der SDAPR bekräftigen die oben dargelegten Thesen. Die Partei entsteht 1898 als Partei „Rußlands", d. h. als Partei des Proletariats aller Nationalitäten Rußlands. Sie bleibt eine Partei „Rußlands", als der „Bund" 1903 aus der Partei austritt, nachdem der Parteitag die Forderung des „Bund", ihn als *einzigen* Vertreter des jüdischen Proletariats anzuerkennen, abgelehnt hat. In den Jahren 1906–1907 zeigt das Leben vollends die Haltlosigkeit dieser Forderung, zahlreiche jüdische Proletarier setzen in einer Reihe von örtlichen Organisationen einträchtig die gemeinsame sozialdemokratische

Arbeit fort, und der „Bund" kehrt in die Partei zurück. Der Stockholmer Parteitag (1906) vereinigt sowohl die polnischen als auch die lettischen Sozialdemokraten, die auf dem Boden der *territorialen* Autonomie stehen, wobei der Parteitag das Prinzip der Föderation *nicht* akzeptiert und die Vereinigung der Sozialdemokraten aller Nationalitäten an den einzelnen Orten verlangt. Dies Prinzip wird seit Jahren im Kaukasus befolgt, es wird in Warschau befolgt (polnische Arbeiter und russische Soldaten), in Wilna (polnische, lettische, jüdische, litauische Arbeiter), in Riga; in den drei letztgenannten Zentren wird es *gegen* den „Bund" eingehalten, der sich separatistisch abgespalten hat. Im Dezember 1908 nimmt die SDAPR auf ihrer Konferenz eine spezielle Resolution an, in der die Forderung nach *Einheit* der Arbeiter aller Nationalitäten *nicht nach dem Prinzip* der Föderation bekräftigt wird. Die spalterische Nichtdurchführung des Parteibeschlusses durch die bundistischen Separatisten führt zum Zusammenbruch dieser ganzen „Föderation schlimmsten Typs"[68] – bringt die Separatisten des „Bund" den tschechischen Separatisten näher und umgekehrt (siehe Kossowski in „Nascha Sarja" und das Organ der tschechischen Separatisten, „Der Čechoslavische Sozialdemokrat", 1913, Nr. 3, über Kossowski) – und führt schließlich (1912) auf der Augustkonferenz der Liquidatoren zu dem gemeinsamen Versuch der bundistischen Separatisten und Liquidatoren und eines Teils der kaukasischen Liquidatoren, die „national-kulturelle Autonomie" *still und heimlich* in das Parteiprogramm zu schmuggeln, *ohne sie prinzipiell zu verteidigen!*

Die revolutionären sozialdemokratischen Arbeiter sowohl Polens als auch Lettlands und des Kaukasus vertreten nach wie vor den Standpunkt der territorialen Autonomie und der *Einheit* der sozialdemokratischen Arbeiter *aller* Nationen. Die Abspaltung des „Bund" und der Liquidatoren und das Bündnis des „Bund" mit *Nicht*sozialdemokraten in Warschau setzt die nationale Frage *als Ganzes*, in ihrer theoretischen Bedeutung wie auch in ihrer Bedeutung für den Aufbau der Partei, für alle Sozialdemokraten *auf die Tagesordnung*.

Die Kompromißlösungen wurden gerade von denjenigen verletzt, die sie gegen den Willen der Partei durchsetzten, und die Forderung nach Einheit der sozialdemokratischen Arbeiter aller Nationalitäten ertönt lauter denn je.

10. Der brutal-streitbare erzreaktionäre Nationalismus der Zaren-

monarchie, ferner das Wiederaufleben des *bürgerlichen* Nationalismus – sowohl des großrussischen (Herr Struve, „Russkaja Molwa"[69], die „Progressisten" usw.) als auch des ukrainischen, des polnischen (der Antisemitismus der National„demokratie"[70]) als auch des georgischen, des armenischen usw. –, all dies verlangt mit besonderer Dringlichkeit von den sozialdemokratischen Organisationen in allen Teilen Rußlands, daß sie der nationalen Frage mehr Aufmerksamkeit schenken als bisher und – im Geiste eines konsequenten Internationalismus und der Einheit der Proletarier aller Nationen – konsequent marxistische Lösungen dieser Frage ausarbeiten.

α) Die Losung der nationalen Kultur ist nicht richtig und bringt lediglich die bürgerliche Beschränktheit in der Auffassung der nationalen Frage zum Ausdruck. Internationale Kultur.

β) Verewigung der nationalen Trennung und Praktizieren eines verfeinerten Nationalismus – Vereinigung, Annäherung, Vermischung der Nationen und Ausdruck der Prinzipien einer *anderen*, internationalen Kultur.

γ) Verzweiflung des Kleinbürgers (hoffnungsloser Kampf gegen nationalen Hader) sowie Furcht vor radikal-demokratischen Umgestaltungen und vor der sozialistischen Bewegung – nur radikal-demokratische Umgestaltungen können den nationalen Frieden in den kapitalistischen Staaten herstellen, und nur der Sozialismus ist imstande, dem nationalen Hader ein Ende zu machen.

δ) Nationale Kurien im Schulwesen.[71]

ε) Judentum.

Geschrieben im Juni 1913, vor dem 26. (9. Juli).

Zuerst veröffentlicht 1925 im Lenin-Sammelband III.

Nach dem Manuskript.

AUFSCHLUSSREICHE REDEN

Der bekannte Renegat Herr Isgojew, der bis zum Jahre 1905 Sozialdemokrat war und nach dem 17. Oktober rasch „klüger" und ... zu einem rechten Liberalen wurde, widmet der Sozialdemokratie in der „Russkaja Mysl", dem Hauptorgan des „oktobristischen" oder konterrevolutionären Liberalismus, nicht selten seine wohlwollende Aufmerksamkeit.

Den Arbeitern, die in den ernsten Fragen der Arbeiterpolitik völlig klar sehen möchten, kann man Herrn Isgojews Artikel in dem letzten, dem Juni-Heft der „Russkaja Mysl" dieses Jahres nur empfehlen.

Es ist recht nützlich, immer wieder über die begeisterten Lobeserhebungen nachzudenken, mit denen Herr Isgojew die liquidatorische *Ideologie* und *Taktik*, d. h. gerade die Grundprinzipien des Liquidatorentums, so reichlich bedenkt. Die Liberalen können nicht anders, als die Prinzipien und die Taktik der liberalen Arbeiterpolitiker zu loben!

Es ist nützlich, immer wieder über die selbständigen taktischen Erwägungen des voll und ganz mit den Liquidatoren sympathisierenden Herrn Isgojew nachzudenken, der immerhin die „marxistische Grundschule" absolviert hat und die Notwendigkeit einsieht, die eigentlichen Ursachen des ernsthaften Kampfes der Parteitreuen gegen die Liquidatoren zu suchen.

Leider müssen wir uns hier auf ganz kurze Zitate aus Herrn Isgojews aufschlußreichem Artikel und auf ganz kurze, unvollständige Erläuterungen dieser Zitate beschränken.

Die Erfolge des Bolschewismus sind nach Herrn Isgojews Meinung abhängig „vom Grad der Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung Rußlands

in konstitutioneller Richtung, und sei es eine Entwicklung nach deutschem Muster. Hat sich doch in Deutschland eine monarchistische Verfassung mit Freiheiten, ohne außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen, mit breiter Entfaltung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei als möglich erwiesen. Ist sie in Rußland möglich oder nicht? Je nachdem, wie die Waage nach der einen oder anderen Seite ausschlägt, steigen oder sinken die Aussichten der Liquidatoren und der Bolschewiki . . ."

„Wenn dem Druck der Reaktion kein Einhalt geboten wird, wenn die konstitutionellen Kräfte in Rußland für eine friedliche staatliche Umgestaltung nicht ausreichen, so wird der Bolschewismus zweifellos siegen und die Liquidatoren in die äußerste Enge treiben." Herr Isgojew selbst hält die Bolschewiki für Anarchisten, die Liquidatoren aber für „wahre Sozialdemokraten", die ganz vernünftig die beiden ersten Punkte der bolschewistischen Plattform verwerfen und sie durch die Koalitionsfreiheit ersetzen!!

„Der Sturm wird vorbeigehen", schreibt Herr Isgojew, „es wird die Zeit der positiven Arbeit kommen, und die Liquidatoren werden erneut (!!?) an die Spitze der Arbeiterklasse treten." So träumt Herr Isgojew. Die liquidatorische Taktik werde sich als großartig erweisen, wenn „der Sturm vorbei" ist . . . Und hier nun seine „Gedanken über die Taktik":

„Denkt man sich tiefer in die bolschewistische Taktik hinein, so muß man sagen, daß sie auf der Überzeugung beruht, daß der Kampf in Rußland für eine monarchistische Verfassung . . . (die drei Pünktchen stammen von Herrn Isgojew) mit dem 3. Juni seinen Abschluß gefunden hat. Weiter geht der Kampf vielleicht für eine unmittelbare oder konsequente Demokratie, aber eine andere Verfassung als die vom 3. Juni ist auf der gegebenen historischen Grundlage in Rußland nicht möglich. Die russischen Konstitutionalisten können nur mit einer Verfassung ohne Freiheiten und mit Ausnahmezuständen rechnen. Wir halten den bolschewistischen Standpunkt, der dem Standpunkt der Schwarzhunderter zwar diametral entgegengesetzt, aber dennoch verwandt ist, für falsch und politisch schädlich. Man kann ihm jedoch nicht absprechen, daß er einen gewissen Sinn hat. Das anhaltende Unvermögen der russischen Konstitutionalisten, dem Land eine Rechtsordnung zu garantieren, kann in Zukunft den bolschewistischen Pessimismus sogar rechtfertigen. Vorläufig jedoch führt er, wie der ‚Lutsch' richtig bemerkt hat . . . (ja, natürlich!) . . . nur zur

Vermischung mit halbanarchistischen Elementen." (Weiter zitiert Herr Isgojew, vor Begeisterung über den „Lutsch" außer sich, aus liquidatorischen Artikeln.)

Herr Isgojew bezeichnet als Pessimismus schlechthin den Pessimismus *in bezug* auf die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie. Ob ein *solcher* „Pessimismus" nicht untrennbar verbunden ist mit *Optimismus* vor allem in bezug auf das Proletariat und dann auch auf die werktätigen kleinbürgerlichen Massen, darüber nachzudenken fürchtet sich Herr Isgojew. Wie sollte er sich auch nicht fürchten!

Das kurioseste an diesen Küssen, mit denen der Renegat die Liquidatoren überschüttet, am aufschlußreichsten an diesen Worten des Liberalen ist, daß er, der ganz und gar mit den Liquidatoren sympathisiert, es *nicht wagt*, der bolschewistischen Taktik abzusprechen, daß sie einen *Sinn hat*! Er, ein Anhänger der „friedlichen" Entwicklung und des liquidatorischen Opportunismus, *kann keineswegs* versprechen, daß gerade diese Entwicklung siegen werde!! Er, ein Todfeind des Bolschewismus, der uns mit Tausenden von Schimpfwörtern überschüttet (Anarchisten, Blanquisten, Selbstverherrlicher usw. usf.), er, ein Busenfreund der Liquidatoren, *ist gezwungen* zuzugeben, daß der Bolschewismus siegen wird, wenn „die konstitutionellen Kräfte in Rußland nicht ausreichen" (d. h., wenn ihre Zahl nicht größer als heute wird . . .) !!

Der erzürnte, mit den sozialdemokratischen Angelegenheiten gut vertraute, aber nicht sehr scharfsinnige Herr Isgojew hat nicht bemerkt, daß er mit all diesen Erwägungen . . .* . . . und den Herren Th. D., L. S., Jeshow, Larin, Martow, Potressow und Co. das Feigenblatt genommen hat.

Wir danken Ihnen, wir danken Ihnen von ganzem Herzen, Herr Isgojew, der Sie den Bolschewiki zürnen! Die Wahrheit tut weh. Und Sie haben *unabsichtlich* Ihren Freunden Liquidatoren weh getan. Sie umarmen sie so „liebevoll", daß Sie sie in Ihren Armen erdrücken.

Noch einige Worte über eine rein historische Frage. Warum „erwies sich" in Deutschland gerade eine solche Verfassung als „möglich", die dem konterrevolutionären Liberalismus mehr als die französische gefällt? Nur deshalb, Herr Isgojew, der Sie so erbost, aber wenig scharfsinnig sind, weil diese Verfassung die *Resultante* war aus den Bestrebungen Bismarcks und der Liberalen, die Furcht hatten, den Arbeitern Freiheiten zu geben, und aus den Bestrebungen der Arbeiter, die in den vierziger, fünfziger

* Die folgende Seite des Manuskripts ist nicht aufgefunden. *Die Red.*

und sechziger Jahren nach der *vollständigen* Demokratisierung Deutschlands trachteten. Die Arbeiter Deutschlands waren *damals* schwach. Daher konnten Bismarck und die preußischen Liberalen *zur Hälfte* siegen. Wären die Arbeiter Deutschlands stärker gewesen, hätte Bismarck zu einem Viertel gesiegt. Wären sie noch stärker gewesen, hätte Bismarck überhaupt nicht gesiegt. Deutschland hat Freiheiten erhalten, trotz Bismarck, *trotz* der preußischen Liberalen, *nur* dank dem nachdrücklichen und hartnäckigen Streben der Arbeiterklasse (teilweise, aber zu sehr geringem Teil, auch der kleinbürgerlichen Demokratie) nach vollständiger Demokratisierung.

Sie verstehen nichts, Herr Isgojew? Sie verstehen nicht, daß die Geschichte auch für Deutschland die „bolschewistische" Taktik gerechtfertigt hat? Zürnen Sie weniger den Bolschewiki, seien Sie weniger „liebevoll" zu den Liquidatoren, dann werden Sie vielleicht noch dahinterkommen.

W. I.
(oder ohne Unterschrift)

PS. Sollte der Artikel ungelegen kommen, so bitte ich sehr darum, ihn ans „Prosweschtschenije" weiterzuleiten. Meines Erachtens wäre er besser als Feuilleton in der „Prawda".

Geschrieben Anfang Juli 1913.
Zuerst veröffentlicht 1925 in der Zeitschrift „Krasnaja Now" (Rotes Neuland) Nr. 1.

Nach dem Manuskript.

BILDER AUS DEM LEBEN

Spricht man von Leibeigenschaft im russischen Leben überhaupt und im russischen Dorf im besonderen, so ruft man damit den Protest unserer Liberalen hervor, besonders der Liberalen, die gern so tun, als seien sie beinahe Marxisten. Was für eine Leibeigenschaft kann es denn schon im Rußland des 20. Jahrhunderts geben, sagen sie. Das ist doch bloße „Agitation" ...

Indessen stößt man bei jedem Schritt auf überraschend markante Bilder der Leibeigenschaft im heutigen russischen Dorf, und nur die verfluchte Trägheit läßt den „abgestumpften" russischen Spießer an diesen Bildern gleichgültig vorübergehen.

Nachstehend eines dieser Bilder, das wir der offiziellen Sammlung von Verfügungen der Semstwoversammlung des Gouvernements Tschernigow in den 10 Jahren von 1900 bis 1909 entnehmen.

„Als dunkler Fleck lastet auf unserem Semstwo die Tatsache", schreibt Herr Chishnjakow („Russkoje Bogatstwo"), „daß *bis auf den heutigen Tag* nach uralter Weise die Feldwege durch Naturalleistung instand gehalten werden ... Abgesehen von der großen Ungerechtigkeit, daß diese Pflichtleistung ausschließlich von den Bauern zu tragen ist, ... ist allein schon die Methode der Abgeltung dieser Leistung empörend. Nach der Schneeschmelze und anhaltenden Regenfällen ‚treiben' die Dorfältesten, gewöhnlich auf strengen Befehl des Landgendarmen, ‚das Volk zusammen', wie man bei uns sagt, um den Weg auszubessern. Die Arbeit wird ohne jeden Sinn, ohne Vermessungsarbeiten, ohne jegliche technische Anweisungen durchgeführt. Ich hatte Gelegenheit, einer solchen Arbeit zuzusehen, die besonders energisch vor sich ging, da die Arbeitenden von den Gendarmen wütend angefahren *und die Nachlässigen mit der Peitsche angetrieben wurden.* Es war im Spätsommer, als man die Durch-

reise des Gouverneurs erwartete... Auf einer Strecke von etwa drei Werst waren an die 500 Männer und Frauen, mit Spaten bewaffnet, zusammengetrieben worden. Auf Befehl der Gendarmen hoben sie ganz überflüssige Gräben aus, die später wieder zugeschüttet werden mußten... Aber unser Semstwo hat sich während der fast 50 Jahre seiner Existenz nicht nur nicht darum gekümmert, daß die Bauernbevölkerung von dieser Last befreit wird, *sondern hat sie im Gegenteil noch mehr vergrößert...*"

Dieses Semstwo ist wie alle russischen Semstwos ein gutsherrliches Semstwo.

Es sind also die Gutsbesitzer, die die althergebrachten „Pflichtleistungen" der Bauern noch erhöhen. Auf Befehl der Gutsbesitzer „treiben" die Gendarmen und Dorfältesten „das Volk zusammen", zwingen Hunderte Bauern, ihre Wirtschaft liegenzulassen und „ganz überflüssige Gräben auszuheben", „ohne jeden Sinn", *„wobei die Nachlässigen mit der Peitsche angetrieben werden"*.

Hier liegen die Wurzeln der Macht der Purischkewitsch, Markow und Co. Und wie widerwärtig-geheuchelt sind, verglichen mit diesen Wurzeln, unsere glatten, braven, regierungstreuen liberalen Reformprogramme!

„Prawda" Nr. 149,
2. Juli 1913.
Unterschrift: T – i n.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE AUFGELÖSTE DUMA UND DIE VERWIRRTEN LIBERALEN

Seit über einer Woche schon ist die IV. Duma aufgelöst[72], in den Zeitungen aber hört man nicht auf, über sie zu schreiben und ihre Tätigkeit einzuschätzen. Die allgemeine Unzufriedenheit mit der IV. Duma wird allerseits zugegeben. Unzufrieden sind nicht nur die Liberalen, ist nicht nur die „verantwortungsbewußte" (im Sinne der Gutsbesitzer) Opposition. Unzufrieden sind auch die Oktobristen. Unzufrieden sind die Rechten.

Zweifellos ist diese Unzufriedenheit der reaktionären Gutsbesitzer und der reaktionären Bourgeoisie mit der Schwarzhunderterduma überaus bezeichnend und vielsagend. Diese Klassen haben *alles* mögliche getan, um die sogenannte „friedliche" „konstitutionelle" Entwicklung zu sichern.

Sie haben *alles* getan – und mußten sich überzeugen, daß *nichts* dabei herausgekommen ist! Daher die allgemeine Unzufriedenheit selbst im Lager der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie. Weder die Rechten noch die Oktobristen bekunden die für die Epoche der dritten Duma charakteristische Begeisterung und Schwärmerei für das System vom 3. Juni.

Unsere sogenannten „oberen" Klassen, die gesellschaftlich-politischen „oberen Schichten" *können* Rußland *nicht* in der alten Weise regieren, obwohl alle Grundlagen des Staatsaufbaus und der Regierung Rußlands ganz von *ihnen* bestimmt und in *ihrem* Interesse geregelt sind. Die „unteren Schichten" aber sind erfüllt von dem Willen, diese Regierung zu ändern.

Das Zusammentreffen dieser Unmöglichkeit für die „oberen Schichten", die Staatsgeschäfte in der alten Weise zu führen, mit dem stärker gewordenen Willen der „unteren Schichten", sich mit dieser Führung nicht abzufinden, ist gerade das, was man (vielleicht etwas ungenau) eine politische Krise im gesamtnationalen Maßstab nennt.

Das Heranreifen dieser Krise vor unseren Augen ist eine Tatsache, und zwar eine Tatsache, die man wohl kaum bezweifeln kann.

Hieraus müßte für Demokraten und sogar für einsichtsvolle Liberale eigentlich klar sein, daß der Schwerpunkt des Strebens zum Besseren keineswegs in der Duma liegt, daß die Duma in dieser Hinsicht nur ein ungenauer Gradmesser ist.

Aber unsere Liberalen sind schon seit langem aus dem Geleise geraten. „Sowohl die III. als auch die IV. Duma sind eine Parodie auf eine Volksvertretung", hieß es in einem Leitartikel der „Retsch", *„aber gerade sie* existieren, und hic Rhodus, hic salta" (ein lateinischer Ausspruch, der wörtlich bedeutet: „Hier ist Rhodus, hier tanze", das heißt, hier ist die Hauptsache, hier ist das Wesentliche, hier bringe den Beweis, hier kämpfe).

Sie sind im Irrtum, meine Herren! *Nicht* hier ist „Rhodus", und *nicht* hier findet der „Tanz" statt, wie er auch *nicht* hier begann.

Nur Lakaien der Gutsbesitzer und des Geldsacks können die IV. Duma als „Rhodus" für die Demokratie auffassen, können vergessen, daß außer der Duma zum Beispiel die Arbeiterbewegung *„existiert"*, die die Interessen des ganzen Volkes vertritt, wie sehr auch die Liberalen diese ihre Bedeutung totschweigen möchten, wie sehr auch die liberalen Arbeiterpolitiker – die Liquidatoren – diese ihre Bedeutung stutzen und schmälern möchten.

„Haben wir alles getan, was in unseren Kräften steht", ruft die „Retsch" aus, „um auf die Duma einzuwirken, um sie zu zwingen, unseren Forderungen zu folgen und zu erfüllen?"

Das ist zwar sprachlich nicht ganz einwandfrei, aber genügend klar. „Wir" – das sind die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie. *Diese* „Gesellschaft" sieht die „Retsch", nur *diese* „öffentliche" Meinung, nur die interessiert sie.

Die reaktionärsten Gutsbesitzer zwingen, die „Forderungen" der liberalen Gutsbesitzer und der liberalen Bourgeoisie zu „erfüllen", die selbst nicht wissen, was sie „fordern" sollen, was sie wünschen sollen: eine Wende zum Besseren oder eine Schwächung der im Interesse des ganzen Volkes wirkenden Arbeiterbewegung, die diese Wende vollzieht?

Arme Liberale!

„Prawda" Nr. 151,
5. Juli 1913.

Nach dem Text der „Prawda".

DER FÜNFTE INTERNATIONALE KONGRESS FÜR DEN KAMPF GEGEN DIE PROSTITUTION

In London wurde vor kurzem der „*Fünfte* Internationale Kongreß zur Unterdrückung des Mädchenhandels" beendet.

Herzoginnen waren dort aufmarschiert, Gräfinnen, Bischöfe, Pastoren, Rabbiner, Polizeibeamte und alle Sorten bürgerlicher Philanthropen! Wie viele Festessen gab es da und wie viele prunkvolle offizielle Empfänge! Wie viele feierliche Reden wurden gehalten über die Schädlichkeit und Verwerflichkeit der Prostitution!

Welches aber waren die Kampfmittel, die von den vornehmen bürgerlichen Kongreßdelegierten gefordert wurden? In der Hauptsache waren es zwei Mittel: Religion und Polizei. Das sei das Sicherste und Verläßlichste gegen die Prostitution. Ein englischer Delegierter tat sich, wie der Londoner Korrespondent der „Leipziger Volkszeitung"[73] berichtet, etwas zugute darauf, im Parlament die *Prügelstrafe* für Kuppelei gefordert zu haben. Da habt ihr den modernen „zivilisierten" Helden des Kampfes gegen die Prostitution.

Eine Dame aus Kanada sprach entzückt von der Polizei und der weiblichen Polizeiaufsicht über die „gefallenen" Mädchen, in bezug auf die Erhöhung der Arbeitslöhne aber bemerkte sie, daß die Arbeiterinnen höhere Löhne nicht wert seien.

Ein deutscher Pastor wetterte gegen den modernen Materialismus, der im Volke immer mehr Boden gewinne und die Verbreitung der freien Liebe begünstige.

Als der österreichische Delegierte Gärtner den Versuch machte, die Frage der sozialen Ursachen der Prostitution, der Not und des Elends der Arbeiterfamilien, der Ausbeutung der Kinderarbeit, der unerträg-

lichen Wohnungsverhältnisse usw. aufzuwerfen – da wurde der Redner durch feindselige Zwischenrufe zum Schweigen gebracht!

Dafür aber erzählte man sich in Kreisen der Delegierten lehrreiche und feierliche Dinge über hohe Persönlichkeiten. Wenn z. B. die deutsche Kaiserin irgendeine Entbindungsanstalt in Berlin besucht, wird den Müttern „illegitimer" Kinder ein *Ehering an den Finger gesteckt* – um die hohe Frau nicht durch den Anblick unverheirateter Mütter zu schockieren!!

Man kann daran ermessen, welch widerwärtige bürgerliche Heuchelei auf diesen aristokratisch-bürgerlichen Kongressen herrscht. Die Wohltätigkeitsakrobaten und die polizeilichen Verteidiger der Verhöhnung von Not und Elend versammeln sich zum „Kampf gegen die Prostitution", die gerade von der Aristokratie und der Bourgeoisie gefördert wird . . .

„Rabotschaja Prawda" Nr. 1,
13. Juli 1913.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der „Rabotschaja Prawda".

WORTE UND TATEN

Bei uns wird ständig der Fehler gemacht, daß man die Losungen und die Taktik einer bestimmten Partei oder Gruppe, überhaupt ihre Richtung, nach den Vorsätzen oder Motiven beurteilt, die diese Gruppe selbst deklariert. Eine solche Beurteilung taugt nichts. Mit guten Vorsätzen – das ist eine alte Weisheit – ist der Weg zur Hölle gepflastert.

Es geht nicht um Vorsätze, nicht um Motive, nicht um Worte, sondern um die objektiven, von ihnen unabhängigen Umstände, die das Schicksal und die Bedeutung der Losungen, der Taktik oder überhaupt der Richtung einer gegebenen Partei oder Gruppe bestimmen.

Untersuchen wir von diesem Standpunkt aus die wichtigsten Fragen der modernen Arbeiterbewegung. Der Streik vom 1. bis 3. Juli in Petersburg erfaßte selbst nach Berechnungen der bürgerlichen Zeitungen „Retsch" und „Russkoje Slowo", die in solchen Fällen stets zu niedrige Zahlen angeben, über 62 000 Arbeiter.

Wir stehen also vor der Tatsache, daß mehr als sechzigtausend Menschen in Aktion getreten sind. Der unmittelbare Anlaß zum Streik war bekanntlich der Protest gegen die Verfolgungen der Arbeiterpresse, gegen die täglichen Konfiskationen usw. usf. Wir wissen auch aus Meldungen selbst solcher Zeitungen wie „Nowoje Wremja", „Retsch", „Sowremenka"[74], „Russkoje Slowo", daß die Arbeiter in ihren Reden usw. die für das ganze Volk wichtige Bedeutung ihres Protestes hervorgehoben haben.

Wie verhielten sich die verschiedenen Klassen der russischen Gesellschaft zu diesem Ereignis? Welche Stellung bezogen sie?

Wir wissen, daß die „Rossija"[75], die „Semschtschina" und ähnliche Zeitungen wie üblich schroff verurteilende Erklärungen abgaben, nicht selten mit den gröbsten Beschimpfungen, Drohungen usw. Das ist nicht neu. Das ist verständlich. Das ist unvermeidlich.

РАБОЧАЯ ПРАВДА

ГАЗЕТА

СЕГОДНЯ ВЪ НОМЕРѢ:

СТАТЬИ

СТАТЬИ

СТРАХОВАНІЕ

ПО РОССІИ

ЗА РУБЕЖОМЪ

ВЪ СПБ.

№ 3. Вторникъ, 16 іюля 1913 г. ЦѢНА 2 коп.

ОТКРЫТА ПОДПИСКА НА ГАЗЕТУ „РАБОЧАЯ ПРАВДА"

Издательство „ПРИБОЙ"

Новости жизни и событія въ Германіи.

Рига

Слова и дѣла.

Кадеты объ украинскомъ вопросѣ

Къ клеветѣ на Отозыв.

Erste Seite der „Rabotschaja Prawda" Nr. 3 vom 16. Juli 1913,
in der W. I. Lenins Artikel
„Worte und Taten", „Die Kadetten über die ukrainische Frage",
„Die neuesten Angaben über die Parteien in Deutschland"
und „Entlarvung der englischen Opportunisten" veröffentlicht wurden.

Verkleinert

Schon eher „neu" ist die verblüffende Gleichgültigkeit der Bourgeoisie, die sich in der Gleichgültigkeit der liberalen Zeitungen widerspiegelt, wobei diese Gleichgültigkeit auf Schritt und Tritt von einer negativen Einstellung abgelöst wird, während die weniger wichtigen, in bezug auf die Teilnehmerzahl weniger bedeutungsvollen Bewegungen der Arbeiter (vor 17–18 Jahren) in der bürgerlich-liberalen Gesellschaft offenkundige Anteilnahme geweckt hatten. Das ist eine unverkennbare entschiedene Schwenkung des Liberalismus nach rechts, weg von der Demokratie, gegen die Demokratie.

Anläßlich der Ereignisse vom 1.–3. Juli in Petersburg schrieb eine der in Rußland verbreitetsten, wenn nicht die verbreitetste Zeitung (das liberale „Russkoje Slowo"):

„Interessant ist es, die Stellungnahme der in Petersburg erscheinenden sozialdemokratischen Zeitungen zu diesem Streik zu erwähnen. Die sozialdemokratische ‚Prawda' räumt dem gestrigen (geschrieben am 3. Juli) Streik breiten Raum ein, während der ‚Lutsch', das Organ der Gruppe der sogenannten Liquidatoren, sich auf eine kurze Notiz über den Streik beschränkt, nachdem er den politischen Streiks einen Leitartikel gewidmet (‚Lutsch' vom 2. Juli) und darin gegen derartige Aktionen der Arbeiter protestiert hatte." („Russkoje Slowo" vom 3. Juli 1913.)

So sehen die Tatsachen aus. Die Reaktion feindselig. Die Liberalen und die Liquidatoren gleichgültig und ablehnend. Faktische Einheit zwischen Liberalismus und Liquidatorentum. Aktionseinheit der Arbeitermassen, nur möglich gegen die Liquidatoren.

Seine demokratische Pflicht erfüllen, seinen Dienst als Vortrupp tun, den Massen des Volkes dienen, sie aufklären und zusammenschließen kann das Proletariat nur im entschiedenen Kampf gegen die Liquidatoren, die vom Liberalismus faktisch völlig abhängig sind.

Auch die Liberalen gebärden sich nicht selten radikal auf der Dumatribüne, und sie tun es nicht schlechter als verschiedene quasimarxistische oder schwankende Elemente, aber das hindert die Liberalen nicht, den Demokratismus der Massen außerhalb der Duma (mit Hilfe der Liquidatoren) zu bekämpfen.

„Rabotschaja Prawda" Nr. 3,
16. Juli 1913.

Nach dem Text der
„Rabotschaja Prawda".

DIE KADETTEN ÜBER DIE UKRAINISCHE FRAGE

Seit langem schon wird sowohl in der Presse als auch von der Dumatribüne herab, z. B. in der Rede des Sozialdemokraten Petrowski[76], darauf hingewiesen, wie überaus unanständig, reaktionär und unverschämt einige einflußreiche Kadetten (mit Herrn Struve an der Spitze) in der ukrainischen Frage auftreten.

Dieser Tage stießen wir in dem offiziellen Organ der Kadettenpartei, der „Retsch", auf einen Artikel ihres ständigen Mitarbeiters Herrn Mich. Mogiljanski, den man *nicht* mit Schweigen übergehen *kann*.

Dieser Artikel ist ein ausgesprochen chauvinistischer Hetzartikel gegen die Ukrainer wegen ihres „Separatismus". „Unbedachtes Abenteurertum", „politische Fieberphantasien", „politisches Abenteuer" – von solchen Ausdrücken strotzt der Artikel des Herrn Mich. Mogiljanski, eines *„Nowoje-Wremja"-Mannes* reinsten Wassers, der sich das Mäntelchen des „Demokratismus" umhängt!! Und die Konstitutionell-„Demokratische" Partei deckt diesen Artikel, ohne sich zu schämen, druckt ihn wohlwollend ab und billigt stillschweigend einen solchen unverhüllten Chauvinismus.

Herr Mich. Mogiljanski verweist selbst auf die Tatsache, daß auf dem gesamtukrainischen Studentenkongreß in Lwów auch einige ukrainische Sozialdemokraten – aus Rußland emigrierte Ukrainer – gegen die Losung der politischen Unabhängigkeit der Ukraine aufgetreten sind, und zwar gegen den Sozialdemokraten Donzow, der dem Kongreß eine von der Mehrheit bei zwei Gegenstimmen angenommene Resolution über die „unabhängige Ukraine" vorgeschlagen hatte.

Also keine Rede davon, daß alle Sozialdemokraten Donzow zugestimmt

hätten. Aber die Sozialdemokraten stritten mit Donzow, indem sie ihre eigenen Argumente vorbrachten, polemisierten auf derselben Tribüne, um dieselben Zuhörer zu überzeugen.

Herr Mich. Mogiljanski hat so sehr das Gefühl für den elementaren politischen Anstand verloren, daß er Donzow und dem ganzen Kongreß der ukrainischen Studenten grobe Schimpfwörter aus dem Lexikon der Schwarzhunderter entgegenschleudert, obwohl er ausgezeichnet weiß, wie wenig seine Gegner die Möglichkeit haben, die Ansichten der „Retsch" zu widerlegen, wie wenig sie die Möglichkeit haben, vor dem russischen Publikum auf derselben Tribüne und ebenso entschieden, offen und frei aufzutreten.

Erbärmliche Demokraten sind unsere Kadetten! Und erbärmliche Demokraten sind auch diejenigen, die gegen solche Ausfälle der Kadetten nicht aufs leidenschaftlichste protestieren. Die Marxisten werden sich niemals mit einer nationalen Losung den Kopf verdrehen lassen, ob sie nun eine großrussische, polnische, jüdische, ukrainische oder sonst eine ist. Die Marxisten vergessen aber auch nicht die elementare Pflicht eines jeden Demokraten, jegliche Hetze gegen irgendeine Nation wegen „Separatismus" zu bekämpfen und für die Anerkennung der völligen und vorbehaltlosen Gleichberechtigung der Nationen und ihres Selbstbestimmungsrechts einzutreten.

Man kann verschiedener Meinung sein, wie diese Selbstbestimmung vom Standpunkt des Proletariats in jedem einzelnen Fall aussehen soll. Man kann und soll mit den Nationalsozialen wie Donzow streiten, aber die gemeine Hetze wegen des „Separatismus", die Hetze gegen Menschen, die sich nicht verteidigen können, ist der Gipfel der Unverschämtheit unserer Kadetten.

„Rabotschaja Prawda" Nr. 3,
16. Juli 1913.
Unterschrift: M.

Nach dem Text der
„Rabotschaja Prawda".

DIE NEUESTEN ANGABEN ÜBER DIE PARTEIEN IN DEUTSCHLAND

Das deutsche Statistische Amt hat interessante Angaben über die Parlaments- (Reichstags-) Wahlen im Jahre 1912 veröffentlicht. Besonders lehrreich ist ein Vergleich der Kräfte der verschiedenen Parteien *auf dem Land* und *in der Stadt*.

Die deutsche Statistik rechnet alle Ortschaften bis zu 2000 Einwohnern zu den Dörfern, ähnlich wie die Statistik der meisten europäischen Staaten, im Gegensatz zu Rußland, wo bis heute auf unsinnige, bürokratisch-polizeiliche, willkürliche Art jene Ortschaften gesondert geführt werden, die unabhängig von der Einwohnerzahl zu Städten „erklärt" wurden.

Zu den Kleinstädten rechnet die deutsche Statistik Ortschaften mit 2000 bis 10 000 Einwohnern und zu den größeren Städten Ortschaften mit 10 000 und mehr Einwohnern.

Es stellt sich heraus, daß die *Fortschrittlichkeit* der gegebenen Partei (im weitesten ökonomischen und politischen Sinne des Begriffs „Fortschrittlichkeit") und die *Zunahme* der Kraft dieser Partei *in den Städten* und überhaupt in den größeren Orten in einem auffallend richtigen Verhältnis zueinander stehen.

Dabei heben sich vier Gruppen von politischen Parteien in Deutschland klar heraus:

1. Die Sozialdemokraten – die einzige wirklich fortschrittliche Massenpartei der Lohnarbeiter, eine „Volkspartei" im besten Sinne des Wortes;

2. die „Fortschrittliche Volkspartei" – eine kleinbürgerliche demokratische Partei, etwa in der Art unserer Trudowiki (nur nicht unter den Verhältnissen einer leibeigenschaftlichen, sondern einer durchaus bürgerlichen Gesellschaft);

3. die „Nationalliberalen" – die Partei der Großbourgeoisie, die Partei der deutschen Oktobristen und Kadetten;

4. alle konservativen Parteien, die Parteien der erzreaktionären Gutsbesitzer, der Klerikalen, der reaktionären Kleinbürger und Bauern (Antisemiten, „Zentrum", d. h. Katholiken, die eigentlich Konservativen, die Polen usw.).

Anteil der Stimmen (in %), die für die Parteien abgegeben wurden:

	Sozialdemokraten	Fortschrittler	Nationalliberale	Alle konservativen Parteien	Zersplitterte und unbestimmte	Insgesamt
In den Dörfern	19,0	8,8	12,8	58,6	0,8	100,0
In den Kleinstädten	35,8	12,1	15,0	36,4	0,7	100,0
In den großen Städten	49,3	15,6	13,8	20,0	1,3	100,0
In ganz Deutschland	34,8	12,3	13,6	38,3	1,0	100,0

In Deutschland besteht das allgemeine Wahlrecht. Die angeführte Tabelle zeigt klar, daß sich das deutsche Dorf, die deutsche Bauernschaft (wie auch die Bauernschaft *aller* europäischen, konstitutionellen, zivilisierten Länder) bis heute *fast ausnahmslos* in geistiger und politischer Knechtschaft der Gutsbesitzer und Pfaffen befindet.

In den Dörfern Deutschlands werden fast $^3/_5$ der Stimmen (58,6%) für die konservativen Parteien abgegeben, d. h. für die Parteien der Gutsbesitzer und Pfaffen! Der Bauer *war* in Europa überall revolutionär, als er gegen die Feudalen, gegen die Fronherren und die Gutsbesitzer kämpfte. Hatte der Bauer Freiheit und ein Stückchen Land erlangt, so *schloß* er in der Regel mit den Gutsbesitzern und Pfaffen *Frieden* und wurde reaktionär.

Aber die Entwicklung des Kapitalismus beginnt ihrerseits, den Bauern den Klauen der Reaktion zu entreißen, und führt ihn den Sozialdemokraten zu. In Deutschland konnten die Sozialdemokraten 1912 *bereits fast ein Fünftel* (19,0%) aller Stimmen des Dorfes auf sich vereinigen.

Die politische Lage im deutschen Dorf von heute ist also die: *Ein Fünftel* folgt den Sozialdemokraten, *ein Fünftel* der mehr oder minder „liberalen" Bourgeoisie, *drei Fünftel* den Gutsbesitzern und Pfaffen. Es bleibt noch allerhand zu tun, um das Dorf politisch aufzuklären. Der

Kapitalismus treibt, indem er die Kleinbauernschaft ruiniert und immer mehr niederdrückt, den Kleinbauern die reaktionären Vorurteile, man kann sagen, mit Gewalt aus.

In den Kleinstädten ist das Bild schon anders: Die Sozialdemokraten haben die liberale Bourgeoisie bereits überflügelt (35,8% der Stimmen gegen 27%), haben aber die Konservativen, die 36,4% der Stimmen erhielten, noch nicht ganz eingeholt. Die Kleinstädte sind das Hauptbollwerk des vorwiegend handel- und gewerbetreibenden Kleinbürgertums. Das Kleinbürgertum schwankt am meisten, es gibt weder den Konservativen noch den Sozialisten noch der liberalen Bourgeoisie eine stabile Mehrheit.

In den großen Städten siegte die Sozialdemokratie. Sie hat *die Hälfte* der Bevölkerung (49,3% der Stimmen) hinter sich, ebensoviel wie die Konservativen und Liberalen zusammen (15,6 + 13,8 + 20 = 49,4%). Die Konservativen haben hier nur *ein Fünftel* der Bevölkerung hinter sich, die liberalen Bourgeois *drei Zehntel*, die Sozialdemokraten *die Hälfte*. Wenn man die größten Städte nähme, so würde sich ein noch unvergleichlich größeres Übergewicht der Sozialdemokratie ergeben.

Es ist bekannt, daß die Städte in allen modernen Staaten und selbst in Rußland viel schneller wachsen als die Dörfer, daß die Städte die Zentren des wirtschaftlichen, politischen und geistigen Lebens des Volkes darstellen und die Haupttriebkraft des Fortschritts sind. Das Übergewicht der Sozialdemokratie in den Städten läßt die Bedeutung dieser Partei als Partei der fortgeschrittenen Volksmassen klar hervortreten.

Von 65 Millionen Einwohnern lebten 1912 in Deutschland nur 25,9 Millionen in Dörfern, 12,3 Millionen in Kleinstädten und 26,8 Millionen in größeren Städten. In den letzten Jahrzehnten, in denen Deutschland zu einem völlig kapitalistischen, verhältnismäßig freien Staat mit einer stabilen Verfassung und mit allgemeinem Wahlrecht geworden ist, wächst die Stadtbevölkerung im Vergleich zur Landbevölkerung besonders schnell. 1822 lebten von 45 Millionen – 18,9 Millionen in Städten, das sind 41,8%; 1895 von 52 Millionen – 26 Millionen, das sind 49,8%; 1907 von 62 Millionen – 36 Millionen, das sind 58,1%. Und die Bevölkerung der größten Städte mit 100 000 und mehr Einwohnern machte in diesen Jahren entsprechend 3, 7, 12 Millionen aus, das sind 7,4%, 13,6%, 19,1% der Gesamtbevölkerung. Im Verlauf von 25 Jahren wuchs die

Gesamtbevölkerung um 36,5%, die Bevölkerung der Städte um 89,6% und die Bevölkerung der größten Städte um 254,4%.

Interessant ist schließlich festzustellen, daß die rein bürgerlichen Parteien in dem bürgerlichen Deutschland von heute die *Minderheit* der Bevölkerung hinter sich haben. In ganz Deutschland haben die Sozialdemokraten 1912 *mehr als ein Drittel* der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen (34,8%) erhalten, die Konservativen (das sind hauptsächlich Gutsbesitzer und Pfaffen) etwas weniger als *zwei Fünftel* (38,3%) und alle bürgerlich-liberalen Parteien *nur ein Viertel* (25,9%).

Wie ist das zu erklären? Warum herrschen im bürgerlichen Deutschland, in einem Land, in dem sich der Kapitalismus besonders schnell entwickelt, mehr als 60 Jahre nach der Revolution (der bürgerlichen Revolution von 1848) die Parteien der Gutsbesitzer und Klerikalen und nicht die rein bürgerlichen politischen Parteien?

Das Wichtigste für die Erklärung dieser Erscheinung zeigte Karl Marx bereits 1848 auf. Die deutsche Bourgeoisie, die durch die Selbständigkeit des Proletariats in Schrecken versetzt war und sah, daß die Arbeiter die demokratischen Institutionen *für sich* und gegen die Kapitalisten ausnutzen, wandte sich von der Demokratie ab, verriet schändlich die Freiheit, die sie früher verteidigt hatte, und leistete nunmehr den Gutsbesitzern und Klerikalen Lakaiendienste.[77] Bekanntlich huldigt die russische Bourgeoisie seit 1905 diesen lakaienhaften politischen Bestrebungen und lakaienhaften politischen Ideen noch eifriger als die deutsche Bourgeoisie.

„Rabotschaja Prawda" Nr. 3,
16. Juli 1913.
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text der
„Rabotschaja Prawda".

ENTLARVUNG DER ENGLISCHEN OPPORTUNISTEN

In der englischen Stadt Leicester fanden kürzlich Ersatzwahlen für das Parlament statt.

Diese Wahlen sind von großer prinzipieller Bedeutung, und jeder Sozialist, der sich für die so wichtige Frage der Stellung des Proletariats zur liberalen Bourgeoisie überhaupt und die englische sozialistische Bewegung im besonderen interessiert, muß über die Wahlen von Leicester gründlich nachdenken.

Der Wahlkreis Leicester entsendet ins Parlament *zwei* Abgeordnete, und jeder Wähler besitzt *zwei* Stimmen. Solcher Wahlkreise gibt es in England nur wenige, aber gerade sie begünstigen besonders den stillschweigenden *Block* (das Bündnis) der Sozialisten mit den Liberalen, was vom englischen Korrespondenten der „Leipziger Volkszeitung" hervorgehoben wird. Gerade von solchen Wahlkreisen wurden die namhaftesten Führer der sogenannten „Unabhängigen" (vom Sozialismus unabhängigen, aber vom Liberalismus abhängigen) Arbeiterpartei ins Parlament gewählt. Sowohl Keir Hardie als auch Philip Snowden, als auch Ramsay MacDonald, alles Führer der „Unabhängigen Arbeiterpartei", wurden von solchen Wahlkreisen gewählt.

In diesen Wahlkreisen erhalten die Wähler von den vorherrschenden Liberalen die Direktive (die Anweisung), eine Stimme dem Sozialisten zu geben und die andere dem Liberalen, natürlich wenn dieser Sozialist „vernünftig", gemäßigt, „unabhängig" ist und nicht irgendein unversöhnlicher Sozialdemokrat, den einen Anarchosyndikalisten usw. zu schimpfen die englischen Liberalen und Liquidatoren nicht schlechter verstehen als die russischen!

Faktisch bilden also die Liberalen einen Block mit den gemäßigten, opportunistischen Sozialisten. Faktisch sind die englischen „Unabhängigen" (für die unsere Liquidatoren so innige Gefühle hegen) von den Liberalen *abhängig*. Die Haltung der „Unabhängigen" im englischen Parlament bestätigt diese Abhängigkeit fortwährend.

Nun hat MacDonald, der Abgeordnete der „Unabhängigen" von Leicester, der Parteiführer selbst, sein Mandat aus privaten Gründen niedergelegt.

Was tun?

Die Liberalen stellten natürlich ihren Kandidaten auf.

Leicester ist eine Industriestadt mit vorwiegend proletarischer Bevölkerung.

Die lokale Organisation der „Unabhängigen" berief eine Konferenz ein und faßte mit 67 gegen 8 Stimmen den Beschluß, *einen eigenen Kandidaten aufzustellen*. Gesagt – getan. Man stellt den Stadtrat Banton auf, einen namhaften Funktionär der „Unabhängigen Arbeiterpartei".

Daraufhin *weigert sich* der Parteivorstand, der über die Wahlgelder verfügt (und in England kosten Wahlen sehr viel!), die Kandidatur Bantons zu bestätigen!!

Der opportunistische Parteivorstand stellte sich gegen die Arbeiter der Stadt.

Die Organisation der anderen englischen sozialistischen Partei in Leicester, die nicht opportunistisch, sondern von den Liberalen *wirklich* unabhängig ist, schickt ihren Vertreter zu den „Unabhängigen" von Leicester und schlägt ihnen vor, die Kandidatur Hartleys, *ihres* Mitglieds, eines Mitglieds der „Britischen Sozialistischen Partei", zu unterstützen, eines sehr populären Vertreters der Arbeiterbewegung, der einst der „Unabhängigen Arbeiterpartei" angehört und sie wegen ihres Opportunismus verlassen hatte.

Die Organisation der „Unabhängigen Arbeiterpartei" in Leicester ist in einer schwierigen Lage: Hartley ist ihr höchst sympathisch, aber ... aber die Disziplin der eigenen Partei, der Beschluß des Parteivorstandes! Die Männer von Leicester fanden einen Ausweg: sie hoben die Sitzung auf und sprachen sich *als Privatleute alle* für die Kandidatur Hartleys aus. Am nächsten Tage billigte eine große Versammlung der Arbeiter die Kandidatur Hartleys. Selbst Banton erklärte in einem Telegramm, daß er

für Hartley stimme. Die Gewerkschaften von Leicester sprachen sich ebenfalls für Hartley aus.

Da schaltete sich die Parlamentsfraktion der „Unabhängigen" ein und veröffentlichte *in der liberalen* Presse (die genau wie unsere „Retsch" und „Sowremenka" den Opportunisten hilft) *ihren Protest* gegen die Kandidatur Hartleys, gegen die „Nichtachtung" MacDonalds!!

Die Wahlen endeten natürlich mit einem Sieg der Liberalen. Sie erhielten 10 863 Stimmen, die Konservativen 9279 und Hartley 2580.

Die klassenbewußten Arbeiter verschiedener Länder sind nicht selten „tolerant" gegenüber den englischen „Unabhängigen". Das ist ein großer Fehler. Der *Verrat* der „Unabhängigen" an der Arbeitersache in Leicester ist kein Zufall, sondern das Ergebnis der *ganzen* opportunistischen Politik der „Unabhängigen Arbeiterpartei". Die Sympathie aller *wirklichen* Sozialdemokraten muß denjenigen englischen Sozialdemokraten gehören, die entschieden gegen die liberale Demoralisierung der Arbeiter durch die „Unabhängige" Arbeiterpartei in England kämpfen.

„Rabotschaja Prawda" Nr. 3,
16. Juli 1913.
Unterschrift: K. T.

Nach dem Text der „Rabotschaja Prawda".

IDEEN DES FORTSCHRITTLICHEN KAPITALS

Ein gewisser Edward Albert *Filena**, einer der namhaftesten und reichsten Geschäftsleute Amerikas, Vizepräsident des Internationalen Handelskammerkongresses, bereist augenblicklich Paris, Berlin und andere große Zentren Europas, um die einflußreichsten Repräsentanten der Handelskreise persönlich kennenzulernen.

Auf Banketten, die, wie es üblich ist, von den reichsten Leuten Europas für einen der Reichen Amerikas veranstaltet werden, entwickelt dieser seine „neuen" Ideen über die *Weltmacht* des Kaufmanns. Die „Frankfurter Zeitung"[78], das Organ des deutschen Börsenkapitals, gibt die Gedanken des amerikanischen „fortschrittlichen" Millionärs ausführlich wieder.

Wir stehen, erklärte er in seinen Reden, inmitten einer großen historischen Bewegung, die ihren Abschluß im Übergang der ganzen Macht über die heutige Welt an die Vertreter des Handelskapitals finden wird. Wir sind die verantwortungsreichsten Männer der Welt, wir müssen deshalb auch in politischer Hinsicht den größten Einfluß gewinnen.

Es wächst die Demokratie, es wächst die Kraft der Massen, konstatierte Mister Filena (der wohl ein bißchen geneigt ist, diese „Massen" für Einfaltspinsel zu halten). Die Lebenshaltung wird immer teurer. Der Parlamentarismus und die in Millionen Exemplaren erscheinende Tagespresse informieren die Volksmassen immer eingehender.

Die Massen erkämpfen sich die Teilnahme am politischen Leben, die Erweiterung des Wahlrechts, die Einführung der Einkommensteuer usw. In die Hände der Massen, d. h. *in die Hände unserer Angestellten*, schluß-

* Richtig: Filene; in der von Lenin benutzten „Frankfurter Zeitung" vom 20. Juli 1913 irrtümlich Filena. *Der Übers.*

folgerte der ehrenwerte Redner, muß die Macht über die ganze Welt übergehen.

Die natürlichen Führer der Massen müssen die *Unternehmer und Geschäftsleute* sein, die es immer besser lernen zu begreifen, daß ihre Interessen und die Interessen der Massen zusammenfallen. (In Klammern sei bemerkt, daß der findige Herr Filena, Besitzer eines riesigen Kaufhauses mit 2500 Angestellten, diese in einer „demokratischen" Organisation mit Beteiligung an den Profiten usw. „organisiert" hat. Mister Filena, der seine Angestellten für hoffnungslose Einfaltspinsel hält, ist überzeugt, daß sie vollauf zufrieden und dem „wohltätigen Vater" unendlich dankbar sind . . .)

Hohe Gehälter, gute Arbeitsbedingungen – das wird die Angestellten an uns binden, sagte Herr Filena, das wird uns die Macht über die ganze Welt sichern. Uns werden alle Talente der Welt zu Diensten sein.

Wir brauchen eine Organisation und nochmals eine Organisation, eine starke, demokratische Organisation, die national und international ist, verkündete der Amerikaner. Und er rief die Handelswelt von Paris, Berlin usw. auf, die *internationalen Handelskammern* zu reorganisieren. Sie müßten die Geschäftsleute und Unternehmer *aller* zivilisierten Länder in einer einheitlichen, mächtigen Organisation vereinigen. Alle ernsten internationalen Fragen müßten von ihr erörtert und entschieden werden.

Das sind die Ideen des „fortschrittlichen" Kapitalisten Herrn Filena.

Wie der Leser erkennt, sind diese Ideen eine kleine, beschränkte, einseitige, egoistisch kümmerliche *Annäherung* an die vor über 60 Jahren ausgesprochenen Ideen des Marxismus. „Wir" sind solche Meister, Marx zu zerpflücken und zu widerlegen; „wir", die zivilisierten Geschäftsleute und Professoren der politischen Ökonomie, haben ihn bereits völlig widerlegt! . . . Gleichzeitig aber stehlen wir ihm Stück für Stück und prahlen in der ganzen Welt mit unserer „Progressivität" . . .

Verehrtester Herr Filena! Sind Sie wirklich davon überzeugt, daß die Arbeiter der ganzen Welt ganz und gar unfähig zum Denken sind?

„Rabotschaja Prawda" Nr. 4,
17. Juli 1913.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der „Rabotschaja Prawda".

WAS MAN FÜR DIE VOLKSBILDUNG TUN KANN

In den westlichen Staaten sind nicht wenig verderbliche Vorurteile verbreitet, von denen das heilige Mütterchen Rußland frei ist. Dort ist man zum Beispiel der Meinung, daß die riesigen öffentlichen Bibliotheken, mit ihren Hunderttausenden und Millionen Bänden, durchaus nicht nur einem Häufchen Gelehrter und Pseudogelehrter zugänglich sein sollen, die sich ihrer bedienen. Dort steckt man sich das sonderbare, unverständliche, barbarische Ziel, diese riesigen, unermeßlichen Bibliotheken nicht nur der Zunft der Gelehrten, Professoren und ähnlicher Spezialisten zugänglich zu machen, sondern den Massen, der Menge, der Straße.

Welche Profanation des Bibliothekswesens! Welch Fehlen jener „Ordnung", auf die wir mit Recht stolz sein können! Anstatt der von einem Dutzend Beamtenkommissionen erörterten und ausgearbeiteten *Regeln* mit ihren Hunderten ausgetüftelter Formalitäten und Einschränkungen für die Benutzung der Bücher – die Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß sogar *Kinder* die reichen Büchersammlungen benutzen können; sich darum zu sorgen, daß die Leser bei sich zu Hause Bücher aus öffentlichen Bibliotheken lesen können; den Stolz und den Ruhm einer öffentlichen Bibliothek nicht darin zu sehen, wieviel Seltenheiten, wieviel Ausgaben des 16. Jahrhunderts oder Handschriften des 10. Jahrhunderts sie in ihrem Besitz hat, sondern darin, *wie weit* die Bücher *ins Volk* dringen, wieviel neue Leser herangezogen werden, wie schnell eine beliebige Forderung nach einem Buch befriedigt wird, wieviel Bücher nach Hause ausgeliehen, wieviel Kinder für das Lesen und die Benutzung der Bibliothek interessiert werden ... Sonderbare Vorurteile sind in den westlichen Staaten verbreitet, und man kann nicht anders als sich freuen, daß unsere fürsorgliche Obrigkeit uns liebevoll und sorgfältig vor dem Einfluß dieser

Vorurteile bewahrt, daß sie unsere reichen öffentlichen Bibliotheken vor der Straße, vor dem Pöbel hütet!

Vor mir liegt der Bericht der New-Yorker Öffentlichen Bibliothek für das Jahr 1911.

In diesem Jahr wurde die Öffentliche Bibliothek in New York aus zwei alten Gebäuden in ein von der Stadt erbautes neues Gebäude übergeführt. Die Gesamtzahl der Bände erreicht jetzt annähernd zwei Millionen. Der Zufall wollte es, daß das erste Buch, das man im Lesesaal verlangte, ein Buch in russischer Sprache war. Es war das Werk von N. Grot: „Die sittlichen Ideale unserer Zeit". Der Bestellzettel für das Buch wurde um 9.08 Uhr morgens abgegeben. Um 9.15 Uhr wurde das Buch dem Leser zugestellt.

Im Laufe des Jahres besuchten 1 658 376 Menschen die Bibliothek. 246 950 Leser liehen im Lesesaal 911 891 Bände aus.

Doch das ist nur ein kleiner Teil der *Buchzirkulation* der Bibliothek. Nur wenige können die Bibliothek besuchen. Der Maßstab für eine vernünftige Organisation der Bildungsarbeit ist, wieviel Bücher an die Leser nach Hause ausgeliehen werden, welche Annehmlichkeiten für die *Mehrheit der Bevölkerung* geschaffen werden.

Die Öffentliche Bibliothek von New York hat in drei Stadtbezirken New Yorks, in Manhattan, Bronx und Richmond (mit einer Gesamtbevölkerung von fast *drei* Millionen Menschen), *zweiundvierzig* Zweigstellen, und in Kürze werden es dreiundvierzig sein. Systematisch wird dabei das Ziel verfolgt, daß jeder Einwohner nicht mehr als *dreiviertel Werst* von seinem Haus entfernt – d. h. nicht mehr als zehn Minuten Fußweg – eine Zweigstelle der Öffentlichen Bibliothek hat, die ein *Zentrum* für Einrichtungen und Veranstaltungen aller Art auf dem Gebiet der Volksbildung ist.

Im Jahre 1911 wurden fast *acht Millionen* – 7 914 882 – Bände nach Hause ausgeliehen, 400 000 mehr als 1910. Auf je hundert Einwohner aller Altersstufen und beiderlei Geschlechts kommen 267 Bücher, die im Laufe des Jahres nach Hause ausgeliehen wurden.

Alle diese 42 Zweigstellen der Bibliothek bieten nicht nur die Möglichkeit, Nachschlagewerke an Ort und Stelle zu lesen und Bücher nach Hause zu entleihen, sie stellen ihre Räume auch abends für Vorträge, Volksversammlungen und vernünftige Freizeitgestaltung zur Verfügung.

In der Öffentlichen Bibliothek in New York gibt es etwa 15 000 Bücher in orientalischen Sprachen, etwa 20 000 in hebräischer Sprache, etwa 16 000 in slawischen Sprachen. Im Hauptlesesaal stehen ca. 20 000 Bände auf *offenen* Regalen zur freien Benutzung für jedermann.

Für Kinder hat die New-Yorker Öffentliche Bibliothek einen besonderen zentralen Lesesaal eingerichtet und nach und nach die Eröffnung ebensolcher Säle auch in den Zweigstellen vorgesehen. Die Bibliothekare sind um alle Arten von Bequemlichkeiten für die Kinder besorgt und geben ihnen Anleitung. Insgesamt wurden von Kindern 2 859 888 Bände nach Hause entliehen, nicht ganz drei Millionen (mehr als ein Drittel der Gesamtausleihe). Die Zahl der den Lesesaal besuchenden Kinder belief sich auf 1 120 915.

Was verlorengegangene Bücher betrifft, so berechnet die Öffentliche Bibliothek in New York ihre Zahl mit 70, 80, 90 Stück auf je 100 000 nach Hause ausgeliehener Bücher.

So ist es in New York. Und bei uns?

„Rabotschaja Prawda" Nr. 5,
18. Juli 1913.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der
„Rabotschaja Prawda".

DER KLEINBETRIEB IN DER LANDWIRTSCHAFT

Die Bauernfrage ist in den modernen, kapitalistischen Staaten die Frage, die am häufigsten Unverständnis und Schwankungen unter den Marxisten und die meisten Angriffe auf den Marxismus seitens der bürgerlichen (professoralen) politischen Ökonomie hervorruft.

Der landwirtschaftliche Kleinbetrieb ist unter dem Kapitalismus zum Untergang, zu einer unglaublich elenden, unterdrückten Lage verurteilt, sagen die Marxisten. Abhängig vom Großkapital, rückständig im Vergleich zum landwirtschaftlichen Großbetrieb, hält sich der Kleinbetrieb nur durch rigorose Einschränkung seiner Bedürfnisse und durch eine alle Kräfte übersteigende Schinderei. Zersplitterung der menschlichen Arbeitskraft und Raubbau an ihr, schlimmste Arten der Abhängigkeit des Produzenten, Erschöpfung der Kräfte der Bauernfamilie, des bäuerlichen Viehs, des Bauernlandes – das ist es, was der Kapitalismus stets und überall den Bauern bringt.

Für den Bauern gibt es *keine* andere Rettung, als sich in erster Linie den Aktionen des Proletariats, der Lohnarbeiter, anzuschließen.

Die bürgerliche politische Ökonomie und ihre oftmals unbewußten Anhänger, die Volkstümler und Opportunisten, bemühen sich dagegen zu beweisen, daß der Kleinbetrieb lebensfähig und vorteilhafter sei als der Großbetrieb. Nicht zum Proletariat, sondern zur Bourgeoisie, nicht zum Klassenkampf der Lohnarbeiter, sondern zur Festigung seiner Stellung als Eigentümer und Besitzer soll der Bauer hinneigen, dessen Lage in der kapitalistischen Ordnung gesichert und aussichtsreich sei – das ist das Wesen der Theorie der bürgerlichen Ökonomen.

Versuchen wir, an Hand von genauen Angaben die proletarische und die bürgerliche Theorie auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen. Nehmen wir die Angaben über die *Frauen*arbeit in der Landwirtschaft Österreichs und Deutschlands. Für Rußland gibt es bis heute keine vollständigen Angaben, da die Regierung nicht gewillt ist, eine Zählung aller landwirtschaftlichen Betriebe auf wissenschaftlicher Grundlage vorzunehmen.

In Österreich ergab die Zählung von 1902, daß von 9 070 682 in der Landwirtschaft beschäftigten Personen 4 422 981, d. h. 48,7%, Frauen waren. In Deutschland, wo der Kapitalismus bedeutend höher entwickelt ist, bilden die Frauen unter allen in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitern die *Mehrheit*, nämlich 54,8%. Je mehr sich der Kapitalismus in der Landwirtschaft entwickelt, um so mehr verstärkt er die Anwendung von Frauenarbeit, d. h. *verschlechtert* er die Lebensbedingungen der werktätigen Massen. In der deutschen Industrie sind 25% Frauen beschäftigt, in der Landwirtschaft aber mehr als doppelt soviel. Das bedeutet, daß die Industrie die *besten* Arbeitskräfte an sich zieht und der Landwirtschaft die schwächeren Arbeitskräfte läßt.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern ist die landwirtschaftliche Arbeit bereits vorwiegend zur Beschäftigung der Frauen geworden.

Nehmen wir aber die Angaben über die landwirtschaftlichen Betriebe von verschiedener Größe, so sehen wir, daß die Ausbeutung der Frauenarbeit gerade im *Klein*betrieb besonders großen Umfang erreicht. Dagegen wendet der kapitalistische Großbetrieb auch in der Landwirtschaft vorwiegend Männerarbeit an, wenn er auch in dieser Hinsicht die Industrie nicht erreicht.

Nachstehend die vergleichenden Angaben für Österreich und Deutschland:

Wirtschaften	Gruppen der Wirtschaften	Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Arbeitskräfte in %	
		Österreich	Deutschland
Proletarische	Bis zu ½ Hektar	52,0	74,1
	Von ½ bis 2 Hektar	50,9	65,7
Bäuerliche	„ 2 „ 5 „	49,6	54,4
	„ 5 „ 10 „	48,5	50,2
	„ 10 „ 20 „	48,6	48,4
Kapitalistische	„ 20 „ 100 „	46,6	44,8
	„ 100 und mehr „	27,4	41,0
	Insgesamt	48,7	54,8

In beiden Ländern sehen wir das gleiche Gesetz der kapitalistischen Landwirtschaft. Je kleiner der Betrieb, um so *schlechter* die Zusammensetzung der Arbeitskräfte, um so mehr überwiegen die Frauen in der Gesamtzahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen.

Die allgemeine Lage der Dinge im Kapitalismus ist folgende. In den proletarischen Wirtschaften, d. h. in solchen, wo die „Besitzer" hauptsächlich von Lohnarbeit leben (Landarbeiter, Tagelöhner und überhaupt Lohnarbeiter mit einem winzigen Stückchen Land), *überwiegt die Frauenarbeit die Männerarbeit*, zuweilen in gewaltigem Ausmaß.

Es darf nicht vergessen werden, daß die Zahl dieser proletarischen oder Tagelöhnerwirtschaften gewaltig ist: in Österreich 1,3 Millionen von insgesamt 2,8 Millionen, in Deutschland sogar 3,4 Millionen von insgesamt 5,7 Millionen.

In den bäuerlichen Wirtschaften ist Männer- und Frauenarbeit annähernd gleich verbreitet.

In den kapitalistischen Wirtschaften schließlich *überwiegt* die Männerarbeit die *Frauenarbeit*.

Was bedeutet das?

Das bedeutet, daß im Kleinbetrieb die Zusammensetzung der Arbeitskräfte schlechter ist als im kapitalistischen Großbetrieb.

Das bedeutet, daß in der Landwirtschaft die Arbeiterin – die Proletarierin und die Bäuerin – sich zum Schaden ihrer Gesundheit und der Gesundheit ihrer Kinder bedeutend mehr anstrengen, schinden und plakken muß, um es nach Möglichkeit dem männlichen Arbeiter im kapitalistischen Großbetrieb gleichzutun.

Das bedeutet, daß sich der Kleinbetrieb im Kapitalismus nur dadurch halten kann, daß er aus dem Arbeiter eine *größere* Arbeitsmenge *herauspreßt* als der Großbetrieb.

Der Bauer ist durch das komplizierte Netz der kapitalistischen Abhängigkeit mehr gebunden, mehr gefesselt als der Lohnarbeiter. Ihm scheint es, daß er selbständig sei, daß er sich „emporarbeiten" könne, in Wirklichkeit aber muß er, um sich zu halten, schwerer arbeiten (zugunsten des Kapitals) als der Lohnarbeiter.

Die Angaben über die *Kinder*arbeit in der Landwirtschaft zeigen das noch klarer.*

Geschrieben am 7. (20.) Juni 1913.
Veröffentlicht am 18. Juli 1913 in der „Rabotschaja Prawda" Nr. 5.
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text der „Rabotschaja Prawda".

* Siehe den vorliegenden Band, S. 198–201. *Die Red.*

EINER DER „MODE"ZWEIGE DER INDUSTRIE

Die kapitalistische Produktion entwickelt sich sprunghaft und ruckweise. Bald „blendendes" Florieren der Industrie, bald Zusammenbruch, Krise, Arbeitslosigkeit. Anders kann es nicht sein in einem Wirtschaftssystem, in dem einzelne, zersplitterte und voneinander unabhängige Unternehmer für einen unbekannten Markt „arbeiten", wobei sie nach den Gesetzen des Privateigentums über die vereinigte Arbeit von Tausenden und aber Tausenden Arbeitern in den Großbetrieben verfügen.

Das Beispiel einer „Mode"industrie, die sich jetzt besonders rasch entwickelt und dabei mit Volldampf dem Zusammenbruch entgegensteuert, bietet die Automobilindustrie. In Deutschland beispielsweise betrug die Zahl der Kraftfahrzeuge aller Art einschließlich Motorräder im Jahre 1907 27 000 und im Jahre 1912 bereits 70 000.

In Frankreich und in England gibt es bedeutend mehr Kraftfahrzeuge. Nachstehend die Vergleichszahlen: Deutschland 70 000, Frankreich 88 000, England 175 000.

Also hat Deutschland, gemessen an der Einwohnerzahl, nur *etwas mehr als den vierten Teil* der Kraftfahrzeuge, die England besitzt, während Rußland natürlich noch unvergleichlich weiter zurück ist.

Bei der kapitalistischen Organisation der Volkswirtschaft sind Kraftwagen nur für einen äußerst engen Kreis von Reichen erschwinglich. Die Industrie *könnte* Hunderttausende von Kraftfahrzeugen liefern, aber das Elend der *Masse* des Volkes hält die Entwicklung auf und führt nach einigen Jahren „blendenden" Wachstums zum Zusammenbruch.

Nebenbei bemerkt ist das Kraftfahrzeugwesen, wenn es der großen Masse der Bevölkerung dient, von kolossaler Bedeutung, denn die Gesell-

schaft der vereinigten Arbeiter wird einen sehr großen Teil des Zugviehs in der Landwirtschaft und im Fuhrwesen durch Kraftfahrzeuge ersetzen. Dadurch wird es möglich sein, *Millionen Desjatinen*, auf denen jetzt Futter für die Pferde angebaut wird, für die Erzeugung von Getreide, Fleisch und Milch zur Verbesserung der Volksernährung nutzbar zu machen.

Die bürgerlichen Ökonomen wollen ja den Menschen nur einen Schreck einjagen mit ihrem Gerede, daß die Landwirtschaft nicht genügend Getreide liefern könne!

„Rabotschaja Prawda" Nr. 8,
21. Juli 1913.
Unterschrift: N.

Nach dem Text der „Rabotschaja Prawda".

DAS TOTE LIQUIDATORENTUM UND DIE LEBENDIGE „RETSCH"

In der ersten Nummer der liquidatorischen Zeitung „Shiwaja Shisn" erschien ein Artikel von L. M.[79] „Über ein altes Thema". Wir wollen uns mit den kleinlichen Methoden des begeisterten Verfassers, der es eilig hat, sich in Kautskys Polemik gegen Rosa Luxemburg an dessen „Rockschöße zu klammern", ein andermal befassen. L. M. wiederholt die abgedroschene Methode der Liberalen, *eine solche* Polemik dadurch aufzublähen und als prinzipiell wichtig hinzustellen, daß man die Stellung der deutschen Opportunisten (Reformisten) *gänzlich verschweigt!*

Herr L. M. hält sich gern am Rock Kautskys fest, zieht es aber, wenn er von der „deutschen sozialdemokratischen Literatur" redet – wohl aus Bescheidenheit –, vor, die umfangreiche und wirklich prinzipiell wichtige Literatur der mit L. M. und der „Shiwaja Shisn" artverwandten Reformisten zu verschweigen.

Aber, wie gesagt, darüber ein andermal.

L. M. zieht die Deutschen zu russischen Angelegenheiten, wie man so sagt, an den Haaren herbei. Über diese Angelegenheiten verkündet nämlich die erste Nummer der „Shiwaja Shisn" durch den Mund von L. M.:

Ohne Kampf um die Koalitionsfreiheit „können die russischen Arbeiter aus der unerträglichen Lage nicht herauskommen, die sie dazu verurteilt, auf der Stelle zu treten und in periodisch wiederkehrenden gleichartigen Massenaktionen kolossale Kräfte zu vergeuden, was dann nicht einmal durch eine bessere Organisation und durch die Befestigung der eroberten politischen Stellungen belohnt wird". Die Anstrengungen der führenden Proletarier (schreibt L. M., obwohl er die *Gedanken* der führenden *Liberalen* darlegt) müssen darauf gerichtet werden, „die Arbeiterklasse zu befähigen, Schlachten

zu liefern und Siege zu erringen nicht nur auf dem Gebiet vierundzwanzigstündiger Streiks, sondern auch auf allen möglichen anderen Gebieten".

Diese Worte enthalten den Kern der „Lehre" der Liquidatoren der Arbeiterpartei. Das „Auf-der-Stelle-Treten" wird zu einem berühmten Wort werden. Man müßte es in jeder Nummer der „Shiwaja Shisn" abdrucken, es zur Devise ihrer ganzen Richtung machen. Das ist sie, die „Losung" der Liquidatoren!

Für „andere Gebiete" und für kein Auf-der-Stelle-Treten hält der neunmalweise L. M. wohl Petitionen? Sagen Sie es offen, genieren Sie sich nicht, meine Herren!

Und hier haben Sie die Zeitung „Retsch", die wirklich *lebendig* ist, d. h. nicht die tote Doktrin des Liquidatorentums, sondern lebendige Klasseninteressen (nur der Bourgeoisie natürlich, nicht des Proletariats) verteidigt. Man vergleiche den Leitartikel der „Retsch" vom 6. Juli mit den angeführten Zitaten aus der „Shiwaja Shisn" vom 11. Juli.

Mit der Erklärung, die Arbeiterbewegung sei im Jahre 1905 „national gewesen, im Jahre 1913 aber klassengebunden", wiederholt der Leitartikel der „Retsch" voller Begeisterung die Angriffe der Liquidatoren auf das „Streikfieber", wiederholt er die Hinweise der Liquidatoren, daß „die Arbeiter für die Freiheit der Presse, der Versammlungen und Koalitionen nicht allein mit Streiks, sondern auch mit anderen, komplizierteren (soso!) politischen Mitteln kämpfen können und müssen".

Ähnlich wie L. M. verschweigen die Liberalen natürlich bescheiden, was das für „komplizierte" Mittel sind. Dafür erklären die Liberalen aber offen, daß ihrer Überzeugung nach mit der Herstellung der Koalitionsfreiheit usw. der *„ernste Kampf* gegen die chaotischen und die Industrie desorganisierenden zufälligen Streiks" möglich wird (derselbe Leitartikel der „Retsch").

Wir erlauben uns lediglich zu bemerken, daß jetzt alle zugeben, daß es zu einer neuen Welle sogar rein wirtschaftlicher Streiks gekommen ist. Nichts ist lächerlicher und jämmerlicher, als angesichts dessen von „Zufälligkeit" zu reden.

Doch die Klassenposition der Liberalen ist klar. Jeder Arbeiter wird ihre Position sofort verstehen, wird hinter den nebelhaften Phrasen von den „komplizierten" Mitteln sofort die Interessen der Bourgeoisie erkennen. Die lebendige „Retsch" bringt die Interessen der Bourgeoisie

zum Ausdruck. Das tote Liquidatorentum in der „Shiwaja Shisn" trabt hilflos hinter den Liberalen drein, ohne klar und offen etwas über die „anderen Gebiete" sagen zu können, nur zürnend und schimpfend: „Es ist ein Auf-der-Stelle-Treten . . ."

Eine berühmte und zugleich schändliche Losung, zu der die Liquidatoren sich verstiegen haben!

„Rabotschaja Prawda" Nr. 10,
24. Juli 1913.
Unterschrift: P. Ossipow.

Nach dem Text der „Rabotschaja Prawda".

DIE MOBILISIERUNG DER ANTEILLÄNDEREIEN

Die offizielle Zeitung „Rossija" veröffentlichte dieser Tage die Ergebnisse der im Sommer 1912 vom Innenministerium durchgeführten Untersuchung über die Mobilisierung der Anteilländereien, d. h. über ihren Kauf und Verkauf, ihren Übergang aus einer Hand in die andere.

Das Innenministerium wählte für die Untersuchung vier Gouvernements aus: Witebsk, Perm, Stawropol und Samara (Kreis Nikolajewsk). Charakteristisch ist, daß die Gouvernements des großrussischen landwirtschaftlichen „Zentrums" im Europäischen Rußland, die Gouvernements, wo die Spuren der Leibeigenschaft noch am stärksten erhalten sind, wo die Lage der Bauern am schwersten und das Joch der fronherrlichen Gutsbesitzer am drückendsten ist, in die Untersuchung *nicht einbezogen wurden!* Natürlich wollte das Ministerium nicht so sehr *untersuchen*, als vielmehr *betrügen*, nicht so sehr die Sache *erforschen*, als vielmehr *entstellen*.

Die vom Innenministerium zusammengestellte und von der „Rossija" veröffentlichte Statistik zeichnet sich durch auffallende Liederlichkeit, Uneinheitlichkeit und Primitivität aus: das ist die übliche „Behördenarbeit" russischer Beamten, die selbst die einfachste Sache verderben müssen. Sie haben von ganz Rußland irgendwelche hunderttausend Bauernhöfe untersucht und weder ein detailliertes Programm aufzustellen, noch kundige Statistiker heranzuziehen, noch auch ein einheitliches Teilprogramm überall gleichmäßig durchzuführen vermocht!

Das Gesamtergebnis der Untersuchung sieht folgendermaßen aus. In den genannten vier Gouvernements sind bis zum 1. Januar 1912 108 095 Bauern aus der Dorfgemeinde ausgeschieden und haben sich Land überschreiben lassen. Von sämtlichen Höfen derjenigen, denen Land über-

schrieben wurde, die gegenwärtig in Rußland wohl an die zwei Millionen ausmachen (von insgesamt 12–13 Millionen Bauernhöfen), ist also etwa jeder zwanzigste untersucht. Natürlich ist auch eine solche Untersuchung von Wert, wenn sie nur gewissenhaft durchgeführt wird, d. h. nicht von russischen Beamten und nicht unter russischen politischen Verhältnissen.

Von den über *hunderttausend* Bauern, denen Land überschrieben wurde, haben 27 588, d. h. *über ein Viertel* (25,5%), Land verkauft. Diese riesige Zahl derjenigen, die Land verkauft haben, zeigt sofort, daß bei uns in Rußland das berüchtigte „Privateigentum" an Grund und Boden in erster Linie ein Mittel ist, um die Bauern vom Boden zu *befreien*. In der Tat hatten von denjenigen, die sich Land überschreiben ließen und es dann verkauften, über *zehntausend* (10 380) überhaupt *keine* Landwirtschaft betrieben. Sie waren durch die alte. halbmittelalterliche Dorfgemeinde künstlich an den Boden gefesselt worden. Die Forderung der Sozialdemokraten – Gewährung des freien Austritts aus der Dorfgemeinde – war das einzig Richtige: Sie allein konnte, ohne Einmischung der Polizei, der Landeshauptleute und der sonstigen lieben „Behörden", den Bauern das bringen, was die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft dringend erfordert. Man soll denjenigen, der die Wirtschaft nicht bewältigen kann, nicht an den Boden fesseln, es ist töricht, ihn festzuhalten.

Wenn die Zahl solcher Bauern in ganz Rußland 2 Millionen Höfe erreicht, so zwingen die angeführten Daten zu der Annahme, daß *etwa* 200 000 von ihnen, ohne Landwirtschaft betrieben zu haben, ihren Grund und Boden sofort verkauft haben. Das „Privateigentum" vertrieb augenblicks Hunderttausende fiktiver Bauern aus dem Dorf! Zu welchen Preisen (sicher zu Spottpreisen) diese armen Teufel ihren Boden verkauft haben, darüber verliert die Statistik des Innenministeriums kein Wort. Eine jämmerliche Statistik!

Was veranlaßte diejenigen, denen Land überschrieben wurde, Land zu verkaufen? Von 17 260 solcher Bauern haben nur 1791, d. h. eine ganz geringe Minderheit, Land verkauft, um ihre Wirtschaft zu verbessern oder um neue Landstücke zu kaufen. Die ganze übrige Masse verkauft ihren Boden, weil sie sich auf dem Boden *nicht* halten *kann*: 4117 verkauften ihn und siedelten nach Sibirien um; 768 verkauften ihn und gingen zu anderer Arbeit über; 5614 verkauften ihn aus Not, aus „Trunksucht" (nach Ansicht der staatlichen Statistiker!) und auf Grund der Miß-

ernte; 2498 verkauften ihn wegen Krankheit, Alters, Alleinseins; 2472 aus „anderen" Gründen.

Die gewissenlosen Statistiker bemühen sich, die Sache so hinzustellen, als seien nur 5614 Höfe „wirklich landlos" geworden! Das ist natürlich die klägliche Methode derer, die den Befehl haben, hurra zu schreien. In Wirklichkeit wird, wie wir sehen, die übergroße Masse derer, die Land verkaufen, des Bodens beraubt und ruiniert. Nicht umsonst verkaufen vorwiegend landarme Bauern ihren Boden: Das gibt sogar die staatliche Statistik zu, die natürlich exakte und vollständige Daten vermeidet. Eine jämmerliche Statistik ...

Von den 27 588 Bauern, die Land verkauft haben, haben mehr als die Hälfte (14 182) ihren *ganzen* Boden verkauft, die übrigen einen Teil davon. Land gekauft haben 19 472. Ein Vergleich der Zahl der Käufer mit der Zahl der Verkäufer zeigt deutlich, daß eine Konzentration des Bodens, seine Zusammenballung in *weniger* Händen vor sich geht. Die Armen verkaufen, die Reichen kaufen. Die beamteten Schreiberlinge können diese Tatsache, so sehr sie sich auch bemühen, nicht abschwächen.

Im Gouvernement Stawropol haben 14 282 derjenigen, denen Land überschrieben wurde, Boden verkauft, gekauft aber haben 7489 Personen. 3290 von ihnen kauften *mehr als 15 Desjatinen* – davon kauften 580 Personen zwischen 50 und 100 Desj., 85 zwischen 100 und 500 Desj. und 7 zwischen 500 und 1000 Desj. Im Kreis Nikolajewsk, Gouvernement Samara, kauften 142 Personen zwischen 50 und 100 Desj., 102 zwischen 100 und 500 Desj. und 2 zwischen 500 und 1000 Desj.

Auf Grund von zwei und mehr Kaufverträgen erwarben im Gouvernement Perm 201 Personen Land, im Gouvernement Stawropol 2957, von ihnen 562 Personen auf Grund von 5–9 Kaufverträgen und 168 sogar auf Grund von *10 und mehr* Kaufverträgen!

Die Konzentration des Grund und Bodens vollzieht sich in gewaltigem Umfang. Wir sahen anschaulich, wie kläglich, sinnlos und reaktionär alle Versuche sind, die Mobilisierung des Grund und Bodens *einzuschränken*, Versuche, die von der III. Duma und der Regierung unternommen wurden und von den „liberalen" *Beamten* in Gestalt der Kadettenpartei *verteidigt werden*. Nirgends zeigt sich die Rückschrittlichkeit und bürokratische Borniertheit der Kadetten so sehr wie in der Verteidigung der „Maßnahmen" gegen die Mobilisierung des Grund und Bodens der Bauern.

Ohne äußerste Not verkauft kein Bauer Land. Seine Rechte schmälern zu wollen heißt, niederträchtig zu heucheln und die Bedingungen des Bodenverkaufs für die Bauern zu *verschlechtern*, denn das Leben umgeht derartige Beschränkungen stets auf tausenderlei Art.

Die Volkstümler begreifen zwar nicht, daß die Mobilisierung des Grund und Bodens im Kapitalismus unumgänglich ist, stehen aber weit eher auf einem demokratischen Standpunkt, wenn sie die Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden fordern. Nur Ignoranten können eine solche Aufhebung für eine sozialistische Maßnahme halten. Sozialistisch ist hieran überhaupt nichts. In England, einem der entwickeltsten kapitalistischen Länder, wirtschaften die Farmer (kapitalistische Pächter) auf fremden Ländereien, die Landlords (Großgrundbesitzern) gehören. Gehörten diese Ländereien dem Staat, so würde sich der Kapitalismus in der Landwirtschaft noch breiter und freier entfalten. Es gäbe kein Hindernis von seiten des Grundbesitzers. Man brauchte der Produktion kein Kapital zu entziehen, das zum Kauf von Grund und Boden angelegt wird. Die Mobilisierung des Grund und Bodens, seine Einbeziehung in den Handel, wäre *noch leichter*, denn die Übergabe des Grund und Bodens aus einer Hand in die andere ginge freier, einfacher und billiger vor sich.

Je ärmer ein Land ist, je stärker es durch das Joch des fronherrlichen Großgrundbesitzes unterdrückt und gedrosselt wird, um so dringlicher und notwendiger ist (vom Standpunkt der *Entwicklung* des Kapitalismus und des Wachstums der Produktivkräfte) die Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden, die vollständige Freiheit seiner Mobilisierung und die Zerstörung des alten Geistes der Routine und der Stagnation in der Landwirtschaft.

Aber unsere Stolypinsche Bodengesetzgebung rettet die Bauern nicht nur nicht vor dem Ruin und ihren Boden vor der Mobilisierung, sondern verstärkt diesen Ruin um ein Vielfaches, erschwert (viel mehr, als das im Kapitalismus „allgemein" die Norm ist) die Lage der Bauern und zwingt sie, beim Verkauf des Bodens auf schlechteste Bedingungen einzugehen.

„Rabotschaja Prawda" Nr. 12,
26. Juli 1913.
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text der „Rabotschaja Prawda".

WIE KANN DER PRO-KOPF-VERBRAUCH IN RUSSLAND GESTEIGERT WERDEN?

Unter dieser Überschrift brachte vor einigen Tagen das Organ unserer Satrapen des Industriekapitals „Promyschlennost i Torgowlja" einen Leitartikel. Die dort aufgeworfene Frage ist die Grundfrage nach den Ursachen der ökonomischen (und sonstigen) Rückständigkeit Rußlands. Sie verdient ernsteste Beachtung.

Die Satrapen unseres Handels und unserer Industrie erklären es für „paradox auf den ersten Blick", daß Rußland dem Umfang der Produktion von Roheisen, Erdöl und einer Reihe anderer Erzeugnisse nach einen Platz unter den großen und fortgeschrittenen Mächten einnimmt, nach der Höhe des *Pro-Kopf-Verbrauchs* aber (d. h., was die Erzeugung der wichtigsten Produkte pro Kopf der Bevölkerung betrifft) *„in die Nachbarschaft Spaniens gerät"*, eines der rückständigsten Länder.

So wurde zum Beispiel 1911 pro Kopf der Bevölkerung an Roheisen verbraucht: in den Vereinigten Staaten von Amerika 233 kg, in Deutschland 136, in Belgien 173, in England 105, *in Rußland jedoch nur 25 kg* (= 1½ Pud). In dem halben Jahrhundert nach der Bauernbefreiung ist der Eisenverbrauch in Rußland auf das Fünffache gestiegen, und doch bleibt Rußland ein unglaublich, unerhört rückständiges, bettelarmes und halbbarbarisches Land, so schlecht mit modernen Produktionsinstrumenten ausgerüstet, daß es davon nicht mehr besitzt als ein Viertel der Produktionsausrüstung Englands, ein Fünftel von der Deutschlands, ein Zehntel von der Amerikas.

Worum geht es also? „Promyschlennost i Torgowlja" muß zugeben, daß alles von den Lebensbedingungen auf dem Dorf abhängt. Auf dem Dorf wird bei uns nur etwa ¼ Pud Eisen pro Kopf verbraucht, aber „die

bäuerliche ländliche Bevölkerung macht $^5/_6$ der Bevölkerung Rußlands aus".

„Irgendein Statistiker hat ausgerechnet, daß, wenn die Chinesen ihre Nationaltracht nur um einen Fingerbreit verlängern, alle Baumwollwebereien Englands für ein ganzes Jahr mit Arbeit versorgt wären."

Eine treffende und aufschlußreiche Bemerkung!

Was ist wohl notwendig, damit Dutzende Millionen russischer Bauern „ihre Nationaltracht verlängern", das heißt, um nicht in Metaphern zu sprechen, ihren Verbrauch steigern, aufhören, Bettler zu sein, und endlich wenigstens einigermaßen zu Menschen werden?

Die Satrapen unserer Industrie antworten mit einer Phrase: „allgemeine kulturelle Entwicklung des Landes", Wachstum der Industrie, der Städte u. ä., „Aufschwung der Produktivität der bäuerlichen Arbeit" usw.

Hohles Geschwätz, klägliche Ausflüchte! Über ein halbes Jahrhundert *erfolgt* in Rußland eine solche Entwicklung, ein solcher „Aufschwung", zweifellos. *Alle* Klassen sind mächtig hinter der „Kultur" her. Auf den Boden des Kapitalismus stellen sich *sogar* die Schwarzhunderter und Volkstümler. Die Frage steht seit langem anders: *Warum* verläuft diese Entwicklung des Kapitalismus und der Kultur bei uns in einem solchen Schneckentempo? warum bleiben wir immer mehr zurück? warum macht diese immer größer werdende Rückständigkeit ein außergewöhnliches Tempo und „Sprünge" notwendig?

Auf diese Frage, die jedem klassenbewußten Arbeiter völlig klar ist, fürchten die Satrapen unserer Industrie zu antworten, eben weil sie – Satrapen sind. Sie sind nicht Vertreter eines freien und starken Kapitals, wie etwa des amerikanischen, sondern ein Häuflein Monopolisten, die staatliche Unterstützung genießen und durch tausenderlei Machenschaften und Geschäfte mit eben jenen erzreaktionären Gutsbesitzern verbunden sind, die durch ihren mittelalterlichen Grundbesitz (an die 70 Millionen Desjatinen besten Bodens) und grausame Unterdrückung $^5/_6$ der Bevölkerung zu Armut und das ganze Land zu Stagnation und Fäulnis verurteilen.

„Dafür arbeiten", ruft Herr I. B–n in der Zeitschrift der Satrapen aus, „daß wir, was die Höhe des Pro-Kopf-Verbrauchs anbetrifft, nicht an der Seite Spaniens stehen, sondern an die Vereinigten Staaten von Nord-

amerika herankommen." Der Soldschreiber der Satrapen will nicht sehen, daß die „Zufriedenstellung" der erzreaktionären Gutsbesitzer *unvermeidlich* „an die Seite Spaniens führt", daß es aber, um an Amerika heranzukommen, eines schonungslosen, selbstlosen Kampfes gegen diese Klasse auf der ganzen Linie bedarf.

„Sewernaja Prawda" Nr. 3,
3. August 1913.
Unterschrift: W. Frey.

Nach dem Text der „Sewernaja Prawda".

AUGUST BEBEL

Mit Bebel ist nicht nur der unter den Arbeitern angesehenste und von den Massen am meisten geliebte Führer der deutschen Sozialdemokratie ins Grab gesunken: Bebel verkörperte in seiner Entwicklung und seiner politischen Tätigkeit eine ganze historische Periode aus dem Leben nicht nur der deutschen, sondern auch der internationalen Sozialdemokratie.

Zwei große Perioden kann man in der Geschichte der internationalen Sozialdemokratie unterscheiden. Die erste Periode – die Geburt der sozialistischen Ideen und Keime des Klassenkampfes des Proletariats. Ein langer und beharrlicher Kampf äußerst zahlreicher sozialistischer Lehren und Sekten. Der Sozialismus sucht sich seinen Weg, sucht sich selbst. Der Klassenkampf des Proletariats, das sich eben erst aus der allgemeinen Masse des kleinbürgerlichen „Volkes" auszusondern beginnt, trägt den Charakter vereinzelter Ausbrüche, wie zum Beispiel der Aufstand der Lyoner Weber. In dieser Periode tastet die Arbeiterklasse ebenfalls erst nach ihrem Weg.

Diese Periode ist die Periode der Vorbereitung und der Geburt des Marxismus als der einzigen Doktrin des Sozialismus, die den Prüfungen der Geschichte standgehalten hat. Diese Periode, die ungefähr die ersten zwei Drittel des vorigen Jahrhunderts umfaßt, endet mit dem vollen Sieg des Marxismus, mit dem Zusammenbruch (besonders nach der Revolution von 1848) sämtlicher vormarxscher Formen des Sozialismus und der Lostrennung der Arbeiterklasse von der kleinbürgerlichen Demokratie, mit dem Beschreiten eines selbständigen historischen Weges durch die Arbeiterklasse.

Die zweite Periode ist die Periode der Herausbildung, des Wachstums

und des Reifens sozialistischer Massenparteien mit klassenmäßiger, proletarischer Zusammensetzung. Die gewaltige Ausbreitung des Sozialismus, das beispiellose Anwachsen der vielfältigen Organisationen des Proletariats, dessen allseitige, auf den verschiedensten Gebieten betriebene Vorbereitung auf die Erreichung seines großen welthistorischen Ziels – das sind die Wesensmerkmale dieser Periode. Sie abzulösen, meldet sich in den letzten Jahren bereits die dritte Periode, in der die in einer Reihe von Krisen vorbereiteten Kräfte ihre Ziele verwirklichen werden.

August Bebel, selbst ein Arbeiter, erarbeitete sich in beharrlichem Kampf die sozialistische Weltanschauung, er stellte alle seine reichen Kräfte voll und ganz in den Dienst der Ziele des Sozialismus; jahrzehntelang schritt er Schulter an Schulter mit dem wachsenden und sich entwickelnden deutschen Proletariat und wurde zum fähigsten Parlamentarier Europas, zum talentiertesten Organisator und Taktiker, zum einflußreichsten Führer der internationalen, dem Reformismus und dem Opportunismus feindlichen Sozialdemokratie.

Bebel wurde am 22. Februar 1840 in der Familie eines armen preußischen Unteroffiziers in Köln am Rhein geboren. Er sog mit der Muttermilch nicht wenig krasse Vorurteile ein, von denen er sich später langsam, aber gründlich befreite. Die Bevölkerung des Rheinlands war in den Jahren 1848–1849, in der Epoche der bürgerlichen Revolution in Deutschland, republikanisch gesinnt. In der Volksschule sprachen sich nur zwei Jungen – einer von ihnen war Bebel – für die Monarchie aus und wurden deswegen von ihren Kameraden verprügelt. „Ein Geprügelter ist zwei Nichtgeprügelte wert" – so könnte man, frei ins Russische übertragen, die „Moral" ausdrücken, die Bebel in seinen Memoiren selber aus dieser Episode seiner Kindheit zieht.

Die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts brachten Deutschland nach langen schweren Jahren der Konterrevolution einen liberalen „Frühling" und ein neues Erwachen der proletarischen Massenbewegung. Lassalle begann mit seiner glänzenden, aber nicht lange währenden Agitation. Bebel, damals ein junger Drechslergeselle, liest begierig die von den alten Achtundvierzigern herausgegebenen liberalen Zeitungen und wird zum begeisterten Teilnehmer der Arbeiterbildungsvereine. Bebel macht sich von den preußischen Kasernenvorurteilen frei, gelangt zu liberalen Ansichten und kämpft gegen den Sozialismus.

Aber das Leben fordert sein Recht – und der junge Arbeiter, der die Broschüren Lassalles liest, gelangt allmählich auch zu Marx, so schwer es damals infolge der mehr als zehnjährigen Unterdrückung durch die Konterrevolution in Deutschland auch war, die Werke von Marx kennenzulernen. Die proletarischen Lebensbedingungen, das ernste und gründliche Studium der Gesellschaftswissenschaften drängen Bebel zum Sozialismus. Er wäre auch allein zum Sozialismus gekommen, aber der 14 Jahre ältere und gerade aus dem Londoner Exil zurückgekehrte Liebknecht half ihm, diese Entwicklung zu beschleunigen.

Böse Zungen unter den Gegnern von Marx behaupteten damals, daß die Partei von Marx aus drei Mann bestehe: dem Haupt der Partei – Marx, seinem Sekretär – Engels und seinem „Agenten" – Liebknecht. Wenn aber unkluge Menschen vor Liebknecht als dem „Agenten" der Emigranten oder im Ausland Lebenden zurückschreckten, so wußte Bebel in ihm das zu finden, was er brauchte: die lebendige Verbindung mit dem großartigen Auftreten von Marx im Jahre 1848, mit der damals gegründeten, zwar kleinen, aber wahrhaft proletarischen Partei, den lebendigen Vertreter marxistischer Anschauungen und marxistischer Tradition. – „Donnerwetter, von dem kann man was lernen!", so äußerte sich, wie man sagt, der junge Drechsler Bebel über Liebknecht.

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre bricht Bebel seine Verbindung mit den Liberalen ab, löst den sozialistischen Teil der Arbeitervereine von dem bürgerlich-demokratischen und stellt sich zusammen mit Liebknecht in die ersten Reihen der Eisenacher, der Partei der Marxisten, die lange Jahre hindurch gegen die andere Arbeiterpartei, die Lassalleaner, gekämpft hat.

Die historische Ursache der Spaltung des deutschen Sozialismus bestand, kurz gesagt, in folgendem. Auf der Tagesordnung stand die Frage der Einigung Deutschlands. Sie konnte bei den damaligen Klassenverhältnissen auf zweierlei Art vor sich gehen: entweder durch eine vom Proletariat geführte Revolution, die eine gesamtdeutsche Republik errichtete, oder aber durch dynastische Kriege Preußens, die die Hegemonie der preußischen Junker in einem vereinigten Deutschland festigten.

Lassalle und die Lassalleaner, die die schwachen Chancen des proletarischen und demokratischen Weges sahen, waren schwankend in ihrer Taktik und paßten sich der Hegemonie des Junkers Bismarck an. Ihre

Fehler liefen darauf hinaus, die Arbeiterpartei auf eine bonapartistisch-staatssozialistische Bahn zu lenken. Bebel und Liebknecht hingegen traten konsequent für den demokratischen und proletarischen Weg ein und kämpften gegen die geringsten Zugeständnisse an das Preußentum, an die Bismarcksche Politik, an den Nationalismus.

Und die Geschichte hat Bebel und Liebknecht recht gegeben, *ungeachtet* dessen, daß Deutschland nach dem Bismarckschen Programm geeint wurde. Nur die konsequent demokratische und revolutionäre Taktik Bebels und Liebknechts, nur ihre „Unnachgiebigkeit" gegenüber dem Nationalismus, nur ihre Unversöhnlichkeit in bezug auf die Einigung Deutschlands und seine Erneuerung „von oben" haben dazu beigetragen, ein festes Fundament für eine wahrhaft sozialdemokratische Arbeiterpartei zu legen. Und es ging damals eben um das *Fundament* der Partei.

Wenn das Liebäugeln der Lassalleaner mit dem Regime Bismarcks bzw. ihre „Anpassung" an dieses der deutschen Arbeiterbewegung keinen Abbruch tat, so *nur* dank dem sehr energischen, unerbittlich harten Widerstand, den Bebel und Liebknecht diesen Versuchen entgegensetzten.

Als aber die Frage historisch entschieden war, verstanden es Bebel und Liebknecht, fünf Jahre nach der Gründung des Deutschen Reiches, die beiden Arbeiterparteien zu vereinigen und in der vereinigten Partei die Hegemonie des Marxismus sicherzustellen.

Gleich bei der Gründung des Deutschen Reichstags wurde Bebel als ganz junger Mensch, 27jährig, in das Parlament gewählt. Und die Grundlagen der Parlamentstaktik der deutschen (und der internationalen) Sozialdemokratie, die den Gegnern nicht einen Fußbreit Boden überläßt, die nicht die geringste Möglichkeit ausläßt, um eine, wenn auch geringfügige Verbesserung für die Arbeiter durchzusetzen, und die gleichzeitig prinzipiell und unversöhnlich und stets auf die Verwirklichung des Endziels gerichtet ist – die Grundlagen dieser Taktik wurden von Bebel bzw. unter seiner unmittelbaren Beteiligung und Leitung ausgearbeitet.

Das nach dem Bismarckschen Programm geeinte, auf preußische und junkerliche Art erneuerte Deutschland beantwortete die Erfolge der Arbeiterpartei mit dem Sozialistengesetz. Die Partei der Arbeiterklasse wurde der legalen Möglichkeiten beraubt und für vogelfrei erklärt. Schwere Zeiten brachen an. Zu den Verfolgungen des Feindes kam eine innere Krise hinzu – Schwankungen in den Grundfragen der Taktik. Zu-

erst erhoben die Opportunisten ihr Haupt, die sich durch die Aufhebung der Legalität einschüchtern ließen und zu jammern anfingen, die uneingeschränkten Losungen fallenließen und sich selber vorwarfen, sie wären allzuweit gegangen usw. Ein Vertreter dieser opportunistischen Strömung, Höchberg, erwies indessen der Partei, die noch schwach war und sich nicht sofort auf ihre eigenen Füße stellen konnte, finanzielle Unterstützung.

Marx und Engels brandmarkten zornig von London aus die schändlichen opportunistischen Schwankungen. Bebel zeigte sich als wirklicher Parteiführer. Er erkannte rechtzeitig die Gefahr, erkannte, wie richtig die Kritik von Marx und Engels war, und verstand es, die Partei auf den Weg des unversöhnlichen Kampfes zu lenken. Eine illegale Zeitung, „Der Sozialdemokrat", wurde gegründet, die zuerst in Zürich, dann in London erschien, wöchentlich nach Deutschland gebracht wurde und an die 10 000 Abonnenten hatte.[80] Mit den opportunistischen Schwankungen wurde entschieden Schluß gemacht.

Eine andere Schwankung war damals, Ende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, die Begeisterung für Dühring. Kurze Zeit teilte auch Bebel diese Begeisterung. Die Anhänger Dührings, deren bedeutendster Most war, machten in „Radikalismus" und glitten sehr bald auf die Bahn des Anarchismus ab. Engels' scharfe, vernichtende Kritik der Dühringschen Theorien wurde in breiten Kreisen der Partei mit Mißbilligung aufgenommen, und auf einem Parteitag wurde sogar der Antrag eingebracht, diese Kritik in den Spalten des Zentralorgans nicht mehr zuzulassen.

Doch alle lebensfähigen Elemente des Sozialismus – und an ihrer Spitze selbstverständlich Bebel – erkannten sehr bald die ganze Fäulnis der „neuen" Theorien und brachen mit ihnen und jeglichen anarchistischen Bestrebungen. Unter der Führung von Bebel und Liebknecht lernte die Partei, die illegale Arbeit mit der legalen zu verbinden. Als die legale Parlamentsfraktion der Sozialdemokratie in ihrer Mehrheit in der berühmten Frage der Abstimmung *für* die Subventionierung der Schiffahrtsgesellschaft eine opportunistische Haltung bezog, trat der illegale „Sozialdemokrat" *gegen* die Fraktion auf und trug nach vierwöchigem Kampf den Sieg davon.

1890, nach 12jähriger Dauer, fiel das Sozialistengesetz. Von neuem brach eine Parteikrise aus, die ungefähr denselben Charakter trug wie die

in der Mitte der siebziger Jahre. Einerseits waren die Opportunisten, mit Vollmar an der Spitze, bereit, die Legalität zum Anlaß zu nehmen, um die uneingeschränkten Losungen und die unversöhnliche Taktik aufzugeben. Anderseits machten die sogenannten „Jungen" in „Radikalismus" und glitten zum Anarchismus ab. Wenn diese Parteikrise nur sehr kurz und nicht ernsthafter Natur war, so gebührt das große Verdienst hierfür eben Bebel und Liebknecht, die beiden Schwankungen den energischsten Widerstand entgegensetzten.

Für die Partei begann eine Periode des raschen Wachstums in die Breite und in die Tiefe, der Entfaltung nicht nur der politischen, sondern auch der gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen, der Bildungs- und sonstigen Organisation der proletarischen Kräfte. Die gigantische praktische Arbeit, die auf allen diesen Gebieten von Bebel als Parlamentarier, Agitator und Organisator geleistet wurde, läßt sich nicht ermessen. Gerade durch diese Arbeit errang Bebel die Stellung des unbestrittenen und allgemein anerkannten Führers der Partei, der den Arbeitermassen am nächsten stand und von ihnen am meisten geliebt wurde.

Die letzte Krise in der deutschen Partei, in die Bebel auf das aktivste eingreifen mußte, war die sogenannte „Bernsteiniade". Der ehemalige orthodoxe Marxist Bernstein gelangte am Ausgang des vorigen Jahrhunderts zu rein opportunistischen, reformistischen Anschauungen. Man versuchte, die Partei der Arbeiterklasse zu einer kleinbürgerlichen Partei sozialer Reformen zu machen. Unter den Beamten der Arbeiterbewegung, unter den Intellektuellen fand die neue opportunistische Seuche zahlreiche Anhänger.

Bebel verlieh der Stimmung der Arbeitermassen und ihrer festen Überzeugung von der Notwendigkeit des Kampfes für die uneingeschränkten Losungen Ausdruck, als er mit aller Energie gegen diese Seuche auftrat. Seine Reden gegen die Opportunisten auf den Parteitagen in Hannover und Dresden werden lange Zeit ein Musterbeispiel dafür bleiben, wie man marxistische Anschauungen verfechten und für den wahrhaft sozialistischen Charakter der Arbeiterpartei kämpfen muß.[81] Die Periode der Vorbereitung und Sammlung der Kräfte der Arbeiterklasse stellt in allen Ländern eine notwendige Etappe in der Entwicklung des internationalen Befreiungskampfes des Proletariats dar. Niemand hat so ausgeprägt die Besonderheiten und Aufgaben dieser Periode verkörpert

wie August Bebel. Selbst ein Arbeiter, vermochte er sich den Weg zu festen sozialistischen Überzeugungen zu bahnen, vermochte er zum Vorbild eines Arbeiterführers zu werden, eines Repräsentanten und Mitkämpfers der Lohnsklaven des Kapitals in ihrem Massenkampf für eine bessere Ordnung der menschlichen Gesellschaft.

„Sewernaja Prawda" Nr. 6,
8. August 1913.
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text der
„Sewernaja Prawda".

DIE TRENNUNG DES LIBERALISMUS VON DER DEMOKRATIE

Die Frage der Trennung des Liberalismus von der Demokratie gehört in Rußland zu den Kernfragen der gesamten Befreiungsbewegung.

Worin liegt die Ursache ihrer Schwäche? Vielleicht darin, daß sich die Demokratie *nicht genügend* bewußt und bestimmt vom Liberalismus getrennt hat und darum von dessen Ohnmacht und Schwankungen angesteckt wurde? Oder darin, daß sich die Demokratie zu früh (oder zu schroff usw.) vom Liberalismus getrennt und so die „Kraft des gemeinsamen Ansturms" geschwächt hat?

Wohl keiner, der sich für die Sache der Freiheit interessiert, wird bestreiten wollen, daß dies eine sehr wichtige Frage ist. Man kann kein bewußter Anhänger der Freiheit sein, ohne diese Frage völlig bestimmt entschieden zu haben. Doch um sie zu entscheiden, muß man begreifen, welche gesellschaftlichen Kräfte, welche Klassen hinter dem Liberalismus und hinter der Demokratie stehen, welche politischen Bestrebungen in der Natur dieser Klassen begründet liegen.

Im vorliegenden Artikel möchten wir diese wichtige Frage im Licht der aktuellen Ereignisse der Außenpolitik betrachten. Am aktuellsten sind natürlich der zweite Balkankrieg, die Niederwerfung Bulgariens, der für dieses Land erniedrigende Frieden von Bukarest und Rußlands mißlungener Versuch, durch die Beschuldigung Frankreichs, es habe „uns" nicht unterstützt, eine Revision der Friedensbedingungen zu erwirken.

In diesen Beschuldigungen gegenüber Frankreich, in diesem Versuch, die „aktive" Politik Rußlands auf dem Balkan wiederaufzunehmen, sind sich bekanntlich das „Nowoje Wremja" und die „Retsch" einig. Das heißt aber, daß sich die fronherrlichen Gutsbesitzer und die reaktionär-nationa-

listischen herrschenden Kreise einerseits und die bewußtesten, organisiertesten, schon lange zu einer imperialistischen Politik neigenden Kreise der liberalen Bourgeoisie anderseits einig sind.

Aus diesem Anlaß schreibt die „Kiewskaja Mysl", eine der verbreitetsten Provinzzeitungen, die die Ansichten gewisser Schichten der kleinbürgerlichen Demokratie zum Ausdruck bringt, in dem sehr aufschlußreichen Leitartikel vom 1. August:

„Nicht die Opposition und der Nationalismus haben die Plätze vertauscht" (wie Herr Miljukow in seiner bekannten außenpolitischen Dumarede behauptet hat), „sondern der Liberalismus *trennte sich*" (hervorgehoben von der „Kiewskaja Mysl") „von der Demokratie und ging zunächst zaghaft, sich vorsichtig umschauend, dann aber auch schon erhobenen Hauptes denselben Weg, den Weg der politischen Abenteuer, den vor ihm und ebenfalls unter slawophilem Banner der Nationalismus beschritten hat."

Und die Zeitung erinnert zu Recht an die allbekannten Tatsachen, daß die „Retsch" „chauvinistischen Eifer" gezeigt, daß sie dazu aufgerufen hat, nach Armenien und zum Bosporus vorzustoßen, daß sie überhaupt von „imperialistischen Tendenzen" durchdrungen ist.

Die „Kiewskaja Mysl" schreibt: „Der Liberalismus, der auf eigene Gefahr die russische Außenpolitik unterstützt, die nur eine reaktionär-nationalistische Politik sein kann, solange der innere Kurs einen solchen Charakter trägt, hat auch die politische Verantwortung für diese Unterstützung übernommen."

Eine unbestreitbare Wahrheit. Man muß sie nur bis zum Schluß *durchdenken*. Wenn es wahr ist, daß der Kurs der russischen Außenpolitik vom Kurs der Innenpolitik bestimmt wird (und das ist unbedingt wahr), bezieht sich das dann etwa nur auf die Reaktion? Offensichtlich nicht. Offensichtlich bezieht sich das auch auf den Liberalismus.

Der Liberalismus konnte sich nicht in der Außenpolitik „von der Demokratie trennen", wenn er nicht in der Innenpolitik von der Demokratie getrennt war. Die „Kiewskaja Mysl" muß das selbst zugeben, wenn sie sagt, daß „der Charakter des politischen Fehlers des Liberalismus" „von einem tiefgreifenden organischen Defekt zeugt".

Das ist es! Nur würden wir, ohne diesen etwas schwülstigen und die Sache verschleiernden Ausdruck zu gebrauchen, sagen: die tiefgreifenden Klasseninteressen der Bourgeoisie. Diese Klasseninteressen des Liberalismus ließen ihn (besonders 1905) vor der demokratischen Bewegung

erschrecken und *nach rechts* schwenken – sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik.

Geradezu lächerlich würde sich derjenige machen, der leugnen wollte, daß ein Zusammenhang besteht zwischen dem kadettischen Imperialismus und Chauvinismus von heute und der kadettisch-oktobristischen Losung vom Frühjahr 1907, die Duma zu erhalten, zwischen der kadettischen Abstimmung gegen die örtlichen Bodenkomitees im Frühjahr 1906 und dem kadettischen Beschluß vom Herbst 1905, an der Bulyginschen Duma teilzunehmen. Das ist *eine* Politik ein und derselben Klasse, die die Revolution mehr fürchtet als die Reaktion.

Eine der Hauptursachen für die Schwäche der russischen Befreiungsbewegung besteht darin, daß breite Schichten des Kleinbürgertums schlechthin, insbesondere aber die kleinbürgerlichen Politiker, Schriftsteller und ideologischen Führer diese Wahrheit nicht begreifen.

Entgegen den Märchen der Liberalen, die der „Unversöhnlichkeit" der Linken die Schuld zuschieben, um ihre eigenen Schritte zur Aussöhnung mit den Rechten zu tarnen, sah die Arbeiterdemokratie die Liberalen und die Rechten niemals als „eine reaktionäre Masse"[82] an, war sie nie dagegen, ihre Differenzen (zum Beispiel im zweiten Stadium der Wahlen zur Duma) für die Befreiungsbewegung *auszunutzen*. Aber sie machte es sich zur Aufgabe – und sie muß es sich immer zur Aufgabe machen –, die Unbeständigkeit des Liberalismus zu *neutralisieren*, der imstande ist, sich unter Stolypin oder Maklakow für den Imperialismus zu „begeistern".

Ohne die tiefen Klassenwurzeln, die den Liberalismus von der Demokratie *trennen*, begriffen zu haben, ohne dieses Verständnis auch den *Massen* vermittelt und ohne gelernt zu haben, auf diese Weise den Verrat des Liberalismus an der Sache der „Volksfreiheit", seine Schwankungen ihr gegenüber zu neutralisieren, kann die russische Demokratie keinen einzigen entscheidenden Schritt vorwärts tun. Ohne das sollte man auch nicht unnütz von Erfolgen der Befreiungsbewegung sprechen.

„Sewernaja Prawda" Nr. 9,
11. August 1913.
Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der „Sewernaja Prawda".

EINE BEMERKENSWERTE ANGELEGENHEIT

Im heiligen Mütterchen Rußland gibt es viele Winkel, wo gleichsam noch gestern die Leibeigenschaft bestand. Man nehme zum Beispiel den Ural. Die Gutsbesitzer haben hier Zehntausende Desjatinen Land. Die Fabriken (d. h. wiederum die Gutsbesitzer) verbieten den Hausindustriellen, die Kleinindustrie zu entwickeln. Die Bauern sind auch heute noch von den Gutsbesitzern abhängig, haben bis heute noch kein Land erhalten.

Und der Ural ist kein kleiner „Winkel", sondern ein riesiges und sehr reiches Gebiet.

Viele Jahre lang lagen die Arbeiter der Stroganow-Werke im Ural mit der Werkleitung des steinreichen Gutsbesitzers Stroganow im Prozeß wegen der Zuteilung von Land an die Bauern nach dem Gesetz vom Jahre 1862 (*zweiundsechzig!*)

Schließlich endete die Sache im Frühjahr 1909 mit einem Beschluß der „höchsten Instanz", des Senats. Der Senat gab der Verwaltung des Gouvernements Perm die Anweisung, den Bauern Land zuzuteilen, das Gesetz vom Jahre 1862 *anzuwenden.*

47 Jahre nach dem Erlaß des Gesetzes also gab der Senat den Gutsbesitzern die Anweisung, das Gesetz anzuwenden.

Was aber geschah?

Die Gutsbesitzer beschwerten sich beim Grundbesitzer Stolypin, der damals Innenminister war. Dem Gesetz nach steht der Senat über dem Innenminister, doch Stolypin „pfiff aufs Gesetz" und schickte dem Gouverneur von Perm ein Telegramm: Die Durchführung des Senatserlasses ist auszusetzen!

Der Gouverneur setzte aus. Ein neuer Schriftwechsel, eine neue Verschleppung begann.

Schließlich erklärte sich der Reichsrat mit der Meinung des Senats einverstanden, und die Entscheidung des Reichsrats wurde „der allerhöchsten Sanktion", d. h. der Bestätigung durch die oberste Gewalt, „für würdig befunden".

Was aber geschah?

Die Gutsbesitzer wandten sich an den Grundbesitzer N. A. Maklakow, der jetzt an Stelle Stolypins Innenminister war. Eine Abordnung der Gutsbesitzer vom Ural „überzeugte" den Minister. Der Minister erklärte, die Entscheidung des Senats und des Reichsrats sei „unklar".

Ein neuer Schriftwechsel, eine neue Verschleppung begann.

Der Senat äußerte sich ein weiteres Mal – im Mai 1913 – nicht im Sinne des Ministers.

Die Gutsbesitzer vom Ural schrieben ein weiteres „Briefchen" an den Minister . . .

So steht die Sache auch jetzt noch. Bis heute, mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Erlaß des Gesetzes von 1862 über die Landzuteilung an die Arbeiter im Ural, hat die Zuteilung nicht stattgefunden.

Die liberalen Zeitungen, die von dieser aufschlußreichen Angelegenheit berichten, kommen zu dem Schluß, daß es mit der „Herrschaft des Rechts" in Rußland schlecht bestellt sei. Das ist wahr, aber es ist nicht die ganze Wahrheit.

Es ist grotesk, vom „Recht" zu sprechen, wenn die Gutsbesitzer die Gesetze sowohl erlassen als auch in der Praxis anwenden oder aufheben. Es gibt also eine Klasse, die das „Recht" selbst schafft und es selbst aufhebt. Also sind die liberalen Reden von „Recht" und „Reformen" leeres Geschwätz.

Die Gutsbesitzer sind ebenfalls für das „Recht" – aber nur für das Recht der Gutsbesitzer, für ihr Recht, für das Recht ihrer Klasse.

Wenn die Liberalen angesichts solcher aufschlußreichen Tatsachen trotzdem die „Lehre" vom Klassenkampf ablehnen und sie einen Irrtum usw. nennen, so zeigt das deutlich ihr schlechtes liberales Gewissen. Wollen die Liberalen nicht vielleicht die Privilegien mit den Gutsbesitzern *teilen*? Dann ist begreiflich, warum ihnen die „Lehre" vom Klassenkampf nicht gefällt!

Wieso sind aber die Arbeiter schuld, wenn ihre „Lehre" vom Leben bestätigt wird!

„Sewernaja Prawda" Nr. 14,
18. August 1913.
Unterschrift: J.

Nach dem Text der „Sewernaja Prawda".

NATIONALISIERUNG DER JÜDISCHEN SCHULE

Die Politik der Regierung ist völlig vom Geist des Nationalismus durchdrungen. Man ist bestrebt, der „herrschenden", d. h. der großrussischen Nationalität alle möglichen Vorrechte zu gewähren, obgleich die Großrussen in Rußland die *Minderheit* der Bevölkerung ausmachen, nämlich nur 43%.

Was alle übrigen in Rußland lebenden Nationen betrifft, so ist man immer mehr bemüht, sie in ihren Rechten zu schmälern, voneinander abzusondern und Feindschaft unter ihnen zu säen.

Eine extreme Äußerung des heutigen Nationalismus ist das Projekt der Nationalisierung der jüdischen Schule. Entworfen hat dieses Projekt der Kurator des Odessaer Schulbezirks, und das Ministerium für Volks-„bildung" hat es wohlwollend aufgenommen. Worin aber besteht diese Nationalisierung?

Darin, daß man die Juden in *besonderen* jüdischen Lehranstalten (Oberschulen) absondern will. Zu allen übrigen Lehranstalten, privaten wie staatlichen, sollen den Juden die Türen gänzlich verschlossen bleiben. Als Krönung dieses „genialen" Plans ist beabsichtigt, die Zahl der in den jüdischen Gymnasien Lernenden durch die berühmte „Prozentnorm" zu beschränken!

In allen europäischen Ländern hat es ähnliche Maßnahmen und Gesetze gegen die Juden nur in der finsteren Epoche des Mittelalters, der Inquisition, der Ketzerverbrennungen und ähnlicher Segnungen gegeben. In Europa haben die Juden seit langem die volle Gleichberechtigung erhalten und verschmelzen immer mehr mit dem Volk, in dessen Mitte sie leben.

In unserer Politik aber überhaupt und in dem dargelegten Projekt im besonderen ist, neben der Bedrängung und Unterdrückung der Juden, am

schädlichsten das Bestreben, den Nationalismus zu entfachen, die Nationalitäten im Staat voneinander abzusondern, ihre gegenseitige Entfremdung zu vergrößern, ihre Schulen zu trennen.

Die Interessen der Arbeiterklasse – wie überhaupt die Interessen der politischen Freiheit – erfordern dagegen die vollste Gleichberechtigung ausnahmslos aller Nationalitäten eines gegebenen Staates und die Beseitigung jeglicher Scheidewände zwischen den Nationen, die Vereinigung der Kinder aller Nationen in einheitlichen Schulen usw. Nur wenn sie sich von allen barbarischen und dummen nationalen Vorurteilen befreit, nur wenn sie die Arbeiter aller Nationen in einem Verband zusammenschließt, kann die Arbeiterklasse zu einer Macht werden, dem Kapital widerstehen und eine ernste Verbesserung ihres Lebens erkämpfen.

Schaut die Kapitalisten an: Sie sind bestrebt, im „einfachen Volk" die nationale Feindschaft zu entfachen, selbst aber verstehen sie es ausgezeichnet, ihre Geschäfte zu machen: In ein und derselben Aktiengesellschaft findet man sowohl Russen als auch Ukrainer, Polen, Juden und Deutsche. Gegen die Arbeiter sind die Kapitalisten aller Nationen und Religionen sich einig, die Arbeiter aber suchen sie durch die nationale Feindschaft zu spalten und zu schwächen!

Das überaus schädliche Projekt der Nationalisierung der jüdischen Schule zeigt unter anderem, wie falsch der Plan der sogenannten „nationalkulturellen Autonomie" ist, d. h. der Plan, das Schulwesen den Händen des Staates zu entziehen und in die Hände jeder einzelnen Nation zu übergeben. Keineswegs danach müssen wir streben, sondern nach Vereinigung der Arbeiter aller Nationen im Kampf gegen *jeden* Nationalismus, im Kampf für eine wirklich demokratische *allgemeine* Schule und für die politische Freiheit überhaupt. Das Beispiel der fortgeschrittenen Länder der ganzen Welt – sei es die Schweiz in Westeuropa oder Finnland in Osteuropa – zeigt uns, daß nur konsequent-demokratische gesamtstaatliche Einrichtungen ein weitgehend friedliches und humanes (und nicht barbarisches) Zusammenleben der verschiedenen Nationalitäten *ohne* die künstliche und schädliche Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten zu sichern vermögen.

„Sewernaja Prawda" Nr. 14,
18. August 1913.
Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der „Sewernaja Prawda".

DAS EISEN IN DER BÄUERLICHEN WIRTSCHAFT

Kürzlich erging sich das Organ der Millionäre unserer Industrie, des Kongreßrats, „Promyschlennost i Torgowlja", mit einer gewissen einfältigen Heuchelei oder heuchlerischen Einfältigkeit in Seufzern darüber, daß man Rußland hinsichtlich des Pro-Kopf-Verbrauchs an wichtigen Erzeugnissen als Nachbar Spaniens, eines der rückständigsten Länder, ansehen muß.

In bezug auf das Eisen, eines der Haupterzeugnisse der modernen Industrie, eines der, man kann sagen, Fundamente der Zivilisation, sind die Rückständigkeit und die Barbarei Rußlands besonders groß.

„Ein Wagen auf eisernem Gestell", gibt das Organ der Millionäre zu, „ist im russischen Dorf noch eine Seltenheit."

Ob aber diese „Seltenheit" der Kultur im russischen Dorf von der *Häufigkeit* der fronherrlichen Verhältnisse und der Allmacht der fronherrlichen Gutsbesitzer (vor denen die „Magnaten" unseres Kapitalismus so sehr liebedienern) abhängig ist, darüber schweigen die Millionäre bescheiden.

Von der Kultur, der Entwicklung der Produktivkräfte, der Hebung der bäuerlichen Wirtschaft usw. zu schwatzen – darin sind wir große Meister, das lieben wir sehr. Sowie aber die Rede darauf kommt, das Hindernis zu beseitigen, das der „Hebung" der Millionen verelendeter, unwissender, hungernder, barfüßiger, zurückgebliebener Bauern im Wege steht, bleibt unseren Millionären das Wort im Munde stecken.

Hier die Angaben aus einer ungarischen Landwirtschaftsstatistik, die anschaulich zeigen, welche Bedeutung die Unterdrückung der Bauern

durch die Gutsbesitzer für den Umfang des Eisenverbrauchs hat, *das heißt* dafür, wie fest die Kultur dieses Landes auf Eisenerzeugnissen begründet ist.

Ungarn ist Rußland bekanntlich nicht nur geographisch sehr nahe, sondern auch hinsichtlich der Allmacht der reaktionären Gutsbesitzer, die noch vom Mittelalter her riesige Bodenflächen besitzen, sehr verwandt.

In Deutschland z. B. haben von den 5½ Millionen Wirtschaften 23 000 mehr als 100 Hektar Land und besitzen weniger als ein Viertel der gesamten Bodenfläche, in Ungarn aber gibt es von insgesamt 2,8 Millionen 24 000 solcher Wirtschaften, und sie besitzen 45% der gesamten Bodenfläche des Landes!! Viertausend ungarische Magnaten haben jeder mehr als 1000 Desjatinen und alle zusammen fast *ein Drittel* des Bodens in ihrem Besitz. Wie man sieht, ist es fast so wie im „Mütterchen Rußland".

Die ungarische Statistik (von 1895) untersuchte besonders gründlich die Verwendung von Eisen in der bäuerlichen Wirtschaft. Es stellte sich heraus, daß von den 2,8 Millionen Wirtschaften *anderthalb* Millionen Landarbeiter- (oder Proletarier-) Wirtschaften (bis zu 5 Joch, d. h. bis zu 2,85 Desjatinen) sowie *eine Million* kleinbäuerlicher Wirtschaften (bis zu 20 Joch, d. h. bis zu 11 Desjatinen) gezwungen sind, sich mit *Holz*gerätschaften zu begnügen.

In diesen 2½ Millionen Wirtschaften (von den insgesamt 2,8 Millionen) überwiegen absolut Pflüge mit hölzernem Pflugbaum, Eggen mit hölzernem Rahmen, und fast die Hälfte aller Wagen haben ein hölzernes Gestell.

Über Rußland liegen keine vollständigen Angaben vor. Vorhandene Angaben über einzelne Gebiete lassen erkennen, daß das Elend, die Primitivität und der Verfall der übergroßen Mehrzahl unserer bäuerlichen Wirtschaften noch viel größer ist als in Ungarn.

Anders kann es auch nicht sein. Wenn der Wagen mit eisernem Gestell keine Seltenheit sein soll, muß es einen freien, kulturvollen, kühnen Farmer geben, der in der Lage ist, mit den Sklavenhaltern fertig zu werden, der fähig ist, mit der Routine zu brechen, der über den ganzen Grund und Boden im Staat verfügt. Aber von einem Bauern „Kultur" zu erwarten, der bis heute von den Markow und Purischkewitsch mit ihrem Grund-

besitz niedergedrückt wird, heißt soviel wie von der Saltytschicha* Humanität zu erwarten.

Die Millionäre unserer Industrie ziehen es vor, mit den Purischkewitsch deren mittelalterliche Privilegien zu teilen und über die Erlösung des „Vaterlandes" von der mittelalterlichen Kulturwidrigkeit zu seufzen . . .

„Sewernaja Prawda" Nr. 16,
21. August 1913.
Unterschrift: N. N.

Nach dem Text der „Sewernaja Prawda".

* Saltytschicha – russische Gutsbesitzerin, deren Name zum Synonym für das unmenschliche Verhalten der fronherrlichen Gutsbesitzer zu den leibeigenen Bauern wurde. *Der Übers.*

DIE METALLARBEITERSTREIKS IM JAHRE 1912

Die Vereinigung der Werkbesitzer und Fabrikanten des Moskauer Industriebezirks veröffentlichte in diesem Jahr (Moskau 1913, Druckerei von P. P. Rjabuschinski) eine Art Rechenschaftsbericht über ihre Tätigkeit im Jahre 1912. Den wohl interessantesten Teil dieses Berichts bilden die Angaben über die Streikbewegung in den verschiedenen Bezirken Rußlands.

I

Die Gesamtzahl der Arbeiter, die in Rußland gestreikt haben, wird von der Vereinigung der Moskauer Fabrikanten für das Jahr 1911 mit 96750 und für das Jahr 1912 mit 211595 angegeben. Diese Zahlen beziehen sich *ausschließlich* auf wirtschaftliche Streiks. Teilnehmer an politischen Streiks zählt die Vereinigung 850000 im Jahre 1912, 8000 im Jahre 1911 und 4000 im Jahre 1910.

Nebenbei bemerkt berücksichtigt die Vereinigung der Moskauer Industriellen die 6000, die auf den Lenafeldern gestreikt haben, überhaupt nicht, „der Bequemlichkeit des Vergleichs mit den offiziellen Daten wegen", die sich nicht auf Betriebe außerhalb des Aufsichtsbereichs der Fabrikinspektion erstrecken. Natürlich haben wir trotzdem keine Garantie für die Richtigkeit eines solchen Vergleichs, denn die Herren Werkbesitzer haben es sich einfallen lassen, die schlechten Seiten unserer amtlichen Statistik nachzuahmen, sie kümmern sich nicht um die Vollständigkeit ihrer Angaben oder gar um die Sorgfalt ihrer Statistiker. Die zusammenfassende Tabelle über die Zahl der Streikenden (auf S. 23 des Berichts) zum Beispiel frappiert geradezu durch ganz grobe Fehler, die wir bei den oben angeführten Ergebnissen zu berichtigen bemüht waren. Diese Tabelle gibt die Zahl der Metallarbeiter, die im Königreich Polen

während des *ganzen* Jahres 1912 gestreikt haben, mit 2390 an, auf Seite 56 aber wird uns mitgeteilt, daß im Zeitraum von *sieben Monaten* des Jahres 1912 im Königreich Polen 3790 Metallarbeiter gestreikt haben!

Man kann nur wünschen, daß unsere Kit Kitytsch sich Schreiber nehmen, die rechnen können, oder ihre Statistik von Arbeitergewerkschaften überprüfen und berichtigen lassen.

Untersuchen wir die Rolle der Metallarbeiter in der wirtschaftlichen Streikbewegung des Jahres 1912 nach den Angaben der Fabrikanten.

Die Gesamtzahl der Streikenden von 211 595 setzt sich nach diesen Angaben aus 78 195 Metallarbeitern, 89 540 Textilarbeitern und 43 860 Arbeitern aller sonstigen Industriezweige zusammen. Da es in Rußland bedeutend weniger Metallarbeiter als Textilarbeiter gibt, zeigen uns diese Angaben auf den ersten Blick, daß die *Metallarbeiter* im Jahre 1912 im Vergleich zu den Arbeitern der übrigen Industriezweige den Streikkampf am hartnäckigsten und beharrlichsten geführt haben. Um diese Schlußfolgerung exakter auszudrücken, wollen wir die Gesamtzahl der Arbeiter in Rußland mit der Zahl der Streikenden im Jahre 1912 vergleichen.

	Gesamtzahl der Arbeiter in Rußland nach den Angaben des Jahres		Streikende im Jahr 1912
	1908 (einschließlich Bergarbeiter)	1910 (ohne Bergarbeiter)	(nach den Angaben der Vereinigung der Werkbesitzer)
Metallarbeiter	529 274	280 194	78 195
Textilarbeiter	823 401	840 520	89 540
Sonstige	901 112	831 241	43 860
Insgesamt	2 253 787	1 951 955	211 595

Diese Daten zeigen deutlich, daß hinsichtlich der Energie des Streikkampfes die Metallarbeiter an erster Stelle stehen, der zweite Platz den Textilarbeitern gehört und den letzten Platz die Arbeiter der sonstigen Industriezweige einnehmen.

Hätten die „sonstigen" Arbeiter ebenso energisch gestreikt wie die Metallarbeiter, so wäre die Zahl der Streikenden um etwa 90 000 höher gewesen.

Zweifellos haben die für die Metallarbeiter im Jahre 1912 relativ günstigeren Marktverhältnisse ihnen den Streikkampf erleichtert, aber wäh-

rend die Metallarbeiter in bezug auf die Hartnäckigkeit des Kampfes allen voran stehen, hatten die „sonstigen" Arbeiter, wie wir noch sehen werden, größeren *Erfolg* im wirtschaftlichen Streik.

II

Die Hartnäckigkeit des Streikkampfes wird unter anderem durch die durchschnittliche Dauer der Streiks bestimmt. Diese durchschnittliche Dauer erhält man, wenn man die Summe aller durch den Streik ausgefallenen Arbeitstage durch die Zahl der Streikenden dividiert.

Nachstehend die Zahlen der Vereinigung der Werkbesitzer:

	Durchschnittliche Dauer der Streiks
1895–1904	4,8 Tage
1909	6,5 „
1911	8,2 „
1912	13,4 „

„Es zeigt sich", heißt es im Bericht, „daß sich die Widerstandskraft der Arbeiter im Jahre 1912 gegenüber 1911 fast verdoppelt hat." Ergänzen wir: Nimmt man die Angaben für die letzten 7 Monate des Jahres 1912 (eigentlich sind nur diese Angaben in dem untersuchten Bericht einigermaßen genau ausgearbeitet), so erhält man eine durchschnittliche Streikdauer *von 16 Tagen.*

Die Beharrlichkeit der Arbeiter im Streikkampf nimmt also zweifelsohne zu, und zwar in steigendem Maße.

In den einzelnen Produktionszweigen betrug die Streikdauer:

	Im Jahre 1911	Im Jahre 1912	In den letzten 7 Monaten des Jahres 1912
Bei den Metallarbeitern	10,0 Tage	14,2 Tage	18,8 Tage
Bei den Textilarbeitern	9,2 „	11,9 „	14,0 „
Bei den sonstigen	5,0 „	15,6 „	16,8 „
In sämtlichen Produktionszweigen	8,2 „	13,4 „	16,0 „

Wie wir sehen, standen in bezug auf die Dauer der Streiks die Metallarbeiter sowohl im Jahre 1911 als auch in der zweiten Hälfte des Jahres 1912 an erster Stelle. Nur in der ersten Hälfte des Jahres 1912 nahmen diesen ersten Platz die „sonstigen" Arbeiter ein, während die Metall-

arbeiter auf den zweiten Platz kamen. Die Textilarbeiter standen während der ganzen untersuchten Zeit in bezug auf die Dauer der Streiks an zweiter Stelle.

III

Die Herren Werkbesitzer bestimmen das Gesamtergebnis der Streiks, indem sie die durch die Streiks verursachten *„Verluste* der Industrie" ausrechnen. Was aber die Arbeiterklasse durch die Streiks gewonnen hat, das wollen unsere Kapitalisten überhaupt nicht ausrechnen! Hier die Ergebnisse der Fabrikantenstatistik:

Industriezweige	Durch (wirtschaftliche) Streiks verursachte direkte Verluste der Industriellen	Lohnausfall der Arbeiter	Verluste des Landes durch Produktionsausfall
	(In 1000 Rubel)		
Metallindustrie	558	1145	4 959
Textilindustrie	479	807	6 010
Sonstige Industriezweige	328	529	3 818
Insgesamt im Jahre 1912	1365	2481	14 787
„ „ „ 1911	402	716	4 563

Hieraus ist ersichtlich, daß die Kapitalisten 1912 *dreimal* soviel Verluste durch Streiks hatten wie 1911.

Aber, werden uns die Vertreter der bürgerlichen politischen Ökonomie entgegenhalten, auch das „Land" hat doch dreimal soviel Verluste gehabt, und auch die Arbeiter haben dreimal soviel Lohnausfall gehabt, wobei die Verluste der Arbeiter viel mehr ins Gewicht fallen als die Verluste der Fabrikanten!

Nach der Fabrikantenstatistik und der bürgerlichen Logik ergibt sich also, daß sich diese unvernünftigen Arbeiter mit den Streiks nur selbst Schaden zufügen und daß die fürsorgliche Obrigkeit und die wohltätigen Kapitalisten sich gerade um die Interessen der Arbeiter sorgen, wenn sie die Streiks verfolgen . . .

Dieselben Werkbesitzer teilen uns aber mit, daß bei 96 730 Streikenden des Jahres 1911 die Streikergebnisse festgestellt werden konnten.

47 369 Arbeiter (d. h. 49%) erlitten im Streikkampf eine *Niederlage,*

während 49361 (d. h. 51%) völlig oder teilweise *zufriedengestellt* wurden, d. h. siegten.

Dieses Streikresultat berechnen die Fabrikantenstatistik und die bürgerliche Ökonomie nicht gern! Es läßt sich ja auch nicht in Rubeln ausdrücken: Außer dem, was die Arbeiter bei siegreichen Streiks durch Lohnerhöhung direkt gewinnen, gibt es nämlich noch einen anderen „Gewinn". Die ganze Arbeiterklasse, also auch das ganze *Land* (das Land der werktätigen Massen und nicht der bürgerlichen Minderheit) hat einen Gewinn von diesem Widerstand, den die Arbeiter den Herren Ausbeutern durch die Streiks entgegensetzen. Ohne diesen Widerstand würden die Arbeiter durch die teure Lebenshaltung erdrückt und völlig zu Bettlern werden, ohne diesen Widerstand würden sie aus Menschen ganz und gar zu hoffnungslosen Sklaven des Kapitals werden.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1912 wurden die Streiks laut Statistik der Fabrikanten weniger erfolgreich: 52% der streikenden Arbeiter erlitten eine *Niederlage*, nur 36% *siegten* und bei 11% blieben die Streikergebnisse ungeklärt. Doch hier müssen wir die Rolle der streikenden Metallarbeiter in Rußland insgesamt und in den verschiedenen Bezirken des Landes im einzelnen genauer untersuchen.

IV

Die Vereinigung der Moskauer Werkbesitzer macht, wie bereits erwähnt, nur über die Streiks der letzten 7 Monate des Jahres 1912 einigermaßen genaue Angaben. Diese Angaben beziehen sich auf folgende 5 Bezirke Rußlands: Moskau, Petersburg, das Baltikum, den Süden und das Königreich Polen.

Die Metallarbeiter, die während der erwähnten Monate gestreikt haben, verteilen sich auf die einzelnen Bezirke wie folgt:

Bezirke	Zahl der streikenden Arbeiter (in den letzten 7 Monaten des Jahres 1912)	
	Insgesamt	Davon Metallarbeiter
Moskau	48 140	3 760
Petersburg	35 390	15 160
Baltikum	13 210	1 160
Süden	22 195	16 605
Königreich Polen	12 690	3 790
Insgesamt	131 625	40 475

Hiernach überwiegen im Süden die Metallarbeiter in der Gesamtzahl der streikenden Arbeiter. Im Petersburger Bezirk machen sie einen sehr großen Teil der Streikenden aus (über 40 Prozent) und stehen nur den Textilarbeitern nach (16770 Streikende im Petersburger Bezirk). Im Moskauer Bezirk, im Baltikum und in Polen machten die Metallarbeiter eine kleine Minderheit der Streikenden aus.

Vergleicht man die ersten 5 Monate des Jahres 1912 mit den letzten 7, so ergibt sich folgendes Bild:

	Zahl der streikenden Arbeiter in den ersten 5 Monaten des Jahres 1912	in den letzten 7 Monaten des Jahres 1912
Metallarbeiter	37 720	40 475
Textilarbeiter	22 950	66 590
Sonstige	19 300	24 560
Insgesamt	79 970	131 625

In der zweiten Hälfte des Jahres ließ die Streikenergie der Metallarbeiter etwas nach, der Streikkampf der Textilarbeiter verstärkte sich bedeutend und die Streikbewegung der Arbeiter der sonstigen Industriezweige hielt sich ungefähr auf derselben Höhe.

V

In bezug auf die Streikerfolge teilt die Moskauer Vereinigung der Werkbesitzer die streikenden Arbeiter in drei Gruppen: Streikende, die eine Niederlage erlitten haben, Streikende, die gesiegt haben (völlig oder teilweise zufriedengestellt wurden), und Streikende mit ungeklärten Kampfergebnissen.

Diese Frage gehört zu den interessantesten aller Fragen der Streikstatistik. Die Vereinigung der Millionäre hat sie allerdings mangelhaft bearbeitet; so fehlen zum Beispiel Angaben über offensive Streiks (d. h. Streiks, in denen die Arbeiter eine *Verbesserung* ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen fordern) und defensive Streiks (Streiks, mit denen sich die Arbeiter einer *Verschlechterung* ihrer Lebensbedingungen durch die Kapitalisten widersetzen). Ferner fehlen ausführliche Angaben über die Ursachen der Streiks (solche Angaben enthält sogar unsere amtliche Statistik) usw.

Darüber hinaus hat die Vereinigung der Moskauer Werkbesitzer auch

die vorhandenen Daten sehr, sehr unbefriedigend bearbeitet. Auffallend sind direkte Entstellungen von Angaben; so wird zum Beispiel die Zahl der Metallarbeiter, die im Moskauer Bezirk gesiegt haben, mit nur 40 angegeben (bei 3420 Streikenden, die eine Niederlage erlitten haben, und 300 Streikenden mit ungeklärtem Kampfergebnis).

Indessen lesen wir im Bericht, auf S. 35, daß es Anfang Juli 1912 in einer Reihe von Kunstschlossereien Arbeiterstreiks gegeben hat, an denen insgesamt *mehr als 1200 Personen* in 15 Betrieben teilgenommen haben. Die Streiks waren offensiv: Die Arbeiter forderten die Einführung des Neunstundentages, des Siebenstundentages vor Feiertagen, eine Lohnerhöhung und die Verbesserung der sanitären Verhältnisse. Die Besitzer der Schlossereien versuchten, organisiert Widerstand zu leisten, und beschlossen einstimmig, keine Zugeständnisse zu machen und von bestreikten Betrieben keine Aufträge zu übernehmen. Aber die Arbeiter hatten den Zeitpunkt offenbar günstig gewählt, denn die Bausaison war in vollem Gange, „freie Arbeiter waren schwer zu finden. *Gegen Ende Juli erklärten sich die meisten Schlossereibesitzer zu Zugeständnissen bereit.*"

So heißt es im Bericht! Nach der statistischen Tabelle aber sollen nur 40 (*vierzig!*) Metallarbeiter den Streik gewonnen haben. Unwillkürlich kommt einem der Gedanke, ob die fabrikantenhörigen Statistiker nicht gerade die *Siege* der Arbeiter besonders gern „vergaßen". Hatten sie nicht das Bestreben – „aus Versehen" natürlich nur –, es den Kit Kitytsch recht zu machen, indem sie die Zahl der siegreichen Arbeiter verringerten?

Auf alle Fälle ist es unbedingt erforderlich, daß die organisierten und klassenbewußten Arbeiter die Statistik der Fabrikanten mit Vorsicht und Mißtrauen aufnehmen und beharrlich versuchen, eine *eigene*, eine von Arbeitern zusammengestellte Streikstatistik zu schaffen.

Die Vereinigung der Werkbesitzer macht über die Streikerfolge nachstehende zusammenfassende Angaben:

Zahl der Streikenden, die	Metallarbeiter	Textilarbeiter	Sonstige Arbeiter	Insgesamt
eine Niederlage erlitten	19 990	43 085	7 150	70 225
siegten	17 860	20 285	9 520	47 665
mit ungeklärtem Ergebnis streikten	2 625	3 220	7 890	13 735
Insgesamt	40 475	66 590	24 560	131 625

Hieraus ist ersichtlich, daß die Streiks der Arbeiter der *sonstigen* Industriezweige am erfolgreichsten waren: Die Zahl der Sieger *übersteigt* die Zahl der Besiegten. An zweiter Stelle stehen die Metallarbeiter: Die Zahl der Sieger ist immerhin sehr hoch, sie macht mehr als 40% aller Streikenden aus. Die schlechtesten Ergebnisse hatten die Textilarbeiter: Bei ihnen ist die Zahl der Besiegten mehr als doppelt so hoch wie die Zahl der Sieger.

VI

Im großen und ganzen sind die Ergebnisse des Streikkampfes von 1912 zwar schlechter als 1911, aber doch ganz ordentlich. Um die verschiedenen Jahre leichter miteinander vergleichen zu können, wollen wir annehmen, die Zahl der Streikenden mit ungeklärtem Ergebnis verteile sich gleichmäßig auf Sieger und Besiegte. Dann ergibt sich, daß von den 132 000, die in den letzten 7 Monaten des Jahres 1912 streikten, 77 000 (d. h. 58,4%) eine Niederlage erlitten und 55 000 (d. h. 41,6%) siegten.

Man kann sich nicht dafür verbürgen, daß diese Angaben den Angaben der offiziellen Statistik über die vorigen Jahre gleichwertig sind. Aber wir bringen trotzdem auch diese Daten, damit die Arbeiter beurteilen können, wie erfolgreich die Streiks in Rußland in den besten und in den schlechtesten Jahren der Arbeiterbewegung *überhaupt* sind.

	Zahl der streikenden Arbeiter (in 1000)				
	Sieger	Prozent	Besiegte	Prozent	Insgesamt
1895–1904 (Summe von 10 Jahren)	159	37,5	265	62,5	424
1905	705	48,9	734	51,1	1439
1906	233	50,9	225	49,1	458
1907	59	29,5	141	70,5	200
1908	—	—	—	—	—
1909	—	—	—	—	—
1910	—	—	—	—	—
1911	49	51,0	47	49,0	96
1912 (7 Monate)	55	41,6	77	58,4	132

Hiernach sind die Streikergebnisse in der zweiten Hälfte des Jahres 1912 *schlechter* als in den Jahren 1905, 1906 und 1911, aber *besser* als in den Jahren 1895–1904 und *besser* als 1907. Wir wiederholen: die uns

zur Verfügung stehenden Angaben über die verschiedenen Jahre sind sicher nicht ganz miteinander vergleichbar, können aber immerhin eine gewisse Vorstellung von der Sache vermitteln.

Übrigens haben nach der englischen Streikstatistik im Durchschnitt der 10 Jahre von 1900 bis 1909 26,8% der Arbeiter in Streiks gesiegt, 31,7% verloren und 41,3% den Kampf mit einem Kompromiß beendet. Teilt man die letzteren gleichmäßig auf die Gruppen der Sieger und Besiegten auf, so erhält man 47,5% *Sieger* und 52,3% *Besiegte*. Die Streiks in Rußland in den Jahren 1905 und 1906 sowie im Jahre 1911 waren erfolgreicher als die englischen Streiks im Durchschnitt, trotz des ungeheuren Vorteils, den die englischen Arbeiter auf Grund ihrer Organisiertheit und politischen Freiheit haben.

VII

Nicht uninteressant ist ein Vergleich der Streikerfolge der Metallarbeiter in den verschiedenen Bezirken Rußlands.

Der Moskauer und der Petersburger Bezirk unterscheiden sich in dieser Hinsicht von allen übrigen. Sowohl die Streiks der Metallarbeiter als auch die Streiks aller Arbeiter überhaupt waren in den letzten sieben Monaten des Jahres 1912 im Moskauer und Petersburger Bezirk verhältnismäßig wenig erfolgreich. Das Gegenteil war in den übrigen Bezirken zu beobachten.

Nachstehend die Daten über den Moskauer und den Petersburger Bezirk:

	Zahl der Metallarbeiter, die in den letzten 7 Monaten des Jahres 1912 gestreikt haben, im Moskauer Bezirk	im Petersburger Bezirk
Besiegte	3420	10 840
Sieger	40	4 170
Mit ungeklärten Ergebnissen	300	150
Insgesamt	3760	15 160

Die Zahl der besiegten Arbeiter übersteigt ganz beträchtlich die Zahl der Sieger. Dasselbe trifft auf die Textilarbeiter beider Bezirke und auf die „sonstigen" Arbeiter im Petersburger Bezirk zu. Nur der Moskauer Bezirk weist unter den „sonstigen" Arbeitern eine größere Zahl von Siegern (4380) als von Besiegten (1230) auf.

Offensichtlich gab es im Moskauer und im Petersburger Bezirk einige allgemeine, in fast allen Industriezweigen für Arbeiterstreiks ungünstige Bedingungen.

Umgekehrt waren im Süden, im Baltikum und in Polen die Streiks aller Arbeiter insgesamt und der Metallarbeiter im besonderen erfolgreich.

	Zahl der Metallarbeiter, die in den letzten 7 Monaten des Jahres 1912 gestreikt haben,		
	im Süden	im Baltikum	im Königreich Polen
Besiegte	4 390	440	900
Sieger	10 040	720	2890
Mit ungeklärten Ergebnissen	2 175	—	—
Insgesamt	16 605	1160	3790

In Polen ist der Sieg der Metallarbeiter am bedeutendsten, ja, die ökonomischen Bedingungen des Streikkampfes gestalteten sich für die Arbeiter in diesem Gebiet überhaupt sehr günstig. Sie siegten hier in *allen* Industriezweigen (im Süden unterlagen die „Sonstigen", während im Baltikum der Kampf der Textilarbeiter „unentschieden" endete: Sieger wie Besiegte gab es je 1485). Selbst die Textilarbeiter, die in Rußland, insgesamt gesehen, in der zweiten Hälfte des Jahres 1912 die größte Niederlage erlitten (43 000 Besiegte bei 20 000 Siegern), errangen im Königreich Polen einen glänzenden Sieg: Es gab nur 390 Besiegte, aber 8060 Sieger.

Im Westen und Süden Rußlands gingen die Arbeiter gegen die Kapitalisten in die Offensive und errangen große Siege; auch in Moskau und Petersburg griffen sie an, doch in den meisten Fällen wurden ihre Attakken abgeschlagen. Leider sind die von uns untersuchten Angaben zu spärlich und erlauben keinen Vergleich mit dem Jahr 1911, so daß man keinen bestimmten Schluß über die Ursachen eines solchen Unterschieds ziehen kann.

VIII

In bezug auf die Hartnäckigkeit der Streiks stehen, wie wir gesehen haben, die Metallarbeiter an erster und die Textilarbeiter an letzter Stelle. Interessant ist zu vergleichen, mit welcher Hartnäckigkeit die erfolgreichen und die erfolglosen Streiks von den Metallarbeitern geführt wurden. Hier die entsprechenden Angaben:

	Zahl der streikenden Metallarbeiter	Zahl der ausgefallenen Tage (1000)	Durchschnitt der ausgefallenen Tage je 1 Streikenden
Besiegte	19 990	230,7	11,5
Sieger	17 860	387,3	21,7
Mit ungeklärten Ergebnissen	2 625	145,3	55,4
Insgesamt	40 475	763,3	18,8

Wie wir sehen, sind die erfolgreichen Streiks der Metallarbeiter mit fast der doppelten Hartnäckigkeit geführt worden wie die erfolglosen (21,7 Tage gegenüber 11,5 Tagen). Der Sieg fiel ihnen nicht in den Schoß. Die Kapitalisten waren nur mit ungeheurer Energie und Beharrlichkeit zu bezwingen. Mit ungeklärten Ergebnissen endeten die Streiks offensichtlich dann, wenn die Kräfte der „Feinde" einander mehr oder weniger die Waage hielten und der Kampf ungewöhnlich hartnäckig geführt wurde: Die durchschnittliche Dauer solcher (in bezug auf ihre Ergebnisse) unbestimmten Streiks beträgt 55,4 Tage.

Übrigens können wir bei den „sonstigen" Arbeitern ebenfalls eine größere Hartnäckigkeit der erfolgreichen Streiks beobachten, während umgekehrt bei den Textilarbeitern die erfolglosen Streiks hartnäckiger waren.

Ein Vergleich der Angaben über die Hartnäckigkeit des Streikkampfes der Metallarbeiter in den verschiedenen Bezirken ergibt folgendes:

	Durchschnittliche Streikdauer je 1 streikenden Metallarbeiter				
	Im Moskauer Bezirk	Im Petersburger Bezirk	Im Baltikum	Im Süden	Im Königreich Polen
Bei den Besiegten	11,5	12,1	5,9	12,0	5,2
Bei den Siegern	7,5	37,2	23,7	14,9	22,4
Mit ungeklärten Ergebnissen	12,0	261,3	—	47,1	—
Insgesamt	11,5	21,4	17,0	18,4	18,3

Hinsichtlich der Hartnäckigkeit der Metallarbeiterstreiks überhaupt steht der Petersburger Bezirk an erster Stelle; ihm folgt der Süden, dann Polen, das Baltikum und schließlich der Moskauer Bezirk. Mit Ausnahme des Moskauer Bezirks sind in allen übrigen Bezirken die erfolgreichen Streiks weitaus hartnäckiger geführt worden als die erfolglosen.

Urteilt man nach der Hartnäckigkeit des Kampfes sowie dem Prozentsatz der am Streikkampf beteiligten Arbeiter, so haben die Petersburger Metallarbeiter die Rolle der Vorhut gegenüber den Metallarbeitern ganz Rußlands übernommen. Die Metallarbeiter aber überhaupt spielen dieselbe Rolle gegenüber den Arbeitern der übrigen Industriezweige.

IX

Die Beschreibungen der einzelnen Streiks im Bericht der Moskauer Vereinigung der Werkbesitzer zeichnen sich durch äußerste Kürze aus. Wir führen einige Zitate aus diesen Beschreibungen an, damit die Metallarbeiter erkennen können, *wie* die Herren Verfasser der Fabrikantenberichte ihren Kampf darstellen.

Im Moskauer Bezirk war der Streik der 1200 Arbeiter der Kunstschlossereien von besonderer Bedeutung. Wir sprachen bereits von ihm.

Für einen der hartnäckigsten Streiks im Petersburger Bezirk halten die Werkbesitzer den Streik bei Siemens & Halske, der 14 Wochen dauerte und am 19. August beendet wurde. An ihm beteiligten sich, laut Statistik der Vereinigung der Werkbesitzer, 1600 Arbeiter. Die Verwaltung des Betriebes lehnte es ab, die Geldstrafe wegen des 1. Mai aufzuheben, brachte aber „dafür den Wunsch zum Ausdruck, den Arbeitern zu Weihnachten je 3 Rubel Gratifikation auszuzahlen. Später erklärte sich die Werkleitung bereit, den 1. Mai auf die Liste der Feiertage zu setzen, vorausgesetzt, daß es von der Regierung keinen Einspruch geben würde." (S. 38 des Berichts.) „Während des Streiks", lesen wir im Bericht, „kam es mehrfach zu Überfällen der Arbeiter auf Neueingestellte, mit deren Hilfe die Betriebe die Arbeit hatten zum Teil wiederaufnehmen können."

Von den Metallarbeiterstreiks im Süden ist der Streik der 3886 Werftarbeiter von Nikolajew hervorzuheben, durch den es zu einem Ausfall von mehr als 155 000 Arbeitstagen kam. Die Arbeiter forderten den Achtstundentag, einen Lohnzuschlag von 50%, die Abschaffung der Strafen und aller Überstundenarbeit, die Schaffung einer Institution gewählter Ältester u. a. m. Der Streik dauerte den ganzen Juni über an. „Ende Juni kam es zwischen den Arbeitern und der Betriebsverwaltung zu einer Einigung unter der Bedingung, daß alle Arbeiter wieder eingestellt würden, daß der Einführung einer Institution der Ältesten im Werk zugestimmt,

eine Kantine eingerichtet und der Arbeitslohn um 18% erhöht wird." Es gab Zusammenstöße zwischen Streikenden und Streikbrechern.

Durch besondere Hartnäckigkeit zeichnete sich der im November in Charkow ausgebrochene Streik der 2000 Arbeiter der Lokomotivfabrik aus. Das Werk hatte dringende Staatsaufträge und erlitt „große Verluste durch die Stillegung".

Von den Streiks im Ural, die in die Statistik der Vereinigung der Fabrikanten *überhaupt nicht* aufgenommen wurden, nennen wir den Streik in den Sysserter Werken. Die Arbeiter setzten eine Lohnerhöhung durch. „In der staatlichen Waffenfabrik in Slatoust wurde ein Streik durch den Tod von drei Arbeitern ausgelöst, die ihren bei einem Betriebsunfall erlittenen Verletzungen erlegen waren. Die Streikenden forderten die Anbringung von Schutzvorrichtungen sowie eine Lohnerhöhung."

X

Überblickt man die spärlichen Angaben der Streikstatistik der Fabrikanten, so muß man unbedingt folgendes bemerken.

Für die Arbeiter ist eine vollständige, genau und mit Verstand bearbeitete, schnell erscheinende Streikstatistik von außerordentlicher Bedeutung – sowohl in theoretischer als auch in praktischer Hinsicht. Sie liefert wertvolles Material, um sowohl den ganzen großen Weg der Arbeiterbewegung zu ihren weltweiten Zielen zu erhellen als auch die nächsten, aktuellen Kampfaufgaben zu beleuchten.

In einigermaßen demokratischen und freien Staaten ist eine leidlich genaue regierungsamtliche Statistik möglich. Bei uns kann davon nicht die Rede sein. Unsere regierungsamtliche Statistik ist schlecht, sinnlos auf die „Behörden" aufgeteilt, unzuverlässig und erscheint spät. Die Statistik der Fabrikanten ist nicht viel besser und noch unvollständiger, obgleich sie immerhin manchmal etwas früher erscheint als die des schlafmützigen russischen Beamten.

Die Arbeiter müssen an eine *eigene*, von Arbeitern zusammengestellte Streikstatistik denken. Die Schwierigkeiten, eine solche Statistik zusammenzustellen, sind bei den Verfolgungen, denen unsere Arbeitervereinigungen und die Arbeiterpresse ausgesetzt sind, natürlich außerordentlich groß. Mit einem Schlag diese Schwierigkeiten zu überwinden ist nicht

möglich. Doch die Arbeiter gehören nicht zu jenen, die Verfolgungen fürchten und vor Schwierigkeiten zurückweichen.

Selbst eine von Arbeitern zusammengestellte Teilstatistik der Streiks, die nur einzelne Bezirke, einzelne Industriezweige und relativ kurze Zeitabschnitte umfaßt, wäre von großem Nutzen. Eine solche Statistik würde die Arbeiter lehren, die Sache umfassender und besser zu führen, und es erlauben, von Zeit zu Zeit das von den Fabrikanten und Beamten gezeigte Bild mit dem von den Arbeitern selbst gezeichneten zu vergleichen.

Deshalb erlauben wir uns, die Analyse der Fabrikantenstatistik mit dem Wunsch zu beschließen, daß die Arbeiter immer und immer wieder, allen Hindernissen zum Trotz, versuchen, ihre eigene, proletarische Streikstatistik zu führen. Zwei, drei klassenbewußte Arbeiter können jeden Streik, den Zeitpunkt seines Beginns und Endes, die Teilnehmerzahl (wenn möglich, getrennt nach Geschlecht und Alter), seine Ursachen und seine Ergebnisse in einer genauen Beschreibung festhalten. Eine solche Beschreibung müßte in einem Exemplar der Leitung des entsprechenden Arbeiterverbandes (der Gewerkschaft o. ä. oder der Redaktion des betreffenden Gewerkschaftsorgans) zugestellt werden; ein zweites Exemplar müßte dem allgemeinen Organ der Arbeiterpresse, schließlich ein drittes Exemplar dem Arbeiterdeputierten in der Reichsduma zur Kenntnisnahme zugeleitet werden.

Sowohl eine von den Fabrikanten veranlaßte als auch eine regierungsamtliche Streikstatistik werden *immer* nicht nur Lücken enthalten, sondern auch Entstellungen. Selbst in der mit den Arbeitern sympathisierenden Presse findet man manchmal eine erstaunlich falsche, törichte und ganz in bürgerlichem Geist gehaltene Einschätzung der Streiks als Ausdruck eines „Fiebers" usw.

Nur wenn die Arbeiter selbst diese Sache anpacken, werden sie mit der Zeit, nach harter Arbeit und beharrlichen Anstrengungen, dazu beitragen, ihre eigene Bewegung besser zu erkennen und ihr dadurch größere Erfolge zu sichern.

„Metallist" (Der Metallarbeiter)
Nr. 7, 8 und 10,
24. August, 18. September und 25. Oktober 1913.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der Zeitschrift „Metallist".

DIE RUSSISCHE BOURGEOISIE UND DER RUSSISCHE REFORMISMUS

Die Rede, die Herr Salaskin in Nishni-Nowgorod im Namen der gesamtrussischen Kaufmannschaft hielt und in der er dem Ministerpräsidenten eine Erklärung über die „dringende Notwendigkeit" grundlegender politischer Reformen abgab, wurde in der Arbeiterpresse bereits erwähnt und eingeschätzt. Wir müssen jedoch noch einmal darauf zurückkommen, um auf zwei wichtige Umstände aufmerksam zu machen.

Wie rasch haben der vereinigte Adel und die gesamtrussische Kaufmannschaft ihre Rollen vertauscht! Vor 1905 hatte der Adel über vierzig Jahre lang liberal getan und in aller Ehrfurcht an eine Verfassung erinnert, während die Kaufmannschaft eher zufrieden als oppositionell zu sein schien.

Nach 1905 ergab sich das Gegenteil. Der Adel wurde erzreaktionär. Er war mit der Verfassung vom 3. Juni vollauf zufrieden, und wenn er eine Änderung an ihr wünschte, dann höchstens nach der rechten Seite hin. Die Kaufmannschaft dagegen wurde zu einer ausgeprägten liberalen Opposition.

Rußland hatte sich gewissermaßen mit einem Schlag „europäisiert", d. h. hatte die in Europa üblichen Beziehungen zwischen Feudalherren und Bourgeois hergestellt. Natürlich konnte das nur deshalb geschehen, weil den politischen Gruppierungen in Rußland schon lange rein kapitalistische Verhältnisse zugrunde lagen. Sie entwickelten sich seit 1861 schnell und waren endgültig im Feuer des Jahres 1905 herangereift. Alle volkstümlerischen Phrasen über irgendeine prinzipielle Eigentümlichkeit Rußlands, alle Versuche, Rußlands Politik und Wirtschaft als über den Klassen oder außerhalb der Klassen stehend zu betrachten, wurden mit einem Schlag bedeutungslos, verwandelten sich in langweiligen, unsinnigen, altmodisch-lächerlichen Kram.

Das ist ein Schritt vorwärts. Das ist die Befreiung von dem schädlichen Selbstbetrug, die Befreiung von den kindischen Hoffnungen, ohne Klassen-

kampf etwas Vernünftiges, Ernsthaftes erreichen zu können. Stell dich auf die Seite dieser oder jener Klasse, hilf beim Erkennen und Entfalten dieser oder jener Klassenpolitik – das ist die harte, aber nützliche Lehre, die in positiver Form vom Jahr 1905 erteilt, in negativer Form durch die Erfahrungen des Systems vom 3. Juni bestätigt worden ist.

Das Geschwätz der liberalen Intellektuellen und der kleinbürgerlichen Volkstümler, die die Klassen nicht sehen wollen, ist vom Schauplatz der Geschichte hinweggefegt worden. Und das ist sehr gut. Es war höchste Zeit!

Man betrachte anderseits den Reformismus der liberalen gesamtrussischen Kaufmannschaft. Sie spricht von der „dringenden Notwendigkeit von Reformen", wie sie im Manifest vom 17. Oktober versprochen wurden. Jedermann weiß, daß dort von „den unerschütterlichen Grundlagen der bürgerlichen Freiheit", von „der wirklichen Unantastbarkeit der Person", der „Gewissens-, Rede-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit" sowie von der „weiteren Entwicklung des Prinzips des allgemeinen Wahlrechts" die Rede ist.

Natürlich ist das wirklich eine Aufzählung der wichtigsten politischen Reformen. Natürlich würde die Verwirklichung auch nur einer einzigen dieser Reformen eine große Wendung zum Besseren bedeuten.

Und nun fordert die *ganze* gesamtrussische Kaufmannschaft, die wirtschaftlich mächtigste Klasse des kapitalistischen Rußlands, *alle* diese Reformen. Woher kommt es aber, daß diese Forderung mit völliger Gleichgültigkeit aufgenommen, einfach nicht ernst genommen wird, und zwar von allen, angefangen beim Ministerpräsidenten, der sie sich anhörte, etwas trank und aß, antwortete, sich bedankte und wieder ging, bis zu dem Moskauer Kaufmann, der erklärte, die Worte Salaskins seien vortrefflich, aber es käme nichts dabei heraus?

Woher kommt das?

Das kommt daher, daß Rußland jene besondere historische Situation durchlebt, die es schon lange nicht mehr in den großen Staaten Europas gibt (die es aber seinerzeit in jedem von ihnen gegeben hat), in der der Reformismus besonders borniert, lächerlich, ohnmächtig und daher widerwärtig ist. Gewiß würde die Verwirklichung einer beliebigen der von der Kaufmannschaft geforderten Reformen – der Gewissensfreiheit, der Koalitionsfreiheit oder einer anderen Freiheit – eine große Wendung zum

Besseren bedeuten. Jede fortgeschrittene Klasse – auch und in erster Linie die Arbeiterklasse – würde mit beiden Händen nach der kleinsten Möglichkeit greifen, durch Reformen eine Wendung zum Besseren herbeizuführen.

Diese einfache Wahrheit können die Opportunisten, die ihre neunmalweisen „Teilforderungen" in den Himmel heben, absolut nicht begreifen, obwohl das Beispiel der Arbeiter, die sehr gut die „Teil"reform (aber wirkliche Reform) der Versicherung beim Schopf gegriffen haben, jeden eines Besseren belehren müßte.

Aber das ist es ja eben, daß im Reformismus der Liberalen hinsichtlich der politischen Reformen nichts *„Wirkliches"* steckt. Mit anderen Worten: Alle, sowohl die Kaufleute als auch die in der Duma die Mehrheit bildenden Oktobristen und Kadetten, wissen sehr wohl, daß es nicht die geringste Möglichkeit gibt oder geben kann, auf reformistischem Wege auch nur eine einzige der von Salaskin geforderten Reformen zu verwirklichen. Alle wissen, begreifen und spüren das.

Daher steckt viel mehr historischer Realismus, historische Wirklichkeit und Wirksamkeit in dem einfachen Hinweis, daß es einen Weg über Reformen nicht gibt, als in dem marktschreierischen, aufgeblasenen, schwülstigen Gerede über alle möglichen Reformen. Wer genau weiß, daß es einen Weg über Reformen nicht gibt, und dieses Wissen an andere weitergibt, der tut für die Ausnutzung der Versicherung sowie jeder anderen „Möglichkeit", zur Förderung der Demokratie *in Wirklichkeit* tausendmal mehr als die, die von Reformen schwatzen, ohne selbst daran zu glauben.

Für das heutige Rußland trifft *besonders* die Wahrheit zu, die die Weltgeschichte hundertmal bestätigt hat, nämlich: Reformen sind nur als Nebenresultat einer Bewegung möglich, die völlig frei von jeglicher reformistischen Beschränktheit ist. Daher ist der liberale Reformismus so tot. Daher ist die Verachtung des Reformismus durch die Demokratie und die Arbeiterklasse so lebendig.

„Sewernaja Prawda" Nr. 21,
27. August 1913.
„Nasch Put" Nr. 3,
28. August 1913.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der „Sewernaja Prawda".

DIE ROLLE DER STÄNDE UND KLASSEN IN DER BEFREIUNGSBEWEGUNG

In einer juristischen Zeitschrift sind statistische Angaben über in Rußland begangene Staatsverbrechen erschienen. Diese Angaben sind sehr aufschlußreich, sie bieten exaktes Material über die Rolle der Stände und Klassen in der Befreiungsbewegung der verschiedenen Geschichtsepochen.

Leider sind die Daten unvollständig. Nur folgende Epochen sind angeführt: die Jahre 1827–1846 (die Epoche der Leibeigenschaft); 1884 bis 1890 (die Epoche der „Rasnotschinzen"*-Bewegung, des Ineinanderfließens der bürgerlich-liberalen und der liberal-volkstümlerischen Bewegung). Schließlich die Epoche unmittelbar vor der Revolution (1901 bis 1903) und der Revolution selbst (1905–1908), d. h. die Epochen der bürgerlich-demokratischen und der proletarischen Bewegung.

Folgende Daten ergeben sich über die Rolle der Stände. Von je 100 wegen Staatsverbrechen vor Gericht gestellten Personen waren:

Epochen	Adlige	Kleinbürger und Bauern	Geistliche	Kaufleute
1827–1846	76	23	?	?
1884–1890	30,6	46,6	6,4	12,1
1901–1903	10,7	80,9	1,6	4,1
1905–1908	9,1	87,7	?	?

Hieraus ist deutlich zu erkennen, wie rasch die Befreiungsbewegung im 19. Jahrhundert einen demokratischen Charakter annahm und wie einschneidend sich ihre klassenmäßige Zusammensetzung änderte. In der Epoche der Leibeigenschaft (1827–1846) überwog völlig der Adel. Das ist

* Rasnotschinzen – Angehörige der Intelligenz, hervorgegangen aus der Geistlichkeit, der Beamtenschaft, dem Kleinbürgertum und der Bauernschaft. *Der Übers.*

die Epoche von den Dekabristen bis zu Herzen. Das Rußland der Leibeigenschaft war niedergedrückt und ohne Bewegung. Es protestierte eine kleine Minderheit von Adligen, die ohne die Unterstützung des Volkes ohnmächtig waren. Doch die Besten unter den Adligen halfen, das Volk *wachzurütteln.*

In der Epoche der Rasnotschinzen oder der bürgerlich-liberalen Epoche (1884–1890) stellen die Adligen schon einen kleineren Prozentsatz der Teilnehmer an der Befreiungsbewegung. Zählt man aber die Geistlichen und die Kaufleute dazu, so erhalten wir 49%, d. h. *fast die Hälfte.* Die Bewegung ist immer noch zur Hälfte eine Bewegung der privilegierten Klassen – der Adligen und der oberen Schichten der Bourgeoisie. Daher die Ohnmacht der Bewegung, trotz des Heldentums einzelner.

Die dritte (1901–1903) und die vierte Epoche (1905–1908) sind die Epochen der bäuerlichen und der proletarischen Demokratie. Die Rolle des Adels ist ganz gering. Kleinbürger und Bauern machen $^{8}/_{10}$ vor der Revolution und $^{9}/_{10}$ während der Revolution aus. Die Massen sind erwacht. Daher zwei Ergebnisse: 1. die Möglichkeit, etwas Ernsthaftes durchzusetzen, und 2. der Haß der Liberalen auf die Bewegung (Aufkommen des konterrevolutionären Liberalismus).

Noch interessanter sind die Angaben über die Art der Beschäftigung, die aber nur für die drei letzten Epochen vorliegen. Von 100 Teilnehmern der Befreiungsbewegung (die wegen Staatsverbrechen belangt wurden) waren Beschäftigte:

Epochen	in der Landwirtschaft	in Industrie und Handel	in freien Berufen und Studierende	in unbestimmten Berufen und ohne Beschäftigung
1884–1890	7,1	15,1	53,3	19,9
1901–1903	9,0	46,1	28,7	8,0
1905–1908	24,2	47,4	22,9	5,5

Das sind sehr aufschlußreiche Zahlen. Sofort wird die Rolle des Rasnotschinzen in der Epoche der Volkstümler und der „Narodnaja Wolja" (1884–1890) deutlich: Die *meisten* Teilnehmer sind Studierende und Angehörige freier Berufe (53,3%). Ineinanderfließen der bürgerlich-liberalen und der liberal-volkstümlerischen Bewegung bei hervorragender Rolle der Studierenden und der Intelligenz – das bestimmte das Klassenwesen der damaligen Parteien und der damaligen Bewegung. Bauern

(„Landwirtschaft") und Industriearbeiter („Industrie und Handel") bilden eine kleine Minderheit (7 bzw. 15%). Sogenannte Deklassierte, d. h. Leute, die sich von ihrer Klasse losgelöst haben, keine Verbindung zu einer bestimmten Klasse mehr haben, machen *ein Fünftel* aus (19,9%), mehr als die Bauern und mehr als die Arbeiter!

Daher die eigentümlichen Formen der Bewegung, der große, aber ohnmächtige Heroismus.

Es kommt die Epoche vor der Revolution (1901–1903). Die Hauptrolle spielen die städtischen Arbeiter („Industrie und Handel"). Obwohl sie die Minderheit des Volkes ausmachen, stellen sie *fast die Hälfte* (46,1%) der Teilnehmer. Die Intelligenz und die Studierenden stehen *schon* an zweiter Stelle (entgegen den Lügenmärchen der Liberalen und Liquidatoren über die Arbeiterpartei). Die Rolle der Bauern ist gering (9% aus der „Landwirtschaft"), nimmt aber zu.

Die letzte Epoche, 1905–1908. Der Anteil der städtischen Arbeiter ist von 46,1 auf 47,4% gestiegen. Sie haben bereits die Masse der Bauern wachgerüttelt, die ihren Anteil an der Bewegung mehr als alle übrigen Klassen erhöht haben – von 9 auf 24,2%, d. h. *auf fast das Dreifache*. Die Bauernschaft hat die liberalen Intellektuellen und Studierenden bereits überholt (22,9%). Die Rolle der Deklassierten, von ihrer Klasse Losgelösten, ist ganz gering (5,5%). Der gehässig-verleumderische Charakter der liberalen Theorie vom „intelligenzlerischen" Charakter unserer Revolution tritt ganz klar zutage.

Das Proletariat und die bürgerliche Demokratie (die Bauernschaft), sie sind es, die die gesellschaftliche Kraft der Bewegung ausmachen. Aber die Bauernschaft, die im Verhältnis zu den Arbeitern und Städtern die ungeheure Mehrheit bildet, steht weit zurück, denn sie stellt nur *ein Viertel* (24,2%) der Teilnehmer, da sie noch nicht genügend wachgerüttelt ist.

Zum Schluß nur noch ein Lob für die (Stolypinsche) Agrarpolitik des 3. Juni, die sehr erfolgreich, rasch und energisch auch die übrigen wachrüttelt . . .

„Sewernaja Prawda" Nr. 22,
28. August 1913.
„Nasch Put" Nr. 4,
29. August 1913.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der „Sewernaja Prawda".

KLASSENKRIEG IN DUBLIN

In Dublin, Irlands Hauptstadt, einer Halbmillionenstadt mit verhältnismäßig geringer Industrie, hat sich der Klassenkampf, der das gesamte Leben jeder kapitalistischen Gesellschaft erfüllt, bis zum Klassenkrieg zugespitzt. Die Polizei ist geradezu rasend geworden, betrunkene Polizisten knüppeln friedliche Arbeiter nieder, dringen in die Häuser ein, mißhandeln Greise, Frauen und Kinder. Hunderte verwundete (über 400) und *zwei ermordete* Arbeiter sind die Opfer dieses Krieges. Alle namhaften Arbeiterführer sind verhaftet. Wegen der harmlosesten Rede wird man ins Gefängnis geworfen. Die Stadt gleicht einem Kriegslager.

Was ist geschehen? Wie konnte ein solcher Krieg in einem friedlichen, kulturvollen, zivilisierten, freien Staat entbrennen?

Irland ist so etwas wie ein englisches Polen, nur mehr vom Typ Galiziens als vom Typ Warschaus, Lodz', Dombrowas. Nationale Unterdrückung und katholische Reaktion verwandelten die Proletarier dieses unglücklichen Landes in Bettler, die Bauern in rückständige, unwissende und stumpfsinnige Sklaven des Pfaffentums, die Bourgeoisie in eine durch nationalistische Phrasen getarnte Phalanx der Kapitalisten, der Gewaltherrscher über die Arbeiter, und schließlich die Behörden in eine Bande, der jegliche Gewalttat zur Gewohnheit geworden ist.

Jetzt haben die irischen Nationalisten (d. h. die irischen Bourgeois) gesiegt: Sie kaufen ihre Ländereien den englischen Gutsbesitzern (Landlords) ab; sie erhalten die nationale *Selbstverwaltung* (die berühmte Homerule, um die Irland so lange und hartnäckig mit England ringen mußte); sie werden zusammen mit „ihren", den irischen Pfaffen „ihr" Land frei regieren.

Und nun feiert diese nationalistische irische Bourgeoisie ihren „natio-

nalen" Sieg, ihre „staatliche" Reife dadurch, daß sie der irischen Arbeiterbewegung einen Krieg auf Leben und Tod erklärt.

In Dublin gibt es einen englischen Statthalter. Aber seine Macht steht in Wirklichkeit hinter der Macht des Dubliner Kapitalistenführers, eines gewissen Murphy, zurück, der Herausgeber der Zeitung „Independent" („Der Unabhängige" – lachen Sie nicht!), Hauptaktionär und Direktor der Gesellschaft der städtischen Straßenbahnen und Teilhaber einer ganzen Reihe kapitalistischer Unternehmungen in Dublin ist. Murphy erklärte – natürlich im Namen aller irischen Kapitalisten –, daß er bereit sei, 3/4 Million Pfund Sterling (etwa 7 Millionen Rubel) für die Zerschlagung der irischen Gewerkschaften zu opfern.

Diese Gewerkschaften begannen sich nämlich prächtig zu entwickeln. Dem seinen „nationalen" Sieg feiernden irischen Bourgeoisgesindel folgte auf den Fersen das sich seiner Klasse bewußt werdende irische Proletariat. Es fand einen begabten Führer in dem Genossen *Larkin*, dem Sekretär des irischen Transportarbeiterverbandes. Mit seinem hervorragenden Rednertalent und seiner sprudelnden irischen Energie vollbrachte Larkin Wunder unter den ungelernten Arbeitern, dieser Masse des britischen Proletariats, die in England durch den verfluchten spießbürgerlichen, liberalen, aristokratischen Geist des englischen „gelernten" (skilled) Arbeiters so häufig von den vorgeschrittensten Arbeitern isoliert wird.

In den irischen Arbeiterorganisationen ist ein neuer Geist erwacht. Die ungelernten Massen bewirkten eine nie gekannte Belebung in den Gewerkschaften. Sogar die Frauen begannen sich zu organisieren – eine im katholischen Irland bislang unbekannte Erscheinung. Dublin versprach die Stadt in Großbritannien zu werden, wo die Arbeiter am besten organisiert sind. Das Land, für das die Figur des feisten, wohlgenährten katholischen Pfaffen und des elenden, hungernden, zerlumpten Arbeiters, der selbst an Sonntagen in Lumpen geht, weil er sich keine Festtagskleidung kaufen kann, charakteristisch war – dieses durch doppeltes und dreifaches, nationales, Joch unterdrückte Land hat begonnen, sich in ein Land der organisierten Armee des Proletariats umzuwandeln.

Murphy verkündete einen Kreuzzug der Bourgeoisie gegen Larkin und den „Larkinismus". Für den Anfang werden 200 Straßenbahner entlassen, um einen Streik während der Ausstellung zu provozieren und den ganzen Kampf zu *vergiften*. Der Transportarbeiterverband streikt und fordert die

Wiedereinstellung der Entlassenen. Murphy veranlaßt Aussperrungen der Arbeiter. Diese antworten mit Streiks. Krieg tobt auf der ganzen Linie. Die Leidenschaften entflammen.

Larkin – übrigens ein Enkel des berühmten Larkin, der 1867 wegen Beteiligung an der irischen Befreiungsbewegung hingerichtet wurde –, Larkin hält auf Meetings leidenschaftliche Reden. Er sagt in einer Rede auch, daß die Partei der englischen bürgerlichen Feinde der irischen „Homerule" unbehindert zum Widerstand gegen die Regierung aufruft, mit der Revolution droht, gegen die Homerule bewaffneten Widerstand organisiert, das Land mit revolutionären Aufrufen überschüttet, und das völlig ungestraft.

Aber was den Reaktionären, den *englischen* Chauvinisten Carson, Londonderry, Bonar Law (den englischen Purischkewitsch, den Nationalisten, die gegen Irland hetzen) erlaubt ist, ist nicht dem Proletarier und Sozialisten erlaubt. Larkin wird festgenommen. Das Arbeitermeeting wird verboten.

Dennoch ist Irland nicht Rußland. Der Anschlag auf die Versammlungsfreiheit löst einen Sturm der Entrüstung aus. Larkin *muß* vor Gericht gestellt werden. Vor Gericht aber wird Larkin zum Ankläger und weist faktisch Murphy selbst auf die Anklagebank. Durch Kreuzverhör der Zeugen weist Larkin nach, daß Murphy am Vorabend seiner, Larkins, Verhaftung lange mit dem Statthalter verhandelt hatte. Larkin erklärt, daß die Polizei von Murphy ausgehalten wird, und niemand wagt es, ihm zu widersprechen.

Larkin wird gegen Kaution freigelassen (die politische Freiheit kann man nicht sofort aufheben). Larkin gibt bekannt, daß er um jeden Preis an dem Meeting teilnehmen werde. Und wirklich, er kommt verkleidet und beginnt, zur Menge zu sprechen. Die Polizei erkennt ihn, faßt und schlägt ihn. Es beginnt eine zwei Tage währende Diktatur des Polizeiknüppels, die Menge wird zusammengeschlagen, Frauen und Kinder werden mißhandelt. Die Polizei dringt in die Häuser der Arbeiter ein. Der Arbeiter *Nolan*, Mitglied des Transportarbeiterverbandes, wurde zu Tode geprügelt. Ein anderer Arbeiter erlag seinen Verletzungen.

Am Donnerstag, dem 4. September (22. August a. St.), wurde Nolan beigesetzt. Die Proletarier Dublins gaben ihrem Genossen das letzte Geleit in einem Trauerzug von 50 000 Menschen. Die Polizeibestien hielten

sich verborgen, da sie sich fürchteten, die Menge zu reizen, und alles vollzog sich in vorbildlicher Ordnung. „Das ist eine imposantere Demonstration als beim Begräbnis Parnells" (des berühmten Führers der irischen Nationalisten), sagte ein alter Ire zu einem deutschen Korrespondenten.

Die Dubliner Ereignisse werden zu einem Wendepunkt in der Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus in Irland werden. Murphy drohte, die irischen Arbeiterorganisationen zu vernichten. Er vernichtete aber nur die letzten Reste des Einflusses der nationalistischen irischen Bourgeoisie auf das irische Proletariat. Er half, eine selbständige, von nationalistischen Vorurteilen freie und revolutionäre Arbeiterbewegung in Irland zu schmieden.

Das zeigte sich sofort auf dem am 1. September (19. August a. St.) eröffneten Kongreß der Gewerkschaften (Trade-Unions) in Manchester. Die Dubliner Ereignisse rissen die Delegierten mit – trotz des Widerstands der opportunistischen Gewerkschaftsfunktionäre mit ihrer spießbürgerlichen Gesinnung und ihrer Begeisterung für die Obrigkeit. Die Delegation der Dubliner Arbeiter wurde mit Ovationen empfangen. Der Delegierte Partridge, Vorsitzender der Dubliner Sektion des Metallarbeiterverbandes, berichtete von den empörenden Gewaltakten der Polizei in Dublin: Eine junge Arbeiterin legte sich gerade schlafen, als Polizei ins Haus drang. Das Mädchen versteckte sich in der Toilette. Sie wurde an den Haaren herausgezerrt. Die Polizisten waren betrunken. Diese „Menschen" (in Anführungszeichen) knüppelten zehnjährige Knaben und fünfjährige Kinder nieder!

Partridge wurde zweimal wegen Reden verhaftet, die selbst der Richter als friedlich bezeichnete. Ich bin gewiß, sagte Partridge, daß man mich jetzt festnehmen würde, wenn ich öffentlich das „Vaterunser" betete.

Der Kongreß von Manchester entsandte eine Delegation nach Dublin. Die dortige Bourgeoisie griff wieder zur nationalistischen Waffe (genauso wie die nationalistischen Bourgeois bei uns in Polen, in der Ukraine oder unter den Juden!) – „Engländer haben auf irischem Boden nichts zu suchen"! Aber die Nationalisten haben *zum Glück* auf die Arbeiter keinen Einfluß mehr.*

* Irische Nationalisten äußern bereits Befürchtungen, Larkin könne eine unabhängige irische Arbeiterpartei gründen, mit der man in dem ersten irischen nationalen Parlament zu rechnen habe.

Auf dem Kongreß in Manchester wurden Reden gehalten, wie man sie schon lange nicht mehr gehört hatte. Es wurde vorgeschlagen, den ganzen Kongreß nach Dublin zu verlegen und den Generalstreik in ganz England auszurufen. Smillie, der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft, erklärte, daß mit den Dubliner Methoden allen englischen Arbeitern eine Revolution aufgezwungen werde, und daß sie es lernen würden, die Waffen zu handhaben.

Die englische Arbeitermasse beschreitet langsam, aber sicher einen neuen Weg – sie geht von der Verteidigung der kleinen Privilegien der Arbeiteraristokratie über zu dem großen Heldenkampf der ganzen Masse für eine neue Gesellschaftsordnung. Und auf diesem Weg wird das englische Proletariat, bei seiner Energie und Organisiertheit, den Sozialismus schneller und sicherer aufbauen als das Proletariat irgendwo anders.

„Sewernaja Prawda" Nr. 23,
29. August 1913.
„Nasch Put" Nr. 5,
30. August 1913.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der „Sewernaja Prawda".

NEUE MASSNAHMEN ZUR AGRAR„REFORM"

Die Regierung hat einen neuen Gesetzentwurf über den bäuerlichen Grundbesitz ausgearbeitet. Man will schleunigst der „Zerstückelung" der Einzelhöfe und des Sonderlands „Einhalt gebieten". Die Gutsbesitzer wollen „das kleine Grundeigentum schützen" – vor Zersplitterung, Zerfall und Auflösung.

Das Wesen des Gesetzes besteht darin, daß es die Teilung der *mittleren* Bauernländereien, Einzelhöfe wie Sonderland, verbietet. Sowohl im Falle des Verkaufs als auch der Vererbung sollen solche Ländereien in der Hand eines einzelnen Besitzers verbleiben. Die Miterben werden nach einer von den gutsherrlichen Flurbereinigungskommissionen vorgenommenen Schätzung in Geld „ausgezahlt".

Die Gelder für die Auszahlung leiht die Bauernbank zu besonders günstigen Bedingungen unter Verpfändung des Bodens. Die Größe der mittleren (unteilbaren) Ländereien wird durch die 1861 erlassenen fronherrlichen Gesetze über den Ukas-Anteil[83] bestimmt.

Was dieser Gesetzentwurf zu bedeuten hat, liegt auf der Hand. Die Gutsbesitzer wollen ein privilegiertes und vor dem Kapitalismus geschütztes Grundeigentum der bäuerlichen Bourgeoisie schaffen. Die Gutsbesitzer merken, daß ihre Privilegien und ihr fronherrlicher Grundbesitz ins Wanken geraten, und suchen deshalb die zwar zahlenmäßig schwache, aber reichste Schicht der bäuerlichen Bourgeoisie auf ihre Seite zu ziehen. Ich trete euch einen kleinen Teil meiner Privilegien ab, sagt der Gutsbesitzer zu den Großbauern und Reichen, und helfe euch, euch auf Kosten der Masse der dem Ruin entgegengehenden Bauern zu bereichern, ihr aber schützt mich vor dieser Masse, ihr werdet die Stütze der Ordnung sein. Das ist der klassenmäßige Sinn des neuen Gesetzentwurfs.

Er entspricht voll und ganz der allgemeinen Richtung der sogenannten Stolypinschen Agrarpolitik des 3. Juni. Es ist ein und dieselbe gutsherrliche Politik, und eine andere Politik können die Gutsbesitzer als Klasse nach dem Jahr 1905 in Rußland auch nicht betreiben. Anders können sie ihre Privilegien, ja sogar ihre Existenz nicht behaupten.

Die Demokratie – die proletarische wie die bürgerliche (d. h. die Bauernschaft in ihrer Masse) – muß diese unbestreitbare Wahrheit der Klassenverhältnisse erkennen und aus ihr die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen. Nichts ist törichter und reaktionärer als der Beamtenstandpunkt, auf dem die Liberalen und die Volkstümler stehen, die die *Mobilisierung* der bäuerlichen Ländereien, d. h. ihren freien Kauf und Verkauf, fürchten. Die „Retsch" zum Beispiel erklärt in zwei Leitartikeln über den neuen Gesetzentwurf, daß „der Schutz des kleinen Grundeigentums eine notwendige Erscheinung ist". Schlimm sei jedoch, daß man die Agrarpolitik des 3. Juni „plötzlich, als scharfe politische Waffe" angewandt habe.

Der neunmalkluge Liberale in der Rolle eines „über den Klassen stehenden" Beamten, der Stolypin, den Führer der Gutsbesitzer, tadelt, weil er eine politische Waffe zugunsten der Gutsbesitzer gebraucht hat! Den feigen Wunsch, dem unvermeidlichen Klassenkampf zu entgehen, tarnt man durch Gejammer über den Zusammenhang zwischen den Interessen einer Klasse und deren Politik. Kein Wunder, daß Stolypin für *solche* Gegner nur Spott übrig hatte.

Der „Schutz des kleinen Grundeigentums", diese Lieblingsformel der (russischen) Liberalen und Volkstümler, ist eine reaktionäre Phrase. Die Arbeiterklasse unterstützt die Bauernschaft (und führt sie) nur dann und insofern, als die Bauernschaft demokratisch handelt, d. h. im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts und der Entwicklung des Kapitalismus, im Interesse der Befreiung des Landes vom Joch der Fronherren und von deren Privilegien. Jede Beschränkung der Mobilisierung der bäuerlichen Ländereien aber ist eine Maßnahme, die erstens widersinnig ist, den Kapitalismus doch nicht aufzuhalten vermag und nur die Lage der Masse verschlimmert, ihr Leben erschwert und sie zwingt, sich auf eine Umgehung des Gesetzes einzulassen, und zweitens ist das eine Maßnahme, die in Wirklichkeit eine kleine Schicht *privilegierter* Kleinbürger, der rückständigsten und borniertesten Feinde des Fortschritts, erzeugt.

Der Klassenpolitik der fronherrlichen Gutsbesitzer stellt die Arbeiter-

klasse nicht Phrasen von einer Position „über den Klassen" entgegen, sondern die Interessen der anderen Klassen, die neun Zehntel der Bevölkerung ausmachen. Die Bauernschaft als kleinbürgerliche Masse wird lange hin- und herschwanken zwischen dem konsequenten Demokratismus des Proletariats und der Hoffnung auf Almosen von den Gutsbesitzern, auf eine Teilung der Privilegien mit ihnen.

Doch die Bedingungen unter der Herrschaft der russischen Gutsbesitzer sind für die Bauern so schwer, die Hungersnöte der Millionen, unter diesen Bedingungen, so häufig, daß es gar keinen Zweifel darüber geben kann, wem alles Lebendige, Lebensfähige und Denkende folgen wird.

„Nasch Put" Nr. 4,
29. August 1913.
„Sewernaja Prawda" Nr. 24,
30. August 1913.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der
„Sewernaja Prawda".

DER KAUFMANN SALASKIN UND DER PUBLIZIST TH. D.

Die Rede des Kaufmanns Salaskin ist zweifellos von großer gesellschaftlicher Bedeutung. In die Vergangenheit entrückt ist jene Geschichtsepoche, die Epoche der „ursprünglichen Akkumulation", wo der adlige Gutsbesitzer sein Mißbehagen zum Ausdruck brachte und von „Vertrauen" sprach und der Kaufmann Bücklinge machte und sich bedankte.

Vorbei ist auch die erste Etappe der konterrevolutionären Epoche des 3. Juni, wo der durch die Bewegung der Massen zu Tode erschreckte Kaufmann mit Begeisterung und Rührung zu Stolypin aufschaute. Begonnen hat die zweite Etappe, die Etappe des Aufschwungs der Arbeiterbewegung, der „gesellschaftlichen" Belebung und des kaufmännischen Liberalismus.

Die richtige Beurteilung dieses zwischen dem Oktobrismus und der Partei der Kadetten stehenden Liberalismus *drängt sich* immer mehr (durch den Verlauf der Ereignisse) sogar der kleinbürgerlichen Demokratie *auf*. Die „Sewernaja Prawda" zitierte unlängst die richtige Betrachtung der „Kiewskaja Mysl" (siehe die „Sewernaja Prawda" Nr. 9 vom 11. August*) über die *Trennung* des Liberalismus von der Demokratie, über die Annäherung des Liberalismus der Kadetten – ganz zu schweigen von den „Progressisten" – an den reaktionären Nationalismus.

Doch einige Publizisten sind sogar hinter der kleinbürgerlichen Demokratie zurückgeblieben, da sie in ihrer eigenen opportunistischen Doktrin befangen sind. An der Spitze dieser Publizisten steht natürlich der Liquidator Th. D.

In seiner Einschätzung der Salaskinschen Rede schreibt Th. D. („Nowaja

* Siehe den vorliegenden Band, S. 292–294. *Die Red.*

Rabotschaja Gaseta" vom 23. August), daß die Schwarzhunderter recht haben, wenn sie sich über Salaskin empören, „aber recht hat auch die linke (lies: liberale) Presse, wenn sie auf die organische Unfähigkeit der Bürokratie hinweist, den herangereiften Bedürfnissen des Landes gerecht zu werden. Unrecht hat nur die ‚Rossija'."

„Nicht die Vorliebe für radikale Programme erklärt Salaskins Rede", schreibt Th. D., „sondern die mangelnde Ordnung und Gesetzlichkeit. Der Kaufmann hat angefangen zu rebellieren ... Und wenn es so ist, dann ist der Kaufmann gezwungen, mag er radikalen Programmen noch so feindlich gegenüberstehen, wenn nicht heute, dann morgen seine Bemühungen mit den Bemühungen radikalerer Schichten des Landes zu kombinieren."

So urteilt Th. D. Weiter als zu einer Kombinierung des Liberalismus mit den Arbeitern kommt er nicht.

Originell! Die Kombinierung der Bemühungen des Kaufmanns mit den Bemühungen des Schwarzhundertergutsbesitzers bemerkt Th. D. nicht. Er bemerkt nicht, daß Salaskin für die „Grundlagen" des Regimes vom 3. Juni eintritt und Purischkewitsch im Rahmen dieser Grundlagen zurückdrängen will.

Er bemerkt anderseits nicht den Unterschied zwischen der *reformistischen* Position der Liberalen und Salaskins und der von der jämmerlichen Beschränktheit des Reformismus freien Position der Arbeiterklasse. Das Wesentliche, wodurch sich jetzt die Demokratie vom Liberalismus unterscheidet, ist dem Publizisten Th. D. entgangen.

Th. D. interessiert sich *nur* für eins – für die „Kombinierung" der Liberalen mit den Arbeitern. Eine interessante ... Beschäftigung!

Betrachten Sie den Artikel von Th. D. als ein politisches Dokument – vom „gesamteuropäischen" Standpunkt (lieben es doch Th. D. und seine Freunde so sehr, von ihrem Europäismus zu reden ...). Sie werden erkennen, daß Th. D. vollauf die Position Lloyd Georges und der extremsten Opportunisten der „Arbeiterpartei" (in England) oder die Position eines Combes und Jaurès (in Frankreich) oder die Position des „Berliner Tageblatts", des Organs der linken Liberalen in Berlin, sowie Bernsteins, Kolbs und Vollmars teilt.

Der Artikel von Th. D. enthält nichts Unannehmbares für einen linken Kadetten, der sich für eine „Kombinierung" „der Bemühungen Salaskins mit den Bemühungen radikalerer Schichten des Landes" einsetzt.

Der Marxist sagt den Arbeitern: Nutzt die Unstimmigkeiten zwischen den Salaskin und den Purischkewitsch aus und neutralisiert die Schwankungen der Salaskin, die sich mit den Purischkewitsch viel enger als mit der Opposition „kombiniert haben". Der Liberale sagt den Arbeitern: Die Salaskin werden ihre Bemühungen mit den eurigen kombinieren müssen.

Wie kommt es, daß der Publizist Th. D. vergessen hat, die Klassenwurzeln des Reformismus der Liberalen überhaupt und Salaskins im besonderen zu erklären? Wie kommt es, daß Th. D. sogar vergessen hat, auf die ganze unsinnige, lächerliche, widerwärtige Beschränktheit des Reformismus der Kaufleute à la Salaskin unter russischen Verhältnissen hinzuweisen?

Kommt das nicht vielleicht daher, daß dieser Publizist, *entgegen* seinem marxistischen „Aushängeschild", auf demselben reformistischen Standpunkt steht, auf dem der Kaufmann Salaskin *im Einklang* mit den Interessen seiner Klasse und seinem progressistischen, das heißt halboktobristischen, Aushängeschild steht?

„Sewernaja Prawda" Nr. 26,
1. September 1913.
Unterschrift: Ein Beinahe-Versöhnler.

Nach dem Text der „Sewernaja Prawda".

KAMPF FÜR DEN MARXISMUS

Die Frage der von den Arbeitern für die Petersburger Arbeiterpresse durchgeführten Geldsammlungen wurde in letzter Zeit eifrig in den Zeitungen erörtert. Und man muß zugeben, daß eine möglichst gründliche und ernste Erörterung dieser Frage unbedingt notwendig ist, denn sie ist von großer prinzipieller politischer Wichtigkeit.

Worum geht es? Die Liquidatoren („Nowaja Rabotschaja Gaseta") sind für eine gleichmäßige Aufteilung der Geldsammlungen. Die Marxisten („Sewernaja Prawda") fordern die Aufteilung der Sammlungen so, wie es die Arbeiter, die ihr Scherflein beitragen, bestimmen. In Diskussionen über die Richtung der einen oder anderen Zeitung sollen die Arbeiter selbst entscheiden, *für wen* sie ihre Sammlungen bestimmen.

In dem ersten *Dokument* zu dieser Frage, einer Resolution von 22 Wiborger Anhängern des Liquidatorentums, hieß es (siehe „Nowaja Rabotschaja Gaseta" Nr. 2 vom 9. August) einfach: „Die Sammlungen sind für alle Arbeiterzeitungen gleichmäßig durchzuführen." Später wurde in den Resolutionen eines Teils der Arbeiter der Nobel- und der Putilow-Werke (ebenda, Nr. 6, 8, 9, 10) die Aufteilung der Sammlungen in *drei gleiche* Teile vertreten und praktiziert: einen für die Marxisten, einen für die Liquidatoren und einen für die Volkstümler. Die Redaktion der „Nowaja Rabotschaja Gaseta" billigte das stillschweigend und verteidigte es in einem Artikel von G. R.[84] (Nr. 9).

Die „Sewernaja Prawda" dagegen wies nach, daß die gleichmäßige Aufteilung eine falsche Methode ist, die den Aufgaben und Zielen des Marxismus nicht entspricht.

Wir wiederholen, jeder klassenbewußte Arbeiter muß diese Frage aufmerksam und ganz selbständig studieren.

Welche Argumente werden zugunsten der gleichmäßigen Aufteilung angeführt? Man beruft sich auf „die heilige Losung der marxistischen Arbeiter: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Es fragt sich: Fordert diese Losung die Vereinigung der marxistischen Arbeiter, der Mitglieder, sagen wir, der marxistischen Partei, mit den Arbeitern, die den *bürgerlichen* Parteien folgen? Nach kurzer Überlegung wird jeder Arbeiter zugeben, daß sie das nicht tut.

In allen Ländern, selbst in den fortgeschrittensten, gibt es Arbeiter, die bürgerlichen Parteien folgen: den Liberalen in England, den „Radikalsozialisten" in Frankreich, den Katholiken und der liberalen „Volks"partei in Deutschland, der reformistischen (kleinbürgerlichen) Partei in Italien usw. bis zur kleinbürgerlichen PPS (der „Polnischen Sozialistischen Partei")[85] im benachbarten Polen.

Die große Losung fordert die Arbeiter auf, sich zu einer proletarischen, selbständigen Klassenpartei zu vereinigen, *alle* aufgezählten Parteien aber sind *keine* proletarischen Parteien.

Man nehme das Grundprinzip unserer Volkstümler. Die Ansicht der Volkstümler, die Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden und die gleichmäßige Aufteilung sei Sozialismus oder „Sozialisierung", ist nur eine irrige und *bürgerliche* Ansicht. Marx hat längst bewiesen, daß kühne *bürgerliche* Ökonomen die Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden fordern können und gefordert haben.[86] Das ist eine *bürgerliche* Umgestaltung, die das Wirkungsfeld des Kapitalismus *erweitert*. Wir unterstützen die Bauern, die ja *bürgerliche* Demokraten sind, in ihrem Kampf gegen die fronherrlichen Gutsbesitzer um Land und Freiheit.

Aber eine Einheit der proletarischen Organisation der Lohnarbeiter mit der kleinbürgerlichen bäuerlichen Demokratie ist eine grobe Verletzung der großen Losung des Marxismus. Versuche, eine solche Einheit herzustellen, würden der Arbeiterbewegung großen Schaden zufügen und immer mit einem raschen Fiasko enden.

Die Geschichte Rußlands (1905–1906–1907) hat bewiesen, daß die Volkstümler außer in der linken Bauernschaft eine Massen-, eine Klassenbasis weder haben noch haben können.

Die Liquidatoren und die Arbeiter, die ihnen folgen, sind also vom Marxismus abgerückt, vom *Klassen*weg abgewichen, sie haben den Weg der parteilosen Einheit der Lohnarbeiter mit der kleinbürgerlichen Partei

beschritten. Denn das ist gerade *parteilose* Vereinigung, wenn man den Arbeiter auffordert: untersuche nicht, wo die proletarische und wo die kleinbürgerliche Partei ist, sondern teile in gleiche Teile.*

Die Massen „erkennen nicht das Wesen der Sache", schrieb G. R. in Nr. 9 der „Nowaja Rabotschaja Gaseta". Gerade deshalb brauchen wir unsere alte, erprobte, marxistische Zeitung, um das *Bewußtsein* der „nicht erkennenden" Massen zu *entwickeln*, um ihnen beim Herausfinden und *Erkennen* zu *helfen*.

Wenn aber G. R. und ähnliche Literaten sich *gegen* die organisierte, marxistische Vereinigung auf „die Massen, die nicht das Wesen der Sache erkennen", berufen (ohne dabei die Frage der Vereinigung der zwei Parteien zu stellen!), so heißt das, daß sie der Parteilosigkeit *das Wort reden*, vom Marxismus *abweichen*, heimlich kleinbürgerliche Ansichten und eine kleinbürgerliche Politik einschmuggeln.

Eine solche Politik rechtfertigt es, daß man die Liquidatoren Liquidatoren nennt, d. h. Abtrünnige von der marxistischen Organisation, Zerstörer dieser Organisation.

Ein anderes Argument (siehe den Artikel von G. R. und die Äußerung

* Wie manche Arbeiter auf dieses prinzipienlose Gerede der Liquidatoren reagieren, kann man auch an Hand der folgenden, in Nr. 21 der „Nowaja Rabotschaja Gaseta" abgedruckten Resolution beurteilen:

„Eine solche Lösung (gleichmäßige Aufteilung zwischen den drei Zeitungen . . .) halten wir für notwendig und für einzig und allein gerecht: erstens, weil alle drei Zeitungen als Arbeiterzeitungen in gleicher Weise Strafen und Verfolgungen ausgesetzt sind, und zweitens, weil sich die große Mehrzahl der Arbeiter, bei uns ebenso wie auch anderswo, über die Besonderheiten der verschiedenen Parteiströmungen noch nicht völlig im klaren ist und sich nicht bewußt einer von ihnen anschließen kann, sondern mit ihnen allen in gleicher Weise sympathisiert."

Die Liquidatorenzeitung hat kein einziges Mal versucht, ihren Lesern zu erklären bzw. ihnen die Möglichkeit zur selbständigen Klärung der Frage zu geben, ob man eine Volkstümlerzeitung für eine Arbeiterzeitung halten kann und ob man sie mit einer marxistischen oder selbst mit einer liquidatorischen in einen Topf werfen darf. Nur um den Marxisten „Unannehmlichkeiten" zu bereiten, zieht es die „Nowaja Rabotschaja Gaseta" vor, es mit den „Unaufgeklärten" zu halten und denjenigen hinterherzutrotten, die sich nicht zurechtgefunden haben.

der Redaktion selbst in Nr. 6 der „Nowaja Rabotschaja Gaseta") behauptet, daß die Geldsammlungen, die getrennt nach den Richtungen durchgeführt werden, den „einmütigen Widerstand gegen die Reaktion", die die Arbeiterzeitungen verfolgt, verhindern.

Jeder klassenbewußte Arbeiter wird nach kurzem Nachdenken erkennen, daß dies das alte liberale Argument von der Zerstörung der „Einmütigkeit gegen die Reaktion" durch die Trennung der Demokratie von den Liberalen ist. Das ist ein bürgerliches Argument, ein zutiefst falsches Argument.

Die parteilose Masse, die, wie der Liquidator G. R. versichert, „nicht das Wesen der Sache erkennt", lernt sehr schnell an Hand von Beispielen. Wer noch sehr unwissend ist und wenig Bewußtsein hat, nicht nachdenken und „erkennen" kann oder zu faul dazu ist, der winkt ab und meint: „Auch ich protestiere, gib allen den gleichen Teil." Wer aber nachzudenken und zu „erkennen" *beginnt*, der wird sich *außerdem* die *Diskussion über die Plattformen* anhören, d. h. die Verteidigung der Ansichten jeder Richtung, und beim Anhören der Klassen*bewußteren* allmählich selbst etwas lernen und von der Unentschiedenheit und allgemeinen Sympathie für alle zu einer bestimmten durchdachten Einstellung zu den Zeitungen kommen.

Alle diese Binsenwahrheiten, die „ein jeder Arbeiter kennen und wissen muß", haben die Liquidatoren vergessen. Die Liquidatoren haben mit ihrem *Plan* „teile in gleiche Teile" bewiesen, daß man sie *zu Recht* für Leute hält, die der Parteilosigkeit das Wort reden, vom Marxismus abweichen und für den „bürgerlichen Einfluß auf das Proletariat" eintreten (siehe den einstimmigen Beschluß der Marxisten vom Januar 1910).

Die marxistische Organisation vereinigt die *klassenbewußten* Arbeiter durch ein gemeinsames Programm, eine gemeinsame Taktik, durch gemeinsame Beschlüsse über die Stellung zur Reaktion, zu den Kapitalisten, zur demokratischen Bourgeoisie (Volkstümler) usw. Alle diese *gemeinsamen* Beschlüsse – unter anderem die Beschlüsse von 1908, 1912 und 1913 über die Unsinnigkeit und Verderblichkeit des *Reformismus* – werden von den Marxisten verteidigt und unermüdlich durchgeführt.

Die Diskussionen (Gespräche, Erörterungen, Polemiken) über die Parteien und über die gemeinsame Taktik sind notwendig; ohne sie ist die Masse zersplittert; ohne sie ist ein gemeinsamer Beschluß *unmöglich*, ist

also auch die Aktionseinheit unmöglich. Ohne sie *zerfällt* die marxistische Organisation der *Arbeiter*, die „das Wesen der Sache erkennen", ohne sie wird der Bourgeoisie die Einflußnahme auf die Zurückgebliebenen erleichtert.

Dadurch, daß sie die Sammlungen getrennt nach den Richtungen, verbunden mit Diskussionen über die Plattformen, verteidigen, kämpfen die besten Arbeiter Petersburgs für den Marxismus und gegen die Anhänger der Parteilosigkeit.

Und wir sind überzeugt, daß die Arbeiter immer und überall mit allen Kräften *nur* für das marxistische System der Sammlungen und der die Massen *aufklärenden* Diskussionen eintreten werden.

„Sewernaja Prawda" Nr. 27,
3. September 1913.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der „Sewernaja Prawda".

EINE WOCHE NACH DER SCHLACHT IN DUBLIN

Am Sonntag, dem 7. September (25. August a. St.) – genau eine Woche nach der Polizeischlacht –, veranstalteten die Arbeiter von Dublin eine mächtige Protestkundgebung gegen das Vorgehen der irischen Kapitalisten und der irischen Polizei.

Die Kundgebung fand in derselben Straße (O'Connel Street) und an derselben Stelle statt, wo am Sonntag zuvor das von der Polizei verbotene Meeting vorgesehen war. Es ist dies ein historischer Platz, der in Dublin für Meetings am besten geeignet ist und wo auch am häufigsten Meetings durchgeführt wurden.

Die Polizei hielt sich verborgen. Die Straßen waren voll von Arbeitern. Große Menschenmengen und völlige Ordnung. „Vorigen Sonntag", sagte ein irischer Redner, „herrschte hier der Polizeiknüppel ohne Verstand, heute herrscht der Verstand ohne Polizeiknüppel."

In England *gibt es* eine Verfassung, und ein zweites Mal wagten es die Behörden nicht, betrunkene Polizeisoldaten einzusetzen. Drei Tribünen waren aufgestellt worden, und sechs Redner, unter ihnen Vertreter des englischen Proletariats, brandmarkten das Verbrechen am Volk und riefen die Arbeiter zu internationalem Zusammenschluß, zu gemeinsamem Kampf auf.

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der Versammlungs- und Koalitionsfreiheit gefordert wird sowie die sofortige Einleitung einer Untersuchung – unter Leitung unabhängiger Personen und mit Garantien dafür, daß das ganze Verfahren öffentlich durchgeführt wird – über das Vorgehen der Polizei am Sonntag zuvor.

In London fand ein eindrucksvolles Meeting auf dem Trafalgar Square statt. Gruppen von Sozialisten und Arbeitern führten ihre Fahnen mit sich. Es gab viele Plakate mit den verschiedensten Zeichnungen und Aufschriften über die aktuellen Ereignisse. Besonderen Beifall spendete die Menge

einem Plakat, das einen Polizisten darstellte, der ein rotes Banner mit der Aufschrift „Schweigen" schwenkt.

Von den Reden sind hervorzuheben die von Ben Tillet, der nachwies, daß die „liberale" Regierung Englands einer reaktionären Regierung in nichts nachsteht, und die des Sekretärs der Dubliner Metallarbeiter Partridge, der ausführlich über die unverschämten Gewaltakte der Polizei in Dublin berichtete.

Aufschlußreich ist, daß die Hauptlosung sowohl der Londoner als auch der Dubliner Kundgebung die Forderung nach Koalitions- (Vereins-) Freiheit war. Das ist durchaus verständlich. In England *gibt es*, allgemein gesprochen, Grundlagen der politischen Freiheit, *gibt es* ein konstitutionelles Regime (Ordnung). Wenn die Arbeiter dort die Koalitionsfreiheit fordern, so ist das eine der Reformen, die dringend notwendig und durchaus im Rahmen der jetzigen konstitutionellen Ordnung zu erreichen sind (ganz genauso, wie in Rußland, sagen wir, die Teilreform der Arbeiterversicherung zu erreichen ist).

Der Koalitionsfreiheit bedürfen die Arbeiter Englands und Rußlands in gleicher Weise. Und die Arbeiter Englands stellen die Losung der für sie notwendigen politischen Reform durchaus zu Recht auf, da sie ausgezeichnet erkannt haben, wie diese Reform in die Tat umzusetzen wäre und daß sie im Rahmen der englischen Verfassung durchaus möglich ist (ganz genauso, wie die russischen Arbeiter richtig handeln würden, wenn sie die Teilforderung nach gewissen Veränderungen im Versicherungsgesetz stellten).

In Rußland aber fehlen gerade jene allgemeinen Grundlagen der politischen Freiheit, *ohne die* die Forderung nach Koalitionsfreiheit geradezu lächerlich ist und nur eine verbreitete liberale Phrase darstellt, die das Volk irreführt durch die Idee, bei uns sei ein Weg mittels Reformen möglich. In Rußland kann man keinen Kampf um die Koalitionsfreiheit führen – die sowohl den Arbeitern als auch dem ganzen Volk dringend nottut –, *ohne* daß man dem ohnmächtigen und verlogenen Reformismus der Liberalen den konsequenten Demokratismus der Arbeiter, die nicht an den Illusionen des Reformismus kranken, gegenüberstellt.

„Sewernaja Prawda" Nr. 27, 3. September 1913.
„Nasch Put" Nr. 8, 3. September 1913.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der „Sewernaja Prawda".

PRINZIPIELLE FRAGEN DER POLITIK

Die liberale Bourgeoisie und der Reformismus

Der Millionär Salaskin sprach in einer Rede auf der Messe in Nishni-Nowgorod im Namen der gesamtrussischen Kaufmannschaft die Bitte um weitgehende politische Reformen aus. In einer Versammlung von dreitausend Metallarbeitern in Petersburg erlitten die Reformisten, die für ihre Liste der Vorstandsmitglieder nur an die 150 Stimmen sammeln konnten, eine entschiedene Niederlage.[87]

Diese beiden Tatsachen, deren Vergleich sich von selbst aufdrängt, zwingen sogar ganz prinzipienlose Leute, sich den prinzipiellen Fragen der gegenwärtigen russischen Politik zuzuwenden. Massen von Menschen aller Klassen interessieren sich für die Politik in Rußland, aber nur wenige erkennen, welche Bedeutung es hat, die Fragen der Politik prinzipiell zu stellen. Nur wenige erkennen die Bedeutung von Parteien, die auf diese Fragen stets überlegte, exakte und klare Antworten geben. Und wenn die Parteien mit bestimmten Klassen verbunden sind, so werden diese Antworten auf Grund der in der Arbeit unter den Massen gesammelten Erfahrungen gegeben und in einer jahrelangen derartigen Arbeit überprüft.

Gerade solcherart sind die Antworten der Marxisten, die das System vom 3. Juni und die Aufgaben der Marxisten in bezug auf dieses System vor mehr als $4^1/_2$ Jahren eingeschätzt haben.* Ein ganzer Abgrund trennt die Arbeiter, die auf allen möglichen Gebieten Jahr um Jahr gewissenhaft im Geiste dieser Antworten wirken, von den verwirrten Intellektuellen, die jede bestimmte Antwort fürchten und auf Schritt und Tritt zum Reformismus und zum Liquidatorentum abgleiten.

Man kann die Leute, die den Kampf der Marxisten gegen die Liquida-

* Siehe Werke, Bd. 15, S. 319–322. *Die Red.*

toren beobachten und sich mit kläglichen Worten über die Schädlichkeit von Auseinandersetzungen und Zwistigkeiten, von Befehdung und Fraktionstätigkeit begnügen, nur bedauern ... Und zu diesen Leuten zählen viele „Auch-Marxisten" und alle „linken" Volkstümler!

Die prinzipiellen Anhänger der Bourgeoisie und Feinde des Marxismus, die Liberalen von der „Retsch", konnten an den obenerwähnten Tatsachen nicht vorbeigehen. In einem redaktionellen Artikel (Nr. 234) wiederholen sie sämtliche abgedroschenen kläglichen Redensarten, beschränken sich aber nicht darauf.

Die Liberalen müssen zugeben, daß „der Kampf der Bolschewiki gegen die Liquidatoren überall geführt wird", daß „er in sämtliche Poren des Arbeiterorganismus eingedrungen ist"

Wie denn? Konnte das zufällig geschehen?

Nein ...

„Schon lange zeichnen sich große prinzipielle Meinungsverschiedenheiten ab, die letzten Endes auf die Frage nach der weiteren Entwicklung des Landes hinauslaufen."

Endlich sind sie drauf gekommen! Die Marxisten haben es im Dezember 1908 auseinandergesetzt, die Liberalen haben im August 1913 angefangen, es zu begreifen. Immerhin, besser spät als gar nicht.

„Ist ein Weg der Reformen denkbar", fährt die liberale Zeitung fort, „oder aber sind ‚Reformen nur als Nebenresultat einer Bewegung möglich, die völlig frei von jeglicher reformistischen Beschränktheit ist' (zitiert aus der ‚Sewernaja Prawda')? So steht die Frage."

Eben! Die Frage des Liquidatorentums ist nur ein Teil der Frage der sich vom Marxismus abspaltenden parteilosen Reformisten.

Doch interessant ist zu sehen, wie nun die Liberalen, die prinzipiellen Anhänger des Reformismus, diesen in Schutz nehmen.

„Natürlich steckt in der Meinung, daß Reformen nur als ‚Nebenresultat' möglich seien, viel Metaphysik und Fatalismus. Ohne Reformer und ohne Reformismus kann es auch keine Reformen geben, auch nicht als ‚Nebenresultat' ..."

Da haben wir wieder einmal ein Musterbeispiel böser Reden und eines Versuchs, sich vor der Antwort zu drücken! Wo ist denn da die Metaphysik, wenn die geschichtlichen Erfahrungen, die Erfahrungen Englands, Frankreichs, Deutschlands, Rußlands, die Erfahrungen der ganzen neueren

Menschheitsgeschichte in Europa und Asien, zeigen, daß ernsthafte Reformen nur als Nebenresultate einer von reformistischer Beschränktheit völlig freien Bewegung zustande kamen!

Wo ist denn da Fatalismus, wenn dieselben Erfahrungen deutlich besagen, daß gerade die dem Reformismus feindlichen Klassen am wirksamsten waren?

Oder zeigt sich vielleicht im Verhalten der russischen Arbeiterklasse der ersten Jahre des 20. Jahrhunderts mehr „Fatalismus" als im Verhalten der liberalen Semstwoleute und der Bourgeoisie des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts? Sie machen sich lächerlich, meine Herren Liberalen!

Sollten Sie wirklich solche Ignoranten sein, daß Sie nicht sehen, welcher Zusammenhang zwischen den Interessen der Bourgeoisie als Klasse und ihrem Bestreben, sich auf Reformen zu beschränken, und zwischen der Lage der Arbeiterklasse und ihrem entgegengesetzten Bestreben besteht?

Nein, meine Herren, Sie sind schlechte Verteidiger des Reformismus im allgemeinen! Aber vielleicht verteidigen Sie den Reformismus im heutigen Rußland besser?

„Man muß zugeben", fährt die „Retsch" fort, „daß die gegenwärtige Lage, die selbst den bescheidensten Reformern mehrfach die Vergeblichkeit ihrer Bemühungen bewiesen hat, das Denken und insbesondere das Fühlen der Menschen dahin drängt, den Reformismus abzulehnen."

Da haben wir's! Also selbst Sie, die prinzipiellen Anhänger des Reformismus, können sich weder auf die Erfahrungen der Geschichte noch auf die „gegenwärtige Lage" Rußlands berufen. Selbst Sie müssen zugeben, daß diese Lage gegen Sie ist!

Was sind Sie doch für Metaphysiker und Fatalisten, meine Herren, was für blinde Sklaven des beschränkten, eigennützigen, feigen Geldsacks, wenn Sie entgegen den Erfahrungen der Geschichte, entgegen den Erfahrungen der „gegenwärtigen Lage" auch weiterhin die prinzipienlose Position des Reformismus beibehalten. Verteidigen Sie, ohne selber an Reformen zu glauben, nicht in Wirklichkeit eben die Bourgeoisie, die sich auf Kosten anderer bereichern will?

Es ist begreiflich, daß der Vortrupp der Arbeiterklasse Rußlands, die Petersburger Metallarbeiter, den Reformisten und Liquidatoren in ihren eigenen Reihen eine vernichtende Niederlage beigebracht haben. Nach Angaben der liberalen und reformistischen „Retsch" erhielten die liqui-

datorischen Reformisten 150 Stimmen von 2000, das heißt $7^1/_2$ Stimmen von hundert. Beweist das nicht ein übriges Mal – nach den Wahlen der Arbeiterabgeordneten zur IV. Duma, nach der Geschichte der Entstehung der Arbeiterpresse in Petersburg und Moskau –, daß die Liquidatoren nur verwirrte und halbliberale Intellektuelle sind? daß die Masse der klassenbewußten Arbeiter sie fest und entschieden verurteilt und ablehnt?

„Sewernaja Prawda" Nr. 28,
4. September 1913.
„Nasch Put" Nr. 9,
4. September 1913.
Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der „Sewernaja Prawda".

LIBERALE UND DEMOKRATEN ZUR SPRACHENFRAGE

Die Zeitungen haben des öfteren auf einen Bericht des kaukasischen Statthalters hingewiesen, der nicht im Geiste der Schwarzhunderter, sondern im Geiste eines zaghaften „Liberalismus" gehalten ist. Der Statthalter spricht sich unter anderem gegen die künstliche Russifizierung, d. h. Verrussung der nichtrussischen Völkerschaften, aus. Im Kaukasus seien die Vertreter der nichtrussischen Völkerschaften *selbst* bestrebt, die Kinder Russisch lernen zu lassen, z. B. in den armenischen Kirchenschulen, in denen der russische Sprachunterricht nicht obligatorisch ist.

Unter Hinweis darauf kommt eine der in Rußland verbreitetsten liberalen Zeitungen, das „Russkoje Slowo" (Nr. 198), zu dem berechtigten Schluß, das feindliche Verhalten zur russischen Sprache in Rußland „sei ausschließlich" eine Folge der „künstlichen" (es müßte heißen: gewaltsamen) Aufpfropfung der russischen Sprache.

„Um das Schicksal der russischen Sprache braucht man sich keine Sorgen zu machen. Sie selbst wird sich in ganz Rußland Anerkennung erobern", schreibt die Zeitung. Das ist auch richtig, werden doch die Erfordernisse des Wirtschaftsverkehrs die in einem Staat lebenden Nationalitäten (solange sie zusammenleben wollen) stets veranlassen, die Sprache der Mehrheit zu erlernen. Je demokratischer die Staatsform Rußlands sein wird, desto stärker, rascher und breiter wird sich der Kapitalismus entfalten, desto nachdrücklicher werden die Erfordernisse des Wirtschaftsverkehrs die verschiedenen Nationalitäten zum Erlernen der Sprache drängen, die für die gemeinsamen Handelsbeziehungen am geeignetsten ist.

Aber die liberale Zeitung hat es eilig, sich selbst ins Gesicht zu schlagen und ihre liberale Inkonsequenz zu beweisen.

„Schwerlich wird", schreibt sie, „selbst unter den Gegnern der Russifizierung irgend jemand bestreiten wollen, daß es in einem solchen Riesenstaat wie Rußland *eine* allgemeine Staatssprache geben muß und daß diese Sprache ... nur die russische sein kann."

Eine verdrehte Logik! Für die kleine Schweiz ist es kein Verlust, sondern ein Gewinn, daß sie nicht *eine* allgemeine Staatssprache, sondern volle drei besitzt: Deutsch, Französisch und Italienisch. In der Schweiz sind 70% der Bevölkerung Deutsche (in Rußland 43% Großrussen), 22% Franzosen (in Rußland 17% Ukrainer), 7% Italiener (in Rußland 6% Polen und 4½% Belorussen). Wenn die Italiener in der Schweiz im gemeinsamen Parlament oft französisch sprechen, so tun sie das nicht unter der Fuchtel irgendeines barbarischen Polizeigesetzes (das gibt es in der Schweiz nicht), sondern einfach deshalb, weil zivilisierte Bürger eines demokratischen Staates selbst die Sprache vorziehen, die der Mehrheit verständlich ist. Die französische Sprache flößt den Italienern keinen Haß ein, da sie die Sprache einer freien, zivilisierten Nation ist, eine Sprache, die nicht durch widerliche Polizeimaßnahmen aufgezwungen wird.

Warum soll nun das „riesige", viel buntscheckigere und furchtbar rückständige Rußland seine Entwicklung durch die Aufrechterhaltung eines wie immer gearteten Privilegs für eine der Sprachen *hemmen*? Ist es nicht umgekehrt, ihr Herren Liberalen? Sollte nicht Rußland, wenn es Europa einholen will, so bald wie möglich, so gründlich wie möglich und so entschlossen wie möglich mit allen und jeglichen Privilegien aufräumen?

Wenn jegliche Privilegien wegfallen, wenn keine der Sprachen mehr aufgezwungen wird, dann werden alle Slawen einander leicht und schnell verstehen lernen und nicht vor dem „furchtbaren" Gedanken zurückschrecken, daß im gemeinsamen Parlament Reden in verschiedenen Sprachen zu hören sein werden. Und die Erfordernisse des Wirtschaftsverkehrs werden von selbst diejenige Sprache eines gegebenen Landes *bestimmen*, deren Kenntnis im Interesse der Handelsbeziehungen für die Mehrheit *von Vorteil* ist. Diese Bestimmung wird um so zwingender sein, als die zu verschiedenen Nationen gehörende Bevölkerung sie aus freien Stücken annehmen wird, sie wird sich um so rascher und umfassender durchsetzen, je konsequenter der Demokratismus sein und je schneller sich infolgedessen der Kapitalismus entwickeln wird.

Die Liberalen treten an die Sprachenfrage ebenso wie an alle politischen

Fragen als heuchlerische Krämer heran, die die eine Hand (öffentlich) der Demokratie, die andere Hand (hinter dem Rücken) den Fronherren und Polizeigewaltigen hinstrecken. Wir sind gegen Privilegien, schreit der Liberale, hinter dem Rücken aber erschachert er von den Fronherren bald dieses, bald jenes Privileg für sich.

So ist *jeder* bürgerlich-liberale Nationalismus, nicht nur der großrussische (er ist wegen seines gewalttätigen Charakters und seiner Verwandtschaft mit den Herren Purischkewitsch schlimmer als jeder andere), sondern auch der polnische, jüdische, ukrainische, georgische und jeder andere. Die Bourgeoisie *aller* Nationen sowohl in Österreich als auch in Rußland betreibt unter der Losung der „nationalen Kultur" *in Wirklichkeit* die Zersplitterung der Arbeiter, die Schwächung der Demokratie und verhökert die Volksrechte und die Volksfreiheit an die Fronherren.

Die Losung der Arbeiterdemokratie heißt nicht „nationale Kultur", sondern internationale Kultur des Demokratismus und der Arbeiterbewegung der ganzen Welt. Mag die Bourgeoisie das Volk mit allen möglichen „positiven" nationalen Programmen betrügen. Der klassenbewußte Arbeiter wird ihr entgegnen: Es gibt nur eine einzige Lösung der nationalen Frage (soweit ihre Lösung in der Welt des Kapitalismus, in der Welt der Profitmacherei, der Zwietracht und der Ausbeutung überhaupt möglich ist), und diese Lösung lautet: konsequenter Demokratismus.

Beweise: in Westeuropa die Schweiz, ein Land mit alter Kultur, und in Osteuropa Finnland, ein Land mit junger Kultur.

Das nationale Programm der Arbeiterdemokratie: absolut keine Privilegien für irgendeine Nation, für irgendeine Sprache; Lösung der Frage der politischen Selbstbestimmung der Nationen, d. h. ihrer staatlichen Lostrennung, auf völlig freiem, demokratischem Wege; Erlaß eines für den ganzen Staat geltenden Gesetzes, kraft dessen jede beliebige Maßnahme (der Semstwos, der Städte, der Gemeinden usw. usf.), die in irgendwelcher Hinsicht einer der Nationen ein Privileg gewährt und die Gleichberechtigung der Nationen oder die Rechte einer nationalen Minderheit verletzt, für ungesetzlich und ungültig erklärt wird – und jeder beliebige Staatsbürger berechtigt ist zu verlangen, daß eine solche Maßnahme als verfassungswidrig aufgehoben wird und diejenigen, die sie durchsetzen wollen, strafrechtlich belangt werden.

Dem nationalen Gezänk der verschiedenen bürgerlichen Parteien wegen

der Sprachenfrage usw. stellt die Arbeiterdemokratie die Forderung entgegen: unbedingte Einheit und restlose Verschmelzung der Arbeiter *aller* Nationalitäten in *allen* Gewerkschafts-, Genossenschafts-, Konsum-, Bildungs- und allen anderen Arbeiterorganisationen, als Gegengewicht gegen jeden bürgerlichen Nationalismus. Nur bei einer solchen Einheit, einer solchen Verschmelzung kann die Demokratie behauptet werden, können die Interessen der Arbeiter gegen das Kapital – das bereits international ist und es immer mehr wird – behauptet, können die Interessen der Entwicklung der Menschheit zu einer neuen Lebensform, der jedes Privileg und jede Ausbeutung fremd sind, behauptet werden.

„Sewernaja Prawda" Nr. 29,
5. September 1913.
„Nasch Put" Nr. 12,
7. September 1913.
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text der „Sewernaja Prawda".

DIE SPRACHE DER ZAHLEN[88]

I

Bekanntlich sind die Löhne der Fabrikarbeiter in ganz Rußland besonders 1905 und nach 1905 stark in die Höhe geschnellt. Den Berichten der Fabrikinspektoren zufolge betrug der durchschnittliche Lohn eines Fabrikarbeiters in Rußland in den fünf Jahren von 1901 bis 1905 206 Rubel und in den darauffolgenden fünf Jahren von 1906 bis 1910 238 Rubel.

Im Gouvernement Moskau sind die Löhne der Arbeiter etwas niedriger als der Durchschnitt im übrigen Rußland. In den Jahren 1901–1905 betrugen sie der Statistik des Fabrikinspektors Kosminych-Lanin zufolge 201 Rubel und in den darauffolgenden 4 Jahren von 1906 bis 1909 235 Rubel.

Das Jahr 1905 bewirkte also eine Erhöhung der Löhne der Moskauer Arbeiter um durchschnittlich 34 *Rubel* je Arbeiter, d. h. um nahezu 17%. Rechnet man im Gouvernement Moskau 300 000 bis 350 000 Fabrikarbeiter, so sind das für alle Arbeiter zusammen *etwa 11 Millionen Rubel* Gewinn *im Jahr*.

Wie wir sehen, haben sich die von den Arbeitern in den Streiks von 1905 gebrachten Opfer durch eine erhebliche Verbesserung der ökonomischen Lage der Arbeiter bezahlt gemacht.

Und wenn auch nach dem Sieg des Systems vom 3. Juni, d. h. eines konterrevolutionären (gegenrevolutionären) Systems, eine ganze Reihe von Errungenschaften der Arbeiter wieder zunichte gemacht wurden, so gelang es dem Kapital dennoch nicht, die Löhne auf das frühere niedrige Niveau herabzudrücken. Im Gouvernement Moskau betrugen die Löhne der Arbeiter von 1901 bis 1905 etwa 200 Rubel jährlich, wobei sie in den

einzelnen Jahren zwischen 197 Rbl. (1902) und 203 Rbl. (1905) schwankten. 1906, als die Ergebnisse des Jahres 1905 zum erstenmal sichtbar wurden, erhöhte sich der Lohn auf 228 Rbl., stieg dann 1907 auf 237 Rbl., fiel 1908 um ein weniges (236½ Rbl.) und stieg 1909 wiederum auf 237 Rubel.

Die Zahlen zeigen, daß das Elend der Arbeiter ohne die Errungenschaften der Jahre 1905–1906 ganz unerträglich geworden wäre, denn die Lebenshaltung ist im letzten Jahrzehnt immer teurer geworden.

II

Die Löhne der Arbeiter sind, wie das allgemein die Regel ist, in den großen Fabriken des Gouvernements Moskau höher als in den kleinen. Der durchschnittliche Jahreslohn der Textilarbeiter zum Beispiel, die 68%, d. h. über zwei Drittel aller Fabrikarbeiter des Gouvernements ausmachen, betrug 1909

		Rubel	in %
In den Fabriken mit über	1000 Arbeitern	219	100
" " " "	501–1000 "	204	93
" " " "	101– 500 "	197	90
" " " "	51– 100 "	188	86
" " " "	21– 50 "	192	88
" " " "	20 u. weniger "	164	75
	Insgesamt	211	96

Je größer die Fabrik, desto höher der Arbeitslohn. Bei den Metallarbeitern beobachten wir dasselbe. In einer großen Fabrik haben es die Arbeiter leichter, sich zu vereinigen und dem Kapital Widerstand zu leisten, ihre Forderungen gemeinsam zu vertreten. Um ihre fortgeschritteneren Genossen einzuholen, müssen sich die Arbeiter der kleinen Fabriken und Werkstätten schneller zu (Gewerkschafts-, Bildungs-, Genossenschafts- und anderen) Verbänden vereinigen und sich enger um ihre Arbeiterzeitung zusammenschließen.

Dadurch, daß die Geschlossenheit der Arbeiter in den großen Fabriken fester ist, lassen sich hier auch die Streiks der Arbeiter leichter organisieren und haben mehr Erfolg. An der Streikbewegung der Jahre 1905 und 1906 haben die großen Fabriken mehr als die kleinen teilgenommen.

In diesem Zusammenhang sehen wir, daß die Arbeiter der größten Fabriken in den Streiks dieser Jahre *mehr gewonnen haben* als die Arbeiter der kleineren Betriebe. Nachstehend die Daten über die Arbeiter sämtlicher Betriebe im Gouvernement Moskau:

Gruppen der Fabriken nach der Zahl der Arbeiter	Durchschnittlicher Jahreslohn eines Arbeiters: In den fünf Jahren von 1901 bis 1905	In den vier Jahren von 1906 bis 1909	Erhöhung in Rubeln
Mit über 1000 Arbeitern	196	234	+38
„ 501–1000 „	186	231	+45
„ 101– 500 „	211	238	+27
„ 51– 100 „	215	240	+25
„ 21– 50 „	216	241	+25
„ 20 u. weniger „	193	207	+14
Insgesamt	201	235	+34

Zu diesen Zahlen muß man vorweg die (scheinbare) Ausnahme von der oben angeführten Regel erklären, der zufolge die Löhne in den großen Fabriken höher sind als in den kleinen. Die Sache ist die, daß die Metallarbeiter, Buchdrucker und einige andere bedeutend mehr verdienen als die Textilarbeiter (360 Rbl., 310 Rbl. gegenüber 211 usw.). In den großen Fabriken aber ist der *Anteil* der Textilarbeiter an der Gesamtzahl der Arbeiter viel größer als in den mittleren und kleinen Fabriken. Daher die scheinbare Ausnahme von der Regel, als seien die Löhne in den mittleren und kleinen Fabriken höher als in den großen.

Welche Schlußfolgerung ergibt sich nun in bezug auf die Erhöhung des Lohnes nach 1905 in den großen und kleinen Fabriken?

In den großen Fabriken (mit 500 und mehr Arbeitern) beträgt diese Erhöhung etwa 40 Rubel im Jahr, d. h. etwa 20 Kopeken je Rubel.

In den mittleren und kleinen Fabriken, von 21 bis 500 Arbeitern, macht die Erhöhung etwa 25 Rubel aus, d. h. etwa 12 Kopeken je Rubel.

In den kleinsten Fabriken (mit 20 und weniger Arbeitern) beträgt die Erhöhung nur 14 Rubel, d. h. 7–8 Kopeken je Rubel.

Der energischere und einmütigere Streikkampf der Arbeiter in den großen Fabriken führte also zu einer stärkeren Erhöhung des Arbeitslohns. Wir sagten schon, daß die Arbeiter der kleinen Fabriken, wenn sie

sich zu Verbänden vereinigen, in dieser Hinsicht die gleichen Erfolge erreichen können wie die Arbeiter der großen Fabriken.

III

Die durch den Streikkampf des Jahres 1905 errungenen Erfolge der Arbeiter fanden nicht nur in einer Erhöhung des Lohns ihren Ausdruck. Darüber hinaus hat sich insgesamt die ganze Lage des Arbeiters zum Besseren hin verändert.

Das Ausmaß dieser Verbesserung der Lage der Arbeiter ist zwar nicht exakt in Zahlen auszudrücken, doch hat jeder Arbeiter diese Verbesserung in den Jahren 1905/1906 gut begriffen und gespürt.

Die Angaben des Fabrikinspektors Kosminych-Lanin gestatten lediglich, den Einfluß des Jahres 1905 auf die *Geldstrafen* der Arbeiter zu bestimmen. Durch die Auferlegung von Geldstrafen maßt sich der Kapitalist die Rolle eines Richters an. Deshalb ist mit den Geldstrafen stets besonders viel Willkür gegenüber den Arbeitern, ja manchmal sogar direkte Verhöhnung der Arbeiter verbunden. Natürlich wird stets die Forderung der Arbeiter dahin gehen, daß die Geldstrafen *abgeschafft* und den Kapitalisten das Recht genommen wird, Richter in eigener Sache zu sein.

Hier die Angaben über die Geldstrafen, die der Gesamtheit der Arbeiter im Gouvernement Moskau in den vergangenen Jahren auferlegt wurden:

Jahre	Im Durchschnitt entfielen an Geldstrafen auf je einen Arbeiter in Kopeken
1901	30
1902	27
1903	27
1904	29
1905	17
1906	12
1907	15
1908	18
1909	21

Wir sehen, wie erfolgreich die Arbeiter die Summe der Geldstrafen „gekürzt haben". Vor 1905 mußte ein Arbeiter 27 bis 30 Kopeken Strafe zahlen.

Dann kommt das Jahr 1905. Die Geldstrafen sinken mit einem Schlag fast um die Hälfte – auf 17 Kopeken. 1906 zeigen sich die Ergebnisse des Jahres 1905 noch deutlicher – die Geldstrafen sinken auf 12 Kopeken.

Die Revolution geht vorüber. Die Kapitalisten werden kühner. Die Geldstrafen steigen wieder – auf 15, 18, 21 Kopeken.

Aber selbst im Jahre 1909 – und das war das Jahr des ärgsten und längsten Stillstands – gelingt es den Kapitalisten nicht, die Geldstrafen auf die ehemalige empörende Höhe zu treiben. Mag der Kapitalist vor Purischkewitsch noch so sehr liebedienern, den beiden „lieben Freunden" gelingt es dennoch nicht, zur guten alten Zeit zurückzukehren: *der Arbeiter in Rußland ist nicht mehr derselbe.* Der Arbeiter in Rußland hat bereits einiges hinzugelernt!

Vergleicht man die Summe der Geldstrafen mit der Lohnsumme der Arbeiter – und ein solcher Vergleich macht sich notwendig, denn es ist nicht ein und dasselbe, ob man zwanzig Kopeken zahlen muß bei einem Lohn von einem Rubel oder bei einem Lohn von anderthalb Rubeln –, so wird der Sieg der Arbeiter im Jahre 1905 noch deutlicher.

Im Durchschnitt mußten die Arbeiter von je 100 Rubeln ihres Lohns jährlich an Kopeken Strafe zahlen:

im	Jahr	1901	15	im	Jahr	1906	5
„	„	1902	14	„	„	1907	6
„	„	1903	13	„	„	1908	8
„	„	1904	14	„	„	1909	9
„	„	1905	9				

Also erreichten die Arbeiter des Gouvernements Moskau durch das Jahr 1905 eine Kürzung der empörenden Geldstrafen *auf ein Drittel.* Sie werden auch die völlige Abschaffung der Geldstrafen erkämpfen.

IV

Gehen wir abschließend noch kurz auf die Frage ein, welchen Teil ihres Lohns die Moskauer Arbeiter bar ausgezahlt bekommen.

Die Lage der Moskauer Arbeiter ist in dieser Hinsicht schwer. Im Jahr 1909 betrug ihr Lohn insgesamt 73 Millionen Rubel; davon wurden 61½ Mill. Rbl., d. h. 84,2%, bar ausgezahlt. Fast ein Zehntel des Lohns, 7,2 Mill. Rbl., wurde in Form von Lebensmitteln und Waren aus den

Fabrikläden gezahlt. Diese Art des Lohns bringt die Arbeiter in feudale Abhängigkeit von den Unternehmern und verschafft diesen „Extraprofite".

Besonders schlecht ist in dieser Hinsicht die Lage der Arbeiter in der baumwollverarbeitenden Industrie: mehr als ein Fünftel des Lohns (5,9 Mill. Rbl. von 28,8 Mill.) wurde in Form von Lebensmitteln gezahlt. Würden sich die Arbeiter freie Arbeiterkonsumgenossenschaften erkämpfen, so würden die Sklaven des Kapitals nicht nur Hunderttausende von Rubeln sparen, sondern es entfiele auch die halbfeudale Abhängigkeit von den *Unternehmer*läden.

Ferner wurden $3^3/_4$ Millionen Rubel (5%) vom Lohn der Arbeiter für die Bezahlung der Lebensmittel einbehalten, die sie in Läden der Konsumvereine usw. gekauft hatten. Schließlich wurden 680 000 Rubel (0,9%) vom Lohn derjenigen Arbeiter abgezogen, die vom Unternehmer beköstigt werden.

Diese Art der Entlohnung, die den Arbeiter zu tausenderlei Formen persönlicher Abhängigkeit leibeigenschaftlichen Charakters verurteilt, ist am stärksten in den Betrieben zur Herstellung von Seide, Leinen und Nahrungsmitteln sowie zur Verarbeitung von tierischen Produkten erhalten geblieben.

Was den Einfluß des Jahres 1905 auf die Formen des Lohns betrifft, so wurden in dieser Hinsicht fast keinerlei Erfolge erzielt. Hier die Daten ab 1901:

		Davon ausgezahlt (in %)			
Jahre	Gesamtsumme des Lohns der Arbeiter (Mill. Rbl.)	In bar	In Form von Waren der Fabrikläden	Einbehalten für Einkäufe in den Konsumvereinen	Einbehalten für Beköstigung durch den Unternehmer
1901	53	81,4	8,9	7,3	2,4
1902	54	81,5	9,1	7,0	2,4
1903	57	83,0	8,3	6,6	2,1
1904	55	82,7	9,0	6,5	1,8
1905	57	82,8	9,2	6,5	1,5
1906	64	85,1	7,6	5,8	1,5
1907	71	83,8	9,4	5,3	1,5
1908	73	82,9	10,4	5,2	1,5
1909	73	84,2	9,8	5,1	0,9

Nach 1905 hat sich die Auszahlung in bar sehr geringfügig erhöht. Ebenso ist das System der Beköstigung der Arbeiter durch den Unternehmer wenig eingeschränkt worden. Die Entlohnung durch die Fabrikläden hat sogar etwas zugenommen.

Im großen und ganzen ist die Lage ebenso schlecht geblieben wie vorher. Die Moskauer Arbeiter müssen die Auszahlung ihres Lohns in bar anstreben und für die Ersetzung der Fabrikläden durch freie Arbeiterkonsumgenossenschaften kämpfen.

„Nasch Put" Nr. 13 und 14,
8. und 10. September 1913.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text des
„Nasch Put".

DIE HERREN BOURGEOIS ÜBER DIE „AUF EIGENER ARBEIT BERUHENDE" LANDWIRTSCHAFT

Auf dem Kiewer Landwirtschaftskongreß hielt Herr Professor Kossinski vor 1000 Gutsbesitzern aus ganz Rußland das erste Referat, in dem er den Sieg der „Arbeitswirtschaft" in der Landwirtschaft zu beweisen suchte.

Die Frage der „Arbeits"wirtschaft ist eine der wichtigsten Fragen zur Klärung der kapitalistischen Verhältnisse in der Landwirtschaft. Außerdem gibt es in Rußland die bürgerliche Partei der Volkstümler (die „linken" eingeschlossen), die die Arbeiter davon zu überzeugen sucht, daß sie sozialistisch sei, indem sie sich am meisten gerade für die „Arbeits"-wirtschaft ins Zeug legt. Deshalb ist es für jeden klassenbewußten Arbeiter eine Notwendigkeit, darüber Bescheid zu wissen, was unter „Arbeits"-wirtschaft zu verstehen ist.

Ohne auch nur irgendwelche Daten anzuführen, versicherte der Herr bürgerliche Professor Kossinski, daß die bäuerliche Wirtschaft wachse, während die Lohnarbeit ausbeutenden Großwirtschaften zerfallen und untergehen. Hierbei unterschied der Herr Professor

„drei Arten von Bauernwirtschaften: 1. die Parzellen- (Zwerg-) Wirtschaften, deren Besitzer irgendwo in der Fabrik arbeitet, während er zu Hause, im Dorf, nur seine Hofstätte nebst Gemüsegarten hat, dessen Bearbeitung sein Einkommen etwas erhöht; 2. die Ernährungswirtschaften, wo der Bauer eine größere Bodenfläche besitzt, deren Bearbeitung aber für die Befriedigung aller Bedürfnisse der Familie nicht ausreicht; ein Teil der Familienmitglieder geht dann einem anderen Erwerb nach; 3. die Arbeitswirtschaften, die eine vollständige Bauernwirtschaft darstellen, in der die ganze Familie arbeitet. Die Agrarevolution (Entwicklung) führt zum Untergang der Ernährungswirtschaf-

ten und zu ihrer Verdrängung durch die Arbeits- und Parzellenwirtschaften. Die Zukunft gehört hauptsächlich den Arbeitswirtschaften. Die Durchschnittsgröße ihres Besitzes beträgt nach russischem Maßstab ungefähr 50 Desjatinen. Der Triumph der Arbeitswirtschaft wird keineswegs von einer Proletarisierung des Dorfes begleitet." („Kiewskaja Mysl" Nr. 242.)

Da haben Sie die Grundlagen der bürgerlichen Theorie von der „auf eigener Arbeit beruhenden" Landwirtschaft, welche die Volkstümler übernommen haben. Jeder auch nur ein wenig mit der politischen Ökonomie vertraute Arbeiter sieht sofort, daß der Herr Bourgeois unter Parzellen- oder Zwergwirtschaften die *proletarischen*, die Tagelöhnerwirtschaften, die „Wirtschaften" der *Lohn*arbeiter versteht.

Unter „Ernährungs"wirtschaft versteht er offenbar die kleinen Bauernwirtschaften, die vorwiegend nicht für den Tausch, nicht für den Markt arbeiten, sondern Naturalwirtschaften sind (sich die eigene Nahrung erarbeiten). Indem unser beschränkter bürgerlicher Professor die Verdrängung dieser Wirtschaften anerkennt, erkennt er auch den Sieg des Kapitalismus, das Wachstum des Austauschs und die Verdrängung des Kleinbetriebs an. Durch *welche* Betriebe werden sie verdrängt? Erstens durch die proletarischen. Das eben heißt Proletarisierung, ahnungsloser Herr Professor! Zweitens durch die „Arbeits"wirtschaften mit einer Durchschnittsgröße von etwa 50 Desjatinen.

Ich brauche dem beschränkten Professor und seinen sozialrevolutionären (volkstümlerischen) Schülern nur noch zu beweisen, daß die „Arbeits"-wirtschaften eben *kleinbürgerliche, kapitalistische* Wirtschaften sind.

Was ist das wichtigste Kennzeichen des Kapitalismus? Die Anwendung von Lohnarbeit. Es wird Zeit, daß unsere Professoren und Sozialrevolutionäre diese Wahrheit begreifen lernen.

Was aber sagt uns die europäische wissenschaftliche Statistik über die Lohnarbeit in der bäuerlichen Wirtschaft? Sie sagt, daß nicht nur die Wirtschaften mit 50 Desjatinen, sondern sogar Wirtschaften *von 10 Hektar an* (1 Hektar = ungefähr 1 Desjatine) *in den meisten Fällen* nicht ohne Lohnarbeit auskommen!

Deutschland. Die letzte Betriebszählung von 1907. Die Zahl der Wirtschaften mit 10–20 Hektar betrug 412741. Die Zahl der von ihnen beschäftigten Lohnarbeiter – 711867. Sogar Wirtschaften mit 5–10 ha beschäftigten 487704 Lohnarbeiter in 652798 Wirtschaften. Mit anderen

Worten: sogar hier beträgt die Zahl der Lohnarbeiter mehr als die Hälfte der Zahl der Wirtschaften. Jeder weiß aber, daß die kleinen Bauern in den weitaus meisten Fällen nicht mehr als einen Lohnarbeiter halten.

Österreich. Die letzte Betriebszählung von 1902. Die Zahl der Wirtschaften mit 10–20 ha betrug 242 293. Von ihnen beschäftigte die *Mehrzahl* – 142 272, d. h. fast drei Fünftel, Lohnarbeiter. Wir fügen hinzu, daß Österreich in der Entwicklung des Kapitalismus weitaus rückständiger ist als Deutschland. In der gesamten österreichischen Landwirtschaft ist der Prozentsatz der Lohnarbeiter *halb* so groß (14%) wie in der deutschen Landwirtschaft (30%).

Die Schweiz. Die letzte Betriebszählung von 1905. Die Zahl der Betriebe mit 10–15 ha betrug 19 641. Von ihnen beschäftigten 11 148, d. h. die *Mehrzahl*, Lohnarbeiter. Von den Betrieben mit 5–10 ha beschäftigten etwa 36% in der Schweiz und 33% in Österreich Lohnarbeiter.

Hiernach kann man die grenzenlose Unwissenheit oder außerordentliche Gewissenlosigkeit des bürgerlichen Professors beurteilen, hinter dem die Volkstümler einhertrotten und der die Proletarisierung des Dorfes *leugnet*, dabei aber die Verdrängung der „Ernährungs"wirtschaften erstens durch die proletarischen und zweitens durch die „Arbeits"wirtschaften – mit diesem schönen Wort bezeichnet er die Wirtschaften mit Lohnarbeitern – *zugibt!*

Alle diejenigen, die die Erfolge der „auf eigener Arbeit beruhenden" Landwirtschaft unter dem Kapitalismus lobpreisen (darunter auch unsere linken Volkstümler), sind Bourgeois, die die Arbeiter betrügen. Der Betrug besteht erstens in der Beschönigung der Bourgeoisie. Der Ausbeuter von Lohnarbeit wird „werktätiger" Besitzer genannt! Der Betrug besteht zweitens in der Verschleierung der Kluft zwischen der gewaltigen Masse der proletarischen und der verschwindenden Minderheit der kapitalistischen Wirtschaften.

Die Interessen der Bourgeoisie erfordern eine Beschönigung des Kapitalismus und eine Verschleierung der zwischen den Klassen liegenden Kluft. Die Interessen des Proletariats erfordern die Entlarvung des Kapitalismus und der Ausbeutung der Lohnarbeit, erfordern, daß den Massen die Augen geöffnet werden über die Tiefe der zwischen den Klassen liegenden Kluft.

Hier einige kurze Angaben laut Betriebszählung von 1907 über die

zwischen den Klassen liegende Kluft in der deutschen Landwirtschaft. Die Gesamtzahl der Wirtschaften betrug 5,7 Millionen, von denen 3,4 Millionen proletarische Wirtschaften (bis zu 2 Hektar Land) waren. Die gewaltige Mehrheit dieser „Besitzer" sind *Lohnarbeiter* mit einem Stückchen Land.

Nach ihnen kommt der Kleinbetrieb (1 Million Wirtschaften mit 2–5 ha). Dies sind die ärmsten Bauern. Von ihnen sind weniger als die Hälfte (495 000) selbständige Landwirte *ohne* Nebenerwerb. Die Mehrzahl kommt ohne Nebenerwerb, d. h. ohne Verkauf ihrer Arbeitskraft, nicht aus. Diesen Bauern fällt es am leichtesten, sich dem Proletariat anzuschließen.

Wir fassen sie in der *ersten Gruppe* zusammen: proletarische und kleinbäuerliche Wirtschaften.

Die zweite Gruppe: mittelbäuerliche Wirtschaften (5–10 ha). Wie wir gesehen haben, beuten ziemlich viele von ihnen Lohnarbeiter aus. Der Mittelbauer ist ein kleiner Bourgeois, der zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie hin und her schwankt.

Die dritte Gruppe: die übrigen, d. h. die Kapitalisten (20 ha und mehr) und die Großbauern (10–20 ha). Wir haben gesehen, daß die Großbauern *zum größten Teil* Lohnarbeiter ausbeuten.

Also, die erste Gruppe sind die proletarischen und kleinbäuerlichen Wirtschaften; die zweite die mittelbäuerlichen; die dritte die großbäuerlichen und rein kapitalistischen. Sehen wir nun, wieviel Land und Vieh diese Gruppen besitzen:

		Sie besitzen (in Millionen)			
Gruppen	Zahl der Wirtschaften (Mill.)	Arbeiter	Land (ha)	Vieh (in Großvieh umgerechnet)	Maschinen
erste	4,4	7,3	5,0	7,0	0,2
zweite	0,6	2,5	4,6	5,1	0,4
dritte	0,7	5,4	22,2	17,3	1,2
Insgesamt	5,7	15,2	31,8	29,4	1,8

Da haben Sie ein Bild der modernen Landwirtschaft, nicht wie es die Professoren oder die Volkstümler darstellen, sondern wie es in Wirklichkeit ist. Der *größte* Teil des Bodens, des Viehs und der Maschinen befindet sich in den Händen einer verschwindenden Minderheit (weniger als

$^1/_8$ – 0,7 von 5,7) von Kapitalisten und bäuerlichen Bourgeois. Bei der *gewaltigen Masse* der „Besitzer" (4,4 Mill. von 5,7) kommen auf eine Wirtschaft weniger als zwei Arbeiter, weniger als zwei Desjatinen, weniger als zwei Stück Vieh. Das sind Bettler. Ihr Anteil an der gesamten landwirtschaftlichen Produktion ist winzig. Man führt sie an der Nase herum, indem man ihnen die Möglichkeit einer Rettung unter dem Kapitalismus verheißt.

Man vergleiche die Arbeitsproduktivität in den verschiedenen Gruppen (d. h., wieviel Arbeiter auf 1 Desjatine Land, auf 1 Stück Vieh kommen), und man sieht die barbarische Zersplitterung und Vergeudung von Arbeit im Kleinbetrieb. Die Kapitalisten dagegen verfügen über fast alle Maschinen und eine hohe Arbeitsproduktivität.

Man vergleiche die Menge des Viehs mit der Bodenfläche (einschließlich Wiesen, Viehweiden u. a.) in den verschiedenen Gruppen, und man sieht hungerndes Vieh im Kleinbetrieb und kapitalistisches „Gedeihen" bei einer kleinen Oberschicht.

Die Marxisten verteidigen die Interessen der Massen und erklären deshalb den Bauern: Es gibt für euch keine Rettung, wenn ihr euch nicht dem proletarischen Kampf anschließt. Die bürgerlichen Professoren und die Volkstümler betrügen die Massen mit Märchen über den „auf eigener Arbeit beruhenden" landwirtschaftlichen Kleinbetrieb unter dem Kapitalismus.

„Nasch Put" Nr. 15,
11. September 1913.
„Prawda Truda" Nr. 4,
14. September 1913.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der
„Prawda Truda".

HARRY QUELCH

Am Mittwoch, dem 17. September (4. September a. St.), verschied in London Genosse Harry Quelch, der Führer der englischen Sozialdemokraten. Die Organisation der englischen Sozialdemokraten wurde im Jahre 1884 unter dem Namen „Sozialdemokratische Föderation" gegründet. Im Jahre 1909 nahm sie den Namen „Sozialdemokratische Partei" an, und seit 1911, nachdem sie einige sozialistische Splittergruppen aufgenommen hatte, nennt sie sich „Britische Sozialistische Partei".

Harry Quelch war einer der energischsten und ergebensten Funktionäre der englischen Sozialdemokratie. Er wirkte nicht nur in der sozialdemokratischen Parteiorganisation, sondern auch in der Gewerkschaftsorganisation der Arbeiterklasse. Die Londoner Sektion des Buchdruckerverbandes wählte ihn wiederholt zu ihrem Vorsitzenden. Er ist auch Vorsitzender des Londoner Büros der Gewerkschaften, des „Rates der Gewerkschaften" („Trades Council") gewesen.

Quelch war Redakteur des Zentralorgans der englischen Sozialdemokraten, der Wochenzeitung „Gerechtigkeit" („Justice")[89], sowie der Monatsschrift der Partei, des „Social-Democrat".

Er nahm äußerst regen Anteil an der gesamten Arbeit der englischen Sozialdemokratie und sprach häufig in Partei- und Volksversammlungen. Quelch vertrat die englische Sozialdemokratie wiederholt auf internationalen Kongressen und im Internationalen Sozialistischen Büro. Während des Stuttgarter Internationalen Sozialistenkongresses war Quelch übrigens Repressalien von seiten der württembergischen Regierung ausgesetzt, die ihn (ohne Gerichtsverfahren, auf polizeiliche Anordnung hin, als Ausländer) aus Stuttgart *auswies*, weil er in einer öffentlichen Versammlung

die Haager Konferenz „a thief's supper" (wörtlich: eine Versammlung von Dieben) genannt hatte. Als der Kongreß am Tage nach Quelchs Ausweisung die Arbeit wiederaufnahm, ließen die englischen Delegierten den Stuhl, auf dem Quelch gesessen hatte, frei und hingen ein Plakat daran mit der Aufschrift: „Hier saß Harry Quelch, der gestern von der württembergischen Regierung ausgewiesen worden ist."

Die Süddeutschen prahlen oft damit, daß sie die Preußen mit ihrem Beamtendünkel, ihrem Bürokratismus und ihrer Polizeiherrschaft hassen – aber sie selber handeln wie die schlimmsten Preußen, wenn es um einen Proletarier und Sozialisten geht.

Die historischen Bedingungen, unter denen die englische Sozialdemokratie tätig ist, deren Führer Quelch war, sind von ganz besonderer Art. Im fortgeschrittensten Land des Kapitalismus und der politischen Freiheit gelang es der englischen Bourgeoisie (die schon im 17. Jahrhundert mit der absoluten Monarchie auf ziemlich demokratische Weise fertig geworden war) im 19. Jahrhundert, die englische Arbeiterbewegung zu *spalten*. Mitte des 19. Jahrhunderts beherrschte England fast den ganzen Weltmarkt allein. Dank dieser Monopolstellung waren die Profite des englischen Kapitals unglaublich hoch: Man konnte der Arbeiteraristokratie, den gelernten Fabrikarbeitern, ein paar Bröckchen dieser Profite zukommen lassen.

Diese Arbeiteraristokratie, die damals erträgliche Löhne hatte, schloß sich zu engen, eigennützig-zünftlerischen Gewerkschaften zusammen, isolierte sich so von der Masse des Proletariats und stellte sich in der Politik auf die Seite der liberalen Bourgeoisie. Auch heute noch gibt es wohl nirgends in der Welt so viele Liberale unter den fortgeschrittenen Arbeitern wie in England.

Aber im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts begann sich die Sache zu ändern. Englands Monopolstellung ist von Amerika, Deutschland usw. untergraben worden. Die ökonomische Basis des engen, philisterhaften Trade-Unionismus und Liberalismus unter den englischen Arbeitern ist zerstört. Der Sozialismus erhebt in England von neuem sein Haupt, dringt in die Massen und wächst unaufhaltsam *trotz* des wütenden Opportunismus der englischen quasi-sozialistischen Intelligenz.

Quelch stand in den ersten Reihen der standhaften und überzeugten Kämpfer gegen den Opportunismus und die liberale Arbeiterpolitik in der

englischen Arbeiterbewegung. Die Losgelöstheit von den Massen gab den englischen Sozialdemokraten freilich zuweilen ein gewisses sektiererisches Gepräge. Hyndman, der Führer und Begründer der Sozialdemokratie Englands, sank sogar bis zum Chauvinismus hinab. Doch die Sozialdemokratische Partei erteilte ihm eine Abfuhr, und in ganz England waren es *allein* die britischen Sozialdemokraten, die jahrzehntelang eine systematische Propaganda und Agitation in marxistischem Geist betrieben. Dies ist das gewaltige historische Verdienst Quelchs und seiner Genossen. Die Früchte der Tätigkeit des Marxisten Quelch werden sich in ihrer vollen Größe in den nächsten Jahren der englischen Arbeiterbewegung zeigen.

Ich möchte zum Schluß nicht versäumen, Quelchs Verständnis für die russischen Sozialdemokraten und die Hilfe zu erwähnen, die er ihnen erwiesen hat. Vor elf Jahren sollte die russische sozialdemokratische Zeitung in London gedruckt werden. Die englischen Sozialdemokraten mit Quelch an der Spitze stellten bereitwilligst ihre Druckerei zur Verfügung. Quelch selber mußte deswegen etwas „zusammenrücken": Für ihn wurde an Stelle des Redakteurzimmers in der Druckerei durch eine dünne Bretterwand eine Ecke abgeteilt. In dieser Ecke hatten ein ganz kleiner Schreibtisch, ein Bücherbord darüber und ein Stuhl Platz. Wenn der Schreiber dieser Zeilen Quelch in seinem „Redakteurkabinett" besuchte, war für einen zweiten Stuhl schon kein Platz mehr . . .

„Prawda Truda" Nr. 1,
11. September 1913.
„Nasch Put" Nr. 16,
12. September 1913.
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text der
„Prawda Truda".

MARXISMUS UND REFORMISMUS

Zum Unterschied von den Anarchisten erkennen die Marxisten den Kampf für Reformen an, d. h. für solche Verbesserungen in der Lage der Werktätigen, bei denen die Macht nach wie vor in den Händen der herrschenden Klasse bleibt. Doch gleichzeitig führen die Marxisten den entschiedensten Kampf gegen die Reformisten, die direkt oder indirekt das Streben und das Wirken der Arbeiterklasse auf Reformen beschränken wollen. Der Reformismus ist ein bürgerlicher Betrug an den Arbeitern, die, solange die Herrschaft des Kapitals bestehenbleibt, ungeachtet einzelner Verbesserungen stets Lohnsklaven bleiben werden.

Die liberale Bourgeoisie, die mit einer Hand Reformen gibt, nimmt sie mit der anderen Hand immer wieder zurück, reduziert sie auf ein Nichts, benutzt sie zur Versklavung der Arbeiter, zu ihrer Spaltung in einzelne Gruppen, zur Verewigung der Lohnsklaverei der Werktätigen. Deshalb verwandelt sich der Reformismus, selbst dann, wenn er völlig aufrichtig gemeint ist, in Wirklichkeit in ein Werkzeug, mit dessen Hilfe die Bourgeoisie die Arbeiter demoralisiert und ihrer Kräfte beraubt. Die Erfahrungen aller Länder zeigen, daß die Arbeiter immer dann, wenn sie den Reformisten vertrauten, die Betrogenen waren.

Wenn sich die Arbeiter dagegen die Lehre von Marx angeeignet haben, d. h., wenn sie sich darüber klargeworden sind, daß die Lohnsklaverei unvermeidlich ist, solange die Herrschaft des Kapitals andauert, dann werden sie sich von keinerlei bürgerlichen Reformen täuschen lassen. In der Erkenntnis, daß Reformen, solange der Kapitalismus besteht, weder dauerhaft noch ernsthaft sein können, kämpfen die Arbeiter für Verbesserungen und nutzen die Verbesserungen dazu aus, den Kampf gegen die Lohnsklaverei noch hartnäckiger fortzusetzen. Die Reformisten sind darauf bedacht, die Arbeiter mit Hilfe von Almosen zu spalten, sie zu täuschen und

von ihrem Klassenkampf abzulenken. Die Arbeiter, die die Verlogenheit des Reformismus erkannt haben, benutzen die Reformen zur Entfaltung und Erweiterung ihres Klassenkampfes.

Je stärker der Einfluß der Reformisten auf die Arbeiter ist, um so ohnmächtiger sind die Arbeiter, um so abhängiger sind sie von der Bourgeoisie, um so leichter gelingt es der Bourgeoisie, durch allerlei Winkelzüge die Reformen zunichte zu machen. Je selbständiger die Arbeiterbewegung ist, je mehr sie in die Tiefe geht, je weitere Ziele sie sich steckt, je weniger ihr reformistische Beschränktheit anhaftet, um so besser gelingt es den Arbeitern, die einzelnen Verbesserungen zu sichern und auszunutzen.

Reformisten gibt es in allen Ländern, denn überall ist die Bourgeoisie darauf bedacht, die Arbeiter auf die eine oder andere Art zu demoralisieren und zu zufriedenen Sklaven zu machen, die den Gedanken an eine Beseitigung der Sklaverei fallenlassen. Die Reformisten in Rußland sind die Liquidatoren, die sich von unserer Vergangenheit lossagen und die Arbeiter durch Träume von einer neuen, offenen, legalen Partei einlullen. Kürzlich sahen sich die Petersburger Liquidatoren durch das Auftreten der „Sewernaja Prawda"* gezwungen, sich gegen die Beschuldigung, Reformisten zu sein, zu verteidigen. Man muß ihre Ausführungen genau untersuchen, um diese ungemein wichtige Frage richtig zu klären.

Wir sind keine Reformisten, schrieben die Petersburger Liquidatoren, denn wir haben nicht gesagt, die Reformen seien alles, das Endziel nichts; wir haben gesagt: Bewegung zum Endziel; wir haben gesagt: durch Kampf für Reformen zur vollen Erfüllung der gestellten Aufgaben.

Prüfen wir, ob diese Verteidigung der Wahrheit entspricht.

Die erste Tatsache. Der Liquidator Sedow schrieb, die Erklärungen aller Liquidatoren zusammenfassend, daß von den „drei Grundpfeilern", die die Marxisten aufstellen, zwei sich heute nicht zur Agitation eignen. Er ließ den Achtstundentag gelten, der sich, theoretisch, als Reform verwirklichen läßt. Aber gerade das, was über den Rahmen einer Reform hinausgeht, verwarf er oder verschob er auf später. Folglich verfällt er in den ausgesprochensten Opportunismus, indem er gerade jene Politik betreibt, die sich in der Formel ausdrückt: Das Endziel ist nichts. Und das eben ist Reformismus, wenn man das „Endziel" (etwa in bezug auf den Demokratismus) aus der Agitation möglichst weit entfernt.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 316–318. *Die Red.*

Die zweite Tatsache. Die berüchtigte Augustkonferenz der Liquidatoren (im vorigen Jahr) schiebt ebenfalls alle nichtreformistischen Forderungen möglichst weit beiseite – für einen besonderen Fall –, statt sie so weit wie möglich in den Vordergrund, in den Brennpunkt der Agitation zu rücken.

Die dritte Tatsache. Indem die Liquidatoren das „Alte" ablehnen und herabsetzen, sich von ihm lossagen, beschränken sie sich auf Reformismus. In der gegenwärtigen Situation tritt der Zusammenhang zwischen Reformismus und Ablehnung des „Alten" offen zutage.

Die vierte Tatsache. Die wirtschaftliche Bewegung der Arbeiter ruft die Wut und die Angriffe der Liquidatoren hervor („Fieber", „unnütze Kraftvergeudung" usw. usf.), sobald sie nur mit Losungen verbunden ist, die über den Rahmen des Reformismus hinausgehen.

Was ist also das Ergebnis? In Worten lehnen die Liquidatoren den grundsätzlichen Reformismus ab, in der Praxis aber betreiben sie ihn auf der ganzen Linie. Einerseits versichern sie uns, daß Reformen für sie keineswegs alles seien, anderseits aber ruft jedes praktische Hinausgehen der Marxisten über den Rahmen des Reformismus entweder Angriffe oder eine geringschätzige Haltung der Liquidatoren hervor.

Dabei zeigen uns die Ereignisse auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung, daß die Marxisten bei der praktischen Ausnutzung von Reformen und im Kampf um Reformen nicht nur nicht zurückbleiben, sondern im Gegenteil ganz offensichtlich an der Spitze stehen. Man braucht nur die Dumawahlen in der Arbeiterkurie zu nehmen, das Auftreten der Abgeordneten in der Duma und außerhalb der Duma, die Herausgabe von Arbeiterzeitungen, die Ausnutzung der Versicherungsreform, den Metallarbeiterverband als den bedeutendsten Gewerkschaftsverband usw. – überall sehen wir, daß die marxistischen Arbeiter den Liquidatoren auf dem Gebiet der unmittelbaren, nächstliegenden, „alltäglichen" Arbeit der Agitation, der Organisation, beim Kampf um Reformen und bei ihrer Ausnutzung voraus sind.

Die Marxisten leisten eine unermüdliche Arbeit und lassen sich keine einzige „Möglichkeit", Reformen zu erlangen und sie auszunutzen, entgehen, wobei sie jedes Hinausgehen über den Rahmen des Reformismus sowohl in der Propaganda als auch in der Agitation, als auch in der wirtschaftlichen Massenaktion usw. nicht nur nicht tadeln, sondern unterstützen und sorgsam fördern. Die Liquidatoren aber, die sich vom Marxis-

mus abgekehrt haben, desorganisieren nur die Arbeiterbewegung mit ihren Angriffen auf die Existenz des marxistischen Ganzen, mit ihrer Verletzung der marxistischen Disziplin, mit ihrer Propagierung des Reformismus und der liberalen Arbeiterpolitik.

Man darf außerdem nicht vergessen, daß der Reformismus in Rußland in einer besonderen Form in Erscheinung tritt, nämlich darin, daß man die Grundbedingungen der politischen Verhältnisse im derzeitigen Rußland mit denen im derzeitigen Europa identifiziert. Vom Standpunkt des Liberalen ist eine solche Identifizierung berechtigt, denn der Liberale glaubt und versichert, daß „wir Gott sei Dank eine Verfassung haben". Der Liberale drückt die Interessen der Bourgeoisie aus, wenn er die Ansicht vertritt, daß nach dem 17. Oktober jeder Schritt der Demokratie über den Rahmen des Reformismus hinaus Wahnsinn, Verbrechen, Sünde usw. sei.

Aber eben diese bürgerlichen Ansichten werden von unseren Liquidatoren in der Praxis verfochten, die ständig und systematisch sowohl die „legale Partei" als auch „den Kampf für die Legalität" usw. (auf dem Papier) auf Rußland „übertragen". Mit anderen Worten, sie predigen, ähnlich wie die Liberalen, die Übertragung der europäischen Verfassung auf Rußland, *ohne* jenen eigentümlichen Weg zu berücksichtigen, der im Westen im Laufe von Generationen, manchmal sogar im Laufe von Jahrhunderten zur Einführung von Verfassungen und zu ihrer Festigung geführt hat. Die Liquidatoren und die Liberalen wollen, wie man sagt, den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen.

In Europa bedeutet der Reformismus in der Tat die Abkehr vom Marxismus und seine Ersetzung durch eine bürgerliche „Sozialpolitik". Bei uns bedeutet der Reformismus der Liquidatoren nicht nur dies, sondern außerdem noch die Zerstörung der marxistischen Organisation, den Verzicht auf die demokratischen Aufgaben der Arbeiterklasse und ihre Ersetzung durch eine liberale Arbeiterpolitik.

„Prawda Truda" Nr. 2,
12. September 1913.
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text der
„Prawda Truda".

FLURBEREINIGUNG UND DORFARMUT

Auf dem gesamtrussischen Landwirtschaftskongreß in Kiew hielt der Agronom Minin aus Tschernigow am 3. September ein Referat über dieses wichtige Thema.

Herr Minin, allem Anschein nach ein Volkstümler (der übrigens mit dem bürgerlichen Professor Kossinski hinsichtlich der Lebensfähigkeit der „Arbeits"wirtschaft einer Meinung war), wies sehr richtig nach, daß die Agronomie den wohlhabenden Bauern hilft. Die Flurbereinigung helfe nur den Starken, ruiniere aber die armen Schlucker. Die Flurbereinigung sei wie ein Wagen, der Starke sitzt darin, und die Schwachen kommen unter seine Räder.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß all dies die volle Wahrheit ist. Nur gewissenlose Menschen können sie abstreiten. Worin aber sieht Herr Minin die „Rettung"?

Er sagte (wie die „Kiewskaja Mysl" Nr. 244 berichtet):

„Das einzige, was die winzigen Wirtschaften nach der Landzuweisung wird retten können, ist die Bildung freiwilliger Genossenschaften zwecks gemeinsamer Nutzung (kollektiver Bearbeitung) des eigenen Bodens."

Es liegt auf der Hand, daß dieses volkstümlerische Rezept einfach kindisch ist. Die Gutsbesitzer und Kulaken vertreiben Millionen Bauern von Grund und Boden und ruinieren weitere Millionen. Der ganze Weltkapitalismus, die ganze Macht des internationalen Handels, die ganze Macht der Milliardenkapitalien der Bourgeoisie aller Länder reißt Rußland mit sich, stärkt und unterstützt seine Bourgeoisie in Stadt und *Land*, auch innerhalb der Dorfgemeinde. Und da sagt man uns, daß die gemeinschaftliche Bearbeitung des Stückchens „eigenen Bodens" durch diese ruinierten Bauern die „Rettung" sei!! Das ist das gleiche, als wollte man einen Eisenbahnzug mit einer Schubkarre überholen – in bezug auf Schnelligkeit und Ladung.

Nein, meine Herren Volkstümler! Sie haben natürlich recht, wenn Sie sagen, daß dieser Zug die Armen erdrückt. Aber nicht an die Schubkarre sollte man hier denken.

Nicht zurück – vom Zug zur Schubkarre, sondern vorwärts: vom kapitalistischen Zug zum Zug der vereinigten Proletarier.

Der unschuldige Wunschtraum der Volkstümler ist nicht nur kindlich naiv, sondern direkt schädlich, weil er das Denken der Armen vom Klassenkampf ablenkt. *Außerhalb* des Klassenkampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie zur Umgestaltung des ganzen kapitalistischen Systems gibt es für die Dorfarmut keine Rettung. Und alle Verbände, Genossenschaften, Artels usw. können nur dann von Nutzen sein, wenn sie sich in diesen Klassenkampf bewußt einschalten.

Wenn es aber völlig unbestreitbar ist, daß die Entwicklung des Kapitalismus und die Proletarisierung des Dorfes in Rußland ebenso wie in der ganzen Welt unausbleiblich vorwärtsschreiten, so wäre es ein großer Fehler, wollte man sich mit dieser Wahrheit begnügen.

Es gibt Kapitalismus verschiedener Prägung: einen gutsherrlichen, halbfeudalen Kapitalismus mit unzähligen Überresten aller möglichen Privilegien, der äußerst reaktionär und für die Masse unendlich bedrückend ist, und einen Kapitalismus der freien Farmer, der demokratisch, für die Masse weniger bedrückend und mit den wenigsten Überresten von Privilegien behaftet ist.

Welchen Einfluß auf die Entwicklung des Kapitalismus hätte zum Beispiel die Übereignung aller Ländereien in Rußland an die Bauern ohne jegliche Ablösung? Das wäre kein Sozialismus. Das wäre *ebenfalls* Kapitalismus, nur ein demokratischer, kein Purischkewitsch-Gutschkowscher, sondern ein volkstümlerisch-bäuerlicher Kapitalismus. Die Entwicklung des Kapitalismus würde dann noch rascher, noch umfassender, noch freier und für die Masse weniger bedrückend vor sich gehen.

Das ist das *Wesen* der jetzigen, aktuellen, heutigen Agrarfrage in Rußland. Darüber stritten (ohne das Wesen der Sache zu begreifen) in Kiew einerseits die Verfechter der gutsherrlichen Flurbereinigung und der bürgerlichen Agronomie und anderseits die Volkstümler und die linken Kadetten (wie Schachowskoi). Sie stritten darüber, ob die bürgerliche Demokratie es den Purischkewitsch überlassen solle, den Aufbau des neuen Rußland nach feudalistisch-kapitalistischem Muster zu vollenden

oder ob sie diesen Aufbau in die eigenen Hände, in die Hände der Masse, in die Hände der Bauernschaft nehmen, und ihn ohne die Purischkewitsch in der Richtung auf einen freien, demokratischen Kapitalismus betreiben soll.

Es ist nicht schwer, die Position des klassenbewußten Arbeiters in dieser Auseinandersetzung zu begreifen. Wir wissen genau, daß sowohl der Stolypinsche als auch der volkstümlerische Weg eine Entwicklung des Kapitalismus bedeutet, die in jedem Fall zum Sieg des Proletariats führt. Wir werden den Mut bei keiner Wendung der Geschichte sinken lassen. Aber wir werden es keiner einzigen Wendung der Geschichte erlauben, vorüberzugehen, ohne daß wir uns einschalten, ohne daß sich die fortgeschrittene Klasse aktiv einmischt. Die Arbeiterklasse sieht den Zusammenstößen der Purischkewitsch und der bäuerlichen Demokratie nicht teilnahmslos zu, sondern verteidigt aufs leidenschaftlichste, rückhaltloseste die Interessen der bäuerlichen und der gesamtnationalen Demokratie, in ihrer konsequentesten Form.

Nicht die geringsten Konzessionen dem durch und durch faulen Scheinsozialismus der Volkstümler (der in Wirklichkeit spießbürgerliche Schwärmerei ist), sondern größte Aufmerksamkeit der bäuerlichen Demokratie, ihrer Aufklärung, ihrem Erwachen und ihrem Zusammenschluß, ihrer Befreiung von allen und jeglichen muffigen Vorurteilen – das ist die Linie des klassenbewußten Arbeiters.

Wollt ihr vom Sieg der Schubkarre über den Eisenbahnzug träumen, so scheiden sich unsere Wege, wir hassen die platte Manilowerei*. Wollt ihr gegen die Purischkewitsch kämpfen, so sind wir Weggenossen, doch wißt, daß die Arbeiter auch nicht die geringste Schwankung verzeihen.

Und denen, die mit unterwürfiger Beflissenheit eilfertig den „endgültigen" Erfolg der Stolypinschen Flurbereinigung unterschreiben wollen, wird die Arbeiterklasse mit Verachtung begegnen, die die fortgeschrittenen, starken und dem Reformismus feindlichen Klassen den Opportunisten und Rittern des Augenblickserfolgs immer entgegenbringen.

„Prawda Truda" Nr. 3,
13. September 1913.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der „Prawda Truda".

* Manilow – Gestalt aus N. W. Gogols Roman „Die toten Seelen". *Der Übers.*

WIE VERTEIDIGT BISCHOF NIKON DIE UKRAINER?

Die „Kiewskaja Mysl" berichtet, daß Bischof Nikon, Mitglied der Reichsduma, ein Rechter, als erster den in der Reichsduma eingebrachten Gesetzentwurf über die ukrainische Schule und ukrainische Organisationen unterzeichnet hat.

Der Inhalt des Gesetzentwurfs: als Unterrichtssprache an den Grundschulen die ukrainische Sprache zuzulassen; als Lehrer Ukrainer zu benennen; Unterricht in der ukrainischen Sprache und in der Geschichte der Ukraine einzuführen; ukrainische Organisationen „auf Grund administrativen Ermessens, häufig nackter Willkür" weder zu verfolgen noch zu verbieten.

Das heißt also, dem Parteifreund Purischkewitschs, Bischof Nikon, mißfällt in *einigen* Fällen die *Willkür*.

Bischof Nikon meint ganz richtig, daß die von ihm aufgeworfene „Frage eine äußerst wichtige Frage ist, die die Verkrüppelung des 37-Millionen-Volkes der Ukrainer betrifft"; – daß „die reiche, schöne, blühende, die talent- und poesievolle Ukraine zu Degeneration, allmählicher Verblödung und langsamem Sterben verurteilt ist".

Der Protest gegen die Unterdrückung der Ukrainer durch die Großrussen ist völlig berechtigt. Aber sehen Sie, mit welchen Argumenten Bischof Nikon die ukrainischen Forderungen verficht:

„Das ukrainische Volk sucht nicht irgendeine anrüchige Autonomie, die Wiedererrichtung der Saporoger Sitsch; die Ukrainer sind keine Separatisten ... Die Ukrainer sind keine Fremdstämmigen, sie sind Unsrige, unsere leiblichen Brüder, und deshalb dürfen sie in ihrer Sprache und in ihrer nationalen kulturellen Entwicklung nicht eingeengt werden; sonst würden wir selber sie, unsere

Brüder, mit Juden, Polen, Georgiern und anderen, tatsächlich Fremdstämmigen, auf eine Stufe stellen."

Die Sache läuft also darauf hinaus, daß der Ukrainer Bischof Nikon und seine Gesinnungsgenossen bei den großrussischen Gutsbesitzern um *Privilegien* für die Ukrainer betteln, weil sie Brüder, die Juden aber Fremdstämmige seien! Um es unumwundener und einfacher auszudrükken: gegen die Unterdrückung der Juden u. a. als Fremdstämmige haben wir nichts, wenn man uns Zugeständnisse macht.

Das ist das bekannte Bild der Verteidigung der „nationalen Kultur" durch *alle* bürgerlichen Nationalisten, von den Schwarzhundertern bis zu den Liberalen und selbst bis zu den bürgerlichen Demokraten!

Bischof Nikon will nichts davon hören, daß man die Ukrainer nicht vor Unterdrückung bewahren kann, ohne ausnahmslos alle Völker gegen jede Art von Unterdrückung zu schützen, ohne den Begriff „Fremdstämmiger" ganz aus dem staatlichen Leben zu verbannen, ohne für die volle Gleichberechtigung aller Nationalitäten einzutreten. Man kann niemand vor nationaler Unterdrückung schützen, ohne konsequent die weitestgehende örtliche und Gebietsautonomie sowie das Prinzip der Entscheidung *aller* staatlichen Fragen durch den Willen der Bevölkerungsmehrheit (d. h. das Prinzip des konsequenten Demokratismus) zu verwirklichen.

In Bischof Nikons Mund ist die Losung der „nationalen Kultur" der Ukrainer in Wirklichkeit eine Losung zur Propagierung des Schwarzhundertertums in ukrainischer Sprache, die Losung einer ukrainisch-klerikalen Kultur.

Die klassenbewußten Arbeiter haben begriffen, daß die Losung der „nationalen Kultur" klerikaler oder bürgerlicher Betrug ist – ganz gleich, ob von der großrussischen, ukrainischen, jüdischen, polnischen, georgischen oder einer beliebigen anderen Kultur die Rede ist. Vor 125 Jahren, als die Nation noch nicht in Bourgeoisie und Proletariat gespalten war, konnte die Losung der nationalen Kultur ein einheitlicher und geschlossener Appell zum Kampf gegen Feudalismus und Klerikalismus sein. Seitdem aber ist der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat überall entbrannt. Die Spaltung der „einheitlichen" Nation in Ausbeuter und Ausgebeutete wurde zu einer vollendeten Tatsache.

Von nationaler Kultur schlechthin können nur Klerikale oder Bourgeois sprechen. Die werktätigen Massen können nur von der internationalen

Kultur der proletarischen Weltbewegung sprechen. Nur eine solche Kultur bedeutet volle, wirkliche und wahrhafte Gleichberechtigung der Nationen, Abschaffung der nationalen Unterdrückung und Verwirklichung der Demokratie. Nur die Einheit und der Zusammenschluß der Arbeiter aller Nationen in *allen* Arbeiterorganisationen im Kampf gegen das Kapital führt zur „Lösung der nationalen Frage".

„Prawda Truda" Nr. 3,
13. September 1913.

Nach dem Text der
„Prawda Truda".

NOTIZEN EINES PUBLIZISTEN

I. PARTEILOSE INTELLEKTUELLE GEGEN DEN MARXISMUS

Die Redaktion der „Nowaja Rabotschaja Gaseta" verteidigte die parteilose Agitation für die gleichmäßige Aufteilung der Sammlungen zwischen den Liquidatoren, den Volkstümlern und den Marxisten.

Als man der Redaktion nachwies, daß eine solche Teilung eine völlig prinzipienlose Methode ist, die die Grundlagen der marxistischen Stellung zu den kleinbürgerlichen Strömungen zerstört*, da versuchte sie, weil sie darauf keine Antwort wußte, die Frage mit einem Scherz abzutun. Sie kenne „das marxistische System der Sammlungen" nicht.

Die Renegaten wollen die Frage unserer alten Beschlüsse „mit einem kleinen Scherz abtun".

Aber die Arbeiter erlauben nicht, daß mit einer solchen Frage Scherz getrieben wird.

Dieselbe Nr. 23 der „Nowaja Rabotschaja Gaseta" teilt uns mit, daß die Agitation der Liquidatoren zwei Arbeitergruppen in Rußland überzeugt hat, und zwar eine Gruppe von Druckereiarbeitern der Stadt Dwinsk und eine Gruppe von Arbeitern der Nemirow-Kolodkin-Fabrik in Moskau. Diese Gruppen zahlten die gesammelten Beträge *zu gleichen Teilen* an die liquidatorische, die volkstümlerische und die marxistische Zeitung.

Mögen die abtrünnigen Intellektuellen versuchen, die Frage mit einem Scherz abzutun, die Arbeiter jedoch müssen diese Frage lösen, und sie werden sie lösen.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 333–337. *Die Red.*

Eine gleichmäßige Aufteilung der Sammlungen propagieren heißt die Parteilosigkeit und die Vermengung (oder Gleichsetzung) der auf dem Klassenstandpunkt des Proletariats stehenden Zeitung mit der kleinbürgerlichen Zeitung der Volkstümler propagieren. Gegen diese Binsenwahrheit können die „nett scherzenden" Literaten der Liquidatorenzeitung nichts einwenden, obwohl ihre Scherze und ihr Gekicher die bürgerliche Leserschaft gewiß begeistern. Wer bei den Arbeitern eine völlige Niederlage erlitten hat, der läßt sich sehr gern entschädigen durch die Begeisterung der Bourgeoisie darüber, daß er die Idee einer konsequent marxistischen Lösung der Fragen der gegenwärtigen praktischen Arbeit verhöhnt.

Die Liquidatoren haben sich getröstet: in der Metallarbeiterversammlung haben sie zwar eine völlige Niederlage erlitten. In jeder beliebigen Versammlung der Herren Bourgeois lächelt man ihnen dafür gern zu für die netten Scherze, die gegen die Position der Arbeiterzeitung gerichtet sind.

Jedem das Seine. Mögen sich die Liquidatoren mit ihren Erfolgen bei der Bourgeoisie trösten. Die Arbeiter aber werden den Massen die unumstößliche Wahrheit erläutern, daß die Propagierung der gleichmäßigen Aufteilung der Sammlungen der Arbeiter eine Propagierung der Parteilosigkeit, der Vermengung oder Gleichsetzung der marxistischen Zeitung des Proletariats mit einer intelligenzlerischen und kleinbürgerlichen Zeitung wie der der Volkstümler ist.

II. LIBERALE BLINDHEIT

Die übliche Methode der westeuropäischen Opportunisten besteht seit Eduard Bernstein, dessen Ansichten von der deutschen Sozialdemokratie so entschieden abgelehnt wurden, in folgendem:

Schaut das an, was ist, sagten Bernstein und die anderen Opportunisten, habt den Mut, auszusprechen, was ist: Wir alle in Deutschland führen einen Kampf um Reformen, wir alle sind eigentlich Reformisten, sind eine Reformpartei. Die Beseitigung der Lohnsklaverei in einer Reihe von Krisen aber sind nur Worte, leere Utopie.

Auch heute noch wiederholen die Opportunisten diese Methode hundertfach, und die gesamte bürgerliche Presse (unsere kadettische „Retsch"

in erster Linie) führt dieses Argument der Opportunisten *gegen* den Marxismus ständig ins Feld. Wer sich ernstlich für das Schicksal der Arbeiterbewegung interessiert, der muß diese abgedroschene Methode der direkten Feinde und falschen Freunde des Proletariats gut kennen.

Erst kürzlich (am 4. September) wiederholte der nicht unbekannte Liquidator D. in der Petersburger Liquidatorenzeitung diese gesamteuropäische bürgerliche Methode mit bemerkenswerter Geschmacklosigkeit oder Dreistigkeit.

In der Tat, mag der Leser urteilen.

„Wir brauchen nur eine Arbeiterzeitung aufzuschlagen, und sei es auch die ‚Sewernaja Prawda'", schrieb D., „und was sehen wir? Wir lesen von der Tätigkeit der Arbeiterorganisationen – der Gewerkschaften, Klubs, Genossenschaften; von Versammlungen der Mitglieder dieser Organisationen, ihrer Vorstände, der Versicherungsbevollmächtigten usw.; von Vorträgen und Referaten, die von Arbeitern organisiert werden; von Streiks und Streikkomitees; von der Organisierung verschiedener Sammelaktionen; von Versuchen verschiedener Arbeitergruppen, politische Aktionen zur Verteidigung der Arbeiterpresse, zur Ehrung des Andenkens an Bebel oder für irgendeinen anderen unmittelbaren Zweck durchzuführen."

Das also „sahen" und „sehen" D. und seinesgleichen in der „Sewernaja Prawda". Und er ruft natürlich ganz wie Bernstein aus: „Es schadet nicht, vor allem *das* anzuschauen, *was ist*" (von D. selbst hervorgehoben). Er zieht den Schluß, das alles sei doch eben der Kampf um die Koalitionsfreiheit. „Die Losung des Kampfes um die Koalitionsfreiheit als die vordringlichste Forderung des Tages" „verallgemeinert *das, was ist*" (von D. hervorgehoben).

Bernstein beteuerte, als er den Kampf der Arbeiterklasse zu einem Kampf um Reformen stempelte, daß er nur „das verallgemeinert, was ist".

D. beteuert, daß er „das verallgemeinert, was ist", wenn er die Bewegung der Arbeiterklasse in Rußland für reformistisch erklärt.

Bernstein unterschob dem Kampf der Arbeiter für Reformen, einem Kampf, der keineswegs mit reformistischem Inhalt angefüllt ist, einen *liberalen* Inhalt. Buchstäblich ebenso handelt D. Er sieht *nichts* außer liberalem Reformismus und gibt die eigene Blindheit für die Wirklichkeit aus.

Natürlich kämpfte die *„Sewernaja Prawda"* für die kleinsten Verbesserungen des Lebens und der Kampfbedingungen der Arbeiter, aber

sie tat es nicht auf liberale Weise wie diese Herren D.! In der „Sewernaja Prawda" *war* vieles *enthalten*, was sie übersehen haben – der Kampf gegen den Reformismus, die Verteidigung unseres „Alten", die Verteidigung der uneingeschränkten Losungen usw. Nach Meinung von Herrn D. spielt dies keine Rolle. Das *„sehen"* sie *„nicht"*, wollen sie nicht sehen – eben weil sie Liberale sind. Wie allen Liberalen ist auch ihnen der *Zusammenhang* nicht klar, der enge, unlösbare Zusammenhang, der bei den Marxisten zwischen dem Eintreten für die geringfügigste Verbesserung und dem Eintreten für die Losungen ihrer Organisation usw. besteht. Ihnen ist nicht klar, daß gerade dieser Zusammenhang den grundlegenden Unterschied zwischen der Weltanschauung des Liberalen (auch er ist für die Koalitionsfreiheit) und der des Arbeiterdemokraten ausmacht.

Trennt den Kampf um Reformen vom Kampf für das Endziel – darauf läuft in Wirklichkeit Bernsteins Propaganda hinaus. Trennt den Kampf um Verbesserungen, um die Koalitionsfreiheit usw. vom Kampf gegen den Reformismus, von der Verteidigung des Marxismus, von seinem Geist und seiner Richtung – darauf läuft in Wirklichkeit die Propaganda D.s und der übrigen Liquidatoren hinaus.

Sie möchten ihre liberale Blindheit (für den Zusammenhang mit der Vergangenheit, für ihre Richtung, für den Kampf gegen den Reformismus) der Arbeiterklasse aufdrängen. Doch die fortgeschrittenen Arbeiter haben, wie die Metallarbeiterversammlung am 25. August ein übriges Mal bewiesen hat, die liberale Natur D.s und seines Grüppchens bereits durchschaut.

III. EINE NOTWENDIGE ERKLÄRUNG

In Nr. 24 der „Nowaja Rabotschaja Gaseta" finden wir einen Angriff auf unsere Beschreibung der Dubliner Ereignisse*, der nicht ernst zu nehmen ist. Auf etwas, was nicht ernst zu nehmen ist, brauchte man an sich nicht zu antworten, wenn sich nicht die Liquidatorenzeitung dabei zu einer äußerst wichtigen und für die Arbeiter aufschlußreichen Erklärung verstiegen hätte. Urteilen Sie selbst. Wir machten einen Unterschied zwischen England, wo dank dem Vorhandensein der allgemeinen Grundlagen der politischen Freiheit die Forderung der Arbeiter nach einer *Reform* der

* Siehe den vorliegenden Band, S. 338/339. *Die Red.*

Koalitionsgesetzgebung (der Gesetze über die Koalitionsfreiheit) eine durchaus ernst zu nehmende und wirkliche Bedeutung hat, und Rußland, wo eine solche Forderung eine nicht ernst zu nehmende, eine hohle, liberale Phrase ist, wo aber, bei den vorhandenen Grundlagen, Reformen wie die der Versicherung wirklich realisierbar sind.

Der Liquidator begreift diesen Unterschied nicht. Erläutern wir ihn ihm durch zwei Fragen: 1. Warum ist in England eine bürgerlich-demokratische Revolution, eine Revolution um der politischen Freiheit willen, nicht möglich? 2. Warum waren in Rußland Ende des vorigen Jahrhunderts, z. B. 1897, teilweise *Reformen* der Fabrikgesetze durchaus möglich und wurden die Teilforderungen der Arbeiter auf diesem Gebiet von niemandem angefochten, während alle Marxisten jener Zeit die Forderungen nach teilweisen politischen Reformen damals als liberalen Betrug einschätzten?

Wenn der Liquidator über diese Fragen nachdenkt, so mag er wohl die Ursache der unterschiedlichen Einstellung zu den verschiedenen Reformen in Rußland und England erraten.

Jetzt aber zu der wichtigen Erklärung der Liquidatorenzeitung:

„Aber", schreibt sie (Nr. 24, S. 2, Sp. 1), „wenn für eine teilweise Änderung der Versicherungsgesetzgebung diese Grundlagen" (d. h. die allgemeinen Grundlagen der politischen Freiheit) „nicht nötig sind, warum sind sie dann nötig für eine teilweise Änderung des Gesetzes vom 4. März 1906 und einzelner Artikel des Erlasses vom 2. Dezember 1905 über die Streiks?"

Herzlichen Glückwunsch und Dank für die Offenheit! Genau ins Schwarze getroffen: „die teilweise Änderung der Gesetze vom 4. März 1906 und vom 2. Dezember 1905"[90] ist durchaus möglich *ohne* irgend etwas Allgemeines! Ausgezeichnet.

Nur ... wissen Sie was? ... eine solche „teilweise Änderung der Gesetze vom 4. März 1906 und vom 2. Dezember 1905" nennt man nicht *„Koalitionsfreiheit"*, sondern oktobristischen Betrug am Volk.

Die Schreiber der „Nowaja Rabotschaja Gaseta" haben gerade das zugegeben, was auch zu beweisen war.

Unter „Koalitionsfreiheit", wie sie Ihnen die Liberalen und die Liquidatoren anbieten, ist zu verstehen:

„Teilweise Änderung der Gesetze vom 4. März 1906 und vom 2. Dezember 1905".

Nochmals vielen Dank für die Offenheit. So halten wir denn fest: die grundlegende, zentrale, wichtigste, erstrangige usw. usf. Losung der Liquidatoren besteht, nach ihrem eigenen Eingeständnis, in der Forderung nach einer *teilweisen Änderung der Gesetze vom 4. März 1906 und vom 2. Dezember 1905.*

Die „Nowaja Rabotschaja Gaseta" hat ihre Zugehörigkeit zu den Liberalen glänzend widerlegt, nicht wahr?

Nicht umsonst werden die Liquidatoren sozialdemokratische Oktobristen genannt!

„Prawda Truda" Nr. 3,
13. September 1913.
Unterschrift: N-k.

Nach dem Text der
„Prawda Truda".

ZIVILISIERTE BARBAREI

England und Frankreich sind die zivilisiertesten Staaten der Welt. London und Paris sind Weltstädte mit einer Bevölkerung von 6 bzw. 3 Millionen. Die Entfernung zwischen ihnen beträgt 8–9 Stunden.

Man kann sich vorstellen, wie umfangreich die Handelsbeziehungen zwischen diesen Hauptstädten sind, welch eine Unmasse von Waren und Menschen ständig von einer zur anderen in Bewegung ist.

Und nun beraten die reichsten, zivilisiertesten, freiesten Staaten der Welt mit Zittern und Zagen – und bei weitem nicht zum erstenmal! – die „schwierige" Frage, ob man unter dem Ärmelkanal (der Meerenge, die England vom europäischen Festland trennt) einen Tunnel anlegen könne.

Die Ingenieure haben schon längst berechnet, daß man dies kann. Geld haben die Kapitalisten Englands und Frankreichs mehr als genug. Das so angelegte Kapital würde unbedingt Profite bringen.

Was aber hat die Sache aufgehalten?

England befürchtet... eine Invasion! Sehen Sie, der Tunnel würde „unter Umständen" den Einfall feindlicher Truppen in England erleichtern. Und deshalb bringen die militärischen Autoritäten in England nicht zum erstenmal den Plan des Tunnelbaus zum Scheitern.

Wenn man das liest, kann man sich über den Irrsinn und die Verblendung zivilisierter Völker nur wundern. Ganz abgesehen davon, daß es bei den heutigen Mitteln der Technik eine Sache weniger Sekunden wäre, den Verkehr im Tunnel stillzulegen und den Tunnel völlig zu zerstören.

Doch die zivilisierten Völker haben sich in die Lage von Barbaren hineinmanövriert. Der Kapitalismus hat bewirkt, daß die Bourgeoisie zur Irreführung der Arbeiter *gezwungen ist*, das Volk in England mit idioti-

schen Märchen von einer „Invasion" zu schrecken. Der Kapitalismus hat bewirkt, daß eine ganze Reihe von Kapitalisten, die durch den Tunnelbau „einträgliche Geschäftchen" verlieren würden, alles in Bewegung setzen, um den Plan zu Fall zu bringen und den technischen Fortschritt aufzuhalten.

Die Furcht der Engländer vor dem Tunnel ist die Furcht vor sich selbst. Die kapitalistische Barbarei ist stärker als jegliche Zivilisation.

Wohin man auch blickt, auf Schritt und Tritt findet man Aufgaben, die *sofort* zu lösen die Menschheit durchaus imstande wäre. Der Kapitalismus aber steht hindernd im Wege. Er hat Berge von Reichtümern angehäuft – und die Menschen zu *Sklaven* dieses Reichtums gemacht. Er hat komplizierteste Probleme der Technik gelöst – jedoch die Verwirklichung technischer Verbesserungen infolge des Elends und der Unwissenheit von Millionen, infolge des engstirnigen Geizes einer Handvoll Millionäre gehemmt.

Die Zivilisation, die Freiheit und der Reichtum im Kapitalismus erinnern an den Reichen, der sich überfressen hat, bei lebendigem Leibe verfault und nicht leben läßt, was jung ist.

Aber das Junge wächst und wird siegen, trotz alledem.

„Prawda Truda" Nr. 6,
17. September 1913.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der „Prawda Truda".

ÜBER DAS SCHWARZHUNDERTERTUM

Unser Schwarzhundertertum enthält einen überaus originellen und äußerst wichtigen Zug, der ungenügend beachtet wird, und zwar den unbewußten Bauerndemokratismus, der äußerst grobschlächtig ist, aber auch sehr tief sitzt.

Wie sehr sich die herrschenden Klassen auch bemühen mögen, sowohl mit Hilfe des Wahlgesetzes vom 3. Juni als auch mit Hilfe der tausend „Besonderheiten" unserer Staatsordnung unsere politischen Parteien vom Volk fernzuhalten, das Leben nimmt sich dennoch sein Recht. Diese oder jene Verbindung mit dem Volk muß jede politische Partei suchen, sogar die der äußersten Rechten.

Die Partei der äußersten Rechten – das ist die Partei der Gutsbesitzer. Sie kann sich jedoch auf die Verbindung mit den Gutsbesitzern allein nicht beschränken. Sie muß diese Verbindung tarnen und so tun, als nähme sie die Interessen des ganzen Volkes wahr, als träte sie für die „guten alten" „stabilen" Zustände des Lebens auf dem Lande ein. Sie muß an die starrsten Vorurteile des rückständigsten Bauern appellieren, muß seine Unwissenheit ausnutzen.

Ein solches Spiel ist nicht ungefährlich. Immer wieder durchbricht die Stimme des echten Bauernlebens, der Bauerndemokratismus die ganze Schwarzhundertermuffigkeit und -routine. Dann sehen sich die Rechten gezwungen, den „unbequemen" Bauerndemokraten davonzujagen. Wenn aber die äußersten Rechten auf diese Weise treuergebene Schwarzhunderter wegen ihres Demokratismus aus ihrem eigenen Lager verjagen oder entfernen, so kann das natürlich nicht ohne aufklärende Wirkung auf die Massen abgehen.

So mußte zum Beispiel Bischof Nikon, ein äußerster Rechter, aus der Dumaarbeit ausscheiden. Warum?

Eine klare Antwort auf diese Frage gibt ein in der „Jenissejskaja Mysl"[91] veröffentlichter Brief von Bischof Nikon selbst. Natürlich wagt es Bischof Nikon nicht, offen über die Ursachen seiner Abberufung zu sprechen. Er zitiert aber den Brief eines Bauern und schreibt: „Für die Bodenfrage, die Getreidefrage und andere wichtige Fragen unserer russischen Wirklichkeit und unseres Landes regen sich irgendwie sowohl bei der Obrigkeit als auch in der Duma weder Hand noch Herz. Diese Fragen und ihre den Kräften angemessene Lösung gelten als ‚utopisch', ‚riskant', unzeitgemäß. Weshalb schweigen sie selbst, und worauf warten sie? Auf Unruhen, Revolten, derentwegen dann dieselben ‚unterernährten', hungerleidenden, unglücklichen Bauern zusammengeschossen werden?! Bei uns fürchtet man sich vor ‚großen' Dingen und Reformen und beschränkt sich auf Kleinigkeiten, auf nichtige, wenn auch gute Dinge."

Das schreibt Bischof Nikon. So urteilen sehr viele Bauern unter den Schwarzhundertern. Und es ist völlig begreiflich, weshalb man Bischof Nikon solcher Reden wegen von Dumaangelegenheiten und der Dumatätigkeit entfernen *mußte*.

Dem Wesen der Sache nach bringt Bischof Nikon seinen Schwarzhunderterdemokratismus in einer ganz und gar falschen Betrachtung zum Ausdruck. Für die Boden- sowie die Getreidefrage und alle übrigen wichtigen Fragen regen sich *durchaus* Hand und Herz (und Geldbeutel) sowohl der „Obrigkeit" als auch der Duma.

Sowohl die „Obrigkeit" als auch die Duma *bieten* eine „den Kräften angemessene" Lösung dieser Fragen, aber eben nur eine *den Kräften angemessene* Lösung, wie sie den Interessen und der Kraft der Gutsbesitzer, die in der Obrigkeit wie in der Duma vorherrschen, entspricht.

Bischof Nikon spürt, daß seine Schwarzhunderteransichten vom Leben selbst widerlegt werden; sie werden durch das widerlegt, was er sowohl in der Duma als auch im Verhalten der „Obrigkeit" usw. beobachten muß. Aber *begreifen*, woher das kommt, das kann Bischof Nikon nicht oder er fürchtet sich davor.

Doch das Leben wird sich durchsetzen, und von zehn Gleichgesinnten des Bischofs Nikon in jedem Dorf werden sicher neun letzten Endes die Lehren des Lebens nicht so langsam begreifen wie Bischof Nikon.

„Prawda Truda" Nr. 14,
26. September 1913.

Nach dem Text der
„Prawda Truda".

ÜBER RUSSLANDS VERWALTUNG UND ÜBER RUSSISCHE REFORMEN

Es gibt da eine Zeitschrift „Grashdanin"[92], herausgegeben von Herrn Meschtscherski. Der Fürst, der die verschiedenen höchsten Beamten-„sphären" Petersburgs in- und auswendig kennt, propagiert in dieser Zeitschrift gewöhnlich die reaktionärsten Dinge.

Die Zeitschrift ist interessant, erstens weil der schwatzhafte Fürst darin ständig die Geheimnisse der obersten Verwaltung Rußlands ausplaudert. Denn Rußland wird wirklich von den hochgestellten Gutsbesitzern verwaltet, mit denen Fürst Meschtscherski verkehrte und verkehrt. Und sie verwalten Rußland wirklich gerade so, gerade in dem Geiste und mit den Methoden, wie es Fürst Meschtscherski rät, plant und empfiehlt.

Zweitens ist die Zeitschrift dadurch interessant, daß ihr hochgestellter Redakteur in der Überzeugung, daß seine Zeitschrift niemals *bis ins Volk* dringt, die russische Verwaltung oft ganz schonungslos entlarvt.

Nachstehend zwei interessante Bekenntnisse des hohen fürstlichen Würdenträgers:

„Eine sehr bezeichnende Erscheinung: Zu uns kommen von Zeit zu Zeit aus Frankreich, aus Belgien, aus England angenehme, mit Rußland und den russischen Menschen sehr sympathisierende (mitfühlende) Leute, steigen in luxuriös eingerichteten Hotels ab, präsentieren diesem oder jenem Beamten ihre Empfehlungen ... und siehe da, nach etwa zehn Tagen werden diese zugereisten Ausländer von diesem oder jenem Minister empfangen, man macht ihnen Hoffnung auf diese oder jene Konzession, mit ihr reisen sie nach Hause ... dann kommen sie nochmals angereist, und nach einer knappen Woche sind sie bereits im Besitz einer Konzession irgendwo in Rußland und zählen ihre voraussichtlichen Profite mit solcher Energie zusammen, daß sie von Millionen zu träumen beginnen."

Das schreibt Fürst Meschtscherski. Ausnahmsweise schreibt er die Wahrheit. Im russischen Kapitalismus sind die Züge asiatischer Primitivität, der Beamtenbestechung, der dunklen Geschäfte der Finanzherren, die ihre Monopolprofite mit den Würdenträgern teilen, noch unerhört stark. Wenn unsere Volkstümler diese empörenden und unverschämten Geschäfte bekämpfen, und das mit Recht, so betrachten sie das nicht selten als Kampf gegen den Kapitalismus. Ihr Irrtum liegt auf der Hand. Sie kämpfen in Wirklichkeit *für die Demokratisierung* des Kapitalismus.

„Ich kann mich nicht entsinnen", schreibt der erzreaktionäre Fürst an einer anderen Stelle, „daß, als ich mich im Ausland mit Menschen verschiedener Stände unterhielt, jemals irgendwelche sozialen oder staatlichen Reformen Gegenstand des Gesprächs gewesen wären ... Ich las Zeitungen ... fand aber darin keine Artikel über Reformen ... Kaum aber hatte ich die Grenze passiert, war zu Hause und nahm die erste beste russische Zeitung zur Hand, da fand ich auf der ersten, der zweiten und sogar auf der dritten Seite Artikel über irgendwelche Reformen."

Eine richtige Beobachtung. In Europa braucht die Bourgeoisie keine Reformen. Die russische Bourgeoisie braucht sie. Der fürstliche Würdenträger kann die Ursachen dieses Unterschieds nicht begreifen, ebenso wie manch ein anderer Weiser nicht begreifen kann, daß gerade die Notwendigkeit von Reformen für die Bourgeoisie die ausgeprägt antireformistische Taktik der Arbeiter rechtfertigt.

„Prawda Truda" Nr. 14,
26. September 1913.
Unterschrift: Ein Beobachter.

Nach dem Text der „Prawda Truda".

WIE W. SASSULITSCH DAS LIQUIDATORENTUM ERLEDIGT

In Nr. 8 der „Shiwaja Shisn" vom 19. Juli 1913 ist ein bemerkenswerter Artikel von W. Sassulitsch zur Verteidigung des Liquidatorentums („Zu einer Frage") veröffentlicht. Wir lenken die besondere Aufmerksamkeit aller, die sich für die Fragen der Arbeiterbewegung und der Demokratie interessieren, auf diesen Artikel, der sowohl wegen seines Inhalts als auch wegen der großen Offenheit seiner prominenten Autorin von Wert ist.

I

W. Sassulitsch ist, wie alle Liquidatoren, vor allem bemüht, die Partei zu schmähen, aber durch ihre Offenheit entlarvt sich die Autorin selbst mit überraschender Deutlichkeit. „Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands", lesen wir bei W. Sassulitsch, „ist die illegale, auf dem zweiten Parteitag gegründete, aber sofort gespaltete Organisation von Intellektuellen zur Propaganda und Agitation unter den Arbeitern." In Wirklichkeit wurde die Partei 1898 gegründet und stützte sich auf das Erwachen der proletarischen Massenbewegung in den Jahren 1895/1896. Dutzende und Hunderte von Arbeitern (wie seinerzeit Babuschkin in Petersburg) hörten nicht nur Lektionen in den Zirkeln, sondern *betrieben* bereits in den Jahren 1894/1895 *selbst Agitation* und bauten dann Arbeiterorganisationen auch in anderen Städten auf (Gründung der Jekaterinoslawer Organisationen durch den aus Petersburg verbannten Babuschkin usw.).

Ein relatives Vorherrschen der Intellektuellen zu Beginn der Bewegung war überall, nicht nur in Rußland, zu beobachten. W. Sassulitsch, die diese Tatsache benutzt, um die Arbeiterpartei zu schmähen, macht damit das

Liquidatorentum bei allen denkenden Arbeitern, die die Agitation und die Streiks der Jahre 1894–1896 miterlebt haben, unmöglich.

„Im Jahre 1903", schreibt W. Sassulitsch, „vereinigten sich die illegalen Zirkel, die diese Arbeit leisteten, zu einer Geheimgesellschaft mit hierarchischem Statut. Es ist schwer zu sagen, ob die neue Organisation als solche die laufende Arbeit unterstützt oder gehemmt hat..."

Jeder, der nicht will, daß man ihm nachsagt, er habe ein kurzes Gedächtnis, weiß, daß die Gruppen der Intellektuellen und der Arbeiter nicht erst 1903, sondern schon ab 1894 (und oft sogar noch früher) sowohl die ökonomische als auch die politische Agitation, die Streiks und die Propaganda *unterstützt* haben. Öffentlich zu erklären: „Es ist schwer zu sagen, ob die Organisation die Arbeit unterstützt oder gehemmt hat", heißt nicht nur eine große, himmelschreiende historische Unwahrheit sagen. Das heißt *sich von der Partei lossagen.*

In der Tat, weswegen soll man die Partei schätzen, wenn man schwer sagen kann, ob sie die Arbeit gefördert oder behindert hat? Ist es nicht klar, daß der Sabbat um des Menschen willen da ist, und nicht der Mensch um des Sabbats willen?

Die Liquidatoren brauchen die Abkehr von der Partei in der Vergangenheit, nachträglich, um die Abkehr von ihr in der Gegenwart zu rechtfertigen.

W. Sassulitsch schreibt über diese Gegenwart, über die Epoche des 3. Juni: „Ich hörte Mitteilungen darüber, wie die Bezirksabteilungen der Organisation verödeten..."

Eine unbestreitbare Tatsache. Es verödeten sowohl Bezirks- als auch mancherlei andere Abteilungen der Organisation. Es geht allein darum, wie man diese Erscheinung der Flucht aus der Organisation erklären und sich zu dieser Erscheinung verhalten soll.

W. Sassulitsch antwortet: „Sie verödeten, weil es zu jenem Zeitpunkt dort nichts zu tun gab."

Eine entschiedene Antwort, die einer entschiedenen Verurteilung der Illegalität und einer Rechtfertigung der Flucht aus ihr gleichkommt. Wie aber beweist W. Sassulitsch ihre Behauptung? 1. hätten die Propagandisten nichts zu tun gehabt, denn „viele Arbeiter stellten sich" aus in den Tagen der Freiheit erschienenen Publikationen „ganze Bibliotheken zusammen, die die Polizei noch nicht konfisziert hatte".

W. Sassulitsch hat eine seltene Fähigkeit, nicht zu bemerken, daß sie sich selbst widerlegt. Wenn die Polizei Bibliotheken „konfisziert" hat, *so heißt das*, daß die Erörterung des Gelesenen, seine Aneignung und das weitere Studium gerade die illegale Arbeit *erforderlich machte!* W. Sassulitsch will beweisen, daß „es nichts zu tun gab", aber aus dem, was sie sagt, folgt: es *gab* etwas zu tun.

2. „Von der Möglichkeit einer illegalen politischen Agitation konnte zu dieser Zeit gar nicht die Rede sein. Außerdem gehörte die Initiative zu solchen ‚Aktionen' nicht zu den Rechten und Pflichten der Bezirke."

W. Sassulitsch wiederholt die Worte der Liquidatoren, ohne eine Ahnung von der Sache zu haben. Daß es in der genannten Zeit schwierig war, schwieriger als vorher, ist nicht zu bestreiten. Doch die Arbeit der Marxisten ist *immer* „schwierig", und sie unterscheiden sich von den Liberalen gerade dadurch, daß sie das Schwierige nicht für unmöglich erklären. Der Liberale bezeichnet eine schwierige Arbeit als unmöglich, um seine Abkehr von ihr zu tarnen. Den Marxisten zwingt die Schwierigkeit der Arbeit, sich dafür einzusetzen, daß sich die besten Elemente zur Überwindung der Schwierigkeiten enger zusammenschließen.

Die objektive Tatsache, daß diese Arbeit in der genannten Zeit *möglich* war und geleistet wurde, wird zum Beispiel durch die Wahlen zur III. und IV. Reichsduma bewiesen. Glaubt denn W. Sassulitsch wirklich, daß die Anhänger der Illegalität *ohne* die Mitwirkung der illegalen Organisation in die Reichsduma hätten gelangen können?

3. „In den illegalen Gruppen gab es nichts zu tun, aber außerhalb von ihnen gab es eine Menge notwendiger gesellschaftlicher Arbeit . . ." Klubs, verschiedene Vereinigungen, Kongresse, Lektionen usw.

Derart sind die Betrachtungen aller Liquidatoren, und W. Sassulitsch wiederholt sie. Ihren Artikel könnte man direkt den Arbeiterzirkeln zum Studium der Mißgeschicke des Liquidatorentums empfehlen!

Die Illegalität war unter anderem gerade deshalb nötig, weil mit ihr die marxistische Arbeit in den Klubs, Vereinigungen, auf den Kongressen usw. verbunden war.

Vergleichen Sie diese meine Betrachtung mit der Betrachtung W. Sassulitschs. Überlegen Sie, *was für einen Grund* hat W. Sassulitsch, die Arbeit in den legalen Vereinigungen als Arbeit darzustellen, die *„außerhalb"* der

Arbeit der illegalen Gruppen geleistet wird?? Weshalb „außerhalb" und nicht „in enger Verbindung", nicht „in einer Richtung"??

Von wirklichen Gründen kann bei W. Sassulitsch gar keine Rede sein, denn jedermann weiß, daß es wohl kaum eine legale Vereinigung usw. gegeben hat, an der nicht Mitglieder illegaler Gruppen beteiligt waren. Der einzige Grund für die Behauptungen W. Sassulitschs ist die subjektive Einstellung der Liquidatoren. Die Liquidatoren waren so eingestellt, daß für *sie* in der Illegalität nichts zu tun sei, *sie* sympathisierten nur mit der Arbeit *außerhalb* der Illegalität, nur *außerhalb* dieser ideologischen Richtung. Anders ausgedrückt: W. Sassulitschs „Grund" ist lediglich die *Rechtfertigung* der Flucht der Liquidatoren aus der Illegalität!

Ein erbärmlicher Grund.

Aber wir können uns nicht damit begnügen, die subjektiven Gründe für das Geschreibsel W. Sassulitschs, die faktischen und logischen Fehler anzuführen, von denen buchstäblich jeder Satz ihres Artikels strotzt. Wir müssen die objektiven Gründe für die unbestrittene Tatsache suchen, daß die „Bezirke verödeten", daß man aus der Illegalität floh.

Man braucht nicht lange zu suchen. Jedermann weiß, daß in der genannten Zeit die bürgerliche und kleinbürgerliche Gesellschaft Rußlands in hohem Grade von konterrevolutionären Stimmungen ergriffen war. Jedermann weiß, welch tiefer Antagonismus zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat in den Tagen der Freiheit zutage trat und diese konterrevolutionäre Stimmung erzeugte neben Auflösungstendenzen, Kleinmut und Depression bei vielen unzuverlässigen Freunden des Proletariats.

Dieses objektive Verhältnis der Klassen in der genannten Zeit erklärt uns vollauf, warum die Bourgeoisie überhaupt und die liberale Bourgeoisie im besonderen (denn ihr wurde die Hegemonie über die Volksmassen entrissen) die Illegalität hassen, sie für unnütz und „aktionsunfähig" (W. Sassulitschs Ausdruck) erklären *mußte*, warum sie die illegale politische Agitation ebenso wie die legale Arbeit im Geiste der Illegalität, entsprechend *ihren* Losungen, in untrennbarer ideologischer und organisatorischer Verbindung mit ihr verurteilen und ablehnen *mußte*.

Aus der Illegalität flüchtete vor allem und in erster Linie die bürgerliche Intelligenz, die der konterrevolutionären Stimmung erlegen war, jene „Mitläufer" der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die sich auch bei uns wie in Europa an der Befreierrolle des Proletariats (in Europa der

Volksmassen überhaupt) in der bürgerlichen Revolution begeistert hatten. Es ist bekannt, wie viele Marxisten die illegale Arbeit nach 1905 verlassen haben und in allerlei legalen Intellektuellennestchen untergekrochen sind.

Wie „wohlmeinend" die Absichten W. Sassulitschs subjektiv auch sein mögen, die von ihr wiederholten Betrachtungen der Liquidatoren laufen objektiv auf ein Nachplappern konterrevolutionärer liberaler Ideechen hinaus. Die Liquidatoren, die am meisten über die „proletarische Selbsttätigkeit" usw. schreien, vertreten und verteidigen in Wirklichkeit gerade die der Arbeiterbewegung untreu gewordenen und auf die Seite der Bourgeoisie übergetretenen Intellektuellen.

Bei einzelnen konnte die Flucht aus der Illegalität von Müdigkeit und Depression herrühren. Solche Leute kann man nur bedauern; ihnen muß man helfen, sobald ihre Depression vorübergeht und sich bei ihnen eine Abwendung vom Spießertum, von den Liberalen und von der liberalen Arbeiterpolitik und eine Zuwendung zur proletarischen Illegalität bemerkbar macht. Wenn aber die Müden und Deprimierten die Tribüne der Journalistik besteigen und ihre Flucht nicht für einen Ausdruck der Müdigkeit, der Schwäche, intellektueller Charakterlosigkeit erklären, sondern als ihr Verdienst hinstellen und dabei die Schuld auf die „aktionsunfähige" oder „unnütze" oder „abgestorbene" usw. Illegalität schieben, dann werden diese Flüchtigen zu widerlichen Renegaten, Abtrünnigen. Dann werden diese Flüchtigen zu den schlechtesten Ratgebern und insofern zu gefährlichen Feinden der Arbeiterbewegung.

Hört man die Liquidatoren solche Elemente verteidigen und über den grünen Klee loben und gleichzeitig hoch und heilig schwören, daß sie, die Liquidatoren, für die Einheit eintreten, zuckt man nur die Achseln und fragt sich: Wen wollen sie mit diesem hochtrabenden Unsinn und dieser Heuchelei irreführen? Ist es nicht klar, daß die Existenz der Arbeiterpartei unmöglich ist, wenn man nicht entschieden dagegen kämpft, daß die Abtrünnigkeit von der Partei gepriesen wird?

Die Liquidatoren (und ihnen folgend auch W. Sassulitsch) bezeichnen diese Abtrünnigen und Flüchtigen gern als „die lebendigen Kräfte der Arbeiterklasse". Doch diese Tricks liberaler Intellektueller sind durch unbestreitbare Tatsachen in gesamtrussischem Maßstab schon längst entlarvt worden. Von den Abgeordneten der Arbeiterkurie hatten die Bolschewiki 47% in der II. Duma, 50% in der III. und 67% in der IV. Duma. Da

haben wir den unwiderlegbaren Beweis dafür, daß die Arbeiter in den Jahren 1907–1913 von den Liquidatoren abgerückt sind. Und die Entstehung der ersten Tageszeitung der Arbeiter sowie die jetzt in den Gewerkschaften zu beobachtenden Erscheinungen bekräftigen diesen Beweis noch mehr. Die lebendigen Kräfte der Arbeiterklasse gehören, wenn man die objektiven Tatsachen zählt und nicht die prahlerischen und jeder Grundlage entbehrenden Erklärungen der liberalen Intellektuellen, zu den Anhängern der Illegalität, zu den Gegnern des Liquidatorentums.

Aber alle Äußerungen W. Sassulitschs über die Vergangenheit sind erst der Anfang. Das dicke Ende kommt noch. Die Verteidigung des Renegatentums und der Absage an die Partei sind nur der Auftakt zur Verteidigung der Zerstörung der Partei. Zu diesen wichtigen Abschnitten des Artikels von W. Sassulitsch kommen wir jetzt.

II

„Die illegale Organisation", lesen wir in dem Artikel, „war immer die schwächste Seite der russischen Sozialdemokratie ..." (nicht mehr und nicht weniger als „immer"!). Kühne Historiker sind unsere Liquidatoren. „Immer" heißt auch in den Jahren 1883–1893, vor dem Beginn der proletarischen Massenbewegung unter der organisierten Führung der Partei; heißt auch in den Jahren 1894–1904. Aber wie war es in den Jahren 1905–1907?

„Aber wenn sie auch zehnmal besser gewesen wäre, so hätte sie auch dann nicht die Revolution und die Konterrevolution durchgestanden. Mir ist aus der Geschichte Europas keine einzige revolutionäre Organisation gegenwärtig, die nach einer Revolution im Augenblick der Reaktion aktionsfähig gewesen wäre."

Diese Betrachtung ist so reich an „Perlen", daß man wirklich nicht weiß, mit welcher Perle man die Analyse beginnen soll!

W. Sassulitsch ist „kein" entsprechender Fall aus der Geschichte Europas „gegenwärtig". Ist aber W. Sassulitsch „aus der Geschichte Europas" eine bürgerliche Revolution gegenwärtig, die unter Bedingungen stattfand, da es in den Nachbarländern selbständige Arbeiterparteien mit Hunderttausenden oder gar einer Million Mitgliedern gab, da der Kapitalismus eine hohe Entwicklungsstufe erreicht und in dem betreffenden Land ein

ausgeprägtes Industrieproletariat und eine Arbeiterbewegung im nationalen Maßstab hervorgebracht hatte?

W. Sassulitsch kann kein solcher Fall „gegenwärtig sein", denn es hat ihn in „der Geschichte Europas" nicht gegeben. In dieser Geschichte hat es so etwas bis zum 20. Jahrhundert nicht gegeben und konnte es nicht geben, daß in einer bürgerlichen Revolution der politische Massenstreik die entscheidende Rolle spielte.

Was ergibt sich also? Wir kommen zu folgendem Resultat: Die Liquidatorin beruft sich auf das Beispiel der „Geschichte Europas", in deren bürgerlichen Revolutionen es *keine* selbständigen proletarischen Parteien und Massenstreiks *gegeben hat* – sie beruft sich auf dieses Beispiel, *um sich* von den Aufgaben eines Landes *loszusagen*, in dem die zwei genannten Grundbedingungen (selbständige proletarische Partei und Massenstreiks politischen Charakters) *vorhanden waren* und vorhanden sind, bzw. diese Aufgaben *herabzumindern*, zu beschneiden, zu kürzen und zu stutzen!

W. Sassulitsch begreift nicht – und dieses Nichtbegreifen ist für das Liquidatorentum äußerst charakteristisch –, daß sie mit anderen Worten, aus einem anderen Anlaß, anders an die Frage herangehend *einen Gedanken des Liberalen* Prokopowitsch *wiederholt*. Dieser Liberale äußerte gerade zu der Zeit, als er – ein extremer „Ökonomist" (1899) – mit der Sozialdemokratie brach, den Gedanken, daß „die Liberalen den politischen Kampf, die Arbeiter aber den ökonomischen Kampf" zu führen hätten.

Der *ganze* Opportunismus in der Arbeiterbewegung Rußlands von 1895 bis 1913 neigt zu diesem Gedanken, läuft auf diesen Gedanken hinaus. Nur im Kampf gegen diese Idee ist die Sozialdemokratie in Rußland groß geworden und *konnte* sie nur groß werden. Der Kampf gegen diese Idee, die Befreiung der Massen vom Einfluß dieser Idee, das eben ist der Kampf für die selbständige Arbeiterbewegung in Rußland.

Prokopowitsch drückte diese Idee in Anwendung auf die Aufgaben der Gegenwart, in der Befehls- bzw. Wunschform aus.

W. Sassulitsch wiederholt diesen Gedanken in Form einer scheinbar historischen, retrospektiven Betrachtung oder eines Überblicks über die Ereignisse.

Prokopowitsch sagte geradezu, offen, klar und scharf: Laßt den Gedanken an politische Selbständigkeit, Arbeiterbrüder! W. Sassulitsch gelangt,

ohne zu begreifen, wohin das Liquidatorentum sie geführt hat, auf Zickzackwegen zu demselben Abgrund: Auch das Beispiel Europas, Arbeiterbrüder, lehrt, daß ihr eine „aktionsfähige" Organisation eures alten, erprobten *Typus*, des Typus, den eure Organisation im Jahre 1905 hatte, nicht braucht. Die Liberalen haben nach 1905 die leeren Träume von der „Illegalität" verworfen und eine „aktionsfähige", eine legale Organisation geschaffen, die vom System des 3. Juni zwar nicht legalisiert ist, aber von ihm geduldet wird, ihre Parlamentsfraktion, ihre legale Presse, ihre faktisch allen bekannten lokalen Komitees behält. Eure alte Organisation aber, Arbeiterbrüder, ist aktionsunfähig, und sie *muß* nach den Lehren der „Geschichte Europas" aktionsunfähig sein, wir Liquidatoren aber versprechen und verheißen euch tagtäglich eine neue, eine „legale Partei". Was braucht ihr mehr? Begnügt euch mit unseren, den liquidatorischen Versprechungen, beschimpft eure alte Organisation, soviel ihr könnt, zieht sie in den Schmutz, sagt euch von ihr los und bleibt vorläufig (bis zur Erfüllung unseres Versprechens über die „legale Partei") *ohne jede Organisation!*

Das nämlich ist der wirkliche Sinn der liquidatorischen Betrachtungen W. Sassulitschs, der Sinn, der *nicht* durch ihren Willen und ihr Bewußtsein bestimmt wird, sondern durch das Verhältnis der Klassen in Rußland, durch die objektiven Bedingungen der Arbeiterbewegung. Und gerade das wollen die Liberalen. W. Sassulitsch *wiederholt* nur das, was Prokopowitsch gesagt hat!

Zum Unterschied vom Europa des ausgehenden 18. Jahrhunderts und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat Rußland gerade das Beispiel eines Landes abgegeben, in dem die alte Organisation ihre Lebens- und Aktionsfähigkeit bewiesen hat. Diese Organisation blieb auch in der Zeit der Reaktion erhalten, trotz des Abfalls der Liquidatoren und einer Unmenge von Spießbürgern. Diese Organisation, die im Grundsätzlichen ihren Typ bewahrt hat, verstand es, *ihre Form* den veränderten Bedingungen anzupassen, verstand es, diese *Form* entsprechend den Erfordernissen der Situation, die „einen weiteren Schritt auf dem Wege zu einer bürgerlichen Monarchie"[93] bedeutete, zu verändern.

Einen objektiven Beweis für diese Anpassung der alten Organisation sehen wir – wenn wir einen der einfachsten, offenkundigsten, dem liberalen Verstand am ehesten faßlichen Beweise nehmen – im Ergebnis der

Wahlen zur IV. Duma. Anhänger der alten Organisation sind, wie bereits gesagt, $^2/_3$ der Abgeordneten der Arbeiterkurie und unter ihnen alle sechs Abgeordneten der wichtigsten Industriegouvernements. In diesen Gouvernements gibt es etwa eine Million Fabrikarbeiter. Alles, was lebendig, klasssenbewußt, einflußreich in dieser echten *Masse*, der proletarischen Masse, ist, beteiligte sich an den Wahlen, wobei es die *Form* seiner alten Organisation änderte, die *Bedingungen* ihrer Tätigkeit veränderte, aber ihre Richtung, ihre ideologisch-politischen Prinzipien und den *Inhalt* ihrer Tätigkeit beibehielt.

Unsere Position ist klar. Sie liegt seit 1908 unverrückbar fest. Die Liquidatoren dagegen – und das ist ihr Unglück – haben keinerlei Position, solange ihnen eine *neue* Organisation fehlt. Sie seufzen nur über die schlechte Vergangenheit und träumen von einer guten Zukunft.

III

„Die Organisation ist für die Partei notwendig", schreibt W. Sassulitsch. Sie ist nicht mehr einverstanden mit dem Stockholmer Beschluß (von 1906), als die Menschewiki *das Übergewicht hatten und gezwungen* waren, den berühmten ersten Paragraphen des Statuts anzunehmen.

Wenn das stimmt (und das stimmt unbedingt), dann ist W. Sassulitsch im Unrecht, und sie muß sich von dem *menschewistischen* Stockholmer Beschluß lossagen. Die Organisation ist nicht nur „für die Partei notwendig" – das wird jeder Liberale und jeder Bourgeois zugeben, der die Arbeiterpartei für eine arbeiterfeindliche Politik „ausnutzen" will. Die Partei *ist* die Summe der zu einem Ganzen verbundenen Organisationen. Die Partei *ist* die Organisation der Arbeiterklasse, gegliedert in ein ganzes Netz mannigfaltiger lokaler und spezieller, zentraler und allgemeiner Organisationen.

Hier zeigen sich die Liquidatoren abermals ohne jeglichen festen Standpunkt. 1903 vertraten sie eine solche Auffassung von der Parteimitgliedschaft, daß Parteimitglied nicht nur ist, wer einer der Organisationen angehört, sondern auch, wer (außerhalb der Organisationen) unter deren Kontrolle arbeitet. W. Sassulitsch erinnert an diese Episode, die sie offenbar für wichtig hält. Sie schreibt:

„Schon auf dem zweiten Parteitag, vor zehn Jahren, fühlten die Menschewiki, daß es unmöglich ist, die ganze Partei in die illegale Organisation hineinzuzwängen . . ."

Wenn die Menschewiki 1903 eine Abneigung gegen die Illegalität hatten, weshalb haben sie denn dann *1906*, zu einer Zeit, da die Partei weitaus „legaler" war, trotz ihres Übergewichts auf dem Parteitag *selbst* den 1903 von ihnen gefaßten menschewistischen Beschluß aufgehoben und den bolschewistischen *akzeptiert*? W. Sassulitsch schreibt die Geschichte der Partei so, daß man auf Schritt und Tritt auf eine erstaunliche, unglaubliche Entstellung der Tatsachen stößt!

Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die Menschewiki 1906 in Stockholm der bolschewistischen Definition der Partei als einer Summe von Organisationen zugestimmt haben, und wenn W. Sassulitsch und ihre Freunde ihre Ansichten *noch einmal* geändert haben, wenn sie *ihren* Beschluß von 1906 jetzt wieder für einen Irrtum halten, weshalb sagt man das dann nicht offen? W. Sassulitsch mißt doch dieser Frage offenbar Bedeutung bei, denn sie hat sie selbst aufgeworfen, hat selbst an das Jahr 1903 erinnert!

Der Leser sieht, daß es nichts Hilfloseres und Verwirrteres gibt als die Ansichten der Liquidatoren in der Organisationsfrage. Ihnen fehlen überhaupt jegliche Ansichten. Sie sind ein Musterbeispiel für Charakterlosigkeit und Wankelmütigkeit. W. Sassulitsch ruft ärgerlich aus: „Organisatorischer Opportunismus – was für ein dummes Wort." Doch „Galle" hilft hier nicht. Gab doch *selbst* Tscherewanin bekannt, daß im Jahre 1907 in Versammlungen der *menschewistischen* Fraktion in London bei den späteren Liquidatoren ein „organisatorischer Anarchismus" festgestellt worden ist. Damals wie heute gerieten und geraten die namhaftesten Liquidatoren in die wirklich originelle Lage, daß ihre Argumente sich gegen die Liquidatoren selbst richten.

„Die Organisation ist für die Partei notwendig", schreibt W. Sassulitsch. „Aber die ganze Partei für eine einigermaßen lange Zeit in sich aufnehmen und friedlich (!) in ein und derselben Form existieren, mit ein und demselben Statut" (hört, hört!) „wird sie nur dann können, wenn das russische gesellschaftliche Leben bei erreichter und gefestigter Rechtsordnung (wenn sie jemals in Rußland gefestigt sein sollte) endlich einen ebenen Weg einschlägt, den bergigen Pfad hinter sich lassend, auf dem es in immer schnellerem Tempo schon

ein ganzes Jahrhundert geht, bald hinaufkletternd, bald hinabstürzend in den Abgrund der Reaktion, um erneut bergauf zu klettern, sobald es sich von den erhaltenen Schlägen erholt hat."

Da haben wir eine der Betrachtungen der Liquidatoren, die als Musterbeispiel der Verwirrung eine Prämie verdiente. Verstehen Sie, was die Autorin will?

Eine Änderung des „Statuts"? Aber, Herrschaften, dann sagt doch um Gottes willen, von was für einer Änderung des Statuts ihr sprecht! Und macht euch nicht lächerlich, sucht nicht „philosophisch" nachzuweisen, daß das Statut nicht etwas Unabänderliches sei.

Doch W. Sassulitsch, die von „ein und demselben Statut" spricht (das übrigens gerade 1912 abgeändert worden ist*), schlägt *keine* Änderung vor.

Was will denn W. Sassulitsch? Sie will sagen, daß die Partei dann zu einer Organisation wird, wenn für Rußland der bergige Pfad endet und der ebene Weg beginnt. Das ist ein Lieblingsgedanke der Liberalen und Wechi-Leute: Vor dem *ebenen Weg* ist alles schlecht und übel, die Partei ist keine Partei, die Politik ist keine Politik. Auf dem „ebenen Weg" wird alles „in Ordnung" sein, auf dem „bergigen Pfad" aber ein einziges Chaos.

Diese Betrachtungen haben wir schon vor langer Zeit bei den Liberalen gelesen. Vom Standpunkt des Hasses der Liberalen gegen die Illegalität und den „bergigen Pfad" sind diese Betrachtungen begreiflich, natürlich, gesetzmäßig. Die Tatsachen sind hier entstellt (denn in Rußland gab es in der Illegalität eine ganze Reihe *Parteien*, die *Organisationen* waren), aber wir verstehen, daß der Haß gegen die Illegalität den Liberalen den Blick trübt und sie die Tatsachen nicht erkennen läßt.

Aber noch einmal: Was will W. Sassulitsch? Bei uns sei eine Partei als Organisation unmöglich . . . folglich? Die Gedanken sind unklar, es wird nicht alles ausgesprochen, die Sache wird durch lange, unerträglich schwerfällige Satzgebilde verwirrt, die Verfasserin macht Ausflüchte und schickt uns von Pontius zu Pilatus. Man spürt nur, daß sie sich der Ablehnung jeglicher Organisation nähert. Und dabei kommt sie denn auch zu folgendem Schluß . . . hier die Krönung ihrer Gedanken:

---

* Siehe Werke, Bd. 17, S. 474. *Die Red.*

„Bei uns gibt es eine breite Schicht von Arbeitern, die mit vollem Recht ihren Platz in jeder beliebigen sozialistischen Partei des Westens einnehmen würde. In dieser rasch anwachsenden Schicht, der zur Bildung einer Partei nur die Möglichkeit des formalen Beitritts zu ihr fehlt, sind alle Kräfte erfaßt, und wie wir sie auch nennen mögen, wir werden von ihr als von der Partei denken und sprechen."

Man muß also, wenn man über die Liquidierung der Partei streitet, wissen, daß die Liquidatoren unter *Partei etwas anderes* verstehen. Was verstehen sie denn unter Partei?

Es stellt sich heraus: „Eine breite Schicht von Arbeitern, der zur Bildung einer Partei (!!) nur (!) die Möglichkeit des formalen Beitritts zu ihr fehlt."

Das ist einzigartig. Die Partei sind die, denen „die Möglichkeit des formalen Beitritts zur Partei fehlt". Die Partei sind die, die außerhalb der Partei stehen.

Wahrlich, herrliche Perlen hat W. Sassulitsch für uns gesammelt, da sie offen das ausspricht, was im Grunde alle Liquidatoren meinen.

IV

In Deutschland gibt es jetzt etwa 1 Million Parteimitglieder. Für die Sozialdemokratie werden dort etwa $4^1/_4$ Millionen Stimmen abgegeben, während es etwa 15 Millionen Proletarier gibt. Hier haben Sie ein einfaches und anschauliches Beispiel, um das zu entwirren, was die Liquidatoren durcheinandergebracht haben. Eine Million – das ist die *Partei*. Eine Million gehört den Parteiorganisationen an. $4^1/_4$ Millionen – das ist die „breite Schicht". Sie ist in Wirklichkeit noch viel breiter, denn die Frauen haben kein Wahlrecht, desgleichen viele Arbeiter, die auf Grund des Ansässigkeitszensus, des Alterszensus usw. usf. des Wahlrechts beraubt sind.

Diese „breite Schicht" – das sind fast alles Sozialdemokraten, und ohne sie wäre die Partei machtlos. Diese breite Schicht erweitert sich bei jeder Aktion noch auf das 2–3fache, weil dann der Partei eine Masse von Nichtsozialdemokraten folgt.

Ist das denn nicht klar? Es ist doch geradezu peinlich, Binsenwahrheiten vorzukauen!

Wodurch unterscheidet sich denn Deutschland von Rußland? Keineswegs dadurch, daß es bei uns etwa *keinen* Unterschied zwischen der „Partei" und der „breiten Schicht" gäbe! Um das zu verstehen, wollen wir zunächst Frankreich betrachten. Dort sehen wir (annähernd; genauere Zahlen würden meine Schlußfolgerung nur *bekräftigen*) folgendes:

Partei	etwa 70 000*
„breite Schicht" (Stimmen für die Sozialdemokratie)	etwa 1 000 000
Proletarier	etwa 10 000 000

Und in Rußland? Partei – 150 000 im Jahre 1907 (gezählt und nachgeprüft auf dem Londoner Parteitag). Die heutige Zahl ist nicht bekannt. Wahrscheinlich sind es viel weniger, aber doch 30 000 oder 50 000, es läßt sich nicht feststellen.

Die „breite Schicht" beläuft sich bei uns auf 300 000–500 000, wenn man die Zahl der Stimmen für die Sozialdemokratie überschlägt. Schließlich gibt es bei uns wahrscheinlich etwa 20 Millionen Proletarier. Ich wiederhole, auch hier handelt es sich um annähernde Zahlen, aber *jegliche* anderen Zahlen würden, hätte jemand die Absicht, sich um genauere Angaben zu bemühen, meine Schlußfolgerungen nur noch mehr bekräftigen.

Die Schlußfolgerungen bestehen darin, daß es in allen Ländern, stets und überall, *außer* der „Partei" eine „breite Schicht" der *Partei Nahestehender* und die gewaltige Masse der *Klasse* gibt, aus der die Partei hervorgeht, sich bildet und ihre Kräfte schöpft. Die Liquidatoren, die diese einfache und klare Sache nicht verstehen, wiederholen den Fehler der „Ökonomisten" der Jahre 1895–1901, die den Unterschied zwischen „Partei" und „Klasse" einfach nicht begreifen konnten.

Die Partei – das ist die bewußte, fortgeschrittenste Schicht der Klasse, ihre Vorhut. Die Kraft dieser Vorhut übersteigt ihre Zahl um das Zehn-, das Hundertfache und mehr.

Ist das möglich? Kann die Kraft von Hunderten die Kraft von Tausenden übersteigen?

Sie kann es und sie übersteigt sie, *wenn die Hunderte organisiert sind.* Organisation verzehnfacht die Kräfte. Diese Wahrheit ist wahrhaftig

---

* Die genaue Zahl beträgt laut Rechenschaftsbericht auf dem letzten Parteitag in Brest 1913[94] – 68 903.

nicht neu. Doch es ist nicht unsere Schuld, wenn wir genötigt sind, für W. Sassulitsch und die Liquidatoren von vorn zu beginnen.

Die Bewußtheit des Vortrupps offenbart sich unter anderem gerade darin, daß er sich zu organisieren versteht. Und indem er sich organisiert, erhält er einen *einheitlichen Willen*, und dieser einheitliche Wille der fortschrittlichen Tausend, Hunderttausend, Million *wird* zum Willen der Klasse. Der Mittler zwischen Partei und Klasse ist die „breite Schicht" (breiter als die Partei, aber enger als die Klasse), die Schicht derer, die für die Sozialdemokratie stimmen, die Schicht der Helfenden, die Schicht der Sympathisierenden usw.

In den verschiedenen Ländern ist das *Verhältnis* der Partei zur Klasse verschieden, je nach den historischen und anderen Bedingungen. In Deutschland beispielsweise ist annähernd $^1/_{15}$ der Klasse in der Partei organisiert; in Frankreich etwa $^1/_{140}$. In Deutschland kommen auf ein Parteimitglied 4–5 Sozialdemokraten der „breiten Schicht"; in Frankreich 14. In Frankreich gab es auch eigentlich niemals eine Partei mit hunderttausend Mitgliedern – bei „legaler" Organisation und politischer Freiheit.

Jeder vernünftige Mensch begreift, daß es historische Bedingungen, objektive Ursachen gibt, die es in Deutschland ermöglichten, $^1/_{15}$ der Klasse in der Partei zu organisieren, die dies aber in Frankreich erschwerten und es in Rußland *noch mehr* erschweren.

Was würden Sie von dem Franzosen sagen, der auf den Gedanken käme zu erklären: Unsere Partei ist ein kleiner Zirkel, aber keine Partei. Man kann die Partei nicht in eine Organisation zwängen. Die Partei – das ist eine breite Schicht, die *alle Kräfte* erfaßt, usw. Wahrscheinlich würden Sie Ihr Befremden darüber äußern, daß dieser Franzose sich nicht in einer Anstalt für Geisteskranke befindet.

Und bei uns in Rußland wollen Leute ernst genommen werden, die, obwohl sie fühlen, sehen und wissen, daß *noch immer ein bergiger* Pfad vor uns liegt, das heißt, daß die Bedingungen der Organisation *schwieriger* sind, erklären, daß „sie von der breiten Schicht" (der Nichtorganisierten!) „als von der Partei denken und sprechen werden". Das sind kopflos gewordene, aus der Partei geflohene Leute, in Verwirrung geratene *außerhalb der Partei* oder *am Rande der Partei* stehende Sozialdemokraten, die dem Druck der liberalen Ideen des Verfalls, der Mutlosigkeit und der Lossagung nicht standgehalten haben.

V

„Um eine nützliche Kraft zu sein, muß sich diese illegale Organisation", schreibt W. Sassulitsch im Schlußsatz ihres bemerkenswerten Artikels, „selbst wenn nur sie allein Partei genannt wird, zu dieser proletarischen Sozialdemokratie" (d. h. zu der breiten Schicht, in der W. Sassulitsch „alle Kräfte" sieht und von der sie erklärte: „wir werden von ihr als von der Partei denken und sprechen") „so verhalten, wie sich Funktionäre der Partei zur Partei verhalten."

Denken Sie sich in diese Betrachtung hinein, die eine Perle der Perlen in dem an Perlen reichen Artikel W. Sassulitschs ist. Erstens versteht sie ausgezeichnet, was im heutigen Rußland *Partei* genannt wird, während Dutzende liquidatorischer Schriftsteller dem Publikum beteuerten und beteuern, sie verstünden das nicht, so daß die Polemiken über die Liquidierung der *Partei* durch diese Herrschaften ganz unglaublich verwirrt werden. Mögen also die Leser, die sich für das Schicksal der Arbeiterbewegung interessieren, entgegen den vulgären, den Dutzendliquidatoren zum Artikel W. Sassulitschs greifen und daraus die Antwort auf die verschleierte und im dunkeln gehaltene Frage schöpfen, was die Partei ist.

Zweitens analysiere man die Schlußfolgerung von W. Sassulitsch. Die illegale Organisation müsse sich zur breiten Schicht verhalten wie die Funktionäre zur Partei, sagt man uns. Es fragt sich, worin das Wesen der Beziehungen der Funktionäre einer beliebigen Vereinigung zu dieser Vereinigung besteht. Offenbar darin, daß die Funktionäre nicht ihren persönlichen Willen (oder den einer Gruppe oder eines Zirkels), sondern den Willen dieser Vereinigung in die Tat umsetzen.

Auf welche Weise soll man denn den Willen einer breiten Schicht von einigen hunderttausend oder einigen Millionen Menschen bestimmen? *Es ist völlig unmöglich, den Willen einer breiten Schicht zu bestimmen, wenn sie nicht in einer Organisation organisiert ist* – das begreift sogar ein Kind. Das ist eben das Unglück W. Sassulitschs sowie der anderen Liquidatoren, daß sie, einmal auf die schiefe Ebene des organisatorischen Opportunismus geraten, ständig in den Sumpf des ärgsten Anarchismus abgleiten.

Denn das gerade ist Anarchismus in der vollsten und exaktesten Bedeutung des Wortes, wenn W. Sassulitsch, die selbst zugegeben hat, daß „der breiten Schicht" „die Möglichkeit des formalen Beitritts zur Partei"

und daher „die Möglichkeit fehlt", *„eine Partei zu bilden"*, im gleichen Atemzug erklärt, daß die Liquidatoren von dieser breiten Schicht als von der Partei *denken und sprechen werden* und die illegale Organisation sich zu dieser Schicht wie zur höchsten Instanz, wie zu jemandem verhalten müsse, dem die letzte Entscheidung in der Frage der „Funktionäre" usw. usf. vorbehalten bleibt.

Wenn man *gegen* die Organisation an die breiten Schichten bzw. an die Masse appelliert und gleichzeitig *zugibt*, daß man diese breiten Schichten bzw. diese Masse nicht organisieren kann, so ist das Anarchismus von reinstem Wasser. Die Anarchisten bilden ja gerade deshalb eines der schädlichsten Elemente der Arbeiterbewegung, weil sie zwar ständig mit großer Lautstärke von der Masse der unterdrückten Klassen (oder sogar von der Masse der Unterdrückten überhaupt) reden, immer den guten Namen jeder sozialistischen Organisation zerstören, aber selbst *keine* andere Organisation dagegensetzen und schaffen können.

Die Marxisten sehen das Verhältnis der nichtorganisierten (und lange Zeit, manchmal jahrzehntelang, nicht organisierbaren) Masse zur Partei, zur Organisation, prinzipiell anders. Gerade damit die Masse einer *bestimmten Klasse* lernen kann, die eigenen Interessen, die eigene Lage zu begreifen, ihre eigene Politik zu betreiben, gerade dazu ist die Organisation der fortgeschrittensten Elemente der Klasse unbedingt und um jeden Preis notwendig, auch wenn diese Elemente am Anfang einen ganz geringen Teil der Klasse ausmachen sollten. Um der Masse zu dienen und *ihre* richtig erkannten Interessen zum Ausdruck zu bringen, muß der Vortrupp, die Organisation ihre ganze Tätigkeit in die Masse verlegen und dabei aus ihr ausnahmslos alle guten Kräfte heranziehen und auf Schritt und Tritt, sorgfältig und objektiv prüfen, ob die Verbindung mit den Massen gewahrt wird, ob sie lebendig ist. So und *nur* so erzieht und schult der Vortrupp die Masse, indem er *ihre* Interessen zum Ausdruck bringt, sie lehrt, sich zu organisieren, und die *ganze* Tätigkeit der Masse auf den Weg bewußter Klassenpolitik lenkt.

Wenn es sich im Ergebnis der politischen Tätigkeit der ganzen Masse, die direkt oder indirekt in die Wahlen einbezogen wird oder sich an ihnen beteiligt, herausstellt, daß *alle* gewählten Arbeitervertreter für die Illegalität und ihre politische Linie, für die Partei sind, dann erhalten wir damit eine objektive Tatsache, die die Lebendigkeit der Verbindungen mit den

Massen *beweist*, die das Recht dieser Organisation beweist, die *einzige* Vertreterin und Wortführerin der Klasseninteressen der Masse zu sein und sich als solche zu bezeichnen. *Jeder* politisch bewußte Arbeiter oder vielmehr jede Gruppe von Arbeitern *konnte* sich an den Wahlen beteiligen und sie in dieser oder jener Weise beeinflussen; und wenn schließlich gerade die von den Liquidatoren verspottete, beschimpfte, mit Verachtung behandelte Organisation die Masse *hinter sich gebracht hat*, so heißt das, daß die Stellung unserer Partei zu den Massen prinzipiell richtig, marxistisch ist.

Die Theorie der *„breiten Schicht*, der zur Bildung einer Partei *nur* die Möglichkeit des formalen Beitritts zu ihr fehlt", ist Anarchismus. Die Arbeiterklasse Rußlands wird ihre Bewegung nicht festigen und entfalten können, ohne diese die Massen zersetzende, den Begriff und das Prinzip der Organisation selbst zerstörende Theorie aufs schonungsloseste zu bekämpfen.

Die Theorie der „breiten Schicht" *an Stelle* der Partei ist die Rechtfertigung der größten Willkür und der *Verhöhnung* der proletarischen Massenbewegung (wobei jedes fünfte Wort der Höhnenden unbedingt das Wort „Masse" ist, das sie in allen möglichen Zusammenhängen gebrauchen). Alle wissen, daß die Liquidatoren mit Hilfe dieser Theorie *sich*, ihren Intellektuellenzirkel als Vertreter und Wortführer der „breiten Schicht" hinstellen. Was hat schon für uns, sagen sie, die „enge" Partei zu bedeuten, wo wir doch die „breite Schicht" vertreten! Was hat für uns schon irgendeine illegale Organisation zu bedeuten, die eine Million Arbeiter in den Wahlkampf führt, wo wir die breite Schicht vertreten – wahrscheinlich Millionen und aber Millionen.

Die objektiven Tatsachen – die Wahlen zur IV. Duma, die Entstehung der Arbeiterzeitungen, die Geldsammlungen für sie, der Metallarbeiterverband in Petersburg sowie der Angestelltenkongreß[95] – beweisen augenfällig, daß die Liquidatoren eine Gruppe von Intellektuellen sind, die von der Arbeiterklasse abgefallen sind. Die „Theorie der breiten Schicht" aber erlaubt es, alle objektiven Tatsachen zu umgehen und die Herzen der Liquidatoren mit dem stolzen Bewußtsein ihrer verkannten Größe zu erfüllen . . .

VI

Der Artikel von W. Sassulitsch ist vom Standpunkt der Logik und des Abc des Marxismus eine solche Kollektion von Kuriositäten, daß dem Leser natürlich der Gedanke kommen kann: enthält denn aber dieser Unsinn nicht vielleicht irgendeinen *anderen* Sinn? Unsere Analyse wäre in der Tat unvollständig, würden wir nicht zeigen, daß es *einen Standpunkt gibt*, von dem aus der Artikel von W. Sassulitsch durchaus begreiflich, logisch und richtig ist. Es ist dies der Standpunkt der Spaltung.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung kennt viele Beispiele erfolgloser, untauglicher, ja sogar schädlicher Parteien. Nehmen wir für einen Augenblick an, unsere Partei sei eine solche Partei. Dann wäre es schädlich und ein Verbrechen, sich mit ihrer Existenz und noch mehr mit ihren Vertretern abzufinden. Dann müßte man unbedingt *um die Vernichtung* dieser Partei und um ihre Ersetzung durch eine neue Partei kämpfen.

Begreiflich und natürlich wären dann – vom Standpunkt der tiefen Überzeugung, daß die Illegalität schädlich sei – auch Erklärungen wie die, daß man nicht wisse, „ob sie (die Partei) unterstützt oder gehemmt hat", ob sie unterstützt oder hemmt. Wir würden die aus ihr Ausscheidenden rechtfertigen und preisen* und dies mit der „Aktionsunfähigkeit" der alten Partei erklären. Wir würden die *Parteilosen* auffordern, sich von dieser alten Partei abzuwenden und der neuen Partei beizutreten.

W. Sassulitsch hat diesen Standpunkt der Spaltung nicht zu Ende geführt. Subjektiv mag diese Tatsache für die Autorin wichtig und bedeutungsvoll sein. Objektiv aber bedeutet sie wenig. Wenn ein Schriftsteller *a, b, c* sagt und *sämtliche* Buchstaben des Alphabets außer dem letzten aufzählt, so kann man wetten, daß 999 von 1000 Lesern von sich aus den letzten Buchstaben (laut oder in Gedanken) hinzufügen. Alle Liquidatoren befinden sich in dieser komischen Lage: Sie führen eine ganze Sammlung von Argumenten für die Spaltung an und schweigen dann oder fügen hinzu, daß sie „für die Einheit" seien.

---

* Übrigens ist diese *Verteidigung* der Abtrünnigen auch in W. Sassulitschs Worten enthalten: „der breiten Schicht fehlt zur Bildung einer Partei nur die Möglichkeit des formalen Beitritts zu ihr". Tausende von Tatsachen sprechen dagegen. Mit den Worten von der „fehlenden *Möglichkeit*" verteidigt W. Sassulitsch in Wirklichkeit das Spießertum oder noch schlimmere Eigenschaften.

Wir aber antworten auf den Artikel von W. Sassulitsch sowie auf ein Dutzend ähnlicher Artikel von L. S., Dan, Lewizki, Jeshow, Potressow, Martow das eine: Die erste Bedingung für die Einheit ist die kategorische Verurteilung der „Theorie der breiten Schicht an Stelle der Partei", die Verurteilung aller Angriffe auf die Illegalität, die Verurteilung des Artikels W. Sassulitschs und der völlige Verzicht auf alle ähnlichen Veröffentlichungen. Die Partei kann nicht „einheitlich" sein, ohne gegen die zu kämpfen, die die Notwendigkeit ihrer Existenz bestreiten.

Vom Standpunkt der Spaltung ist der Artikel von W. Sassulitsch logisch und richtig. Sollte es den Liquidatoren gelingen, eine neue Partei zu gründen, und sollte es sich herausstellen, daß diese neue Partei besser ist als die alte, so wäre W. Sassulitschs Artikel (sowie die gesamte Literatur der Liquidatoren) historisch gerechtfertigt. Wollte man den Begründern einer besseren, einer wirklichen, einer echt proletarischen Partei das Recht absprechen, die alte, aktionsunfähige, untaugliche Partei zu *zerstören*, so wäre das alberne Gefühlsduselei. Wenn aber die Liquidatoren keine neue Partei gründen, keine andere Organisation der Arbeiter bilden, dann bleiben ihre ganze Literatur und der Artikel W. Sassulitschs ein Denkmal der Zerfahrenheit der von der Partei abgefallenen, charakterlosen Intellektuellen, die sich vom konterrevolutionären Strom der Mutlosigkeit, des Unglaubens, des Spießertums haben mitreißen lassen und den Liberalen hinterhertrotten.

Entweder – oder. Einen Mittelweg gibt es hier nicht. Hier kann man nichts „aussöhnen", kann man nicht die alte Partei „ein bißchen begraben" oder eine neue „ein bißchen gründen".

Das Besondere der historischen Situation, in der sich Rußland befindet, zeigt sich unter anderem gerade darin, daß ein relativ kleiner Parteikern, der sich während der Stürme behaupten und, obwohl bald hier, bald da einzelne organisatorische Fäden immer wieder rissen, standhalten und sich einen ungewöhnlich starken Einfluß auf große Arbeitermassen (verglichen natürlich nicht mit dem heutigen Europa, sondern mit dem Europa der Jahre 1849–1859) sichern konnte – daß dieser Kern von einer sehr großen Zahl parteifeindlicher, parteiloser, außerhalb und am Rande der Partei stehender Sozialdemokraten und Beinahe-Sozialdemokraten umgeben ist.

Gerade so muß es auch sein in einem Land, neben dem sich der Mont-

blanc der deutschen Sozialdemokratie erhebt, und innerhalb dieses Landes ... innerhalb sehen nicht einmal die Liberalen einen anderen Weg als den „bergigen Pfad", wobei die Herren Struve und Co. in über zehn Jahren Hunderte und Tausende kleinbürgerlicher Intellektueller erzogen haben, die liberale Ideechen in beinahe-marxistische Worte kleiden.

Nehmen Sie Herrn Prokopowitsch. Eine in unserer Journalistik und im öffentlichen Leben beachtete Figur. Dem Wesen nach zweifellos ein Liberaler. Doch hat man Grund zu der Befürchtung, daß er selbst sich für einen Sozialdemokraten hält – für einen parteifeindlichen. Nehmen Sie Herrn Machnowez (Akimow). Ein Liberaler von mehr melancholischem Temperament und mit stärkeren Sympathien für die Arbeiter. Er selbst hält sich zweifellos für einen Sozialdemokraten – für einen parteilosen. Nehmen Sie die Schriftsteller der „Kiewskaja Mysl" und der „Nascha Sarja", des „Lutsch" usw. Das ist eine ganze Kollektion von außerhalb und am Rande der Partei stehenden Sozialdemokraten. Ein Teil von ihnen gibt sich vorwiegend Wunschträumen über die Gründung einer neuen, legalen Partei hin, hat aber noch nicht endgültig die Frage entschieden, ob man sich nicht allzusehr blamiert, wenn man die Verwirklichung des genialen Plans *„vorzeitig"* in Angriff nimmt. Andere spezialisieren sich auf eidliche Versicherungen, daß sie nichts liquidieren, für die Einheit eintreten und vollkommen einverstanden seien ... mit der deutschen Sozialdemokratie.

Nehmen Sie die sozialdemokratische Dumafraktion. Eine ihrer bekanntesten Persönlichkeiten ist Tschcheïdse, den Nekrassow gewissermaßen prophetisch voraussah, als er schrieb:

„... Doch manchmal sich vorbeizudrücken
an einer Frage schwer und heikel ..."[96]

Die schwersten und heikelsten Zeiten für die Sozialdemokratie während der III. und zu Beginn der IV. Duma waren die Jahre 1911 und 1912. Die Arbeiterpresse – die liquidatorische und die antiliquidatorische – war im Entstehen. Tschcheïdse „drückte sich daran vorbei". Er hielt es weder mit den einen noch mit den anderen. Er war ein am Rande der Partei stehender Sozialdemokrat. Er wartete gewissermaßen ab und orientierte sich: einerseits gibt es keine andere Partei als die alte; anderseits kann es passieren, daß „sie" sie ein bißchen begraben werden ... Man liest seine Reden und spendet oft einer geistreichen und boshaften Attacke gegen die

Rechten, einem leidenschaftlichen und scharfen Wort, der Verteidigung der alten Traditionen Beifall, hält sich aber gleichzeitig die Nase zu, wenn man eine Liquidatorenzeitung aufschlägt, in der sie gegen das „Fieber" eifern, die Traditionen verächtlich abtun und die Arbeiter lehren, die Organisation zu verachten, und alles das gleichsam mit dem Segen von Tschcheïdse, dessen Name die Liste der Mitarbeiter ziert. Man stößt auf einen Artikel Ans nebst einem derben Rüffel, den ihm die Redaktion des „Lutsch" verabreicht, und denkt sich unwillkürlich, ob unser armer Tschcheïdse und unser guter An bei dem Versuch, Dans Joch abzuschütteln, nicht eine tragikomische Niederlage erlitten haben . . .

Es gibt Leute, welche der Partei im Namen des erhabenen Prinzips der proletarischen Einheit zu einer Vereinbarung mit dieser oder jener Gruppe am Rande der Partei stehender Beinahe-Sozialdemokraten raten, die sich an der Frage, ob man das Alte begraben oder festigen soll, „vorbeidrücken" will oder schwankt. Es ist nicht schwer zu begreifen, daß diese Leute selbst schwanken oder die wirkliche Sachlage sehr schlecht kennen. Eine Partei, die existieren will, kann in der Frage ihrer Existenz nicht die geringsten Schwankungen und keinerlei Vereinbarungen mit denen zulassen, die sie begraben wollen. Leute, die bei einer solchen Vereinbarung Vermittler spielen wollen, gibt es eine Menge, aber alle diese Leute vergeuden, wie eine alte Redewendung lautet, vergeblich Müh' und unnütz Zeit.

PS. Der Schlußartikel von P. B. Axelrod in Nr. 13 der „Shiwaja Shisn" (vom 25. Juli 1913) – unter der Überschrift „Einst und jetzt" – ist eine überraschend deutliche Bestätigung unserer Worte. Der sachliche Kern dieses wäßrigen Artikels besteht natürlich nicht in der ergötzlichen Reklame für die Augustkonferenz der Liquidatoren, sondern in einem erneuten Aufwerfen der Frage des Arbeiterkongresses. Selbstverständlich ist P. B. Axelrod nichts daran gelegen, sich an die bitteren und traurigen Erfahrungen zu erinnern, die er mit der Idee des Arbeiterkongresses in den Jahren 1906 und 1907 gemacht hat: wozu das Alte wieder aufrühren! Auf die besonderen Bedingungen des *gegenwärtigen* Zeitpunkts, wo Arbeiterkongresse von sozusagen speziellem Charakter und aus besonderen Anlässen möglich geworden sind (der Angestelltenkongreß heute, morgen vielleicht ein Versicherungs- oder Gewerkschaftskongreß usw.),

geht P. B. Axelrod ebenfalls nicht ein. Die Erfahrungen des Angestelltenkongresses, dessen Mehrheit (wie die Liquidatoren in der „Shiwaja Shisn" selber zugeben mußten) *gegen* die Liquidatoren war, gefallen P. B. Axelrod offenbar nicht.

Axelrod sagt nicht, was war und was ist. Er phantasiert lieber vom zukünftigen „Tauwetter" – nur gut, daß wir die konkreten Bedingungen dieses „Tauwetters" nicht kennen können! Er faselt von der Einberufung eines „Sozialdemokratischen Arbeiterkongresses, wenn nicht für das ganze Russische Reich, so doch für den gesamtrussischen Teil des Landes", der im weiteren direkt russischer Kongreß genannt wird.

Also zwei Änderungen im früheren genialen Plan: Erstens soll es nicht einfach ein Arbeiterkongreß sein, sondern ein sozialdemokratischer Arbeiterkongreß. Das ist ein Fortschritt. Wir gratulieren P. B. Axelrod zu diesem Fortschritt nach sechs Jahren. Wir gratulieren ihm, wenn er sich von der Schädlichkeit der phantastischen Pläne einer „Vereinigung" mit den linken Volkstümlern überzeugt hat. Zweitens ist der Kongreß nicht für das ganze Russische Reich, sondern für den russischen Teil des Landes vorgesehen. Das bedeutet einen Verzicht auf die völlige Einigkeit mit den Arbeitern *nichtrussischer* Nationalität in Rußland (daß die Idee des Arbeiterkongresses bei diesen Arbeitern Schiffbruch erlitten hat, hält Axelrod für endgültig!). Das sind zwei Schritte zurück. Das ist die Sanktifikation des Separatismus in der Arbeiterbewegung.

Aber das dicke Ende kommt noch. Wozu brauchte P. B. Axelrod den Wunschtraum vom Arbeiterkongreß? Deshalb:

„Der Arbeiterkongreß wird den in den letzten Jahren vor sich gehenden Liquidationsprozeß des alten Parteiregimes abschließen, das entstanden war auf dem rückständigen historischen Boden des Leibeigenschaftsstaates und des sozialen und politischen Ständeregimes, er wird zugleich eine völlig neue Epoche im geschichtlichen Sein der russischen Sozialdemokratie einleiten, die Epoche ihrer Entwicklung völlig auf den gleichen Grundlagen, auf denen auch die westlichen sozialdemokratischen Parteien beruhen."

Alle wissen, daß diese „völlig gleichen Grundlagen" die Grundlagen der *legalen* Partei sind. Die Liquidatoren brauchen also, rundheraus gesagt, den Arbeiterkongreß, um die *„Liquidation"* der alten Partei *„abzuschließen"* und eine *neue, legale* Partei zu gründen.

Das ist der kurze Sinn der langen Reden P. B. Axelrods.

Da haben wir das letzte Wort des am Rande der Partei stehenden Sozialdemokratismus! Daß die Parteimitglieder in der Partei arbeiten und sie festigen müssen – diesen alten, überholten Gedanken hat P. B. Axelrod im Archiv abgelegt. Wir liquidieren nichts, das ist Verleumdung, wir stehen nur „abseits" und verkünden lauthals den „Abschluß des Prozesses der Liquidation der Partei". Wir schwören dabei hoch und heilig, daß wir morgen vortreffliche Mitglieder der künftigen legalen Partei sein werden.

Diese lieben am Rande der Partei stehenden Sozialdemokraten von 1913 gleichen sehr den Liberalen von 1903, die versicherten, sie seien durchaus Sozialdemokraten und würden unbedingt Mitglieder der sozialdemokratischen Partei werden . . . wenn sie zu einer legalen Partei würde, natürlich.

Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß in Rußland eine Zeit der politischen Freiheit kommen wird und daß wir dann eine legale sozialdemokratische Partei haben werden. Ihr werden vermutlich einige der jetzt am Rande der Partei stehenden Sozialdemokraten angehören.

Also, auf Wiedersehen in den Reihen der künftigen legalen Partei, werte künftige Genossen! Vorläufig aber – nehmen Sie es nicht übel – scheiden sich unsere Wege, denn vorläufig leisten Sie keine marxistische, sondern eine liberale Arbeit, meine Herren Sozialdemokraten am Rande der Partei.

„Proswesch tschenije" Nr. 9,
September 1913.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text des
„Proswesch tschenije".

RESOLUTIONEN DER SOMMERBERATUNG DES ZENTRALKOMITEES DER SDAPR MIT PARTEIFUNKTIONÄREN 1913[97]

Geschrieben im September 1913.

Veröffentlicht 1913 in der Broschüre „Mitteilung und Resolutionen der Sommerberatung des Zentralkomitees der SDAPR mit Parteifunktionären 1913". Herausgegeben vom ZK der SDAPR in Paris.

Nach dem Text einer illegalen hektographierten Ausgabe der Resolutionen, verglichen mit dem Text der Broschüre.

ÜBER DIE AUFGABEN DER AGITATION IM GEGENWÄRTIGEN ZEITPUNKT

1. Die Lage im Land verschärft sich mehr und mehr. Die Herrschaft der reaktionären Gutsbesitzer ruft selbst bei den gemäßigtsten Bevölkerungsschichten ein immer stärkeres Murren hervor. Einer einigermaßen ernst zu nehmenden politischen Freiheit steht in Rußland nach wie vor die zaristische Monarchie im Wege, die jeder ernstlichen Reform abhold ist, nur die Macht und die Einkünfte der Fronherren schützt und besonders brutal jede Äußerung der Arbeiterbewegung unterdrückt.

2. Die Arbeiterklasse tritt nach wie vor als Führerin im revolutionären Kampf für die Befreiung des gesamten Volkes auf. Der revolutionäre Massenstreik entfaltet sich weiter. Der wirkliche Kampf der Vortrupps der Arbeiterklasse wird unter revolutionären Losungen geführt.

Die ökonomische Massenbewegung, die oft mit den elementarsten Forderungen beginnt, verschmilzt infolge der gesamten Situation, in der der Kampf geführt wird, immer mehr mit der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse.

Die Aufgabe der fortgeschrittenen Arbeiter besteht darin, durch ihre Agitations- und Aufklärungsarbeit den Zusammenschluß des Proletariats unter den revolutionären Losungen der Epoche zu beschleunigen. Nur unter dieser Bedingung werden die fortgeschrittenen Arbeiter auch ihre Aufgabe, die bäuerliche und städtische Demokratie aufzurütteln, erfüllen.

3. Der unter revolutionären Losungen geführte Kampf der Arbeiterklasse hat einen Teil der Industriellen und die liberal-oktobristische Bourgeoisie gezwungen, verstärkt von der Notwendigkeit von Reformen im allgemeinen und einer beschränkten Koalitionsfreiheit im besonderen zu reden. Während sich die Bourgeoisie einerseits fieberhaft in Unternehmer-

verbänden organisiert, eine Streikversicherung einführt und von der Regierung systematische Repressalien gegen die Arbeiterbewegung verlangt, empfiehlt sie anderseits den Arbeitern *an Stelle* revolutionärer Forderungen die Beschränkung auf eine einzelne Verfassungsreform, auf das Trugbild einer Koalitionsfreiheit. Die Arbeiterklasse muß jegliche Schwankungen der Regierung sowie auch jene Differenzen, die zwischen der Bourgeoisie und dem reaktionären Lager bestehen, ausnutzen, um ihren Ansturm sowohl auf dem Gebiet des ökonomischen als auch auf dem Gebiet des politischen Kampfes zu verstärken. Doch gerade um die Lage mit Erfolg auszunutzen, muß die Arbeiterklasse weiterhin auf dem Boden der uneingeschränkten revolutionären Losungen stehen.

4. Bei dieser allgemeinen Lage der Dinge ist es Aufgabe der Sozialdemokratie, nach wie vor unter den Massen eine breite revolutionäre Agitation für den Sturz der Monarchie und für die demokratische Republik zu betreiben. Es ist notwendig, an lebendigen Beispielen aus der Wirklichkeit unermüdlich die ganze Schädlichkeit des Reformismus, d. h. jener Taktik zu beweisen, die *anstatt* revolutionärer Losungen die Forderung nach Teilverbesserungen in den Mittelpunkt stellt.

5. In ihrer Agitation für die Koalitionsfreiheit und für Teilreformen überhaupt geraten die Liquidatoren auf die Bahn des Liberalismus. Sie lehnen in Wirklichkeit die revolutionäre Agitation unter den Massen ab und predigen in ihren Organen direkt, daß die Losungen der „demokratischen Republik" und der „Konfiskation der Ländereien" nicht Gegenstand der Agitation unter den Massen sein können. Die Koalitionsfreiheit stellen sie als die allumfassende Losung der Epoche auf, wobei sie in Wirklichkeit diese Losung unter der Hand an die Stelle der revolutionären Forderungen von 1905 setzen.

6. Die Beratung warnt vor der schädlichen reformistischen Agitation der Liquidatoren und erinnert daran, daß die SDAPR in ihrem Minimalprogramm die Forderungen der Koalitions-, Rede-, Pressefreiheit usw. schon vor langem aufgestellt hat, wobei sie alle diese Forderungen eng mit dem revolutionären Kampf für den Sturz der Zarenmonarchie verband. Die Beratung bestätigt die Resolution der Januarkonferenz von 1912, in der es heißt: „Die Konferenz ruft alle Sozialdemokraten auf, den Arbeitern klarzumachen, wie notwendig die Koalitionsfreiheit für das Proletariat ist, wobei diese Forderung mit unseren allgemeinen politischen For-

derungen und mit der revolutionären Agitation unter den Massen ständig untrennbar verknüpft werden muß."*

Die Hauptlosungen der Epoche bleiben: 1. demokratische Republik, 2. Konfiskation der Gutsbesitzerländereien, 3. Achtstundentag. Die Koalitionsfreiheit gehört zu ihnen wie der Teil zum Ganzen.

RESOLUTION ÜBER DIE ORGANISATIONSFRAGE UND DEN PARTEITAG

1. Die Berichte der örtlichen Organisationen haben gezeigt, daß die wichtigste organisatorische Aufgabe jetzt nicht nur die Festigung der führenden Parteiorganisationen in jeder Stadt, sondern auch die Vereinigung der einzelnen Städte untereinander ist.

2. Die Beratung empfiehlt als ersten Schritt zur gebietsweisen Vereinigung die Organisierung von Beratungen (und, wo es möglich ist, auch Konferenzen) der Genossen aus den einzelnen Zentren der Arbeiterbewegung. Dabei muß das Streben dahin gehen, daß auf einer solchen Beratung alle Zweige der Parteiarbeit vertreten sind: die politische Arbeit, die Arbeit in den Gewerkschaften, Versicherungen, Genossenschaften usw.

3. Die Beratung stellt fest, daß das System von Vertrauensleuten beim Zentralkomitee für die Vereinigung der Arbeit im ganzen Russischen Reich absolut notwendig ist. Mit der Durchführung des Beschlusses der Februarberatung über die Vertrauensleute ist eben erst begonnen worden. Die fortgeschrittenen Arbeiter müssen überall dafür sorgen, daß wenigstens in jedem großen Zentrum der Arbeiterbewegung Vertrauensleute, und zwar in möglichst großer Zahl, bestimmt werden.

4. Die Beratung stellt die Frage der Einberufung eines Parteitags auf die Tagesordnung.[98] Das Anwachsen der Arbeiterbewegung, das Heranreifen einer politischen Krise im Lande und die Notwendigkeit einheitlicher Aktionen der Arbeiterklasse im Maßstab des ganzen Landes machen die Einberufung eines solchen Parteitags sowohl notwendig als auch – nach genügender Vorbereitung – möglich.

* Siehe Werke, Bd. 17, S. 472. *Die Red.*

5. Die Beratung fordert die Genossen der örtlichen Organisationen auf, nach Erörterung dieser Frage Vorschläge für die Tagesordnung, den Zeitpunkt des Parteitags, Resolutionsentwürfe usw. auszuarbeiten.

6. Die Beratung weist darauf hin, daß, abgesehen von anderen Schwierigkeiten, auch die Frage der finanziellen Ausgaben für den Parteitag nur von den Arbeitern selbst gelöst werden kann.

Die Beratung ruft die Genossen auf, mit der Bildung eines Geldfonds für die Einberufung des Parteitags zu beginnen.

ÜBER DIE STREIKBEWEGUNG

1. Die Beratung bestätigt die Resolutionen der Januarkonferenz von 1912 und der Februarberatung von 1913*, die eine allen Erfahrungen der letzten Monate entsprechende Einschätzung der Streikbewegung gegeben haben.

2. Der neue Abschnitt des Aufschwungs des revolutionären Streiks ist gekennzeichnet durch die Bewegung in Moskau und die zunehmende Streikstimmung in einigen Gegenden, die bis jetzt an der Bewegung nicht teilgenommen haben.

3. Die Beratung begrüßt die Initiative des Petersburger Komitees und einer Reihe von Parteigruppen Moskaus, die die Frage des politischen Generalstreiks aufgeworfen und im Juli und September dieses Jahres in dieser Richtung Schritte unternommen haben.**

4. Die Beratung stellt fest, daß die Bewegung den politischen Streik in ganz Rußland in nächste Nähe rückt. Mit der systematischen vorbereitenden Agitation für diesen Streik muß unverzüglich und allerorten begonnen werden.

5. Als Losungen der politischen Streiks müssen mit verstärkter Energie die revolutionären Grundforderungen der Gegenwart verbreitet werden: demokratische Republik, Achtstundentag, Konfiskation der Gutsbesitzerländereien.

---

* Siehe Werke, Bd. 17, S. 456–459, und Werke, Bd. 18, S. 448–450. *Die Red.*

** Die Redaktion des Zentralorgans, die mit der Veröffentlichung der Resolutionen der Beratung beauftragt war, fügte den Hinweis auf die Septemberereignisse hinzu, die diese Resolutionen vollauf bestätigten.

6. Die Beratung fordert alle Funktionäre der örtlichen Organisationen auf, die Flugblattagitation zu entfalten und zwischen den politischen und anderen Organisationen der Arbeiter der verschiedenen Städte möglichst regelmäßige und enge Beziehungen herzustellen. Besonders notwendig ist es, die Aufmerksamkeit in erster Linie auf eine Vereinbarung zwischen den Petersburger und den Moskauer Arbeitern zu richten, damit die politischen Streiks, die aus verschiedenen Anlässen stattfinden können (Verfolgung der Presse, Streiks wegen der Versicherung usw.), in beiden Hauptstädten möglichst gleichzeitig durchgeführt werden.

ÜBER DIE PARTEIPRESSE

1. Die Beratung konstatiert die gewaltige Bedeutung der legalen Presse für die sozialdemokratische Agitation und Organisation und ruft deshalb die Parteiinstitutionen und alle klassenbewußten Arbeiter auf, die legale Presse durch ihre möglichst weite Verbreitung, durch Organisierung zahlreicher Gemeinschaftsabonnements und ständiger Sammlungen verstärkt zu unterstützen. Die Beratung bestätigt dabei von neuem, daß die genannten Sammlungen als Mitgliedsbeiträge für die Partei gelten.

2. Besonders große Aufmerksamkeit muß auf die Stärkung der legalen Arbeiterzeitung in Moskau[99] und auf die möglichst baldige Schaffung einer Arbeiterzeitung im Süden gerichtet werden.

3. Die Beratung äußert den Wunsch nach einer möglichst engen Verbindung der bestehenden legalen Arbeiterzeitungen untereinander durch gegenseitige Information, durch Beratungen u. dgl. m.

4. Da die Beratung von der Wichtigkeit und Notwendigkeit eines theoretischen Organs des Marxismus überzeugt ist, gibt sie dem Wunsch Ausdruck, daß sämtliche Organe der Partei- und Gewerkschaftspresse die Arbeiter mit der Zeitschrift „Prosweschtschenije" bekannt machen und sie auffordern, die Zeitschrift ständig zu abonnieren und systematisch zu unterstützen.

5. Die Beratung lenkt die Aufmerksamkeit der Parteiverlage[100] auf die dringende Notwendigkeit, in großer Menge populäre Broschüren über Fragen der sozialdemokratischen Agitation und Propaganda herauszugeben.

6. Angesichts der Verschärfung des revolutionären Kampfes der Massen in der letzten Zeit und der Notwendigkeit, ihn vollständig und allseitig zu beleuchten, was der legalen Presse zu tun unmöglich ist, betont die Beratung ganz besonders die Notwendigkeit einer verstärkten Herausgabe illegaler Parteiliteratur, wobei außer illegalen Flugblättern, Broschüren usw. ein häufigeres und regelmäßigeres Erscheinen des illegalen Organs der Partei (des Zentralorgans)[101] dringend notwendig ist.

ÜBER DIE TÄTIGKEIT DER SOZIALDEMOKRATEN IN DER DUMA

Nach eingehender Prüfung der auf der Dezemberkonferenz von 1908 angenommenen Resolution der SDAPR über die sozialdemokratische Dumafraktion und nach Erörterung des gesamten Materials über die Tätigkeit der Sozialdemokraten in der IV. Duma stellt die Beratung fest:

1. daß die erwähnte Resolution die Aufgaben und die Richtung der sozialdemokratischen Tätigkeit in der Duma völlig richtig festgelegt hat und daß man sich deshalb auch weiterhin von dieser Resolution leiten lassen muß;

2. daß der letzte Abschnitt des Punktes 3 (3h) der Dezemberresolution (über das Dafürstimmen oder die Stimmenthaltung in Fragen der Verbesserung der Lage der Arbeiter)[102] folgendermaßen erläutert werden muß: wenn es sich in Gesetzentwürfen, Anträgen usw. um eine unmittelbare und direkte Verbesserung der Lage der Arbeiter, der unteren Angestellten und der werktätigen Massen überhaupt handelt (z. B. Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Arbeitslöhne, Beseitigung eines wenn auch kleinen Übels im Leben der Arbeiter und überhaupt der breiten Schichten der Bevölkerung usw.), so soll für jene Punkte gestimmt werden, die solche Verbesserungen enthalten.

In den Fällen aber, wo die Verbesserung infolge der Bedingungen, an die die IV. Duma sie knüpft, zweifelhaft ist, enthält sich die Fraktion der Stimme, und zwar *unbedingt* mit einer besonderen Motivierung für die Stimmenthaltung und nachdem sie die Frage vorher mit Vertretern der Arbeiterorganisationen diskutiert hat.

Die Beratung erklärt, daß

die sozialdemokratische Fraktion bei allen Interpellationen, bei wichtigen Gesetzentwürfen usw. ihre eigenen Anträge auf Übergang zur Tagesordnung einbringen muß.

In Fällen, wo nach Ablehnung des Antrags der Sozialdemokraten die Stimmabgabe der Fraktion gegen die Regierung mit der Stimmabgabe anderer Parteien zusammenfällt, muß die Fraktion bestrebt sein, ihre Stimmabgabe für einen fremden Antrag oder einen Teil eines fremden Antrags besonders zu begründen.

ÜBER DIE SOZIALDEMOKRATISCHE DUMAFRAKTION

Die Beratung ist der Meinung, daß die Einheit der sozialdemokratischen Fraktion auf dem Gebiet der Dumatätigkeit möglich und notwendig ist.

Die Beratung stellt allerdings fest, daß die Haltung der 7 Abgeordneten die Einheit der Fraktion ernstlich bedroht.

Unter Ausnutzung einer zufälligen Majorität von einer Stimme verletzen die 7 Abgeordneten die elementarsten Rechte der 6 Arbeiterabgeordneten, die die gewaltige Mehrheit der Arbeiter Rußlands vertreten.

Von eng fraktionellen Interessen ausgehend, nehmen die 7 Abgeordneten den anderen 6 die Möglichkeit, zu den wichtigsten Fragen des Arbeiterlebens von der Dumatribüne aus Stellung zu nehmen. In einer ganzen Reihe von Fällen, wo die sozialdemokratische Fraktion zwei und mehr Redner stellte, erhielten die 6 Abgeordneten ungeachtet ihrer Forderung nicht die Möglichkeit, einen Redner zu stellen.

Gleichermaßen weigern sich die 7 Abgeordneten, bei der Verteilung der Plätze in den Dumakommissionen (z. B. in der Budgetkommission) den 6 Abgeordneten einen von den zwei Plätzen zu überlassen.

Bei den Wahlen von Vertretern der Fraktion in für die Arbeiterbewegung wichtige Institutionen berauben die 7 Abgeordneten durch die Majorität von einer Stimme die 6 Abgeordneten der Vertretung. Das für die Fraktion arbeitende Personal wird stets einseitig ausgewählt (zum Beispiel wurde die Forderung nach einem zweiten Sekretär abgelehnt).

Die Beratung ist der Meinung, daß eine derartige Handlungsweise der 7 Abgeordneten unvermeidlich Reibungen in der Fraktion erzeugt, die eine einmütige Arbeit verhindern und zur Spaltung der Fraktion führen.

Die Beratung protestiert auf das entschiedenste gegen eine derartige Handlungsweise der 7 Abgeordneten.

Die 6 Abgeordneten vertreten die gewaltige Mehrheit der Arbeiter Rußlands und handeln in voller Übereinstimmung mit der politischen Linie ihrer organisierten Vorhut.

Die Beratung ist deshalb der Meinung, daß die Einheit der sozialdemokratischen Fraktion auf dem Gebiet der Dumatätigkeit nur dann aufrechterhalten werden kann, wenn beide Teile der Fraktion völlig gleichberechtigt sind und die 7 Abgeordneten auf die Politik der Vergewaltigung verzichten.

Ungeachtet der unversöhnlichen Meinungsverschiedenheiten, die es nicht nur auf dem Gebiet der Dumatätigkeit gibt, fordert die Beratung die Einheit der Fraktion auf der Grundlage der obengenannten Prinzipien der Gleichberechtigung ihrer beiden Teile.

Die Beratung fordert die klassenbewußten Arbeiter auf, ihre Meinung zu dieser wichtigen Frage zu äußern und mit allen Kräften zur Aufrechterhaltung der Einheit der Fraktion auf der einzig möglichen Grundlage der Gleichberechtigung der 6 Arbeiterabgeordneten beizutragen.

ÜBER DIE TÄTIGKEIT IN LEGALEN VEREINIGUNGEN

1. Im gegenwärtigen Augenblick des Aufschwungs des wirtschaftlichen und politischen Kampfes der Arbeiterklasse ist es besonders notwendig, die Tätigkeit in allen legalen Arbeitervereinigungen (Gewerkschaften, Klubs, Krankenkassen, Genossenschaften u. a.) zu verstärken.

2. Die gesamte Tätigkeit in den legalen Arbeitervereinigungen soll nicht im Geiste der Neutralität, sondern im Geiste der Beschlüsse des Londoner Parteitags der SDAPR und des internationalen Kongresses zu Stuttgart[103] betrieben werden. Die Sozialdemokraten müssen zu allen Arbeitervereinigungen möglichst breite Arbeiterkreise heranziehen, indem sie alle Arbeiter ohne Unterschied der Parteianschauung zum Beitritt auffordern. Die Sozialdemokraten müssen jedoch innerhalb dieser Vereinigungen Parteigruppen bilden und durch beharrliche, systematische Arbeit innerhalb all dieser Vereinigungen dahin wirken, daß zwischen ihnen und

der sozialdemokratischen Partei die engsten Beziehungen hergestellt werden.

3. Die Erfahrungen der internationalen und unserer russischen Arbeiterbewegung lehren die Notwendigkeit, vom Augenblick der Entstehung solcher Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Klubs usw.) an danach zu streben, daß jede dieser Institutionen ein Stützpunkt der sozialdemokratischen Partei sei. Die Beratung empfiehlt allen Mitgliedern der Partei, diese wichtige Aufgabe im Auge zu behalten, die in Rußland besonders brennend ist, weil die Liquidatoren systematisch versuchen, die legalen Vereinigungen *gegen* die Partei auszunutzen.

4. Die Beratung ist der Meinung, daß bei den Wahlen von Bevollmächtigten in die Versicherungskassen, in der gesamten Tätigkeit der Gewerkschaften usw. – unter Verfechtung der vollen Einheit der Bewegung und der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit – die Linie der Partei durchzuführen, die Wahl von Anhängern der Partei auf alle verantwortlichen Posten zu erstreben ist usw.

5. Um die Erfahrungen aus der praktischen Tätigkeit innerhalb der legalen Arbeitervereinigungen auswerten zu können, ist es wünschenswert, daß mit den in den legalen Arbeiterorganisationen der einzelnen Orte aktiv tätigen Genossen häufiger Beratungen abgehalten und ferner in möglichst großer Zahl Vertreter der in legalen Vereinigungen tätigen Parteigruppen zu den allgemeinen Parteikonferenzen herangezogen werden.

RESOLUTION ZUR NATIONALEN FRAGE

Der zügellose Nationalismus der Schwarzhunderter, das Anwachsen nationalistischer Tendenzen bei der liberalen Bourgeoisie und die Verstärkung der nationalistischen Tendenzen bei den Oberschichten der unterdrückten Nationalitäten rücken die nationale Frage im gegenwärtigen Zeitpunkt in den Vordergrund.

Die Lage der Dinge innerhalb der Sozialdemokratie (die Versuche der kaukasischen Sozialdemokraten, des „Bund" und der Liquidatoren, das Parteiprogramm aufzuheben[104] usw.) zwingt die Partei, dieser Frage noch größere Aufmerksamkeit zu schenken.

Gestützt auf das Programm der SDAPR stellt die Beratung – im Inter-

esse einer richtigen Gestaltung der sozialdemokratischen Agitation in der nationalen Frage – die folgenden Leitsätze auf:

1. Soweit in der kapitalistischen Gesellschaft, die auf Ausbeutung, Bereicherung und Hader begründet ist, ein nationaler Frieden möglich ist, ist er nur bei einer konsequenten, restlos demokratischen, republikanischen Staatsordnung erreichbar, die die völlige Gleichberechtigung aller Nationen und Sprachen gewährleistet und keine obligatorische Staatssprache festlegt, der Bevölkerung Schulen garantiert, in denen in allen im betreffenden Ort vertretenen Sprachen unterrichtet wird, und in die Verfassung ein grundlegendes Gesetz aufnimmt, wonach alle wie immer gearteten Privilegien der einen oder anderen Nation und alle wie immer gearteten Verstöße gegen die Rechte einer nationalen Minderheit für ungesetzlich erklärt werden. Besonders notwendig ist dabei eine weitgehende Gebietsautonomie und eine völlig demokratische lokale Selbstverwaltung unter Festlegung der Grenzen der sich selbst verwaltenden und autonomen Gebiete auf Grund der von der örtlichen Bevölkerung selbst festzustellenden Wirtschafts- und Lebensverhältnisse, der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung usw.

2. Die Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten innerhalb der Grenzen eines Staates ist vom Standpunkt der Demokratie im allgemeinen und der Interessen des Klassenkampfes des Proletariats im besonderen unbedingt schädlich. Gerade auf eine solche Trennung läuft der in Rußland von allen bürgerlichen Parteien des Judentums und von den kleinbürgerlichen, opportunistischen Elementen verschiedener Nationen angenommene Plan der sogenannten „national-kulturellen" Autonomie oder der „Schaffung von Institutionen, die die Freiheit der nationalen Entwicklung garantieren", hinaus.

3. Die Interessen der Arbeiterklasse erfordern den Zusammenschluß der Arbeiter aller Nationalitäten eines Staates in einheitlichen proletarischen Organisationen – politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und Bildungsorganisationen usw. Nur ein solcher Zusammenschluß der Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten in einheitlichen Organisationen gibt dem Proletariat die Möglichkeit, einen siegreichen Kampf gegen das internationale Kapital und gegen die Reaktion zu führen wie auch gegen die Propaganda und die Bestrebungen der Gutsbesitzer, Pfaffen und bürgerlichen Nationalisten aller Nationen, die ihre antiprole-

tarischen Bestrebungen gewöhnlich unter der Flagge der „nationalen Kultur" durchsetzen. Die Arbeiterbewegung der ganzen Welt bringt die internationale Kultur des Proletariats hervor und entwickelt sie mit jedem Tag weiter.

4. Für das Recht der von der Zarenmonarchie unterdrückten Nationen auf Selbstbestimmung, d. h. auf Lostrennung und Bildung eines selbständigen Staates, muß die sozialdemokratische Partei unbedingt eintreten. Das verlangen sowohl die Grundprinzipien der internationalen Demokratie im allgemeinen als auch im besonderen die unerhörte nationale Unterdrückung der Mehrheit der Bevölkerung Rußlands durch die Zarenmonarchie, die, verglichen mit den Nachbarstaaten in Europa und Asien, die reaktionärste und barbarischste Staatsordnung darstellt. Das verlangt ferner die Sache der Freiheit der großrussischen Bevölkerung selbst, die nicht imstande sein wird, einen demokratischen Staat zu errichten, solange nicht der großrussische Schwarzhunderternationalismus ausgerottet ist, der durch die Tradition einer Reihe blutiger Abrechnungen mit nationalen Bewegungen gestützt wird und der nicht nur von der Zarenmonarchie und allen reaktionären Parteien, sondern, besonders in der Periode der Konterrevolution, auch von dem vor der Monarchie liebedienernden großrussischen bürgerlichen Liberalismus großgezüchtet wird.

5. Die Frage des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung (d. h. darauf, daß die staatliche Verfassung die Gewähr gibt, daß die Frage der Lostrennung auf völlig freie und demokratische Art entschieden werden kann) darf nicht verwechselt werden mit der Frage der Zweckmäßigkeit der Lostrennung dieser oder jener Nation. Diese letztere Frage muß von der sozialdemokratischen Partei in jedem einzelnen Fall vollkommen selbständig vom Standpunkt der Interessen der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung und der Interessen des Klassenkampfes des Proletariats für den Sozialismus gelöst werden.

Die Sozialdemokratie muß dabei im Auge behalten, daß die Gutsbesitzer, die Pfaffen und die Bourgeoisie der unterdrückten Nationen ihr Bestreben, unter den Arbeitern Zwietracht zu säen und sie zu verdummen, nicht selten hinter nationalistischen Losungen verstecken, während sie hinter ihrem Rücken mit den Gutsbesitzern und der Bourgeoisie der herrschenden Nation zum Nachteil der werktätigen Massen aller Nationen Abkommen schließen.

Die Beratung stellt die Frage des nationalen Programms auf die Tagesordnung des Parteitags. Sie fordert das Zentralkomitee, die Parteipresse und die örtlichen Organisationen auf, die nationale Frage möglichst gründlich (in Broschüren, Diskussionen usw.) zu beleuchten.

ÜBER DIE VOLKSTÜMLER

1. Der Londoner Parteitag, der das Fazit der Tätigkeit der Volkstümlerparteien – unter anderem auch der Partei der Sozialrevolutionäre – in der revolutionären Epoche gezogen hat, wies eindeutig auf das beständige Schwanken dieser Parteien zwischen der Unterordnung unter die Hegemonie der Liberalen und dem entschlossenen Kampf gegen den gutsherrlichen Grundbesitz und den fronherrlichen Staat wie auch auf den pseudosozialistischen Charakter ihrer Lehre hin, die den Gegensatz zwischen Proletarier und Kleinbesitzer verwischt.

2. Die reaktionäre Epoche hat diese Züge noch mehr verstärkt, indem sie einerseits in der Partei der Sozialrevolutionäre zum Verzicht auf eine konsequent demokratische Politik führte und einige Elemente der Partei sogar zu Kritikern der Revolution machte, die den Spuren der Liberalen folgen, anderseits aber diese Partei in eine vom Leben der Massen losgelöste reine Intellektuellengruppe verwandelte.

3. Die Partei der Sozialrevolutionäre tritt nach wie vor offiziell für den Terror ein, dessen Geschichte in Rußland die sozialdemokratische Kritik an dieser Kampfmethode vollauf bestätigt und mit einem vollständigen Fiasko geendet hat. Gleichzeitig haben der Wahlboykott und die gänzliche Unfähigkeit dieser Intellektuellenorganisation, auf den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung des Landes planmäßig einzuwirken, dazu geführt, daß der neue Aufschwung der revolutionären Bewegung überall ganz unbeeinflußt von dieser Partei verlaufen ist.

4. Der kleinbürgerliche Sozialismus der Volkstümlerrichtung läuft nur darauf hinaus, der Arbeiterklasse schädliche Ideen zu predigen, die die stets wachsende Kluft zwischen den Interessen der Arbeit und denen des Kapitals vertuschen und die Schärfe des Klassenkampfes abzuschwächen versuchen. Er führt zu kleinbürgerlichen Utopien auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens.

5. Die Schwankungen bei der Verfechtung demokratischer Losungen, der Zirkelcharakter der Partei und ihre kleinbürgerlichen Vorurteile hindern die Volkstümlerrichtung in hohem Maße daran, in den breiten Kreisen der Bauernschaft eine republikanisch-demokratische Propaganda zu entfalten. Deshalb fordern die Interessen dieser Propaganda selbst in erster Linie von den Sozialdemokraten eine entschiedene Kritik an der Volkstümlerrichtung.

Ohne jene gemeinsamen Aktionen mit den Volkstümlerparteien, wie sie vom Londoner Parteitag speziell vorgesehen wurden, irgendwie auszuschließen, ist die Beratung deshalb der Meinung, daß es Aufgabe der Sozialdemokraten sein muß:

a) die Schwankungen und den in den Volkstümlerparteien zum Ausdruck kommenden Verzicht auf den konsequenten Demokratismus zu entlarven;

b) den kleinbürgerlichen Sozialismus der Volkstümler, der die Kluft zwischen Kapital und Arbeit verwischt, zu bekämpfen;

c) die republikanisch-demokratischen Strömungen in der bäuerlichen Masse zu unterstützen und dabei beständig darauf hinzuweisen, daß nur das in seinem Demokratismus konsequente sozialistische Proletariat den Massen der armen Bauernschaft in ihrem Kampf gegen die Monarchie und den gutsherrlichen Grundbesitz ein zuverlässiger Führer sein kann;

d) erhöhte Aufmerksamkeit auf die Propaganda der sozialdemokratischen Ideen unter jenen, wenn auch nicht zahlreichen, Arbeitergruppen zu richten, die sich von den rückständigen Theorien der Volkstümler bis heute noch nicht befreit haben.

EIN AUCH-TRUDOWIK

Die Zeitschrift „Sawety"[105], mit Herrn Tschernow höchstpersönlich, vertritt die Ideologie der Volkstümler, der *linken* Volkstümler am entschiedensten. Sie ist eine literarisch-publizistische Zeitschrift, die ernst genommen werden will. Wenn überhaupt irgendwo, so findet man hier die Erklärung des berühmten *„Arbeits*prinzips", von dem alle Trudowiki, alle Volkstümler, darunter auch alle „Sozialrevolutionäre", reden.

Manche Leute versichern sogar, das „Arbeitsprinzip" sei ein sozialistisches Prinzip und die Theoretiker des „Arbeitsprinzips" seien ebenfalls Sozialisten.

Sehen wir uns an, was einer der „linken Volkstümler", Herr S. Sak, der sich speziell mit der Frage des industriellen Kapitalismus beschäftigt hat, über die *„Arbeits"*industrie sagt.

Herr S. Sak unterscheidet dreierlei Arten von Industrien: 1. die „Arbeits"industrie; 2. die „Übergangs"industrie – d. h. die Industrie des Übergangs von der Arbeits- zur kapitalistischen Industrie – und 3. die kapitalistische Industrie. Zur kapitalistischen zählt er die Betriebe mit mehr als 50 Arbeitern, zur Übergangsindustrie die mit 11 bis 50 Arbeitern, *zur Arbeitsindustrie – die mit weniger als 10 Arbeitern.*

Weshalb sind nun die letztgenannten Betriebe „Arbeits"betriebe? Weil, so sagt man, „von einem kapitalistischen Charakter dieser Betriebe gar keine Rede sein kann, solange die Betriebe nicht wenigstens über einen Büroangestellten und über einen Techniker durchschnittlich pro Betrieb verfügen".

Eine Theorie, die wohl eines unwissenden Büroangestellten würdig ist, nicht aber eines Publizisten, der als Sozialist gelten möchte! Solange Herr Sak und die übrigen Volkstümler *„ihre"*, die neue, echt russische politische Ökonomie noch nicht erfunden haben, bleiben wir bei der alten Ansicht,

daß als Kapitalismus die *Waren*produktion bezeichnet wird, die die *Arbeitskraft* in eine Ware verwandelt.

Das ist das Abc, das nicht zu kennen man sich schämen sollte. Doch die Herren Volkstümler sind in Worten Anhänger der Marxschen Theorie und Feinde der bürgerlichen politischen Ökonomie. In Wirklichkeit aber präsentieren sie dem Publikum die Ansichten des trivialsten Spießers, der nichts gelernt hat und Bruchstücke bürgerlicher Phrasen wiederholt: wenn ein „Büro" vorhanden ist, hat man es mit einem Kapitalisten zu tun. Wenn aber meine Wirtschaft klein ist, was bin ich da schon für ein Kapitalist, dann bin ich ein Werktätiger!

Derartige Ansichten in der Presse vertreten heißt die Wissenschaft der politischen Ökonomie negieren und die Unwissenheit vertreten.

Es gibt kleine und große, dumme und kluge Kapitalisten, der Kapitalismus wird aber nicht dadurch bestimmt, sondern durch die Produktion von *Waren* und die Verwendung von Lohnarbeit.

Für ein weiteres Kennzeichen der „Arbeits"wirtschaft hält unser Volkstümler die Mitarbeit der Familienmitglieder des Besitzers. In Wirklichkeit aber weiß jeder, der die Anfangsgründe der politischen Ökonomie kennt, daß dies ein Merkmal der *kleinbürgerlichen* Wirtschaft ist. Die Kleinbourgeoisie in der Weise zu beschönigen, daß man sie als „Arbeits"wirtschaft bezeichnet, bedeutet, vom Sozialismus keine Ahnung zu haben.

Hier die Zahlen des Herrn Sak selbst. Auf 100 Betriebe entfallen im Durchschnitt Familienmitglieder des Unternehmers: 1. 28 in Betrieben mit nicht mehr als 3 Arbeitern; 2. 34 in Betrieben mit 4–5 Arbeitern; 3. 22 in Betrieben mit 6–10 Arbeitern.

Unser „neuer Volkstümler" ist prächtig, nicht wahr? Er führt selbst Zahlen über das *Überwiegen* der Lohnarbeit an und nennt das „Arbeits"-wirtschaft!!

Herr Sak nimmt die Angaben der verschiedensten Industriezählungen und gerät dabei in Entzücken darüber, daß es so „viele" „werktätige" Unternehmer gibt, und versichert, das beweise „die Hinfälligkeit der orthodoxen Theorie" (d. h. der rechtgläubigen – wie die Volkstümler zum Spott die Marxsche Lehre nennen). Wir wollen die vollständigen Daten aus der deutschen Zählung anführen, auf die sich Herr Sak vor allem beruft. Wir nehmen die Industrie im weiteren Sinne, Handel und Verkehr eingeschlossen.

Betriebsgruppen	Zahl der Betriebe (in 1000)	%	Anzahl in Millionen: Arbeiter	%	PS	%	Kilowatt	%
Alleinarbeitende	1452	44,4	1,4	10,1	—	—	—	—
Kleinbetriebe (2–5 Arbeiter)	1524	46,7	3,8	26,2	0,7	7,4	0,1	7,1
Mittelbetriebe (6–50 Arbeiter)	259	8,0	3,5	24,3	1,5	17,3	0,2	15,7
Großbetriebe (51 u. mehr Arb.)	31	0,9	5,7	39,4	6,6	75,3	1,2	77,2
Insgesamt	3266	100	14,4	100	8,8	100	1,5	100

Sehen Sie sich dieses Bild des Kapitalismus in der Industrie genau an. Einzelunternehmer, kleine Bourgeois gibt es sehr „viele": *anderthalb Millionen.* Und ihr *Anteil* an der Produktion? Ein *Zehntel* der Arbeiter und *null* Maschinen, weder Dampf- noch elektrische Maschinen!!

Und die Großkapitalisten? *Ein Hundertstel* aller Betriebe, die aber fast $^2/_5$ (39%) aller Arbeiter und *mehr als drei Viertel* (75–77%) aller Maschinen haben!

Jeder denkende Arbeiter sieht hier sofort die volle Bestätigung seiner tagtäglichen Erfahrung: eine Masse armseliger, vom Kapital zertretener kleiner Bourgeois und die *absolute Herrschaft* einer verschwindend geringen Zahl kapitalistischer Großbetriebe.

Weiter. Die Statistik, die der „linke" Volkstümler gewissenlos entstellt, zeigt ein sehr schnelles Wachstum des Kapitalismus und eine Verdrängung der Kleinproduktion. Vergleichen wir die Daten der drei deutschen Zählungen von 1882, 1895 und 1907 (die letzte). Um den Leser nicht mit Zahlen zu ermüden, wollen wir nur das Wichtigste nehmen: Wir stellen die Einzelbetriebe den kapitalistischen – die mittleren und die großen Betriebe zusammengenommen – gegenüber:

Jahre	Einzelbetriebe: Prozentsatz d. Gesamtzahl der Betriebe	Einzelbetriebe: Prozentsatz d. Gesamtzahl der Arbeiter	Kapitalistische Mittel- und Großbetriebe: Prozentsatz d. Gesamtzahl der Betriebe	Kapitalistische Mittel- und Großbetriebe: Prozentsatz d. Gesamtzahl der Arbeiter
1882	62	26	4	41
1895	54	17	7	53
1907	42	10	9	63

Vor 25 Jahren machten die Einzelunternehmer die Mehrheit ($^3/_5$) der Unternehmer aus. Jetzt sind sie in der Minderheit ($^2/_5$). Früher hatten sie $^1/_4$ aller Arbeiter, jetzt haben sie $^1/_{10}$.

Der Anteil der kapitalistischen Betriebe steigt dagegen schnell. Vor 25 Jahren beschäftigten sie die Minderzahl der Arbeiter ($^2/_5$), jetzt dagegen die *Mehrzahl*, fast $^2/_3$ der Gesamtzahl der Arbeiter (63%). Und wir haben bereits gesehen, daß die Konzentration (die Zusammenballung) der *Maschinen*, sowohl der Dampf- als noch mehr der elektrischen Maschinen, in der Hand eines Häufleins Kapitalisten noch *weit stärker* ist als die Konzentration der Arbeiter.

Also: die Industriezählungen in den freien und sich schnell entwickelnden Ländern liefern die glänzendste Bestätigung der Marxschen Theorie. Der Kapitalismus herrscht allerorts. Überall verdrängt er die Kleinproduktion. Überall wird die Masse der Bauern, der kleinen Handwerker und Hausindustriellen ruiniert. Das Großkapital unterjocht und unterdrückt den Kleinunternehmer auf tausenderlei Art, was von der Statistik noch allzuwenig berücksichtigt wird. Für den Kleinunternehmer gibt es keine Rettung. Er hat keinen anderen Ausweg, als sich dem Kampf des Proletariats anzuschließen.

Die Theorie des „Arbeitsprinzips" und der „Arbeitswirtschaft" ist von A bis Z eine Wiederholung alter bürgerlicher Vorurteile. Die Erfahrung aller Länder zerstört diese Vorurteile auf Schritt und Tritt.

Die linken Volkstümler, die den Arbeitern zu beweisen suchen, daß ein Kapitalist bzw. ein Kleinkapitalist mit 5, mit 10 Lohnarbeitern ein „werktätiger" Unternehmer sei, beweisen damit nur ihren eigenen bürgerlichen Charakter.

„Prawda Truda" Nr. 18,
1. Oktober 1913.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der
„Prawda Truda".

KONFUS GEWORDENE ANHÄNGER DER PARTEILOSIGKEIT

Eine der verbreitetsten Erscheinungen und brennendsten Fragen unseres öffentlichen Lebens ist das geringschätzige (wenn nicht direkt ablehnende) Verhalten zum Parteiprinzip.

Es gehört zu den Eigenheiten politischer Eigenbrötler, politischer Abenteurer, politischer Manilows, das Parteiprinzip abzulehnen und sich in schwülstigen Phrasen über der Partei anhaftende „Engherzigkeit", „Schablonenhaftigkeit", Unduldsamkeit usw. usf. zu ergehen. In Wirklichkeit aber widerspiegeln solche Worte nur den lächerlichen und kläglichen Eigendünkel oder die Selbstrechtfertigung von Intellektuellen, die von den Massen losgelöst sind und die Notwendigkeit empfinden, ihre Schwäche zu verdecken. Politik im ernsten Sinne des Wortes können nur die *Massen* machen, aber eine Masse ohne Partei, eine Masse, die von keiner starken Partei geführt wird, ist zersplittert, ist sich ihrer Aufgaben nicht bewußt, ist nicht zu beharrlichem Kampf fähig und wird zum Spielball geschickter Politikaster aus den herrschenden Klassen, die sich stets „zur rechten Zeit" einstellen, um „günstige" Gelegenheiten auszunutzen.

Rußland ist eines der kleinbürgerlichsten Länder, in dem man am wenigsten an freie politische Tätigkeit gewöhnt ist. Deshalb, und nur deshalb konnte sich bei uns das geringschätzige Verhalten zum Parteiprinzip verbreiten. Eine der Aufgaben des klassenbewußten Arbeiters in Rußland (und eines seiner größten geschichtlichen Verdienste) besteht im systematischen, beharrlichen Kampf gegen dieses geringschätzige Verhalten.

Hier eines der neuesten Beispiele für die selbstzufriedene Parteilosigkeit bei den *am Rande der Partei stehenden* Intellektuellen.

Die Arbeiter haben umfangreiche Sammlungen für die Arbeiterzeitungen organisiert. Man wird leicht begreifen, daß die Massen, wenn sie be-

wußt die Frage prüfen, *welche* Zeitung unterstützt werden muß, welche *Richtung* zu fördern ist, bei diesen Sammlungen *lernen*, was eine ideologisch klare, prinzipielle Politik ist.

Die Liquidatoren, die so oft zur Politik der Parteilosigkeit abgleiten, haben die allgemein bekannte Kampagne für die *gleichmäßige Aufteilung der Sammlungen* begonnen. Sie ließen sich einfach von dem Wunsch leiten, ihre Schwäche zu verdecken, und in der Eile haben sie ganz vergessen zu bedenken, daß einer derartigen Kampagne eben das Prinzip der *Parteilosigkeit* zugrunde liegt.

Das Leben hat sie jedoch sofort entlarvt. Aus *ihrer* Losung hat das Leben der kleinbürgerlichen Öffentlichkeit Rußlands seine Losung *gemacht*: überhaupt zu gleichen Teilen, sowohl mit den Liquidatoren als auch mit den Volkstümlern!

Die in ihrem politischen Abenteurertum entlarvten Anhänger der Parteilosigkeit, die sich von der marxistischen Vergangenheit um der Wunschträume von etwas ebenso „Breitem" wie Prinzipienlosem willen losgesagt haben, begannen sich zu drehen und zu wenden. G. R. versichert in Nr. 24 der Liquidatorenzeitung, daß sie keineswegs für eine Vereinigung mit den Volkstümlern seien und daß eine solche Vereinigung angeblich von den Marxisten „systematisch propagiert" wurde.

Eine gröbere Entstellung der Wahrheit kann man sich kaum vorstellen. Wenn G. R. und Co. nicht Anhänger der Parteilosigkeit wären, wenn sie sich zur *Geschichte* der marxistischen Vergangenheit nicht wie Spießbürger verhielten, so würden sie wissen, daß die Frage nach der Stellung der Arbeiter zu den verschiedenen Parteien *nur* dank den Marxisten (den „Prawdisten") vor mehr als sechs Jahren ganz offiziell *entschieden* worden ist.* Allein die Marxisten haben die *Klassen*grundlagen *aller* großen Parteien Rußlands genau bestimmt; die Liquidatoren haben dies niemals zu tun vermocht. Von allen Parteien Rußlands haben allein die Marxisten vor *sechs Jahren* an Stelle einer verworrenen, prinzipienlosen Stellung („von Fall zu Fall") zu den einzelnen Parteien eine genaue Antwort auf die Frage nach dem Wesen der verschiedenen „Strömungen" und der Stellung zu ihnen gegeben.

Die Richtigkeit dieser Antwort ist seither von der Geschichte glänzend und in unanfechtbarer Weise bestätigt worden.

* Siehe Werke, Bd. 12, S. 128–130. *Die Red.*

In dieser Antwort heißt es genau und klar, daß die Volkstümler die kleinbürgerliche Demokratie darstellen, mit der nur „gemeinsame Aktionen" gegen die Reaktion und gegen den Liberalismus zulässig sind.

Jetzt versichern G. R. und Co., sie seien gegen die Vereinigung mit den Volkstümlern, und versuchen sich herauszuwinden: wir sind ja für gleichmäßige Aufteilung zwischen den *zwei* Zeitungen, wenn es sich um „Massenspenden" handelt, bei Sammlungen „unter den Gruppen bewußter Gleichgesinnter" sind wir jedoch dagegen!! (Siehe Nr. 24 der „Nowaja Rabotschaja Gaseta".)

Erstens hat das Leben bereits bewiesen, daß eure Propaganda für die gleichmäßige Aufteilung der Parteilosigkeit das Wort redet. Das ist Tatsache. In derselben Nr. 24 lesen wir die Resolution einer Arbeitergruppe: *zu gleichen Teilen auch mit den Volkstümlern.* Wie immer wollen unsere Anhänger der Parteilosigkeit oder Unabhängigen in das eine Zimmer und geraten in das andere!

Zweitens: Kann man eine Gruppe bewußter Menschen als bewußt bezeichnen, wenn sie es nicht versteht, die Massen aufzuklären? Das kann man nicht, meine Herren Anhänger der Parteilosigkeit! Die Bewußten sagen den Massen: Spendet alle, vereinigt euch alle, *bemüht euch* aber dabei, euch über die Richtungen der verschiedenen Zeitungen *klarzuwerden.*

Geld zu spenden und dabei zu sagen „zu gleichen Teilen", bedeutet nicht parteilich, nicht klassenbewußt, bedeutet gleichgültig zu sein. Geld zu spenden und dabei zu sagen *„für diese bestimmte Richtung"*, bedeutet klassenbewußt zu sein und an der *gemeinsamen* Aktion bewußt teilzunehmen.

Diese elementare Wahrheit entstellt G. R.!

Die Schlußfolgerung: die Liquidatoren G. R. und Co., die versichern, gegen eine Vereinigung mit den Volkstümlern zu sein, setzen *in der Praxis* die Linie der *prinzipienlosen* Vereinigung mit ihnen, die Linie der *Parteilosigkeit* fort, die für die Arbeiter höchst schädlich und unzulässig ist.

Die proletarische Demokratie hat die Propaganda der Parteilosigkeit, die die Arbeiter politisch abstumpft und für jede Art von Betrug leichter empfänglich macht, wiederholt entschieden zurückgewiesen und muß das auch in Zukunft tun.

„Sa Prawdu" Nr. 3, 4. Oktober 1913.
Unterschrift: Karow.

Nach dem Text der „Sa Prawdu".

DIE LIBERALEN UND DIE AGRARFRAGE IN ENGLAND

Am Sonnabend, dem 11. Oktober (28. September alten Stils), eröffnete der liberale englische Minister Lloyd George in der Stadt Bedford mit zwei „glänzenden" Reden die „Agrarkampagne". Genau wie unser Kit Kitytsch Gutschkow versprach, mit den privilegierten und allmächtigen russischen Gutsbesitzern „abzurechnen", so versprach auch der englische liberale Minister, eine Kampagne wegen der Agrarfrage zu eröffnen, die Grundbesitzer, die Landlords, zu entlarven, sich mit einem Aufruf zu einer „radikalen" (Lloyd George ist außerordentlich radikal!) Agrarreform an das Volk zu wenden.

Die liberalen Zeitungen Englands waren bestrebt, das Auftreten ihres Führers in möglichst feierlicher Aufmachung zu bringen. Reklame, Reklame, was das Zeug hält! Die Rede ist ziemlich lang – also drucken wir eine kurze „Darstellung" davon, nennen wir sie Agrar-„Charte" und schmücken sie so aus, daß an Stelle der diplomatischen Ausflüchte des geschäftstüchtigen Parlamentariers eine lange Liste von Reformen herauskommt, die sowohl den Mindestlohn als auch die 100 000 Cottages (Häuschen) für die Arbeiter und die „Zwangsenteignung des Grund und Bodens zum *reinen* (!!) Grundbesitzwert" enthält.

Um dem Leser zu zeigen, *wie* der Minister der liberalen englischen Bourgeoisie im Volk agitiert, zitieren wir einige Stellen aus den Bedforder Reden Lloyd Georges.

„Es gibt keine lebenswichtigere, grundlegendere Frage als die Frage des Grund und Bodens", rief der Redner aus. „Die Nahrung, mit der sich das Volk nährt, das Wasser, das es trinkt, die Wohnungen, in denen es wohnt, die Industrie, die ihm Verdienst gibt – alles hängt vom Boden ab." Wem

aber gehört in England der Boden? Einer Handvoll reicher Leute! Ein Drittel des gesamten Bodens in England gehört den Mitgliedern des Oberhauses. „Das Landlordsystem" (gutsherrlicher Grundbesitz) „ist das größte Monopol in unserem Lande." Die Macht der Landlords ist unbegrenzt. Sie können die Pächter vertreiben und das Land schlimmer als ein Feind verwüsten. Oh, ich greife weder einzelne Personen noch eine Klasse an – beteuerte der Minister –, kann man aber eine solche Lage fortbestehen lassen?

Die Zahl der Landbevölkerung hat sich in den letzten Jahrzehnten von über 2 Millionen auf anderthalb Millionen vermindert, während die Zahl der Jagdaufseher von 9000 auf 23 000 gestiegen ist. Es gibt kein einziges Land der Welt, wo es so viel unbebautes Land gibt, wo die Landwirte, die Farmer, so sehr unter dem Wild zu leiden haben, das von den Reichen zu ihrem Vergnügen aufgezogen wird.

Die Reichtümer Englands nehmen in schwindelerregender Weise zu. Und die Landarbeiter? Neun Zehntel von ihnen erhalten weniger als 20½ Schilling (ungefähr 10 Rubel) in der Woche, eine Summe, die in den Arbeitshäusern für unerläßlich gehalten wird, damit der Mensch nicht Hungers sterbe. 60% der landwirtschaftlichen Arbeiter erhalten weniger als 18 Schilling (ungefähr 9 Rubel) in der Woche.

Die Konservativen schlagen den Loskauf des Bodens in kleinen Parzellen vor. Wer aber sagt: Loskauf – donnerte der englische Roditschew –, den frage ich: *zu welchem Preis?* (Allgemeine Heiterkeit.)

Wird nicht der hohe Preis den kleinen Landkäufer erdrücken? Werden ihn nicht die hohen Abgaben erdrücken? Wir haben ein Gesetz über die Zuteilung von Land an die Arbeiter. Hier ein Beispiel. Alle Abgaben und Leistungen für eine Landparzelle betragen 30 Pfund Sterling (ungefähr 270 Rubel). Sie wird gekauft und in kleinen Parzellen auf Abzahlung an die Armen weiterverkauft. Die Zahlungen betragen dann 60 Pfund!

Die Entvölkerung der Dörfer Englands droht aber unser Land wehrlos zu machen – ohne eine starke Bauernschaft gibt es keine starke Armee. Einen groben Nationalismus und Chauvinismus auszuspielen – kann jemals ein russischer und ein englischer Liberaler ohne das auskommen?

Grund und Boden haben nicht die Gutsbesitzer erschaffen – rief Lloyd George aus –, das Land soll die Wahl treffen zwischen der Macht der Gutsbesitzer und dem Wohlstand der Arbeiter. Man muß fest und ent-

schieden gegen die Monopole vorgehen, und das Eigentum an Grund und Boden ist das größte Monopol. Man muß dem Farmpächter Garantien geben, daß er nicht vertrieben wird, daß man ihn nicht der Früchte seiner Energie und seines Könnens beraubt (Stimme aus der Versammlung: Was für Maßnahmen schlagen Sie denn vor?). Man muß handeln. Genug der schüchternen Versuche und halben Maßnahmen! Man muß radikal handeln, wie es praktische Leute tun. Nicht um ein Flickwerk geht es, sondern um die Beseitigung des Monopols.

Dem Arbeiter einen Mindestlohn sichern, den Arbeitstag verkürzen, ihm ein anständiges, bequemes Häuschen, ein Stückchen Land geben, damit er einige Nahrungsmittel für die Familie anbauen kann! Man muß eine *Leiter des Fortschritts* schaffen, damit die „unternehmungslustigen" Arbeiter auf ihr emporsteigen können – vom kleinen Landanteil, vom Gemüsegarten zu einer kleinen selbständigen Wirtschaft. Die Unternehmungslustigsten aber sollen höher steigen und zu Großfarmern in unserem Land werden. Man lockt euch mit den Herrlichkeiten, die die Auswanderung nach Amerika, Australien bietet. Wir aber wollen, daß der britische Arbeiter hier in England, in seinem Heimatland Lebensunterhalt, ein freies Leben und Annehmlichkeiten für sich und seine Kinder findet.

Beifallssturm ... Und man hat das Gefühl, daß einzelne Stimmen von Zuhörern, die sich nicht verdummen lassen (wie jener, der rief: Was schlagen Sie denn vor?), meinen: Schön singt der Vogel, wo mag er sich wohl niedersetzen?

Schön singt der englische liberale Minister, der Liebling der kleinbürgerlichen Masse, der größte Meister in der Kunst, Streiks durch schrankenlosen Betrug an den Arbeitern zu vereiteln, der beste Diener des englischen Kapitals, das sowohl die englischen Arbeiter als auch die 300-Millionen-Bevölkerung Indiens versklavt. Welche Kraft aber hat diesen durchtriebenen Geschäftsmann, diesen Lakaien des Geldsacks gezwungen, solche „radikalen" Reden zu halten?

Die Kraft der Arbeiterbewegung.

In England gibt es kein stehendes Heer. Das Volk kann nicht mit Gewalt im Zaum gehalten werden – man kann es nur durch Betrug bändigen. Die Arbeiterbewegung wächst unaufhaltsam. Man muß die Aufmerksamkeit ablenken, muß die Massen mit vielversprechenden Reformprojekten „beschäftigen", muß den Anschein erwecken, als führe man Krieg gegen

die Konservativen, muß Almosen versprechen, nur damit die Massen in ihrem Glauben an die Liberalen nicht irre werden, nur damit sie, wie Schäflein dem Hirten, den Industrie- und Finanzkapitalisten folgen.

Und die Verheißung von Reformen ... Sagt nicht ein englisches Sprichwort, daß Versprechungen der Rinde eines Kuchens gleichen: sie werden gemacht, um sie zu brechen. Lloyd George verspricht, durchführen wird es aber das ganze liberale Ministerium, und das wird seine Versprechungen auf den fünften Teil zusammenstreichen. Und die Konservativen werden *noch einmal* kürzen – und herauskommen wird eine Reduzierung auf ein Zehntel.

Der Reformismus der englischen Bourgeoisie zeigt klar und deutlich das Anwachsen einer tiefgehenden revolutionären Bewegung in der Arbeiterklasse Englands. Keine Schönredner, keine liberalen Scharlatane können diese Bewegung aufhalten.

„Sa Prawdu" Nr. 8,
12. Oktober 1913.
Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der „Sa Prawdu".

SCHLECHTE VERTEIDIGUNG EINER SCHLECHTEN SACHE

Ein gewisser Gr. Golossow hat es mir schrecklich übelgenommen, daß ich Tschcheïdse im „Prosweschtschenije" einen „am Rande der Partei stehenden Sozialdemokraten"* genannt habe.

Gr. Golossow speit Gift und Galle, schimpft aus Leibeskräften und gebraucht Ausrufe- und Fragezeichen in Massen. Je mehr jedoch Gr. Golossow zürnt, desto offensichtlicher wird es, daß er hinter zornigen Ausrufen den Mangel an Beweisen versteckt.

Ich habe Tschcheïdse einen am Rande der Partei Stehenden genannt. Es dürfte für Golossow nicht schwer sein, darauf zu kommen, daß er mich widerlegen könnte, indem er die *Parteilichkeit* Tschcheïdses beweist.

Ich wies auf die Tatsache hin, daß Tschcheïdse im kritischsten Moment der Geschichte der sozialdemokratischen Fraktion (wie auch der Geschichte der Wiedergeburt der Partei) „sich an den brennenden Fragen vorbeidrückte". Als die liquidatorische und die antiliquidatorische Presse entstand (1911 und Anfang 1912), war Tschcheïdse *weder hier noch dort zu finden.*

Widerlegt mein erzürnter Gegner diese genau bezeichnete Tatsache?

Nein. Der erzürnte Gr. Golossow widerlegt diese Tatsache nicht und kann sie nicht widerlegen. Er ist erzürnt, aber nicht stark, der arme Golossow! Ängstlich umgeht er die Tatsache, die beweist, daß die Haltung Tschcheïdses (trotz seines rednerischen Talents und seiner parlamentarischen Erfahrung) die Haltung eines *am Rande der Partei stehenden* Menschen war.

Wenn der erzürnte Gr. Golossow fähig wäre zu denken, würde er begreifen, daß das Kennzeichen für ein Parteimitglied eine sehr energische,

* Siehe den vorliegenden Band, S. 404. *Die Red.*

direkte, offene Teilnahme an den Angelegenheiten seiner Partei (und nicht nur ihrer Dumafraktion) ist. Die Schaffung der liquidatorischen und antiliquidatorischen Presse war ein höchst wichtiges Moment in der neuesten Geschichte des marxistischen Ganzen. Folglich habe ich den unwiderlegbaren Beweis erbracht, daß Tschcheïdse am Rande der Partei steht.

Gr. Golossow ruft mit einer irgendwie hysterischen Boshaftigkeit aus: „Die Partei ist dort, wo W. Iljin und Gr. Sinowjew sitzen."

Der gute Golossow wirft hier zu seinem eigenen Schaden die sehr interessante und wichtige Frage auf, *wo* die Partei ist. Und wenn Gr. Golossow selbst auch nicht zu denken fähig ist, so haben dafür alle Arbeiter darüber nachgedacht und denken darüber nach.

Die Partei ist *dort*, wo sich die Mehrzahl der klassenbewußten, am politischen Leben teilnehmenden marxistischen Arbeiter befindet.

Gr. Golossow ist eben deshalb bis zur Hysterie erzürnt, weil er seine Ohnmacht empfindet, diese einfache Wahrheit zu widerlegen.

Sowohl die Wahlen zur IV. Duma als auch die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der „Prawda", sowohl die Vorstandswahlen des Metallarbeiterverbandes als auch die Versicherungskampagne und die Resolutionen der Arbeiter zugunsten der sechs Arbeiterabgeordneten – all das *hat bewiesen*, daß die Partei auf der Seite der Sechs, auf ihrer Linie steht. *Ihre* Losungen sind angenommen und durch die *Massen*aktion der Arbeiter auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung erprobt worden.

Der erzürnte Golossow ist eben deshalb verärgert, weil er außerstande ist, die genauen, augenfälligen, unbestreitbaren Tatsachen des Sieges der Marxisten über die Liquidatoren sowohl bei den Wahlen als auch in den Gewerkschaften, sowohl bei der Gründung der Tageszeitungen als auch in der Versicherungskampagne zu widerlegen.

Denjenigen, gegen die *alle* Tatsachen sprechen, bleibt nichts anderes übrig als Zorn und Hysterie.

Die Partei ist dort, wo sich die Mehrheit der Arbeiter um die Parteibeschlüsse geschart hat, die auf die wichtigsten Fragen umfassende, systematische und genaue Antworten erteilen. Die Partei ist dort, wo sich die Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter auf Grund dieser einhellig gefaßten Beschlüsse und des einheitlichen Willens, sie gewissenhaft durchzuführen, vereinigt hat.

Dadurch, daß er das „Recht" Tschcheïdses (und der Sieben), gegen

diese Beschlüsse, diesen Willen der Arbeiterklasse zu verstoßen, verteidigt, zerstört Gr. Golossow, wie alle Liquidatoren, die marxistische Organisation zugunsten der Parteilosigkeit.

Es besteht kein Zweifel, daß die Arbeiter die Position *ihrer* sechs Abgeordneten gegen die Position der Sieben *am Rande der Partei* auch in Zukunft unterstützen werden.

„Sa Prawdu" Nr. 12,
17. Oktober 1913.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der „Sa Prawdu".

ERKLÄRUNG[106]

Werte Genossen!

Ein Jahr gemeinsamer Arbeit in der Reichsduma hat eine ganze Reihe von Konflikten und Reibungen zwischen uns und Euch, d. h. den übrigen sieben sozialdemokratischen Abgeordneten, zutage gefördert. Es kam bis zur offenen Polemik in der Presse, und Eure letzten Beschlüsse, die Ihr unmittelbar vor Schließung der Reichsduma im Juni 1913, als ein Teil der Abgeordneten bereits abgereist war, durchgesetzt habt, haben endgültig die Unmöglichkeit und Ausweglosigkeit der entstandenen Lage erwiesen. Diese Beschlüsse, die Ihr mit 7 gegen 6 Stimmen gefaßt habt, sind: die Weigerung, den Bolschewiki (d. h. den 6 Abgeordneten) einen von den zwei Plätzen in der Budgetkommission zu überlassen, und die Wahl eines Vertreters (anstatt zweier) in eine wichtige Institution.

Nachdem Ihr wiederholt mit 7 gegen 6 Stimmen den 6 Arbeiterabgeordneten den einen von den zwei in der Duma zu stellenden Rednern abgelehnt habt, war der erwähnte Beschluß der Tropfen, der den Becher zum Überlaufen brachte.

Euch ist bekannt, daß wir völlig und ausschließlich im Geiste des konsequenten Marxismus gehandelt haben und handeln und uns ideologisch in allem an seine allgemeinen Entscheidungen halten.

Euch ist bekannt, Genossen, daß ganz objektive Tatsachen vorhanden sind, die beweisen, daß wir nicht übertreiben, wenn wir von einer völligen Übereinstimmung unserer Tätigkeit mit dem Bewußtsein und dem Willen der gewaltigen Mehrheit der marxistischen fortgeschrittenen Arbeiter Rußlands sprechen. Das hat auch die Geschichte der „Prawda" bewiesen, der ersten Arbeiterzeitung, die durch den Aufschwung der Arbeiter-

bewegung im April–Mai 1912 geschaffen worden ist und die Mehrheit der Arbeiter um sich vereinigt hat. Das hat die Verbreitung der „Prawda" in 40000 Exemplaren bewiesen. Das haben die Geldsammlungen der Arbeitergruppen für die „Prawda" bewiesen, über die diese Zeitung stets öffentlich berichtet hat. Das haben die Wahlen der Arbeiterkurie zur IV. Reichsduma bewiesen, aus denen ausschließlich Bolschewiki als Abgeordnete der Kurie hervorgingen und die, verglichen mit den Wahlen der Arbeiterkurie zur II. und III. Reichsduma, ein unbestreitbares, von niemandem bestrittenes gewaltiges Anwachsen der marxistischen und antiliquidatorischen Ansichten unter den klassenbewußten Arbeitern Rußlands gezeigt haben. Das haben schließlich die Vorstandswahlen des Metallarbeiterverbandes in St. Petersburg und die Geschichte der ersten Arbeiterzeitung in Moskau in diesem Jahre bewiesen. Es versteht sich von selbst, daß wir es für unsere unbedingte Pflicht halten, in strengster Übereinstimmung mit dem Willen der Mehrheit der auf marxistischer Grundlage zusammengeschlossenen Arbeiter Rußlands zu handeln.

Indes handelt Ihr, die sieben Abgeordneten, unabhängig von diesem Willen und gegen ihn. Ihr faßt kühn Beschlüsse, die dem Willen der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter zuwiderlaufen. Wir erinnern nur daran, daß Ihr den Nichtsozialdemokraten Jagiello, den bisher kein einziger Sozialdemokrat in Polen anerkannt hat, mit gewissen Einschränkungen aufgenommen habt, oder daß Ihr – entgegen dem Willen der Mehrheit der Arbeiter – nationalistische Losungen, die sogenannte nationalkulturelle Autonomie u. ä., angenommen habt. Wir kennen Eure Stellung zu der liquidatorischen Strömung nicht genau und glauben, daß Ihr eher zur Seite des Liquidatorentums hin schwankt, als daß Ihr völlige Anhänger desselben seid. Wie dem aber auch sei, es bleibt eine unbestreitbare Tatsache, daß Ihr die Meinungen und Forderungen der Mehrzahl der klassenbewußten Arbeiter Rußlands, mit denen wir Hand in Hand gehen, für Euch nicht als maßgebend betrachtet.

Es erübrigt sich zu sagen, daß unter solchen Bedingungen jeder Sozialist eines beliebigen Landes der Welt, jeder klassenbewußte Arbeiter der Ansicht sein wird, daß es von Euch ein ungeheuerliches Unterfangen ist, uns mit Hilfe einer Stimme an die Wand zu drücken, uns eines der zwei Plätze in den Dumakommissionen oder anderen Institutionen sowie in der Rednerliste der Duma usw. zu berauben und uns eine Taktik und Politik

aufzuzwingen, die von der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter Rußlands verurteilt wird.

Wir konstatieren und müssen konstatieren, daß gegenwärtig nicht nur unsere Meinungsverschiedenheiten über die Tätigkeit in der Duma unversöhnlich sind. Wir sind zu der Feststellung gezwungen, daß Euer Bestreben, uns zu unterdrücken und uns eines der zwei Plätze zu berauben, unbedingt zur Spaltung führt und jede Möglichkeit einer gemeinsamen Arbeit ausschließt. Doch um dem dringenden Wunsch der Arbeiter, die Einheit der sozialdemokratischen Abgeordneten wenigstens nach außen hin und wenigstens in der Dumatätigkeit aufrechtzuerhalten, und unseren in einem Jahr gemachten Erfahrungen Rechnung zu tragen, die gezeigt haben, daß es mittels einer *Vereinbarung möglich* ist, diese Einheit im Auftreten *in der Duma* zu erreichen, schlagen wir Euch vor, ein für allemal genau und unzweideutig festzulegen, daß jede Benachteiligung der sechs Abgeordneten der Arbeiterkurie durch die sieben Stimmen unzulässig ist. Die Aufrechterhaltung einer wirklichen Einheit der sozialdemokratischen Fraktion der IV. Reichsduma ist nur dann möglich, wenn die Gleichberechtigung der Sieben und der Sechs vollständig und unwiderruflich anerkannt wird und in allen Fragen der Dumatätigkeit das Prinzip der Vereinbarung zwischen ihnen zur Anwendung gelangt.

„Sa Prawdu" Nr. 13,
18. Oktober 1913.

Nach dem Text der
„Sa Prawdu".

DIE DUMA-„SIEBEN"

Die langen Erklärungen und Betrachtungen der sieben Mitglieder der Reichsduma zur Verteidigung des Liquidatorentums machen einen höchst sonderbaren Eindruck.

Die Sieben redet die ganze Zeit *ausschließlich* über die Dumaarbeit, über die sozialdemokratische Tätigkeit *in der Duma!*

Außerhalb des Taurischen Palastes existiert für die Sieben *nichts* Organisiertes! „Wir Sieben haben beschlossen, wir und Jagiello haben abgestimmt, wir haben Redner geschickt, wir haben eine Deklaration angenommen" – nur derartiges ist von der Sieben zu hören. „Wir Dumamitglieder", „wir in der Duma" – sonst weiß und begreift die Sieben nichts.

Die Sieben ist vom Liquidatorentum schon so angesteckt, daß sie das Abc des Marxismus nicht mehr versteht.

Vom marxistischen Standpunkt aus gesehen, sollen die Abgeordneten in der Duma *nicht ihren* Willen durchführen, sondern den Willen der marxistischen Organisation, *nicht ihre* Beschlüsse, sondern die Beschlüsse des marxistischen Ganzen, *nicht ihre* Taktik, sondern die Taktik dieses Ganzen. Es ist eine Schande, daß man dieses Abc des Marxismus den Dumaabgeordneten erklären muß! Wie weit hat sie ihr Schwanken zur Seite des Liquidatorentums geführt, wenn sie sich entschließen, als Parteilose, als Zerstörer der proletarischen politischen Organisation aufzutreten!

Die Frage, „wo die marxistische Organisation ist", *fürchtet sich* die zu den Liquidatoren neigende Sieben *auch nur zu stellen.*

Aber gerade da liegt ja das Problem.

Alles Geschrei über die Einheit ist eine einzige Heuchelei, wenn man die Frage des *einheitlichen* Willens, *einheitlicher* Beschlüsse, einer *einheitlichen* Taktik der *Mehrheit* der auf marxistischer Grundlage organisierten, fortgeschrittenen, klassenbewußten Arbeiter Rußlands umgeht.

Die Zeitung „Sa Prawdu" hat schon vor langem darauf hingewiesen, an Hand welcher Tatsachen man über den marxistischen Willen der Mehrheit der Arbeiter urteilen kann (und muß), dem sich nicht zu fügen Spalterei, Desorganisation, Zerstörung bedeutet.

Diese Tatsachen sind: 1. die Wahlen der Arbeiterkurie zur IV. Duma; 2. die Geschichte der Arbeiterzeitungen; 3. die Gewerkschaften. In Europa fügt man noch etwas äußerst Wichtiges hinzu: die Zahl der offen eingetragenen Mitglieder der politischen Partei. Jedermann begreift, daß es in Rußland solche Daten nicht geben kann; sie werden teilweise ersetzt durch *allgemeine Beschlüsse*, die für jeden ehrlichen Arbeiter bindend sind.

Die Liquidatoren und die Sieben *verlieren* darüber, verlieren über die Kennzeichen der marxistischen Organisation, über ihre Beschlüsse, über ihre Taktik *kein Wort!* Die Liquidatoren und die Sieben wollen die „Einheit", das heißt die *Unterordnung* der sechs Arbeiterabgeordneten *unter die sieben unparteilichen Abgeordneten, das heißt die Verletzung des Willens des marxistischen Ganzen.*

Die Liquidatoren und die Sieben wollen, daß die Dumagruppe der sozialdemokratischen Abgeordneten auf eigene Verantwortung und Gefahr handle, wie es ihr allein gefällt, *ohne und gegen* dieses Ganze. Und diese schändliche, desorganisierende Forderung bezeichnen sie als Forderung nach Einheit.

Das Geschrei der Sieben über die Einheit erinnert an eine bekannte Anekdote: Die Sieben will sich mit der Sechs „vereinigen", wie sich der Mensch mit einem Stück Brot „vereinigt". Er *verschluckt* es.

Die sieben Unparteilichen wollen die sechs Marxisten verschlucken und verlangen, daß man das „Einheit" nennt.

Die Zerstörung der marxistischen Organisation durch die sieben Abgeordneten, die sich von der Mehrheit der Arbeiter *losgelöst haben*, die *zu den Liquidatoren neigen*, die vergessen haben, daß sie in der Duma nur den Willen der Mehrheit der Arbeiter *durchzuführen* haben – das ist der Inhalt der Tätigkeit der Liquidatoren und der sieben Abgeordneten!

Die Arbeiterklasse wendet sich gegen dieses unerhörte desorganisierende Verhalten der überheblichen Feinde der Organisation der Arbeiterklasse und verlangt entschieden ihre Unterordnung *auch* in der Dumatätigkeit.

„Sa Prawdu" Nr. 19,
25. Oktober 1913.
Unterschrift: W. F.

Nach dem Text der
„Sa Prawdu".

DIE LIBERALE BOURGEOISIE UND DIE LIQUIDATOREN

Die wichtigste Partei der liberalen Bourgeoisie Rußlands, die Kadettenpartei, zählt in ihrem Generalstab nicht wenige Leute mit europäischer Bildung. Man kann in unserer Zeit kein gebildeter Mensch sein, ohne allgemeine Kenntnisse über den Marxismus und über die westeuropäische Arbeiterbewegung zu besitzen.

Bei der Fülle bürgerlicher Intellektueller in ihrer Partei besitzen die russischen Kadetten natürlich diese Kenntnisse; sie haben sogar eine Reihe von Leuten, die in ihrer Jugend selbst Marxisten oder Beinahe-Marxisten waren und die mit den Jahren „klüger wurden" und sich in liberale Spießbürger verwandelt haben.

All das erklärt den Unterschied in den Beziehungen der alten, europäischen und der neuen, russischen Liberalen zur Sozialdemokratie. Jene suchten ihre Entstehung zu verhindern, bestritten ihre Existenzberechtigung; diese sind gezwungen, sich mit der *Tatsache* abzufinden: „Wir zweifeln nicht daran", heißt es in einem Leitartikel der „Retsch" (Nr. 287), „daß es der Sozialdemokratie in Rußland beschieden ist, zu einer legalen politischen Partei des Proletariats zu werden." Der Kampf *gegen* die Sozialdemokratie hat deshalb bei unseren Liberalen die Form des Kampfes *für den Opportunismus in den Reihen* der Sozialdemokratie angenommen.

Ohnmächtig, die Entstehung und das Wachstum der Sozialdemokratie zu verhindern, haben unsere liberalen Bourgeois ihre ganze Mühe darauf verwendet, daß *sie sich in liberaler Richtung entwickle*. Daher die langjährigen und systematischen Bemühungen unserer Kadetten, den Opportunismus (und besonders das Liquidatorentum) in den Reihen der Sozial-

demokratie zu unterstützen; in einer solchen Unterstützung erblicken die Liberalen ganz *richtig* das *einzige* Mittel, den liberalen Einfluß auf das Proletariat zu erhalten, die Arbeiterklasse in Abhängigkeit von der liberalen Bourgeoisie zu halten.

Es ist deshalb sehr lehrreich, wie die Liberalen den Kampf der sechs Arbeiterabgeordneten gegen die sieben liquidatorisch eingestellten Abgeordneten beurteilen. Die Liberalen, die die Sache als Außenstehende beobachten, sind genötigt, die grundlegende Tatsache offen anzuerkennen: die Sieben sind die „parlamentarischen Elemente der Sozialdemokratie", es ist dies „die Partei der parlamentarischen Arbeit", in ihren Reihen befinden sich „alle Intellektuellen der sozialdemokratischen Dumaleute". Es ist die Linie „der Evolution der Sozialdemokratie zu einer legalen parlamentarischen Partei", eine Linie, die mit einer besonderen „taktischen Richtung" verbunden ist. „Die ‚Nowaja Rabotschaja Gaseta' ist das Organ der sozialdemokratischen Parlamentarier."

„Sa Prawdu" dagegen ist das „Organ der Unversöhnlichen", schreibt die „Retsch". Das ist keine Partei der parlamentarischen Arbeit, sondern die „entgegengesetzte Partei".

Hier die Partei der *„Intellektuellenabgeordneten"*, dort die *„Arbeiterabgeordneten"* – das ist das Urteil der „Retsch". Die „Retsch" versichert scheinheilig, man könne nicht wissen, für wen die Mehrheit der Arbeiter ist, widerlegt sich aber sofort selbst durch die folgenden höchst aufschlußreichen Sätze:

„Je länger", schreibt sie, „sich der Übergang zu dieser normalen" (d. h. offenen, legalen) „Existenz verzögern wird, mit desto mehr Grund ist zu erwarten, daß die *parlamentarische Mehrheit der sozialdemokratischen Intelligenz gezwungen sein wird, der außerparlamentarischen Arbeitermehrheit* mit ihrer heutigen Stimmung zu weichen. Wir haben die traurigen Folgen einer solchen Teilung der Richtungen Ende 1905 gesehen. Man mag zum bevorstehenden Ausweg aus der gegenwärtigen Sackgasse stehen, wie man will, es werden sich kaum Leute finden lassen, die die von unerfahrenen Führern einer spontanen Massenstimmung in jenen Wintermonaten begangenen Fehler verteidigen." So schreibt die „Retsch".

Wir haben dasjenige hervorgehoben, was uns an diesem Eingeständnis momentan besonders interessiert.

Die außerparlamentarische Arbeitermehrheit gegen die „parlamenta-

rische Mehrheit der sozialdemokratischen Intelligenz" – das ist das selbst den Liberalen klargewordene Wesen der Differenzen der Sechs mit der Sieben.

Die Sieben und die „Nowaja Rabotschaja Gaseta" – das ist die Mehrheit der sich als sozialdemokratisch bezeichnenden Intelligenz *gegen* die „außerparlamentarische Arbeitermehrheit", *gegen die Partei.*

Es gibt keine alte Partei, wir brauchen die alte Partei nicht, wir werden mit der Zeitung und der Arbeit in der Duma allein ohne Partei auskommen, wobei wir die zukünftige legale Partei propagieren – das ist das Wesen der Stellung der Sieben und der Stellung sämtlicher Liquidatoren.

Es ist begreiflich, weshalb die Liberalen die Sieben und die Liquidatoren so streicheln, sie wegen des Verständnisses für die parlamentarischen Bedingungen loben und ihre Taktik als „kompliziert, durchdacht, nicht simplifiziert" bezeichnen. Die Sieben und die Liquidatoren verbreiten die *liberalen Losungen* unter den Arbeitern – wie sollen die Liberalen sie da nicht loben? Die Liberalen brauchen gar nichts anderes als die Bildung einer Schutzwehr von Intellektuellen, Parlamentariern, Legalisten *gegen* die alte Partei, *gegen* die „außerparlamentarische Arbeitermehrheit".

Mag sich diese Schutzwehr als sozialdemokratisch bezeichnen – nicht auf den Namen kommt es an, sondern auf ihre liberale Arbeiterpolitik; so urteilt die aufgeklärte Bourgeoisie, und sie urteilt von ihrem Standpunkt aus ganz richtig.

Die Liberalen haben begriffen (und ausgeplaudert), was alle klassenbewußten, fortgeschrittenen Arbeiter längst begriffen haben, nämlich daß die Gruppe der „Nowaja Rabotschaja Gaseta" und die ihr folgende Sieben eine von der sozialdemokratischen Partei abgespaltene, die Partei negierende und auf die „Illegalität" schimpfende Schutzwehr der liberalen Intelligenz sind, die eine systematische Politik der Zugeständnisse an den bürgerlichen Reformismus, den bürgerlichen Nationalismus usw. betreibt.

Die Einheit der wirklich parteilichen, von der liberalen Bourgeoisie wirklich unabhängigen „außerparlamentarischen Arbeitermehrheit" ist *undenkbar* ohne entschlossenen Kampf gegen diese Intellektuellenschutzwehr der Liquidatoren der Arbeiterpartei.

„Sa Prawdu" Nr. 20,
26. Oktober 1913.

Nach dem Text der
„Sa Prawdu".

KAPITALISMUS UND ARBEITERIMMIGRATION

Der Kapitalismus hat eine besondere Art der Völkerwanderung entwickelt. Die sich industriell rasch entwickelnden Länder, die mehr Maschinen anwenden und die zurückgebliebenen Länder vom Weltmarkt verdrängen, erhöhen die Arbeitslöhne über den Durchschnitt und locken die Lohnarbeiter aus den zurückgebliebenen Ländern an.

Hunderttausende von Arbeitern werden auf diese Weise Hunderte und Tausende Werst weit verschlagen. Der fortgeschrittene Kapitalismus zieht sie gewaltsam in seinen Kreislauf hinein, reißt sie aus ihrem Krähwinkel heraus, macht sie zu Teilnehmern an einer weltgeschichtlichen Bewegung, stellt sie der mächtigen, vereinigten, internationalen Klasse der Industriellen von Angesicht zu Angesicht gegenüber.

Es besteht kein Zweifel, daß nur äußerstes Elend die Menschen veranlaßt, die Heimat zu verlassen, und daß die Kapitalisten die eingewanderten Arbeiter in gewissenlosester Weise ausbeuten. Doch nur Reaktionäre können vor der *fortschrittlichen* Bedeutung dieser modernen Völkerwanderung die Augen verschließen. Eine Erlösung vom Joch des Kapitals ohne weitere Entwicklung des Kapitalismus, ohne den auf dieser Basis geführten Klassenkampf gibt es nicht und kann es nicht geben. Und gerade in diesen Kampf zieht der Kapitalismus die werktätigen Massen der *ganzen* Welt hinein, indem er die Muffigkeit und Zurückgebliebenheit des lokalen Lebens durchbricht, die nationalen Schranken und Vorurteile zerstört und Arbeiter aller Länder in den großen Fabriken und Gruben Amerikas, Deutschlands usw. miteinander vereinigt.

Amerika steht an der Spitze der Länder, die Arbeiter importieren. Hier die Angaben über die Zahl der nach Amerika Auswandernden:

Im Jahrzehnt	1821–1830	99 000	Auswanderer
" "	1831–1840	496 000	"
" "	1841–1850	1 597 000	"
" "	1851–1860	2 453 000	"
" "	1861–1870	2 064 000	"
" "	1871–1880	2 262 000	"
" "	1881–1890	4 722 000	"
" "	1891–1900	3 703 000	"
in den neun Jahren	1901–1909	7 210 000	"

Der Umfang der Auswanderung hat gewaltig zugenommen und verstärkt sich ständig. In den fünf Jahren von 1905 bis 1909 sind durchschnittlich *über eine Million Menschen* im Jahr nach Amerika (es handelt sich hier nur um die Vereinigten Staaten) übergesiedelt.

Interessant ist dabei die Veränderung in der Zusammensetzung der Einwanderer (der Immigranten, d. h. sich in Amerika Ansiedelnden). Bis zum Jahre 1880 überwog die sogenannte *alte* Immigration, aus den alten Kulturländern England, Deutschland, zum Teil Schweden. Sogar bis 1890 haben England und Deutschland zusammen mehr als die Hälfte aller Immigranten gestellt.

Mit dem Jahre 1880 beginnt eine unglaublich rasche Zunahme der sogenannten *neuen* Immigration, aus dem östlichen und südlichen Europa, aus Österreich, Italien und Rußland. Aus diesen drei Ländern kamen Immigranten nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika:

Im Jahrzehnt	1871–1880	201 000
" "	1881–1890	927 000
" "	1891–1900	1 847 000
in den neun Jahren	1901–1909	5 127 000

So wird den zurückgebliebensten Ländern der Alten Welt, die in ihrer ganzen Lebensordnung die meisten Überreste der Leibeigenschaft bewahrt haben, sozusagen gewaltsam Zivilisation beigebracht. Der amerikanische Kapitalismus entreißt Millionen von Arbeitern des zurückgebliebenen Osteuropa (und darunter Rußlands, das 594 000 Immigranten in den Jahren 1891–1900 und 1 410 000 in den Jahren 1900–1909 stellte) ihren halb mittelalterlichen Verhältnissen und stellt sie in die Reihen der fortgeschrittenen, internationalen Armee des Proletariats.

Eine interessante Beobachtung macht Hourwich, der Verfasser des höchst lehrreichen, im vorigen Jahr in englischer Sprache erschienenen Buches „Einwanderung und Arbeit". Nach der Revolution von 1905 stieg die Zahl der Auswanderer nach Amerika besonders stark (1905 – 1 Mill., 1906 – 1,2 Mill., 1907 – 1,4 Mill., 1908–1909 – je 1,9 Millionen). Die Arbeiter, die in Rußland zahlreiche Streiks mitgemacht hatten, haben den Geist kühnerer, offensiver Massenstreiks auch nach Amerika getragen.

Rußland bleibt immer mehr zurück und gibt einen Teil seiner besten Arbeiter ans Ausland ab; Amerika schreitet immer rascher vorwärts und nimmt der ganzen Welt die energischste, arbeitsfähigste Arbeiterbevölkerung weg.*

Deutschland, das mit Amerika mehr oder weniger Schritt hält, verwandelt sich aus einem Land, das Arbeiter abgegeben hat, in ein Land, das fremde Arbeiter heranzieht. Die Zahl der deutschen Immigranten in Amerika, die in dem Jahrzehnt von 1881 bis 1890 auf 1 453 000 angestiegen war, fiel in den neun Jahren von 1901 bis 1909 auf 310 000. Dagegen betrug die Zahl der ausländischen Arbeiter in Deutschland in den Jahren 1910/1911 695 000 und in den Jahren 1911/1912 729 000. Betrachten wir die Verteilung dieser Arbeiter nach Beschäftigungsarten und Herkunftsländern, so ergibt sich folgendes Bild:

	In den Jahren 1911/1912 in Deutschland beschäftigte ausländische Arbeiter (in 1000)		
	In der Landwirtschaft	*In der Industrie*	*Insgesamt*
aus Rußland	274	34	308
aus Österreich	101	162	263
aus den übrigen Ländern	22	135	157
Insgesamt	397	331	728

Je zurückgebliebener ein Land, desto mehr ungelernte, landwirtschaftliche Arbeiter liefert es. Die fortgeschrittenen Nationen reißen sozusagen die besten Verdienstmöglichkeiten an sich und überlassen die schlechteren den wenig zivilisierten Ländern. Europa im allgemeinen (die „übrigen

* Außer den Vereinigten Staaten schreiten auch die anderen amerikanischen Staaten rasch vorwärts. Im letzten Jahr betrug die Zahl der Auswanderer nach den USA etwa 250 000, nach Brasilien etwa 170 000, nach Kanada über 200 000, insgesamt 620 000 in einem Jahr.

Länder") liefert Deutschland 157 000 Arbeiter, davon *über* $^{8}/_{10}$ (135 000 von 157 000) Industriearbeiter. Das rückständige Österreich liefert nur $^{6}/_{10}$ (162 000 von 263 000) Industriearbeiter, das am meisten zurückgebliebene Rußland nur $^{1}/_{10}$ Industriearbeiter (34 000 von 308 000).

Rußland muß also überall und in jeder Hinsicht für seine Rückständigkeit büßen. Doch die Arbeiter Rußlands befreien sich, verglichen mit der übrigen Bevölkerung, immer mehr aus dieser Rückständigkeit und Kulturlosigkeit, sie leisten diesen „lieblichen" Zügen ihrer Heimat am meisten Widerstand, schließen sich am engsten mit den Arbeitern aller Länder zu einer weltumspannenden, befreienden Kraft zusammen.

Die Bourgeoisie hetzt die Arbeiter der einen Nation gegen die der andern auf und sucht sie zu trennen. Die klassenbewußten Arbeiter, die begreifen, daß die Zerstörung aller nationalen Schranken durch den Kapitalismus unumgänglich und fortschrittlich ist, bemühen sich, die Aufklärung und Organisierung ihrer Genossen aus den zurückgebliebenen Ländern zu unterstützen.

„Sa Prawdu" Nr. 22,
29. Oktober 1913.
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text der „Sa Prawdu".

MATERIALIEN ZUR FRAGE DES KAMPFES INNERHALB DER SOZIALDEMOKRATISCHEN DUMAFRAKTION[107]

Zwischen den sechs Arbeiter- (Kurien-) Abgeordneten der Sozialdemokratie in der Reichsduma, Badajew, Malinowski, Muranow, Petrowski, Samoilow und Schagow, einerseits und den übrigen sieben Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion in der Reichsduma anderseits ist ein Kampf entbrannt. Sowohl die Sechs als auch die Sieben hat sich in Aufrufen an die Arbeiter gewandt mit der Bitte, über die Frage zu diskutieren und ihre Meinung zu äußern.

Die Petersburger Arbeiter haben mit der Erörterung der Frage bereits begonnen, und damit sie erfolgreich verläuft, geben wir hier eine Zusammenfassung der Materialien und Erwägungen, die für jeden Arbeiter, der um das Schicksal seiner marxistischen Organisation besorgt ist, von Interesse sein werden.

WESSEN WILLE?

Die grundlegende Frage, die sich anläßlich der Spaltung der sozialdemokratischen Dumafraktion vor den Arbeitern erhebt, ist die Frage nach dem Verhältnis der Dumafraktion zum marxistischen Ganzen. Wessen Wille soll die Beschlüsse, die Taktik und das Verhalten der sozialdemokratischen Dumafraktion bestimmen?

Die Erfahrungen aller sozialdemokatischen Parlamentsfraktionen der Welt geben auf diese Frage eine klare und absolut unanfechtbare Antwort. Die Parlamentsabgeordneten der Sozialdemokratie sind die Vertreter des Willens des klassenbewußten und organisierten Proletariats des betreffenden Landes. Die Beschlüsse, die das fortgeschrittene Proletariat

gefaßt hat und die es in seinem gesamten wirtschaftlichen und politischen Kampf durchführt, sind für die sozialdemokratische parlamentarische Vertretung *bindend*. Parlamentsabgeordnete, die mit dem Willen des klassenbewußten, organisierten, fortgeschrittenen Proletariats nicht konform gehen, legen ihre Vollmachten nieder, d. h. verzichten auf ihr Abgeordnetenmandat.

Diese allgemeinen und grundlegenden Prinzipien, die von allen Marxisten der ganzen Welt geteilt werden, muß man vor allem anderen klar begreifen und genau erfassen, um verschiedenen gewissenlosen Leuten die Möglichkeit zu nehmen, die strittige Frage zu verwirren und zu verdunkeln.

Sollte jemand versuchen, für die Unabhängigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten vom Willen der Mehrheit der zusammengeschlossenen und klassenbewußten Arbeiter einzutreten, so würde er sich sofort als Feind der marxistischen Organisation und als Zerstörer jeder Einheit, jeder einmütigen Tätigkeit der sozialdemokratischen Arbeiter offenbaren.

Es fragt sich nun, wie wir russischen Arbeiter den Willen und die Beschlüsse der Mehrheit der klassenbewußten und zu einem Ganzen zusammengeschlossenen sozialdemokratischen Arbeiter Rußlands feststellen können.

WAS IST DER WILLE DER MEHRHEIT DER KLASSENBEWUSSTEN ARBEITER RUSSLANDS?

In allen Ländern der Welt dienen zur Feststellung des Willens des zu einem einheitlichen politischen Ganzen zusammengeschlossenen Proletariats folgende Merkmale:

Erstens die Arbeiterzeitungen. Dadurch, daß das Proletariat diese oder jene Arbeiterzeitungen unterstützt, bringt es seinen politischen Willen zum Ausdruck, bringt es zum Ausdruck, zu welcher Richtung es steht.

Zweitens die Parlamentswahlen. Die Wahlgesetze sind in den verschiedenen Ländern verschieden, doch oft läßt sich einwandfrei feststellen, *welche Abgeordneten* von der Arbeiterklasse gewählt werden. Die *Richtung* der von den Arbeitern gewählten Abgeordneten *zeigt den Willen* des Proletariats an.

Drittens geben die Arbeiterverbände und -vereinigungen aller Art, besonders die Gewerkschaften, die den Kampf gegen das Kapital führen, die Möglichkeit, auf den Willen des Proletariats zu schließen.

Viertens findet in Westeuropa der Wille des Proletariats seinen exaktesten Ausdruck in den Beschlüssen der sozialistischen Parteien, die sich mit einem Mitgliederbestand, der allgemein bekannt ist, legal betätigen.

In Rußland gibt es bekanntlich keine legale sozialdemokratische Partei – selbst die Kadettenpartei gilt bei uns als verboten. Die Leute, die über die „Illegalität" herfallen oder sich von ihr lossagen oder die Lossagung von ihr rechtfertigen, werden deshalb in Rußland als Liquidatoren, d. h. als Abtrünnige, als Zerstörer der Arbeiterorganisation bezeichnet.

Sehen wir nun, welcherart die *Daten* über den Willen der fortgeschrittenen Arbeiter Rußlands sind.

WAS SAGEN DIE WAHLEN ZUR II., III. UND IV. REICHSDUMA ÜBER DEN WILLEN DES PROLETARIATS AUS?

Das Wahlgesetz in Rußland hat zu dem reaktionären Zweck der Absonderung der Arbeiter von der Bauernschaft Arbeiterkurien, d. h. besondere Wahlen für die Arbeiter, eingeführt. Doch auf diese Weise ist um so eher der Wille der Arbeiter festzustellen, die in die Duma Leute schicken, die mit ihren Ansichten, mit ihrer Richtung übereinstimmen.

Deshalb waren *alle* Abgeordneten *von der Arbeiterkurie* sowohl in der II. als auch in der III. und in der IV. Duma *Sozialdemokraten.* Alle denkenden Menschen (bis auf die politisch unehrlichen) sahen sich gezwungen, daraus den Schluß zu ziehen, daß es der Wille der Arbeiter Rußlands ist, einmütig und treu mit den Sozialdemokraten zusammenzugehen.

Doch *welche* Richtung *innerhalb* der Sozialdemokratie unterstützten die Arbeiter?

Eine klare Antwort darauf gibt die Zusammenstellung der Daten *über die Richtung* der von der Arbeiterkurie gewählten Abgeordneten. In der II. Duma gab es 23 solcher Abgeordneten, davon 11 Bolschewiki (d. h. 47%). Bekanntlich wurde zu derselben Zeit, im Frühjahr 1907, zahlen-

mäßig genau festgestellt und nachgeprüft, daß in der Arbeiterpartei die Mehrheit hinter den Bolschewiki steht.

In der III. Duma, nach der Abänderung des Wahlgesetzes, blieben noch 8 Abgeordnete von der Arbeiterkurie, davon 4 Bolschewiki (d. h. 50%). In der IV. Duma gibt es 9 Abgeordnete von der Arbeiterkurie, davon 6 Bolschewiki (d. h. 67%).

Somit sind im Verlauf der sechs Jahre von 1907 bis 1912, als die Intelligenz *aus* der Sozialdemokratie davonlief, die Arbeiter *immer mehr und mehr* auf die Seite der Bolschewiki übergegangen.

Mehr als zwei Drittel der Arbeiter Rußlands teilen die Anschauungen und die Richtung der *sechs* Arbeiter- (Kurien-) Abgeordneten der IV. Duma: Badajew, Malinowski, Muranow, Petrowski, Samoilow und Schagow. Auf ihrer Seite steht die *überwältigende Mehrheit* der klassenbewußten, am politischen Leben teilnehmenden Arbeiter.

Die Intellektuellen liefen aus der marxistischen Organisation davon, liquidierten sie. Die Arbeiter liefen den Liquidatoren davon. Nur unehrliche Leute können diese Wahrheit bestreiten.

WER SIND DIE VERTRETER?

Am gleichen Tage, an dem die Zeitungen die Erklärung der sechs Abgeordneten* einerseits und die ihrer Gegner anderseits veröffentlichten, beeilte sich die Zeitung der Liquidatoren (in Nr. 60), als Argument zur Verteidigung der sieben Abgeordneten die Meinung anzuführen, die sieben Abgeordneten hätten *nicht weniger* Arbeiterstimmen hinter sich als die sechs.

Zu dieser Zeit erschienen in unserer Zeitung (Nr. 13) Daten, die die Liquidatoren vollständig aus ihrer Stellung schlugen und dem von ihnen vorgebrachten „Argument" von Grund aus jede Bedeutung nahmen.

Diese Daten geben Auskunft über die Zahl der Arbeiter in den Gouvernements, die sozialdemokratische Abgeordnete in die Duma geschickt haben, und vermitteln eine klare Vorstellung davon, hinter welchem Teil der sozialdemokratischen Fraktion mehr Arbeiterstimmen stehen und sogar, um wieviel mehr das sind.

Hier diese Daten:

* Siehe den vorliegenden Band, S. 438–440. *Die Red.*

Gouvernements	Name der Abgeordneten	Zahl der Arbeiter laut Bericht der Fabrikinspektoren	In 1000 Bergbau	Insgesamt
Moskau	Malinowski	348	3	351
Wladimir	Samoilow	202	3	205
Petersburg	Badajew	170	27	197
Jekaterinoslaw	Petrowski	33	85	118
Kostroma	Schagow	91	—	91
Charkow	Muranow	45	1	46
	Insgesamt	889	119	1008
Warschau	Jagiello	78	—	78
Dongebiet	Tuljakow	18	41	59
Ufa	Chaustow	6	31	37
Taurien	Burjanow	10	10	20
Irkutsk	Mankow	2	11	13
Tiflis	Tschcheïdse	5	—	5
Karser und Batumer Gebiet	Tschchenkeli	1	1	2
	Insgesamt	120	94	214

Da der Abgeordnete Jagiello nicht zu den 7 Abgeordneten zu zählen ist – er gehört nicht der Sozialdemokratie an und hat in der Frage des Verhältnisses zwischen den 6 und den 7 Abgeordneten keine beschließende Stimme und ist zudem noch gegen den Wunsch der Mehrheit der Arbeiterwahlmänner der Stadt Warschau in die Duma gekommen –, kann die Zahl der Arbeiter des Gouvernements Warschau nicht in die Zahl der für die 7 Abgeordneten abgegebenen Arbeiterstimmen einbezogen werden.

Somit ergibt sich, daß von 1 144 000 nur 136 000 oder 11,8 Prozent oder ungefähr *ein Zehntel* auf die 7 Abgeordneten, auf die 6 Abgeordneten dagegen 1 008 000 oder 88,2 Prozent oder ungefähr *neun Zehntel* entfallen.

Die entschiedene Behauptung der Liquidatoren über das Gleichgewicht der Arbeiterstimmen hat sich damit als gänzlich widerlegt erwiesen.

Was erwidern sie nun darauf?

Ihre Antwort verdient in aller Vollständigkeit wiederholt zu werden; erklären läßt sie sich nur durch die Ausweglosigkeit ihrer Lage.

„*Die Frage nach der Richtigkeit und Bedeutung dieser Zahlen beiseite lassend*, stellen wir fest...", schreibt Herr F. in Nr. 61 der „Nowaja Rabotschaja Gaseta".

Sie, meine Herren, haben von der Zahl der Arbeiterstimmen gesprochen; nun hat man Ihnen Zahlen angeführt, und Sie lassen sie beiseite.

Kaum hatte er dies gesagt, als in der folgenden Nummer (Nr. 62) eine Behauptung erschien, über die man nur den Kopf schütteln kann.

„*Über die arithmetische Seite dieser Behauptung hat sich unsere Zeitung gestern geäußert.*"

Beiseite lassen bedeutet – „sich äußern". Mit was für Einfaltspinseln rechnen eigentlich die Herren Liquidatoren?

Als wir die erwähnten, von den Liquidatoren nicht widerlegten Zahlen anführten, sagten wir keinen Ton darüber, daß jene Gouvernements, in denen die sechs Arbeiterabgeordneten gewählt wurden, in unserem Wahlsystem von besonderer Bedeutung sind. Durch die *Tatsachen* aus der Fassung gebracht, versuchen die Liquidatoren nun, von besonderen, den 6 Abgeordneten durch das Gesetz vom 3. Juni gewährten Privilegien, von unserer Verneigung vor den Stolypinschen Kurien und davon zu reden, daß wir nur die 6 Abgeordneten als sozialdemokratische Abgeordnete betrachten usw.

Solche Behauptungen tragen die ganz bestimmte, wenn auch nicht schmeichelhafte Bezeichnung... Doch nein, wir wollen uns nicht schmutzig machen!...

Die Zahl der Arbeiter in den Gouvernements bleibt dieselbe. Sie zu vergleichen ist möglich und notwendig.

Die deutsche Sozialdemokratie berechnet ihre Erfolge bei den Wahlen ungeachtet dessen, daß dort die Frauen kein Stimmrecht haben.

All das ist dermaßen klar und einfach, daß man sich verwundert fragen muß, wen die Liquidatoren mit ihren „Argumenten" meinen irreführen zu können.

VON WELCHEM WILLEN DER ARBEITER ZEUGEN DIE ARBEITERZEITUNGEN IN RUSSLAND?

Es ist allgemein bekannt, daß in Rußland die Arbeiterzeitungen im Jahre 1911, nach der Periode der Verzagtheit und des Zerfalls der Jahre 1908–1910, zu entstehen begannen und im Jahre 1912 erstarkten.

Nehmen wir das Jahr 1912. Zuallererst entstand die Wochenzeitung „Swesda"[108] und faßte festen Fuß, die später zweimal wöchentlich erschien und der Tageszeitung „Prawda" den Weg bahnte. Die „Prawda" entstand im April 1912 dank der *außergewöhnlich starken* Unterstützung durch die Arbeiter. Diese Zeitung scharte die Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter um sich. Ihre Richtung war die Richtung der *Mehrheit* der organisierten und klassenbewußten Proletarier.

1913 erscheinen bereits *zwei* für ganz Rußland bestimmte Zeitungen der einen Richtung. Die gewaltige Verstärkung der Unterstützung durch die Arbeiter schuf in Moskau die Zeitung „Nasch Put", eine Zeitung *derselben* Richtung.

Die andere Richtung, die der Liquidatoren, brachte erst *vom Herbst* 1912 an, nach ganz unbedeutenden Wochenzeitungen, die Tageszeitung „Lutsch" heraus.

Die Tatsachen beweisen also unwiderlegbar, daß sich die *Mehrheit* der Arbeiter weit früher um die „Prawda" geschart hat. Die Gründung der Zeitung der Liquidatoren war ein späteres Werk, ein Werk des *Kampfes gegen den Willen* der Mehrheit, *ein Werk der Spaltung*, d. h. des Widerstrebens der Minderheit, sich der Mehrheit zu fügen.

Jeder Arbeiter wird begreifen, daß die Aktions*einheit* des Proletariats *verletzt wird*, wenn in derselben Stadt eine *zweite* Zeitung gegründet wird, die die erste zu untergraben sucht. *Keine einzige* sozialdemokratische Partei Europas duldet so etwas.

VON WELCHEM WILLEN DER ARBEITER ZEUGEN DIE GELDSAMMLUNGEN FÜR DIE ARBEITERZEITUNGEN?

Die bürgerlichen Zeitungen werden durch große Kapitalien unterhalten. Die Arbeiterzeitungen erhalten sich durch Geldsammlungen der Arbeiter selbst.

Indem die Arbeiter Beiträge für die Unterstützung dieser oder jener Publikation, dieser oder jener Zeitung leisten, bestimmen sie klar ihren Willen.

Die Geschichte der Beiträge der Arbeiter für die Arbeiterzeitungen in Rußland ist deshalb eines der wichtigsten Kennzeichen für den Willen der Arbeiter. Sich über diese Geschichte hinwegsetzen können nur Ignoranten oder ganz gewissenlose Leute (von der Art der Kadetten und der Liquidatoren).

Hier die Angaben über die *Sammlungen der Arbeitergruppen*, Angaben, die schon wiederholt veröffentlicht worden sind und von jedem lesekundigen Menschen überprüft werden können:

	Anzahl der Sammlungen der Arbeitergruppen			
	für die „Prawda"	für die Moskauer Zeitung	zusammen	für den „Lutsch"
1912	620	5	625	89
1913, bis 1. April	309	129	438	139
1913, vom 1. April bis Oktober	1252	261	1513	328
Insgesamt für beide Jahre	2181	395	2576	556

Diese Angaben umfassen eine *große* Zeitspanne. Sie erstrecken sich auf das *ganze* Jahr 1912 und 9 Monate des Jahres 1913. Sie beziehen sich auf *ganz Rußland*.*

Wovon zeugen sie? Ohne Zweifel davon, daß *die Anhänger der „Sa Prawdu"*, die Anhänger *der sechs Arbeiterabgeord-*

* In dem Sammelband „Marxismus und Liquidatorentum" wurde hierzu folgende Fußnote gegeben:

„Bis zum Mai 1914 gab es rund gerechnet: 6000 Arbeitergruppen bei den Prawdisten und ungefähr 1500 bei den Liquidatoren." *Die Red.*

neten und Gegner des Liquidatorentums, unter den klassenbewußten Arbeitern *vollständig überwiegen.*

Jeder, der die Beschlüsse dieser überwältigenden Mehrheit nicht anerkennt, verstößt gegen den Willen der Arbeiter, ist ein Spalter und Desorganisator.

VON WELCHEM WILLEN DER ARBEITER SPRICHT DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN PETERSBURG?

Bekanntlich sind die Metallarbeiter die entwickeltsten und fortgeschrittensten Arbeiter, und das nicht nur in Petersburg, sondern in ganz Rußland, und nicht nur in Rußland, sondern in der ganzen Welt.

Niemand kann leugnen – auch die Liquidatoren haben es am Tage der Metallarbeiterversammlung *selbst* zugegeben –, daß die Metallarbeiter die *Avantgarde* (der Vortrupp) des gesamten Proletariats in Rußland sind.

Was hat nun die Versammlung der Petersburger Metallarbeiter gezeigt?

Dort fand die Wahl der Gewerkschaftsleitung statt. Zwei Wahllisten lagen vor.

Die eine Wahlliste, die in der Zeitung der Liquidatoren veröffentlicht und von dieser Zeitung vertreten wurde, enthielt eine *Reihe von Namen* bekannter Liquidatoren.

Die andere, in der „Prawda" veröffentlichte Wahlliste war *antiliquidatorisch.*

Die Liquidatoren gaben ihre Wahlliste betrügerischerweise für den Beschluß der Gewerkschaft aus, doch der Betrug nutzte ihnen nichts.

An der Versammlung der Metallarbeiter nahmen an die *3000 Personen* teil. Davon gaben nur etwa *150* ihre Stimme für die Liste der Liquidatoren ab.

Es ist klar, daß der Wille der klassenbewußten und fortgeschrittenen Arbeiter einen völlig bestimmten Charakter angenommen hat. Die Arbeiter wollen vom Liquidatorentum absolut nichts wissen.

Von allen Gewerkschaften Petersburgs hält allein noch die Gewerkschaft der Buchdrucker, die sich vom gesamten Petersburger Proletariat

isoliert hat, zu den Liquidatoren*. Man muß aber sagen, daß auch hier für die Liquidatoren schon nicht mehr alles „gut bestellt" ist. Gibt es etwa viele Anhänger der Liquidatoren unter den Handlungsgehilfen, Holzarbeitern, Gold- und Silberschmieden, Schneidern, Bäckern, Bauarbeitern, dem Gaststättenpersonal usw.? Wie viele sind es, und wo sind sie? Gibt es etwa viele solcher Anhänger in den Kultur- und Bildungsinstitutionen? Sie sind nicht zu sehen! Aber die Liquidatoren haben doch, als sie sich gegen die Illegalität und gegen das „Streikfieber" wandten und für die Legalität unter dem Schutze der Stolypinschen Reformen eintraten, behauptet, alles Legale stehe hinter ihnen! Und wem folgten die proletarischen Intellektuellen? In der vorigen Nummer richten *106 Studierende aus Arbeiterkreisen* eine Grußadresse an die sechs Abgeordneten und brandmarken die Liquidatoren!

Die sieben Abgeordneten, die den Liquidatoren folgen, *verstoßen gegen den Willen* der Mehrheit der Arbeiter. Das haben sowohl die Dumawahlen als auch die Geldsammlungen für die Zeitungen und die Versammlungen der Metallarbeiter sowie auch die gesamte Tätigkeit in der legalen Bewegung und die gegenwärtig durchgeführte Versicherungskampagne (die Unterstützung der Wochenschrift für Versicherungswesen auf den Appell der sechs Arbeiterabgeordneten hin) bewiesen.

Die sieben Abgeordneten, die gegen den Willen der Mehrheit der Arbeiter *verstoßen*, dürfen nicht vergessen, welches die unvermeidlichen Folgen sind, wenn sie auf *ihrem* Willen *gegen* die Mehrheit der Arbeiter beharren.

DIE IDEELLE EINHEIT

Die Zeitung der Liquidatoren schreibt:

„Die Sozialdemokratie ist eine bestimmte ideelle Einheit, und wer ihre Ideen nicht anerkennt, gehört nicht zu ihr."

Das ist wahr, aber nicht die ganze Wahrheit. Denn die Sozialdemokratie ist nicht nur eine *ideelle, sondern auch eine organisatorische*

* In dem Sammelband „Marxismus und Liquidatorentum" wurde hierzu folgende Fußnote gegeben:

„Wie es scheint, beginnt jetzt auch diese Gewerkschaft von den Liquidatoren abzurücken." *Die Red.*

Einheit. Dies vergessen können nur Liquidatoren, d. h. Leute, die gerade das organisierte Ganze nicht anerkennen wollen, die mit seinem Willen nicht rechnen, seine Beschlüsse verletzen usw.

Unsere Liquidatoren, gerade jene, die im „Lutsch" schrieben und in der „Nowaja Rabotschaja Gaseta" schreiben, haben ihr Gesicht den Arbeitermassen am deutlichsten dadurch gezeigt, daß sie gegen die Organisation der russischen Marxisten aufgetreten sind und gegen sie einen entschiedenen Kampf aufgenommen haben.

In einer ganzen Reihe von Beschlüssen hat diese einzig existierende politische Organisation der Arbeiter Rußlands die Liquidatoren entschieden verurteilt, gerade wegen ihres unzulässigen, desorganisierenden, zur Spaltung führenden Verhaltens gegenüber dieser Organisation. Diese Beschlüsse sind sowohl im Jahre 1908 als auch 1910 und 1912 gefaßt worden. Sie sind den Arbeitern in Rußland, die sich für die Angelegenheiten ihrer Klasse interessieren, bekannt. Doch die Liquidatoren haben es nicht nur nicht für nötig gehalten, sich ihnen zu fügen, sie treten sie vielmehr durch ihre ganze Tätigkeit und in ihrer ganzen Propaganda skrupellos mit Füßen.

Gerade das ist der Grund, weshalb die Zeitung der Liquidatoren bei der Behandlung der *organisatorischen* Frage ihren Lesern verheimlicht hat, daß die Sozialdemokratie nicht nur eine ideelle, sondern auch eine organisatorische Vereinigung ist. Da die Liquidatoren mit der Organisation vollständig gebrochen haben, ihre Beschlüsse mit Füßen treten und selbst über die Tatsache ihrer Existenz spotten, ziehen sie es natürlich vor, die Arbeiter nicht daran zu erinnern.

Obgleich der liquidatorische Publizist diesen Umstand seinen Lesern verheimlichte, mußte er aber doch bekennen, daß zur Sozialdemokratie keinesfalls Leute gezählt werden können, die ihre Ideen nicht teilen. Doch gerade zu diesen Leuten gehören auch die Herren Liquidatoren. Ihre Ideen sind keine sozialdemokratischen Ideen, sondern Ideen einer liberalen Arbeiterpolitik. Die Ideen von Opportunisten und Legalisten, die Ideen von Leuten, die die konsequenten marxistischen Losungen beschneiden und die Zerstörung der alten Organisation und die Schaffung einer legalen Partei unter dem Regime vom 3. Juni propagieren, können nirgends, niemals und von niemandem als sozialdemokratische Ideen betrachtet werden.

Die Liquidatoren haben sich sowohl durch ihre organisatorische Tätigkeit als auch durch die Propagierung unmarxistischer Ideen *außerhalb* der Sozialdemokratie *gestellt*.

Die Sozialdemokratie ist eine bestimmte organisatorische Einheit, und für Leute, die sich der Disziplin dieser Organisation nicht unterordnen, sie mißachten und ihre Beschlüsse mit Füßen treten, ist in ihr kein Platz. Das ist eine Grundregel.

Aber der sich verplappernde Liquidator hat auch recht. Er hat recht, wenn er schreibt, daß *Leute, die die sozialdemokratischen Ideen nicht anerkennen, nicht zur Sozialdemokratie gehören.* Gerade so ist es, Herr Liquidator. Nur haben Sie nicht in Erwägung gezogen, daß diese Worte vor allem und in erster Linie gerade auf Sie selbst, auf Ihre liquidatorischen Ideen zutreffen.

DIE LIQUIDATOREN UND DIE BOURGEOISIE

Sollte irgend jemand an dem oben Gesagten zweifeln, so müßte der Betreffende seine Aufmerksamkeit vor allem darauf richten, wie sich die bürgerlichen Politiker und die bürgerliche Presse zum Liquidatorentum, zu seinen Ideen und seinem Kampf gegen die marxistische Arbeiterorganisation verhalten. Jeder, der sich mit der bürgerlichen Presse bekannt macht, wird sich sehr schnell davon überzeugen, daß *jedes Auftreten der Liquidatoren gegen die Marxisten von der Bourgeoisie mit einem ganzen Schwall von Lob und Entzücken aufgenommen wird.* Mit Freude hat sie den Kampf der Liquidatoren gegen die alte Organisation begrüßt, mit Freude hat sie ihren Feldzug gegen die streikenden Arbeiter, gegen das „Streikfieber" aufgegriffen.

Doch die bürgerliche Presse, die die Liquidatoren lobt und in den Himmel hebt, konnte einen betrüblichen Umstand nicht verhehlen. Sie war gezwungen zuzugeben, daß das Liquidatorentum, das den bürgerlichen Liberalen so sehr gefällt (verwandte Seelen finden sich!), nur eine Intellektuellenströmung ist, die unter den Arbeitermassen nicht die geringsten Erfolge aufzuweisen hat. Das betrübt die Liberalen sehr, jeder klassenbewußte Arbeiter aber muß sich darüber freuen!

Sehen wir uns an, wie die „Retsch", das Hauptorgan der bürgerlichen

Liberalen, die Ereignisse in der sozialdemokratischen Dumafraktion beurteilt hat.

Sie erklärte geradeheraus, daß die Sieben die „parlamentarischen Elemente der Sozialdemokratie" seien, daß sie zur „Partei der parlamentarischen Arbeit" gehören, daß „die Haltung der Intellektuellenabgeordneten durchdachter" sei. Kurz gesagt, den Herren Liberalen gefällt die Haltung der Liquidatoren und der „Nowaja Rabotschaja Gaseta" weit besser als die Haltung der sechs Arbeiterabgeordneten.

„Sie alle sind direkt von den Arbeitern gewählt", sagen die Liberalen von den Arbeiterabgeordneten, sie vertreten die Gruppe der „Unversöhnlichen" und ihre Losungen sind den Arbeitermassen weit „einleuchtender".

Gerade diese „Unversöhnlichkeit" der Arbeiterabgeordneten und ihre direkte Verbindung mit den Massen ist es, was den Herren Liberalen mißfällt. Und sie klagen darüber, daß „man Grund hat zu erwarten, daß die parlamentarische Mehrheit der sozialdemokratischen Intelligenz gezwungen sein wird, der außerparlamentarischen Arbeitermehrheit zu weichen".

Die Herren Liberalen wünschen von ganzem Herzen, daß in dem gegenwärtigen Streit die „Gemäßigten", die Anhänger der „parlamentarischen" Taktik, die Liquidatoren siegen und die unversöhnlichen Arbeiterabgeordneten mit ihren „geradlinigen" Losungen an Händen und Füßen binden!

Aber auch die Liberalen fühlen, daß die Arbeiterklasse und ihr treues Festhalten an den uneingeschränkten Losungen die Erfüllung des Traums der Liquidatoren und Liberalen vom Siege der Opportunisten in der Sozialdemokratie verhindern werden.

DER BESCHLUSS DER VEREINIGTEN MARXISTEN

Die sieben Abgeordneten, die gegen den Willen der Mehrheit des Proletariats verstoßen, umgehen furchtsam die Tatsache, daß die Sechs in Übereinstimmung mit diesem Willen handelt.

Hier der bereits veröffentlichte Beschluß der Marxisten:

„Die Beratung ist der Meinung, daß die *Einheit* der sozialdemokratischen Fraktion auf dem Gebiet der Dumatätigkeit *möglich und notwendig ist.*

Die Beratung stellt allerdings fest, daß *die Haltung der 7 Abgeordneten die Einheit* der Fraktion ernstlich *bedroht.*

Unter Ausnutzung einer zufälligen Majorität von einer Stimme verletzen die 7 Abgeordneten die elementarsten Rechte der 6 Arbeiterabgeordneten, die die gewaltige Mehrheit der Arbeiter Rußlands vertreten.

Von eng fraktionellen Interessen ausgehend, nehmen die 7 Abgeordneten den anderen 6 die Möglichkeit, zu den wichtigsten Fragen des Arbeiterlebens von der Dumatribüne aus Stellung zu nehmen. In einer ganzen Reihe von Fällen, wo die sozialdemokratische Fraktion zwei und mehr Redner stellte, erhielten die 6 Abgeordneten ungeachtet ihrer Forderung nicht die Möglichkeit, einen Redner zu stellen.

Gleichermaßen weigern sich die 7 Abgeordneten, bei der Verteilung der Plätze in den Dumakommissionen (z. B. in der Budgetkommission) den 6 Abgeordneten einen von den zwei Plätzen zu überlassen.

Bei den Wahlen von Vertretern der Fraktion in für die Arbeiterbewegung wichtige Institutionen berauben die 7 Abgeordneten durch die Majorität von einer Stimme die 6 Abgeordneten der Vertretung. Das für die Fraktion arbeitende Personal wird stets einseitig ausgewählt (zum Beispiel wurde die Forderung nach einem zweiten Sekretär abgelehnt).

Die Beratung ist der Meinung, daß eine derartige Handlungsweise der 7 Abgeordneten unvermeidlich Reibungen in der Fraktion erzeugt, die eine einmütige Arbeit verhindern und zur Spaltung der Fraktion führen.

Die Beratung protestiert auf das entschiedenste gegen eine derartige Handlungsweise der 7 Abgeordneten.

Die 6 Abgeordneten vertreten die gewaltige Mehrheit der Arbeiter Rußlands und handeln in voller Übereinstimmung mit der politischen Linie ihrer organisierten Vorhut. Die Beratung ist deshalb der Meinung, daß die Einheit der sozialdemokratischen Fraktion auf dem Gebiet der Dumatätigkeit *nur dann* aufrechterhalten werden kann, wenn beide Teile der Fraktion *völlig gleichberechtigt* sind und die 7 Abgeordneten auf die Politik der Vergewaltigung verzichten.

Ungeachtet der unversöhnlichen Meinungsverschiedenheiten, die es nicht nur auf dem Gebiet der Dumatätigkeit gibt, *fordert die Beratung die Einheit der Fraktion* auf der Grundlage der obengenannten Prinzipien der Gleichberechtigung ihrer beiden Teile.

Die Beratung fordert die klassenbewußten Arbeiter auf, *ihre Meinung* zu dieser wichtigen Frage *zu äußern und mit allen Kräften zur Aufrechterhaltung der Einheit* der Fraktion auf der einzig möglichen Grundlage der Gleichberechtigung der 6 Arbeiterabgeordneten *beizutragen.*"*

Dieser Beschluß hat klar und deutlich durch die Vertreter der Arbeiter den Willen der Mehrheit, von dem wir schon früher ausführlich gesprochen haben, festgelegt.

Nur *unparteiliche* Sozialdemokraten können gegen diesen Willen verstoßen. *Nur Liquidatoren* können der Sieben den Rat geben, *auf eigene Gefahr* zu handeln, so wie Spalter und Desorganisatoren der Arbeiterorganisation handeln.

UNSERE TÄTIGKEIT INNERHALB DER FRAKTION

Die 6 Abgeordneten haben die Frage ihrer Unterdrückung in der Dumafraktion durch eine zufällige Fraktionsmajorität den Arbeitern zur Entscheidung übergeben.

Sie haben erstaunliche Tatsachen aus dem Leben der Fraktion angeführt. Was haben die 7 Abgeordneten ihnen darauf geantwortet?

Anstatt einer offenen und deutlichen Erklärung und einer Widerlegung der von den 6 Abgeordneten angeführten Fälle der Behinderung ihrer Tätigkeit in der Duma beschäftigten sich die 7 Abgeordneten mit der Aufzählung einer Reihe von Tatsachen, wo es keine Behinderung oder Unterdrückung gegeben hat.

Ohne Zweifel hat es in der Fraktion Fälle gegeben, wo man die 6 Abgeordneten berücksichtigte; wenn es nicht einmal das gegeben hätte, so wäre dies einfach eine Verhöhnung des Proletariats; eine solche Lage in der Fraktion hätte man auch nicht einen Tag lang dulden können.

Die Einheit der Fraktion ist möglich, und eine Verständigung ist not-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 417/418. *Die Red.*

wendig, das zeigen die in dem einen Jahr des Bestehens der Fraktion gemachten Erfahrungen.

Doch diese Erfahrungen zeigen auch, daß die 7 Abgeordneten, die zum Liquidatorentum hinneigen und mit der Mehrheit der Arbeiter nicht rechnen, den 6 Abgeordneten in der Fraktion Hände und Füße gebunden haben.

Die Tatsachen, die von den 6 Abgeordneten angeführt worden sind und ein klares Bild vom Leben innerhalb der Fraktion bieten, sind unwiderlegt geblieben.

Die 7 Abgeordneten haben 1. Versuche gemacht, das Programm der Sozialdemokratie abzuändern. Zum Beispiel haben sie von der Dumatribüne herab die im Jahre 1903 von allen Marxisten abgelehnte national-kulturelle Autonomie vertreten.

2. Sie haben den Abgeordneten Jagiello, der einer anderen Organisation und nicht der Sozialdemokratie angehört, mit beschließender Stimme in Dumaangelegenheiten in die Fraktion aufgenommen und wollten ihm die beschließende Stimme in Parteiangelegenheiten gewähren.

3. Sie haben trotz wiederholter Forderung den 6 Abgeordneten das Recht verweigert, einen eigenen Sekretär zu haben.

4. Sie haben die 6 Abgeordneten auf jede Art und Weise daran gehindert, von der Dumatribüne herab zu sprechen.

5. Sie haben den 6 Abgeordneten in einer wichtigen Institution keine Vertretung gewähren wollen.

6. Sie haben die Beteiligung der 6 Abgeordneten an den Dumakommissionen, darunter an der Budgetkommission, behindert.

Auf all das haben die 7 Abgeordneten nur die eine Antwort: *der Nutzen für die Sache.*

Es ist klar, daß die Unterdrückung und Einengung der Tätigkeit der 6 Abgeordneten, die die gewaltige Mehrheit der Arbeiter Rußlands vertreten, nicht durch den Nutzen für die *Arbeitersache und die Sache der Sozialdemokratie* erklärt werden kann.

Wie die 6 Abgeordneten in der Dumafraktion unterdrückt worden sind, das beweisen überzeugend die Angaben über die Beteiligung der sozialdemokratischen Abgeordneten an den Dumakommissionen.

Von 26 Kommissionen, in denen es sozialdemokratische Vertreter gibt, waren beteiligt:

die 6 Abgeordneten an 7 *Kommissionen*; die übrigen 7 an 13 *Kommissionen*, fast *zweimal soviel*.

Von 20 Kommissionen, in denen es je einen sozialdemokratischen Vertreter gibt, befinden sich:

die 6 Abgeordneten in 7 *Kommissionen*; die übrigen 7 in 13 *Kommissionen*, fast *zweimal soviel*.

An den Kommissionen, in denen es je zwei sozialdemokratische Vertreter gibt, waren beteiligt:

die 6 Abgeordneten an 3 *Kommissionen*, die übrigen 7 an 6 *Kommissionen* – *zweimal soviel*.

In drei dieser Kommissionen gibt es je zwei Vertreter der 7 Abgeordneten.

Von den 6 Abgeordneten ist kein einziger in mehr als 2 Kommissionen; von den übrigen ist:

Tschchenkeli in 6 Kommissionen, Skobelew in 6 Kommissionen, Mankow in 4 Kommissionen.

WAS FORDERT DIE SECHS?

Die Sechs forderte einen eigenen Sekretär, einen der *zwei* Plätze in der Budgetkommission, die Wahl zweier und nicht nur eines Vertreters in eine wichtige Institution.

Die Sieben hat *zugegeben*, daß sie diese Forderungen *bis heute nicht erfüllt hat, und hat sich geweigert, sie zu erfüllen.*

Jeder Arbeiter sieht, daß diese Forderungen absolut gerechtfertigt sind.

Die Sieben wird das Vertrauen verlieren, wenn sie diese gerechten Forderungen nicht erfüllen will!

Die Sieben ist verpflichtet, den sechs Arbeiterabgeordneten, die in Übereinstimmung *mit dem Willen der Mehrheit* handeln, *Gleichberechtigung, völlige Gleichstellung* zu gewähren.

Nur so kann die Sieben, die *gegen den Willen* der Mehrheit handelt, einen Schritt zur Einheit wenigstens in der Dumatätigkeit tun.

Die Arbeiter müssen die Sieben zwingen, mit dem Willen der Mehrheit zu rechnen!

DIE EINHEIT IN DER DUMA UND DIE EINHEIT AUSSERHALB DER DUMA

Die Einheit außerhalb der Duma kann einzig und allein durch die Einheit der Arbeiterzellen verwirklicht werden, durch den Eintritt all jener in diese Arbeiterzellen, die aufrichtig und in gebührender Weise zum Wohle der Arbeiterklasse und unter der Führung ihrer politischen Organisation arbeiten wollen. Der Zutritt zu diesen Zellen steht allen offen. Jeder, der in Übereinstimmung mit der Organisation arbeiten will, kann und muß einer dieser Zellen beitreten. Nur so läßt sich die Einheit in der Arbeiterbewegung verwirklichen, *die Einheit von unten, die Einheit in der praktischen Arbeit, im Kampf, unter gegenseitiger Kontrolle.*

Unsere Zeitung hat diese Losung schon vor langem aufgestellt und vertritt sie jederzeit. Man hört jedoch nichts davon, daß die Liquidatoren diesen Weg beschreiten wollen, der ihnen stets offensteht, wenn sie tatsächlich nach sozialdemokratischer Arbeit und Einheit streben.

Wie soll es aber zur Einheit in der Dumatätigkeit kommen?

Die Einheit der Tätigkeit im Parlament wird überall und stets nur auf einem Wege erreicht: dadurch, daß sich die parlamentarische Vertretung der Mehrheit der organisierten Arbeiter unterordnet. Doch bei uns wollen die zum Liquidatorentum hinneigenden 7 Abgeordneten diesen Willen nicht befolgen. Sie wollen nicht die exakten Beschlüsse der organisierten Arbeiter befolgen. Sie ziehen es vor, ihre zufällige Majorität von einer Stimme dazu zu gebrauchen, die 6 Abgeordneten, die den Willen der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter zum Ausdruck bringen und in völliger ideeller Übereinstimmung mit der marxistischen Organisation arbeiten, an die Wand zu drücken.

Der einzig richtige Ausweg für diese Leute, die mit dem marxistischen Ganzen nicht rechnen, bestände darin, dies auch offen zu erklären.

Doch sie ziehen es vor, ihre Stellung, die sie angeblich jeder Rechenschaftslegung enthebt, auszunutzen. Nicht nur, daß sie die Beschlüsse der organisierten Arbeiter nicht befolgen, sie wollen ihre *Majorität in der Duma* ausnutzen, um die Beschlüsse zu verletzen, die den Willen des Proletariats außerhalb der Duma widerspiegeln.

Die Einheit in der Duma ist nur möglich, wenn die 7 Abgeordneten auf eine derartige Handlungsweise verzichten.

Mehr fordern ja die 6 Abgeordneten nicht.

Die Einheit in der Dumatätigkeit ist möglich – sagen unsere Genossen –, wenn die 7 Abgeordneten, die sich an die Beschlüsse der Marxisten nicht halten, darauf verzichten, uns, die wir mit den grundsätzlichen Beschlüssen der Marxisten konform gehen wollen, an die Wand zu drücken.

Auf dieser Grundlage ist die Einheit möglich.

Aber nur auf dieser Grundlage. Wenn die 7 Abgeordneten diese Forderungen nicht erfüllen, so bedeutet das, daß sie bewußt und offen auf die Spaltung hinarbeiten. Die gewaltige Mehrheit der organisierten Arbeiter, die, wie dies oben an Hand von Zahlen bewiesen wurde, hinter der Sechs steht, *stellt es* den 7 Abgeordneten *anheim*, auf der Grundlage eines Abkommens zu arbeiten. Die Ablehnung dieses Abkommens durch die 7 Abgeordneten bedeutet ihren vollständigen und entschiedenen *Abfall* auch von der marxistischen Arbeiterorganisation. Er bedeutet, daß die 7 schwankenden Abgeordneten vollständig den Standpunkt des spalterischen Liquidatorentums eingenommen haben.

„Sa Prawdu" Nr. 22,
29. Oktober 1913.

Nach dem Text der „Sa Prawdu", verglichen mit dem Text des Sammelbandes „Marxismus und Liquidatorentum", Teil II, St. Petersburg 1914.

EIN KADETTISCHER HAUSBESITZER, DER ÜBERLEGUNGEN „IM SINNE VON MARX" ANSTELLT

Der Redakteur und Herausgeber des „Gorodskoje Delo"[109], der Hausbesitzer Herr Welichow, Mitglied der Reichsduma und der Kadettenpartei, ist in seiner Zeitschrift mit einer Verteidigung des Kiewer Kongresses der Kommunalvertreter gegen die „Intellektuellenbürokratie" an die Öffentlichkeit getreten.

Mit diesem der reaktionären Presse entlehnten zornigen Wörtchen ist die demokratische Intelligenz gemeint, die – man denke nur! – die armen Hausbesitzer kränkt, weil sie von „Institutionen der Hausbesitzer" redet und politische Bestimmtheit fordert. „Die Intellektuellenbürokratie" – klagt Herr Welichow – suchte „dem Kongreß in erster Linie eine allgemeinpolitische Rolle aufzudrängen".

Diese Richtung auf dem Kongreß nennt Herr Welichow die „politische", der er die andere, die *„munizipale"* Richtung gegenüberstellt.

Ihre Ansichten legt er folgendermaßen dar:

„Die Revolution, erklärten die Kommunalvertreter, ist vorüber und wird sich in naher Zukunft kaum wiederholen. Sie ist wahrscheinlich deshalb nicht vollständig gelungen, weil die revolutionär gestimmten Klassen" (d. h. welche Klassen? Sprechen Sie offen, Herr Welichow!) „damals mit ungenügenden Erfahrungen und Kenntnissen ausgestattet und auf die Übernahme der Staatsmacht nicht vorbereitet waren. Der breite Weg der Kundgebungen, Losungen, Brandreden und Protestresolutionen würde heute niemanden mehr befriedigen und scheint sich überlebt zu haben. Vor uns liegt eine gewaltige Kulturarbeit praktischer Natur."

So schreibt der Herr Hausbesitzer. Er steht völlig auf dem Standpunkt der Fronherren, sowohl in seiner Moral als auch in seinem Bestreben zu

vergessen, daß die Bourgeoisie im entscheidenden Moment auf die Seite der Fronherren übergegangen ist. Gleichzeitig wiederholt er auf kuriose Weise „auch-marxistische" Wörtchen, die er irgendwo, wahrscheinlich bei den Liquidatoren, aufgeschnappt hat:

„In Rußland", schreibt er, „wo das Arbeiterproletariat noch zahlenmäßig schwach und machtlos ist, wo selbst nach dem ‚Kapital' von Marx auf der nächsten Stufe der geschichtlichen Entwicklung die Herrschaft vom grundbesitzenden Adel auf die städtische Bourgeoisie übergehen muß – hier über die Bourgeoisie herzufallen, sie geringzuschätzen und ihre Versuche, gegen das heutige staatliche System und Regime anzukämpfen, zu behindern, bedeutet, den natürlichen Fortschritt zu hemmen." („Gorodskoje Delo", 1913, Nr. 20, S. 1341 bis 1342.)

Ganz, ganz „im Sinne von Marx"!

Mein bester, fortschrittlicher und sogar konstitutionell-demokratischer Hausbesitzer! Die Marxisten haben die „Versuche der Bourgeoisie, gegen das heutige staatliche System anzukämpfen", *nie* behindert und behindern sie nicht. Sie werden nie einen einzigen Fall von „Kampf" nachweisen können, an welchem sich das „machtlose Proletariat" nicht *noch* energischer beteiligt hätte. Die Marxisten und die Arbeiter haben *keinen einzigen* Fall, wo die Bourgeoisie gegen die Fronherren „kämpfte", *geringgeschätzt.*

Doch mein Marx zitierender Herr, erinnern Sie sich nicht an jene sich seit 1848 immer mehr häufenden Beispiele aus der Geschichte, wo die Bourgeoisie den Kampf gegen die Fronherren *verraten* hat und *auf die Seite* der Fronherren übergegangen ist?

Von solchen Fällen wimmelt es auch in der russischen Geschichte, besonders im Jahre 1904, noch mehr im Herbst 1905 und noch mehr im Winter desselben Jahres, ferner im Frühjahr 1906 und so weiter und so weiter.

Begreifen Sie nicht, mein Marx zitierender Herr Hausbesitzer, daß die Interessen des *Kampfes* gegen die Fronherren die Entlarvung, Attackierung und Diskreditierung *jener* Bourgeois erfordern, die vom Kampf reden, ihn in Wirklichkeit aber verraten?

„Sa Prawdu" Nr. 23,
30. Oktober 1913.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der
„Sa Prawdu".

ARBEITERMASSE UND ARBEITERINTELLIGENZ

Unter diesem Titel ist in Nr. 9 der liquidatorischen „Nascha Sarja" ein Artikel von G. Rakitin veröffentlicht, der sich gezwungen sieht, das zuzugeben, was von der Liquidatorenzeitung in ohnmächtiger Wut umgangen wird. G. Rakitin zeichnet sich vor den diversen Th. D. dadurch aus, daß er wenigstens etwas versucht, *zu überlegen und die Frage zu klären* und dem Leser nicht langweiliges Gezänk vorzusetzen.

„Der Sieg" – so beginnt G. Rakitin seinen Artikel – „der Sieg, den die Anhänger der ‚Prawda' auf der Vollversammlung des St.-Petersburger Metallarbeiterverbandes errungen haben, wie auch einige andere Tatsachen, die davon zeugen, daß der Einfluß des Bolschewismus in Arbeiterkreisen (besonders in Petersburg) gestiegen ist, stimmen einen unwillkürlich nachdenklich: Wie konnte es geschehen, daß die Stützpunkte der menschewistischen Richtung und speziell des sogenannten ‚Liquidatorentums' sich dem Einfluß jener Strömung zu entziehen beginnen, welche das Fundament für die legalen Arbeiterorganisationen in Rußland legte und die allein im Laufe der letzten Jahre eine wirksame Arbeit in ihnen leistete?"

Diesen Absatz muß man hervorheben, um dem Leser die seltenen Fälle von „lichten Momenten" bei den Liquidatoren zu zeigen, welche genötigt sind, die Wahrheit zuzugeben. Die „Nowaja Rabotschaja Gaseta" zeigt sich in den Artikeln von Th. D. und Co. erbost und schimpft einfach, wenn man ihr an Hand genauer Zahlen über die Wahlen zur II., III. und IV. Duma oder über die Sammlungen der Arbeitergruppen usw. *beweist*, daß die „prawdistische" Strömung unter den klassenbewußten (d. h. am politischen Leben teilnehmenden) Arbeitern vorherrscht.

G. Rakitin erkennt die Tatsachen an; er gibt sowohl den Sieg in der

Metallarbeiterversammlung als auch *„andere Tatsachen"* zu (obgleich er bescheiden darüber schweigt, was das für Tatsachen sind – die typische Manier von Intellektuellen und Literaten, die darauf berechnet ist, *genaue* Zahlen, die die Möglichkeit einer *selbständigen* Nachprüfung geben, vor den Arbeitern zu *verheimlichen*). G. Rakitin gibt überhaupt zu, „daß der Einfluß des Bolschewismus in Arbeiterkreisen, besonders in Petersburg, gestiegen ist", er gibt zu, daß die „Stützpunkte" des Liquidatorentums „sich dem Einfluß" dieser „Strömung" „zu entziehen beginnen".

G. Rakitin ist bemüht, eine möglichst *tröstliche Erklärung* für diese für die Liquidatoren betrübliche Tatsache zu geben.

Wie lautet diese Erklärung?

„Die Arbeitermassen" durchlaufen „die bolschewistische Etappe der Bewegung" (S. 59) – gibt G. Rakitin zu. Aber „die Arbeiterintelligenz" – erklärt er (S. 57) – „steht in ihrer erdrückenden Mehrheit auf dem Standpunkt der sogenannten ‚liquidatorischen' Strömung". Daraus wird natürlich der für die Liquidatoren „tröstliche" Schluß gezogen, daß „die bolschewistische Etappe der Bewegung" eine „vorübergehende Begeisterung der Massen und der heranwachsenden Arbeiterjugend für die bolschewistischen Losungen" ist, eine Auswirkung „mehr des Instinkts und des Gefühls als des Bewußtseins und der Überlegung", ein Noch-Befangen-Sein der Arbeitermassen „in der Primitivität der bäuerlichen Weltanschauung", „die Überschätzung der Bedeutung spontaner Ausbrüche", das Unverständnis für die „elastische Klassentaktik" (der Liquidatoren) und deren Ersetzung durch die „versimpelte Taktik des Bolschewismus" usw. usf.

Mit einem Wort, die Erklärung des Mitarbeiters der „Nascha Sarja" ist großartig: die Prawdisten haben zwar die Mehrheit, doch ist diese unreif, ungebildet, spontan und taugt nichts; die Liquidatoren dagegen haben zwar die Minderheit, aber diese ist intelligent, elastisch, zielbewußt u. a. m. Ganz im gleichen Sinne legen alle reaktionären Publizisten stets die demokratischen Anschauungen der Massen dahingehend aus, daß die Massen dumm, ungebildet u. a. m., die Adligen und Bourgeois dagegen gebildet und klug sind!

Doch gestatten Sie dennoch, werter Rakitin, wo sind Ihre Beweise? Sie haben selbst zugegeben, daß von den Siegen der Prawdisten, davon, daß „die Massen die bolschewistische Etappe der Bewegung durchlaufen", *Tat-*

sachen zeugen! Wo aber sind die *Tatsachen*, die bestätigen, daß die erdrückende Mehrheit der Arbeiterintelligenz hinter den Liquidatoren steht? Wo haben Sie Tatsachen, die den Wahlen zur Reichsduma oder der Zahl der Sammlungen der Arbeitergruppen oder dem Sieg dieser oder jener Liste in den Gewerkschaften gleichkommen?

Nicht eine einzige, buchstäblich *nicht eine* Tatsache, ja nicht einmal eine Überlegung führt Rakitin an!

Deshalb gestatten wir uns, mit Rakitin nicht einverstanden zu sein. Ihm ist es natürlich *angenehm*, die bolschewistische *Arbeitermasse* für ungebildet und einfältig („Instinkt und nicht Bewußtsein"), die liquidatorische Minderheit aber für gebildet und klug zu halten. Doch Geschichte schreiben, eine *Darstellung der Etappen der Arbeiterbewegung* geben und sich dabei nicht auf Tatsachen, sondern darauf stützen, was dem Geschichtsschreiber persönlich angenehm ist, das ist – verzeihen Sie, Rakitin –, das ist einfach eine lächerliche Kinderei. Ich kann selbstverständlich nicht anerkennen, daß „Instinkt und Gefühl" des Liquidators Rakitin ihn zwingen, die liquidatorische Minderheit als besonders intelligent, klug und fortschrittlich anzusehen, aber darf ein *Publizist* sich von „Instinkt und Gefühl" anstatt von *„Bewußtsein und Überlegung"* leiten lassen?

Geschrieben Anfang November 1913.
Zuerst veröffentlicht 1938 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" (Die proletarische Revolution) Nr. 9.

Nach dem Manuskript.

ZUR SPALTUNG IN DER RUSSISCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN DUMAFRAKTION[110]

Werte Genossen! In Nr. 266 Ihrer geschätzten Zeitung befand sich ein Artikel Ihres „russischen Korrespondenten" über die Spaltung in der russischen sozialdemokratischen Dumafraktion. Dieser Artikel ist leider weit entfernt, objektiv zu sein, und kann in mancher Hinsicht den deutschen Leser irreführen. Wir hoffen, werte Genossen, daß Sie unsere Bitte um Aufnahme vorliegender kurzer Richtigstellung nicht ablehnen werden, damit die deutsche Arbeiterschaft und die deutsche Bruderpartei über diese einfachen Tatsachen wahrheitsgemäß informiert werden.

1. Der russische Korrespondent beginnt mit dem Hinweis, daß die russische Sozialdemokratie „unter der Zersplitterung in *mehrere* Organisationen, Gruppen und Richtungen leidet". Schon dies – ist gänzlich falsch. Ein jeder russische Sozialdemokrat und überhaupt ein jeder, der sich für den historischen Kampf in Rußland interessiert, weiß, daß es gegenwärtig in der Arbeiterbewegung Rußlands bloß *zwei* Richtungen, *zwei* führende Zeitungen in Petersburg, zwei politische Linien gibt: die Marxisten und die Liquidatoren. Die ersten, d. h. die Marxisten, geben die Tageszeitung „Sa Prawdu" (Für die Wahrheit) in St. Petersburg heraus (erst kürzlich hat die Regierung ihre zweite Tageszeitung „Nasch Put" [Unser Weg] in Moskau vernichtet). Die zweiten lassen in Petersburg die „Nowaja Rabotschaja Gaseta" (Neue Arbeiterzeitung) erscheinen. Irgendwelche andere „Richtungen" gibt es in Rußland in der Arbeiterbewegung *nicht*, und sogar unter den russischen Studierenden im Auslande und Emigranten sterben alle anderen dazwischenliegenden sogenannten „Richtungen" ab. Jeder russische Sozialdemokrat muß jetzt wählen zwischen den Marxisten oder den Liquidatoren.

2. Den Unterschied zwischen den russischen Marxisten und Liquidatoren definiert Ihr „russischer Korrespondent" als Unterschied zwischen den Radikalen und Revisionisten in Deutschland, als Unterschied „eines Bebels oder Ledebours und eines Franks oder Davids". Dies ist aber nicht ganz richtig. Der russische Liquidator steht selbstverständlich auf dem Boden des Revisionismus. Er hat vom westeuropäischen Opportunismus alles Schlechtere entlehnt. Jedoch besteht ein weitgehender Unterschied zwischen den Liquidatoren und Revisionisten. Ein Frank oder David wird niemals beweisen wollen, daß die Existenz der jetzigen deutschen Sozialdemokratischen Partei und ihrer Organisation „schädlich" sei. Unsere Liquidatoren aber kämpfen gerade gegen die Existenz unserer Partei selbst, sie vernichten faktisch („liquidieren") ihre illegale Organisation, bekämpfen sogar ihre Beschlüsse während der (politischen) Streiks, und für diese Tätigkeit erfreuen sie sich des Beifalles und der warmen Unterstützung der ganzen russischen Bourgeoisie.

3. Ihr Korrespondent schreibt, daß nur einmal „in der Dumafraktion politische Uneinigkeit" zwischen den 6 Marxisten und den 7 zu den Liquidatoren Neigenden zutage getreten sei. Dem ist aber nicht so. Uneinigkeiten entstanden bei jedem Schritt, wie es unbestritten von der St.-Petersburger Arbeiterpresse bewiesen wurde. Es kam so weit, daß die 7 mit der Majorität von einer Stimme beschlossen haben, das Programm unserer Partei aufzuheben. Schon in der ersten politischen Deklaration, die die Dumafraktion von der Tribüne proklamiert hat, sagten sich die 7 Abgeordneten vor ganz Rußland von dem Programm des II. Parteitags vom Jahre 1903 los. Zur Freude der nationalistischen Elemente, die sich den Liquidatoren anschließen („Bund"), haben sie erklärt, die russische Sozialdemokratie verteidige die sogenannte „national-kulturelle Autonomie". Indes verwirft die Partei diese Forderung, die in Rußland fast von allen bourgeoisen Nationalisten unterstützt wird. Bei Abfassung des Parteiprogramms wurde diese Forderung von *allen* russischen Sozialdemokraten abgelehnt. Noch unlängst hat Plechanow diese Forderung als eine „Anpassung des Sozialismus an den *Nationalismus*" bezeichnet. Die 6 marxistischen Abgeordneten haben gegen diesen Verrat am Programm scharf protestiert. Doch die 7 Abgeordneten blieben bei ihrem gegen die Partei gerichteten Beschluß.

4. Ihr Korrespondent erklärt, daß nur durch „indirekte Beweise" be-

wiesen werden kann, daß die 6 marxistischen Abgeordneten die Mehrheit der Arbeiterschaft vertreten. Das ist ganz falsch. Wir wollen nur einige genaue Zahlen darüber angeben, wieviel Arbeiter durch die 6 und die 7 Abgeordneten vertreten werden.

Gouvernements	Namen der Abgeordneten Marxisten	Zahl der Arbeiter nach Angaben der Fabrikinspektion
Petersburg	Badajew	197 000
Moskau	Malinowski	351 000
Wladimir	Samoilow	205 000
Jekaterinoslaw	Petrowski	118 000
Kostroma	Schagow	91 000
Charkow	Muranow	46 000
	im ganzen	1 008 000

Gouvernements	Namen der übrigen Abgeordneten	Zahl der Arbeiter nach Angaben der Fabrikinspektion
Warschau	Jagiello	78 000
Dongebiet	Tuljakow	59 000
Ufa	Chaustow	37 000
Taurien	Burjanow	20 000
Irkutsk	Mankow	13 000
Tiflis	Tschcheïdse	5 000
Karser Gebiet	Tschchenkeli	2 000
	im ganzen	214 000

Die ganze Arbeiterkurie wird durch marxistische Abgeordnete vertreten. Die 6 marxistischen Arbeiterabgeordneten vertreten, nach mäßiger Berechnung, eine *5mal* größere Anzahl von Arbeitern, als die 7 zu den Liquidatoren neigenden Abgeordneten.

Sind das „indirekte" Beweise?

Noch einige Zahlen über die Anzahl der *Arbeitergruppen*, die durch Sammlungen die legale Presse der Marxisten und Liquidatoren unterstützen:

	„Prawda"	Moskauer Zeitung	Marxistische Presse zus.	Zeitung der Liquidatoren
Im Jahre 1912	620	5	625	89
1913 bis 1. April	309	129	438	139
1913 vom 1. April bis Oktober	1252	261	1513	328
im ganzen für beide Jahre	2181	395	2576	556

Diese Zahlen wurden in der Petersburger Zeitung „Sa Prawdu" Nr. 22 veröffentlicht* und wurden von keiner Seite *bestritten*. Ihr Korrespondent mußte sie kennen. Die Gruppenbeiträge werden stets in beiden Zeitungen veröffentlicht. Und diese Angaben werden von unseren Feinden aus dem bourgeoisen Lager als Anzeiger des Kräfteverhältnisses beider Richtungen betrachtet.

Durch Zahlen ist bewiesen, daß für die Marxisten wiederum eine fünfmal größere Anzahl von Arbeitergruppen eintreten als für die Liquidatoren.

Kann man das als „indirekte" Beweise bezeichnen?

Im Unterschied von den legalen sozialdemokratischen Parteien Westeuropas können wir jetzt nicht genau die Mitgliederzahl unserer Partei angeben. Doch wir haben auch direkte Beweise dafür, mit wem die Arbeiter gehen.

In der II. Duma waren von 23 Abgeordneten der Arbeiterkurie (alle Sozialdemokraten) 11 Bolschewiki, d. h. 47 Prozent. In der III. Duma 4 von 8, d. h. 50 Prozent. In der IV. Duma 6 von 9, d. h. 67 Prozent. Womöglich sind auch diese Angaben über die Wahlen in *drei Dumas* im Laufe von *fünf* Jahren (1907–1912) „indirekte Beweise"?

Jetzt, nach dem öffentlichen Auftreten der 6 gegen die 7 in der Presse, stellten sich alle Gewerkschaften, die ihre Meinung geäußert haben, auf die Seite der 6 Abgeordneten und gegen die 7. Jeden Tag veröffentlicht die marxistische Zeitung in Petersburg Resolutionen vieler Arbeiter, Vertrauensmänner, Gewerkschaften, Arbeiterbildungsvereine zugunsten der 6 Abgeordneten.

Die 6 Arbeiterabgeordneten, die die ganze Arbeiterklasse Rußlands vertreten, haben ihre sozialdemokratische Arbeiterfraktion in der Duma gebildet, die sich in jeder Hinsicht dem Willen der sozialdemokratischen Arbeiter unterwirft. Die 7 Abgeordneten treten auf als „unabhängige"

* Siehe den vorliegenden Band, S. 455 und 458. *Die Red.*

Gruppe. Die 6 Arbeiterabgeordneten boten den 7 ein Abkommen für die Arbeit in der Duma an. Bis jetzt haben die 7 diesen Antrag schroff abgelehnt. Ein Abkommen aber wird unvermeidlich kommen.

So liegt wahrheitsgemäß die Sache.

Redaktion des Zentralorgans der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, „Sozial-Demokrat".

Geschrieben Anfang November 1913.

Veröffentlicht am 24. Dezember 1913 in der „Leipziger Volkszeitung" Nr. 298.

In russischer Sprache zuerst veröffentlicht am 21. Januar 1934 in der „Prawda" Nr. 21.

Nach dem Text der „Leipziger Volkszeitung".

DIE LINKEN VOLKSTÜMLER ÜBER DEN KAMPF UNTER DEN MARXISTEN

In Nr. 3 der Zeitung „Wolnaja Mysl"[111] ist ein Artikel veröffentlicht, der den geschraubten Titel trägt: „Eineinheit, Zweieinheit oder Dreieinheit".

„Wir erklären offen" – heißt es in diesem Artikel –, „daß der Anspruch der einen Fraktion, der Bolschewiki, die ganze Arbeiterbewegung zu umfassen, ebenso unvernünftig und unsinnig ist wie das Bestreben beider Fraktionen der Sozialdemokratie, die ganze sozialistische Bewegung Rußlands zu verkörpern. Nur der Vereinigung aller sozialistischen Strömungen zu einer einheitlichen Partei gehört die Zukunft.

Wir, die wir diese Losung zu Beginn des Jahres 1900 aufgestellt haben, bleiben ihr bis zu Ende treu."

Da haben wir ein Musterbeispiel ergötzlich zorniger Phrasen über die „Einheit"!! Über den prinzipiellen Inhalt des historischen Kampfes zwischen Marxisten und Volkstümlern, eines Kampfes von jahrzehntelanger Dauer, *kein Wort*. Über die Geschichte der Bewegung der Jahre 1905–1907, als das offene Auftreten der *Massen* der Bevölkerung aller Klassen den *grundlegenden* Unterschied zwischen dem sozialdemokratischen Proletariat und der „werktätigen" (d. h. kleinbürgerlichen) Bauernschaft in der Praxis offenbarte, ebenfalls kein Wort.

Wenn es in Rußland eine radikale und ernst zu nehmende Zeitung gibt, die die Frage *so* stellt, so ist das eins der sinnfälligen Kennzeichen dafür, wie sehr es noch eines langwierigen und hartnäckigen Kampfes bedarf, um *wenigstens in den Grundfragen* prinzipielle Klarheit zu schaffen.

Daß hinter den Bolschewiki die Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter

steht, das müssen auch ihre Feinde, die Herren Liquidatoren, voller Zorn und Wut zugeben.

Mit Sentiments läßt sich das nicht widerlegen. Die Arbeiter werden sich durch einen Anschnauzer: „unvernünftig und unsinnig" nicht einschüchtern lassen, sie werden nur lächeln.

Vom ideologischen Standpunkt betrachtet, ist die ganze Geschichte des Marxismus in Rußland ein Kampf gegen kleinbürgerliche Theorien, angefangen vom „legalen Marxismus" und „Ökonomismus". Dieser Kampf war kein Zufall. Nicht zufällig ist auch seine heutige direkte Fortsetzung. In Rußland formiert sich und wächst die Arbeiterpartei, als eine wirklich proletarische Klassenpartei, unter den schwierigen Bedingungen des Regimes vom 3. Juni, eben im Kampf gegen die kleinbürgerlichen Richtungen der Liquidatoren und linken Volkstümler.

„Wir, die linken Volkstümler, haben niemals aus fremdem Unglück Nutzen gezogen", schreibt die „Wolnaja Mysl". Zugleich aber versichert sie, daß die Spaltung zur „völligen inneren Ohnmacht unserer Sozialdemokratie" führe!

Solche Dinge zu schreiben, meine Herren, bedeutet eben, „Nutzen zu ziehen" – nur sagen wir nicht: aus fremdem „Unglück", sondern „aus fremdem *ideologischem Kampf*". Denn dem Kampf unter den Marxisten liegt gerade der ideologische Konflikt zwischen liberaler und proletarischer Politik zugrunde. Ohne sich durch zornige Worte oder durch Sentiments aus der Fassung bringen zu lassen, haben die Arbeiter bereits gelernt, die prinzipiellen Grundlagen dieses Kampfes herauszufinden.

„In den einheitlichen Parteien der europäischen Arbeiterbewegung gibt es *weniger* Meinungsverschiedenheiten als bei uns", schreibt die „Wolnaja Mysl". Das ist eine sehr verbreitete, aber zutiefst falsche Überlegung. Nirgends in Europa ist nämlich auch die Frage aufgeworfen worden, die proletarische, marxistische Organisation . . . durch Redensarten über eine, mit Purischkewitschs Segen, „breite" Partei zu ersetzen . . . usw.

Aus einem *solchen* Streit werden die Arbeiter lernen, die Arbeiterpartei nicht in Worten, sondern *in der Tat aufzubauen.*

„Sa Prawdu" Nr. 34,
13. November 1913.

Nach dem Text der
„Sa Prawdu".

DIE AGRARFRAGE UND DIE GEGENWÄRTIGE LAGE IN RUSSLAND

(Notizen eines Publizisten)

Zwei interessante Artikel sind unlängst über dieses Thema in den Zeitschriften erschienen. Der eine in der „Nascha Sarja" der Liquidatoren (Jahrgang 1913, Nr. 6 – von N. Roshkow), der andere in der „Russkaja Mysl" der rechten Kadetten (Jahrgang 1913, Nr. 8 – von J. J. Polferow). Es besteht kein Zweifel, daß beide Verfasser geschrieben haben, ohne im geringsten voneinander zu wissen, und daß sie von vollkommen verschiedenen Voraussetzungen ausgehen.

Und doch besteht eine verblüffende Ähnlichkeit zwischen beiden Artikeln. Hier kann man – und das verleiht beiden Artikeln einen besonderen Wert – die prinzipielle Verwandtschaft der Ideen der liberalen Arbeiterpolitiker und der Ideen der konterrevolutionären liberalen Bourgeois in aller Deutlichkeit sehen.

Das Material N. Roshkows ist haargenau dasselbe wie das des Herrn Polferow, nur ist das des zweitgenannten umfangreicher. Nach der Revolution von 1905 wächst der Kapitalismus in der Landwirtschaft Rußlands. Die Getreidepreise und die Bodenpreise steigen; die Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen und Düngemitteln wie auch ihre Produktion im Inland nehmen zu. Die Institute für den Kleinkredit vermehren sich, die Zahl der aus der Dorfgemeinde ausscheidenden und auf Sonderland siedelnden Bauern wächst. Es steigt der Arbeitslohn (um 44,2 Prozent von 1890 bis 1910, teilt N. Roshkow mit, wobei er aber die Zunahme der Teuerung während dieser Zeit vergißt!). Viehzucht, Buttererzeugung und Grasanbau für den Markt nehmen an Umfang zu, ebenso das landwirtschaftliche Bildungswesen.

Das alles ist ohne Zweifel sehr interessant. Vom Standpunkt des Mar-

xismus aus konnte es auch darüber gar keinen Zweifel geben, daß die Entwicklung des Kapitalismus nicht aufzuhalten ist. Wenn die Verfasser nichts anderes getan hätten, als dies durch neue Daten zu erhellen, so müßte man ihnen dankbar sein.

Der Kernpunkt liegt jedoch in der Bewertung der Daten, in den aus ihnen gezogenen Schlußfolgerungen. N. Roshkow ist dabei von einer ... rührenden Unüberlegtheit: „Die Umwandlung der gutsherrlichen, leibeigenschaftlichen Wirtschaft in die bürgerliche, kapitalistische ist vollbracht ... der Übergang zu bürgerlichen Verhältnissen in der Landwirtschaft ist eine vollendete, ganz unanfechtbare Tatsache ... Die Agrarfrage in ihrer früheren Form ist in Rußland von der Tagesordnung verschwunden ... Man soll nicht versuchen, den Leichnam – die Agrarfrage in ihrer alten Form – zu galvanisieren."

Die Schlußfolgerungen sind, wie der Leser sieht, durchaus klar und durchaus ... liquidatorisch. Die Redaktion der liquidatorischen Zeitschrift versah den Artikel (wie es in kommerziell-prinzipienlosen Redaktionen schon seit langem der Brauch ist) mit einem *Vorbehalt*: „... mit sehr vielem nicht einverstanden ... wir halten es nicht für möglich, *so entschieden*, wie N. Roshkow es tut, zu behaupten, daß Rußland gerade den durch das Gesetz vom 9. XI. – 14. VI. vorgezeichneten Weg beschreiten wird"...

Die Liquidatoren sind „nicht so" entschieden wie N. Roshkow! Was ist das doch für eine tiefgründige, prinzipielle Einstellung zu der Sache!

N. Roshkow hat mit seinem Artikel zum soundsovielten Male bewiesen, daß er eine Reihe von Leitsätzen des Marxismus *auswendig gelernt*, aber *nicht verstanden* hat. Deswegen sind sie bei ihm so leicht wieder „verflogen".

Die Entwicklung des Kapitalismus in der russischen Landwirtschaft ging auch in den Jahren 1861–1904 vor sich. Alle jetzt von Roshkow und Polferow erwähnten Merkmale lagen schon damals vor. Die Entwicklung des Kapitalismus hat die *bürgerlich-demokratische* Krise des Jahres 1905 nicht beseitigt, sondern vorbereitet und verschärft. Warum? Weil die alte, halb fronherrliche Naturalwirtschaft unterhöhlt war, die *Bedingungen für die neue*, bürgerliche Wirtschaft aber noch nicht geschaffen waren. Daher die ungewöhnliche Schärfe der Krise von 1905.

Die Grundlage für *derartige* Krisen ist verschwunden, sagt Roshkow.

Das ist natürlich möglich, wenn man abstrakt spricht, d. h., wenn man vom Kapitalismus überhaupt und *nicht* von Rußland, *nicht* vom Jahre 1913 spricht. Die Marxisten anerkennen selbstverständlich nur unter besonderen Verhältnissen (*nicht* immer und *nicht* überall) das Vorhandensein einer bürgerlich-demokratischen Agrarfrage.

Doch Roshkow fehlt sogar das Verständnis dafür, welche Thesen er beweisen muß, wenn er seine *konkrete* Schlußfolgerung bekräftigen will.

Die Bauern sind mit ihrer Lage unzufrieden? – „Aber die Bauern sind doch nirgends mit ihr zufrieden", schreibt Roshkow.

Die Unzufriedenheit der westeuropäischen Bauern – deren Dorf und deren Rechtslage völlig bürgerlichen Charakter tragen und die die „Ordnungspartei" bilden – mit den *Hungersnöten* in Rußland, mit dem Zustand der *völligen* ständischen Niederhaltung des Dorfes, mit dem *uneingeschränkten* fronherrlichen Regime auf dem Gebiet des Rechts usw. zu vergleichen und zu identifizieren – das ist einfach kindisch und lächerlich. Roshkow sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht.

Der Kapitalismus wächst, es fällt der Frondienst (die Abarbeit), schreibt er. „Die gewaltige Mehrheit der Gutsbesitzer", schreibt der Liberale Polferow, „... entwickelt mehr und mehr das Vorschuß- und Halbpachtsystem, das ausschließlich das Resultat der Geld- und Landnot des Bauern ist."

Der Liberale von der *„Russkaja Mysl"* ist nicht solch ein naiver Optimist wie der ehemalige Marxist von der liquidatorischen „Nascha Sarja"!

N. Roshkow hat die Daten über den *Grad* der Verbreitung der Halbpacht, der Abarbeit, des Frondienstes und der Knechtschaft im *heutigen* Dorf nicht einmal gestreift. Mit erstaunlicher Leichtfertigkeit hat er die Tatsache umgangen, daß die Verbreitung dieser Einrichtungen *immer noch* groß ist. Daraus aber folgt, daß sich die *bürgerlich-demokratische* Krise noch mehr verschärft hat.

Galvanisiert den Leichnam nicht – schreibt der Liquidator und plappert damit nur nach, was der Liberale sagt, der mit *anderen* Worten die Forderungen von 1905 für einen „Leichnam" erklärt.

Wir haben darauf geantwortet: Markow und Purischkewitsch sind keine Leichname. Die Ökonomik, die sie hervorgebracht hat und bis heute noch hervorbringt, ist kein Leichnam. Der Kampf gegen diese Klasse ist die

lebendige Aufgabe der lebendigen Arbeiter, die ein lebendiges Verständnis für ihre Klassenziele haben.

Die Lossagung von dieser Aufgabe ist ein Kennzeichen der *leichenhaften* Zersetzung der Liquidatoren, die nicht alle „so entschieden" wie Roshkow sprechen, die aber *alle* den Kampf gegen das Purischkewitschregime auf dem Lande (besonders in der Frage des Grundbesitzes) und gegen das Purischkewitschregime in der Politik vergessen oder verwischen.

Die Herrschaft der Purischkewitsch in unserem Leben ist die Kehrseite derselben Medaille, die im Dorf als Abarbeit, Knechtschaft, Frondienst, Leibeigenschaft, als Fehlen der elementarsten allgemeinen Bedingungen für die bürgerliche Wirtschaft bekannt ist. Wenn schon oben die Millionenbesitzer (Gutschkow und Co.) murren, so heißt das, daß die Verhältnisse von Millionen Kleinbesitzern (Bauern) unten ganz unmöglich sind.

Wenn sich die Arbeiter den Kampf gegen die Wurzeln des Purischkewitschregimes zur Aufgabe machen, so weichen sie keineswegs von „ihren eigenen" Aufgaben irgendwie ab, um etwas ihnen Fremdes zu „galvanisieren". Nein. Sie werden *sich eben dadurch* über die demokratischen Aufgaben *ihres* Kampfes, ihrer Klasse klar, sie bringen dadurch den breiten Massen Demokratie und die Anfangsgründe des Sozialismus bei. Denn nur der „königlich preußische Sozialismus" (wie sich Marx gegen Schweitzer ausdrückte)[112] ist imstande, die fronherrliche Allmacht des Purischkewitschregimes im allgemeinen und des Purischkewitschregimes in der Frage des Grundbesitzes im besonderen unbeachtet zu lassen.

Roshkow ist, ohne es selbst zu merken, zu Polferow hinabgeglitten, der erklärt, „die einfache Zuteilung von Land" ohne Intensivierung wäre keine „Rettung"! Als ob die Intensivierung *durch die Beseitigung* des Purischkewitschregimes nicht hundertmal schneller vor sich ginge! Als ob nur von den Bauern allein die Rede wäre – ihnen „zuteilen" oder nicht – und nicht vom *ganzen* Volk, von der *ganzen* Entwicklung des Kapitalismus, die durch das Purischkewitschregime entstellt und aufgehalten wird!

Roshkow hat dadurch, daß er den *Zusammenhang* der allumfassenden Losung der „Koalitionsfreiheit" (man vergleiche die Behandlung dieser Losung in der *liberalen* Rede Tuljakows und in der *marxistischen* Rede Badajews in der Reichsduma am 23. X. 1913) mit dem *Beruhigtsein* über die heutige Situation in der Agrarfrage aufzeigte, das *Wesen* des Liquidatorentums ausgeplaudert.

Dieser Zusammenhang ist eine objektive Tatsache; mit „Vorbehalten" kann die „Nascha Sarja" sie nicht aus der Welt schaffen.

Hört auf, über das ganze Volk, das Purischkewitschregime im ganzen Leben, über die Hungersnöte der Bauern, über die Abarbeit, den Frondienst, die Leibeigenschaft nachzudenken und kämpft „für die Legalität", für die „Koalitionsfreiheit" als eine der Reformen – das sind die *Gedanken*, die den Arbeitern von der *Bourgeoisie* eingeflößt werden. Roshkow und die Liquidatoren hinken ihr, ohne das einzusehen, hinterher.

Wir aber glauben, daß der Proletarier, der fortgeschrittene Vertreter der gesamten werktätigen Masse, auch zu seiner eigenen Befreiung nur dadurch gelangen kann, daß er im Namen und im Interesse des Kampfes gegen die Bourgeoisie das Purischkewitschregime in jeder Hinsicht bekämpft. Das sind die Gedanken, die den Marxisten vom liberalen Arbeiterpolitiker unterscheiden.

„Sa Prawda" Nr. 36,
15. November 1913.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der „Sa Prawda".

ZWEI METHODEN, ZU DISPUTIEREN UND ZU KÄMPFEN

Es gibt Dispute und Meinungsstreit in der Presse, die den Lesern helfen, sich über politische Fragen klarer zu werden, ihre Bedeutung tiefer zu erfassen und sicherer zu entscheiden.

Es gibt Dispute, die in Schimpferei, Klatsch und Gezänk ausarten.

Die fortschrittlichen Arbeiter, die sich *ihrer* Verantwortung für die Arbeit zur Aufklärung und Organisierung des Proletariats bewußt sind, müssen auf das sorgfältigste darauf achten, daß die *unumgänglichen* Dispute, der *unumgängliche* Meinungsstreit *nicht* in Schimpferei, Klatsch, Gezänk und Verleumdung *ausarten.*

Das ist eine Frage der Arbeitersache, der Arbeiterorganisation. Das ist eine höchst ernste und wichtige Frage im Kampf gegen die geringsten Versuche der Desorganisation. Vor der Tatsache darf man nicht die Augen verschließen: wer nicht gelernt hat, Versuche zur Desorganisation an der Wurzel zu unterbinden, der taugt nicht zum Organisator. Ohne Organisation aber ist die Arbeiterklasse *ein Nichts.* Ohne Diskussionen, Dispute und Meinungsstreit ist keine Bewegung, auch keine Arbeiterbewegung möglich. Ohne schonungslosen Kampf gegen die Ausartung der Dispute in Schimpferei und Gezänk ist *keinerlei* Organisation *möglich.*

Wir fordern die klassenbewußten Arbeiter auf, den Kampf zwischen der Sechs und der Sieben in der sozialdemokratischen Dumafraktion von diesem Gesichtspunkt aus zu betrachten.

Die Sechs hat es für ihre Pflicht gehalten, den Willen und den Beschluß der Beratung der Marxisten zu befolgen. Die Vertreter des Proletariats in der Duma sind verpflichtet, sich dem Willen der Mehrheit der klassenbewußten, organisierten marxistischen Arbeiter außerhalb der Duma unterzuordnen.

Das ist ein allgemeines Prinzip. Das ist die allgemeine Grundlage aller unserer Ansichten über die Aufgaben der Arbeiterbewegung.

Ist diese Ansicht falsch, so muß man sie widerlegen und aufgeben. Wenn sie aber richtig ist und das *Abc* darstellt, ohne das man die Finger von der Politik lassen soll, wenn ohne dieses Abc *keinerlei* Organisation denkbar ist, dann muß man diese Ansicht akzeptieren und hartnäckig verfechten, allem Geschrei, Gejammer, allen Angriffen und Verleumdungen zum Trotz.

Genossen, Arbeiter! Diskutiert darüber. Bemüht euch, diese Frage in Disputen, Gesprächen und Diskussionen völlig zu klären, weist aber jene zurück, die die Dispute durch Schimpferei ersetzen wollen.

Seht euch an, was die Liquidatoren auf das erste und grundlegende Argument der Sechs geantwortet haben!

Ihre Antwort enthält nichts als Geschimpfe! Sie beschimpften die Beratung, beschimpften zum hundertsten Male die Illegalität, und das ist alles.

Ist das etwa eine Antwort? Ist das nicht einfach ein Versuch, zu desorganisieren, die Organisation zu zerstören?

Es kam so weit, daß Th. D. in Nr. 70 wortwörtlich den folgenden Satz schrieb: „Wo sind die verantwortlichen Körperschaften, die ihre Kandidatur aufgestellt und ihnen Aufträge gegeben haben?"

Genossen, Arbeiter! Denkt darüber nach, was diese Frage bedeutet, und ihr werdet erkennen, daß dies eine Frage ist, würdig ... jener Leute, die ... Verhöre anstellen! ... Begreift doch, ihr Herren Th. D. und andere Liquidatoren, daß wir mit euch *nicht* diskutieren *können*, wenn ihr *solche* Fragen stellt.

Untersucht das Wesen der Sache: War der Beschluß der Beratung richtig, brachte er die Interessen und Anschauungen der Mehrheit der Arbeiter richtig zum Ausdruck? Die „Prawdisten" antworten darauf mit einer ganzen Reihe exakter Zahlen („Sa Prawdu" vom Dienstag, dem 29. Oktober 1913)*. Diese Zahlen zeigen, daß hinter den „Prawdisten" unbedingt und unbestreitbar die *Mehrheit* der klassenbewußten, d. h. am politischen Leben teilnehmenden Arbeiter steht.

Diese Zahlen betrafen sowohl den Vergleich zwischen den Wahlen der Arbeiterkurie zur II., III. und IV. Duma als auch die Anzahl der von der

* Siehe den vorliegenden Band, S. 451–469. *Die Red.*

Sechs und der Sieben vertretenen Arbeiter sowie die Anzahl der Arbeitergruppen, die die eine oder die andere Zeitung durch Geldsammlungen offen unterstützten, usw.

Wo ist nun die Antwort der Liquidatoren auf dieses Argument, das die wesentliche Seite der Frage der Mehrheit berührt?

Anstatt einer Antwort – Schimpferei. Die Liquidatoren widerlegen nicht eine, buchstäblich keine einzige dieser Zahlen, sie versuchen nicht einmal, sie zu korrigieren, durch andere Zahlen zu ersetzen!!!

Die Sache ist sonnenklar: Wer die exakten Angaben über die Mehrheit umgeht, der *sabotiert* den Willen der Mehrheit, der ist ein Desorganisator.

Die Sieben in der Duma schwankt nach der Seite der Liquidatoren hin, denn sie erlaubt es, die Illegalität zu beschimpfen, und beteiligt sich an der Sabotage des Willens der Mehrheit. Das ist denn auch das Kennzeichen der *Parteilosigkeit* der Sieben. Kein Mensch auf der Welt, der nicht von Sinnen ist, wird den sieben Parteilosen erlauben, mit der Majorität von einer Stimme die Parteibeschlüsse zu verletzen und deren Anhänger an die Wand zu drücken.

Kein Geschimpfe der Liquidatoren wird diese einfache und klare Tatsache widerlegen.

Die Sechs hat ihre Pflicht erfüllt. Und je mehr die Liquidatoren lärmen und schimpfen, desto eher werden alle Arbeiter und alle Marxisten begreifen, daß die Sechs richtig gehandelt hat und daß die Gleichberechtigung und ein Abkommen mit den parteilosen Abgeordneten der Sozialdemokratie in der Reichsduma unumgänglich sind.

„Sa Prawdu" Nr. 36,
15. November 1913.

Nach dem Text der
„Sa Prawdu".

AUCH-„VEREINIGER"

Der Berliner Zirkel polnischer Sozialdemokraten (Rosa Luxemburg, Tyszka und Co.), dem die polnischen sozialdemokratischen Arbeiter eine entschiedene Abfuhr erteilt haben, gibt keine Ruhe. Er fährt fort, sich als „Hauptvorstand" der Polnischen Sozialdemokratie zu bezeichnen, obwohl absolut kein einziger Mensch in der Welt zu sagen vermöchte, was eigentlich dieser jämmerliche „Vorstand" *ohne* Partei[113] „leitet".

Die sozialdemokratischen Arbeiter von Warschau und Lodz haben schon vor langem erklärt, daß sie mit dem genannten Berliner Zirkel nichts gemein haben. Die Wahlen zur Reichsduma in Warschau und der Verlauf der Versicherungskampagne in Warschau haben allen und jedem gezeigt, daß es in Polen nur *eine* sozialdemokratische Organisation gibt: jene, die kategorisch erklärt hat, daß sie die Desorganisatoren und Verleumder aus dem „Hauptvorstand" nicht anerkenne. Es genügt, eine der Heldentaten dieses „Vorstands" zu erwähnen: diese Herrschaften haben *ohne Begründung* erklärt, daß sich das wichtigste Bollwerk der polnischen sozialdemokratischen Arbeiter – die Warschauer Organisation – „in den Netzen der Ochrana" befinde. Ein Jahr ist seitdem vergangen. Der „Vorstand" hat für seine empörende Beschuldigung keinerlei Beweis erbracht. Das allein hat natürlich genügt, daß kein einziger ehrlicher Funktionär der Arbeiterbewegung mit den Gentlemen aus dem Zirkel Tyszkas noch irgend etwas zu tun haben wollte. Wie der Leser sieht, unterscheiden sich diese Herren in ihren Kampfmethoden nur wenig von unseren Martow, Dan und Co. . . .

Und gerade dieser Zirkel von Personen, die von *allen* in Polen tätigen Parteien gebrandmarkt worden sind, hat jetzt beschlossen, die Arbeiterbewegung in Rußland zu retten. Rosa Luxemburg hat im Internationalen

Sozialistischen Büro[114] den Antrag eingebracht, die Frage der Wiederherstellung der Einheit in Rußland zu untersuchen. Zur Begründung wurde dabei u. a. angeführt, die „Leninsche Gruppe" trage – man höre! – die Spaltung in die *polnische* Sozialdemokratie hinein.

Der Berliner Zirkel hat sich mit dieser Erklärung selbst völlig entlarvt. Die Bolschewiki marschieren bekanntlich Schulter an Schulter mit den polnischen sozialdemokratischen Arbeitern, die den Intrigantenzirkel abgewiesen haben. Das läßt den berüchtigten „Vorstand" nicht ruhig schlafen, und daher die ganze „Vereinigungs"kampagne, die mit Ausfällen gegen die russischen Marxisten eingesetzt hat und die Unterstützung der russischen Liquidatoren bezweckt.

Rosa Luxemburg hätte dies nicht getan, wenn ihre Angelegenheiten gut stünden. Seinerzeit hat sich selbst ihr Zirkel geweigert, zu den Liquidatoren zur „August"versöhnung zu gehen.

Nachdem aber dieses Grüpplein politischer Bankrotteure dank seiner Prinzipienlosigkeit und seines Intrigenspiels sowohl in der polnischen als auch in der russischen Arbeiterbewegung jedwede Bedeutung verloren hat, klammert es sich jetzt an die Rockschöße der Liquidatoren. Aller Todsünden schuldig gemacht hat sich natürlich die „Leninsche Gruppe", und deshalb . . . deshalb muß man sich mit dieser Gruppe um jeden Preis vereinigen. Die alte Geschichte! . . .

Wie werden sich nun die russischen Marxisten im Prinzip zur Untersuchung der russischen Differenzen durch das Internationale Sozialistische Büro verhalten?

Soviel wir wissen, werden sie sich sehr freuen, wenn erreicht wird, daß sich die westeuropäischen Genossen mit dem Wesen unserer Streitfragen vertraut machen. Wie wir gehört haben, werden die russischen Marxisten ihrerseits im ISB den Antrag stellen, auch die Frage der Spaltung in der Polnischen Sozialdemokratie sowie das schändliche Vorgehen zu untersuchen, das sich die Gruppe Tyszkas gegenüber den tatsächlichen Arbeiterorganisationen Polens erlaubt hat. Die Marxisten würden sehr froh sein, wenn das Internationale Büro sich auch mit der Untersuchung der Differenzen zwischen den 6 und den 7 Abgeordneten befassen würde. Vor den ausländischen Genossen wird damit die Frage aufgeworfen werden, ob sich die Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei oder umgekehrt die Arbeiterpartei der Dumafraktion unterordnen soll.

Noch zufriedener werden die Marxisten sein, wenn der Vorschlag Rosa Luxemburgs, die Frage der russischen Einheit auf die Tagesordnung des bevorstehenden Internationalen Kongresses in Wien im Jahre 1914 zu setzen, angenommen wird.

Zweimal schon hat die neue Internationale auf den internationalen Kongressen derartige Fragen behandelt. Das erstemal wurde – in Amsterdam im Jahre 1904 – die Frage der Einigung in Frankreich behandelt. Der Kongreß untersuchte das *Wesen* der grundlegenden Differenzen zwischen Guesdisten (Marxisten) und Jaurèsisten (Revisionisten). Er *verurteilte* die Linie der Jaurèsisten, ihre Beteiligung an bürgerlichen Regierungen, ihre Abkommen mit der Bourgeoisie usw. Und auf der Grundlage dieser das *Wesen* der Frage betreffenden Entscheidung empfahl er den streitenden Parteien, sich zu vereinigen.

Das andere Mal wurde – in Kopenhagen im Jahre 1910 – die Frage der tschechisch-österreichischen Spaltung behandelt. Wiederum drang der Kongreß in das *Wesen* der Streitfrage ein. Er sprach sich gegen die „bundistisch-nationalistischen" Prinzipien der tschechischen Separatisten aus und vertrat die Ansicht, daß die Gewerkschaften der Arbeiter innerhalb eines Landes *nicht* nach dem nationalen Prinzip aufgebaut werden sollen. Auf der Grundlage dieser Entscheidung, die das *Wesen* des Streits betraf, schlug der Kongreß beiden Seiten die Vereinigung vor. (Die tschechischen Bundisten haben sich übrigens der Internationale nicht gefügt.)

Wenn die russische Frage zur Sprache kommt, wird sich der Kongreß in Wien zweifellos über die Bedeutung der „Illegalität" in einem Land wie dem heutigen Rußland sowie darüber äußern, ob die Marxisten unter den gegebenen Umständen von der Perspektive der „Evolution" *oder* von der des „uneingeschränkten" Weges ausgehen sollen usw. Auf jeden Fall wird es nicht uninteressant sein, die Ansicht der Internationale über all diese Fragen zu hören . . .

Doch bis dahin ist es leider noch weit. Vorderhand sehen wir nur das zornige, aber ohnmächtige Auftreten des Berliner Zirkels Rosa Luxemburgs und Tyszkas. Wir empfehlen Herrn Th. D., dieses Auftreten gegen die Marxisten und zur Verteidigung der Liquidatoren recht gut auszunutzen. Die Zeitungen der Liquidatoren haben zwar über die schimpflichen Abenteuer dieses Berliner Zirkels in seinem Kampf gegen die polnischen

Arbeiter erzählt, aber in der Not wird Herr Th. D. gewiß nicht verfehlen, auch aus diesem . . . frischen Quell zu trinken.

Die russischen Arbeiter aber werden sagen: Die Einheit werden *wir* selbst in unseren russischen Arbeiterorganisationen herstellen. Über ohnmächtige Intrigen aber lachen wir nur.

„Sa Prawdu" Nr. 36,
15. November 1913.

Nach dem Text der
„Sa Prawdu".

AN S. G. SCHAUMIAN

6. XII. 1913

Lieber Freund! Über Ihren Brief vom 15. XI. habe ich mich sehr gefreut. Sie müssen wissen, daß man in meiner Lage Meinungsäußerungen von Genossen aus Rußland ungeheuer schätzt und besonders von solchen, die ernsthaft nachdenken und sich mit der jeweiligen Frage befassen. Ihre rasche Antwort war mir daher eine besondere Freude. Man fühlt sich weniger isoliert, wenn man solche Briefe erhält. Nun aber – genug der Lyrik. Zur Sache.

1. Sie sind *für* eine Staatssprache in Rußland. Sie „ist notwendig; sie hatte große fortschrittliche Bedeutung und wird sie weiter haben". Damit bin ich auf keinen Fall einverstanden. Ich habe diese Frage vor längerer Zeit in der „Prawda"* behandelt, und man hat mich bisher nicht widerlegt. Ihr Argument überzeugt mich absolut nicht – im Gegenteil. Fortschrittliche Bedeutung hat die *russische* Sprache für die vielen kleinen und rückständigen Nationen gehabt – zweifellos. Aber sehen Sie denn wirklich nicht, daß sie ohne Zwang eine noch viel größere fortschrittliche Bedeutung *hätte*? Ist denn die „Staatssprache" nicht gleich einem Knüppel, der die Menschen von der russischen Sprache *wegstößt*?? Wie ist es möglich, daß Sie diese *psychologische* Seite nicht begreifen wollen, die in der nationalen Frage besonders wichtig ist, nicht begreifen wollen, daß der geringste Zwang die unbestreitbare fortschrittliche Bedeutung der Zentralisation, der großen Staaten, einer einheitlichen Sprache beschmutzt, besudelt, zunichte macht?? Aber noch wichtiger *als* die psychologische Seite ist die ökonomische Seite: In Rußland existiert *schon* eine *kapitalistische* Ökonomik, die die *russische* Sprache zu einer

* Siehe den vorliegenden Band, S. 344–347. *Die Red.*

Notwendigkeit macht. Und Sie glauben nicht an die Kraft der Ökonomik und wollen die Ökonomik mit der Krücke des Polizistengesindels „stützen"?? Sehen Sie denn wirklich nicht, daß Sie damit die Ökonomik *entstellen*, bremsen?? Wird denn nicht der Wegfall der widerlichen Polizeiwirtschaft die freiwilligen Vereinigungen zum Schutz und zur Verbreitung der russischen Sprache verzehnfachen (vertausendfachen)?? Nein, ich bin absolut nicht mit Ihnen einverstanden und beschuldige Sie eines königlich preußischen Sozialismus*!!

2. Sie sind *gegen* die Autonomie. Sie sind *nur* für die Selbstverwaltung der Gebiete. Ich bin damit gar nicht einverstanden. Denken Sie an die Erklärung von Engels, daß der Zentralismus die lokalen „Freiheiten" keineswegs ausschließe.[115] Warum Autonomie für Polen, nicht aber für den Kaukasus, den Süden, den Ural?? Die *Grenzen* der Autonomie werden doch vom Zentralparlament bestimmt! Wir sind für den demokratischen Zentralismus, unbedingt. Wir sind gegen die *Föderation*. Wir sind für die Jakobiner und gegen die Girondisten. Aber die Autonomie zu fürchten – in Rußland . . . ich bitte Sie, das ist lächerlich! Das ist reaktionär. Bringen Sie mir ein Beispiel, erfinden Sie ein Beispiel, wo die Autonomie schädlich werden *kann!* Sie werden es nicht bringen können. Die engherzige Auslegung aber: nur Selbstverwaltung, die arbeitet in Rußland (und in Preußen) nur dem widerlichen Polizeiregime in die Hände.

3. „Das Recht auf Selbstbestimmung bedeutet nicht nur das Recht auf Lostrennung. Es bedeutet auch das Recht auf föderative Verbindung, das Recht auf Autonomie", schreiben Sie. Ich bin absolut nicht einverstanden. Es bedeutet *nicht* das Recht auf *Föderation*. Die Föderation ist ein Bündnis von Gleichen, ein Bündnis, das des *beiderseitigen* Einverständnisses bedarf. Wie kann es nun ein *Recht* der *einen* Seite auf das *Einverständnis* der anderen Seite mit ihr geben?? Das ist absurd. Wir sind im Prinzip gegen die Föderation; sie schwächt die ökonomische Bindung, sie ist ein untauglicher Typus für einen Staat. Du willst dich lostrennen? Scher dich zum Teufel, falls du die ökonomische Bindung zerreißen kannst oder, richtiger, wenn das Joch und die Reibungen des „Zusammenlebens" so sind, daß sie die ökonomische Bindung *beeinträchtigen* und auflösen. Du willst dich nicht lostrennen? Dann entschuldige bitte, ent-

* „königlich preußischer Sozialismus" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

scheide nicht *an meiner Stelle*, glaube nicht, du hättest ein *„Recht"* auf Föderation.

„Recht auf Autonomie"?? Wiederum falsch. Wir sind *für die Autonomie* **für alle** Teile, wir sind für das *Recht* auf Lostrennung (nicht aber *für die Lostrennung* aller!). Die Autonomie ist *unser* Plan für den Aufbau eines demokratischen Staats. Die Lostrennung ist keineswegs unser Plan. Die Lostrennung wird keineswegs von uns propagiert. Im allgemeinen sind wir gegen die Lostrennung. Aber wir sind für das *Recht* auf Lostrennung angesichts des erzreaktionären großrussischen Nationalismus, der die Sache des nationalen Zusammenlebens so sehr besudelt hat, daß manchmal die Bindung *nach* freier Lostrennung *stärker* sein wird!!

Das Recht auf Selbstbestimmung ist eine *Ausnahme* von unserer allgemeinen Prämisse des Zentralismus. Diese Ausnahme ist in Anbetracht des erzreaktionären großrussischen Nationalismus absolut notwendig, und der geringste Verzicht auf diese Ausnahme ist Opportunismus (wie bei Rosa Luxemburg), ist ein einfältiges Spiel zu Nutz und Frommen des großrussischen erzreaktionären Nationalismus. Doch die Ausnahme *darf nicht* in erweiterndem Sinne gedeutet werden. Um *nichts*, um absolut nichts anderes als um das *Recht* auf *Lostrennung* handelt es sich hier und soll es sich hier handeln.

Ich schreibe darüber im „Proswescheschenije".* Schreiben Sie mir unbedingt etwas ausführlicher, wenn ich mit diesen Artikeln fertig sein werde (sie werden in drei Heften erscheinen). Ich werde noch etwas schicken. Die Resolution ist vorwiegend von mir durchgesetzt worden. Im Sommer habe ich Referate über die nationale Frage gehalten[116] und diese ein wenig studiert. Auf Grund dessen bin ich gewillt, „fest zu bleiben"; aber natürlich: ich lasse mich belehren** von Genossen, die diese Frage mehr und länger studiert haben.

4. Gegen die „Abänderung" des Programms, gegen ein „nationales Programm"?? Auch hier bin ich nicht einverstanden. Sie haben Angst *vor Worten*. Es besteht kein Grund, sie zu fürchten. Es (das Programm) wird sowieso von *allen insgeheim*, in niederträchtiger Weise, im schlimmsten

---

* Siehe Werke, Bd. 20, S. 1–37. *Die Red.*

** „ich lasse mich belehren" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Sinne geändert. Wir dagegen interpretieren, präzisieren, entwickeln, verankern es in **seinem** Geiste, in *konsequent*-demokratischem Geiste, in marxistischem (anti-österreichischem) Geiste. Es *war nötig*, dies zu tun. Mögen nun die opportunistischen Halunken (die Bundisten, Liquidatoren, Volkstümler) kommen, mögen sie *ihre* ebenso *präzisen* und ebenso *erschöpfenden* Antworten auf *alle* unsere, in unserer Resolution berührten und entschiedenen Fragen geben! Mögen sie es versuchen! Nein, wir haben vor den Opportunisten nicht „die Segel gestrichen", sondern haben sie in *allen* Punkten *geschlagen!*

– Eine populäre Broschüre über die nationale Frage ist sehr vonnöten. Schreiben Sie. Ich erwarte Ihre Antwort und drücke Ihnen ganz fest die Hand.

Ihr *W. J.* Grüßen Sie alle Freunde

Geschrieben am 23. November (6. Dezember) 1913.

Zuerst veröffentlicht am 15. (2.) März 1918 im „Bakinski Rabotschi" (Der Arbeiter von Baku) Nr. 48.

Nach dem Manuskript.

ÜBER DIE „NATIONAL-KULTURELLE" AUTONOMIE

Der Kernpunkt des Plans oder des Programms der sogenannten „national-kulturellen" Autonomie (mit anderen Worten: „Schaffung von Institutionen, die die Freiheit der nationalen Entwicklung garantieren") besteht in der *Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten.*

Dieser Kernpunkt muß um so nachdrücklicher hervorgehoben werden, je häufiger die verschiedenen offenen und getarnten Nationalisten (darunter die Bundisten) ihn zu vertuschen suchen.

Jede Nation bildet, unabhängig davon, wo eine beliebige ihr angehörende Person lebt (unabhängig vom Territorium: daher die Bezeichnung „exterritoriale" Autonomie), einen einheitlichen, staatlich anerkannten Verband, der für die national-kulturellen Angelegenheiten zuständig ist. Die wichtigste dieser Angelegenheiten ist das Schulwesen. Die Bestimmung der Zugehörigkeit zu einer Nation durch die freiwillige Eintragung eines jeden Staatsbürgers in einen beliebigen nationalen Verband, unabhängig von seinem Aufenthaltsort, garantiert die absolute Genauigkeit und absolute Konsequenz der Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten.

Es fragt sich, ob eine solche Trennung vom Standpunkt der Demokratie im allgemeinen und der Interessen des proletarischen Klassenkampfes im besonderen zulässig ist.

Es genügt, sich den Kernpunkt des Programms der „national-kulturellen Autonomie" klar vorzustellen, um auf diese Frage ohne Schwanken zu antworten: Sie ist entschieden unzulässig.

Solange verschiedene Nationen in einem Staat leben, sind sie miteinander durch Millionen und Milliarden von Fäden wirtschaftlichen und

rechtlichen Charakters sowie der ganzen Lebensweise verbunden. Wie kann man da das Schulwesen aus diesem Zusammenhang herausreißen? Kann man das Schulwesen der „Kompetenz" des Staates „entziehen", wie die in ihrer plastischen Hervorhebung des Unsinns klassische bundistische Formulierung lautet? Wenn die Ökonomik die in einem Staat lebenden Nationen miteinander verbindet, so ist der Versuch, sie in den „kulturellen" und namentlich in den Schulfragen ein für allemal voneinander zu trennen, sinnlos und reaktionär. Im Gegenteil, man muß im Schulwesen die *Vereinigung* der Nationen anstreben, damit in der Schule das vorbereitet werde, was im Leben verwirklicht wird. Gegenwärtig haben wir nichtgleichberechtigte Nationen mit ungleichem Entwicklungsniveau vor *uns; unter solchen Umständen wird die Trennung des Schulwesens nach* Nationalitäten *faktisch* unvermeidlich eine *Verschlechterung* für die rückständigeren Nationen bedeuten. In den ehemaligen Sklavenhalterstaaten im Süden der Vereinigten Staaten werden die Negerkinder noch heute in besonderen Schulen unterrichtet, während im Norden Weiße und Neger zusammen lernen. In Rußland entstand unlängst das Projekt einer „Nationalisierung der jüdischen Schule", d. h. der Absonderung der jüdischen Kinder von den Kindern anderer Nationalitäten in besonderen Schulen. Es erübrigt sich, hinzuzufügen, daß das Projekt aus den reaktionärsten Kreisen, den Kreisen Purischkewitschs, stammt.

Man kann kein Demokrat sein, solange man das Prinzip der Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten verficht. Wohlgemerkt: Wir betrachten die Frage vorläufig vom allgemein-demokratischen, d. h. vom bürgerlich-demokratischen Standpunkt aus.

Unvergleichlich entschiedener muß man gegen die Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes aus auftreten. Wem ist nicht bekannt, daß sich die Kapitalisten aller Nationen eines Staates in Aktiengesellschaften, Kartellen, Trusts, in Industriellenverbänden usw. *gegen* die Arbeiter gleich welcher Nationalität aufs engste und untrennbar zusammenschließen? Wer weiß nicht, daß wir in *jedem beliebigen* kapitalistischen Unternehmen, angefangen bei den großen Werken, Gruben und Fabriken über die Handelsfirmen bis hin zu den kapitalistischen landwirtschaftlichen Unternehmungen, *stets* und ausnahmslos eine buntere nationale Zusammensetzung der Arbeiter sehen als in dem entlegenen, friedlichen und verschlafenen Dorf?

Ein in der Stadt lebender Arbeiter, der den entwickelten Kapitalismus am besten kennt und die Psychologie des Klassenkampfes am tiefsten, durch sein ganzes Leben und vielleicht schon mit der Muttermilch in sich aufgenommen hat, ein solcher Arbeiter muß unwillkürlich und unbedingt zu der Erkenntnis kommen, daß die Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten nicht nur ein *schädliches*, sondern ein direkt schurkisches und betrügerisches Unterfangen der *Kapitalisten* ist. Die Arbeiter *können* durch das Propagieren einer solchen Idee und noch mehr durch die Trennung der Volksschulen nach Nationalitäten zersplittert, voneinander getrennt und geschwächt werden, während den Kapitalisten, deren Kinder aufs beste mit reichen Privatschulen und eigens angestellten Lehrern versorgt sind, *in keinem Fall* von irgendwelcher „national-kulturellen Autonomie" irgendeine Zersplitterung oder irgendeine Schwächung drohen kann.

In Wirklichkeit ist die „national-kulturelle Autonomie", d. h. die restlose und absolut konsequente Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten, nicht von den Kapitalisten erdacht worden (die gebrauchen *vorläufig* etwas gröbere Mittel, um die Arbeiter zu zersplittern), sondern von den opportunistischen, spießbürgerlichen Intellektuellen Österreichs. In keinem der westeuropäischen, demokratischen Länder mit bunter nationaler Zusammensetzung ist von dieser genial-spießbürgerlichen und genial-nationalistischen Idee *auch nur eine Spur* zu finden. Nur im Osten Europas, in dem rückständigen, feudalen, klerikalen, bürokratischen Österreich, wo *jegliches* soziale und politische Leben durch das elendig-kleinliche Gezänk (ja schlimmer noch: durch die Raufereien) wegen der Sprachen gehemmt ist, konnte diese Idee eines verzweifelten Kleinbürgers entstehen. Wenn man schon Hund und Katze nicht versöhnen kann, dann sollen wenigstens auf dem Gebiet des Schulwesens sämtliche Nationen restlos und absolut konsequent in „nationalen Kurien" voneinander abgesondert werden! – das ist die Einstellung, die die alberne „national-kulturelle Autonomie" hervorgebracht hat. Das Proletariat, das sich seines Internationalismus bewußt ist und ihn schätzt, wird sich auf diese Albernheit des verfeinerten Nationalismus niemals einlassen.

Es ist kein Zufall, daß in Rußland *nur sämtliche* bürgerlichen Parteien des Judentums, ferner (im Jahre 1907) die Konferenz der *kleinbürgerlichen* Parteien der linken Volkstümler verschiedener Nationen und

schließlich die kleinbürgerlichen, opportunistischen Elemente der *quasi-marxistischen* Gruppen, d. h. die Bundisten und die Liquidatoren (die letzteren hatten nicht einmal den Mut, dies offen und direkt, mit aller Bestimmtheit zu tun), die „national-kulturelle Autonomie" angenommen haben. Es ist kein Zufall, daß von der Tribüne der Reichsduma herab *nur* der nationalistisch infizierte Halbliquidator Tschchenkeli und der Kleinbürger Kerenski von der „national-kulturellen Autonomie" gesprochen haben.

Es ist überhaupt komisch zu lesen, wie sich die Liquidatoren und die Bundisten in dieser Frage auf Österreich berufen. Erstens, warum muß man den rückständigsten von allen Nationalitätenstaaten als *Vorbild* nehmen? Warum nicht den fortschrittlichsten? Das ist doch eine den Gepflogenheiten der schlechten russischen Liberalen, d. h. der Kadetten, ähnliche Methode, die die Vorbilder für eine Verfassung vor allen Dingen in den rückständigen Staaten, in Preußen und Österreich, und nicht in den fortschrittlichen, nicht in Frankreich, der Schweiz und Amerika, suchen!

Zweitens verschlechtern die russischen nationalistischen Kleinbürger, d. h. die Bundisten, die Liquidatoren, die linken Volkstümler usw. ihrerseits noch *besonders* das von ihnen gewählte österreichische Beispiel. Bei uns verwenden am meisten und in erster Linie gerade die Bundisten (plus *sämtliche* bürgerlichen Parteien des Judentums, in deren Schlepptau sich – ohne das immer zu merken – die Bundisten befinden) in ihrer Propaganda und Agitation den Plan der „national-kulturellen Autonomie". Indessen hat gerade in der Heimat der Idee der „national-kulturellen Autonomie", in Österreich, der Urheber dieser Idee, Otto Bauer, ein besonderes Kapitel seines Buches dem Nachweis gewidmet, daß es *unmöglich* sei, diese Idee der „national-kulturellen Autonomie" auf die Juden anzuwenden!

Daß Otto Bauer die *einzige* exterritoriale (kein eigenes Wohngebiet besitzende) Nation aus dem Plan der exterritorialen Autonomie der Nationen ausgeschlossen hat, beweist besser als lange Reden, wie wenig konsequent er ist und wie wenig er an seine Idee glaubt.

Das zeigt, wie die Bundisten die *altmodischen* Pläne Europas aufgreifen, seine Fehler dabei verzehnfachen und „in Weiterentwicklung" dieser Fehler bis zur Absurdität gelangen.

Denn – und das drittens – die österreichischen Sozialdemokraten haben auf dem Brünner Parteitag (1899) das ihnen vorgelegte Programm der

„national-kulturellen Autonomie" *abgelehnt*. Sie haben lediglich ein Kompromiß in Form eines Bundes aller national abgegrenzten *Gebiete* des Staates angenommen. In diesem Kompromiß *gibt es weder* die Exterritorialität *noch* die Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten. Nach diesem Kompromißprojekt wird das Schulwesen in den (im kapitalistischen Sinne) am weitesten fortgeschrittenen Siedlungen, den Städten, Fabriken, Gruben, den großen ländlichen Besitzungen usw., *nicht* nach Nationalitäten zersplittert.

Die Arbeiterklasse in Rußland hat die reaktionäre, schädliche, kleinbürgerliche, nationalistische Idee der „national-kulturellen Autonomie" bekämpft und wird sie weiter bekämpfen.

„Sa Prawdu" Nr. 46,
28. November 1913.

Nach dem Text der
„Sa Prawdu".

DIE GRÜPPCHEN IM AUSLAND UND DIE RUSSISCHEN LIQUIDATOREN

In Nr. 86 der „Nowaja Rabotschaja Gaseta" ist ein gegen die Sozialdemokratie gerichteter Schmähartikel veröffentlicht, der *trotz* der in ihm enthaltenen Schmähungen und *trotz* der schon allen lästig gewordenen Methoden der Insinuation Beachtung verdient.

Der Artikel heißt: „Die sozialdemokratische Presse Deutschlands über die Spaltung". Beachtung verdient dieser Artikel deshalb, weil er den russischen Arbeitern eine Sache außerordentlich anschaulich klarmacht, von der sie bis jetzt nichts wissen, die man aber *wissen muß*.

Man muß wissen, was für Intrigen *gegen* die sozialdemokratische Organisation in Rußland bei den Auslandsgrüppchen der russischen Sozialdemokraten im Schwange sind, denn die Unkenntnis darüber verurteilt viele russische Sozialdemokraten ständig und unvermeidlich zu komischen und tragikomischen Fehlern.

Der Artikel der Liquidatoren beginnt in Kursivschrift: „*Nicht eine einzige* Stimme ertönte bis jetzt in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie" für die Spaltung (als „Spaltung" bezeichnen die Herren Liquidatoren den *Aufbau* der marxistischen Organisation *gegen* die Liquidatoren).

Man beachte diese Kursivschrift im ersten Satz des Artikels: „*Nicht eine einzige* Stimme!"

Eine abgedroschene Methode bürgerlicher Schreiberseelen: nicht alle lesen die Zeitung bis zu Ende, das effektvolle *erste* Wort eines Artikels aber sieht jeder . . .

Man lese den Artikel der Liquidatoren weiter: da ist die Äußerung des Frankfurter Blattes. Offensichtlich *für* die Liquidatoren. Dabei wird verschwiegen, daß die Zeitung opportunistisch eingestellt ist!!

Liebe Liquidatoren! Haltet ihr die russischen Arbeiter wirklich für Dummköpfe, die vom Opportunismus unter den deutschen Sozialdemokraten und von der *ständigen* Unterstützung der „Nascha Sarja" durch die pseudo-„Sozialistischen Monatshefte", das Hauptorgan der deutschen Opportunisten, nichts wissen?

Lesen wir weiter. Die Äußerung des Dresdener Blattes. Es verurteilt die Spaltung überhaupt. Weder über die Sympathien der Zeitung in den russischen noch über ihre Richtung in den deutschen Angelegenheiten wird etwas gesagt. Die Liquidatoren wollen die russischen Arbeiter nicht aufklären, sondern durch Verschweigen einer Reihe von Tatsachen betrügen

Lesen wir weiter. Das Leipziger sozialdemokratische Organ

„brachte vor zwei Wochen eine Korrespondenz aus Rußland, in der die Sache in einem für die Spalter recht günstigen Sinne beleuchtet wird".

So heißt es wörtlich in der Zeitung der Liquidatoren. Und natürlich gänzlich ohne Kursivschrift.

Und natürlich kein Wort, kein Wörtchen, kein Ton über den *Inhalt* dieses „unangenehmen" Artikels!! Oh, wir sind große Meister kleiner Tricks und kläglicher Intrigen!

Einerseits *„nicht eine einzige* Stimme" in Kursivschrift, anderseits aber erweist sich die *einzige* Korrespondenz aus Rußland als in einem für die Gegner des Liquidatorentums „recht günstigen Sinne" geschrieben.

Lesen wir weiter:

„In der Nummer (der Leipziger sozialdemokratischen Zeitung) vom 15. November* findet sich ein umfangreicher *redaktioneller* (hervorgehoben von den Liquidatoren!!!) Artikel..."

aus dem *nur* die zugunsten der Liquidatoren sprechenden Stellen zitiert werden.

Russische Arbeiter! Es ist Zeit, daß ihr es lernt, die Lüge der Liquidatoren zu entlarven.

Ein „redaktioneller" Artikel – „redaktionell" von den Liquidatoren kursiv geschrieben. Das ist *gelogen*. Der Artikel ist mit den Initialen J. K.[117] gezeichnet, d. h., er erschien gerade *nicht als* redaktioneller Artikel, sondern als Artikel eines einzelnen Mitarbeiters!!!

---

* Gemeint ist die Nummer vom 28. November (nach altem Stil der 15.). *Der Übers.*

Die Liquidatoren betrügen die russischen Arbeiter auf ganz schamlose und freche Weise.

Das ist noch nicht alles. Die Liquidatoren *verheimlichten*, daß in demselben Artikel die *Sieben* als *„skrupellose Spalter"* bezeichnet wird, weil sie Jagiello entgegen dem Willen der polnischen Sozialdemokraten aufgenommen hat!!

Das ist noch nicht alles. Die Liquidatoren *verheimlichten* eine Tatsache, die jedem politisch bewanderten Menschen klar ist. Der Artikel J. K.s ist von einem *Tyszkianer* geschrieben. Das geht aus allem hervor. Die „Tyszkianer" sind der Berliner Zirkel um Rosa Luxemburg, Tyszka und Co., der eine unglaublich gemeine Verdächtigung über das Vorhandensein von Lockspitzeln in den Reihen der Warschauer sozialdemokratischen Organisation in Umlauf gesetzt hat. Selbst der „Lutsch" hat (freilich erst, *nachdem* Jagiello eingeschleust worden war!) zugegeben, daß das eine Gemeinheit ist. Selbst die „Nowaja Rabotschaja Gaseta" hat wiederholt festgestellt, daß die „Tyszkianer", wenn sie das *Arbeiterversicherungskartell* bekämpfen, dem der „Bund", die PPS-Lewica und die polnischen Sozialdemokraten (die Warschauer natürlich, nicht die Tyszkianer) angehören, nicht die polnischen sozialdemokratischen Arbeiter Warschaus vertreten.

Und jetzt also klammern sich die Liquidatoren, um die russischen Arbeiter zu betrügen, an die Rockschöße der Tyszkianer. Der Ertrinkende klammert sich an einen Strohhalm (selbst wenn dieser schmutzig und verfault ist).

In dem Artikel des Tyszkianers J. K. kommt, wie überhaupt in allen Artikeln und Reden der Tyszkianer, der eine Wunsch zum Vorschein: die Spaltung zum Intrigieren auszunutzen, daraus ein „politisches Kapitälchen" zu schlagen. Wichtigtuerei von Grüppchen, die von der Arbeiterbewegung Rußlands „losgerissen" sind, Intrigen auf dieser Grundlage, süßliche Phrasen *anstatt* eines Studiums der in Rußland vor sich gehenden Entwicklung – das ist das Wesen der „Tyszka-Politik", das ist die Beschäftigung von neun Zehnteln der selbständigen und „unabhängigen" Auslandsgrüppchen.

Jetzt scheinen sie aufzuleben, in der Hoffnung, die Spaltung zwischen der Sechs und der Sieben „ausschlachten" zu können . . .

Vergebliche Hoffnung! Die russischen sozialdemokratischen Arbeiter

sind bereits so gereift, daß sie, ihrer Mehrheit folgend, das Schicksal ihrer Organisation *selbst* bestimmen und die Intrigen der Auslandsgrüppchen verächtlich hinwegwischen werden. In der deutschen sozialdemokratischen Presse schreiben sehr oft Mitglieder solcher Grüppchen vom Standpunkt dieser Grüppchen aus, doch es ist nicht schwer, diese Gesellschaft „an den Ohren" zu erkennen.

„Sa Prawdu" Nr. 46,
28. November 1913.

Nach dem Text der
„Sa Prawdu".

DER KADETT MAKLAKOW UND DER SOZIALDEMOKRAT PETROWSKI

Es ist schon ziemlich lange her, seit der Sozialdemokrat Petrowski in der Reichsduma zur Frage der Geschäftsordnung sprach und ihm vom Präsidenten wegen „scharfer Ausdrücke" gegen einen Minister und ähnlicher Dinge das Wort entzogen wurde. Vom Standpunkt der „Aktualität" im engen Sinne ist dieser Vorfall wohl bereits veraltet. Doch im Grunde genommen verdienen die Reden Petrowskis und des Kadetten Maklakow größere Beachtung als eine gewöhnliche „Tagesneuigkeit".

Der Kadett Maklakow sprach in der Reichsduma über die neue Geschäftsordnung. Dieser Herr ist der Verfasser der Geschäftsordnung und Berichterstatter der Geschäftsordnungskommission. Und nun tritt der konstitutionelle Demokrat Maklakow in einer ganzen Reihe von Fragen *gegen* die konstitutionell-demokratische Fraktion auf und setzt mit Hilfe der Oktobristen und der Rechten *gegen* die Stimmen der Opposition eine *äußerst reaktionäre* Geschäftsordnung durch.

Das ist nicht neu. Längst ist bekannt, daß W. Maklakow der Liebling der Oktobristen, daß er im Grunde genommen ein Oktobrist ist. Jene *höchst bedeutsame* Tatsache unseres öffentlichen Lebens aber, die durch diesen längst bekannten Umstand bloßgelegt wird, verdient stärkste Beachtung.

Vor unseren Augen *knebelt* ein prominenter Kadett in einer Frage, in der die Duma relativ *weniger machtlos* ist als in anderen Fragen, selbst die *Dumafreiheit* mit Hilfe der Rechten und der Oktobristen!! Der Sozialdemokrat Petrowski hatte mit seinen scharfen Äußerungen über einen solchen Meister der politischen Gaunerei tausendmal recht.

Wo liegt hier aber der Kern der Sache? Ist die Haltung W. Maklakows

deshalb unaufrichtig, weil Herr W. A. Maklakow *persönlich unaufrichtig* ist? Natürlich nicht. Das heißt, nicht darum geht es.

So wie die Beilis-Affäre[118] interessant und von Bedeutung ist, weil sie den Hintergrund unserer Innenpolitik, ihre verborgene „Mechanik" usw. besonders grell beleuchtet hat, so beleuchtet der (verhältnismäßig) geringfügige Fall der Reden W. Maklakows *gegen* die Kadetten und gegen die Dumafreiheit zum hundertsten und aber hundertsten Male das wahre Wesen der Partei unserer liberalen Bourgeoisie in Rußland.

Der Kampf zwischen Kadetten und Oktobristen ist ein Kampf von *Konkurrenten*, deshalb wird er so scharf und so prinzipienlos geführt. Der Liebling der Oktobristen und Würger der Dumafreiheit, W. Maklakow, *konnte* eine „Leuchte" der Kadetten *gerade* deshalb und *nur* deshalb werden, weil die Kadetten *zusammen* mit den Oktobristen auf *ein und demselben Klassenboden* stehen. Sie sind verschiedene Flügel oder Vertreter verschiedener Schattierungen der liberalen Bourgeoisie, die die Demokratie mehr fürchtet als die Purischkewitsch.

Das ist wesentlich. Das ist wichtig. Das ist das Wesen der Politik. Hier liegt die Wurzel der erstaunlichen politischen Ohnmacht unserer Bourgeoisie, bei all ihrer wirtschaftlichen Macht.

Der Sozialdemokrat Petrowski erfüllte die Pflicht eines Demokraten, als er den die Dumafreiheit knebelnden Herrn W. Maklakow angriff. Es kann in Rußland keine Freiheit geben, solange die breiten Massen der Demokratie nicht gelernt haben, die Herren W. Maklakow wie auch die solche Helden hervorbringenden Parteien zu verachten.

„Sa Prawdu" Nr. 47,
29. November 1913.
Unterschrift: M.

Nach dem Text der
„Sa Prawdu".

ZABERN

Es gibt in der Politik „Vorfälle", durch die das Wesen einer bestimmten Ordnung der Dinge irgendwie schlagartig, aus einem verhältnismäßig geringfügigen Anlaß, mit ungewöhnlicher Wucht und Deutlichkeit zutage tritt.

Zabern ist ein kleines Städtchen im Elsaß. Vor mehr als 40 Jahren wurde das Elsaß durch die siegreichen Preußen von Frankreich losgerissen (unter heftigem Protest einer einzigen Partei in Deutschland – der Sozialdemokraten). Mehr als 40 Jahre lang wurde die französische Bevölkerung des Elsaß mit Gewalt „germanisiert", wurde ihr mit allen nur erdenklichen Druckmitteln die königlich preußische Feldwebel- und Bürokratendisziplin „beigebracht", die sich „deutsche Kultur" nennt. Doch die Elsässer antworteten darauf mit ihrem Protestlied: „Ihr habt unser Elsaß genommen, unser Lothringen, ihr könnt unsere Äcker germanisieren, aber unsere Herzen werdet ihr niemals beherrschen – niemals."

Und nun hat ein preußischer Adliger, der blutjunge Offizier Forstner, die Sache zur Explosion getrieben. Er beschimpfte die elsässische Bevölkerung aufs gröbste („Wackes" – ein grobes Schimpfwort). Millionenmal haben sich die deutschen Purischkewitsch in den Kasernen eine solche Sprache erlaubt, und immer ging es gut ab. Einmal mehr . . . und es ging schief!

Was sich in Jahrzehnten der Unterdrückung, der Schikanen und Beleidigungen, in den Jahrzehnten gewaltsamer Verpreußung angesammelt hatte, ist nun zum Ausbruch gekommen. Nicht, daß sich die französische Kultur gegen die deutsche erhoben hätte – die Dreyfus-Affäre[119] hat seinerzeit gezeigt, daß es eine brutale, zu jeder Art von Untat, Barbarei,

Gewalt, Verbrechen fähige Militärclique in Frankreich nicht weniger gibt als in irgendeinem anderen Land. Nein, nicht die französische Kultur hat sich gegen die deutsche erhoben, sondern die in mehreren französischen Revolutionen erzogene Demokratie hat sich gegen den Absolutismus erhoben.

Der Entrüstungssturm der Bevölkerung, die Erbitterung gegen die preußischen Offiziere, ihre Verhöhnung durch die freiheitliebende, stolze französische Volksmenge, die rasende Wut der preußischen Soldateska, die willkürlichen Verhaftungen und Mißhandlungen der Bevölkerung – all das hat in Zabern (und darauf fast im ganzen Elsaß) zu einer „Anarchie" geführt, wie sich die bürgerlichen Zeitungen ausdrücken. Der junkerliche, „oktobristische", pfäffische Deutsche Reichstag hat mit gewaltiger Stimmenmehrheit eine Resolution *gegen* die deutsche Reichsregierung angenommen.

„Anarchie" – ein törichtes Wort. Es setzt voraus, daß es in Deutschland eine „feststehende" bürgerliche Rechtsordnung gab und gibt, die – infolge irgendeiner teuflischen Einflüsterung! – durchbrochen worden ist. Das Wort „Anarchie" ist ganz vom Geist der offiziellen, vor den Gutsbesitzern und der Militärclique liebedienernden deutschen Universitäts-„wissenschaft" (mit Verlaub zu sagen, Wissenschaft) durchtränkt, welche die außergewöhnliche „*Gesetzlichkeit*" in Deutschland lobpreist.

Der Vorfall in Zabern hat gezeigt, daß Marx recht hatte, als er vor bald 40 Jahren das deutsche Staatssystem als einen „mit parlamentarischen Formen verbrämten ... Militärdespotismus" bezeichnete.[120] Marx hatte das wahre Wesen der deutschen „Verfassung" hunderttausendmal *tiefer* erfaßt als die Hunderte von Professoren, Pfaffen und Publizisten der Bourgeoisie, die den „Rechtsstaat" verherrlichten. Diese krochen vor den Erfolgen und dem Triumph der deutschen Machthaber auf dem Bauch. Er beurteilte das Klassenwesen der Politik, wobei er sich nicht von einer gegebenen „Wendung" der Ereignisse, sondern von den *gesamten* Erfahrungen der *internationalen* Demokratie und der internationalen Arbeiterbewegung leiten ließ.

Nicht die „Anarchie" ist in Zabern „ausgebrochen", sondern die *wahre* Ordnung in Deutschland, die Säbelherrschaft des halbfeudalen preußischen Grundbesitzers hat sich verschärft und ist ans Licht getreten. Wenn die deutsche Bourgeoisie Ehrgefühl hätte, wenn sie Verstand und Ge-

wissen hätte, wenn sie glaubte, was sie spricht, wenn bei ihr Wort und Tat nicht auseinandergingen – mit einem Wort, wenn sie *nicht* eine Bourgeoisie wäre, die einem nach Millionen zählenden sozialistischen Proletariat von Angesicht zu Angesicht gegenübersteht –, sie würde „anläßlich" des „Vorfalls" in Zabern republikanisch. So aber wird sich die Sache auf platonische Proteste bürgerlicher Politikaster – im Parlament beschränken.

Doch außerhalb des Parlaments wird es damit nicht sein Bewenden haben. Die Stimmung unter den Massen des deutschen Kleinbürgertums hat sich geändert und ändert sich. Die Verhältnisse haben sich geändert, die wirtschaftlichen Umstände haben sich geändert, und *sämtliche Pfeiler* der „ruhigen" Herrschaft des adlig-preußischen Säbels sind *unterhöhlt*. Der *Lauf der Dinge* treibt die Bourgeoisie gegen ihren Willen einer tiefgehenden politischen Krise entgegen.

Vorbei die Zeit, da der „deutsche Michel" unter der Obhut der preußischen Purischkewitsch und bei außerordentlich günstigem Verlauf der kapitalistischen Entwicklung in Deutschland friedlich schlummerte. Der allgemeine und völlige Zusammenbruch reift unaufhaltsam heran und rückt näher . . .

„Sa Prawdu" Nr. 47,
29. November 1913.
Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der „Sa Prawdu".

ZU DEN BESCHLÜSSEN DES BÜROS[121]

Heute, Montag, den 2. (15.) Dezember, ist – zunächst nur aus einem kurzen Telegramm – der Beschluß bekannt geworden, den gestern das Büro zu den russischen Angelegenheiten gefaßt hat. Plechanow erklärte schriftlich seinen Rücktritt, d. h. ist *selbst* um seinen Rücktritt eingekommen.

Das Organisationskomitee (die leitende Instanz der Liquidatoren) ist affiliiert worden, d. h. hat das Recht der Vertretung im Büro erhalten.

(Hierzu muß man bemerken, daß nicht nur die alleropportunistischsten Parteien, sondern sogar Arbeiterorganisationen, die nur halb als Partei zu betrachten sind, entsprechend den Satzungen affiliiert werden können. Affiliiert sind die opportunistischsten Gruppen der Engländer; folglich war auch die Affiliation des OK nicht zu verhindern.)

Was aber ist dabei herausgekommen? Daß Plechanow von den Liquidatoren verdrängt wurde! Sollten die Liquidatoren aus diesem Anlaß zu triumphieren versuchen, so muß man ihnen antworten: *Ihr heuchelt, Anhänger der Einheit zu sein.* Die Herren Liquidatoren haben erreicht, daß sie Plechanows *Platz* einnehmen. Das ist das faktische Ergebnis. Mögen alle Arbeiter und besonders die menschewistischen beurteilen, ob die Liquidatoren die Einheit ehrlich erstreben, ob ehrliche Anhänger der Einheit Plechanow nicht den Vorrang geben würden. Sollte es wirklich einen solch naiven Menschen geben, der glauben kann, daß die Ersetzung Plechanows durch einen Liquidator ein Schritt *zur* Einheit und nicht *weg von* der Einheit ist?

Auf jeden Fall kann ich der Redaktion eine solche Notiz empfehlen, falls die Liquidatoren irgendein dummes Frohlocken gezeigt haben soll-

ten. Man kann noch (später) hinzufügen, daß die OK-Leute (= Liquidatoren) durch die Affiliation die Verpflichtung eingegangen sind, ein *Ganzes* zu bilden, d. h. eine Partei. Wahrscheinlich eine *legale Partei*, meine Herren? Nun, wir werden ja sehen!

Schließlich wurde, wie es im Telegramm heißt, „die Vereinigung der Exekutive übertragen". Das bedeutet, daß das Exekutivkomitee des Büros (= Vandervelde + Bertrand + Anseele + der Sekretär Huysmans) den Auftrag hat, Maßnahmen zu ergreifen oder Schritte zu unternehmen, um die Einheit wiederherzustellen.

Das geschah offensichtlich (oder wahrscheinlich) ohne Vorwurf uns gegenüber. Dann ist es für uns durchaus annehmbar. Man muß sagen, daß das Exekutivkomitee des Büros *immer* und unbedingt verpflichtet ist, sich um die Einheit zu kümmern, und bereits vor zwei Jahren beriet sich Huysmans, der Sekretär des Büros, schriftlich mit Lenin darüber, welche Maßnahmen als Schritte zur Einheit ergriffen werden müßten. Folglich ist der Auftrag an die Exekutive, wie gesagt, für uns durchaus annehmbar, und irgendwelche falschen Auslegungen durch die Liquidatoren wären einfach Lügen.

Über die Sieben und die Sechs ist nichts in dem Telegramm gesagt. Wir wissen jedoch aus einem Brief, daß zu Beginn der Bürositzung bei der Verlesung der Anwesenden ein Liquidator aufgerufen wurde. Daraufhin erklärte unser Vertreter, daß die Sechs den Liquidator nicht gewählt hätte, worauf Huysmans mit einem Hinweis auf die Satzungen antwortete, kraft deren (von den sozialistischen Parlamentsfraktionen) nur die Mehrheit eine Vertretung habe, *unabhängig* von ihrer Parteizugehörigkeit. Deshalb ist es wohl auch dabei geblieben: Der Liquidator als Vertreter der Sieben bzw. der Acht. Lauten die Satzungen so (wir werden das prüfen; *zunächst* mußte man sich mit der offiziellen Erläuterung der Satzungen des Büros durch den Sekretär des Büros in der offiziellen Sitzung begnügen), so taten wir gut daran, daß wir nicht umsonst Kräfte verschwendeten und „in Aktion traten", hinfuhren, forderten. Eine praktische Bedeutung hat das nicht. Darüber in der Presse zu schreiben ist unangebracht. Sollten die Liquidatoren frohlocken, so werden wir ihnen wieder antworten: Ihr heuchelt, Anhänger der Einheit zu sein, ihr verstoßt gegen den Willen der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter.

Das Resultat ist also so, wie wir vorher geschrieben haben.

Wie aus dem Brief unseres Vertreters noch zu ersehen ist, suchten die Liquidatoren Kautsky (der deutscher Delegierter war) zu bewegen, sich dafür zu verwenden, daß zur Frage der Einheit eine *Kommission* eingesetzt wird. Kautsky aber tadelte Rosa Luxemburgs Angriffe auf Lenin und erklärte, daß man vom Ausland her nichts machen könne; die russischen Arbeiter müßten die Einheit fordern.

Wir wollen die Bestätigung dieser Worte abwarten. Wir sind gerade für die *Einheit* gemäß dem Willen der *Mehrheit* der klassenbewußten Arbeiter Rußlands.

So ist die Sachlage nach den zur Zeit vorliegenden Informationen.

Geschrieben am 2. (15.) Dezember 1913.
Zum erstenmal veröffentlicht. *Nach dem Manuskript.*

ÜBER DIE ARBEITEREINHEIT

Die Polemik der „Nowaja Rabotschaja Gaseta" gegen die sechs Arbeiterabgeordneten nimmt in der letzten Zeit immer weniger sachlichen, immer weniger prinzipiellen, immer mehr „intriganten" Charakter an. *Um so notwendiger* ist es, diese Polemik auf eine ernsthafte Analyse der strittigen Fragen *zurückzuführen*. Darin wird gewiß jeder klassenbewußte Arbeiter mit uns übereinstimmen.

Wir haben da „klingende Namen" vor uns, mit denen die Liquidatoren anrücken. Zereteli und Gegetschkori verurteilen die Sechs, die „leitende Instanz" der Augustkonferenz (1912) verurteilt sie ebenfalls. Zum tausendundersten Male wird die Sechs als Spalter beschimpft und wird die „Einheit" proklamiert.

Zum tausendundersten Male werden wir, ohne uns durch das Geschimpfe und Geschrei beirren zu lassen, die Arbeiter in aller Ruhe auffordern, über die Frage nachzudenken und sie zu studieren.

Die Arbeiterklasse braucht die Einheit. Die Einheit kann nur durch eine einheitliche Organisation verwirklicht werden, deren Beschlüsse von allen klassenbewußten Arbeitern nach bestem Wissen und Gewissen durchgeführt werden. Eine Frage beraten, die verschiedenen Meinungen äußern und anhören, die Ansicht der *Mehrheit* der organisierten Marxisten ermitteln, diese Ansicht in einem Beschluß zum Ausdruck bringen, diesen Beschluß gewissenhaft durchführen – das bezeichnet man überall in der Welt, das bezeichnen alle vernünftigen Menschen als *Einheit*. Und eine solche Einheit ist der Arbeiterklasse unendlich teuer, unendlich wichtig. Zersplittert sind die Arbeiter nichts. Vereint sind die Arbeiter alles.

Es fragt sich nun: gibt es Unterlagen, auf Grund deren jeder klassen-

bewußte Arbeiter, der die strittige Frage selbständig untersuchen will, sich über die *Verwirklichung* der Einheit unter den sozialdemokratischen Arbeitern während der letzten Jahre ein Urteil bilden könnte?

Man muß sich bemühen, derartige Unterlagen zu sammeln, muß sie überprüfen, muß sie veröffentlichen als Material zur Aufklärung, zum Zusammenschluß und zur Organisierung der Arbeiter.

Vom April 1912 an bestand die „Prawda", deren Richtung stets (dies hat kein einziger von ihren Gegnern bestritten) genau mit den Beschlüssen übereinstimmte, die seitdem *dreimal* (einmal 1912 und zweimal 1913) von der leitenden Instanz der Marxisten gefaßt wurden. Von wieviel Arbeitern wurden diese Beschlüsse (zu allen Fragen des Arbeiterlebens, insgesamt waren es etwa vierzig Beschlüsse) anerkannt und in die Tat umgesetzt?

Auf diese – offensichtlich sehr wichtige und interessante – Frage kann man nur eine ungefähre Antwort geben, die aber auf ganz exakten, objektiven und *nicht* einseitig zusammengestellten Tatsachen beruht. In den Jahren 1912 und 1913 gab es größtenteils *zwei* Arbeiterzeitungen, die *verschiedene* Ansichten vor den Arbeitermassen vertraten. Beide Zeitungen veröffentlichten Berichte über Arbeitergruppen, die zur Unterstützung der einen oder der anderen Zeitung Geldsammlungen durchgeführt hatten. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß die Arbeitergruppen, die *einer bestimmten* Zeitung eine Unterstützung zukommen ließen, damit durch die Tat (und nicht nur in Worten) ihre Sympathie für deren Richtung sowie ihre Entschlossenheit bekundeten, die Beschlüsse zu verfechten, für die sich diese Zeitung einsetzt.

Die Veröffentlichung dieser Angaben in den beiden im Streit liegenden Zeitungen ist die beste Garantie gegen Fehler, da sie von den interessierten Arbeitern selbst korrigiert würden. Hier diese Angaben, die schon *viele* Male publiziert und *kein einziges Mal* von jemandem widerlegt oder durch andere Angaben ersetzt worden sind: in der Zeit von fast zwei Jahren, vom Januar 1912 bis Oktober 1913, wurden für den „Lutsch" von 556, für die „Prawda" von 2181 und für die Moskauer Arbeiterzeitung von 395 Arbeitergruppen Sammlungen durchgeführt.

Man kann ohne weiteres sagen, daß kein Mensch, wenn er nicht durch irgendwelche besonderen Umstände verblendet ist, Bedenken tragen wird, anzuerkennen, daß die Mehrheit (und zwar eine gewaltige) hinter den „Prawdisten" steht. Die Prawdisten schaffen – langsam, aber beharrlich –

die *wirkliche Einheit* der Arbeiter, die geeint sind durch einheitliche, gewissenhaft von ihnen durchgeführte Beschlüsse. *Zum erstenmal* in Rußland *vereinigt* eine marxistische Tageszeitung, die die einheitlichen und exakten Beschlüsse konsequent verficht, für eine so lange Zeit immer systematischer und fester die über das ganze Land verstreuten *Arbeitergruppen.*

Das ist die Einheit der Arbeiter in der Tat und nicht nur in Worten! Das ist natürlich bei weitem noch nicht alles, aber es ist bereits eine Tat, es sind nicht nur Worte, ist nicht nur bloße Reklame.

Aber Zereteli, Gegetschkori und die „leitende Augustinstanz" umgehen, wie alle übrigen Liquidatoren, *hartnäckig* die Tatsachen!!

Sie reden viel über „Einheit", wollen aber nicht zugeben, daß *gerade* die Liquidatoren, die unter den klassenbewußten Arbeitern eine offenkundige Minderheit darstellen, es sind, die *die Einheit verletzen,* indem sie den Willen der Mehrheit sabotieren!!

Keine Rhetorik, kein Geschrei und keine Schimpfworte vermögen diese einfache und klare Tatsache zu widerlegen. Nur mit einem Lächeln können wir die Berufung der „leitenden August- usw." auf verschiedene „Körperschaften" und Gruppen aufnehmen. Überlegt doch, Herrschaften: was sind diese „Körperschaften und Gruppen" wert, wenn hinter ihnen *überhaupt keine* Arbeiter stehen oder nur eine *offenkundige* Minderheit? Solche „Körperschaften und Gruppen" sind eben *Spalter*gruppen, wenn sie nicht alle Arbeiter auffordern, den Willen der Mehrheit zu erfüllen.

Die Erfahrungen der zweijährigen Belebung der Arbeiterbewegung bestätigen immer mehr die *Ansichten* der Prawdisten. Die Erfahrungen bei der Vereinigung der *Arbeiter* Rußlands auf dem Boden der klaren Beschlüsse der Marxisten zeigen immer deutlicher die Erfolge, das Wachstum und die Kraft unserer Organisation. Es versteht sich, daß wir noch kühner und schneller auf diesem Weg weiterschreiten werden, ohne uns durch Geschimpf, Geschrei oder irgend etwas anderes beirren zu lassen.

„Sa Prawdu" Nr. 50,
3. Dezember 1913.

Nach dem Text der
„Sa Prawdu".

HARTNÄCKIGKEIT BEI DER VERFECHTUNG EINER SCHLECHTEN SACHE

Die Herren Liquidatoren bleiben hartnäckig bei der Verfechtung des oktobristischen Paragraphen, der in ihren Gesetzentwurf über die Freiheiten „hineingeraten" ist. Es ist dies der Paragraph 5, der die Koalitionsfreiheit spitzfindig mit der Bemerkung begrenzt, Handlungen der Arbeiter seien nicht strafbar, *„insofern sie nicht überhaupt eine strafrechtlich zu verfolgende Handlung darstellen"*.

Daß dieser Paragraph reaktionär ist, springt in die Augen. Es ist klar, daß *wirkliche* Sozialdemokraten, wenn sie über diese Rechtsverdrehung zu sprechen hätten, das Gegenteil sagen würden – d. h., sie würden entweder erklären, daß im Zusammenhang mit einem Streik, aus Gründen der Hilfe für die unterdrückten Genossen begangene Handlungen nicht strafbar seien, oder zumindest, daß ihre Strafbarkeit gemildert werden müsse.

Es ist klar, daß die Liquidatoren diesen reaktionären Paragraphen aus ihrem Gesetzentwurf werden streichen müssen: Die Arbeiter werden die Liquidatoren dazu zwingen.

Anstatt nun den Fehler offen zuzugeben, drehen und wenden sich die Liquidatoren (von Burenin-Gamma[122] geführt) und lügen kläglich. Herr Gorski behauptet in der „Nowaja Likwidatorskaja Gaseta"[123], auf Beratungen im Ausland seien (vor 3–4 Jahren)[124] „unter engster Mitwirkung N. Lenins" derartige Artikel in einen Gesetzentwurf über die Streiks aufgenommen worden.

Das ist eine einzige Lüge.

Auf den Beratungen im Ausland wurde die Arbeit so eingeteilt, daß Unterkommissionen die Entwürfe ausarbeiteten, während die Gesamtkommission gewisse Hauptfragen behandelte. An der Unterkommission

für die Streikfrage nahm Lenin überhaupt nicht teil (er war in der Unterkommission für den Achtstundentag). Und in der Gesamtkommission sprach Lenin *gegen* jeden Punkt, der die strafrechtliche Verfolgung zuläßt oder anerkennt!!

Herr Gorski will den Entwurf irgendeines Th. D. (eines ehemaligen Mitglieds der Unterkommission für die Streikfrage!) auf Lenin abwälzen. Das wird Ihnen nicht gelingen, meine Herren!

Herr Burenin-Gamma benutzte zur Verfechtung der schlechten Sache noch ein anderes faules Argument.

„Sie (die Sozialdemokraten)", schrieb er, „müssen ihren Klassenkampf innerhalb gewisser Grenzen führen, aus Respekt nicht vor der ‚bürgerlichen Gesetzlichkeit', sondern vor dem moralischen Rechtsempfinden der breiten Volksmassen."

Das ist ein Argument, würdig eines Spießbürgers!

Innerhalb gewisser Grenzen, Herr Liquidator, führen wir unseren Klassenkampf aus Gründen der *Zweckmäßigkeit*, indem wir nichts zulassen, was geeignet wäre, unsere Reihen (unter gewissen Umständen) zu desorganisieren oder den Ansturm des Feindes gegen uns zu einer Zeit zu erleichtern, wo dies nur für die andere Seite von Vorteil wäre usw. Da der Liquidator diese wirklichen Gründe nicht versteht, gerät er in den opportunistischen Sumpf. Wer sind die breiten Volksmassen? Das sind die zurückgebliebenen Proletarier und Kleinbürger, die voll von spießbürgerlichen, nationalistischen, reaktionären, klerikalen und ähnlichen Vorurteilen sind.

Wie können wir denn vor dem „moralischen Rechtsempfinden" z. B. des Antisemitismus „*Respekt*" haben, der sich, wie nicht unbekannt ist, sehr oft sogar im Bewußtsein „breiter Volksmassen" z. B. Wiens (einer Stadt, die kulturell über vielen russischen Städten steht) als ein vorherrschender Zug gezeigt hat?

Das „moralische Rechtsempfinden" der breiten *kleinbürgerlichen* Massen verurteilt, sagen wir, Schläge, die ein Streikbrecher in der Hitze der Verteidigung eines Streiks erhält, der für die Erhöhung des Hungerlohns geführt wird. Wir werden in solchen Fällen nicht für Gewaltakte *agitieren*, denn das ist vom Standpunkt *unseres* Kampfes *unzweckmäßig*. Aber „Respekt" werden wir vor diesem Empfinden der Kleinbürger nicht

haben – wir werden gegen dieses „Empfinden" unermüdlich mit allen Mitteln der Überzeugung, der Propaganda und der Agitation kämpfen.

Der Appell des Herrn Burenin-Gamma an den „Respekt" vor dem moralischen Rechtsempfinden der breiten Volksmassen ist der Appell eines Spießbürgers an den Respekt vor spießbürgerlichen Vorurteilen.

Es ist das ein weiterer Beweis (zu tausend anderen hinzu) für das spießbürgerliche Wesen der Herren Liquidatoren.

„Proletarskaja Prawda" Nr. 1,
7. Dezember 1913.

Nach dem Text der „Proletarskaja Prawda".

DIE KADETTEN UND DAS „SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER VÖLKER"

Im Sommer dieses Jahres veröffentlichte das Hauptorgan der Liberalen in Rußland, die „Retsch", einen Aufsatz von Herrn Mich. Mogiljanski über den gesamtukrainischen Studentenkongreß in Lwów. In der „Rabotschaja Prawda" wurde darauf hingewiesen, daß Herr Mogiljanski in einer (für einen Demokraten oder für einen Menschen, der als Demokrat gelten will) absolut unzulässigen Weise den ukrainischen Separatismus, der unter anderen von Herrn Donzow propagiert wird, mit *Schimpf*worten überschüttet hat.* Es wurde sofort festgestellt, daß es durchaus nicht darum geht, ob man mit Herrn Donzow, gegen den viele ukrainische Marxisten auftreten, einverstanden ist oder nicht. Es ging darum, daß es *unzulässig* ist, den „Separatismus" als „Fieberphantasien" und Abenteurertum hinzustellen, daß das eine chauvinistische Manier ist und daß ein großrussischer Demokrat bei aller Kritik an diesem oder jenem Plan der Separation (Lostrennung) unbedingt für die *Freiheit* der Lostrennung, für das *Recht* auf Lostrennung agitieren muß.

Wie der Leser sieht, ist das eine grundsätzliche, eine programmatische Frage, die die Pflichten der Demokratie überhaupt betrifft.

Jetzt, ein halbes Jahr danach, nimmt Herr Mich. Mogiljanski in der „Retsch" (Nr. 331) von neuem Stellung zu diesem Thema, wobei er nicht uns, sondern Herrn Donzow antwortet, der in der in Lwów erscheinenden Zeitung „Schljachi"[125] die „Retsch" scharf angegriffen und zu gleicher Zeit darauf hingewiesen hat, daß „nur die russische sozialdemokratische Presse den chauvinistischen Ausfall der ‚Retsch' gebührend gebrandmarkt hat".

* Siehe den vorliegenden Band, S. 256/257. *Die Red.*

Herr Mogiljanski erklärt in seiner Erwiderung an Herrn Donzow *dreimal*, daß „die Kritik an den Rezepten des Herrn Donzow *mit einer Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen nichts gemein hat*".

Diese Erklärung des Mitarbeiters der liberalen „Retsch" ist außerordentlich wichtig, und wir empfehlen dem Leser, sie mit besonderer Aufmerksamkeit zur Kenntnis zu nehmen. Je seltener die Herren Liberalen bereit sind, vom landläufigen politisch-oppositionellen Klatsch zu einer Feststellung und Analyse der grundlegenden und wesentlichen Prinzipien der Demokratie überzugehen, desto dringender muß man zu einer ernsthaften Bewertung eines jeden solchen Übergangs auffordern.

Erkennt unsere konstitutionell-„demokratische" Partei das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung an oder nicht? – das ist die von Herrn Mogiljanski unabsichtlich berührte interessante Frage.

Er macht dreimal seinen Vorbehalt, aber eine direkte Antwort auf diese Frage gibt er nicht! Er weiß sehr wohl, daß man weder im Programm der Kadettenpartei noch in der politischen Tagespropaganda und -agitation dieser Partei eine direkte, exakte und klare Antwort auf diese Frage finden kann.

„Man muß sagen", schreibt Herr Mogiljanski, „daß auch das ‚Selbstbestimmungsrecht der Nationen' nicht irgendein Fetisch ist, an dem keine Kritik geübt werden darf: ungesunde nationale Lebensbedingungen können ungesunde Tendenzen in der nationalen Selbstbestimmung erzeugen, und diese aufzeigen heißt noch nicht, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen verneinen."

Das ist ein Schulbeispiel jener liberalen Ausflüchte, deren Variationen man bei den Herren Semkowski in den Spalten der liquidatorischen Zeitung finden kann! O ja, Herr Mogiljanski, *kein einziges* demokratisches Recht ist ein „Fetisch", bei keinem von ihnen darf man z. B. den *Klassen*inhalt vergessen. Sämtliche allgemein-demokratischen Forderungen sind *bürgerlich*-demokratische Forderungen, aber daraus können nur Anarchisten und Opportunisten eine Schlußfolgerung ziehen, die gegen die konsequenteste Verfechtung dieser Forderungen durch das Proletariat spricht.

Gewiß, das *Recht* auf Selbstbestimmung ist eine Sache, und die *Zweckmäßigkeit* der Selbstbestimmung, der Lostrennung dieser oder jener Nation in diesem oder jenem Fall ist eine andere Sache. Das ist eine

Binsenwahrheit. Doch erkennt Herr Mogiljanski, erkennen die Liberalen Rußlands, erkennt die Kadettenpartei die *Pflicht* des Demokraten an, den Massen, besonders den großrussischen, die große Bedeutung dieses Rechts, seine Dringlichkeit klarzumachen?

Nein, nein und abermals nein. Das gerade umgeht, das gerade verbirgt Herr Mogiljanski. Das ist eine der Wurzeln des *Nationalismus und Chauvinismus* der Kadetten – nicht nur Struves, Isgojews und anderer aufrichtiger Kadetten, sondern auch der Diplomaten der Kadettenpartei von der Art Miljukows sowie der Spießbürger dieser Partei von der Art... Aber Namen sind belanglos!

Der klassenbewußte Arbeiter Rußlands wird nicht vergessen, daß es bei uns außer Nationalreaktionären noch Nationalliberale und Anfänge eines Nationaldemokratismus gibt (denken Sie an Herrn Peschechonow in Nr. 8 des „Russkoje Bogatstwo", Jg. 1906, der zur „Vorsicht" gegenüber den nationalistischen Vorurteilen des großrussischen Bauern ermahnt!).

Für die Bekämpfung des Krebsschadens des Nationalismus in allen seinen Formen ist die Propagierung des Selbstbestimmungsrechts von sehr großer Bedeutung.

„Proletarskaja Prawda" Nr. 4,
11. Dezember 1913.
Unterschrift: J.

Nach dem Text der „Proletarskaja Prawda".

EINE GUTE RESOLUTION UND EINE SCHLECHTE REDE

Alle klassenbewußten Arbeiter Rußlands haben die Resolution des Internationalen Büros zu den russischen Angelegenheiten zweifellos mit Interesse und Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen. Der Kernpunkt dieser Resolution ist bekanntlich der Beschluß über Organisierung oder Veranstaltung einer *„gemeinsamen Aussprache"* „sämtlicher Fraktionen der Arbeiterbewegung" Rußlands, sowohl derjenigen, die das Programm der Sozialdemokratie Rußlands anerkennen, als auch jener, deren Programm mit ihm „im Einklang steht".

Die zweitgenannte Bestimmung ist außerordentlich weitgehend, da sie nicht nur die Anhänger Jagiellos mit einschließt, sondern überhaupt jede Gruppe, der es zu erklären gefällt, ihr Programm „entspreche" oder „stehe im Einklang" mit dem Programm der Sozialdemokratie. Indessen schadet diese dehnbare Bestimmung nichts, denn für eine *„Aussprache"* ist es natürlich wünschenswert, den Kreis der Teilnehmer möglichst weit zu fassen und auch jene nicht auszuschließen, mit denen sich nur einzelne Gruppen der Sozialdemokratie vereinigen *möchten*. Man darf nicht vergessen, daß in der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros zwei Pläne vorgelegen haben: 1. der Plan Kautskys, „eine gemeinsame Aussprache zu veranstalten", und *nicht mehr*. Eine Aussprache vor einem unvoreingenommenen Kollegium, nämlich vor dem Exekutivkomitee des ISB, *wird zeigen*, wie die Dinge stehen und wie tief die Differenzen sind. 2. der andere Plan wurde von Rosa Luxemburg vorgeschlagen, aber nach den Einwendungen Kautskys von ihr wieder zurückgezogen; dieser Plan sah eine „Einigungskonferenz" vor, „die die Wiederherstellung der einigen Partei" verwirklichen sollte.

Es versteht sich, daß dieser Plan schlechter war, denn es müssen zuerst

genaue Daten gesammelt werden, ganz zu schweigen davon, daß Rosa Luxemburg hier nur versuchte, insgeheim die „Wiederherstellung" des traurig berühmten „Tyszkaschen Zirkels" einzuschmuggeln.

Angenommen wurde der Plan Kautskys, der vorsichtiger gehalten ist und an die Frage der Einheit systematischer herangeht, *auf dem Wege über* eine vorherige „Aussprache" und die Prüfung genauer Unterlagen. Es ist deshalb durchaus natürlich, daß die Resolution Kautskys einstimmig angenommen wurde.

Doch von der Resolution Kautskys, die zur Resolution des Büros geworden ist, muß man die *Rede* Kautskys unterscheiden, in der er sich in einem Punkt zu ganz *ungeheuerlichen Dingen* verstiegen hat. Wir haben diesen Umstand bereits kurz gestreift, jetzt aber zwingt uns der Bericht des „Vorwärts" (des deutschen Zentralorgans)[126] über die Rede Kautskys, auf diese wichtige Frage ausführlicher einzugehen.

Sich gegen Rosa Luxemburg wendend, erklärte Kautsky, „die alte Partei sei verschwunden, zwar hätten sich noch die alten Namen erhalten, die aber im Laufe der Jahre einen neuen Inhalt bekommen hätten. Man könne nicht ohne weiteres alte Genossen ausschließen, nur weil ihre Partei nicht den alten Namen führe."

Als Rosa Luxemburg dagegen einwandte, daß „der Ausdruck Kautskys, die russische Partei sei tot, ein unbedachtes Wort ist", begnügte sich Kautsky mit einem Protest „dagegen, gesagt zu haben, die russische Sozialdemokratie sei tot. Er habe nur ausgeführt, daß die alten Formen zerbrochen und daß man eine neue Form schaffen müsse."

Das sind jene Stellen des offiziellen Berichts, die sich auf unsere Frage beziehen.

Daß Kautsky nicht gesagt hat und nicht sagen konnte, die *Sozialdemokratie* sei tot, das liegt auf der Hand. Aber daß die *Partei* verschwunden sei, das hat er gesagt, und das *hat er* trotz des dagegen erhobenen Einwands *nicht zurückgenommen!*

Das klingt unglaublich, ist aber Tatsache.

Die Verwirrung, die Kautsky an den Tag legte, ist unglaublich groß. Vom Ausschluß *welcher* „alten Genossen" sprach er? Der Herren Potressow und Co.? Bezeichnete er als „*ihre* Partei" die liquidatorische Formlosigkeit?

Oder hatte Kautsky die „PPS-Lewica" im Auge, die durch die Formu-

lierung Rosa Luxemburgs ausgeschlossen war? Dann aber ist der Ausdruck „alte Genossen" unbegreiflich, denn die Mitglieder der PPS sind seit dem Bestehen der sozialdemokratischen Partei, d. h. seit dem Jahre 1898, *überhaupt nie* sozialdemokratische Parteigenossen *gewesen!*

Für uns sind beide Auslegungen gleichbedeutend, denn es ist in der Tat lächerlich, die Liquidatoren von einer „Aussprache" über die Einheit auszuschließen (ihretwegen geht ja der ganze Streit), ebenso wie es lächerlich wäre, die PPS-Lewica auszuschließen (abstrakt gesprochen, ist es ja möglich, daß die Liquidatoren – von ihnen muß man alles erwarten! – imstande sind, ihren spalterischen Block mit der *nicht*sozialdemokratischen Partei PPS ultimativ zu verfechten). Jedenfalls ist es nötig, nicht nur genau zu erfahren, was die Herren Liquidatoren, sondern auch, was ihre Verbündeten von der Partei wollen.

Unbestritten bleibt die Tatsache, daß sich Kautsky im Büro zu der Erklärung verstieg, die russische Partei sei verschwunden.

Wie konnte er sich zu solch ungeheuerlichen Dingen versteigen? Um dies zu verstehen, müssen die russischen Arbeiter wissen, *wer* die deutsche sozialdemokratische Presse über die russischen Angelegenheiten *informiert.* Wenn Deutsche schreiben, umgehen sie gewöhnlich die Frage der Meinungsverschiedenheiten. Wenn in den deutschen sozialdemokratischen Presseorganen Russen schreiben, so beobachten wir entweder eine Vereinigung sämtlicher Auslandsgrüppchen mit den Liquidatoren zu unflätigstem Geschimpfe auf die „Leninisten" (wie es im Frühjahr 1912 im „Vorwärts" geschah) oder das Geschreibsel eines Tyszkianers, Trotzkisten oder anderen Mitglieds eines Auslandszirkels, der die Frage bewußt verdunkelt. *Jahrelang* kein einziges Dokument, keine einzige Zusammenstellung von Resolutionen, keine einzige Analyse der Ideen, kein einziger Versuch, Tatsachenmaterial zu sammeln!

Wir bedauern die deutschen Parteiführer, daß sie (die, wenn sie sich mit der Theorie befassen, es wohl verstehen, Material zu sammeln und zu studieren) sich nicht schämen, die Märchen der liquidatorischen Informatoren anzuhören und zu wiederholen.

In der Praxis wird die *Resolution* des Büros angewandt werden, Kautskys Rede aber wird ein bedauerliches Kuriosum bleiben.

„Proletarskaja Prawda" Nr. 6,
13. Dezember 1913.

Nach dem Text der
„Proletarskaja Prawda".

DIE NATIONALE ZUSAMMENSETZUNG DER SCHÜLER IN DER RUSSISCHEN SCHULE

Um von dem Plan der „national-kulturellen Autonomie", der auf die Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten hinausläuft, eine genauere Vorstellung zu bekommen, ist es von Nutzen, die konkreten Angaben über die nationale Zusammensetzung der Schüler in den russischen Schulen zur Hand zu nehmen. Für den Petersburger Schulbezirk sind diese Daten bei der Schulzählung vom 18. Januar 1911 gesammelt worden.

Hier die Angaben über die Verteilung der Schüler in den Elementarschulen des Ministeriums für Volksbildung nach der *Muttersprache*. Die Angaben beziehen sich auf den ganzen St.-Petersburger Schulbezirk; *in Klammern* geben wir die *Ziffern für* St. Petersburg selbst. Unter der Bezeichnung „russische Sprache" werfen die Beamten beständig die großrussische, belorussische und ukrainische („kleinrussische", laut amtlicher Bezeichnung) Sprache durcheinander. Gesamtzahl der Schüler 265 660 (48 076).

Russisch 232 618 (44 223); polnisch 1737 (780); tschechisch 3 (2); litauisch 84 (35); lettisch 1371 (113); shmudisch 1 (0); französisch 14 (13); italienisch 4 (4); rumänisch 2 (2); deutsch 2408 (845); schwedisch 228 (217); norwegisch 31 (0); dänisch 1 (1); holländisch 1 (0); englisch 8 (7); armenisch 3 (3); Zigeuner 4 (0); jüdisch 1196 (396); georgisch 2 (1); ossetisch 1 (0); finnisch 10 750 (874); karelisch 3998 (2); tschudisch 247 (0); estnisch 4723 (536); loparisch 9 (0); syrjänisch 6008 (0); samojedisch 5 (0); tatarisch 63 (13); persisch 1 (1); chinesisch 1 (1); Sprache unbekannt 138 (7).

Das sind verhältnismäßig genaue Angaben. Sie zeigen die gewaltige nationale Buntheit der Bevölkerung, obwohl sie sich auf eins der am stärksten von Großrussen bewohnten Gebiete Rußlands beziehen. Sofort sieht man die große nationale Buntheit der Großstadt, St. Petersburgs. Das ist keine zufällige Erscheinung, sondern ein in allen Ländern und überall in der Welt herrschendes *Gesetz* des Kapitalismus. Die Großstädte, die

Fabrik-, Bergbau-, Eisenbahn- und überhaupt Handels- und Industriesiedlungen zeichnen sich unvermeidlich durch besonders große nationale Buntheit der Bevölkerung aus, und gerade solche Ansiedlungen wachsen am schnellsten, wobei sie dem abgelegenen Dorf ununterbrochen einen immer größeren Teil der Bewohner entreißen.

Man versuche nun, an diesen Angaben aus dem wirklichen Leben jene tote Utopie der nationalistischen Spießer zu messen, die sich „nationalkulturelle Autonomie" nennt oder (in der Übersetzung der Bundisten) „Beseitigung der staatlichen Kompetenz" in den Fragen der nationalen Kultur, d. h. in erster Linie des Schulwesens.

Das Schulwesen wird „der Kompetenz des Staates entzogen" und in die Hände von 23 (in Petersburg) „nationalen Verbänden" gelegt, von denen jeder „seine" „nationale Kultur" fördert!!

Es ist lächerlich, überhaupt auch nur ein Wort zu verschwenden, um zu beweisen, wie unsinnig und reaktionär ein derartiges „nationales Programm" ist.

Es ist sonnenklar, daß die Propagierung eines solchen Plans *in Wirklichkeit* die Verfechtung oder Unterstützung der Ideen des bürgerlichen Nationalismus, des Chauvinismus und Klerikalismus bedeutet. Die Interessen der Demokratie im allgemeinen und der Arbeiterklasse im besonderen verlangen gerade das Gegenteil: es muß angestrebt werden, daß die Kinder *sämtlicher* Nationalitäten in jedem Ort in *einheitlichen* Schulen *vereinigt* werden; die Arbeiter aller Nationalitäten müssen *gemeinsam* jene proletarische Politik im Schulwesen betreiben, die der Abgeordnete der Wladimirer Arbeiter, Samoilow, im Namen der Sozialdemokratischen Arbeiterfraktion Rußlands in der Reichsduma so treffend zum Ausdruck gebracht hat.[127] Wir müssen uns aufs entschiedenste gegen jede wie immer geartete Teilung des Schulwesens nach Nationalitäten wenden.

Nicht dafür müssen wir sorgen, daß die Nationen auf die eine oder andere Art in den Schulen voneinander abgegrenzt werden, sondern im Gegenteil dafür, daß die grundlegenden demokratischen Bedingungen für ein friedliches Zusammenleben der Nationen auf der Grundlage der Gleichberechtigung geschaffen werden. Unsere Aufgabe ist nicht, die „nationale Kultur" auf den Schild zu heben, sondern den klerikalen und bürgerlichen Charakter dieser Losung im Namen der internationalen Kultur der proletarischen Weltbewegung zu entlarven.

Aber, wird man uns fragen, ist es möglich, auf der Grundlage der Gleichberechtigung die Interessen *eines* georgischen Kindes unter 48 076 Schülern Petersburgs zu schützen? Wir anworten darauf: Auf der Grundlage der georgischen „nationalen Kultur" in Petersburg eine besondere georgische Schule zu gründen, ist unmöglich, und wer einen solchen Plan propagiert, trägt *schädliche* Ideen in die Volksmassen.

Doch wir werden nichts Schädliches vertreten und nichts Unmögliches erstreben, wenn wir fordern, daß diesem Kind unentgeltlich ein staatlicher Raum für den Unterricht in der georgischen Sprache, georgischen Geschichte usw. zur Verfügung gestellt wird, daß für dieses Kind georgische Bücher aus der Zentralbibliothek beschafft werden, daß der Staat einen Teil der Kosten für die Entlohnung des georgischen Lehrers bezahlt usw. Wenn wirkliche Demokratie herrscht und der Bürokratismus und der „Peredonowgeist"[128] vollständig aus der Schule vertrieben sind, kann die Bevölkerung dies durchaus erreichen. Aber diese wirkliche Demokratie *kann nicht* anders erreicht werden als unter der Bedingung, daß sich die Arbeiter *aller* Nationalitäten zusammenschließen.

Besondere nationale Schulen für jede „nationale Kultur" zu propagieren ist reaktionär. Doch unter der Bedingung einer wirklichen Demokratie können die Interessen des Unterrichts in der Muttersprache, in der nationalen Geschichte u. a. vollauf gewahrt werden, *ohne* die Schulen nach Nationalitäten zu trennen. Und vollständige örtliche Selbstverwaltung bedeutet, daß es unmöglich ist, beispielsweise den 713 karelischen Kindern des Kreises Kem (wo es nur 514 russische Kinder gibt) oder den 681 syrjänischen Kindern des Kreises Petschora (153 russische Kinder) oder den 267 lettischen Kindern im Kreise Nowgorod (über 7000 russische) usw. usf. irgend etwas mit Gewalt aufzuzwingen.

Die Propagierung der nicht durchführbaren national-kulturellen Autonomie ist ein Unsinn, der nur die Arbeiter heute schon ideologisch zersplittert. Die Propagierung des Zusammenschlusses der Arbeiter aller Nationalitäten erleichtert den Sieg der proletarischen Klassensolidarität, die imstande ist, die Gleichberechtigung und das weitgehend friedliche Zusammenleben aller Nationalitäten zu gewährleisten.

„Proletarskaja Prawda" Nr. 7,
14. Dezember 1913.

Nach dem Text der
„Proletarskaja Prawda".

DIE STREIKS IN RUSSLAND[129]

Die Streikstatistik wird in den meisten Staaten Westeuropas seit relativ kurzer Zeit, seit 10–20 Jahren, richtig geführt. In Rußland gibt es erst seit 1895 Angaben über Streiks. Der Hauptmangel unserer offiziellen Statistik besteht, abgesehen von den zu niedrigen Angaben über die Zahl der Streikenden, darin, daß sie nur die Arbeiter solcher Betriebe erfaßt, die der Fabrikinspektion unterstellt sind. Die Eisenbahner, die Bergleute, die Straßenbahner, die Arbeiter in den akzisepflichtigen Betrieben, in den Berg- und Hüttenwerken usw., die Bauarbeiter und die Landarbeiter werden von der Statistik nicht erfaßt.

Hier die Gesamtdaten seit dem Bestehen einer Streikstatistik in Rußland:

	Zahl der Streiks		Zahl der streikenden Arbeiter	
Jahr	insgesamt	Prozentsatz aller Betriebe	insgesamt	Prozentsatz aller Arbeiter
1895	68	0,4	31 195	2,0
1896	118	0,6	29 527	1,9
1897	145	0,7	59 870	4,0
1898	215	1,1	43 150	2,9
1899	189	1,0	57 498	3,8
1900	125	0,7	29 389	1,7
1901	164	1,0	32 218	1,9
1902	123	0,7	36 671	2,2
1903	550	3,2	86 832	5,1
1904	68	0,4	24 904	1,5
1905	13 995	93,2	2 863 173	163,8
1906	6 114	42,2	1 108 406	65,8
1907	3 573	23,8	740 074	41,9
1908	892	5,9	176 101	9,7
1909	340	2,3	64 166	3,5
1910	222	1,4	46 623	2,4
1911	466	2,8	105 110	5,1
1912	1 918	?	683 361	?

Um wieviel diese Zahlen zu niedrig sind, geht beispielsweise daraus hervor, daß ein sehr vorsichtiger Publizist, Herr Prokopowitsch, für 1912 eine andere Zahl anführt: *683 000* Streikende, und „nach einer anderen Berechnung 1 248 000 in den Fabrikbetrieben und außerdem 215 000 in den der Fabrikinspektion nicht unterstellten Betrieben", das heißt insgesamt *1 463 000*, fast $1^1/_2$ Millionen.

Die Zahl der wirtschaftlichen Streiks beziffert sich (vom Jahre 1905 an) wie folgt:

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Arbeiter	Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Arbeiter
1905	4388	1 051 209	1909	290	55 803
1906	2545	457 721	1910	214	42 846
1907	973	200 004	1911	442	96 730
1908	428	83 407	1912	702	172 052

Die Geschichte der Streiks in Rußland zerfällt somit deutlich in 4 Perioden (abgesehen von den achtziger Jahren, wo die berühmten Streiks in den Morosowschen Fabriken ausbrachen, die selbst von dem reaktionären Publizisten Katkow als das Auftreten der „Arbeiterfrage" in Rußland vermerkt wurden):

	Zahl der Streikenden im Jahresdurchschnitt
1. Periode (1895–1904), vorrevolutionäre Periode	43 000
2. „ (1905–1907), Periode der Revolution	1 570 000
3. „ (1908–1910), Periode der Konterrevolution	96 000
4. „ (1911–1912), Gegenwart, Beginn der Belebung	394 000

Für diese 18 Jahre betrug die durchschnittliche Zahl der Streikenden bei uns 345 400 jährlich. In Deutschland war der Durchschnitt für 14 Jahre (1899–1912) 229 500, in England der Durchschnitt für 20 Jahre (1893 bis 1912) 344 200. Um den Zusammenhang der Streiks in Rußland mit der politischen Geschichte anschaulich zu zeigen, führen wir hier die Daten für die Jahre 1905–1907 *für jedes Vierteljahr* an:

Jahr	1905				1906				1907			
Quartal	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Zahl der Streikenden (in 1000) für je 3 Monate (Quartal)	Beginn der Revolution			Revolution		I. Duma				II. Duma		
insgesamt	810	481	294	1277	269	479	296	63	146	323	77	193
in wirtschaftlichen Streiks	411	190	143	275	73	222	125	37	52	52	66	30
in politischen Streiks	399	291	151	1002	196	257	171	26	94	271	11	163

Die Beteiligung der Arbeiter der verschiedenen Bezirke Rußlands an den Streiks geht aus den folgenden Daten hervor:

Industriebezirke	Zahl der Fabrikarbeiter (in 1000) 1905	Zahl der Streikenden (in 1000) insgesamt in 10 Jahren (1895–1904)	allein 1905
St.-Petersburger	299	137	1033
Moskauer	567	123	540
Warschauer	252	69	887
Die drei südl. Bezirke	543	102	403
Insgesamt	1661	431	2863

Hieraus ersieht man die relative Zurückgebliebenheit Moskaus, noch mehr aber die des Südens, während Petersburg und der Petersburger Bezirk (einschließlich Riga) sowie auch Polen klar an der Spitze liegen.

Die Streikenden verteilten sich auf die wichtigsten Industriezweige folgendermaßen:

Produktionsgruppen	Gesamtzahl der Arbeiter (in 1000) 1904	Zahl der Streikenden (in 1000) insgesamt in 10 Jahren (1895–1904)	allein 1905
Metallarbeiter	252	117	811
Textilarbeiter	708	237	1296
Buchdrucker, Holz-, Leder- und Chemiearbeiter	277	38	471
Arbeiter der keramischen Industrie und der Lebensmittelindustrie	454	39	285
Insgesamt	1691	431	2863

Daraus ersieht man die führende Rolle der Metallarbeiter und die Zurückgebliebenheit der Textilarbeiter, noch mehr aber der übrigen Arbeiter.

Nach den Gründen für den Streik gruppieren sich die Streikenden (in den 14 Jahren von 1895 bis 1908) folgendermaßen: Teilnehmer an politischen Streiks 59,9% der Streikenden; an Lohnstreiks 24,3%; an Streiks wegen der Arbeitszeit 10,9%; wegen der Arbeitsbedingungen 4,8%.

Nach dem Erfolg der Streiks erhalten wir folgende Einteilung (wobei die Streikenden, die den Streik mit einem Kompromiß beendeten, zu gleichen Teilen auf die Sieger und die Besiegten aufgeteilt werden):

Zahl der Streikenden bei wirtschaftlichen Streiks (in 1000)

	insgesamt in 10 Jahren (1895–1904)	in %	1905	in %	1906	in %	1907	in %	1911	in %	1912	in %
Sieger	159	37,5	705	48,9	233	50,9	59	29,5	49	51	55	42
Besiegte	265	62,5	734	51,1	225	49,1	141	70,5	47	49	77	58
Insgesamt	424	100	1439	100	458	100	200	100	96	100	132	100

Die Angaben für die Jahre 1911 und 1912 sind nicht vollständig und mit den vorhergehenden nicht ganz vergleichbar.

Zum Schluß wollen wir einige kurze Angaben über die Verteilung der Streiks nach Betrieben verschiedener Größe und nach dem Standort der Betriebe anführen:

Von hundert Arbeitern jeder Gruppe streikten:

Gruppen der Betriebe	1895–1904, d. h. in 10 Jahren zusammen	allein 1905
bis 20 Arbeiter	2,7	47,0
von 21– 50 „	7,5	89,4
„ 51– 100 „	9,4	108,9
„ 101– 500 „	21,5	160,2
„ 501–1000 „	49,9	163,8
über 1000 „	89,7	231,9

Prozentsatz der Streiks, durchgeführt

	in den Städten	außerhalb der Städte
1895–1904	75,1	24,9
1905	85,0	15,0

Das Überwiegen der Großbetriebe in der Streikbewegung und die relative Zurückgebliebenheit der Fabriken auf dem Land sind aus diesen Zahlen klar ersichtlich.

Geschrieben 1913.

Veröffentlicht am 14. (27.) Dezember 1913 im Taschenkalender „Weggefährte des Arbeiters für das Jahr 1914". Verlag „Priboi", St. Petersburg. Unterschrift: W. J.

Nach dem Text des Kalenders.

DAS NATIONALE PROGRAMM DER SDAPR

Die Beratung des ZK hat die in der „Mitteilung" veröffentlichte Resolution über die nationale Frage* angenommen und die Frage des nationalen Programms auf die Tagesordnung des Parteitags gesetzt.

Warum und auf welche Weise die nationale Frage gegenwärtig – in der gesamten Politik der Konterrevolution, im Klassenbewußtsein der Bourgeoisie und in der proletarischen sozialdemokratischen Partei Rußlands – in den Vordergrund gerückt ist, das wird in der Resolution selbst eingehend gezeigt. Da die Sachlage völlig klar ist, braucht man wohl kaum darauf einzugehen. In der theoretischen marxistischen Literatur wurden diese Sachlage und die Grundlagen des nationalen Programms der Sozialdemokratie in der letzten Zeit bereits beleuchtet (in erster Linie muß hier der Artikel Stalins[130] hervorgehoben werden). Wir halten es deshalb für angebracht, uns in dem vorliegenden Artikel auf die rein parteimäßige Fragestellung zu beschränken sowie auf die Erläuterung dessen, was die durch das Stolypin-Maklakowsche Joch niedergehaltene legale Presse nicht sagen kann.

Die Sozialdemokratie in Rußland stützt sich in ihrer Entwicklung voll und ganz auf die Erfahrungen der älteren Länder, d. h. Europas, und auf den theoretischen Niederschlag dieser Erfahrungen, nämlich den Marxismus. Die Eigenart unseres Landes und die Eigenart des historischen Zeitpunkts, zu dem die Sozialdemokratie in unserem Lande geschaffen wurde, besteht erstens darin, daß bei uns – zum Unterschied von Europa – die Herausbildung der Sozialdemokratie *vor* der bürgerlichen Revolution begann und *während* derselben fortdauert. Zweitens vollzieht sich bei uns

* Siehe den vorliegenden Band, S. 419–422. *Die Red.*

der unvermeidliche Kampf für die Loslösung der proletarischen Demokratie von der allgemein-bürgerlichen und der kleinbürgerlichen – im Grunde der gleiche Kampf, wie ihn alle Länder durchgemacht haben – unter den Bedingungen des vollen theoretischen Sieges des Marxismus im Westen und bei uns. Deshalb ist dieser Kampf seiner Form nach weniger ein Kampf für den Marxismus als vielmehr ein Kampf für oder gegen die kleinbürgerlichen Theorien, die sich mit „beinahe marxistischen" Phrasen tarnen.

So ist es seit der Zeit des „Ökonomismus" (1895–1901) und des „legalen Marxismus" (1895–1901, 1902). Nur Leute, die die geschichtliche Wahrheit fürchten, können den engen, unmittelbaren Zusammenhang und die Verwandtschaft dieser Strömungen mit dem Menschewismus (1903–1907) und dem Liquidatorentum (1908–1913) vergessen.

Die alte „Iskra", die zugleich mit der ersten und grundsätzlichen Begründung des Marxismus in der Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung Rußlands in den Jahren 1901–1903 das Programm der SDAPR vorbereitete und endgültig ausarbeitete, kämpfte in der nationalen Frage wie auch in den übrigen Fragen gegen den kleinbürgerlichen Opportunismus. Seinen Ausdruck fand dieser in den nationalistischen Neigungen oder Schwankungen in erster Linie des „Bund". Die alte „Iskra" führte einen beharrlichen Kampf gegen den Nationalismus des „Bund", und diesen Kampf vergessen bedeutet wiederum, ein Hans Weißnichtmehr zu werden und sich von der geschichtlichen und ideologischen Basis der ganzen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Rußlands zu lösen.

Anderseits fand bei der endgültigen Bestätigung des Programms der SDAPR im August 1903 auf dem zweiten Parteitag ein Kampf statt – der in den Protokollen des Parteitags nicht festgehalten ist, da er sich in der *Programmkommission* abspielte, an deren Sitzungen fast der ganze Parteitag teilnahm –, ein Kampf gegen den plumpen Versuch einiger polnischer Sozialdemokraten, das „Recht der Nationen auf Selbstbestimmung" in Zweifel zu stellen, d. h. von einer ganz anderen Seite aus zum Opportunismus und Nationalismus abzugleiten.

Und heute, zehn Jahre später, verläuft der Kampf in denselben zwei Haupt*richtungen*, was seinerseits wiederum beweist, in welch engem Zusammenhang dieser Kampf mit allen objektiven Bedingungen der nationalen Frage in Rußland steht.

In Österreich wurde auf dem Parteitag zu Brünn (1899) das Programm der „national-kulturellen Autonomie" (das von Kristan, Ellenbogen u. a. verteidigt wurde und im Entwurf der Südslawen seinen Ausdruck fand) *abgelehnt*. Angenommen wurde die *territoriale* nationale Autonomie, und nur die Propaganda der Sozialdemokratie für die unbedingte Notwendigkeit eines Verbands sämtlicher nationalen Gebiete ist ein *Zugeständnis* an die Idee der „national-kulturellen Autonomie". Daß diese Idee auf das Judentum *nicht anwendbar* ist, haben die Haupttheoretiker dieser unglücklichen Idee ganz besonders hervorgehoben.

In Rußland fanden sich – *wie immer* – Leute, die es sich zur Aufgabe machten, den kleinen opportunistischen Fehler zu einem System opportunistischer Politik aufzubauschen. Wie Bernstein in Deutschland die rechten Kadetten in Rußland, Struve, Bulgakow, Tugan und Co., auf den Plan rief, so *führte* die (wie der übervorsichtige Kautsky sich ausdrückte!) „Vernachlässigung des internationalen Moments" bei Otto Bauer in Rußland *zur restlosen* Annahme der „national-kulturellen Autonomie" seitens *aller* bürgerlichen Parteien des Judentums und einer ganzen Reihe kleinbürgerlicher Strömungen (der „Bund" und die *Konferenz* der nationalen sozialrevolutionären Parteien im Jahre 1907). Das zurückgebliebene Rußland liefert sozusagen ein Beispiel dafür, wie die Mikroben des westeuropäischen Opportunismus auf unserem unkultivierten Boden ganze *Epidemien* auslösen.

Man weist bei uns gern darauf hin, daß Bernstein in Europa „geduldet" wird, vergißt aber hinzuzufügen, daß nirgends in der Welt außer im „heiligen" Mütterchen Rußland das Bersteinianertum einen Struvismus ausgelöst und das „Bauerianertum" zur Rechtfertigung des verfeinerten Nationalismus der jüdischen Bourgeoisie durch Sozialdemokraten geführt hat.

Die „national-kulturelle Autonomie" bedeutet eben den verfeinertsten und deshalb schädlichsten Nationalismus, bedeutet, daß die Arbeiter durch die Losung der nationalen Kultur demoralisiert werden, bedeutet die Propagierung der äußerst schädlichen und sogar antidemokratischen Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten. Kurz gesagt, dieses Programm widerspricht absolut dem Internationalismus des Proletariats und entspricht nur den Idealen nationalistischer Spießer.

Doch es gibt *einen Fall*, in dem die Marxisten, wollen sie an der Demo-

kratie und am Proletariat nicht Verrat üben, verpflichtet sind, in der nationalen Frage *eine* spezielle Forderung zu verteidigen: das *Recht* der Nationen auf Selbstbestimmung (§ 9 des Programms der SDAPR), d. h. auf die politische Lostrennung. In der Resolution der Beratung wird diese Forderung so ausführlich erläutert und motiviert, daß es keinerlei Mißverständnisse mehr geben kann.

Wir wollen deshalb nur kurz jene erstaunliche Ignoranz offenbarenden und opportunistischen Einwände kennzeichnen, die gegen diesen Programmpunkt erhoben werden. Es sei hierbei erwähnt, daß *in den 10 Jahren* des Bestehens des Programms *kein einziger Teil* der SDAPR, keine einzige nationale Organisation, keine einzige Gebietskonferenz, kein einziges örtliches Komitee und kein einziger Delegierter eines Parteitags oder einer Beratung versucht hat, die Frage der Revision oder Aufhebung des Paragraphen 9 aufzuwerfen!!

Das muß beachtet werden. Das zeigt uns sofort, ob die Einwände gegen diesen Punkt auch nur eine Spur von Ernsthaftigkeit und parteilicher Einstellung enthalten.

Da haben wir Herrn Semkowski von der Liquidatorenzeitung. Mit der Leichtfertigkeit eines Menschen, der die Partei liquidiert hat, erklärt er: „Aus gewissen Erwägungen sind wir nicht für den Vorschlag Rosa Luxemburgs, den Paragraphen 9 gänzlich aus dem Programm zu streichen." (Nr. 71 der „Nowaja Rabotschaja Gaseta".)

Die Erwägungen sind ein Geheimnis! Und wie soll man auch bei einer solchen Ignoranz in bezug auf die Geschichte unseres Programms nicht „heimlichtun"? Wie sollte man nicht „heimlichtun", wenn derselbe in seiner Leichtfertigkeit so unvergleichliche Herr Semkowski (was heißt da schon irgendeine Partei und irgendein Programm!) für Finnland eine Ausnahme macht?

„Was wäre ... wenn das polnische Proletariat gewillt wäre, im Rahmen *eines* Staates gemeinsam mit dem gesamten Proletariat Rußlands den Kampf zu führen, während dagegen die reaktionären Klassen der polnischen Gesellschaft Polen von Rußland trennen wollten und bei einem Referendum (allgemeine Volksbefragung) dafür die Mehrheit der Stimmen bekämen: Müßten wir russischen Sozialdemokraten im zentralen Parlament gemeinsam mit unseren polnischen Genossen *gegen* die Lostrennung oder, um das ‚Selbstbestimmungsrecht' nicht zu verletzen, *für* die Lostrennung stimmen?"

In der Tat, was ist, wenn Fragen gestellt werden, die von solcher Naivität, von solch hoffnungsloser Verwirrung zeugen?

Das *Recht* auf Selbstbestimmung, lieber Herr Liquidator, bedeutet, daß die Frage eben *nicht* vom zentralen Parlament, sondern von dem Parlament, Landtag, Referendum der *sich lostrennenden Minderheit* entschieden wird. Als sich Norwegen (1905) von Schweden lostrennte, entschied dies Norwegen *allein* (das halb so groß wie Schweden ist).

Selbst ein Kind erkennt, daß Herr Semkowski alles hoffnungslos durcheinanderbringt.

Das „Recht auf Selbstbestimmung" bedeutet ein *solches* demokratisches System, bei dem es nicht nur im allgemeinen Demokratie gibt, sondern bei dem es im besonderen *keine undemokratische* Entscheidung der Frage der Lostrennung *geben kann*. Demokratie allgemein genommen ist mit einem streitbaren und unterdrückenden Nationalismus vereinbar. Das Proletariat fordert eine Demokratie, die *ausschließt*, daß eine Nation mit Gewalt innerhalb der Grenzen eines Staates festgehalten wird. Deshalb sind wir, „um das Selbstbestimmungsrecht nicht zu verletzen", verpflichtet, *nicht* „für die Lostrennung zu stimmen", wie der gescheite Herr Semkowski annimmt, sondern dafür, daß die Entscheidung dieser Frage dem sich lostrennenden Gebiet *selbst* überlassen wird.

Man sollte meinen, sogar bei den geistigen Fähigkeiten des Herrn Semkowski dürfte es nicht schwerfallen dahinterzukommen, daß „das *Recht* auf Ehescheidung" es nicht erfordert, unbedingt für die Scheidung zu *stimmen!* Aber es ist nun einmal das Schicksal der Kritiker des Paragraphen 9, daß sie die Grundbegriffe der Logik vergessen.

Als sich Norwegen von Schweden lostrennte, war das schwedische Proletariat, wenn es nicht dem nationalistischen Spießbürgertum folgen wollte, *verpflichtet*, gegen die von den Pfaffen und Gutsbesitzern Schwedens angestrebte gewaltsame Angliederung Norwegens zu *stimmen* und zu agitieren. Das ist klar und nicht allzu schwer zu verstehen. Die schwedische nationalistische Demokratie konnte auf eine Agitation, wie sie das Prinzip des *Rechts* auf Selbstbestimmung von dem Proletariat der *herrschenden, unterdrückenden* Nationen verlangt, verzichten.

„Was wäre, wenn die Reaktionäre die Mehrheit hätten", fragt Herr Semkowski. Eine Frage, die eines Gymnasiasten der 3. Klasse würdig ist. Und was wäre mit der *russischen* Verfassung, wenn eine demokratische

Abstimmung den Reaktionären die Mehrheit verschaffte? Herr Semkowski stellt eine müßige, nichtige, unsachliche Frage – eine jener Fragen, von denen es heißt, daß sieben Narren mehr fragen, als siebzig Weise beantworten können.

Wenn bei einer demokratischen Abstimmung die Reaktionäre die Mehrheit bilden, so gibt es und kann es überhaupt nur die Alternative geben: entweder wird der Beschluß der Reaktionäre verwirklicht, und seine schädlichen Folgen treiben die Massen mehr oder weniger schnell auf die Seite der Demokratie, gegen die Reaktionäre; oder der Konflikt zwischen der Demokratie und den Reaktionären wird durch einen Bürgerkrieg oder einen anderen Krieg entschieden, der (wovon wahrscheinlich sogar die Semkowski gehört haben) auch unter der Demokratie möglich ist.

Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts bedeutet, „dem ärgsten bürgerlichen Nationalismus" „in die Hände zu arbeiten", versichert Herr Semkowski. Das ist kindischer Unsinn, denn die Anerkennung dieses *Rechts* schließt keineswegs sowohl die Propaganda und Agitation *gegen* die Lostrennung als auch die Entlarvung des bürgerlichen Nationalismus aus. Dagegen ist völlig unbestreitbar, daß die Verneinung des *Rechts* auf Lostrennung bedeutet, dem *ärgsten großrussischen erzreaktionären* Nationalismus „in die Hände zu arbeiten"!

Das eben ist der Kernpunkt des lächerlichen Fehlers Rosa Luxemburgs, dessentwegen sie schon vor langem sowohl in der deutschen als auch in der russischen (August 1903) Sozialdemokratie ausgelacht wurde: daß man aus Furcht, dem bürgerlichen Nationalismus der unterdrückten Nationen in die Hände zu arbeiten, nicht nur dem bürgerlichen, sondern sogar dem erzreaktionären Nationalismus der *unterdrückenden* Nation in die Hände arbeitet.

Wäre Herr Semkowski in den Angelegenheiten der Parteigeschichte und des Parteiprogramms nicht so jungfräulich unberührt, so hätte er erkannt, daß er Plechanow widerlegen muß, der *vor 11 Jahren* in der „Sarja"[131], als er den Programmentwurf der SDAPR (der im Jahre 1903 zum Programm wurde) verteidigte, die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts *besonders* hervorhob (S. 38) und darüber schrieb:

„Diese für die bürgerlichen Demokraten sogar in der Theorie unverbindliche Forderung ist für uns als Sozialdemokraten verbindlich. Ließen wir sie außer acht, oder könnten wir uns nicht entschließen, sie zu erheben, aus Furcht, die

nationalen Vorurteile unserer Landsleute großrussischer Abstammung zu verletzen, so würde der Kampfruf der internationalen Sozialdemokratie: ‚Proletarier aller Länder, vereinigt euch!' auf unseren Lippen zu einer schändlichen Lüge werden."

Schon in der „Sarja" führt Plechanow das Hauptargument an, das in der Resolution der Beratung ausführlich dargelegt ist – ein Argument, das die Herren Semkowski 11 Jahre lang nicht zu beachten geruhten. In Rußland gibt es 43% Großrussen, aber der großrussische Nationalismus herrscht über 57% der Bevölkerung und unterdrückt alle Nationen. Den Nationalreaktionären haben sich bei uns bereits die Nationalliberalen (Struve und Co., die Progressisten usw.) angeschlossen, und es zeigten sich die „ersten Schwalben" eines *National*demokratismus (man erinnere sich dessen, wie Herr Peschechonow im August 1906 zur Vorsicht gegenüber den nationalistischen Vorurteilen des Bauern ermahnte).

In Rußland halten nur die Liquidatoren die bürgerlich-demokratische Revolution für abgeschlossen, jedoch wurde und wird überall in der Welt eine *solche* Revolution von nationalen Bewegungen begleitet. Gerade in Rußland haben wir in einer ganzen Reihe von Randgebieten unterdrückte Nationen, die in den Nachbarstaaten größere Freiheit genießen. Der Zarismus ist reaktionärer als die Nachbarstaaten, er stellt das *größte* Hindernis für eine freie wirtschaftliche Entwicklung dar und schürt mit aller Kraft den Nationalismus der Großrussen. Natürlich zieht der Marxist, *unter sonst gleichen Bedingungen*, große Staaten stets kleinen vor. Aber lächerlich und reaktionär wäre es allein schon, den Gedanken aufkommen zu lassen, daß die Bedingungen unter der Zarenmonarchie die gleichen seien wie die Bedingungen in allen europäischen und in den meisten asiatischen Ländern.

Die Verneinung des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung ist deshalb im heutigen Rußland zweifellos Opportunismus und bedeutet den Verzicht auf den Kampf gegen den bis auf den heutigen Tag allmächtigen erzreaktionären großrussischen Nationalismus.

„Sozial-Demokrat" Nr. 32,
15. (28.) Dezember 1913.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat".

ÜBER EINEN UNZULÄSSIGEN FEHLER KAUTSKYS

In Nr. 6 der „Proletarskaja Prawda" erwähnten wir eine Rede des Gen. Kautsky*, die er anläßlich der Erörterung der russischen Angelegenheiten im Internationalen Sozialistischen Büro hielt und die jeden russischen Leser durch die gänzliche und bedauerliche Unkenntnis in russischen Angelegenheiten überrascht hat.

Kautsky sagte in seiner Rede, in Rußland sei „die alte Partei verschwunden". In Beantwortung geltend gemachter Einwände erklärte Kautsky in einer zweiten Rede, er verwahre sich dagegen, „gesagt zu haben, die russische Sozialdemokratie sei tot, er habe nur ausgeführt, daß die alten Formen zerbrochen und daß man eine neue Form schaffen müsse". So wird die Sache vom „Vorwärts", dem Zentralorgan der deutschen Partei, deren Delegierter Kautsky war, dargestellt. Der „Vorwärts" erscheint in derselben Stadt, in der Kautsky wohnt, und wenn Kautsky der Meinung gewesen wäre, daß seine Reden im „Vorwärts" unrichtig wiedergegeben worden sind, so hätte er natürlich nicht gezögert, den Bericht richtigzustellen, wie er es wiederholt auch in weit weniger wichtigen Fragen getan hat, als es die „Frage der Existenz" einer ganzen Partei ist, die noch dazu in der Internationale vertreten ist.

Doch nun ist in Nr. 101 der „Nowaja Likwidatorskaja Gaseta" ein *eigener* Bericht über die Sitzung des Internationalen Büros erschienen. Die zweite Rede Kautskys wird hier so dargestellt, als habe Kautsky direkt *bestritten*, erklärt zu haben, „die Partei ist verschwunden".

Wir würden uns als erste freuen, wenn Kautsky wirklich das Wort zum zweiten Mal genommen hätte, um sich von der von ihm geäußerten und auf einer höchst bedauerlichen Unkenntnis des Lebens der russischen Partei beruhenden Ansicht entschieden loszusagen. Aber leider! Wir haben nicht den geringsten Grund, der Wiedergabe der „Nowaja Likwidatorskaja Gaseta" mehr Glauben zu schenken als der Wiedergabe des Zentralorgans der deutschen Partei.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 524–526. *Die Red.*

Das Blättchen der Liquidatoren versucht die Sache zu vertuschen. Aber sie ist klar. Kautsky hat mit seinem Satz über das „Verschwinden" der alten Partei nicht nur gezeigt, daß er mit den Tatsachen der russischen Arbeiterbewegung nicht vertraut ist, sondern auch enthüllt, welcherart der Einfluß ist, den die im Ausland lebenden liquidatorischen Ohrenbläser auf unsere ausländischen Genossen ausüben.

Nachdem er seinen ungeheuerlichen Satz ausgesprochen hatte und auf Widerspruch gestoßen war, suchte Kautsky sich zu korrigieren: Aus dem Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, dem „Vorwärts", geht hervor, daß er sich schlecht korrigiert hat; nach der Korrespondenz in der Zeitung der Liquidatoren sieht die Sache besser aus, aber nur wenig, denn was ist die „Form" der Sozialdemokratie anderes als die Partei?

Doch es geht nicht darum, wie Kautsky *sich korrigiert hat*, sondern darum, was für einen unzulässigen, aus den Bemühungen der Liquidatoren im Ausland resultierenden Fehler er *begangen hat*. Die klassenbewußten Arbeiter Rußlands könnten natürlich die Ohrenbläser im Ausland mit Leichtigkeit entlarven, sie brauchen es nur zu wollen. Und sie müssen es endlich wollen! Sie müssen die Informierung der ausländischen Genossen über ihre Bewegung so regeln, daß sie den Händen der verantwortungslosen Auslandsgrüppchen entrissen wird. Sie müssen die Bemühungen der Ohrenbläser, die (ganz naturgemäße) Uninformiertheit der ausländischen Parteien für ihre liquidatorischen Zwecke auszunutzen, *paralysieren*. Gerade deshalb haben wir denn auch die Genossen Arbeiter aufgefordert, den Aufruf des Internationalen Büros zur Klarstellung der Differenzen zwischen den Marxisten und den Liquidatoren möglichst energisch zu beantworten. Mögen die ausländischen Genossen endlich nicht die liquidatorischen Ohrenbläser, sondern die Stimme der Arbeiter selbst hören. Das ist wichtig, das ist notwendig, wenn wir die Idee der internationalen Einheit schätzen.

Diese Aufforderung zu einer wirklichen Klarstellung der Differenzen, zur Informierung der ausländischen Genossen durch Resolutionen, Beschlüsse und Abstimmungen der Arbeiter selbst stellen wir den Versuchen der Liquidatoren entgegen, die tatsächlichen Vorkommnisse in der Sitzung des Büros zu vertuschen und zu entstellen.

„Proletarskaja Prawda" Nr. 8,
15. Dezember 1913.

Nach dem Text der
„Proletarskaja Prawda".

NOCH EINMAL ÜBER DIE TRENNUNG DES SCHULWESENS NACH NATIONALITÄTEN

Die Marxisten kämpfen entschieden gegen den Nationalismus in allen seinen Spielarten, angefangen bei dem groben, reaktionären Nationalismus unserer Regierungskreise und der rechtsoktobristischen Parteien bis zu dem mehr oder weniger verfeinerten und verhüllten Nationalismus der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien.

Der reaktionäre oder Schwarzhunderternationalismus ist bestrebt, einer Nation Privilegien zu sichern, und verdammt damit alle übrigen Nationen zu einer untergeordneten, nicht gleichberechtigten und sogar völlig rechtlosen Lage. Kein einziger Marxist und selbst kein einziger Demokrat kann einem solchen Nationalismus gegenüber eine andere als eine äußerst ablehnende Einstellung haben.

Der bürgerliche und der bürgerlich-demokratische Nationalismus, der in Worten die Gleichberechtigung der Nationen anerkennt, verficht in Wirklichkeit (häufig insgeheim, hinter dem Rücken des Volkes) gewisse Privilegien einer Nation und ist stets bestrebt, für „seine" Nation (d. h. für die Bourgeoisie seiner Nation) größere Vorteile zu erreichen, die Nationen voneinander zu trennen und abzugrenzen, die nationale Ausschließlichkeit zu fördern usw. Dadurch, daß er am meisten von der „nationalen Kultur" redet und dasjenige betont, was die eine Nation von der anderen trennt, *trennt* der bürgerliche Nationalismus die *Arbeiter* der verschiedenen Nationen und verdummt sie durch „nationale Losungen".

Die klassenbewußten Arbeiter beschränken sich nicht darauf, gegen *jegliche* nationale Unterdrückung und gegen *jegliche* nationalen Privilegien zu kämpfen. Sie kämpfen gegen jeden, selbst den verfeinertsten

Nationalismus und vertreten nicht nur die Einheit, sondern auch den *Zusammenschluß* der Arbeiter *aller* Nationalitäten im Kampf gegen die Reaktion und gegen jeden bürgerlichen Nationalismus. Nicht die Nationen voneinander zu trennen ist unsere Aufgabe, sondern die Arbeiter aller Nationen zusammenzuschließen. Nicht die „nationale Kultur" haben wir auf unser Banner geschrieben, sondern die *internationale* Kultur, die alle Nationen zu einer höheren, sozialistischen Einheit verbindet und die durch die internationale Vereinigung des Kapitals schon heute vorbereitet wird.

Der Einfluß des kleinbürgerlichen, spießbürgerlichen Nationalismus hat ebenfalls einige „Auch-Sozialisten" angesteckt, die die sogenannte „Autonomie auf dem Gebiet der Kultur und Volksbildung", das heißt die Übergabe des Schulwesens (und überhaupt der Sache der nationalen Kultur) aus den Händen des Staates in die Hände der einzelnen Nationen, verfechten. Es versteht sich, daß die Marxisten gegen diese Agitation für die *Abgrenzung der Nationen*, gegen diesen verfeinerten Nationalismus, gegen die *Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten* kämpfen. Als unsere Bundisten und später die Liquidatoren die „national-kulturelle Autonomie" *entgegen* dem Parteiprogramm verteidigen wollten, wurden sie nicht nur von den Bolschewiki, sondern auch von den parteitreuen Menschewiki (Plechanow) verurteilt.

Jetzt versucht Herr An in der „Nowaja Rabotschaja Gaseta" (Nr. 103) diese faule Sache zu verteidigen, indem er die Frage verschiebt und uns mit Beschimpfungen überhäuft. Die Beschimpfungen lassen wir ruhig beiseite – das kennzeichnet nur die Ohnmacht der Liquidatoren.

Schulen, in denen in der Muttersprache unterrichtet wird, das eben sei die Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten, versichert Herr An; die Prawdisten wollen den Nichtrussen ihre nationalen Schulen rauben.

Über eine solche Methode des Herrn An kann man nur lachen, denn jedermann weiß, daß die Prawdisten für die völlige Gleichberechtigung der Sprachen eintreten und sogar eine Staatssprache für überflüssig halten! Herr An beginnt in seinem ohnmächtigen Zorn den Kopf zu verlieren. Das ist gefährlich, werter Herr An!

Die Rechte der Muttersprache werden im § 8 des Programms der Marxisten ganz genau und bestimmt anerkannt.[132]

Wenn Herr An recht hätte damit, daß Schulen, in denen in der Muttersprache unterrichtet wird, eben die Trennung des Schulwesens nach

Nationalitäten bedeuten – wozu haben dann die Bundisten im Jahre 1906 und die Liquidatoren im Jahre 1912 jenes Programm „ergänzt" (oder, richtiger gesagt, *verfälscht*), in welchem 1903 auf demselben Parteitag, der die „national-kulturelle Autonomie" *ablehnte*, die *Muttersprache restlos* anerkannt wurde?

Nein, Herr An, es wird Ihnen nicht gelingen, die Frage zu verschieben und die *Verletzung* dieses Programms durch die Liquidatoren, ihre, nach dem Ausdruck des Genossen Plechanow, „Anpassung des Sozialismus an den Nationalismus" durch Lärm, Geschrei und Geschimpf zu vertuschen.

Wir wollen das Programm nicht verletzen. Wir wollen nicht den Sozialismus dem Nationalismus anpassen. Wir sind für die vollständige Demokratie, für völlige Freiheit und Gleichberechtigung der Sprachen, ohne damit irgendwie die „Übergabe des Schulwesens an die Nationen", die „Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten" zu vertreten.

„Es handelt sich ja um die Trennung der Schulen nach Nationen", schreibt Herr An, „also müssen diese Nationen am jeweiligen Ort vorhanden sein, die einander in ihrer Entwicklung stören, und folglich *ist es notwendig, sie* auch auf dem Gebiet der Volksbildung *voneinander abzugrenzen.*"

Die von uns hervorgehobenen Worte offenbaren deutlich, wie das Liquidatorentum Herrn An vom Sozialismus weg zum Nationalismus hin zieht. Die *Abgrenzung* der Nationen innerhalb der Grenzen eines Staates ist schädlich, und wir Marxisten sind bestrebt, sie einander *näherzubringen und zusammenzuschließen*. Nicht die „Abgrenzung" der Nationen ist unser Ziel, sondern die durch eine vollständige Demokratie bewirkte Sicherung ihrer Gleichberechtigung und eines ebenso (verhältnismäßig) friedlichen Zusammenlebens wie in der Schweiz*.

„Proletarskaja Prawda" Nr. 9, 17. Dezember 1913.

Nach dem Text der „Proletarskaja Prawda".

* Herr An erklärt kühn, daß „es auch in den Kantonen der Schweiz keine Mischung der Nationen gibt". Wird er sich nicht schämen, wenn wir ihm die *vier* Kantone Bern, Freiburg, Graubünden und Wallis nennen?

HERR GORSKI UND EIN LATEINISCHES SPRICHWORT

In der Zeitung der Liquidatoren fährt Herr Gorski fort, den offenkundigen Fehler zu verteidigen, den die Sieben beging, als sie den bedauerlichen Punkt über die „strafrechtlich zu verfolgenden Handlungen" annahm. Vergebens sind alle Ausreden, Herr Gorski! Vergebens erklären Sie, der Entwurf Th. D.s sei Ihnen unbekannt – Sie können ihn mit Leichtigkeit durch die Redaktion Ihrer Zeitung beschaffen. Möge Th. D. nicht die Rolle eines Zeugen spielen, der sich „nicht auffinden läßt". Das wäre lächerlich.

Vergebens versichert Herr Gorski, Lenin, Sinowjew und Kamenew hätten „durch ihr Schweigen" die Verantwortung für den Entwurf Th. D.s und seiner Freunde übernommen. Die drei genannten Publizisten würden jeder 10 Sekretäre und eine besondere Zeitung brauchen, um jeden ans Licht der Welt gelangenden Unsinn zu widerlegen.

Vergebens versteckt sich Herr Gorski hinter dem Rücken der (denkbar) *schlechtesten* Elemente unter den Sozialisten; ein Sozialist würde die Strafe für „strafrechtlich zu verfolgende Handlungen" *mildern*, wenn nicht ganz streichen. Es gibt ein schönes lateinisches Sprichwort, das lautet: „Jeder Mensch kann irren, im Irrtum verharren nur der Tor."

Denken Sie an dieses Sprichwort, Herr Gorski und Herr Th. D., und empfehlen Sie der Sieben, den oktobristischen Punkt über die „strafrechtlich zu verfolgenden Handlungen" aus dem Gesetzentwurf herauszunehmen!

„Proletarskaja Prawda" Nr. 10,
18. Dezember 1913.

Nach dem Text der
„Proletarskaja Prawda".

DER BRIEFWECHSEL ZWISCHEN MARX UND ENGELS[133]

Die längst angekündigte Ausgabe des Briefwechsels der berühmten Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus liegt endlich vor. Engels betraute mit der Herausgabe Bebel und Bernstein, und Bebel konnte seinen Anteil an der redaktionellen Arbeit noch kurz vor seinem Tode fertigstellen.

Der Briefwechsel zwischen Marx und Engels, der vor wenigen Wochen bei Dietz in Stuttgart erschienen ist, umfaßt vier starke Bände. Sie enthalten insgesamt 1386 Briefe von Marx und Engels aus der gewaltigen Zeitspanne von 1844 bis 1883.

Die redaktionelle Arbeit, d. h. die Abfassung der Vorworte zum Briefwechsel aus den einzelnen Perioden, hat Ed. Bernstein besorgt. Wie zu erwarten war, ist diese Arbeit unbefriedigend sowohl in technischer als auch in ideologischer Hinsicht. Bernstein hätte – nach seiner traurig berühmten „Evolution" zu extrem opportunistischen Ansichten – nicht die Redaktion von Briefen übernehmen dürfen, die durch und durch revolutionären Geist atmen. Die Vorworte Bernsteins sind zum Teil inhaltlos, zum Teil direkt falsch – wir finden zum Beispiel statt einer genauen, klaren, offenen Charakteristik der von Marx und Engels entlarvten opportunistischen Fehler Lassalles und Schweitzers eklektische Phrasen und Ausfälle, wie etwa diesen: „Man kann mit Fug bestreiten, daß Marx und Engels Lassalles Politik immer richtig beurteilt haben" (Bd. III, S. XVIII), oder, sie hätten in ihrer Taktik derjenigen Schweitzers „viel näher" gestanden als derjenigen Liebknechts (Bd. IV. S. X). Außer Verschleierung und Beschönigung des Opportunismus besagen diese Ausfälle absolut nichts. Leider greift in der heutigen deutschen Sozialdemokratie die eklek-

tische Einstellung zum ideologischen Kampf Marx' gegen viele seiner Gegner immer mehr um sich.

Vom Technischen her gesehen ist das alle vier Bände erfassende Register unbefriedigend zusammengestellt (es fehlen zum Beispiel die Namen Kautsky und Stirling); die Anmerkungen zu den einzelnen Briefen sind zu spärlich und verlieren sich in den Vorworten des Redakteurs, statt daß sie im Anschluß an die betreffenden Briefe gebracht werden, wie dies Sorge gemacht hat, usw.

Der Preis des Briefwechsels ist unmäßig hoch – etwa 20 Rubel für alle vier Bände. Ohne Zweifel hätte man den vollständigen Briefwechsel weniger prunkvoll, zu einem erschwinglicheren Preis herausgeben können und müssen und außerdem – zur weiten Verbreitung unter den Arbeitern – einen Auszug der in prinzipieller Hinsicht wichtigsten Stellen.

Alle diese Mängel der Ausgabe werden das Bekanntwerden des Briefwechsels natürlich erschweren. Das ist bedauerlich, denn er ist von größtem wissenschaftlichen und politischen Wert. Nicht nur, daß Marx und Engels hier dem Leser mit besonderer Prägnanz in ihrer ganzen Größe sichtbar werden. Der überaus reiche theoretische Gehalt des Marxismus entfaltet sich hier höchst anschaulich, denn Marx und Engels kommen in den Briefen wiederholt auf die verschiedensten Seiten ihrer Lehre zurück, indem sie – manchmal gemeinsam beratend und einander überzeugend – das (früheren Ansichten gegenüber) Neueste, das Wichtigste und Schwierigste hervorheben und erläutern.

In erstaunlicher Lebendigkeit zieht die Geschichte der Arbeiterbewegung der ganzen Welt in ihren wichtigsten Momenten und wesentlichsten Punkten an dem Leser vorüber. Noch wertvoller ist die Geschichte der *Politik* der Arbeiterklasse. Aus den verschiedensten Anlässen in den verschiedenen Ländern der Alten Welt und in der Neuen Welt und zu verschiedenen geschichtlichen Zeitpunkten erörtern Marx und Engels das prinzipiell Wichtigste in bezug darauf, wie die Fragen *zu stellen* sind, die die *politischen* Aufgaben der Arbeiterklasse betreffen. Dabei ist die Epoche, die der Briefwechsel umfaßt, gerade die Epoche, in der sich die Arbeiterklasse von der bürgerlichen Demokratie löste, die Epoche, in der eine selbständige Arbeiterbewegung entstand, die Epoche, in der die Grundlagen der proletarischen Taktik und Politik ausgearbeitet wurden. Je öfter wir in unserer Zeit beobachten müssen, wie die Arbeiterbewegung

verschiedener Länder unter dem Opportunismus leidet – infolge der Stagnation und Fäulnis der Bourgeoisie, infolge der völligen Inanspruchnahme der Aufmerksamkeit der Arbeiterführer durch die Kleinarbeit des Tages usw. –, desto größeren Wert gewinnt das überaus reiche Material des Briefwechsels, das tiefstes Verständnis für die *grundlegenden*, weltverändernden Ziele des Proletariats sowie eine ungewöhnlich elastische Bestimmung der jeweiligen taktischen Aufgaben vom Standpunkt dieser revolutionären Ziele und ohne die geringsten Zugeständnisse an den Opportunismus oder an die revolutionäre Phrase offenbart.

Versucht man mit einem Wort auszudrücken, was sozusagen den Brennpunkt des ganzen Briefwechsels ausmacht, jenen zentralen Punkt, in dem alle Fäden des Netzes der geäußerten und erörterten Ideen zusammenlaufen, so wird dies das Wort *Dialektik* sein. Die Anwendung der materialistischen Dialektik bei der radikalen Umarbeitung der gesamten politischen Ökonomie, ihre Anwendung auf die Geschichte, auf die Naturwissenschaft, die Philosophie, die Politik und die Taktik der Arbeiterklasse – das ist es, was Marx und Engels vor allem interessiert, hierzu haben sie das Wesentlichste und Neueste beigetragen, das ist der geniale Schritt, den sie in der Geschichte des revolutionären Denkens vorwärts getan haben.

In der weiteren Darstellung wollen wir nach einem allgemeinen Überblick über den Briefwechsel die interessantesten Bemerkungen und Betrachtungen von Marx und Engels wiedergeben, wobei wir aber keineswegs Anspruch darauf erheben, den ganzen Inhalt der Briefe zu erschöpfen.

I. ALLGEMEINER ÜBERBLICK

Den Briefwechsel eröffnen die Briefe des vierundzwanzigjährigen Engels an Marx aus dem Jahre 1844. Die damalige Situation in Deutschland tritt höchst plastisch hervor. Der erste Brief stammt von Ende September 1844 und kommt aus Engels' Geburtsort Barmen, wo die Familie Engels lebte. Engels war damals noch nicht ganz 24 Jahre alt. Das Familienmilieu bedrückt ihn, und es drängt ihn fort. Der Vater ist ein Despot, ein frommer Fabrikant, darüber empört, daß der Sohn in politische Ver-

sammlungen läuft und kommunistische Überzeugungen hat. „Wär's nicht um meiner Mutter willen, ... die ich wirklich liebe ...", schreibt Engels, „ich ... weiß kaum, wie ich die paar Wochen, die ich hier bin, noch aushalten soll." „Du glaubst nicht", klagt er Marx, „was für kleinliche Rücksichten und abergläubische Befürchtungen" hier in der Familie meiner Abreise entgegengestellt werden.[134]

Solange Engels in Barmen ist – wo ihn eine Liebesgeschichte noch eine gewisse Zeit zurückhält –, gibt er dem Vater nach und arbeitet ungefähr zwei Wochen im Fabrikkontor (sein Vater war Fabrikant). „Der Schacher ist zu scheußlich", schreibt er an Marx, „Barmen ist zu scheußlich, die Zeitverschwendung ist zu scheußlich, und besonders ist es zu scheußlich, nicht nur Bourgeois, sondern sogar Fabrikant, aktiv gegen das Proletariat auftretender Bourgeois zu bleiben." Er tröste sich, fährt Engels fort, mit der Arbeit an seinem Buch über die Lage der arbeitenden Klasse. (Das Buch erschien bekanntlich 1845 und ist eines der besten Werke der sozialistischen Weltliteratur.) „Man kann wohl als Kommunist der äußeren Lage nach Bourgeois und Schachervieh sein, wenn man nicht schreibt, aber kommunistische Propaganda im großen und zugleich Schacher und Industrie treiben, das geht nicht. Genug, Ostern geh ich hier fort. Dazu das erschlaffende Leben in einer ganz radikal-christlich-preußischen Familie – es geht nicht mehr, ich würde auf die Dauer ein deutscher Philister werden können und das Philisterium in den Kommunismus hineintragen."[135] So schrieb der junge Engels. Nach der Revolution von 1848 zwang ihn das Leben, in das Kontor des Vaters zurückzukehren und auf lange Jahre hinaus „Schachervieh" zu bleiben; doch verstand er es, dabei festzubleiben, sich nicht eine christlich-preußische, sondern eine ganz andere, eine Umgebung von Genossen zu schaffen, verstand es, für das ganze Leben ein unbarmherziger Feind des „Hineintragens des Philisteriums in den Kommunismus" zu werden.

Das gesellschaftliche Leben in der deutschen Provinz im Jahre 1844 ähnelt dem russischen am Anfang des 20. Jahrhunderts, vor der Revolution von 1905. Alles drängt sich zur Politik, alles lodert voll oppositioneller Empörung gegen die Regierung, die Pastoren donnern gegen die Jugend wegen ihres Atheismus, Kinder bürgerlicher Familien machen ihren Eltern Szenen, wenn diese „die Dienstboten oder Arbeiter aristokratisch behandeln".

Die allgemeine oppositionelle Stimmung kommt darin zum Ausdruck, daß sich alle als Kommunisten bezeichnen: „In Barmen ist der Polizeikommissär Kommunist", schreibt Engels an Marx. Ich war in Köln, Düsseldorf, Elberfeld – „man mag sich hindrehen und hinwenden, wohin man will, man stolpert über Kommunisten. Ein sehr wütender Kommunist, Karikaturen- und angehender Geschichtsmaler, namens Seel, geht in zwei Monaten nach Paris, ich werde ihn an Euch adressieren, der Kerl wird Euch durch sein enthusiastisches Wesen, seine ... Musikliebhaberei gefallen und ist sehr gut zu gebrauchen als Karikaturenmacher."[136]

„Hier in Elberfeld geschehen Wunderdinge. Wir haben gestern" (geschrieben am 22. Februar 1845) „im größten Saale und ersten Gasthof der Stadt unsre dritte kommunistische Versammlung abgehalten. Die erste 40, die zweite 130, die dritte wenigstens 200 Menschen stark. Ganz Elberfeld und Barmen, von der Geldaristokratie bis zur épicerie [Krämerschaft], nur das Proletariat ausgeschlossen, war vertreten."

So schreibt Engels wörtlich. In Deutschland waren damals alle Kommunisten – mit Ausnahme des Proletariats. Der Kommunismus war die Ausdrucksform der oppositionellen Stimmungen bei allen, und besonders bei der Bourgeoisie. „Das dümmste, indolenteste, philisterhafteste Volk, das sich für nichts in der Welt interessiert hat, fängt an, beinahe zu schwärmen für den Kommunismus."[137] Die Hauptverkünder des Kommunismus waren damals Leute vom Schlage unserer Volkstümler, „Sozialrevolutionäre", „Volkssozialisten" usw., d. h. im Grunde genommen biedere Bourgeois, die mehr oder minder gegen die Regierung aufgebracht waren.

Und unter solchen Umständen, inmitten einer unermeßlichen Zahl pseudosozialistischer Richtungen und Fraktionen, verstand es Engels, sich den Weg zum *proletarischen* Sozialismus zu bahnen, ohne den Bruch mit einer Menge guter Leute, glühender Revolutionäre, aber schlechter Kommunisten, zu scheuen.

Im Jahre 1846 ist Engels in Paris. Paris brodelte damals von Politik und Diskussionen über die verschiedenen sozialistischen Theorien. Engels studiert begierig den Sozialismus, lernt persönlich Cabet, Louis Blanc und andere namhafte Sozialisten kennen, läuft in Redaktionen und Zirkel.

Seine Aufmerksamkeit richtet sich vor allem auf die ernsteste und verbreitetste sozialistische Lehre jener Zeit, auf den Proudhonismus. Noch

vor Erscheinen des Proudhonschen Buches „Die Philosophie des Elends" (Oktober 1846; die Antwort von Marx, die berühmte Schrift „Das Elend der Philosophie", erschien 1847) kritisiert Engels mit schonungslosem Hohn und bewunderungswürdiger Tiefe die Grundideen Proudhons, von denen damals besonders der deutsche Sozialist Grün viel Aufhebens machte. Die ausgezeichnete Kenntnis der englischen Sprache (die Marx sich erst viel später aneignete) und der englischen Literatur ermöglichten es Engels, sofort (Brief vom 16. September 1846) auf die Beispiele des Bankrotts der famosen Proudhonschen „labour-bazars [Arbeiterbasare]" in England hinzuweisen.[138] Proudhon *blamiert* den Sozialismus, empört sich Engels, nach Proudhon sollen die Arbeiter das Kapital *aufkaufen!*

Der sechsundzwanzigjährige Engels bereitet dem „wahren Sozialismus" – diesen Ausdruck finden wir in seinem Brief vom 23. Oktober 1846, lange vor dem „Kommunistischen Manifest" – eine geradezu vernichtende Niederlage, wobei er als dessen Hauptvertreter Grün nennt. Eine „antiproletarische, kleinbürgerliche, straubingische" Lehre, „bloße Duselei", allerhand „Menschheitsstreben", „abergläubische Gespensterfurcht vor dem ‚Löffelkommunismus'", „friedliche Beglückungspläne" für die Menschheit – das sind Äußerungen von Engels, die sich auf *alle* Arten des vormarxschen Sozialismus beziehen.

„Über den Proudhonschen Assoziationsplan wurde drei Abende diskutiert", schreibt Engels. „Anfangs hatte ich beinahe die ganze Clique, zuletzt nur noch Eisermann und die übrigen drei Grünianer gegen mich. Die Hauptsache dabei war, die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution nachzuweisen ..." (23. Oktober 1846.) „Zuletzt wurd' ich wütend ... und attackierte die Straubinger geradezu ..., wodurch ich" ihnen „einen offnen Angriff auf den Kommunismus entlockte ... Ich erklärte also, ehe ich mich auf weitere Diskussion einließe, müsse abgestimmt werden, ob wir hier qua [als] Kommunisten zusammenkämen oder nicht ... Dies erregte großes Entsetzen bei den Grünianern, sie seien hier ‚für das Wohl der Menschheit' zusammen ... Übrigens müßten sie erst wissen, *was* Kommunismus *eigentlich* sei ... Ich gab ihnen eine höchst simple Definition, die ... nichts enthielt, was Anlaß zu Abschweifungen und zur Umgehung der vorgeschlagenen Abstimmung geben könnte. Ich definierte also", schreibt Engels, „die Absichten der Kommunisten dahin: 1. die Interessen der Proletarier im Gegensatz zu denen der Bourgeois durch-

zusetzen; 2. dies durch Aufhebung des Privateigentums und Ersetzung desselben durch die Gütergemeinschaft zu tun; 3. kein andres Mittel zur Durchführung dieser Absichten anzuerkennen als die gewaltsame, demokratische Revolution."[139] (Geschrieben anderthalb Jahre vor der Revolution von 1848.)

Die Diskussion endete damit, daß die Versammlung mit 13 Stimmen gegen 2 Grünianer die Definition von Engels annahm. Diese Versammlungen waren von ungefähr 20 Schreinergesellen besucht. So wurde vor 67 Jahren in Paris der Grundstein der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands gelegt.

Ein Jahr später, im Brief vom 23. November 1847, berichtet Engels an Marx über den von ihm verfaßten Entwurf des „Kommunistischen Manifestes", wobei er sich unter anderem gegen die früher vorgesehene Katechismusform ausspricht. Engels schreibt: „Ich fange an: Was ist der Kommunismus? und dann gleich das Proletariat – Entstehungsgeschichte, Unterschied von früheren Arbeitern, Entwicklung des Gegensatzes des Proletariats und der Bourgeoisie, Krisen, Folgerungen ... und schließlich die Parteipolitik der Kommunisten."[140]

Dieser historische Brief von Engels über den ersten Entwurf einer Schrift, die in der ganzen Welt verbreitet, bis heute in allem Grundlegenden richtig, lebendig und aktuell ist, als wäre sie gestern geschrieben, zeigt anschaulich, daß man die Namen Marx und Engels mit Recht nebeneinander stellt als die Namen der Begründer des modernen Sozialismus.

Geschrieben Ende 1913.
Zuerst veröffentlicht am 28. November 1920 in der „Prawda" Nr. 268.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Manuskript.

ANMERKUNGEN

[1] W. I. Lenins Artikel *„Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus"* wurde in Nr. 3 der Zeitschrift „Prosweschtschenije", Jahrgang 1913, veröffentlicht, die dem 30. Todestag von Karl Marx gewidmet war.

„Prosweschtschenije" (Die Aufklärung) – theoretisches Organ der Bolschewiki; erschien monatlich ab Dezember 1911 legal in Petersburg. Die Zeitschrift, die auf Anregung Lenins gegründet worden war, trat an die Stelle der von der zaristischen Regierung verbotenen Moskauer bolschewistischen Zeitschrift „Mysl" (Der Gedanke). Lenin leitete die Zeitschrift „Prosweschtschenije" vom Ausland her; sie veröffentlichte seine Arbeiten: „Prinzipielle Fragen der Wahlkampagne", „Die Ergebnisse der Wahlen", „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage", „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen" und andere. Den Teil Kunst und Literatur redigierte A. M. Gorki. Die Auflage der Zeitschrift betrug nahezu 5000 Exemplare.

Kurz vor dem ersten Weltkrieg – im Juni 1914 – wurde die Zeitschrift von der zaristischen Regierung verboten. Im Herbst 1917 wurde das „Prosweschtschenije" erneut herausgegeben; es erschien nur eine Doppelnummer der Zeitschrift, in der die Arbeiten Lenins „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?" und „Zur Revision des Parteiprogramms" veröffentlicht wurden. *3*

[2] *„Retsch"* (Die Rede) – Tageszeitung, Zentralorgan der Kadettenpartei; erschien in Petersburg ab Februar 1906. Am 26. Oktober (8. November) 1917 wurde sie vom Revolutionären Militärkomitee beim Petrograder Sowjet verboten; bis August 1918 erschien sie unter anderen Namen. *12*

[3] Lenin meint folgende Worte von Marx aus seiner Einleitung „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie": „Eine Schule, welche die Niederträchtigkeit von heute durch die Niederträchtigkeit von gestern legitimiert, eine Schule, die jeden Schrei des Leibeigenen gegen die Knute für rebellisch

erklärt, sobald die Knute eine bejahrte, eine angestammte, eine historische Knute ist... – die *historische Rechtsschule*, sie hätte daher die deutsche Geschichte erfunden, wäre sie nicht eine Erfindung der deutschen Geschichte." (Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 1, S. 380.) *13*

4 Die Überschrift des Artikels *„Über den ‚Erdölhunger'"* stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. *14*

5 Gemeint ist die „Prawda", die Zeitung der Bolschewiki, und der „Lutsch", die Zeitung der menschewistischen Liquidatoren.

Als die „Sechs" und die „Sieben" bezeichnete man die 6 bolschewistischen und die 7 menschewistischen Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion der IV. Duma. Ausführlicheres darüber siehe den vorliegenden Band, S. 451–469. *22*

6 *„Prawda"* (Die Wahrheit) – legale bolschewistische Tageszeitung, deren erste Nummer am 22. April (5. Mai) 1912 in Petersburg erschien. Der Beschluß über die Herausgabe einer Massenzeitung für die Arbeiter wurde auf der Sechsten (Prager) Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR angenommen.

Die „Prawda" war eine Massenzeitung der Arbeiter; das Geld für ihre Finanzierung wurde von den Arbeitern selbst gesammelt. Um die Zeitung bildete sich ein großer Kreis von Arbeiterkorrespondenten und Arbeiterpublizisten. Im Laufe eines einzigen Jahres wurden in der „Prawda" mehr als elftausend Arbeiterkorrespondenzen veröffentlicht. Die Tagesauflage der „Prawda" betrug im Durchschnitt 40 000 Exemplare und erreichte bei manchen Nummern 60 000 Exemplare.

W. I. Lenin leitete die „Prawda" vom Ausland aus. Er schrieb fast täglich für die Zeitung, gab der Redaktion Anweisungen und gewann für die Zeitung die besten publizistischen Kräfte der Partei. An der Redaktion der Zeitung waren N. N. Baturin, K. S. Jeremejew, M. I. Kalinin, W. M. Molotow, M. S. Olminski, N. G. Poletajew, K. N. Samoilowa, J. W. Stalin, J. M. Swerdlow, A. I. Uljanowa-Jelisarowa u. a. aktiv beteiligt. Auch die bolschewistischen Abgeordneten der IV. Reichsduma A. J. Badajew, M. K. Muranow, G. I. Petrowski, F. N. Samoilow und N. R. Schagow arbeiteten an der „Prawda" tatkräftig mit.

Die „Prawda" war unablässigen polizeilichen Verfolgungen ausgesetzt. Im ersten Jahr ihres Bestehens wurde sie 41mal beschlagnahmt, 36 Gerichtsverfahren wurden gegen die Redakteure durchgeführt, die insgesamt 47½ Monate Gefängnishaft verbüßen mußten. Innerhalb von zwei Jahren und drei Monaten war die „Prawda" von der zaristischen Regierung achtmal verboten, wurde aber jedesmal unter einem anderen Namen neu herausgegeben: „Rabotschaja Prawda" (Arbeiterprawda), „Sewernaja

Prawda" (Prawda des Nordens), „Prawda Truda" (Prawda der Arbeit), „Sa Prawdu" (Für die Prawda), „Proletarskaja Prawda" (Proletarische Prawda), „Put Prawdy" (Weg der Prawda), „Rabotschi" (Der Arbeiter), „Trudowaja Prawda" (Prawda der Werktätigen). Am 8. (21.) Juli 1914, kurz vor Beginn des ersten Weltkriegs, wurde die Zeitung wiederum verboten.

Die Herausgabe der „Prawda" konnte erst nach der Februarrevolution wiederaufgenommen werden. Vom 5. (18.) März 1917 an erschien die „Prawda" als das Zentralorgan der SDAPR. Am 5. (18.) April begann Lenin, aus dem Ausland zurückgekehrt, in der Redaktion zu arbeiten und übernahm die Leitung der „Prawda". Am 5. (18.) Juli 1917 wurden die Redaktionsräume der „Prawda" von Offiziersschülern und Kosaken demoliert. Vom Juli bis Oktober 1917 wechselte die „Prawda", den Verfolgungen seitens der Provisorischen Regierung ausgesetzt, mehrmals ihren Namen und erschien als „Listok ‚Prawdy'" (Blatt der „Prawda"), „Proletari" (Der Proletarier), „Rabotschi" (Der Arbeiter), „Rabotschi Put" (Weg des Arbeiters). Seit dem 27. Oktober (9. November) erscheint die Zeitung unter ihrem alten Namen „Prawda". *26*

7 *„Das Rußland von heute und die Arbeiterbewegung"* hieß ein von Lenin am 18. April 1913 in Krakau gehaltener Vortrag. Der Zeitungsbericht über den Vortrag wurde im „Naprzód" (Vorwärts) veröffentlicht, dem Zentralorgan der Polnischen Sozialdemokratischen Partei Galiziens und Schlesiens, das seit 1892 in Krakau erschien. *28*

8 Lenin meint den reaktionären Staatsstreich vom 3. (16.) Juni 1907, der in der gewaltsamen Auflösung der II. Reichsduma durch die Regierung und in der Abänderung des Gesetzes über die Dumawahlen seinen Ausdruck fand.

Durch das neue Wahlgesetz wurde die Zahl der Vertreter der Gutsbesitzer und der Handels- und Industriebourgeoisie in der Duma um ein vielfaches erhöht, während die ohnehin geringe Zahl von Vertretern der Bauern, Arbeiter und der nichtrussischen Nationalitäten stark verringert wurde. Nach dem neuen Gesetz kam ein Wahlmann in der Grundbesitzerkurie (Gutsbesitzer) auf 230 Wähler, in der ersten Städtekurie (Großbourgeoisie) auf 1000 Wähler, in der zweiten Städtekurie (die übrigen Wähler in der Stadt) auf 15 000 Wähler, in der Bauernkurie auf 60 000 Wähler und in der Arbeiterkurie auf 125 000 Wähler. Durch das Wahlgesetz vom 3. Juni wurde die Vorherrschaft der Schwarzhunderter und Oktobristen in der III. und IV. Reichsduma gesichert. *29*

9 Unter den *„patriarchalischen Losungen" Katkows und Pobedonoszews* versteht Lenin die von ihnen erhobenen Forderungen nach „Unveräußerlichkeit" der Bodenanteile, nach Erhaltung der Dorfgemeinde und anderer Überreste der Leibeigenschaft. Katkow – Redakteur der reaktionären Zeitung „Moskowskije Wedomosti" (Moskauer Nachrichten) – und Pobedonoszew – Oberprokuror des Synods – waren leidenschaftliche Verteidiger der von Alexander III. betriebenen Politik des fronherrlichen Adels. *30*

10 Gemeint ist der *Rat des vereinigten Adels*, eine konterrevolutionäre Organisation der Gutsbesitzer, die im Mai 1906 gegründet wurde. Der Rat übte einen großen Einfluß auf die Politik der zaristischen Regierung aus. Lenin nannte den Rat des vereinigten Adels „Rat der vereinigten Fronherren". *30*

11 *„Russkoje Bogatstwo"* (Russischer Reichtum) – Monatsschrift, die von 1876 bis 1918 in Petersburg erschien. Anfang der neunziger Jahre wurde sie zu einem Organ der liberalen Volkstümler. Von 1906 an war das „Russkoje Bogatstwo" faktisch Organ der halbkadettischen „Volkssozialistischen Arbeitspartei". Lenin bezeichnete die Richtung des „Russkoje Bogatstwo" in dieser Periode als „volkstümlerisch, volkstümlerisch-kadettisch". *31*

12 Lenin meint die am 23. Juni (6. Juli) 1912 von der III. Reichsduma unter dem Druck der Arbeiterbewegung erlassenen Gesetze über die Kranken- und Unfallversicherung. Diese Gesetze fanden nur auf 20 Prozent der Industriearbeiter Anwendung und sahen keine Versicherung im Falle der Invalidität, des Alters und der Arbeitslosigkeit vor.

Die Partei der Bolschewiki organisierte eine Massenkampagne für die Erweiterung der Arbeiterversicherung und nützte diese Kampagne zur Stärkung ihres Einflusses unter den Arbeitermassen aus. *31*

13 Lenin meint den Kampf innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie, dessen Ergebnis die Zersplitterung der einheitlichen Partei in sechs nationale „sozialdemokratische Gruppen" war: die deutsche, tschechische, polnische, ruthenische, italienische und südslawische. Alle diese Gruppen hatten nur durch den gemeinsamen Parteitag und den gemeinsamen Parteivorstand miteinander Verbindung. *32*

14 Gemeint sind die sozialdemokratischen bolschewistischen Organisationen des Kaukasus, die in ihren Reihen die fortschrittlichen Proletarier verschiedener Nationalitäten vereinigten. *32*

15 Die *englische Arbeiterpartei* (Labour Party) – Vereinigung von Trade-Unions, sozialistischen Organisationen und Gruppen, die 1900 mit dem Ziel gegründet wurde, Arbeitervertreter in das Parlament zu bringen. Die Vereinigung nannte sich zunächst „Komitee für Arbeitervertretung" und

nahm 1906 den Namen Labour Party an. Obwohl sie ursprünglich ihrer Zusammensetzung nach eine Arbeiterpartei darstellte (später traten ihr viele kleinbürgerliche Elemente bei), war sie ihrer Ideologie und Taktik nach eine opportunistische Organisation, und ihre Politik war die der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 bezogen die Führer der Labour Party eine sozialchauvinistische Position. *36*

16 Die *Britische Sozialistische Partei* (British Socialist Party) wurde 1911 in Manchester gegründet. Ihren Kern bildete die 1884 entstandene Sozialdemokratische Föderation (geführt von Hyndman, Harry Quelch, Tom Mann u. a.), die später in Sozialdemokratische Partei umbenannt wurde. Die Britische Sozialistische Partei trieb Propaganda und Agitation im Geiste des Marxismus und war eine Partei, „die nicht opportunistisch, sondern von den Liberalen *wirklich* unabhängig ist" *(Lenin)*. Ihre zahlenmäßige Schwäche und ihre Losgelöstheit von den Massen verliehen ihr einen gewissen sektiererischen Charakter.

Während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 bildeten sich in der Partei zwei Richtungen heraus: eine offen sozialchauvinistische unter der Führung von Hyndman und eine internationalistische unter der Führung von A. Inkpin, Th. Rothstein u. a. Im April 1916 spaltete sich die Partei. Hyndman und seine Anhänger blieben in der Minderheit und traten aus der Partei aus. Seitdem hatten die internationalistischen Elemente, die gegen den imperialistischen Krieg kämpften, in der Britischen Sozialistischen Partei die Führung inne. Die Britische Sozialistische Partei ergriff die Initiative zur Gründung der Kommunistischen Partei Großbritanniens im Jahre 1920, und die Mehrheit ihrer Organisationen trat in die Kommunistische Partei ein. *36*

17 Die *Unabhängige Arbeiterpartei Englands* (Independent Labour Party) wurde 1893 gegründet. An der Spitze der Partei standen Keir Hardie, R. MacDonald und andere. Sie erhob Anspruch auf politische Unabhängigkeit von den bürgerlichen Parteien, war jedoch in Wirklichkeit, wie Lenin sich ausdrückte, „‚unabhängig' nur vom Sozialismus, aber vom Liberalismus sehr abhängig". Während des imperialistischen Weltkriegs 1914 bis 1918 trat die Unabhängige Arbeiterpartei zunächst mit einem Manifest gegen den Krieg hervor (13. August 1914), später hingegen, auf der Londoner Konferenz der Sozialisten der Ententeländer im Februar 1915, stimmten die Unabhängigen der auf dieser Konferenz angenommenen sozialchauvinistischen Resolution zu. Seitdem standen die sich mit pazifistischen Phrasen tarnenden Führer der Unabhängigen auf den Positionen des

Sozialchauvinismus. Nach der Gründung der Kommunistischen Internationale im Jahre 1919 beschlossen die Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei unter dem Druck der nach links geschwenkten Massen der Parteimitglieder den Austritt aus der II. Internationale. 1921 traten die Unabhängigen der sogenannten zweieinhalbten Internationale bei und schlossen sich nach deren Zerfall von neuem der II. Internationale an. *36*

18 *„The Labour Leader"* (Der Arbeiterführer) – Wochenzeitung, die ab 1889 herausgegeben wird; ab 1893 Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands. *36*

19 *„Promyschlennost i Torgowlja"* (Industrie und Handel) – Zeitschrift, Organ des Kongreßrates der Vertreter von Industrie und Handel; erschien in Petersburg von Januar 1908 bis Dezember 1917. Die Zeitschrift vertrat die Interessen der großen Industrie- und Handelsbourgeoisie. *40*

20 *Th. D.* – Th. Dan – einer der Führer der menschewistischen Liquidatoren. *44*

21 *„Lutsch"* (Der Strahl) – legale Tageszeitung der menschewistischen Liquidatoren; wurde vom 16. September 1912 bis 5. Juli 1913 (a. St.) in Petersburg herausgegeben. Es erschienen 237 Nummern. Die Zeitung existierte in der Hauptsache von Spenden Liberaler. Die ideologische Leitung der Zeitung lag in den Händen P. B. Axelrods, Th. Dans, L. Martows und A. S. Martynows. *44*

22 Auf die Notwendigkeit der Herausgabe einer legalen Arbeiterzeitung in Moskau wies Lenin bereits im Sommer 1912 hin. „Jeder bewußte Arbeiter begreift", schrieb Lenin damals, „daß Petersburg ohne Moskau wie eine Hand ohne die andere ist... Moskau wird sich natürlich eine *eigene* Arbeitertageszeitung schaffen müssen." Gleichzeitig hielt Lenin es für notwendig, zuerst die „Prawda" zu stärken und danach eine Zeitung in Moskau zu schaffen – die „Moskowskaja Prawda", wie er sie in einem Brief an A. M. Gorki nannte. Die Frage der Herausgabe eines Parteiorgans in Moskau wurde am 27. Juli (9. August) 1913 in Poronin auf einer Beratung der ZK-Mitglieder erörtert.

Die Sammelkampagne für die Moskauer Zeitung begann im Dezember 1912, nachdem in der „Prawda" (Nr. 176 vom 24. November 1912) der Brief einer Gruppe Moskauer Arbeiter erschienen war, in dem sie darauf hinwiesen, daß die Organisierung einer Arbeiterzeitung in Moskau wichtig und durchführbar sei, und dazu aufriefen, für ihren Fonds zu sammeln. Dieser Aufruf fand bei den Arbeitern lebhafte Zustimmung. Das Erscheinen der Zeitung wurde durch die Verhaftung einer Gruppe von Bolschewiki,

die ihre Herausgabe vorbereiteten, verzögert. Die erste Nummer der Moskauer Arbeiterzeitung mit dem Namen „Nasch Put" erschien am 25. August (7. September) 1913. *45*

23 *„Russkaja Mysl"* (Der russische Gedanke) – Monatsschrift liberal-volkstümlerischer Richtung, die ab 1880 in Moskau erschien. Nach der Revolution von 1905 war sie das Organ des rechten Flügels der Kadettenpartei. In dieser Zeit bezeichnete Lenin die „Russkaja Mysl" als „Tschernosotennaja Mysl" (Schwarzhundertergedanke). Die Zeitschrift wurde Mitte 1918 verboten. *55*

24 *„Wechi"* (Marksteine) – Sammelband der Kadetten; erschien 1909 in Moskau mit Artikeln von N. Berdjajew, S. Bulgakow, P. Struve, M. Gerschenson und anderen Vertretern der konterrevolutionären liberalen Bourgeoisie. In ihren Artikeln über die russische Intelligenz versuchten die „Wechi"-Leute, die revolutionär-demokratischen Traditionen der besten Vertreter des russischen Volkes, darunter W. G. Belinskis und N. G. Tschernyschewskis, zu verunglimpfen; sie zogen die revolutionäre Bewegung von 1905 in den Schmutz und sprachen der zaristischen Regierung den Dank dafür aus, daß sie die Bourgeoisie „mit ihren Bajonetten und Gefängnissen" „vor der Volkswut" rettete. Der Sammelband appellierte an die Intelligenz, sich in den Dienst der Selbstherrschaft zu stellen. W. I. Lenin verglich das Programm der „Wechi" sowohl in der Philosophie als auch in der Publizistik mit dem Programm der Schwarzhunderterzeitung „Moskowskije Wedomosti" (Moskauer Nachrichten) und bezeichnete den Sammelband als *„Enzyklopädie des liberalen Renegatentums"*, als eine „einzige Flut reaktionären Spülichts, das über die Demokratie ausgegossen wird". *55*

25 *„Kiewskaja Mysl"* (Kiewer Gedanke) – bürgerlich-demokratische Tageszeitung; erschien von 1906 bis 1918. *57*

26 *„Semschtschina"* (Der Bauernstand) – Tageszeitung der Schwarzhunderter, die von Juni 1909 bis Februar 1917 in Petersburg erschien; sie wurde von der Zarenregierung und dem Rat des vereinigten Adels subsidiert. *61*

27 *„Nowoje Wremja"* (Neue Zeit) – Tageszeitung, die von 1868 bis Oktober 1917 in Petersburg erschien. Zu Beginn gemäßigt liberal, wurde sie Ende der siebziger Jahre zum Organ reaktionärer Kreise des Adels und der Bürokratie. Die Zeitung bekämpfte nicht nur die revolutionäre, sondern auch die bürgerlich-liberale Bewegung. Ab 1905 war sie ein Organ der Schwarzhunderter. Lenin bezeichnete das „Nowoje Wremja" als Musterbeispiel einer käuflichen Zeitung. *61*

[28] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 32, S. 579. *62*

[29] Gemeint sind folgende Parteibeschlüsse: „Entwurf der Bedingungen für die Vereinigung des ‚Bund' und der SDAPR", angenommen 1906 vom IV. (Vereinigungs-) Parteitag der SDAPR, und die Resolution „Über die Vereinigung der örtlichen nationalen Organisationen", angenommen 1908 von der Fünften (Gesamtrussischen) Konferenz der SDAPR. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 134/135, S. 203, russ.) *70*

[30] *„Nascha Sarja"* (Unsere Morgenröte) – legale Monatsschrift der menschewistischen Liquidatoren; erschien von 1910 bis 1914 in Petersburg. Um die „Nascha Sarja" gruppierte sich der Kern der Liquidatoren in Rußland. *71*

[31] *„Torgowo-Promyschlennaja Gaseta"* (Handels- und Industriezeitung) – erschien in Petersburg von 1893 bis 1918, zunächst als Tagesbeilage zum „Westnik Finansow, Promyschlennosti i Torgowli", ab 1894 als selbständige Publikation. *79*

[32] Lenin meint die Beschlüsse der Fünften (Gesamtrussischen) Konferenz der SDAPR, die vom 21. bis 27. Dezember 1908 (3. bis 9. Januar 1909) in Paris abgehalten wurde. Auf der Konferenz waren 16 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend: 5 Bolschewiki, 3 Menschewiki, 5 polnische Sozialdemokraten und 3 Bundisten. Vertreter des ZK der SDAPR war W. I. Lenin. Er hielt auf der Konferenz ein Referat „Über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei" sowie Reden über die sozialdemokratische Dumafraktion, über die Organisationsfrage und andere Fragen. Auf der Konferenz führten die Bolschewiki den Kampf gegen zwei Arten des Opportunismus in der Partei – gegen das Liquidatorentum und gegen den Otsowismus. Auf Vorschlag Lenins verurteilte die Konferenz das Liquidatorentum und rief alle Parteiorganisationen zu entschiedenem Kampf gegen die Versuche auf, die Partei zu liquidieren. In allen Fragen nahm die Konferenz bolschewistische Beschlüsse an. *92*

[33] Lenin meint die Beschlüsse der Sechsten („Prager") Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR, die vom 5. bis 17. (18. bis 30.) Januar 1912 stattfand. Auf der Konferenz waren mehr als 20 Parteiorganisationen vertreten. Deshalb hatte sie faktisch die Bedeutung eines Parteitags. Die Konferenz wurde von W. I. Lenin geleitet; er hielt Referate und schrieb Resolutionsentwürfe zu den wichtigsten Fragen der Tagesordnung der Konferenz.

Die Prager Konferenz der SDAPR spielte in der Entwicklung der Partei der Bolschewiki, der Partei neuen Typus, eine hervorragende Rolle. Sie zog

die Bilanz einer ganzen historischen Periode des Kampfes der Bolschewiki gegen die Menschewiki und verankerte den Sieg der Bolschewiki. Die menschewistischen Liquidatoren wurden aus der Partei vertrieben. Auf der Basis der auf der Konferenz gefaßten Beschlüsse schlossen sich die Parteiorganisationen in den einzelnen Orten fest zusammen. Die Konferenz stärkte die Partei als gesamtrussische Organisation. Sie legte die politische Linie und die Taktik der Partei unter den Bedingungen des neuen revolutionären Aufschwungs fest. Die Partei der Bolschewiki, die sich von den Opportunisten befreit hatte, stand an der Spitze des neuen mächtigen Aufschwungs im revolutionären Kampf der Volksmassen. Die Prager Konferenz war von großer internationaler Bedeutung. Sie gab den revolutionären Kräften in den Parteien der II. Internationale ein Beispiel für den entschiedenen Kampf gegen den Opportunismus, für die konsequente Zuendeführung dieses Kampfes bis zum vollständigen organisatorischen Bruch mit den Opportunisten. *92*

34 Lenin meint die Beschlüsse der Beratung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären, die vom 26. Dezember 1912 bis 1. Januar 1913 (8. bis 14. Januar 1913) in Krakau stattfand und aus konspirativen Gründen als „Februar"beratung bezeichnet wurde. An der Beratung nahmen W. I. Lenin, N. K. Krupskaja, J. W. Stalin, die bolschewistischen Abgeordneten der IV. Reichsduma A. J. Badajew, G. I. Petrowski, N. R. Schagow u. a. teil.

Die Beratung erörterte folgende Fragen: 1. Berichte der örtlichen Organisationen und über die Arbeit des ZK; 2. Der revolutionäre Aufschwung, die Streiks und die Aufgaben der Partei; 3. Der Aufbau der illegalen Organisation; 4. Die sozialdemokratische Dumafraktion; 5. Die Parteipresse; 6. Die Versicherungskampagne; 7. Das Verhältnis zum Liquidatorentum und die Frage der Einheit; 8. Über die „nationalen" sozialdemokratischen Organisationen.

Die Beratung wurde unter Lenins Vorsitz durchgeführt; er sprach zu einer Reihe von Fragen, schrieb die Resolutionen und die Mitteilung über die Beratung. In einem Brief an Gorki bemerkte Lenin, daß die Beratung „sehr gut gewesen ist und noch eine Rolle spielen wird". *92*

35 Der *„Entwurf einer Plattform zum IV. Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands"* wurde im Mai 1913 im Zusammenhang mit der vorbereitenden Tätigkeit für die Einberufung des IV. Parteitags der Sozialdemokratie Lettlands von Lenin für die lettischen Bolschewiki verfaßt. In dieser Periode verschärfte sich der Kampf zwischen Bolschewiki und Menschewiki unter den lettischen Sozialdemokraten; alle zentralen Institutionen waren bis 1913 von menschewistischen Liquidatoren und Versöhnlern besetzt. Die

lettischen Bolschewiki schufen sich, gestützt auf die bolschewistisch gesinnten Arbeiter, ihre eigene Fraktion. Lenin unterstützte sie im Kampf gegen die liquidatorische Parteiführung.

Die Führer der lettischen Bolschewiki, die sich im Ausland ihr Zentrum – das „Büro der Auslandsgruppen" – geschaffen hatten, veröffentlichten die Leninsche Plattform im August 1913 in der Zeitung „Ciņas Biedrs" Nr. 4 und im November 1913 als Sonderdruck aus der Nr. 8 ihres „Bulletins" („Biletens") unter der Überschrift „Unsere Plattform zum IV. Kongreß der Sozialdemokratie Lettlands". Ein drittes Mal wurde der „Entwurf der Plattform" in der Nummer 9/10 des „Bulletins" veröffentlicht. Die Redaktion des „Bulletins", die unter dem Einfluß versöhnlerischer Elemente stand, ließ bei der Veröffentlichung des Leninschen Textes den der nationalen Frage gewidmeten Abschnitt aus und kürzte und änderte andere Abschnitte zum Teil.

In der vierten wie in der dritten Ausgabe der Werke ist der „Entwurf der Plattform" in vollem Wortlaut nach dem erhalten gebliebenen Manuskript Lenins in russischer Sprache veröffentlicht. *93*

36 *An* – Pseudonym des Führers der kaukasischen Menschewiki, N. N. Shordanija. *94*

37 Gruppe *„Wperjod"* – parteifeindliche Gruppe von Otsowisten, Ultimatisten und Gottbildnern; entstand im Dezember 1909 auf Initiative A. Bogdanows und G. A. Alexinskis nach Auflösung der Schule auf Capri, des Fraktionszentrums der Otsowisten und Ultimatisten.

„Der Einfluß dieser Gruppe", schrieb Lenin, „war stets sehr unbedeutend, und sie fristete ihr Dasein ausschließlich dank dem ‚Kompromisseln' mit allen möglichen von Rußland losgelösten und impotenten Auslandsgruppen." (Siehe Werke, Bd. 17, S. 533.) Die Gruppe „Wperjod" zerfiel faktisch in den Jahren 1913–1914. *98*

38 Es handelt sich um das Programm zur nationalen Frage, das auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Österreichs in Brünn (Brno) im September 1899 angenommen wurde. *101*

39 Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei", in Werke, Bd. 4, S. 471. *105*

40 *„Russkije Wedomosti"* (Russische Nachrichten) – Zeitung, die ab 1863 in Moskau erschien; sie vertrat die Anschauungen der gemäßigten liberalen Intelligenz. Anfang 1905 wurde sie zum Organ des rechten Flügels der Kadetten. Bald nach der Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 wurde sie verboten. *120*

41 Der Entwurf der Rede *„Zur Politik des Ministeriums für Volksbildung"* wurde von Lenin für das Auftreten eines bolschewistischen Abgeordneten in der Duma vorbereitet. Diese Rede wurde von dem Abgeordneten A. J. Badajew am 4. (17.) Juni 1913 anläßlich der Erörterung des Berichts der Budgetkommission über den Etat des Ministeriums für Volksbildung für 1913 in der Duma gehalten. Den größten Teil des Leninschen Entwurfs brachte Badajew fast wörtlich, doch er durfte nicht bis zu Ende sprechen. Für den Ausspruch: „Verdient diese Regierung es nicht, vom Volk davongejagt zu werden?" wurde Badajew das Wort entzogen. *122*

42 Es handelt sich um das menschewistische Agrarprogramm der Munizipalisierung des Bodens, das vom IV. (Vereinigungs-) Parteitag der SDAPR angenommen wurde. Eine Kritik dieses Programms ist in W. I. Lenins Arbeiten „Bericht über den Vereinigungsparteitag der SDAPR" und „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907" enthalten. (Siehe Werke, Bd. 10, S. 328–349, und Bd. 13, S. 213–437.) *138*

43 Lenin zitiert den Beschluß über die Verurteilung des Liquidatorentums und des Otsowismus, der vom Januarplenum des ZK der SDAPR 1910 zur Frage der „Lage in der Partei" angenommen wurde. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 236, russ.) *140*

44 *„Wosroshdenije"* (Wiedergeburt) – legale Zeitschrift der menschewistischen Liquidatoren; erschien von Dezember 1908 bis Juli 1910 in Moskau. *143*

45 *„Newski Golos"* (Die Newastimme) – legale Wochenzeitung der menschewistischen Liquidatoren, die von Mai bis August 1912 in Petersburg erschien. *144*

46 Lenin meint das *Gesetz vom 11. (24.) Dezember 1905* über die Einberufung einer „gesetzgebenden" Reichsduma, das von der zaristischen Regierung veröffentlicht wurde, als sich der Moskauer bewaffnete Aufstand auf seinem Höhepunkt befand. Die erste Duma, die nach dem Gesetz vom 11. Dezember 1905 gewählt wurde, war eine kadettische Duma. *149*

47 Lenin bezeichnet als *„Sablers Popen"* die Geistlichen, die auf Anordnung des Oberprokurors des Synods, des Reaktionärs Sabler, zur aktiven Teilnahme an den Wahlen zur IV. Reichsduma herangezogen wurden, um die Wahl von Abgeordneten zu gewährleisten, die der zaristischen Regierung genehm waren. *149*

48 *L. S.* (L. Sedow) – Pseudonym des menschewistischen Liquidators B. A. Ginsburg. *154*

49 Lenin meint zwei in der „Prawda" veröffentlichte Artikel M. S. Olminskis (Witimskis) unter dem Titel „Wer geht mit wem?" und „Die ‚Prawda'", „Prawda" Nr. 106 und 123 vom 10. und 30. Mai 1913. *158*

50 Den Brief *„Zu Herrn Bogdanow und der Gruppe ‚Wperjod'"* schrieb Lenin im Zusammenhang mit einer in der „Prawda" Nr. 120 vom 26. Mai 1913 veröffentlichten Erklärung A. Bogdanows an die Redaktion. Bogdanow machte den Versuch, die von Lenin erwähnte Tatsache zu widerlegen, daß die Ablehnung der Dumatätigkeit und der Ausnutzung anderer legaler Möglichkeiten mit der „Wperjod"-Richtung verbunden war (siehe den vorliegenden Band, S. 141). In einer Anmerkung der Redaktion zu dem Brief Bogdanows, die Lenins heftigen Protest hervorrief, war gesagt worden, daß die Erklärung Bogdanows „als Zeichen der Unvoreingenommenheit" veröffentlicht werde.

Als Antwort auf die Anmerkung der Redaktion schickte Lenin zusammen mit dem Brief „Zu Herrn Bogdanow und der Gruppe ‚Wperjod'" eine Notiz an die „Prawda" (die damals nicht veröffentlicht und bis heute nicht aufgefunden worden ist), die sich gegen die Entstellung der Geschichte der Partei durch Bogdanow richtete. Lenin hatte die Redaktion der „Prawda" wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß eine Mitarbeit Bogdanows an der bolschewistischen Zeitung unzulässig sei. Auf die Forderung Lenins wurde Bogdanow aus der Mitarbeiterliste der „Prawda" gestrichen, nachdem er seinen Artikel „Ideologie" geschrieben hatte, der eine offene Propaganda machistischer Anschauungen darstellte. *161*

51 *Domow* – Pseudonym M. N. Pokrowskis. *162*

52 *Wolski, Stanislaw* – Pseudonym A. W. Sokolows. *162*

53 *Stepinski* – Pseudonym W. R. Menshinskis. *162*

54 Gemeint ist die Zeitschrift „Der Čechoslavische Sozialdemokrat". *164*

55 Als *preußische Oktobristen und Kadetten* bezeichnete Lenin die Fortschrittspartei, die Partei der preußischen liberalen Bourgeoisie. *166*

56 Der Entwurf der Rede *„Zur Frage der (allgemeinen) Agrarpolitik der heutigen Regierung"* wurde von Lenin für das Auftreten eines bolschewistischen Abgeordneten in der Duma vorbereitet. Diese Rede wurde von dem Abgeordneten N. R. Schagow am 9. (22.) Juni 1913 anläßlich der Erörterung des Berichts der Budgetkommission über den Etat des Departements

für staatlichen Grundbesitz in der Duma gehalten. Die Verlesung der Rede wurde von Zwischenrufen der rechten Abgeordneten begleitet, und der Vorsitzende der Duma drohte wiederholt, dem Redner wegen Verletzung der Bestimmung, die das Verlesen von Reden untersagte, das Wort zu entziehen. Schagow mußte mehrere Stellen aus dem Leninschen Entwurf der Rede weglassen; es gelang ihm nur, etwa die Hälfte des Textes zu Gehör zu bringen. *168*

57 Gemeint sind die Slawophilendemonstrationen, die am 17., 18. und 24. März (30., 31. März und 6. April) 1913 von reaktionären nationalistischen Elementen in Petersburg anläßlich der serbisch-bulgarischen Siege über die Türken im ersten Balkankrieg organisiert worden waren. Die reaktionären Elemente versuchten, den nationalen Befreiungskampf der Balkanvölker im Interesse einer räuberischen Großmachtpolitik des russischen Zarismus im Nahen Osten auszunutzen. *210*

58 Der *Generalstreik in Belgien* dauerte vom 14. bis 24. April 1913. Das belgische Proletariat forderte eine Verfassungsreform – allgemeines, gleiches Wahlrecht. Am Streik nahmen 400 000–500 000 Arbeiter von insgesamt mehr als einer Million teil. Die „Prawda" berichtete regelmäßig vom Verlauf des Streiks und über Solidaritätsspenden russischer Arbeiter für die Streikenden. *211*

59 Lenin meint den ersten Jahrestag des Blutbades an der Lena 1912, aus dessen Anlaß die Petersburger Arbeiter einen 24stündigen Streik durchführten, an dem mehr als 85 000 Arbeiter teilnahmen. *214*

60 *Organisationskomitee* (OK) – das leitende Zentrum der Menschewiki, das 1912 auf der Augustkonferenz der menschewistischen Liquidatoren, Trotzkisten und anderer parteifeindlicher Gruppen und Strömungen gebildet worden war. Es bestand bis zur Wahl des ZK der menschewistischen Partei im August 1917. *219*

61 Die *Vorstandswahlen des Petersburger Metallarbeiterverbandes* fanden am 21. April (4. Mai) 1913 statt. An der Metallarbeiterversammlung nahmen an die 800 Personen teil, mehr als 400 fanden keinen Platz mehr im Versammlungsraum. Die Bolschewiki schlugen eine Kandidatenliste für den Vorstand vor, die sie in Nr. 91 der „Prawda" veröffentlicht und unter die Versammelten verteilt hatten. Entgegen dem Drängen der Liquidatoren, „ohne Unterschied der Richtungen" zu wählen, gab die überwiegende Mehrheit der Versammlungsteilnehmer ihre Stimme für die Liste der „Prawda" ab. Von den 14 gewählten Vorstandsmitgliedern standen 10 auf der Liste der „Prawda". *220*

62 *„Diskussionny Listok"* (Diskussionsblatt) – Beilage zum „Sozial-Demokrat", dem Zentralorgan der SDAPR; wurde auf Beschluß des Januarplenums des ZK der SDAPR (im Jahre 1910) herausgegeben und erschien von März 1910 bis April 1911 in Paris. Es erschienen 3 Nummern.

In Nr. 2 des „Diskussionny Listok" vom 25. Mai (7. Juni) 1910 wurde der Schluß von W. I. Lenins Artikel „Notizen eines Publizisten" veröffentlicht. (Siehe Werke, Bd. 16, S. 206–261.) 220

63 *„Der Kampf"* – theoretische Monatsschrift des Austromarxismus. Sie nahm eine opportunistische, zentristische Position ein, die sie hinter linken Phrasen verbarg. Sie erschien von 1907 bis 1934 in Wien, von 1934 bis 1938 in Prag. 220

64 *Neomalthusianismus* – eine Spielart des Malthusianismus, der reaktionären Lehre des englischen bürgerlichen Ökonomen Malthus (1766–1834), der behauptete, es existiere ein „ewiges", von den Besonderheiten der Gesellschaftsordnung unabhängiges Bevölkerungsgesetz, dem zufolge die Bevölkerung sich schneller vermehre, als die Existenzmittel wachsen. Um die Arbeiter vom revolutionären Kampf abzuhalten, propagierten die Malthusianer die verlogene Idee, daß man die sozialen Nöte beseitigen könne, wenn man das Wachstum der Bevölkerung künstlich einschränke.

Die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben die Unwissenschaftlichkeit und den reaktionären Charakter des Malthusianismus entlarvt, sie wiesen nach, daß es ein absolutes Bevölkerungsgesetz nicht gibt und daß die Ursache des Elends unter dem Kapitalismus die Ausbeutung der werktätigen Massen ist. Heute versucht die bürgerliche „Wissenschaft "erneut, den Malthusianismus wiederzubeleben, um ihn als ideologische Waffe im Kampf gegen die Arbeiterklasse, zur Rechtfertigung der kapitalistischen Ordnung und der imperialistischen Kriege zu benutzen. 225

65 *„Russkoje Slowo"* (Das russische Wort) – Tageszeitung, die ab 1895 von I. D. Sytin in Moskau herausgegeben wurde. Formell an keine Partei gebunden, vertrat sie von einem gemäßigt liberalen Standpunkt aus die Interessen der russischen Bourgeoisie.

Im November 1917 wurde sie wegen verleumderischer antisowjetischer Meldungen verboten. Von Januar 1918 bis zu ihrem endgültigen Verbot im Juli 1918 erschien sie unter den Namen „Nowoje Slowo" (Neues Wort) und „Nasche Slowo" (Unser Wort). 225

66 Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei", in Werke, Bd. 4, S. 464. 231

67 Die *„Thesen zur nationalen Frage"* schrieb Lenin in Verbindung mit den Referaten zur nationalen Frage, die er am 9., 10., 11. und 13. Juli 1913

in folgenden Städten der Schweiz hielt: Zürich, Genf, Lausanne und Bern. In den Lenin-Sammelbänden XVII und XXX sind veröffentlicht: ein Plan des Referats, Notizen zum Plan und ausführliche Aufzeichnungen über die Diskussionen zu diesen Referaten. Lenin erwähnt diese Referate in seinem Brief an S. G. Schaumian. (Siehe den vorliegenden Band, S. 496.) *233*

68 *„Föderation schlimmsten Typs"* – so wurden in den Beschlüssen der Prager Konferenz 1912 die Beziehungen der nationalen sozialdemokratischen Organisationen zur Gesamtpartei, wie sie in der SDAPR von 1907 bis 1911 bestanden, charakterisiert. Ungeachtet dessen, daß die sozialdemokratischen Organisationen Polens, Litauens und Lettlands sowie der „Bund" der SDAPR angehörten, hielten sie sich faktisch gesondert. Ihre Vertreter beteiligten sich nicht an der Leitung der gesamtrussischen Parteiarbeit; sie unterstützten direkt oder indirekt die parteifeindliche Tätigkeit der Liquidatoren. (Siehe darüber Werke, Bd. 17, S. 455/456, und Bd. 18, S. 404/405.) *240*

69 *„Russkaja Molwa"* (Russische Stimme) – Tageszeitung, Organ der bürgerlichen Partei der „Progressisten", die 1912 gegründet wurde. Lenin nannte diese Partei ein Mittelding zwischen Oktobristen und Kadetten. Die Zeitung erschien in Petersburg von 1912 bis 1913. *241*

70 *Narodowa Demokracja* (Nationaldemokratie, Narodowzen) – reaktionäre, chauvinistische Partei der polnischen Gutsbesitzer und Bourgeoisie; gegründet 1897. Unter der Losung der „Klassenharmonie" und der „nationalen Interessen" waren die Narodowzen bestrebt, die Volksmassen unter ihren Einfluß zu bringen und sie für ihre reaktionäre Politik zu gewinnen. Während der Revolution von 1905–1907 wurden die Narodowzen zur Hauptpartei der polnischen Konterrevolution, zu polnischen Schwarzhundertern, wie Lenin sie nannte. In der Reichsduma unterstützten sie die Oktobristen.

1919 gab sich die Nationaldemokratie den neuen Namen „Nationale Volksunion" („Związek Ludowo-Narodowy"), und von 1928 an nannte sie sich „Nationalpartei" („Stronnictwo Narodowe"). Nach dem zweiten Weltkrieg schlossen sich die nationaldemokratischen Elemente, die keine eigene Partei hatten, der reaktionären Partei Mikolajczyks, der „Polnischen Volkspartei" („Polske Stronnictwo Ludowe") an. *241*

71 Gemeint ist die Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten, die Hauptforderung des bürgerlich-nationalistischen Programms der „national-kulturellen Autonomie". *241*

72 Lenin meint die Sommerferien der Abgeordneten der IV. Reichsduma nach Beendigung der ersten Sitzungsperiode. Die Sommerpause in der Arbeit

der Duma dauerte vom 25. Juni bis 15. Oktober (8. Juli bis 28. Oktober) 1913. 248

73 *„Leipziger Volkszeitung"* – sozialdemokratische Tageszeitung, die von 1894 bis 1933 erschien. Unter dem Einfluß besonders Franz Mehrings, Julian Marchlewskis und Rosa Luxemburgs, die ab 1902 Redakteure bzw. feste Mitarbeiter der Zeitung waren, entwickelte sich die „Leipziger Volkszeitung" zu einem international geachteten Sprachrohr der linken Strömung in der deutschen Sozialdemokratie. 1913 wurden die Linken von den Opportunisten aus der Redaktion verdrängt. Von 1917 bis 1922 war die Zeitung ein Organ der USPD. 250

74 Gemeint ist das *„Sowremennoje Slowo"* (Das Wort der Gegenwart) – Tageszeitung der Kadetten, die von 1907 bis 1918 in Petersburg erschien. 252

75 *„Rossija"* (Rußland) – Tageszeitung der Schwarzhunderter, die von 1905 bis 1914 in Petersburg herausgegeben wurde. Von 1906 an war sie das offizielle Organ des Innenministeriums. Lenin nannte die Zeitung „Rossija" ein „korruptes Polizeiblättchen". 252

76 Lenin meint die Rede des bolschewistischen Abgeordneten G. I. Petrowski, die er in der Sitzung der Reichsduma am 20. Mai (2. Juni) 1913 bei der Erörterung des Etats des Innenministeriums hielt. Der Entwurf der Rede war von Lenin verfaßt worden. Im Auftrag Lenins hatte N. K. Krupskaja in einem Brief vom 18. April (1. Mai) 1913 aus Krakau nach Petersburg geschrieben, daß man alle Anstrengungen unternehmen müsse, um die Rede in vollem Wortlaut zu halten, da sie von außerordentlicher Wichtigkeit sei. Das Manuskript der Rede ist nicht aufgefunden worden. 256

77 Lenin meint den Artikel „Die Berliner Debatte über die Revolution" aus der „Neuen Rheinischen Zeitung". (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 5, S. 64–66.) 261

78 *„Frankfurter Zeitung"* – bürgerliche Tageszeitung; erschien in Frankfurt am Main von 1856 bis 1943. 265

79 *L. M.* – L. Martow, einer der Führer der Menschewiki. 275

80 *„Der Sozialdemokrat"* – sozialdemokratische Wochenzeitung, Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes; erschien von 1879 bis 1890. 289

81 Lenin meint die Reden August Bebels: „Die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei" auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Hannover (9.–14. Oktober 1899); „Die Taktik der Partei" und „Mitarbeit an der bürgerlichen Presse" auf dem Parteitag in Dresden (13.–20. September 1903). 290

82 Lenin meint die bekannte Lassallesche These, daß gegenüber der Arbeiterklasse alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind. Diese These wurde in das auf dem Gothaer Parteitag 1875 angenommene Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands aufgenommen.

Kritik an dieser antirevolutionären These übte Karl Marx in seiner Arbeit „Kritik des Gothaer Programms". (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 19, S. 22/23.) *294*

83 Als *Ukas-Anteil* wurde der Bodenanteil bezeichnet, der durch die Verordnung vom 19. Februar 1861 für das Steppengebiet Rußlands festgesetzt worden war. Während für das Schwarzerdegebiet und für das Nichtschwarzerdegebiet zwei verschiedene Normen festgesetzt worden waren: eine Höchst- und eine Mindestnorm (die letztere betrug ein Drittel der Höchstnorm), wurde für das Steppengebiet in Anbetracht des Bodenüberflusses eine einzige Anteilgröße festgelegt, die durch das Gesetz (Ukas) bestimmt wurde. *327*

84 *G. R.* (G. Rakitin) – Pseudonym des menschewistischen Liquidators W. O. Zederbaum. *333*

85 *PPS – Polnische Sozialistische Partei* (Polska Partia Socjalistyczna) – reformistische nationalistische Partei, die im Jahre 1892 gegründet wurde. Die PPS, deren Programm der Kampf für die Unabhängigkeit Polens zugrunde lag, betrieb eine separatistische, nationalistische Propaganda unter den polnischen Arbeitern und war bestrebt, sie vom gemeinsamen Kampf mit den russischen Arbeitern gegen die Selbstherrschaft und den Kapitalismus abzulenken. 1906 spaltete sich die PPS in zwei Fraktionen: die PPS-„Lewica" und die rechte, chauvinistische PPS-„Prawica" („Fracy"). Die PPS-„Lewica" nahm unter dem Einfluß der SDAPR(B) sowie der SDKPuL (Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens) nach und nach eine konsequent revolutionäre Position ein. Im ersten Weltkrieg bezog ein großer Teil der PPS-„Lewica" eine internationalistische Stellung und vereinigte sich im Dezember 1918 mit der SDKPuL. Die vereinigten Parteien gründeten die Kommunistische Arbeiterpartei Polens (die ab 1925 Kommunistische Partei Polens genannt wurde).

Die rechte PPS, an ihrer Spitze Pilsudski, nahm während des ersten Weltkriegs eine nationalchauvinistische Haltung ein. Nach der Bildung des polnischen bürgerlichen Staates betrieb sie eine antisowjetische Politik. Während des zweiten Weltkriegs spaltete sie sich erneut in zwei Gruppen. Der reaktionäre, chauvinistische Teil beteiligte sich an der reaktionären polnischen Londoner Exil„regierung". Der linke Teil der PPS, der sich „Arbeiterpartei der Polnischen Sozialisten" nannte, schloß sich mit der

1942 gegründeten Polnischen Arbeiterpartei (Kommunisten) zur Volksfront zum Kampf gegen die Hitlerokkupanten zusammen. Im Dezember 1948 vereinigten sich beide Parteien und bildeten die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP). *334*

86 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 26, zweiter Teil, S. 38. *334*

87 Die Neuwahlen für den Vorstand des Petersburger Metallarbeiterverbandes fanden am 25. August (7. September) 1913 statt. An der Versammlung nahmen rund dreitausend Arbeiter teil. Trotz der Versuche der Liquidatoren, die Versammelten gegen den bolschewistischen Vorstand des Verbandes einzunehmen, wurde mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, in der dem Vorstand für seine Arbeit gedankt wurde. Die Liste der Liquidatoren, die als erste zur Abstimmung kam, erhielt ungefähr 150 Stimmen. Die bolschewistische Liste, die in der „Sewernaja Prawda" veröffentlicht worden war, wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. *340*

88 Der Artikel *„Die Sprache der Zahlen"* wurde in der Zeitung „Nasch Put" mit folgender redaktioneller Bemerkung versehen: „Die Redaktion bittet den Verfasser um Entschuldigung für die im Artikel vorgenommenen *unumgänglichen* Kürzungen und Änderungen." Welche Änderungen an diesem Artikel vorgenommen wurden, konnte nicht festgestellt werden, da das Leninsche Manuskript nicht aufgefunden wurde. *348*

89 *„Justice"* (Gerechtigkeit) – Wochenzeitung, gegründet 1884 in London als Zentralorgan der englischen Sozialdemokratischen Föderation; von 1911 an war sie das Organ der Britischen Sozialistischen Partei. Nach der Spaltung der Partei im Jahre 1916 wurde die Zeitung „Justice" das Organ der auf sozialchauvinistischen Positionen stehenden Minderheit; sie erschien bis 1925.

In den Jahren 1902/1903 wurde in der Druckerei der „Justice" die Leninsche „Iskra" gedruckt. *360*

90 Das *Gesetz vom 4. (17.) März 1906* – provisorische Maßregeln über Vereinigungen, Gewerkschaften und Versammlungen – gestattete es, Vereinigungen, Gewerkschaften usw. zu organisieren, errichtete aber zugleich eine Reihe von Hindernissen, die das Gesetz faktisch wirkungslos machten. Das Gesetz gab dem Innenminister das Recht, nach eigenem Gutdünken nicht nur Vereinigungen und Gewerkschaften zu verbieten, sondern auch die Registrierung neuer Gewerkschaften abzulehnen.

Als *Gesetz vom 2. (15.) Dezember 1905* wurden provisorische Maßregeln bezeichnet, denen zufolge die Teilnahme an Streiks als strafrechtlich zu verfolgendes Verbrechen angesehen wurde. *377*

91 *„Jenissejskaja Mysl"* (Jenissej-Gedanke) – Tageszeitung bürgerlich-liberaler Richtung, die von 1912 bis 1915 in Krasnojarsk herausgegeben wurde. *382*

92 *„Grashdanin"* (Der Staatsbürger) – reaktionäre Zeitschrift, die von 1872 bis 1914 in Petersburg erschien. Von den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts an war sie das Organ der extremen Monarchisten. Die Existenzmittel der Zeitschrift waren in der Hauptsache Subsidien, die sie von der Zarenregierung erhielt. *383*

93 Lenin führt die in der Resolution der Fünften (Gesamtrussischen) Konferenz der SDAPR von 1908 gegebene Charakteristik der Entwicklung des Zarismus in der Periode der Stolypinschen Reaktion an. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 195, russ.) *392*

94 Der *Brester (X.) Parteitag der französischen Sozialistischen Partei* fand vom 23. bis 29. März 1913 in Brest (Frankreich) statt. *397*

95 Lenin meint den 4. Kongreß der Angestellten aus Handel und Industrie, der in Moskau vom 29. Juni bis 3. Juli (12. bis 16. Juli) 1913 stattfand. An dem Kongreß nahmen 378 Delegierte teil. Die Bolschewiki, denen sich fast die Hälfte aller Delegierten anschloß, hatten auch den aus linken Volkstümlern bestehenden Teil des Kongresses hinter sich, mit dem zusammen sie die Mehrheit bildeten. Die Liquidatoren waren durch ein winziges Häuflein vertreten. Die Arbeit des Kongresses wurde in den Spalten der „Prawda" ausführlich geschildert. Auf Anordnung des Innenministers wurde der Kongreß verboten. *401*

96 Lenin zitiert mit einigen Änderungen N. A. Nekrassows Gedicht „Ein Mann der vierziger Jahre":

„Doch manchmal sich vorbeizudrücken
an einer Frage, ernst und dräuend . . ."

(Siehe N. A. Nekrassow, Ausgewählte Werke, 1947, S. 144, russ.) *404*

97 Die *Beratung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären* (aus konspirativen Gründen „Sommer"beratung genannt) fand vom 23. September bis 1. Oktober (6. bis 14. Oktober) 1913 in der Ortschaft Poronin (unweit von Krakau) statt, wo sich zu dieser Zeit W. I. Lenin aufhielt.

An der Beratung nahmen Vertreter folgender Organisationen teil: des Zentralkomitees, der Redaktion des Zentralorgans, der Zeitschrift „Proswechtschenije", der sozialdemokratischen Fraktion der Reichsduma, der Organisationen von Petersburg, Moskau, Charkow, Jekaterinoslaw, Kostroma, Kiew und dem Ural. Mit beratender Stimme waren Vertreter des

linken Flügels der polnischen Sozialdemokratie anwesend. Insgesamt nahmen an der Beratung 22 Personen teil: W. I. Lenin, I. F. Armand, A. J. Badajew, F. A. Balaschow, J. Hanecki, H. Kamieński, N. K. Krupskaja, M. K. Muranow, G. I. Petrowski, J. F. Rosmirowitsch, N. R. Schagow, R. Samoilow, A. A. Trojanowski und andere.

Die Beratung erörterte folgende Fragen: 1. Berichte der örtlichen Organisationen, Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie Polens und Litauens, Bericht über die Tätigkeit des ZK; 2. Die Aufgaben der Agitation im gegenwärtigen Zeitpunkt; 3. Die Organisationsfrage und der Parteitag; 4. Die Streikbewegung; 5. Die Parteipresse; 6. Die Tätigkeit der Sozialdemokraten in der Duma; 7. Die sozialdemokratische Dumafraktion; 8. Die Tätigkeit in legalen Vereinigungen; 9. Die nationale Frage; 10. Die Volkstümler; 11. Der bevorstehende Internationale Sozialistenkongreß in Wien. Die ersten beiden Tage waren der speziellen Beratung der Dumaabgeordneten über Fragen der praktischen Arbeit in der Reichsduma gewidmet.

Die Beratung wurde von Lenin geleitet. Er eröffnete sie mit einer einführenden Rede, erstattete den Bericht über die Tätigkeit des ZK, hielt das Referat zur nationalen Frage und über den geplanten Internationalen Sozialistenkongreß in Wien; darüber hinaus sprach Lenin in der Diskussion zu fast allen Fragen der Tagesordnung, machte seine Vorschläge, entwarf und redigierte die Resolutionsentwürfe. Der Bericht über die Tätigkeit des ZK wurde nicht aufgefunden.

In den Berichten der örtlichen Organisationen wurde hervorgehoben, daß sich ein weiterer Aufschwung der Arbeiterbewegung vollziehe. Die Beratung betonte die Notwendigkeit, die Parteiarbeit in ganz Rußland zu vereinigen, um die Aktionen der Arbeiterklasse im Maßstab des ganzen Landes leiten zu können.

In dem Bericht des Zentralkomitees zog Lenin das Fazit aus der Arbeit des ZK seit der Prager Konferenz der SDAPR 1912. In dem Referat über den für 1914 vorgesehenen Internationalen Sozialistenkongreß in Wien machte Lenin den Vorschlag, möglichst viele Delegierte aus den illegalen und legalen Organisationen zu dem Kongreß zu entsenden und die Durchführung des Parteitags für den gleichen Zeitpunkt vorzusehen, zu dem der Kongreß stattfinde. Die Beratung fand mit dem von Lenin gehaltenen Schlußwort ihren Abschluß.

Die Protokolle der Beratung von Poronin sind nicht aufgefunden worden. Die Resolutionen wurden in einer Broschüre – „Mitteilung und Resolutionen der Sommerberatung des Zentralkomitees der SDAPR mit Parteifunktionären 1913" – veröffentlicht, die im Ausland vom Zentralkomitee heraus-

gegeben wurde. Aus konspirativen Gründen wurden einige Resolutionen nicht vollständig veröffentlicht: weggelassen wurden der Punkt 6 aus der Resolution über die Streikbewegung und die Punkte 1–5 aus der Resolution über die Parteipresse. Der vollständige Text der Resolutionen wurde in einer illegalen hektographierten Ausgabe veröffentlicht. *409*

98 Es war vorgesehen, den Parteitag in der Zeit durchzuführen, in der der Internationale Sozialistenkongreß stattfinden sollte, was die Geheimhaltung der Vorbereitungsarbeit für den Parteitag erleichterte. Besonders intensiv wurde die Arbeit zur Vorbereitung des Parteitags im Frühjahr und Sommer 1914 betrieben. Der Ausbruch des Krieges verhinderte die Durchführung des Parteitags. *413*

99 Gemeint ist die legale bolschewistische Tageszeitung *„Nasch Put"* (Unser Weg), die vom 25. August bis 12. September (7. bis 25. September) 1913 in Moskau erschien. Die Zeitung war auf Weisung Lenins gegründet worden, der maßgebend an ihr mitarbeitete. Lenin sandte seine Artikel gleichzeitig an die „Prawda" und den „Nasch Put". Zu den Mitarbeitern des „Nasch Put" gehörten: Demjan Bedny, A. M. Gorki, M. S. Olminski, I. I. Skworzow-Stepanow, J. W. Stalin, einige bolschewistische Abgeordnete der IV. Duma und andere. Die Zeitung war bei den Arbeitern sehr populär und wurde von ihnen weitgehend unterstützt. 395 Arbeitergruppen unterstützten die Zeitung durch Geldsammlungen; ihre Auflage erreichte 17 000–20 000 Exemplare.

Die Zeitung „Nasch Put" war ständigen Verfolgungen von seiten der Polizei ausgesetzt und wurde verboten; insgesamt erschienen 16 Nummern. Auf das Verbot des „Nasch Put" antworteten die Moskauer Arbeiter mit Massenstreiks zum Zeichen des Protestes gegen die Verfolgung der Arbeiterpresse. Es gelang jedoch nicht, die Zeitung wieder herauszugeben. *415*

100 Gemeint ist vor allem der legale bolschewistische Verlag „Priboi" (Die Brandung), der Anfang 1913 in Petersburg geschaffen wurde. Der Verlag „Priboi" brachte Bücher und Broschüren zu verschiedenen Fragen der Arbeiterbewegung heraus; einen bedeutenden Platz nahmen die Fragen der Arbeiterversicherung ein. Im Dezember 1913 wurde der Taschenkalender „Weggefährte des Arbeiters für das Jahr 1914" mit W. I. Lenins Artikel „Die Streiks in Rußland", im Jahre 1914 der Sammelband „Marxismus und Liquidatorentum" und andere marxistische Literatur herausgegeben. Zu Beginn des ersten Weltkriegs mußte der Verlag „Priboi" auf Grund der verstärkten Verfolgung der Arbeiterpresse seine Tätigkeit einstellen und konnte sie erst nach der Februarrevolution 1917 wieder aufnehmen. *415*

101 Das *Zentralorgan der SDAPR*, die Zeitung „Sozial-Demokrat", wurde illegal vom Februar 1908 an herausgegeben. Die erste Nummer erschien in Rußland. Nachdem Redaktion und Druckerei aufgeflogen waren, wurde die Herausgabe der Zeitung ins Ausland verlegt, zuerst nach Paris, später nach Genf. Es erschienen 58 Nummern.

Die Redaktion des Zentralorgans bestand laut Beschluß des ZK der SDAPR aus Vertretern der Bolschewiki, der Menschewiki und der polnischen Sozialdemokraten. Im „Sozial-Demokrat" wurden über 80 Artikel und Notizen W. I. Lenins veröffentlicht. Innerhalb der Redaktion des „Sozial-Demokrat" kämpfte Lenin für die konsequente bolschewistische Linie. Die menschewistischen Redakteure, Martow und Dan, sabotierten die Arbeit in der Redaktion des Zentralorgans und verteidigten gleichzeitig in ihrer Fraktionszeitung „Golos Sozial-Demokrata" offen das Liquidatorentum. Der unversöhnliche Kampf Lenins gegen die Liquidatoren führte im Juni 1911 zum Ausscheiden Martows und Dans aus der Redaktion. Ab Dezember 1911 wurde der „Sozial-Demokrat" von W. I. Lenin redigiert.

Ab 1912 erschien die Zeitung mit großen Unterbrechungen: in den Jahren 1912/1913 erschienen insgesamt 6 Nummern. Vom Beginn des imperialistischen Krieges an wurde der „Sozial-Demokrat" regelmäßiger herausgegeben. Die letzte Nummer erschien in Genf am 18. (31.) Januar 1917. *416*

102 Gemeint ist ein Abschnitt der Resolution „Über die sozialdemokratische Dumafraktion", die von der Fünften (Gesamtrussischen) Konferenz der SDAPR 1908 angenommen wurde. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 200, russ.) Der von Lenin vorgeschlagene Entwurf dieses Abschnitts war von der Konferenz mit Änderungen angenommen worden, die die ursprüngliche Formulierung verschlechterten (die Bedingungen der Stimmabgabe für die Paragraphen, die die Ausgaben für kulturelle Bedürfnisse betrafen, waren in der Resolution weniger genau formuliert als in dem Leninschen Entwurf). In der auf der „Sommer"beratung in Poronin angenommenen Resolution „Die Tätigkeit der Sozialdemokraten in der Duma" wurde dieser Abschnitt in einer neuen, verbesserten Redaktion bestätigt. *416*

103 Es handelt sich um die Beschlüsse des V. Parteitags der SDAPR, der 1907 in London stattfand, und des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart im gleichen Jahre, die sich gegen das opportunistische Prinzip der „Neutralität" der Gewerkschaften richteten. *418*

104 Lenin meint den Beschluß der Augustkonferenz der Liquidatoren vom

Jahre 1912, in dem die Losung der „national-kulturellen Autonomie" mit dem Programm der SDAPR für vereinbar erklärt wurde. *419*

105 „*Sawety*" (Das Vermächtnis) – legale sozialrevolutionäre Monatsschrift für Literatur und Politik; erschien von April 1912 bis Juli 1914 in Petersburg. 424

106 Der Text der „*Erklärung*" wurde gemeinsam von Lenin und den bolschewistischen Abgeordneten der Reichsduma auf der „Sommer"beratung des ZK mit Parteifunktionären in Poronin ausgearbeitet.

Auf der ersten Sitzung der sozialdemokratischen Dumafraktion am 16. (29.) Oktober 1913, zu Beginn der zweiten Sitzungsperiode der Reichsduma, überreichten die bolschewistischen Abgeordneten den menschewistischen Abgeordneten eine ultimative Forderung nach Gleichberechtigung der „Sechs" und der „Sieben". Da sie keine befriedigende Antwort erhielten, verließen die bolschewistischen Abgeordneten die Sitzung. Am 18. (31.) Oktober wurde die „Erklärung" mit der Unterschrift der bolschewistischen Abgeordneten in der Zeitung „Sa Prawdu" veröffentlicht mit der Aufforderung an die Arbeiter, die Forderung der „Sechs" an die „Sieben" zu erörtern und die Arbeiterabgeordneten bei der Wiederherstellung der Einheit der sozialdemokratischen Dumafraktion zu unterstützen. *438*

107 Als Lenin den Artikel „*Materialien zur Frage des Kampfes innerhalb der sozialdemokratischen Dumafraktion*" an die Redaktion der „Sa Prawdu" schickte, machte er ihr den Vorschlag, in der Sonntagsnummer eine besondere Beilage ganz der Kampagne für die Unterstützung der bolschewistischen „Sechs" zu widmen. Die Nummer der Zeitung, in der der Artikel abgedruckt worden war, wurde konfisziert. Als Lenin davon erfuhr, sprach er sich in einem Brief an die Redaktion dafür aus, die „Materialien" in den folgenden Nummern nochmals zu drucken. Der Artikel wurde jedoch ein zweites Mal in der Zeitung nicht veröffentlicht. Er wurde 1914 in dem Sammelband „Marxismus und Liquidatorentum" unter dem Titel „Materialien zur Geschichte der Bildung der Sozialdemokratischen Arbeiterfraktion Rußlands in der Duma" nachgedruckt; hinzugefügt wurde ein Abschnitt „Die Antwort der Arbeiter auf die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeiterfraktion Rußlands in der Reichsduma". *451*

108 „*Swesda*" (Der Stern) – legale bolschewistische Zeitung; erschien in Petersburg vom 16. (29.) Dezember 1910 bis zum 22. April (5. Mai) 1912 (anfangs wöchentlich, ab Januar 1912 zweimal und ab März dreimal wöchentlich). Am 26. Februar (10. März) 1912 erschien gleichzeitig mit der „Swesda" die Nr. 1 der „Newskaja Swesda" (Der Newastern), die nach dem Ver-

bot der „Swesda" an deren Stelle trat. Die letzte, die 27. Nummer der „Newskaja Swesda", erschien am 5. (18.) Oktober 1912.

N. N. Baturin, K. S. Jeremejew, M. S. Olminski, N. G. Poletajew und auch A. M. Gorki arbeiteten an der Zeitung mit. Bis zum Herbst 1911 waren auch die parteitreuen Menschewiki (Plechanowleute) an der Zeitung beteiligt. Ideologisch wurde die Zeitung (vom Ausland her) von W. I. Lenin geleitet. In der „Swesda" und der „Newskaja Swesda" wurden etwa 50 Artikel Lenins veröffentlicht.

Die von Lenin geleitete legale Zeitung „Swesda" war ein bolschewistisches Kampforgan, das das Programm der illegalen Partei verfocht. Die „Swesda" räumte den Arbeiterkorrespondenzen breiten Raum ein und stellte ständige feste Verbindungen mit den Arbeitern her. Die Auflage einzelner Nummern erreichte 50 000–60 000 Exemplare.

Die Zeitung war ständigen Verfolgungen von seiten der Regierung ausgesetzt; von 96 Nummern der „Swesda" und der „Newskaja Swesda" wurden 39 beschlagnahmt, 10 mit Strafen belegt. Die „Swesda" bereitete die Herausgabe der bolschewistischen Tageszeitung „Prawda" vor; sie wurde von der Regierung an dem Tag verboten, an dem die erste Nummer der „Prawda" erschien. *457*

109 *„Gorodskoje Delo"* (Das Kommunalwesen) – vierzehntäglich erscheinende Zeitschrift der Kadetten, die Fragen der Kommunalwirtschaft und -verwaltung gewidmet war; erschien in Petersburg von 1909 bis 1918. *470*

110 Der Artikel *„Zur Spaltung in der russischen sozialdemokratischen Dumafraktion"* wurde in Erwiderung auf einen verleumderischen Artikel über die Spaltung in der russischen sozialdemokratischen Dumafraktion geschrieben, der ohne Unterschrift am 15. November 1913 in der deutschen sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung" erschien.

Lenin war bemüht, die internationale und besonders die deutsche Sozialdemokratie mit der wahren Sachlage in der Arbeiterbewegung Rußlands vertraut zu machen, die opportunistische Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands räumte jedoch den Artikeln der Bolschewiki in ihrem Zentralorgan „Vorwärts" keinen Platz ein. Nur die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" veröffentlichte diesen Artikel Lenins, allerdings mit großer Verspätung, die sie mit Platzmangel und „anderen Ursachen" entschuldigte. *475*

111 *„Wolnaja Mysl"* (Freier Gedanke) – einer der Namen der „Shiwaja Mysl" (Lebendiger Gedanke), einer legalen Zeitung der linken Volkstümler (Sozialrevolutionäre), die von August 1913 bis Juli 1914 in Petersburg erschien; die Zeitung änderte mehrmals ihren Namen. *480*

112 *„Königlich preußischen Regierungssozialismus"* nannten Marx und Engels die Politik der Vereinbarung mit der Regierung Bismarcks, die nach Lassalle von seinem Nachfolger Schweitzer, dem Redakteur des lassalleanischen Organs „Social-Demokrat", betrieben wurde. *485*

113 Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Hauptvorstand der Sozialdemokratie Polens und Litauens und der Warschauer Organisation, der stärksten und in revolutionärer Hinsicht konsequentesten Organisation der Polnischen Sozialdemokratie, begannen 1908, auf dem VI. Parteitag dieser Partei. Auf dem Parteitag wurde die Haltung des von Rosa Luxemburg, L. Tyszka u. a. geleiteten Hauptvorstands einer scharfen Kritik unterzogen; wegen seiner prinzipienlosen Stellung innerhalb der SDAPR, wegen Unterdrückung der Kritik von seiten der örtlichen Organisationen u. dgl. m. wurde dem Hauptvorstand vom Parteitag das Mißtrauen ausgesprochen.

Im Jahre 1912 erklärte der Hauptvorstand das Warschauer Komitee als „spalterisches" („rozłamowy") Komitee für aufgelöst, wobei er es unbegründeterweise einer Verbindung mit der Ochrana verdächtigte, und ernannte ein neues Warschauer Komitee, das aus seinen Anhängern bestand. Seit dieser Zeit war die Sozialdemokratie Polens und Litauens gespalten.

Lenin verfolgte systematisch den Kampf innerhalb der Polnischen Sozialdemokratie. Er veröffentlichte eine Reihe von Artikeln über die Spaltung in der polnischen sozialdemokratischen Partei nicht nur in der russischen, sondern auch in der polnischen Parteipresse und wandte sich darüber hinaus öffentlich im Internationalen Sozialistischen Büro gegen die Angriffe des Hauptvorstands auf die Warschauer Organisation.

Die „Rozłamowcy", die in einer Reihe grundlegender Punkte die taktische Linie der Bolschewiki teilten, strebten auch eine organisatorische Annäherung an die Bolschewiki an, ungeachtet der zwischen ihnen bestehenden Meinungsverschiedenheiten in der nationalen Frage. Die „Rozłamowcy" nahmen an der „Sommer"beratung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären in Poronin teil, die im September 1913 stattfand. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 vereinigten sich die beiden Fraktionen der Polnischen Sozialdemokratie zu einer einheitlichen Partei, die auf einer internationalistischen Plattform stand. Im Dezember 1918 gründeten die Sozialdemokratie Polens und Litauens und die PPS-„Lewica" die Kommunistische Arbeiterpartei Polens. *490*

114 *Internationales Sozialistisches Büro (ISB)* – das ausführende Organ der II. Internationale; es wurde auf Beschluß des Pariser Kongresses von 1900 gegründet. *491*

115 Lenin meint die Äußerungen von Friedrich Engels in seinem Artikel „Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891". (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 22, S. 225–240.) *495*

116 *Referate über die nationale Frage* hielt Lenin am 9., 10., 11. und 13. Juli 1913 in Zürich, Genf, Lausanne und Bern. *496*

117 J. K. (J. Karski) – Pseudonym J. Marchlewskis. *504*

118 Die *Beilis-Affäre* – ein provokatorischer Prozeß, der 1913 in Kiew von der zaristischen Regierung gegen den Juden Beilis inszeniert wurde. Man beschuldigte Beilis wider besseres Wissen, den christlichen Knaben Juschtschinski aus rituellen Motiven ermordet zu haben. (In Wirklichkeit war der Mord von Schwarzhundertern organisiert worden.) Durch die Inszenierung dieses Prozesses wollte die zaristische Regierung den Antisemitismus entfachen und Judenpogrome hervorrufen, um die Massen von der im Lande immer mehr um sich greifenden revolutionären Bewegung abzulenken. Der Prozeß rief starke Erregung in der Öffentlichkeit hervor. In einer Reihe von Städten führten die Arbeiter Protestdemonstrationen durch. Beilis wurde vom Schwurgericht freigesprochen. *508*

119 Die *Dreyfus-Affäre* war ein im Jahre 1894 von den reaktionären monarchistischen Kreisen der französischen Militärclique inszenierter provokatorischer Pozeß gegen den jüdischen Generalstabsoffizier Dreyfus, gegen den falsche Anklage wegen Spionage und Landesverrat erhoben wurde. Dreyfus wurde durch das Kriegsgericht zu lebenslänglicher Deportation verurteilt. Die Kampagne für eine Überprüfung des Falles Dreyfus, die in Frankreich entfaltet wurde, war von einem erbitterten Kampf zwischen Republikanern und Monarchisten begleitet und führte schließlich 1906 zur Rehabilitierung von Dreyfus.

Lenin nannte die Dreyfus-Affäre „eine der unzähligen ehrlosen Manipulationen der reaktionären Militärclique". *509*

120 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 19, S. 29. *510*

121 *„Zu den Beschlüssen des Büros"* – ein Brief an die Redaktion der Zeitung „Sa Prawdu", den Lenin schrieb, nachdem er die ersten Nachrichten über die Beschlüsse der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros der II. Internationale im Dezember 1913 über die Frage der Vereinigung der SDAPR erhalten hatte.

Diese Frage wurde auf Anregung Rosa Luxemburgs auf die Tagesordnung gesetzt (die dem ISB als Vertreterin der Sozialdemokratie Polens

und Litauens angehörte). In der Sitzung des ISB am 14. Dezember 1913 wurde eine von Kautsky vorgeschlagene Resolution angenommen, in der dem Exekutivkomitee des ISB der Auftrag erteilt wurde, eine Beratung einzuberufen aus Vertretern „sämtlicher Fraktionen der Arbeiterbewegung innerhalb des Russischen Reiches", um die Möglichkeit zu klären, die Einheit in der SDAPR wiederherzustellen.

Auf der gemäß dem Beschluß des ISB im Juli 1914 in Brüssel abgehaltenen Beratung verlangten die Führer der II. Internationale unter dem Vorwand der „Aussöhnung" der Bolschewiki mit den Liquidatoren von den Bolschewiki die Einstellung der Kritik an den Liquidatoren. Die Bolschewiki lehnten es ab, dieser Forderung Folge zu leisten, und setzten ihren unversöhnlichen Kampf gegen die Liquidatoren, die Feinde der Arbeiterbewegung, fort. *512*

122 *Burenin* – Mitarbeiter der reaktionären Zeitung „Nowoje Wremja"; er betrieb eine verleumderische Hetze gegen die Vertreter aller fortschrittlichen gesellschaftlichen und politischen Strömungen. Lenin gebrauchte diesen Namen als Gattungsnamen für Menschen, die sich in der Polemik unehrlicher Methoden bedienen.

Gamma – Pseudonym L. Martows. *518*

123 *„Nowaja Likwidatorskaja Gaseta"* (Neue Liquidatorenzeitung) nannte Lenin ironisch die menschewistische „Nowaja Rabotschaja Gaseta". *518*

124 Gemeint ist die Kommission zur Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion der III. Reichsduma bei der Vorbereitung von Gesetzentwürfen, die 1909 in Paris unter Teilnahme der Bolschewiki und der Menschewiki gebildet wurde. In der Kommission wurden folgende Unterkommissionen geschaffen: zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über den Achtstundentag, über die Streikfreiheit, über die Gewerkschaften. Der Gesetzentwurf über die Streiks wurde von dem Menschewik Dan ausgearbeitet und enthielt einen Punkt, der die strafrechtliche Verfolgung von an Streiks Beteiligten zuließ. Lenin trat bei der Erörterung des Gesetzentwurfs in der Kommission entschieden gegen diesen Punkt auf. *518*

125 *„Schljachi"* (Wege) – Organ des Ukrainischen Studentenbundes mit nationalistischer Einstellung; erschien von April 1913 bis März 1914 in Lwów. *521*

126 *„Vorwärts"* – Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands; wurde seit dem 1. Oktober 1876 in Leipzig herausgegeben, dann durch das Sozialistengesetz verboten; erschien 1890–1933 (aus dem 1884

gegründeten „Berliner Volksblatt" neu hervorgegangen) in Berlin. Zu seinen Redakteuren gehörte u. a. Wilhelm Liebknecht. Friedrich Engels führte in der Zeitung einen Kampf gegen alle Erscheinungsformen des Opportunismus. Anfang des 20. Jahrhunderts gelangte die Redaktion immer mehr unter den Einfluß revisionistischer Kräfte, die jedoch 1905 aus der Redaktion („Vorwärts-Konflikt") entfernt wurden. Mit dem Entstehen des Zentrismus in der deutschen Arbeiterbewegung nahm auch der Einfluß der zentristischen Kräfte auf den „Vorwärts" zu. Während des imperialistischen Krieges 1914–1918 vertrat der „Vorwärts" zunächst einen sozialpazifistischen Standpunkt. Im Oktober 1916 wurde unter Bruch der Statuten die Redaktion durch Sozialchauvinisten ersetzt und der „Vorwärts" zum Sprachrohr des Sozialchauvinismus; nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurde er zu einem Zentrum der Antisowjetpropaganda. *525*

127 Lenin meint die Erklärung des bolschewistischen Abgeordneten F. N. Samoilow, die er im Namen der Sozialdemokratischen Arbeiterfraktion Rußlands in der Sitzung der Reichsduma am 26. November (9. Dezember) 1913 bei der Erörterung des Gesetzentwurfs über die Gehaltserhöhung für die Religionslehrer an den unteren landwirtschaftlichen Schulen abgab. *528*

128 Eine Charakteristik Peredonows gibt Lenin in seiner Arbeit „Zur Politik des Ministeriums für Volksbildung". (Siehe den vorliegenden Band, S. 128.) *529*

129 Den Artikel *„Die Streiks in Rußland"* schrieb Lenin für den Taschenkalender „Weggefährte des Arbeiters für das Jahr 1914", der vom Parteiverlag „Priboi" im Dezember 1913 herausgegeben wurde. Der Kalender enthielt wichtige Angaben über die Arbeitergesetzgebung in Rußland, über die russische und internationale Arbeiterbewegung, über politische Parteien, Vereinigungen und Gewerkschaften, über die Presse u. dgl. m. Über den „Weggefährten des Arbeiters" wurde die Beschlagnahme verfügt, doch die Auflage war innerhalb eines Tages vergriffen, bevor die Polizei sie konfiszieren konnte. Lenin, der ein Exemplar des „Weggefährten" erhalten hatte, teilt Inès Armand in einem Brief mit, daß bereits 5000 Exemplare verkauft worden seien. Im Februar 1914 erschien eine zweite, überarbeitete Auflage des Kalenders, in der einige Kürzungen und Änderungen in Anpassung an die Bedingungen der Zensur vorgenommen waren, die aber auch neues Material enthielt – ein Verzeichnis von Büchern zum Selbststudium. Insgesamt wurden 20 000 Exemplare des „Weggefährten" verbreitet. *530*

130 Es handelt sich um J. W. Stalins Arbeit „Marxismus und nationale Frage", die Ende 1912–Anfang 1913 in Wien geschrieben und in Nr. 3, 4 und 5 der Zeitschrift „Prosweschtschenije", Jahrgang 1913, unter dem Titel „Nationale Frage und Sozialdemokratie" veröffentlicht wurde. *535*

131 Lenin meint Plechanows Artikel „Der Programmentwurf der Sozialdemokratischen Partei Rußlands", der im August 1902 in Nr. 4 der Zeitschrift „Sarja" veröffentlicht wurde.

„Sarja" (Die Morgenröte) – marxistische wissenschaftlich-politische Zeitschrift, die von der Redaktion der Zeitung „Iskra" in den Jahren 1901 und 1902 legal in Stuttgart herausgegeben wurde. Es erschienen 4 Nummern (drei Hefte). In der „Sarja" wurden folgende Arbeiten Lenins veröffentlicht: „Zufällige Notizen", „Die Verfolger des Semstwos und die Hannibale des Liberalismus", die ersten vier Kapitel des Werkes „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'" (unter dem Titel „Die Herren ‚Kritiker' in der Agrarfrage"), „Innerpolitische Rundschau" und „Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie". *540*

132 Gemeint ist der Paragraph 8 des vom II. Parteitag der SDAPR angenommenen Programms der SDAPR. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 40, russ.) *545*

133 Der Artikel *„Der Briefwechsel zwischen Marx und Engels"* ist der Anfang einer großen Arbeit, die Lenin im Zusammenhang mit der im September 1913 in deutscher Sprache erschienenen vierbändigen Ausgabe des Briefwechsels zwischen Marx und Engels geplant hatte. Lenin hat den Briefwechsel zwischen Marx und Engels sorgfältig studiert. Im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU befindet sich ein Heft Lenins (76 Seiten), das einen gedrängten Konspekt der vier Briefbände und Auszüge aus Briefen enthält. Erhalten sind ferner die vier Bände, an denen Lenin gearbeitet hat, mit seinen Bemerkungen (Unterstreichungen, Anstreichungen, NB) im Text und auf den Rändern. Diese Materialien wurden als Buch herausgegeben. (Siehe W. I. Lenin, „Konspekt zum ‚Briefwechsel zwischen Karl Marx und Friedrich Engels 1844 bis 1833'", Berlin 1963.)

Lenins Arbeit „Der Briefwechsel zwischen Marx und Engels" sollte 1914 in der Zeitschrift „Prosweschtschenije" veröffentlicht werden, worüber die „Proletarskaja Prawda" Nr. 7 vom 14. Dezember 1913 Mitteilung machte, doch der Artikel blieb unvollendet und wurde erst am 28. November 1920, dem 100. Geburtstag von Engels, in der „Prawda" veröffentlicht. In diesem Zusammenhang fügte Lenin bei der Vorbereitung des Artikels für den

Druck der Überschrift einen Untertitel bei: „Engels als einer der Begründer des Kommunismus" und versah den Artikel mit einer Fußnote: „Anfang eines unvollendet gebliebenen Artikels, geschrieben 1913 oder Anfang 1914." *548*

[134] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 27, S. 5, 27. *551*

[135] Siehe ebendort, S. 18. *551*

[136] Siehe ebendort, S. 6, 7. *552*

[137] Siehe ebendort, S. 20. *552*

[138] Siehe ebendort, S. 42. *553*

[139] Siehe ebendort, S. 60, 61. *554*

[140] Siehe ebendort, S. 107. *554*

DATEN AUS DEM LEBEN UND WIRKEN W. I. LENINS

(März bis Dezember 1913)

März–April	W. I. Lenin lebt in Krakau.
22. März (4. April)	Lenins Artikel „Ein bedeutender Erfolg der chinesischen Republik" wird in Nr. 68 der „Prawda" veröffentlicht.
23. März (5. April)	In einem Brief an die Redaktion der „Prawda" gibt Lenin Hinweise, wie man die „Sechs", die bolschewistischen Abgeordneten der IV. Reichsduma, in ihrem Kampf gegen die menschewistische „Sieben" unterstützen, die Kampagne zur Werbung von Abonnenten für die „Prawda" verstärken und die Herausgabe illegaler Literatur erweitern muß.
26. März (8. April)	Lenins Artikel „Die alten Aufgaben und der altersschwache Liberalismus" wird in Nr. 71 der „Prawda" veröffentlicht.
Nicht vor dem 26. März (8. April)	Lenin schreibt im Zusammenhang mit der Debatte in der Duma über die Frage des Erdölsyndikats den Artikel „Über den ‚Erdölhunger'".
27. März (9. April)	Lenins Artikel „Der Entwurf der Kadetten für ein Versammlungsgesetz" wird als Leitartikel in Nr. 72 der „Prawda" veröffentlicht.
29. März (11. April)	Lenins Artikel „Der Balkankrieg und der bürgerliche Chauvinismus" wird in Nr. 74 der „Prawda" veröffentlicht.
März – April	Lenin schreibt den Artikel „Ein Gespräch".
5. (18.) April	Lenin hält in Krakau einen Vortrag über „Das Rußland von heute und die Arbeiterbewegung"; ein Bericht über den Vortrag erscheint in Nr. 92 der polnischen Zeitung „Naprzód".

6. (19.) April	Die dem 30. Todestag von Karl Marx gewidmete Nr. 3 der Zeitschrift „Prosweschtschenije" erscheint mit Lenins Artikel „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus".
11. (24.) April	Lenins Artikel „‚Wem nützt es?'" erscheint in Nr. 84 der „Prawda".
12. (25.) April	Lenins Artikel „In England" erscheint in Nr. 85 der „Prawda".
12. (25.) April bis 2. (15.) Juni	Eine Artikelserie Lenins unter dem Sammeltitel „Strittige Fragen" wird in Nr. 85, 95, 110, 122, 124 und 126 der „Prawda" veröffentlicht.
13. (26.) April	Lenin hält in Leipzig ein Referat zum Thema „Der gesellschaftliche Aufschwung in Rußland und die Aufgaben der Sozialdemokraten".
14. (27.) April	Lenins Artikel „Die zivilisierten Europäer und die wilden Asiaten" erscheint in Nr. 87 der „Prawda".
Vor dem 18. April (1. Mai)	Lenin schickt den von ihm ausgearbeiteten Entwurf einer Rede zur nationalen Frage an den Abgeordneten G. I. Petrowski zum Vortrag in der Duma.
	Lenin sendet der Redaktion der „Prawda" Flugblätter zum 1. Mai.
18. April (1. Mai)	Lenin nimmt an einer Arbeiterversammlung anläßlich des 1. Mai in Krakau teil.
20. April (3. Mai)	Lenins Artikel „Kaufmännische Berechnungen" wird in Nr. 90 der „Prawda" veröffentlicht.
21. April (4. Mai)	Lenin schreibt einen Brief an die bolschewistischen Abgeordneten der IV. Reichsduma, in dem er um Zusendung neuer Gesetzentwürfe und anderer Dumamaterialien bittet.
	Lenins Artikel „Ein großer Sieg der Technik" wird in Nr. 91 der „Prawda" veröffentlicht.
23. April (6. Mai)	In der Jubiläumsnummer der „Prawda" (Nr. 92), die dem ersten Jahrestag der Zeitung gewidmet ist, wird Lenins Artikel „Einiges über Ergebnisse und Tatsachen" veröffentlicht.
23. oder 24. April (6. oder 7. Mai)	Lenin und Krupskaja siedeln für den Sommer in die Ortschaft Poronin (unweit Krakaus) über.

Nicht vor dem 26. April (9. Mai)	Lenin bittet A. M. Gorki in einem Brief, einen Artikel oder eine Erzählung für die Mainummer der Zeitschrift „Proswe-schtschenije" zu schreiben.
27. April (10. Mai)	Lenin schreibt den Entwurf einer Rede „Zur Politik des Ministeriums für Volksbildung", die der Abgeordnete A. J. Badajew in der Duma vortragen soll.
27. April und 1. Mai (10. und 14. Mai)	Lenins Artikel „Die Bedeutung der Umsiedlerfrage" wird in Nr. 96 und 99 der „Prawda" veröffentlicht.
29. April (12. Mai)	Im Zusammenhang mit dem Sieg der Bolschewiki bei den Vorstandswahlen des Metallarbeiterverbandes schreibt Lenin einen Brief an die Redaktion der „Prawda", in dem er Hinweise gibt, wie man die Einheit des Verbandes im Kampf gegen die Liquidatoren stärken und der Zeitschrift „Metallist" Hilfe leisten kann.
4. (17.) Mai	Es erscheint Nr. 4 des „Prosweschtschenije", in der Lenins bibliographische Notiz „Die ‚Wechi'-Leute und der Nationalismus" veröffentlicht ist.
	Lenins Artikel „Die Liberalen und die Koalitionsfreiheit" erscheint als Leitartikel in Nr. 101 der „Prawda".
5. (18.) Mai	In Nr. 102 der „Prawda" werden Lenins Artikel „Den Lesern des ‚Lutsch' und der ‚Prawda' zur Beachtung" und „Zum 25. Todestag Josef Dietzgens" veröffentlicht.
7. (20.) Mai	In Nr. 103 der „Prawda" werden Lenins Artikel „Die Bourgeoisie und der Frieden" (als Leitartikel) und „Das Erwachen Asiens" veröffentlicht.
8. (21.) Mai	Lenins Artikel „Die Separatisten in Rußland und die Separatisten in Österreich" wird in Nr. 104 der „Prawda" veröffentlicht.
9. (22.) Mai	Lenins Artikel „Noch einmal zur Umsiedlerfrage" wird in Nr. 105 der „Prawda" veröffentlicht.
10. (23.) Mai	Lenins Artikel „Die Arbeiterklasse und die nationale Frage" wird als Leitartikel in Nr. 106 der „Prawda" veröffentlicht.
Nicht vor dem 12. (25.) Mai	In einem Brief an die Redaktion der „Prawda" beglückwünscht Lenin die Prawdisten zur Verbesserung der Zeitung und gibt praktische Ratschläge, was man tun muß, „um hunderttausend Leser zu gewinnen".

14. (27.) Mai In Nr. 109 der „Prawda" erscheint Lenins Artikel „Der Parteitag der ‚Britischen Sozialistischen Partei'".

16. (29.) Mai Lenins Artikel „Wird die Bauernschaft wohlhabender oder verarmt sie?" wird in Nr. 111 der „Prawda" veröffentlicht.

18. (31.) Mai Lenins Artikel „Das rückständige Europa und das fortgeschrittene Asien" wird in Nr. 113 der „Prawda" veröffentlicht.

19. Mai (1. Juni) Lenins Artikel „Gar nicht gut!" wird in Nr. 114 der „Prawda" veröffentlicht.

21. Mai (3. Juni) In Nr. 115 der „Prawda" werden Lenins Artikel „Gutsherrliche Flurbereinigung" (als Leitartikel), „Rüstungen und Kapitalismus" und die Notiz „Hilflosigkeit und Konfusion" veröffentlicht.

Vor dem 25. Mai (7. Juni) Lenin schreibt für die lettischen Bolschewiki den Entwurf einer Plattform zum IV. Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands. Der Entwurf der Plattform wurde in lettischer Sprache im August 1913 in der Zeitung „Ciņas Biedrs" veröffentlicht.

27. Mai (9. Juni) Lenin schreibt einen Artikel, in dem er Potressow wegen seiner Angriffe auf die antiliquidatorische Haltung Plechanows kritisiert.

Mai Nr. 5 des „Prosweschtschenije" erscheint mit Lenins Artikel „Über die liberale und die marxistische Auffassung vom Klassenkampf".

Mai–Juni Unter Lenins Leitung werden Vorbereitungen für eine Parteischulung in Poronin getroffen; er arbeitet ein Unterrichtsprogramm aus; er schreibt Briefe an G. W. Plechanow und A. M. Gorki, in denen er sie einlädt, Lektionen zu halten und Diskussionen mit den Hörern zu führen.

Lenins Artikel „Die Fabrikanten über die Arbeiterstreiks" wird in Nr. 123, 126, 127 und 131 der „Prawda" vom 30. Mai, 2., 5. und 9. Juni veröffentlicht.

1. (14.) Juni Lenins Artikel „Offene Worte eines Liberalen" wird in Nr. 125 der „Prawda" veröffentlicht.

3. (16.) Juni Lenin schreibt einen Brief an M. S. Olminski (Witimski) und einen zweiten an das Redaktionskollegium der „Prawda" unter der Überschrift „Zu Herrn Bogdanow und der Gruppe

	‚Wperjod‘"; er sendet der „Prawda" eine gegen Bogdanow gerichtete Notiz; er fordert die Korrektur der begangenen Fehler.
4. (17.) Juni	Lenin schreibt den Artikel „Eine falsche Einschätzung".
5. (18.) Juni	Lenins Artikel „Hat die ‚Prawda‘ den Separatismus der Bundisten bewiesen?" wird in Nr. 127 der „Prawda" veröffentlicht.
6. (19.) Juni	Lenins Artikel „Die Liberalen als Verteidiger der IV. Duma" wird als Leitartikel in Nr. 128 der „Prawda" veröffentlicht.
Nicht nach dem 7. (20.) Juni	Lenin schreibt den Entwurf einer Rede, die von dem Abgeordneten N. R. Schagow in der Duma vorgetragen werden soll: „Zur Frage der (allgemeinen) Agrarpolitik der heutigen Regierung".
7. (20.) Juni	Lenins Artikel „Kapitalismus und Steuern" wird in Nr. 129 der „Prawda" veröffentlicht.
8. (21.) Juni	Lenins Artikel „Die wirtschaftlichen Streiks in den Jahren 1912 und 1905" wird in Nr. 130 der „Prawda" veröffentlicht.
9. (22.) Juni	Lenins Artikel „Die Zunahme des kapitalistischen Reichtums" wird in Nr. 131 der „Prawda" veröffentlicht.
9.–11. (22.–24.) Juni	Auf Grund der Erkrankung N. K. Krupskajas fährt Lenin mit ihr von Poronin nach Bern, um sie dort behandeln zu lassen. Auf dem Wege nach Bern machen sie in Wien Station.
11. (24.) Juni	Lenins Artikel „Bauernschaft und Arbeiterklasse" wird in Nr. 132 der „Prawda" veröffentlicht.
12. (25.) Juni	Lenins Artikel „Die Kinderarbeit in der Bauernwirtschaft" und „Die Resultate der Streiks im Jahre 1912, verglichen mit den Vorjahren" werden in Nr. 133 der „Prawda" veröffentlicht.
13. (26.) Juni	Lenins Artikel „In Australien" wird in Nr. 134 der „Prawda" veröffentlicht.
15. (28.) Juni	In Nr. 31 der Zeitung „Sozial-Demokrat" werden Lenins Artikel „Die Maikundgebungen des revolutionären Proletariats" (als Leitartikel) und „Notizen eines Publizisten" veröffentlicht.

	In Nr. 136 der „Prawda" wird ein Brief Lenins an die Redaktion unter der Überschrift „Zu einer Unwahrheit" veröffentlicht.
16. (29.) Juni	Lenins Artikel „Arbeiterklasse und Neomalthusianismus" wird in Nr. 137 der „Prawda" veröffentlicht.
17. (30.) Juni	In einem an N. I. Podwoiski in Petersburg adressierten Brief gibt Lenin den bolschewistischen Abgeordneten Hinweise für die gegenüber den menschewistischen Abgeordneten einzuschlagende Taktik im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Berichts der sozialdemokratischen Dumafraktion über ihre Tätigkeit.
20. Juni (3. Juli)	Lenins Artikel „Die Aufrufe der Liberalen zur Unterstützung der IV. Duma" wird in Nr. 139 der „Prawda" veröffentlicht.
23. Juni (6. Juli)	Lenins Artikel „Bürgerliche Geldleute und Politiker" wird in Nr. 142 der „Prawda" veröffentlicht.
Vor dem 26. Juni (9. Juli)	Lenin arbeitet an den „Thesen zur nationalen Frage" und bereitet eine Disposition für ein Referat zu diesem Thema vor.
26. Juni (9. Juli)	Das Petersburger Kammergericht beschließt die Vernichtung von Lenins Broschüre „‚Der Narr als Richter . . .' (Aus den Notizen eines sozialdemokratischen Publizisten)", St. Petersburg 1907.
	Lenin hält in Zürich ein Referat zur nationalen Frage; er macht sich Notizen über die Diskussion.
27. Juni (10. Juli)	Lenin hält in Genf ein Referat zum Thema „Die Sozialdemokratie und die nationale Frage"; er macht sich Notizen über die Diskussion.
28. Juni (11. Juli)	Lenin hält in Lausanne ein Referat zur nationalen Frage.
30. Juni (13. Juli)	Lenin hält in Bern ein Referat zur nationalen Frage; er macht sich Notizen über die Diskussion.
Anfang Juli	Lenin schreibt den Artikel „Aufschlußreiche Reden".
2. (15.) Juli	Lenins Artikel „Bilder aus dem Leben" wird in Nr. 149 der „Prawda" veröffentlicht.
5. (18.) Juli	Lenins Artikel „Die aufgelöste Duma und die verwirrten Liberalen" wird als Leitartikel in Nr. 151 der „Prawda"

veröffentlicht. Dies war die letzte Nummer der „Prawda", bevor die Zeitung von der zaristischen Regierung verboten wurde.

12. (25.) Juli Im Zusammenhang mit dem Verbot der „Prawda" schlägt Lenin A. M. Gorki in einem Brief vor, sich in einer der Städte, die er auf seiner Rückreise von Bern nach Poronin berührt, zu treffen, um eine eventuelle Hilfe Gorkis bei der erneuten Herausgabe einer bolschewistischen Zeitung zu erörtern.

13. (26.) Juli Lenins Artikel „Der Fünfte Internationale Kongreß für den Kampf gegen die Prostitution" wird in Nr. 1 der Zeitung „Rabotschaja Prawda" veröffentlicht.

16. (29.) Juli Lenins Artikel „Worte und Taten" (Leitartikel), „Die Kadetten über die ukrainische Frage", „Die neuesten Angaben über die Parteien in Deutschland" und „Entlarvung der englischen Opportunisten" werden in Nr. 3 der „Rabotschaja Prawda" veröffentlicht.

17. (30.) Juli Lenins Artikel „Ideen des fortschrittlichen Kapitals" wird in Nr. 4 der „Rabotschaja Prawda" veröffentlicht.

18. (31.) Juli Lenins Artikel „Was man für die Volksbildung tun kann" und „Der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft" werden in Nr. 5 der „Rabotschaja Prawda" veröffentlicht.

21. Juli (3. August) Lenins Artikel „Einer der ‚Mode'zweige der Industrie" wird in Nr. 8 der „Rabotschaja Prawda" veröffentlicht.

Lenin hält auf der zweiten Konferenz der Auslandsorganisation der SDAPR in Bern ein Referat „Über die Lage in der Partei".

22. – 24. Juli (4. – 6. August) Lenin und Krupskaja fahren von Bern nach Poronin.

24. Juli (6. August) Lenins Artikel „Das tote Liquidatorentum und die lebendige ‚Retsch'" wird in Nr. 10 der „Rabotschaja Prawda" veröffentlicht.

26. Juli (8. August) Lenins Artikel „Die Mobilisierung der Anteilländereien" wird in Nr. 12 der „Rabotschaja Prawda" veröffentlicht.

27. Juli (9. August) Lenin leitet in Poronin eine Beratung der Mitglieder des ZK der SDAPR, in der folgende Fragen erörtert werden: die Lage in der Partei und ihre gegenwärtigen Aufgaben, die

sozialdemokratische Dumafraktion, die Parteischule, die Presse und insbesondere die Schaffung einer bolschewistischen Zeitung in Moskau.

Lenin nimmt teil an einer im engen Kreise durchgeführten Beratung der Mitglieder des ZK der SDAPR über die Kooptation neuer Mitglieder in das ZK und die Auswahl von „Vertrauensleuten" des ZK.

3. (16.) August Lenins Artikel „Wie kann der Pro-Kopf-Verbrauch in Rußland gesteigert werden?" wird in Nr. 3 der Zeitung „Sewernaja Prawda" veröffentlicht.

4. (17.) August Das im Namen des ZK der SDAPR von Lenin verfaßte Beileidsschreiben zum Ableben August Bebels wird in Nr. 211 des „Vorwärts" veröffentlicht.

8. (21.) August Lenins Artikel „August Bebel" wird in Nr. 6 der „Sewernaja Prawda" veröffentlicht.

11. (24.) August Lenins Artikel „Die Trennung des Liberalismus von der Demokratie" wird als Leitartikel in Nr. 9 der „Sewernaja Prawda" veröffentlicht.

Lenin bittet S. G. Schaumian in einem Brief, ihm Materialien über die nationale Frage und eine Statistik über die Nationalitäten im Kaukasus zu schicken.

18. (31.) August Lenins Artikel „Eine bemerkenswerte Angelegenheit" und „Nationalisierung der jüdischen Schule" werden in Nr. 14 der „Sewernaja Prawda" veröffentlicht.

21. August (3. September) Das Petersburger Kammergericht beschließt die Vernichtung von Lenins Broschüre „Martow und Tscherewanin in der bürgerlichen Presse", St. Petersburg 1906.

Lenins Artikel „Das Eisen in der bäuerlichen Wirtschaft" wird in Nr. 16 der „Sewernaja Prawda" veröffentlicht.

24. August bis 25. Oktober (6. September bis 7. November) Lenins Artikel „Die Metallarbeiterstreiks im Jahre 1912" wird in Nr. 7, 8 und 10 der Zeitschrift „Metallist" veröffentlicht.

27. und 28. August (9. und 10. September) Lenins Artikel „Die russische Bourgeoisie und der russische Reformismus" wird in Nr. 21 der „Sewernaja Prawda" und in Nr. 3 des „Nasch Put" veröffentlicht.

28. und 29. August (10. und 11. September)	Lenins Artikel „Die Rolle der Stände und Klassen in der Befreiungsbewegung" wird in Nr. 22 der „Sewernaja Prawda" und in Nr. 4 des „Nasch Put" veröffentlicht.
29. und 30. August (11. und 12. September)	Lenins Artikel „Klassenkrieg in Dublin" und „Neue Maßnahmen zur Agrar‚reform'" werden in Nr. 23 und 24 der „Sewernaja Prawda" und in Nr. 4 und 5 des „Nasch Put" veröffentlicht.
1. (14.) September	Lenin gibt einem Vertreter des Verlags „Priboi" Hinweise, wie die Herausgabe der legalen Parteiliteratur und einer Zeitschrift für Fragen der Versicherung zu organisieren ist, und berät einen Vertreter des „Prosweschtschenije" hinsichtlich der weiteren Führung dieser Zeitschrift. Lenins Artikel „Der Kaufmann Salaskin und der Publizist Th. D." wird in Nr. 26 der „Sewernaja Prawda" veröffentlicht.
3. (16.) September	Lenins Artikel „Kampf für den Marxismus" und „Eine Woche nach der Schlacht in Dublin" werden in Nr. 27 der „Sewernaja Prawda" veröffentlicht. Der zweite Artikel wurde auch in Nr. 8 des „Nasch Put" veröffentlicht.
4. (17.) September	Lenins Artikel „Prinzipielle Fragen der Politik" wird in Nr. 28 der „Sewernaja Prawda" und in Nr. 9 des „Nasch Put" veröffentlicht.
5. und 7. (18. und 20.) September	Lenins Artikel „Liberale und Demokraten zur Sprachenfrage" wird in Nr. 29 der „Sewernaja Prawda" und in Nr. 12 des „Nasch Put" veröffentlicht.
6. (19.) September	Das Petersburger Kammergericht beschließt die Vernichtung von Lenins Broschüre „Sozialdemokratie und Dumawahlen", St. Petersburg 1907.
8. und 10. (21. und 23.) September	Lenins Artikel „Die Sprache der Zahlen" wird in Nr. 13 und 14 des „Nasch Put" veröffentlicht.
11., 12. und 14. (24., 25. und 27.) September	Lenins Artikel „Die Herren Bourgeois über die ‚auf eigener Arbeit beruhende' Landwirtschaft" und „Harry Quelch" werden in Nr. 15 und 16 des „Nasch Put" und in Nr. 1 und 4 der „Prawda Truda" veröffentlicht.
12. (25.) September	Lenins Artikel „Marxismus und Reformismus" wird in Nr. 2 der „Prawda Truda" veröffentlicht.

13. (26.) September	Lenins Artikel „Flurbereinigung und Dorfarmut", „Wie verteidigt Bischof Nikon die Ukrainer?" und „Notizen eines Publizisten" werden in Nr. 3 der „Prawda Truda" veröffentlicht.
17. (30.) September	Lenins Artikel „Zivilisierte Barbarei" wird in Nr. 6 der „Prawda Truda" veröffentlicht.
23. September bis 1. Oktober (6. bis 14. Oktober)	Lenin leitet in Poronin die „Sommer"beratung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären; er führt in den Beratungen den Vorsitz, schreibt und redigiert die Entwürfe der Resolutionen, die von der Beratung angenommen werden. Er gibt den Bericht des ZK der SDAPR; hält die Referate zur nationalen Frage und über den geplanten Internationalen Sozialistenkongreß; er spricht in der Diskussion zu einer Reihe anderer Fragen.
23.–24. September (6.–7. Oktober)	Lenin führt eine spezielle Beratung mit den bolschewistischen Dumaabgeordneten über Fragen der Dumatätigkeit durch.
26. September (9. Oktober)	Lenins Artikel „Über das Schwarzhundertertum" (Leitartikel) und „Über Rußlands Verwaltung und über russische Reformen" werden in Nr. 14 der „Prawda Truda" veröffentlicht.
29. September (12. Oktober)	Nr. 9 des „Prosweschtschenije" erscheint mit Lenins Artikel „Wie W. Sassulitsch das Liquidatorentum erledigt".
1. (14.) Oktober	Lenin leitet die Sitzung des Zentralkomitees der Partei, auf der praktische Schritte der bolschewistischen Dumaabgeordneten gegenüber den menschewistischen Abgeordneten und andere Fragen beraten werden. Lenins Artikel „Ein Auch-Trudowik" wird in Nr. 18 der „Prawda Truda" veröffentlicht.
4. (17.) Oktober	Lenins Artikel „Konfus gewordene Anhänger der Parteilosigkeit" wird in Nr. 3 der Zeitung „Sa Prawdu" veröffentlicht.
7. (20.) Oktober	Lenin und Krupskaja kehren von Poronin nach Krakau zurück.
12. (25.) Oktober	Lenins Artikel „Die Liberalen und die Agrarfrage in England" wird in Nr. 8 der „Sa Prawdu" veröffentlicht.

17. (30.) Oktober	Lenins Artikel „Schlechte Verteidigung einer schlechten Sache" wird in Nr. 12 der „Sa Prawdu" veröffentlicht.
18. (31.) Oktober	In Nr. 13 der „Sa Prawdu" wird die von Lenin verfaßte, von den bolschewistischen Abgeordneten an die menschewistischen Abgeordneten gerichtete „Erklärung" veröffentlicht.
Zwischen dem 20. und 25. Oktober (2. und 7. November)	In einem Brief an die Redaktion der „Sa Prawdu" gibt Lenin den bolschewistischen Abgeordneten Hinweise, wie sie sich verhalten sollen, wenn die menschewistische „Sieben" sich zur sozialdemokratischen Fraktion der Reichsduma erklärt.
25. Oktober (7. November)	Lenins Artikel „Die Duma-‚Sieben'" wird in Nr. 19 der „Sa Prawdu" veröffentlicht.
Nicht später als am 25. Oktober (7. November)	Lenin gibt der Redaktion der „Sa Prawdu" Hinweise für die Organisierung einer Kampagne in der Zeitung für die bolschewistische „Sechs".
26. Oktober (8. November)	Lenins Artikel „Die liberale Bourgeoisie und die Liquidatoren" wird in Nr. 20 der „Sa Prawdu" veröffentlicht.
29. Oktober (11. November)	Lenins Artikel „Kapitalismus und Arbeiterimmigration" und „Materialien zur Frage des Kampfes innerhalb der sozialdemokratischen Dumafraktion" werden in Nr. 22 der „Sa Prawdu" veröffentlicht.
30. Oktober (12. November)	Lenins Artikel „Ein kadettischer Hausbesitzer, der Überlegungen ‚im Sinne von Marx' anstellt" wird in Nr. 23 der „Sa Prawdu" veröffentlicht.
Nicht vor dem 30. Oktober (12. November)	In einem Brief an die Redaktion der „Sa Prawdu" gratuliert Lenin zu dem Sieg über die Desorganisatoren der Partei – die menschewistische „Sieben" – und zur Konstituierung der sozialdemokratischen Arbeiterfraktion in der Duma.
Oktober bis Dezember	Lenin schreibt den Aufsatz „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage". Der Aufsatz wird in Nr. 10, 11 und 12 des „Prosweschtschenije" veröffentlicht.
Anfang November	Lenin schreibt einen Brief an A. M. Gorki, in dem er ihn kritisiert, weil er die Gottbildnerei rechtfertigt.
	Lenin schreibt die Artikel „Arbeitermasse und Arbeiterintelligenz" und „Zur Spaltung in der russischen sozialdemokratischen Dumafraktion". Der zweite Artikel wird in Nr. 298 der „Leipziger Volkszeitung" veröffentlicht.

13. (26.) November	Lenins Artikel „Die linken Volkstümler über den Kampf unter den Marxisten" wird in Nr. 34 der „Sa Prawdu" veröffentlicht.
15. (28.) November	Lenins Artikel „Die Agrarfrage und die gegenwärtige Lage in Rußland", „Zwei Methoden, zu disputieren und zu kämpfen" und „Auch-‚Vereiniger'" werden in Nr. 36 der „Sa Prawdu" veröffentlicht.
Mitte November	Lenin deckt in einem Brief an A. M. Gorki das reaktionäre Wesen der Gottbildnerei auf und kritisiert Gorkis Ansichten in dieser Frage.
23. November (6. Dezember)	Lenin schreibt an S. G. Schaumian einen Brief, der die nationale Frage betrifft.
28. November (11. Dezember)	Lenins Artikel „Über die ‚national-kulturelle' Autonomie" und „Die Grüppchen im Ausland und die russischen Liquidatoren" werden in Nr. 46 der „Sa Prawdu" veröffentlicht.
29. November (12. Dezember)	Lenin schickt nach Petersburg ein „Konzept für einen Vortrag in den örtlichen Organisationen" über die „Sommer"-beratung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären in Poronin.
	Lenins Artikel „Der Kadett Maklakow und der Sozialdemokrat Petrowski" und „Zabern" werden in Nr. 47 der „Sa Prawdu" veröffentlicht.
2. (15.) Dezember	Lenin schreibt an die Redaktion der „Sa Prawdu" einen Brief „Zu den Beschlüssen des Büros".
3. (16.) Dezember	Lenins Artikel „Über die Arbeitereinheit" wird in Nr. 50 der „Sa Prawdu" veröffentlicht.
7. (20.) Dezember	Lenins Artikel „Hartnäckigkeit bei der Verfechtung einer schlechten Sache" wird in Nr. 1 der Zeitung „Proletarskaja Prawda" veröffentlicht.
11. (24.) Dezember	Lenins Artikel „Die Kadetten und das ‚Selbstbestimmungsrecht der Völker'" wird in Nr. 4 der „Proletarskaja Prawda" veröffentlicht.
13. (26.) Dezember	Lenins Artikel „Eine gute Resolution und eine schlechte Rede" wird in Nr. 6 der „Proletarskaja Prawda" veröffentlicht.

14. (27.) Dezember	Lenins Artikel „Die nationale Zusammensetzung der Schüler in der russischen Schule" wird in Nr. 7 der „Proletarskaja Prawda" veröffentlicht.
	Der Taschenkalender „Weggefährte des Arbeiters für das Jahr 1914" erscheint, in dem Lenins Artikel „Die Streiks in Rußland" abgedruckt ist.
15. (28.) Dezember	Lenins Artikel „Das nationale Programm der SDAPR" wird in Nr. 32 des „Sozial-Demokrat" veröffentlicht.
	Lenins Artikel „Über einen unzulässigen Fehler Kautskys" wird in Nr. 8 der „Proletarskaja Prawda" veröffentlicht.
17. (30.) Dezember	Lenins Artikel „Noch einmal über die Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten" wird in Nr. 9 der „Proletarskaja Prawda" veröffentlicht.
18. (31.) Dezember	Lenins Notiz „Herr Gorski und ein lateinisches Sprichwort" wird in Nr. 10 der „Proletarskaja Prawda" veröffentlicht.
Ende des Jahres	Lenin studiert die vierbändige Ausgabe des Briefwechsels zwischen Marx und Engels in deutscher Sprache; er konspektiert und macht Auszüge aus den Briefen.
	Lenin schreibt den Artikel „Der Briefwechsel zwischen Marx und Engels".

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort .. .. VII–VIII

Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus 3–9

I 4

II 5

III 7

Ein bedeutender Erfolg der chinesischen Republik 10–11

Die alten Aufgaben und der altersschwache Liberalismus 12–13

Über den „Erdölhunger" 14–17

Der Entwurf der Kadetten für ein Versammlungsgesetz 18–19

Der Balkankrieg und der bürgerliche Chauvinismus 20–21

Ein Gespräch 22–27

Das Rußland von heute und die Arbeiterbewegung. Zeitungsbericht 28–32

Gebildete Abgeordnete 33

„Wem nützt es?" 34–35

In England (Traurige Auswirkungen des Opportunismus) 36–37

Die zivilisierten Europäer und die wilden Asiaten 38–39

Kaufmännische Berechnungen 40–41

Ein großer Sieg der Technik 42–43

Einiges über Ergebnisse und Tatsachen 44–47

Die Bedeutung der Umsiedlerfrage 48–54

Die „Wechi"-Leute und der Nationalismus (Bibliographische Notiz) 55–56
Die Liberalen und die Koalitionsfreiheit 57–58
Den Lesern des „Lutsch" und der „Prawda" zur Beachtung 59–61
Zum 25. Todestag Josef Dietzgens 62–65
Die Bourgeoisie und der Frieden 66–67
Das Erwachen Asiens 68–69
Die Separatisten in Rußland und die Separatisten in Österreich .. 70–71
Noch einmal zur Umsiedlerfrage 72–73
Die Arbeiterklasse und die nationale Frage.. 74–75
Der Parteitag der „Britischen Sozialistischen Partei".. 76–78
Wird die Bauernschaft wohlhabender oder verarmt sie? 79–81
Das rückständige Europa und das fortgeschrittene Asien 82–83
Gar nicht gut! (Noch einmal den Lesern des „Lutsch" und der „Prawda" zur Beachtung).. 84–86
Gutsherrliche Flurbereinigung 87–88
Rüstungen und Kapitalismus 89–90
Hilflosigkeit und Konfusion (Notiz) 91–92
Entwurf einer Plattform zum IV. Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands 93–102
Einschätzung der politischen Lage und der allgemeinen taktischen Aufgaben der Sozialdemokratie 93
Die Frage der Einheit der SDAPR 95
Die Stellung zum Liquidatorentum 96
Die Frage der Unterstützung der Liquidatorenkonferenz und des liquidatorischen Organisationskomitees durch das Zentralkomitee der Sozialdemokratie Lettlands 97
Die nationale Frage 98
Über die liberale und die marxistische Auffassung vom Klassenkampf. Notiz 103–108
Die Fabrikanten über die Arbeiterstreiks 109–116
I 109

II 111

III 113

Eine falsche Einschätzung (Der „Lutsch" über Maklakow) 117–119

Offene Worte eines Liberalen 120–121

Zur Politik des Ministeriums für Volksbildung (Ergänzende Bemerkungen zur Frage der Volksbildung) 122–132

Strittige Fragen. Die legale Partei und die Marxisten 133–157

I. Der Beschluß vom Jahre 1908 135

II. Der Beschluß vom Jahre 1910 140

III. Die Stellung der Liquidatoren zu den Beschlüssen von 1908 und 1910 143

IV. Die klassenmäßige Bedeutung des Liquidatorentums.. .. 146

V. Die Losung des „Kampfes für die legale Partei".. 150

VI. 154

An M. S. Olminski.. 158–160

Zu Herrn Bogdanow und der Gruppe „Wperjod" (Für das Redaktionskollegium der „Prawda").. 161–162

Hat die „Prawda" den Separatismus der Bundisten bewiesen? 163–164

Die Liberalen als Verteidiger der IV. Duma 165–167

Zur Frage der (allgemeinen) Agrarpolitik der heutigen Regierung.. 168–185

Kapitalismus und Steuern 186–189

Die wirtschaftlichen Streiks in den Jahren 1912 und 1905.. 190–191

Die Zunahme des kapitalistischen Reichtums 192–194

Bauernschaft und Arbeiterklasse 195–197

Die Kinderarbeit in der Bauernwirtschaft 198–201

Die Resultate der Streiks im Jahre 1912, verglichen mit den Vorjahren 202–204

In Australien 205–207

Die Maikundgebungen des revolutionären Proletariats 208–217

Notizen eines Publizisten 218–222

Zu einer Unwahrheit (Brief an die Redaktion) 223–224
Arbeiterklasse und Neomalthusianismus 225–227
Die Aufrufe der Liberalen zur Unterstützung der IV. Duma 228–230
Bürgerliche Geldleute und Politiker 231–232
Thesen zur nationalen Frage.. 233–241
Aufschlußreiche Reden 242–245
Bilder aus dem Leben 246–247
Die aufgelöste Duma und die verwirrten Liberalen 248–249
Der Fünfte Internationale Kongreß für den Kampf gegen die Prostitution 250–251
Worte und Taten 252–255
Die Kadetten über die ukrainische Frage 256–257
Die neuesten Angaben über die Parteien in Deutschland 258–261
Entlarvung der englischen Opportunisten 262–264
Ideen des fortschrittlichen Kapitals 265–266
Was man für die Volksbildung tun kann 267–269
Der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft 270–272
Einer der „Mode"zweige der Industrie.. 273–274
Das tote Liquidatorentum und die lebendige „Retsch" 275–277
Die Mobilisierung der Anteilländereien 278–281
Wie kann der Pro-Kopf-Verbrauch in Rußland gesteigert werden? .. 282–284
August Bebel 285–291
Die Trennung des Liberalismus von der Demokratie 292–294
Eine bemerkenswerte Angelegenheit 295–296
Nationalisierung der jüdischen Schule 297–298
Das Eisen in der bäuerlichen Wirtschaft 299–301
Die Metallarbeiterstreiks im Jahre 1912 302–315
I 302
II 304

III 305
IV 306
V 307
VI 309
VII 310
VIII 311
IX 313
X 314

Die russische Bourgeoisie und der russische Reformismus 316–318

Die Rolle der Stände und Klassen in der Befreiungsbewegung 319–321

Klassenkrieg in Dublin 322–326

Neue Maßnahmen zur Agrar„reform" 327–329

Der Kaufmann Salaskin und der Publizist Th. D. 330–332

Kampf für den Marxismus 333–337

Eine Woche nach der Schlacht in Dublin 338–339

Prinzipielle Fragen der Politik. Die liberale Bourgeoisie und der Reformismus 340–343

Liberale und Demokraten zur Sprachenfrage 344–347

Die Sprache der Zahlen 348–354
I 348
II 349
III 351
IV 352

Die Herren Bourgeois über die „auf eigener Arbeit beruhende" Landwirtschaft 355–359

Harry Quelch 360–362

Marxismus und Reformismus 363–366

Flurbereinigung und Dorfarmut 367–369

Wie verteidigt Bischof Nikon die Ukrainer? 370–372

Notizen eines Publizisten 373–378
I. Parteilose Intellektuelle gegen den Marxismus 373

II. Liberale Blindheit 374
III. Eine notwendige Erklärung 376
Zivilisierte Barbarei 379–380
Über das Schwarzhundertertum 381–382
Über Rußlands Verwaltung und über russische Reformen.. 383–384
Wie W. Sassulitsch das Liquidatorentum erledigt 385–407
I 385
II 390
III 393
IV 396
V 399
VI 402
Resolutionen der Sommerberatung des Zentralkomitees der SDAPR mit Parteifunktionären 1913 409–423
Über die Aufgaben der Agitation im gegenwärtigen Zeitpunkt.. 411
Resolution über die Organisationsfrage und den Parteitag .. 413
Über die Streikbewegung 414
Über die Parteipresse 415
Über die Tätigkeit der Sozialdemokraten in der Duma 416
Über die sozialdemokratische Dumafraktion 417
Über die Tätigkeit in legalen Vereinigungen 418
Resolution zur nationalen Frage 419
Über die Volkstümler 422
Ein Auch-Trudowik 424–427
Konfus gewordene Anhänger der Parteilosigkeit 428–430
Die Liberalen und die Agrarfrage in England 431–434
Schlechte Verteidigung einer schlechten Sache 435–437
Erklärung 438–440
Die Duma-„Sieben“ 441–443
Die liberale Bourgeoisie und die Liquidatoren 444–446
Kapitalismus und Arbeiterimmigration 447–450

Materialien zur Frage des Kampfes innerhalb der sozialdemokratischen Dumafraktion 451–469

Wessen Wille? 451

Was ist der Wille der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter Rußlands? 452

Was sagen die Wahlen zur II., III. und IV. Reichsduma über den Willen des Proletariats aus? 453

Wer sind die Vertreter?.. 454

Von welchem Willen der Arbeiter zeugen die Arbeiterzeitungen in Rußland? 457

Von welchem Willen der Arbeiter zeugen die Geldsammlungen für die Arbeiterzeitungen? 458

Von welchem Willen der Arbeiter spricht die Gewerkschaftsbewegung in Petersburg? 459

Die ideelle Einheit.. 460

Die Liquidatoren und die Bourgeoisie 462

Der Beschluß der vereinigten Marxisten 463

Unsere Tätigkeit innerhalb der Fraktion 465

Was fordert die Sechs? 467

Die Einheit in der Duma und die Einheit außerhalb der Duma 468

Ein kadettischer Hausbesitzer, der Überlegungen „im Sinne von Marx" anstellt 470–471

Arbeitermasse und Arbeiterintelligenz 472–474

Zur Spaltung in der russischen sozialdemokratischen Dumafraktion 475–479

Die linken Volkstümler über den Kampf unter den Marxisten.. .. 480–481

Die Agrarfrage und die gegenwärtige Lage in Rußland (Notizen eines Publizisten) 482–486

Zwei Methoden, zu disputieren und zu kämpfen 487–489

Auch-„Vereiniger" 490–493

An S. G. Schaumian 494–497

Über die „national-kulturelle" Autonomie 498–502

Die Grüppchen im Ausland und die russischen Liquidatoren 503–506

Der Kadett Maklakow und der Sozialdemokrat Petrowski 507–508

Zabern 509–511
Zu den Beschlüssen des Büros 512–514
Über die Arbeitereinheit 515–517
Hartnäckigkeit bei der Verfechtung einer schlechten Sache 518–520
Die Kadetten und das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" 521–523
Eine gute Resolution und eine schlechte Rede 524–526
Die nationale Zusammensetzung der Schüler in der russischen Schule 527–529
Die Streiks in Rußland 530–534
Das nationale Programm der SDAPR 535–541
Über einen unzulässigen Fehler Kautskys 542–543
Noch einmal über die Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten 544–546
Herr Gorski und ein lateinisches Sprichwort 547
Der Briefwechsel zwischen Marx und Engels 548–554
I. Allgemeiner Überblick 550
Anmerkungen 555–586
Daten aus dem Leben und Wirken W. I. Lenins 587–600

ILLUSTRATIONEN

Titelblatt der Zeitschrift „Prosweschtschenije" Nr. 3, März 1913, in der W. I. Lenins Artikel „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus" veröffentlicht wurde 1
Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Ein Gespräch" – März–April 1913 23
Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Zur Frage der (allgemeinen) Agrarpolitik der heutigen Regierung" – 1913 169
Erste Seite der „Rabotschaja Prawda" Nr. 3 vom 16. Juli 1913, in der W. I. Lenins Artikel „Worte und Taten", „Die Kadetten über die ukrainische Frage", „Die neuesten Angaben über die Parteien in Deutschland" und „Entlarvung der englischen Opportunisten" veröffentlicht wurden.. 253
Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Der Briefwechsel zwischen Marx und Engels" – Ende 1913 548–549